

Hermann Graml

Europas Weg in den Krieg

Hitler
und die Mächte
1939



Oldenbourg

„Nie wieder Krieg“ –
so hieß es am Ende des Ersten Weltkriegs.
Wie war es möglich, daß all die Visionen, Ziele und Pläne,
die damals die siegreichen und auch Teile
der besiegten Nationen in ihren Bann geschlagen hatten,
bereits 1939, lediglich 20 Jahre später,
offenbar verweht oder bedeutungslos geworden waren?

Eine Publikation
des Instituts für Zeitgeschichte
im R. Oldenbourg Verlag

ISBN 3-486-55151-5

„Nie wieder Krieg“ – so hieß es am Ende des Ersten Weltkriegs.

Wie war es möglich, daß all die Visionen, Ziele und Pläne, die damals die siegreichen und auch Teile der besiegten Nationen in ihren Bann geschlagen hatten, bereits 1939, lediglich 20 Jahre später, offenbar verweht oder bedeutungslos geworden waren?

Wer dies verstehen will, muß die Entwicklung der internationalen Politik und ihrer Krisen zwischen 1918 und 1938 kennen. Hermann Graml legt eindrucksvoll dar, wie die Bemühungen des Völkerbundes und einzelner Staaten und Politiker um einen solidarischen Neuanfang Europas durch das teils revisionistische, teils an Macht- und Wirtschaftspolitik ausgerichtete Streben der Nationen zusehends zunichte gemacht wurden.

Vor diesem Hintergrund schwindender Solidarität schildert der Autor die Geschichte der letzten Monate vor Kriegsbeginn, in denen es Hitler schließlich gelang, Europa in den Krieg zu zwingen.

Hermann Graml, geb. 1928 in Miltenberg, ist seit 1953 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München; Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Veröffentlichungen u. a.: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands (1966); Europa zwischen den Kriegen (1969); Die Alliierten und die Teilung Deutschlands (1985); Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich (1988). Herausgeber u. a. von: Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten (1984); zusammen mit Wolfgang Benz u. a.: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert (1976); Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg (1979).

Oldenbourg

Sommer 1939

Die Großmächte und der Europäische Krieg.
Herausgegeben von Wolfgang Benz und
Hermann Graml.

1979. 364 Seiten.

ISBN 3-486-53581-1

Klaus Segbers

Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und
Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg“
1941 – 1943.

1987. 314 Seiten.

ISBN 3-486-53941-8

Ludolf Herbst

Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft

Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik,
Ideologie und Propaganda 1939 – 1945.

1982. 475 Seiten.

ISBN 3-486-53341-X

Oldenbourg

**Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte**

Band 29

R. Oldenbourg Verlag München 1990

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Graml, Hermann:

Europas Weg in den Krieg: Hitler und die Mächte 1939 /

Hermann Graml. – München: Oldenbourg, 1990

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 29)

ISBN 3-486-55151-5

NE: GT

© 1990 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschliesslich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf.

Bildvorlagen (v.l.n.r.): Münchener Abkommen (Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz), Hitlers Einzug in Österreich 1938 (Archiv Gerstenberg), Unterzeichnung des deutsch-italienischen Bündnisvertrags 1939 (Süddeutscher Verlag).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

[Eingescannt mit ABBYY Fine Reader](#)

ISBN 3-486-55151-5

Inhalt

I. Herbst 1918 – Herbst 1938: Europas Weg bis an die Schwelle zum Krieg.....	7
Ergebnisse des Weltkriegs	10
Scheitern der Versuche zur Stabilisierung Europas	14
Verschärfung der internationalen Krisen im Niedergang der Wirtschaft.....	34
Hitlers Machtübernahme und Deutschlands Wendung gegen den Status quo.....	60
Die Formierung der expansionistischen Mächte	86
II. Herbst 1938 – Herbst 1939: Europas Weg in den Krieg	107
Hitlers Bruch des Münchner Abkommens	107
Europas Abkehr vom Appeasement Deutschlands	149
Der Entschluss zum Angriff auf Polen.....	184
Kontertanz der Mächte: das Versagen der «Achse» und Hitlers Pakt mit Stalin.....	198
Die letzten Augusttage: Hitler zwingt Europa in den Krieg .	277
Literaturverzeichnis	307
Register	312

I.

Herbst 1918 – Herbst 1938: Europas Weg bis an die Schwelle zum Krieg

In der Sylvesternacht des Jahres 1938 schrieb Harold Nicolson, einflussreicher englischer Historiker und Journalist, der seit 1935 ausserdem als Abgeordneter im Unterhaus sass, voll Bitterkeit in sein Tagebuch: «Es war ein böses Jahr. Chamberlain hat das Gleichgewicht der Kräfte zerstört.»¹ Nicolsons Vater, Lord Camock, hatte bei Beginn des Weltkriegs im Sommer 1914, er hiess damals noch Sir Arthur Nicolson, unter dem Minister Edward Grey als beamteter Staatssekretär das Foreign Office geleitet, das britische Aussenministerium, und der Sohn hatte bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 1932 – zuletzt Botschaftsrat im krisengeschüttelten Berlin – ebenfalls als einer der Besten im Diplomatischen Dienst Grossbritanniens gegolten; im Unterhaus äusserte er sich mit Sachkenntnis und Eloquenz vor allem zu Fragen der Aussenpolitik. So war es Harold Nicolson ganz natürlich, seinen zornigen Rückblick, in dem auch eine überaus pessimistische Prognose steckte, in jene Formel der internationalen Beziehungen zu fassen, die – ihm vertraut wie das Einmaleins – am knappsten ausdrückte, was ihn im Blick auf das künftige Geschick Europas bewegte: Einmal die Erkenntnis, dass der britische Premierminister Neville Chamberlain, als er im Herbst 1938 den entscheidenden Beitrag leistete, die Tschechoslowakische Republik zur Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich zu zwingen, dem nationalsozialistischen Deutschland zu einem Machtzuwachs verholfen hatte, der es zum absolut stärksten und zum bereits dominierenden Staat auf dem europäischen Kontinent machen musste; ferner die Annahme, dass ein nationalsozialistisches Deutschland von der hegemonialen Position, die ihm das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 beschert hatte, keinen zurückhaltenden oder gar wohlthätigen Gebrauch machen, vielmehr sogleich der Verlockung zu weiteren Aktionen einer expansionistischen Politik erliegen und jetzt erst recht die Herrschaft über Europa anstreben werde; schliesslich die Überzeugung, dass mithin die um des Friedens willen geschehene Opferung der CSR in Wahrheit nicht den Frieden gesichert, sondern lediglich den Krieg sicherer gemacht habe – den Krieg zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Staaten Europas gegen offenbar uferlose Herrschaftsgelüste des Deutschen Reiches und zugleich, von West- und Nord-

¹ H. Nicolson, *Diaries and Letters 1930-1939*, London 1966, S. 384.

europa aus gesehen, einen Krieg zur Rettung der europäischen Nationen und der liberaldemokratisch geprägten politischen Kultur vor dem totalitären Nationalsozialismus.

Chamberlain selbst war ganz anderer Meinung. Die Politik der Beschwichtigung und der Konzessionen, des «Appeasement», die er, manchmal alternierend, manchmal gleichzeitig, gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien verfolgte, sollte keineswegs der Vertagung eines grossen europäischen Krieges dienen, etwa um in der gewonnenen Frist aufzurüsten, sondern der definitiven Verhinderung eines solchen Krieges. Und im Herbst 1938 glaubte der Premier tatsächlich, dass er mit dem Münchner Abkommen sein Ziel bereits erreicht habe, dass es ihm gelungen sei, das nationalsozialistische Deutschland mit dem Geschenk der Sudetengebiete zu saturieren und damit diesem Staat seine unbegreifliche Kriegsbereitschaft wieder zu nehmen. Vorerst hielt er Massnahmen zur Erweiterung und Beschleunigung der militärischen Rüstung Grossbritanniens für gänzlich überflüssig. Als ihm zwei Kabinettskollegen, Oliver Stanley und Lord De La Warr, wenige Tage nach München mitteilten, sie seien nur dann bereit, mit ihm die Münchner Regelung zu vertreten, wenn nun für künftige Fälle deutscher Aggressionslust intensiv gerüstet werde, antwortete Chamberlain kühl, er sei nicht gewillt, sich zu «irgendeinem besonderen Rüstungsprogramm zu verpflichten», ehe die Lage nicht «im Lichte der jüngsten Ereignisse» geprüft worden sei, und zu Lord Swinton, seinem Luftfahrtminister, der gleichfalls für eine grössere Rüstungsanstrengung plädierte, sagte er: «But don't you see, I have brought back peace!»²

Adolf Hitler, der «Führer» des nationalsozialistischen Deutschland, der die Aussenpolitik des Deutschen Reiches diktatorisch bestimmte, hatte für Neville Chamberlain und dessen Illusionen nichts als bössartige Verachtung. Seine Einschätzung der im Herbst 1938 entstandenen Situation deckte sich durchaus mit dem Urteil Harold Nicolsons, nur mit dem Unterschied, dass Hitler die zu seinen Gunsten geschehene Zerstörung des europäischen Kräftegleichgewichts mit höhnischer Befriedigung konstatierte und den künftigen Akten einer nun möglich gewordenen weit ausgreifenden Kriegs- und Expansionspolitik mit freudiger Erwartung entgegenschah. Zwar hatte ihn das Münchner Abkommen tief verstimmt. Es war ja seine Absicht gewesen, das tschechoslowakische Stück in einem Akt zu spielen, d.h. am Ende und als Ergebnis der von ihm inszenierten Sudetenkrise die ganze Tschechoslowakei, die ihm aus geographischen, strategischen und wirtschaftlichen Gründen für seine Eroberungspolitik unentbehrlich schien, in einem schnellen, lokalisierten Feldzug in Besitz zu nehmen. Dass ihn Grossbritannien und Frankreich zum Verzicht auf die militärische Kampagne und zur lästigen Vorbereitung eines zweiten Aktes zwangen, indem sie die Prager Regierung nötigten, Deutschland die deutsch

² Zit nach T. Taylor, Munich. The Price of Peace, London 1979, S. 926.

besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens anzubieten, verdroß ihn sehr. Schon einige Tage vor der Münchner Konferenz hatte er sich in einer Unterhaltung mit dem Botschafter des gegen die Tschechoslowakei praktisch mit Deutschland verbündeten Polen darüber beklagt und förmlich dafür entschuldigt, dass ihm das Entgegenkommen der Westmächte eine militärische und vollständige Lösung des tschechoslowakischen Problems vermutlich unmöglich machen werde; offeriere man ihm die Sudetendeutschen, könne er dem deutschen Volk keinen Krieg mehr zumuten³. Doch war Hitler selbstverständlich klar, dass ihm auch der «Kompromiss» von München einen gewaltigen Machtgewinn eingebracht hatte, der über die territoriale Vergrößerung des Deutschen Reiches hinausreichte; was wirtschaftlichen und politischen Einfluss angeht, hatte das nationalsozialistische Deutschland bereits jetzt, nachdem im März 1938 Österreich annektiert worden war und die restliche Tschechoslowakei sich nun im Status eines völlig abhängigen Vasallen des Reiches befand, das Erbe Österreich-Ungarns in Ostmitteleuropa und Südosteuropa angetreten, und zwar, weil viel stärker als die 1918 untergegangene Donaumonarchie, mit der Möglichkeit, die Erbschaft alsbald kräftig zu mehren. In den Monaten bis zum Frühjahr 1939 nahm in den ost- und südosteuropäischen Staaten die Anerkennung der deutschen Führungsrolle allmählich sogar die Form der Unterwürfigkeit an; z.B. ist eine bislang von der Presse jener Länder gern geübte Praxis, nämlich der Nachdruck von Zeitungsartikeln britischer Politiker – die ja oft ebenso leidenschaftliche wie glänzende Journalisten waren –, jäh abgebrochen worden, sofern es sich um Politiker wie Winston Churchill, Anthony Eden, Clement Attlee oder Duff Cooper handelte, die sich durch Kritik am nationalsozialistischen Regime und durch Warnungen vor nationalsozialistischer Eroberungspolitik in Berlin missliebig gemacht hatten⁴.

So fasste Hitler in der Tat sofort nach München zuversichtlich nächste Schritte ins Auge. Am 10. November 1938 suchte er rund vierhundert namhaften deutschen Journalisten und Verlegern einzuhämmern, dass ihre Aufgabe in den kommenden Monaten darin bestehe, die deutsche Nation, die in den Wochen vor München nicht genügend Kriegslust an den Tag gelegt hatte, psychisch in Kriegsform zu bringen. In seiner Rede rief er seinen Hörem, nachdem er ihnen erklärt hatte, allein der Zwang der Umstände sei die Ursache dafür gewesen, dass er jahrelang nur vom Frieden geredet habe, ebenso zynisch zu: «Irgendwie glaube ich, hat sich diese Platte, die pazifistische Platte, bei uns abgespielt.»⁵ Und am 16. Dezember 1938 setzte Ernst v. Weizsäcker, unter Reichsaussenminister Joachim v. Ribbentrop als Staatssekretär Leiter des Ber-

³ Akten des Polnischen Aussenministeriums (künftig APA), Poln. Botschaft Berlin, Mappe 18 (Archivum Akt Nowych, Warschau), Hitler-Lipski, 20.9.1938.

⁴ M. Gilbert, Winston S. Churchill, Bd. 5, 1922-1939: The Prophet of Truth, Boston 1977, S. 1068.

⁵ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 6 (1958), S. 183.

liner Auswärtigen Amts, seinem Besucher Ulrich v. Hassell, bis 1938 deutscher Botschafter in Rom, in tiefer Sorge auseinander, sein Chef und Hitler seien offensichtlich auf Krieg aus: «Man schwanke nur, ob gleich gegen England, indem man sich dafür noch Polens Neutralität erhalte, oder zuerst im Osten zur Liquidation der deutsch-polnischen und der ukrainischen Frage, sowie natürlich der Memelsache, die aber nach Hitlers Ansicht keiner Waffengewalt, sondern nur eines eingeschriebenen Briefes an Kaunas bedürfe.»⁶

Allenthalben in Europa sprach man also im Herbst 1938, ob in Resignation und Verzweiflung oder in Hoffnung und Begierde, mit grosser Selbstverständlichkeit vom kommenden Krieg, und zwar nicht allein in den Zirkeln der Politiker, Diplomaten und Soldaten. Nur zwanzig Jahre zuvor, im November 1918, war aber doch ein Weltkrieg zu Ende gegangen, der in fast viereinhalb Jahren ungeheure Opfer an Blut und Gut gefordert hatte und den die siegreichen Westmächte zuletzt als einen Krieg geführt hatten, dessen wichtigstes Ergebnis darin bestehen müsse, Kriege ein für allemal unmöglich zu machen: «Safe for democracy» sollte die Welt werden, und mit einer globalen Organisation der Staatengesellschaft, einem Völkerbund, wollten die Sieger ein internationales System schaffen, in dem an die Stelle des kriegerischen Austrags von Konflikten Verhandlung, Diskussion, Schiedsgerichtsbarkeit traten, in dem jeder etwaige Aggressor sofort auf die Sanktionen aller Mitglieder des Bunds traf; «kollektive Sicherheit» hiess der Begriff für die erhofften Mechanismen der Abschreckung und, wenn nötig, der Zählung von Friedensstörern. Wie war es nur möglich, dass all die Visionen, Ziele und Pläne, die am Ende des Weltkriegs die siegreichen und auch Teile der besiegten Nationen in ihren Bann geschlagen hatten, lediglich zwanzig Jahre später offenbar verweht oder bedeutungslos geworden waren?

Ergebnisse des Weltkriegs

Dabei hatte das Kriegsende, so sah es 1918/19 aus, eigentlich ganz brauchbare Voraussetzungen für die Errichtung einer friedlichen Ordnung der Staatengesellschaft gebracht. Der Krieg war 1914 vom wilhelminischen Deutschland, von der habsburgischen Donaumonarchie und vom zaristischen Russland begonnen worden, teils um vermeintlicher und tatsächlicher macht- und sicherheitspolitischer Interessen willen, teils um durch militärische Triumphe und durch die Gewinne einer imperialistischen Politik scharfe innere Spannungen und Konflikte zu überwinden oder doch zu betäuben, d.h. um so die reformerische oder revolutionäre Modernisierung ihrer illiberalen und antidemokrati-

⁶ U. v. Hassell, Die Hasseil-Tagebücher 1938-1944, hrsg. v. F. Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 68 f.

schen politischen Strukturen zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben⁷. Im Herbst 1918 waren alle drei Staaten nicht nur militärisch geschlagen: In Russland hatte erst die Erhebung liberaler und sozialistischer Gruppen, dann die kommunistische Oktoberrevolution von 1917 den Zarismus beseitigt und das Land in die Wirren eines blutigen Bürgerkriegs gestürzt; Österreich-Ungarn war in der Niederlage und nach dem Willen der Siegermächte auseinandergebrochen, in den Nachfolgestaaten brachen zum Teil ebenfalls heftige Kämpfe um die innere Ordnung aus; auch Deutschland glitt mit der Niederlage in eine Periode bürgerkriegsähnlicher Zustände. Zeitweise schien es sogar, als drohe die Revolution der Bolschewiki, die in Russland die «Diktatur des Proletariats» proklamiert hatten, auch auf Deutschland und einige Nachfolgestaaten der Donaumonarchie überzugreifen. Indes sind die mit und ohne die Unterstützung durch die russischen Bolschewiki unternommenen sozialistischen Revolutionsversuche ausserhalb Russlands sämtlich gescheitert. Sowohl in Deutschland wie in den Nachfolgestaaten des habsburgischen Reichs setzte sich zunächst der Parlamentarismus durch, und in Ungarn ist nicht allein die kommunistische Räterepublik Bela Khuns blutig liquidiert, sondern überdies die Monarchie restauriert worden, wenn auch ohne Monarch und nur mit einem sogenannten Reichsverweser. In entscheidenden Punkten entsprach also das Ergebnis des grossen Krieges offenbar ganz den Vorstellungen, die in den Westmächten dominierten. Der europäische Führungs- und Herrschaftsanspruch des Deutschen Reiches war abgewiesen, im Reich anscheinend der liberalen Demokratie zum Sieg verholfen worden, und nach seiner Niederlage sah sich Deutschland vorerst ohnehin zu militärischer Ohnmacht und politischer Friedfertigkeit verurteilt. Die beiden anderen gleichgewichtsfeindlichen Imperien des Kontinents hatten die Fähigkeit zur Bedrohung des Friedens ebenfalls verloren: Österreich lag in Trümmern, und Russland steckte als Folge der bolschewistischen Revolution in einer offensichtlich lange lähmenden inneren Krise. Die in Paris tagende Friedenskonferenz der alliierten Mächte und der ihnen «assozierten» Macht USA konnten mithin den besiegten Staaten Friedensverträge oktroyieren, von denen tatsächlich die Schaffung und die Sicherung einer gleichgewichtsfreundlichen und die Erhaltung des Friedens garantierenden Ordnung Europas erhofft werden durfte. Am 28. Juni 1919 musste Deutschland den Vertrag von Versailles unterzeichnen, am 10. September 1919 Österreich den Vertrag von St. Germain-en-Laye, am 27. November 1919 Bulgarien den Vertrag von Neuilly und am 4. Juni 1920 Ungarn den Vertrag von Trianon⁸.

Die Pariser Vororts Verträge gaben umso mehr Anlass zu Hoffnung, als in ihnen zum ersten Mal in der Geschichte der Versuch Gestalt gewann, liberal-

⁷ J. Joli, *The Origins of the First World War*, London-New York 1985.

⁸ G. Schulz, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920*, München 1967.

demokratische Grundsätze und das Prinzip der Gerechtigkeit auf die Ordnung der Staatengesellschaft zu übertragen. So haben die Pariser Friedensmacher namentlich den Prozess der Befreiung und Verselbständigung kleiner Nationen bewusst fortgesetzt, den einst das Absterben des türkischen Reiches eingeleitet hatte und den man auch als die Entkolonialisierung Mittel-, Ost- und Südosteuropas bezeichnen kann. Mit dem «Selbstbestimmungsrecht der Völker» war für diese historische Bewegung das Schlüsselwort gefunden, dem die Friedenskonferenz ernsthaft gerecht werden wollte. Ein solcher Versuch musste freilich alte Staatskörper zerstören oder durch Einschnitte verwunden, die eben nicht nach derartigen Prinzipien geschaffen, sondern auf Grund bestimmter Machtlagen und dynastischer Interessenpolitik historisch gewachsen waren. Aus der Erbmasse des zerfallenen habsburgischen Imperiums, aus bislang von Ungarn beherrschten Territorien, aus Teilen des alten Zarenreichs und aus preussischen Gebieten des geschlagenen Deutschland sind nach dem politischen Willen der dort lebenden Völker Staaten gebildet oder arrondiert worden, die noch während der Friedenskonferenz Aufnahme in die Staatengesellschaft fanden und eine möglichst solide Basis für eine selbständige politische Existenz erhielten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien.

Selbst in die Behandlung aussereuropäischer Kolonialfragen mischte sich erstmals eine anti-imperialistische und antikolonialistische Tendenz ein⁹. Zwar wurde Deutschland gezwungen, seine Kolonien an andere Mächte abzutreten, an Japan, Frankreich, England und britische Dominions wie Südafrika und Australien. Aber der Vorgang durfte nicht mehr als ordinäre Annexion erscheinen, er musste vielmehr mit der mangelnden Fähigkeit Deutschlands und mit der gegebenen Fähigkeit der neuen Besitzer zur Entwicklung jener Kolonien begründet werden. Die ehemals deutschen Kolonien galten nicht länger als Kolonien, sondern bekamen den Status von «Mandaten», und daneben wurde nun jede Form kolonialer Herrschaft mit der Erklärung gerechtfertigt, die Bewohner der betreffenden Territorien seien zur Selbstregierung «noch nicht» fähig. Gewiss ist das Mandats- und Entwicklungsprinzip oft – und auch von manchem seiner Verkünder – lediglich als Bemäntelung der Aneignung des deutschen Kolonialbesitzes und der Ausdehnung des britischen und französischen Einflusses auf den Mittleren Osten verstanden worden. Trotzdem: die Mandats- und Kolonialmächte hatten grundsätzlich das Ende aller Kolonialherrschaft proklamiert und damit der Entkolonialisierung Afrikas und Asiens den Weg geöffnet. Nach Jahrzehnten hemmungsloser Eroberung bekannte sich Europa jetzt zu dem Gesetz, dass technische, wirtschaftliche und militärische Überlegenheit nicht einfach in politische Herrschaft umgesetzt werden dürfe.

⁹ Vgl. F.P. Walters, *A History of the League of Nations*, London-New York-Toronto 1960.

Diese Selbstbeschränkung wirkte umso glaubwürdiger und zukunftssträchtiger, als die Mandatsmächte über moralische Verpflichtungen hinaus bereits eine rechtliche Bindung an das Entwicklungsprinzip eingingen. Mit Unterschrift sagten sie nämlich zu, über die Verwaltung ihrer Mandate einer Gemeinschaft zivilisierter Staaten Rechenschaft abzulegen, die sich in einem «Völkerbund» eine politische Organisation gegeben hatte.

Es ist damals weithin als das wichtigste Ergebnis des Krieges angesehen worden, dass es 1919 tatsächlich gelang, die während der Kriegsjahre in England, den USA und Frankreich gereifte Idee zu realisieren und einen Völkerbund zu schaffen, dem zunächst 45 europäische und aussereuropäische Staaten angehörten und der am 16. Januar 1920 mit der ersten Sitzung seines Rats offiziell seine Tätigkeit aufnahm¹⁰. In der Tat war die Gründung des in Genf beheimateten Bundes ein Akt, der sich an universalhistorischer Bedeutung durchaus mit den grossen Revolutionen in England, Amerika und Frankreich messen kann, der selbst eine Revolution von einschneidender Radikalität darstellte. Wiederum zum ersten Mal in der Geschichte unternahm eine bislang nahezu anarchische Staatenwelt den Versuch, sich eine internationale Verfassung, ein internationales Parlament und eine internationale Regierung zu geben: Satzung, Vollversammlung und Rat. An die Stelle einer Gesellschaft absolut souveräner Staaten, die ausser ihren eigenen Wachstumsgesetzen nichts und niemand verantwortlich sein wollten und konnten, die daher jederzeit zum gewaltsamen Austrag zwischenstaatlicher Divergenzen fähig und bereit sein mussten, sollte die pluralistische Staatengesellschaft treten, die bei gebändigter Souveränität ihrer Glieder in der Lage ist, ihre Meinungs- und Interessenkonflikte in einem rationalen Geist und mit rationalen Methoden zu regeln. Mit diesem Triumph westlicher Gesellschaftsphilosophie schien der Krieg als Mittel der Politik überwunden und eine friedliche Entwicklung Europas wie der Welt gesichert zu sein. «Deprimierend», schrieb Joseph Goebbels, der Propagandachef des nationalsozialistischen Deutschland, am 25. September 1933 in sein Tagebuch, als er in Genf persönlich eine Sitzung des Völkerbunds beobachtete: «Eine To ten Versammlung. Parlamentarismus der Nationen.»¹¹

Auf der anderen Seite waren schon bei Kriegsende Resultate der grossen Auseinandersetzung zu sehen, die auf eine problemreiche Zukunft deuteten. Das weltweite Handelssystem, als dessen Mittelpunkt Europa fungiert hatte, bot sich in einer Unordnung dar, die an Zerstörung grenzte. Die europäische Finanzkraft war erschöpft, und den einzelnen europäischen Währungen drohte der Kollaps oder doch eine Periode ernster Erkrankung. Die Vereinigten Staaten hatten Europa in finanzielle Abhängigkeit gebracht, zum militärischen Sieg der Westmächte beigetragen, die Ideologie und die Kriegsziele ihrer Verbün-

¹⁰ Vgl. H. Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1976³, S. 9 ff.

¹¹ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. E. Fröhlich, Teil II. Bd. 2, München 1987, S. 465.

deten massgeblich beeinflusst und schliesslich bei der Gründung des Völkerbunds eine führende Rolle gespielt, aber offenbar ohne bereit zu sein, ihre bis zum Krieg dominierende Neigung zur politischen Selbstgenügsamkeit auf Dauer preiszugeben. Am Ende eines Krieges, der ohnehin eine grosse Müdigkeit hinterliess, schien also die weltpolitische Schlüsselfunktion Europas verloren zu sein, ohne dass ein Ersatz sichtbar geworden wäre.

Scheitern der Versuche zur Stabilisierung Europas

Bald stellte sich jedoch heraus, dass schon die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen keine solide Grundlage besass und vermutlich nicht in Erfüllung gehen würde. Von einer Bewegung, die vornehmlich aus innenpolitischer Gegnerschaft weitere internationale Triumphe des Präsidenten Woodrow Wilson verhindern wollte, sind die Vereinigten Staaten in der Tat noch 1919/20 zum Verzicht auf die vorübergehend übernommene internationale Führungsrolle und zur Rückkehr zum gewohnten politischen Isolationismus gezwungen worden¹². Selbst dem Völkerbund, an dessen Entstehung sie so grossen Anteil gehabt hatten, sind die USA schliesslich nicht beigetreten. Auf der anderen Seite trennte sich ja auch Russland vom übrigen Europa und blieb dem Völkerbund fern. Die Radikalität der leninistischen Revolution hatte zwischen Russland und der Aussenwelt eine tiefe Kluft aufgerissen, und der Völkerbund ist von den Bolschewiki ohnehin nur als eine raffinierte Maskerade der imperialistischen Kapitalisten Westeuropas verstanden worden, die aus den feinen Fäden moralischer Phrasen feste Fesseln für die im Weltkrieg unterlegenen Imperialisten knüpfen und den Bund ausserdem zur Organisation einer kapitalistischen Einheitsfront gegen Moskau, die Zentrale der kommunistischen Weltrevolution, benutzen wollten¹³. Zwischen einem gleichgültigen Amerika und einem feindseligen Russland blieb Europa sich selbst überlassen, und wenn auch diese Lage die Illusion einer Wiederkehr der Vorkriegszeit erzeugte und so eine gewisse Restaurierung des angeschlagenen europäischen Selbstbewusstseins erlaubte, hat sie andererseits die im Völkerbund konstituierte kollektive Friedensordnung mit einer untragbaren Hypothek belastet.

Ohne die Mitgliedschaft der potentiell stärksten Mächte vermochte der Völkerbund weder einen funktionsfähigen Sanktionsmechanismus gegen eventuelle Friedensstörer aufzubauen noch überhaupt Vertrauen in seine Zukunft zu schaffen. Die an den europäischen Differenzen nicht unmittelbar interessierten

¹² Th. A. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, New York 1958; vgl. auch A. Walworth, *Woodrow Wilson*, Baltimore 1965, S. 333 ff.

¹³ K.H. Ruffmann, *Sowjetrussland. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht*, München 1967.

USA wären nicht zuletzt als ausgleichendes Element zwischen Siegern und Besiegten benötigt worden. Allein sie hätten den Völkerbund zu einer behutsamen Revision allzu harter Teile der Pariser Friedensregelung veranlassen oder aber die Besiegten zur endgültigen Annahme der zwischen 1918 und 1920 entstandenen territorialen Ordnung nötigen können. War der Völkerbund, in seiner tatsächlichen Zusammensetzung, sowohl zur Änderung wie zur Verteidigung des Status quo zu schwach, so hingen Arbeit, Prestige und politische Zukunft der Genfer Institution letzten Endes davon ab, ob der Status quo allgemeine Anerkennung oder – irgendwann angriffsfähige – Opposition fand. Wenn europäische Staaten auf revisionistischen Kurs gingen, mussten sie nämlich von der Immobilität Genfs ebenso sehr gereizt wie von der Ohnmacht des Bundes verlockt werden, Politik ohne Rücksicht auf die Organisation der kollektiven Sicherheit zu machen und auf die bis 1914 unbestritten gültigen aussenpolitischen Mittel und Methoden zurückzufallen, am Ende eben doch wieder auf den Krieg.

Wohl durfte der Bund in den ersten Jahren seiner Existenz beachtliche Erfolge verzeichnen¹⁴: So ist der finnisch-schwedische Streit um die Aalands-Inseln zugunsten Finnlands geschlichtet und der deutsch-polnische Konflikt um Oberschlesien mit der Teilung des Industriegebiets geregelt worden; im zeitweise von Deutschland gelösten Saargebiet fungierte der Bund fünfzehn Jahre lang – bis zu einer auf 1935 angesetzten Volksabstimmung – als oberste politische Instanz, die ausgezeichnete Arbeit leistete; am 1922/23 zunächst gelungenen Versuch, Währung und Wirtschaft des aus der habsburgischen Erbmasse gebildeten Staates Deutsch-Österreich vor dem Zusammenbruch zu retten, hatte Genf hervorragenden Anteil, und Albanien konnte durch rasche Aufnahme in den Bund vor dem Zugriff Italiens, Jugoslawiens und Griechenlands geschützt werden. Aber abgesehen davon, dass der Völkerbund bereits in der für sein Prestige entscheidenden Anfangsphase immer dann versagte, wenn er es mit wichtigen Interessen der europäischen Grossmächte zu tun bekam, beseitigten all die Erfolge nicht die Befürchtung, dass Genf an der Spannung zwischen den Verteidigern und den Gegnern des Status quo scheitern werde. Als erste Folge blieben, neben den Institutionen und Formen einer neuen Aussenpolitik der kollektiven Sicherheit, Geist und Rezepte der Aussenpolitik alten Stils unverändert lebendig, blieb auch die vorerst wichtigste Aufgabe des Bundes, eine allgemeine Abrüstung, ungelöst. Allerdings begann sich eine Partei der revisionistischen Staaten schon frühzeitig zu formieren¹⁵.

So entwickelte Russland neben seinem ideologisch begründeten weltrevolutionären Imperialismus auch einen altmodischen Revisionismus, der auf die Rückgewinnung der baltischen Länder und der an Polen verlorenen Territorien

¹⁴ Graml, Europa, S. 165 ff.

¹⁵ P. Krüger, Die Aussenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

zielte. Ungarn wiederum wollte vor allem den Verlust der Slowakei und Siebenbürgens rückgängig machen und erhob die entsprechenden Ansprüche an die CSR und an Rumänien zu bestimmenden Leitlinien seiner Aussenpolitik. In beiden Staaten verfügte der Revisionismus auch deshalb über eine zähe Konstitution, weil in ihnen politische Eliten herrschten, die nicht allein den Status quo ablehnten, sondern überdies nicht das geringste Verständnis für den Geist und die Prinzipien der mit dem Völkerbund versuchten Rationalisierung der Aussenpolitik aufbrachten. Hatten in Russland Revolutionäre die Macht übernommen, die schon für eine radikal veränderte Welt lebten, so war in Ungarn nach dem Zwischenspiel der Räterepublik eine nationalistische und konservative Gentry an der Macht geblieben, die auch unabhängig von der revisionistischen Problematik in den Kategorien von 1914 dachte und den Völkerbund nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Indes gab es auch im Lager der Sieger und der neuen Länder Staaten, die den Status quo in Frage stellten und zu einer völkerbundsfremden Politik neigten. Polens territoriale Wünsche waren weder im Osten noch im Westen ganz befriedigt worden, und die Warschauer Aussenpolitik wurde von Konservativen und Nationalisten gemacht, die ihr aussenpolitisches Denken an Petersburger, Berliner und Wiener Traditionen geschult hatten und gelegentlich gefährlichen Träumen von einem mächtigen Grosspolen nachhingen. In Rom glaubte man sogar Anlass zu bitterer Enttäuschung über die Ergebnisse des Krieges zu haben. Zwar hatte Italien eine reiche Beute eingeheimst und z.B. die Brennergrenze erreicht. Aber ausschweifende imperialistische Forderungen in Dalmatien, Albanien, Kleinasien und Afrika waren von der Friedenskonferenz nicht berücksichtigt worden, obschon die Westmächte 1915 den italienischen Kriegseintritt an ihrer Seite mit der Anerkennung eines beträchtlichen Teils auch dieser nun übergangenen Forderungen erkaufte hatten. Wohl waren alle nicht erfüllten – und manche erfüllten – italienischen Ansprüche völlig ungerechtfertigt und lediglich Zeugnisse eines adriatischen und mediterranen Imperialismus, für den weder der Zeitgeist noch die Kraft des Landes eine Basis boten, doch setzte sich in Italien das Gefühl durch, auf der Friedenskonferenz wie eine geschlagene Nation behandelt worden zu sein; bald gehörte das Wort vom «verstümmelten Frieden» – eine groteske Verfehlung der Realität – zum gängigen politischen Vokabular der Italiener. Der Zorn über die entgangenen Gewinne richtete sich aber weniger gegen die eigentlichen Hindernisse der italienischen Expansion, Jugoslawien und die Türkei, sondern in erster Linie gegen Wilson und die bisherigen Verbündeten, von denen man sich betrogen wähnte. Der Völkerbund blieb von diesem Zorn nicht verschont, zumal er ja die italienischen Ambitionen einzufrieren schien, und so bestand in Italien von Anfang an die Bereitschaft, zur Korrektur des Status quo Aussenpolitik auch ausserhalb der neuen internationalen Legalität zu treiben. In der leidenschaftlichen Auseinandersetzung um das Kriegsergebnis und in der

gesellschaftspolitischen Krise, die der Krieg hinterlassen hatte, agierten zudem bereits die Stosstrupps einer antiliberalen und nationalistischen Bewegung, die sich faschistisch nannte und den permanenten Kampf als Grundgesetz der internationalen Beziehungen proklamierte; ihre Anhänger machten kein Hehl daraus, dass die Zukunft Italiens nur das rücksichtslos anzustrebende mediterrane Imperium sein könne.

Allerdings: der Völkerbund mochte von den USA im Stich gelassen worden sein und vom Sowjetstaat boykottiert werden, die Partei der revisionistischen und unzufriedenen Staaten mochte auf die Chance lauern, sich den hemmenden neuen Regeln wieder zu entziehen – die Frage, ob das Genfer Experiment völlig scheitern und das Feld der internationalen Beziehungen wieder ganz der traditionellen Machtpolitik gehören werde, hatte letztlich Deutschland zu beantworten. Ein tödlicher Schlag gegen den Status quo und das System der kollektiven Sicherheit war nur dann denkbar, wenn die potentiell stärkste der potentiell revisionistischen Mächte, Deutschland, gleichsam die Führung der Revisionisten-Partei übernahm. Russland und Ungarn waren zu schwach, ebenso Italien und Polen, die zudem mit vielen Fäden an die Garanten des Status quo, Frankreich und Grossbritannien, gebunden blieben. Allein Deutschland war so kräftig und geographisch so zentral gelegen, dass es sich bei der Verfolgung der eigenen territorialen revisionistischen Ziele zum aufmunternden, koordinierenden und lenkenden Bundesgenossen der übrigen Revisionismen machen konnte. Und wenn die anderen revisionistischen Staaten zu Passivität verurteilt waren, sofern Deutschland ruhig blieb, so brach andererseits unweigerlich der ganze Katarakt territorialer revisionistischer Forderungen auf die politische Landschaft Europas nieder, wenn Deutschland tatsächlich auf revisionistischen Kurs ging und sich dabei der Hilfe fremder Revisionismen bediente. Eine solche Bewegung musste nicht nur den Status quo auslöschen, sondern zugleich die Prinzipien des Völkerbunds und die Institution selbst liquidieren, weil sie, das lag in der Natur der Sache, zum Rückgriff auf militärische Mittel gezwungen war und zwangsläufig die Macht wieder zum einzigen Faktor der Aussenpolitik erhob, während Schiedsgerichtsbarkeit und friedliche Verständigung von der internationalen Bühne gefegt wurden.

Am Ende der Revision stand überdies ohne Frage die mit Genf ebenfalls unvereinbare deutsche Hegemonie in Europa. Da Deutschland in jeder denkbaren revisionistischen Kombination seine Partner an Macht weit übertraf, konnte es nicht ausbleiben, dass sich Verbündete Deutschlands schon während der einzelnen Aktionen einer territorialen Revisionspolitik in Klientelstaaten verwandelten. Da die Erfüllung aller deutschen Wünsche dem Reich ausserdem ein erdrückendes Übergewicht auf dem Kontinent verschaffen musste, stand dann den Klientelstaaten unweigerlich das weitere Absinken zu blossen Satelliten bevor, und wer sich der Revision erfolglos widersetzte, hatte dieses Schicksal naturgemäss zu teilen. Eine Wendung Deutschlands zu aktiver terri-

torialer Revisionspolitik hiess mithin Rückkehr zum internationalen Faustrecht, und erfolgreiche Revision hiess zudem Zerstörung des europäischen Gleichgewichts. Berlin hatte also zu wählen zwischen einer an den Prinzipien der kollektiven Sicherheit orientierten Aussenpolitik, die den Verzicht auf die Korrektur des Kriegsergebnisses einschloss, und einer abermaligen Herausforderung Europas, die alle erreichten Fortschritte der internationalen Politik wieder aufheben und das Rad der Geschichte zurückdrehen musste.

Dass Deutschland eines Tages in der Lage sein würde, revisionistische Politik zu treiben, war nicht zu bezweifeln¹⁶. Zwar hatte das Reich seinen territorialen Bestand nicht ganz behaupten können. Durch den Vertrag von Versailles waren die 1870/71 eroberten Elsass und Lothringen an Frankreich zurückgefallen, das ausserdem die Kohlengruben des vom Völkerbund verwalteten Saarlands kontrollierte; Eupen und Malmedy waren an Belgien verlorengegangen, Posen und Teile Westpreussens an Polen, das Memelgebiet an Litauen, ein Teil Schleswigs an Dänemark und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei. Die Kolonien hatten abgetreten werden müssen, ebenso Danzig, das allerdings nicht an Polen fiel, sondern zur Freien Stadt unter der Aufsicht des Völkerbunds erklärt wurde; 1921 folgte schliesslich noch die Teilung des oberschlesischen Industriegebiets. Aber diese Abtretungen entsprachen nahezu überall dem Willen einer Mehrheit der in den betreffenden Territorien lebenden Bevölkerung. Ansonsten hatte auch Deutschland durchaus den Schutz des in «14 Punkte» gefassten Wilsonschen Friedensprogramms genossen, dessen Kernstück das Selbstbestimmungsrecht der Völker war, und der amerikanische Präsident hatte die von ihm formulierten Prinzipien sogar mit der Drohung eines Separatfriedens als Grundlage des deutschen Friedensvertrags durchgesetzt; wilde Zerstückelungspläne, wie sie in den Kriegsjahren geschmiedet worden waren, hatten auf der Friedenskonferenz keine Chance mehr gehabt. Gewiss war auch die Vorstellung wirksam gewesen, Deutschland müsse für seinen entscheidenden Anteil am Ausbruch des grossen Krieges bestraft werden. Doch hatte diese Vorstellung ihren Ausdruck nicht in der territorialen Verkleinerung des Reiches gefunden, sondern in der Aufbürdung wirtschaftlicher Lasten und in ebenso harten wie unsinnigen und unrealisierbaren Reparationsforderungen. Das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarn, nach dem langen und opferreichen Krieg hoch entwickelt, hatte Deutschland ebenfalls keine territorialen Einbussen gekostet. Es war vielmehr mit der befristeten Besetzung des linksrheinischen Territoriums, mit der Entmilitarisierung eines 50 Kilometer breiten rechtsrheinischen Streifens, mit der Reduzierung der Armee auf 100'000 Mann und vor allem mit der Verweigerung territorialer Gewinne

¹⁶ P. Krüger, Versailles. Deutsche Aussenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.

für Deutschland aus dem Erbe Österreich-Ungarns abgefunden worden: den Deutschen Österreichs und der böhmisch-mährischen Länder war der von ihnen gewünschte Anschluss an das Reich verwehrt worden.

Die Masse seines Staatsgebiets hatte Deutschland jedoch behaupten können und stellte, wenn auch im Augenblick geschlagen, teilweise besetzt und fast entwaffnet, nach wie vor die wirtschaftlich und potentiell auch politisch und militärisch stärkste Macht des Kontinents dar. Dass diese Macht versuchen würde, die Einschränkung ihrer Souveränität wieder abzuschütteln, war selbstverständlich; die Einschränkung galt ohnehin nur für eine bestimmte Frist. Die einseitige Abrüstung des Reiches war auf die Dauer ebenfalls unhaltbar. Ebenso selbstverständlich war es endlich, dass sich Deutschland um eine Revision des absurden alliierten Reparationsprogramms bemühen würde. Solche revisionistischen Tendenzen der deutschen Aussenpolitik konnten im Übrigen, für sich allein betrachtet, kaum zu einer Gefährdung der europäischen Sicherheit führen, und so lag in ihrer Unausweichlichkeit an sich noch nichts Bedrohliches. Wie aber würde Deutschland auf seine territorialen Verluste und auf den entgangenen Gewinn Österreichs oder der Sudetengebiete reagieren? Noch wichtiger: Waren die hegemonialen Ambitionen der Vorkriegszeit und die imperialen Träume der Kriegsjahre tatsächlich tot? Durfte erwartet werden, dass Deutschland die Abweisung seines Führungs- und Herrschaftsanspruchs hinnahm? Oder würden die Berliner Kabinette eine Konzeption wählen, in der die Wiedergewinnung der Souveränität, der militärischen Gleichberechtigung und der finanziellen Freiheit lediglich als Stufe zu einer gleichgewichts- und völkerbundsfeindlichen Politik der territorialen Revision und der grossdeutsch-imperialen Expansion diene?

Als am 15. November 1920 die erste Vollversammlung des Völkerbunds begann, war die Entscheidung über den künftigen Weg der deutschen Politik im Grunde bereits gefallen. Die Revolutionsversuche der radikalen Linken waren zusammengebrochen, und die demokratische Linke hatte, erschreckt von der Möglichkeit einer Revolution nach russischem Muster, ein Bündnis mit den alten Gewalten in Wirtschaft, Bürokratie und namentlich Armee geschlossen, das es ihr verwehrt, die vorübergehend übernommene politische Führung zu einer Politik in ihrem Sinne auszunutzen¹⁷. Wenig später hatte sie auch diese Führung wieder verloren, als in den ersten Wahlen nach dem Kapp-Putsch – dem frühesten Ansatz der extremen Rechten zur Machteroberung – der für lange Jahre letzte sozialdemokratische Reichskanzler, Hermann Müller, stürzte. Nach dem Zwischenspiel sozialdemokratischer Regierungsverantwortung stellte sich sofort heraus, dass die Niederlage, die Republikanisierung und die folgende innere Erschütterung an der Grundstruktur der deutschen Gesell-

¹⁷ H. Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985; vgl. auch P. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, Stuttgart 1973; H. Schulze, Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982; E. Kolb, Die Weimarer Republik, München-Wien 1984.

schaft und an den innenpolitischen Machtverhältnissen kaum etwas geändert hatten. Zwar blieb Deutschland eine Republik, in der das Parlament eine gewisse Rolle spielte. Doch dominierten schon im Parlament die von grossbürgerlichen, agrarischen und mittelständischen Interessenverbänden gelenkten Parteien des in Wahrheit immer noch parlamentsfeindlichen nationalen Bürgertums, und hinter diesen bewegten Szenen im Vordergrund regierten in Wirklichkeit nach wie vor Bürokratie und Armee, in denen gleichfalls, wie in den Parteien der Mitte und der Rechten, die Konservatoren bürgerlichnationalistischer und aristokratisch-konservativer Traditionen die Richtung angaben. Die Republik von Weimar, wie der neue Staat nach dem Ort der ersten und verfassunggebenden Nationalversammlung genannt wurde, stellte faktisch – etwas übertreibend gesagt – nur eine Fortsetzung des wilhelminischen Deutschland mit anderen Mitteln dar.

Gerade auch in der Aussenpolitik war von sozialdemokratischen oder linksbürgerlichen Einflüssen keine Rede. Und die aussenpolitische Grundstimmung der noch immer oder jetzt wieder herrschenden Schichten hatte sich trotz Krieg und Niederlage offensichtlich nicht gewandelt. Eine übergrosse Mehrheit identifizierte sich nach wie vor mit der imperialen Tendenz des Kaiserreiches und unterliess sogar jede Kritik an den ausschweifenden Expansions- und Herrschaftsprogrammen der Kriegsjahre. Der Völkerbund wurde – wie schon während des Krieges die in Westeuropa und den USA entworfenen Planskizzen meist nur Spott und Hohn geerntet hatten – entweder als überflüssiger internationaler Debattierklub verachtet oder als britisch-französisches Instrument zur Niederhaltung Deutschlands – bzw. zur Erstickung jeglicher freien Entfaltung des souveränen Machtstaats – angefeindet und abgelehnt. Allen, die so dachten, musste die Anpassung an die neue europäische Ordnung unmöglich scheinen und die grosse deutsche Mitverantwortung für das Gelingen des Genfer Experiments gleichgültig bleiben. Dass Deutschland bei erster Gelegenheit auch territoriale revisionistische Aussenpolitik machen werde, verstand sich für den Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, ebenso von selbst wie für die meisten Beamten des Auswärtigen Amts, für die Leiter bürgerlicher Parteien ebenso wie für die Repräsentanten der meinungsbildenden Wissenschaften¹⁸.

Indes ging es nicht allein um die Korrektur dieser oder jener Grenze, um die Wiedergutmachung der vermeintlichen oder tatsächlichen Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags. Mehr noch ging es um die Wiederherstellung der imperialen Position und der imperialen Möglichkeiten Deutschlands. Was als Revisionspolitik bezeichnet wurde, hatte seine Wurzeln keineswegs in den einzelnen Bestimmungen des Vertrags von Versailles, sondern im eigentlichen Kriegsergebnis, der Abweisung des deutschen Führungsanspruchs auf dem europäischen Kontinent, und so erfasst die Bezeichnung «Revisionspolitik» lediglich die konkrete Anfangsphase einer Politik, die jene an sich unvermeidli-

¹⁸ Vgl. Graml, Europa, S. 5 5 ff.

che Konsequenz des territorialen deutschen Revisionismus, die Erneuerung und den Ausbau der deutschen Hegemonie, aus älteren Wurzeln als ihr wahres Ziel anstrebte. Im Grunde handelte es sich von Anfang an nicht um Revisionspolitik, sondern um Restaurationspolitik. Auch von einem milderen Frieden wären diese Völkerbunds- und gleichgewichtsfeindlichen Tendenzen der deutschen Aussenpolitik mithin nicht beruhigt worden. Ohne gänzlich instrumentalisiert zu werden, fungierten die einzelnen revisionistischen Forderungen doch zugleich als territoriale Mittel zum machtpolitischen und imperialen Zweck. Der Wille zur Führung Europas und zur imperialen Expansion auf dem europäischen Kontinent war ungebrochen.

Daher ist stets weniger die Rangfolge der einzelnen territorialen Revisionsziele diskutiert worden als vielmehr die Frage, welche Position des kaiserlichen Deutschland restauriert werden sollte. Drei grosse Gruppen lassen sich, schematisch vereinfacht, unterscheiden: Auf dem gemässigten linken Flügel standen Konservative wie General v. Seeckt, die einfach zum Sommer 1914 zurückkehren wollten und darüber zunächst nicht hinausdachten. Die Mitte bildeten innenpolitisch oft mehr liberal orientierte Anhänger eines unter der Leitung Grossdeutschlands wirtschaftlich und politisch zusammengeschlossenen Mitteleuropas, das sich während des Krieges bereits abgezeichnet hatte. Und auf dem rechten Flügel sammelten sich die Verfechter einer überhaupt nicht mehr begrenzten deutschen Expansion; hier wurde nach wie vor ein Imperialismus gepredigt, der unter Parolen wie «Herrenvolk» und «Lebensraum», die von den Alldeutschen der Vorkriegszeit geprägt worden waren, nicht nur auf Führung und Hegemonie zielte, sondern auf die Unterwerfung und Germanisierung – durch Ausrottung und Ansiedlung – weitester und unterschiedlichster nichtdeutscher Territorien, namentlich in Osteuropa. Zu den Wortführern dieses prononciert antiliberalen und häufig auch antikonservativen rechten Flügels, der Verwandtschaft mit den italienischen Faschisten empfand und besass, gehörte Oswald Spengler, der unmittelbar nach dem Kriege mit seinem Buch «Untergang des Abendlandes» Ansehen erwarb, zu Beginn der zwanziger Jahre ideologischen Einfluss auf nationalistische Organisationen gewann und enge Beziehungen zu nationalistischen Industriellen knüpfte. Im Rückblick auf das Frühjahr 1918 und auf die Möglichkeiten, die der Frieden von Brest-Litowsk – vom Deutschen Reich damals dem besiegten Russland diktiert – ja erst angedeutet hatte, setzte Spengler schon im Dezember 1918 auf eine Diktatur, die mit dem «politischen Dilettantismus von Mehrheiten» Schluss machen werde: «Und dann hoffe ich, ... dass der Aufbau von Mitteleuropa aus uns die Stellung verschafft, die unsere Bestimmung ist und an die ich unerschütterlich glaube. Der Friede von heute ist nur ein Provisorium ... Tatsächlich tritt der Weltkrieg erst jetzt in sein zweites Stadium.»¹⁹

¹⁹ Spengler, Briefe 1913-1936, München 1963, S. 113.

Angesichts der Realitäten der ersten Nachkriegsjahre wirkten die Träume aller drei Gruppen recht ungereimt. Indes fühlten sich die Verfechter der Restaurationspolitik keineswegs schwach. Deutschland habe lediglich, so glaubten sie, einen Rückschlag erlebt wie Preussen 1806/7 nach Jena und Tilsit. Bereits 1919 sah Spengler den «Weg Tilsit-Leipzig» vor sich liegen. Anders als damals, war dem Zusammenbruch von 1918 überdies eine in der Tat imponierende wirtschaftliche, organisatorische und vor allem militärische Leistung vorhergegangen, die gerade im Nachhinein zu einer Überschätzung der eigenen Kraft verführte. Das während des Krieges und danach gewonnene Kraftbewusstsein wurde sogar zu einer selbständigen Ursache – und mentalen Rechtfertigung – des imperialen Willens, zumal die ausschlaggebenden Ursachen der militärischen Erfolge Deutschlands – im Westen die zeitweilige Überlegenheit der defensiven Kampfform, im Osten die in jeder Hinsicht bestehende qualitative Überlegenheit über die zaristische Armee – unbegriffen blieben. Die Tatsache der am Ende eben doch erlittenen militärischen Niederlage schrieb man der inneren Zersetzung durch die Linke, dem «Dolchstoß» in den Rücken der ansonsten zum Sieg noch fähigen Kampftruppe, zu oder stempelte sie zum Zufallsergebnis einzelner Fehler und Versäumnisse. Nicht die Niederlage wurde erklärt, sondern die Verfehlung des immer wieder zum Greifen nahen Sieges²⁰.

Gewiss war Deutschland vorerst durch den Vertrag von Versailles gefesselt. Doch verriet gerade der häufige Gebrauch der Formel «Fesseln» oder «Ketten» von Versailles, dass eine Mehrheit der Deutschen glaubte, ihre Nation leide nicht unter einem Mangel an Kraft, sondern bloss unter einem Mangel an Bewegungsfreiheit, und die Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit wurde als lösbare Aufgabe angesehen. Zumindest für die revisionistische Phase der Restaurationspolitik waren taktische Mittel und Wege durchaus zu entdecken, ob man nun sogleich gegen den Klub der Sieger die Partei der Revisionisten und Unzufriedenen sammelte, wie es Walther Rathenau, Chef der AEG und 1922 Aussenminister, schon 1919 vorschwebte, oder ob man sich «rebus sic stantibus ... auf die demokratisch-pazifistische Seite» legte, wie im Herbst 1918 Paul v. Hintze, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, geraten hatte, um über den Eintritt in den Völkerbund die alte Machtposition zurückzugewinnen.

In dieser Atmosphäre begann die politische Karriere eines Mannes, der bald zu der Überzeugung kam, dass es seine Mission sei, das Eroberungs- und Herrschaftsprogramm des rechten Flügels der deutschen Restaurationsbewegung zu popularisieren, zu komplettieren und vielleicht auch zu realisieren. Als Adolf Hitler wenige Jahre später – in einem Buch, das er «Mein Kampf» nannte

²⁰ F. Freiherr Hiller von Gaertringen, «Dolchstoß»-Diskussion und «Dolchstoß-Legende» im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift f. H. Rothfels, hrsg. v. W. Besson und F. Freiherr Hiller von Gaertringen, Göttingen 1963, S. 122-160.

– ein leidenschaftliches Plädoyer für jenes Programm der Öffentlichkeit präsentierte, hat er eine souveräne Verachtung der «Ketten von Versailles» an den Tag gelegt, wie sie aus dem Bewusstsein der ungeheuren Kräfte Deutschlands folgte, und die Erschliessung ausreichender materieller wie psychischer Reserven für den kommenden Eroberungskrieg als pure Willensfrage behandelt.

Für viele Anwälte der Restauration, namentlich für preussische Konservative, lag es dabei nahe, als erstes Ziel der revisionistischen Phase Polen zu wählen und zu diesem Zweck die angesichts völlig veränderter Umstände wieder möglich gewordene Allianz zu restaurieren, die zwischen Preussen und Russland vom Ende des 18. bis zu den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bestanden hatte; dass in Russland jetzt kommunistische Revolutionäre an der Macht waren, störte sie wenig, solange auch die Bolschewiki im Hinblick auf Polen revisionistische Neigungen zeigten. Bereits im polnisch-russischen Krieg von 1920 beobachtete Deutschland eine prorussische Neutralität, und 1921 wurde zwischen Moskau und Berlin eine – zunächst geheime – militärisch-industrielle Zusammenarbeit aufgenommen. Als schrillstes Signal des deutschen Willens zur Revisions- und Restaurationspolitik folgte dann, am 16. April 1922 mit der Sowjetunion abgeschlossen, der Vertrag von Rapallo, der auf der einen Seite eine zur Anerkennung des Status quo führende Verständigung mit den Westmächten verhindern, auf der anderen Seite das besondere deutsch-russische Verhältnis gegen Polen befestigen und die schon bestehende deutsch-sowjetische Militärallianz politisch stützen sollte²¹.

In den Nachbarstaaten Deutschlands ist der Vertrag von Rapallo mit Recht als Beweis dafür genommen worden, dass von Deutschland statt der Eingliederung in die Nachkriegsordnung eine Fortsetzung expansiver Politik zu erwarten sei. Die französischen Politiker waren nach zwei deutschen Invasionen ohnehin geneigt, die aggressive Unruhe Deutschlands als chronische Erscheinung zu betrachten. Den Genfer Prinzipien weniger nahe als ihre angelsächsischen Kollegen und daher von Beginn an ohne rechtes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Völkerbunds, machten sie sich bei Kriegsende sogleich daran, das System der kollektiven Sicherheit durch ein Allianzsystem alten Stils zu ergänzen. Als Frankreich eine zugesagte amerikanisch-britische Sicherheitsgarantie gegen Deutschland, für die Paris mit dem Verzicht auf eigene Annexionen und mit dem Verzicht auf die Schaffung einer politisch autonomen rheinischen «Pufferzone» bezahlt hatte, schliesslich doch verlor, weil sich die USA politisch wieder aus Europa zurückzogen, glaubten sich die französischen Kabinette ausserdem berechtigt, Deutschland möglichst lange im Zu-

²¹ H.G. Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo*, Köln 1972; G. Wagner, *Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg*, Wiesbaden 1979; H. Graml, *Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung*, in: *VfZ* 18 (1970), S. 366-392; C. Fink, *The Genoa Conference. European diplomacy 1921-1922*, Chapel Hill 1984.

stand politischer und militärischer Ohnmacht zu halten und gleichzeitig ein defensives französisches Hegemonialsystem aufzubauen. Im Gefühl langfristiger Unterlegenheit nutzte daher Frankreich seine momentane Überlegenheit zunächst zur Organisierung antirevisionistischer Bündnisse. Mitte August 1920 schlossen sich die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien unter französischem Patronat gegen Ungarn zur sogenannten «Kleinen Entente» zusammen, die Anfang März 1921 durch eine rumänisch-polnische Allianz und Anfang November 1921 durch ein polnisch-tschechoslowakisches Neutralitätsabkommen erweitert wurde. Als Frankreich im Februar 1921 ein Bündnis mit Polen einging und im Januar 1924 auch noch das längst bestehende freundschaftliche Verhältnis zur Tschechoslowakei vertraglich abstützte, erhielt das ganze System seine Verklammerung und seine Spitze²².

Zugleich wurde Deutschland auf französische Initiative mit unerfüllbaren alliierten Reparationsansprüchen konfrontiert (132 Milliarden Goldmark), die eine Wiedergewinnung der finanziellen und damit auch der militärischen und politischen Bewegungsfreiheit Deutschlands verhindern sollten²³. Dass überhaupt – wie das auch Deutschland für den Fall des Sieges vorgehabt hatte – hohe Reparationen verlangt wurden, lag natürlich auch am Finanzbedarf der Siegermächte, die ihre Kriegsschäden zu ersetzen und vor allem ihre von Washington unerbittlich eingeforderten amerikanischen Kredite zurückzuzahlen hatten. Dass aber die Reparationen auf eine Höhe geschraubt wurden, die offensichtlich in keiner Beziehung mehr zur deutschen Zahlungsfähigkeit stand, lag doch in erster Linie an der politischen Instrumentalisierung der Reparationen durch Frankreich. Nachdem Deutschland mit dem Vertrag von Rapallo so frühzeitig und so offen eine Kriegserklärung an den Status quo formuliert hatte, vermochten sich in Paris sogar Kräfte durchzusetzen, die den Versailler Vertrag für zu milde und in einem französischen Sinne für revisionsbedürftig hielten. Seit der Friedenskonferenz hatten sie auf die Okkupation des Ruhrgebiets hingearbeitet, mit der sie Deutschland weiter zu schwächen hofften und in deren Schatten sie zumindest die Schaffung der 1919 verpassten rheinischen Pufferzone nachzuholen gedachten. Nach Rapallo fanden die französischen Anwälte totaler Sicherheit kaum noch Widerspruch und schliesslich bekamen sie vorübergehend auch aussenpolitische Handlungsfreiheit, als die deutsche Regierung einige Monate nach Rapallo ihrer Kriegserklärung an den Status quo auch noch die Einstellung barer Reparationszahlungen und die Verweigerung des Eintritts in den Völkerbund hinzufügte. Beides zusammen lief auf den Abbruch der am 31. August 1921 mit der ersten tatsächlich gezahlten Milliarde Goldmark eingeleiteten «Erfüllungspolitik» hinaus. Auf eine gleichwohl fadenscheinige juristische Begründung gestützt, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein, wo sie ein Besat-

²² P. Wandycz, *France and her Eastern Allies*, Minneapolis 1962.

²³ Vgl. P. Krüger, *Versailles*, S. 93 ff.

zungsregime etablierten, das sich alsbald zu einer üblen Militärdiktatur mit zahllosen Ausweisungen, barbarischen Haftstrafen und sogar Erschiessungen entwickelte; gleichzeitig begann die verstärkte Ermunterung und Unterstützung rheinischer Separatistengruppen. Die Reichsregierung, unfähig, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen, antwortete mit einem zunächst im gesamten besetzten Gebiet befolgten Aufruf zum passiven Widerstand. Zwischen Frankreich und Deutschland herrschte wieder eine Art Kriegszustand.

Frankreich fühlte sich von Deutschland herausgefordert und meinte daher bei seinem Vorgehen im Recht zu sein. Doch stellte die französische Aktion einen schweren Rückfall in die internationale Anarchie der Vorkriegsjahre und damit eine erste Sünde wider den Geist des Völkerbunds dar. Anfänglich schien der Bund auch, scharf regieren zu wollen, doch beugte er sich am Ende dem Druck Frankreichs – immerhin eines der wichtigsten Mitglieder –, das selbst vor der Drohung mit dem Austritt nicht zurückschreckte; Frankreichs Rückkehr zum internationalen Faustrecht blieb ungeahndet und sogar ungerügt. Lasteten schon die hegemoniale Politik und Position Frankreichs steinschwer auf dem Versuch, die Idee der kollektiven Sicherheit zu einer politischen Realität zu machen, so hatte sich nun das französische Sicherheitsbedürfnis zu einem Akt hinreissen lassen, der die Restauration des Machtprinzips fast ebenso förderte und das Prinzip des Rechts fast ebenso schwächte wie die grundsätzliche Völkerbundsfeindschaft Deutschlands. Erstmals zeichnete sich die Möglichkeit ab, dass die internationale Friedensordnung und mit ihr die gesamte Neuordnung des europäischen Kontinents zwischen den Mühlsteinen der deutschen Restaurationspolitik und der französischen Sicherheitspolitik zerrieben werden könnten. Bereits das Auftauchen dieser Möglichkeit bescherte dem Völkerbund eine Stagnation, gegen die niemand ein probates Mittel einfallen wollte. Insofern reichte die Bedeutung des französischen Abenteuers an der Ruhr weit über das deutsch-französische Verhältnis hinaus, dem natürlich ebenfalls eine schwere Hypothek aufgebürdet wurde.

Dass es schliesslich doch zu einem Zwischenspiel der Verständigung und zu einer vorübergehenden Stabilisierung kam, war denn auch keine Leistung des Völkerbunds. Vielmehr lag es einfach daran, dass die Situation unerträglich wurde. Die Unerträglichkeit zwang Grossbritannien zu einer nachdrücklich vermittelnden Intervention in die kontinentalen Angelegenheiten und zwang sowohl Frankreich wie Deutschland zu partiellem und zeitweiligem Einlenken. Die britischen Politiker standen – auf Grund der grösseren Stärke ihres in Jahrhunderten gereiften liberal-parlamentarischen Verfassungsdenkens – dem Völkerbundsgedanken näher als die französischen Kollegen. Sie hatten ausserdem mit der Vernichtung der deutschen Kriegsflotte ihr wichtigstes konkretes Kriegsziel erreicht. Jetzt waren sie, von der deutschen Gefahr ohnehin weiter abgesetzt und nun vornehmlich von den wirtschaftlichen Sorgen ihres hochindustrialisierten Landes bedrängt, in erster Linie an der Erho-

lung des Welthandels und folglich an der wirtschaftlichen Gesundung des europäischen Kontinents – einschliesslich des bedeutendsten Handelspartners Deutschland – interessiert. Seit dem Ende des Krieges hatten sie den Repräsentanten Frankreichs begreiflich zu machen versucht, dass sowohl die Zukunft des Völkerbunds wie die Regeneration der europäischen Wirtschaft von der politischen Stabilisierung des Kontinents abhingen und dass die politische Stabilisierung wiederum nicht ohne die Aussöhnung Deutschlands mit der europäischen Nachkriegsordnung zu erreichen sei. Lloyd George, der damalige britische Premier, hatte sich schon auf der Friedenskonferenz bemüht, die Praktizierung dieses Grundgedankens wenigstens vorzubereiten, indem er sich in Grenzfragen nicht ohne Erfolg zum Anwalt deutscher Interessen gemacht hatte²⁴. Auch in der seit Versailles erheblich veränderten Situation setzte die britische Regierung auf eine Beruhigung der Stimmung in Deutschland, die sie dann für möglich hielt – und hier geriet sie in einen schroffen Gegensatz zur französischen Konzeption –, wenn die Sieger bereit waren, die Fesseln von Versailles bald zu lösen und Deutschland seine wirtschaftliche wie seine politische Bewegungsfreiheit zurückzugeben. Selbst spätere Korrekturen der deutschen Ostgrenze schloss man in London nicht aus, wie die mehrmalige Weigerung bewies, sich für die territoriale Integrität Polens zu engagieren – bei gleichzeitiger Bereitschaft zum Engagement für die französische Ostgrenze. Konzessionen und die im Hintergrund stehende Warntafel «Entente», auf die man keinesfalls zu verzichten gedachte, sollten Deutschland während seines Wiederaufstiegs in die internationale Ordnung einzugliedern, hielten die britischen Politiker jene Herausforderung für sehr wahrscheinlich. Dass der deutsche Wiederaufstieg selbst unvermeidlich und liedom, hielten die britischen Politiker jene Herausforderung für sehr wahrscheinlich. Dass der deutsche Wiederaufstieg selbst unvermeidlich und die französische Repressionskonzeption nicht auf die Dauer durchzuhalten war, lag für die Briten auf der Hand.

Im Rahmen dieser Appeasement-Politik, wie man im Londoner Foreign Office das eigene Konzept bald zu nennen pflegte, hat die britische Regierung beharrlich versucht, Frankreichs Reparationsforderung auf ein wirtschaftlich vertretbares Mass zurückzuschrauben. Zunächst freilich erfolglos. Immerhin brachte es Lloyd George fertig, einige Jahre lang den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet zu verhindern, obwohl die reparationspolitische Störrigkeit der deutschen Kabinette, die bis Mitte 1921 jede Barzahlung verweigert hatten, eher der französischen Politik in die Hände arbeitete. Indes ist in London auch die diplomatische Aktivität Frankreichs mit wachsendem Unbehagen verfolgt worden. Die britischen Anhänger des Völkerbunds nahmen übel, dass die französischen Allianzen die Diplomatie der Vorkriegszeit ungehemmt fortsetzten und der Völkerbundsidee psychologisch wie faktisch schweren Schaden zufügten. Politiker wie Lloyd George konstatierten mit zunehmender Verbitte-

²⁴ Vgl. Graml, *Europa*, S. 87 ff.

rung, dass Frankreichs Sammlung der Status-quo-Partei lediglich dazu beitrug, die Spaltung Europas bis zum fast unvermeidlichen Gegenschlag der Revisionspartei gleichsam zu institutionalisieren. Bereits Ende 1921 konzipierte Lloyd George ein grosses Projekt zur wirtschaftlichen und politischen Sanierung Europas, das – in Form einer gesamteuropäischen, auch von Deutschland mitgetragenen, wirtschaftlichen Hilfs- und Entwicklungsaktion für Sowjetrussland – sowohl Deutschland wie Russland in den Kreis der europäischen Mächte zurückholen, eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage ermöglichen und die Übersteigerungen der französischen Sicherheitspolitik überflüssig machen sollte²⁵. Zwar mussten solche Gedanken vorerst wieder begraben werden, als im April 1922 die Konferenz von Genua statt einer produktiven Diskussion über das Projekt Lloyd Georges die deutsch-sowjetische Separatverständigung von Rapallo brachte. Angesichts der revisionspolitischen Provokation, die sich Deutschland geleistet hatte, sah sich die britische Regierung sogar zu Konzessionen an die französische Sicherheitspolitik veranlasst: Als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten, nahm Grossbritannien anfänglich eine Haltung der «surly neutrality» ein²⁶.

Nachdem jedoch ganz klar geworden war, in welches politische und wirtschaftliche Chaos die französische Aktion Europa stürzte, kehrte London sogleich zur Appeasement-Politik zurück. Mit der Drohung, notfalls den Versailler Vertrag zu kündigen, wurde Frankreich zunächst gezwungen, die rheinischen Separatisten fallenzulassen, die ohne französische Unterstützung eine handlungsunfähige kleine Minderheit darstellten. Sodann zeigte sich die britische Regierung entschlossen, Paris nun ausserdem eine praktikable Lösung des Reparationsproblems und darüber hinaus eine generelle Annäherung an Deutschland zu oktroyieren. Poincaré, der damalige französische Regierungschef, der schon eine Torpedierung des Sanierungsprojekts Lloyd Georges vorbereitet hatte, ehe ihn Rapallo aller eigenen Mühen enthob, fand an dem britischen Vorhaben wenig Geschmack. Aber die aussenpolitische Isolierung, in die er sein Land mit der Ruhraktion geführt hatte, konnte nicht lange ertragen werden, und als ihn das britische Kabinett zum Verzicht auf die rheinische Pufferzone nötigte, war der eigentliche politische Zweck der Aktion ohnehin verfehlt. Widerwillig fand sich Frankreich bereit, dem britischen Druck nachzugeben – zumal Deutschland inzwischen nachgegeben hatte²⁷.

Deutschland war mit seiner Politik in eine Lage geraten, in der die – zumindest scheinbare – Kapitulation nur eine Frage der Zeit sein konnte. Da das

²⁵ Vgl. C. Fink, *The Genoa Conference*.

²⁶ Viscount d'Abemon, *Memoiren*, Bd. 2, S. 114.

²⁷ G. Bertram-Libal, *Aspekte der britischen Deutschlandpolitik 1919-1922*, Göppingen 1972; B. Dohrmann, *Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1929*, München-Wien 1980; M. Trachtenberg, *Reparation in world politics. France and European economic diplomacy 1916-1923*, New York 1980.

Reich nicht mehr über die Produktions- und Finanzkraft seines wichtigsten Industriegebiets verfügte und überdies den passiven Widerstand nicht etwa durch eine entsprechende steuerliche Belastung der Bevölkerung des unbesetzten Gebiets finanzierte, sondern im Wesentlichen durch eine enorme Produktionssteigerung der Druckerpresse, war das Ende des Widerstands sogar mit fast mathematischer Sicherheit zu bestimmen. Die durch die Kriegsfinanzierung schwer angeschlagene und dann durch die ebenfalls mit einer laufenden Erhöhung der schwebenden Schuld arbeitende Finanzpolitik der ersten Nachkriegskabinette endgültig ruinierte Währung trieb in eine Inflation von phantastischen Ausmassen, die wiederum innenpolitische Konflikte aller Art in unerträglicher Weise verschärfte. Bereits im Frühsommer 1923 blieb der Reichsregierung nichts anderes übrig, als den Alliierten mitzuteilen, dass Deutschland hinsichtlich der Reparationen zur Erfüllungspolitik zurückkehren wolle.

Nun ist es durchaus möglich, dass sich lediglich die Entwicklung von 1921/22 wiederholt hätte. Jedoch nahm die Zügel der Berliner Aussenpolitik jetzt ein Mann in die Hand, der zwar während des Krieges zu den Wortführern imperialistischer Politik und zu den parlamentarischen Vertrauensleuten der Obersten Heeresleitung gehört, seither aber eine Wandlung erfahren hatte, die ihn befähigte, die realitätsvermebelnde nationalistische Egozentrik abzuschüteln, die in der politischen Führungsschicht Deutschlands Tradition geworden und sogar zur staatsbürgerlichen Tugend stilisiert worden war²⁸. Gustav Stresemann, der an der Spitze der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) stand, hatte sich zu einem Patriotismus bekehrt, dem nicht die Realisierung möglichst weit gespannter Herrschaftsansprüche seiner Nation, sondern die nüchterne und vor allem erfolgreiche Wahrung ihrer konkreten Interessen und ihrer Wohlfahrt als die wahrhaft nationale Pflicht galt. Er verlor weder die Revision der deutsch-polnischen Grenze aus den Augen noch dachte er im späteren Sinne des Wortes «europäisch». Doch hatte er Deutschland im europäischen Zusammenhang zu sehen begonnen, und so begriff er, dass der Wiederaufstieg und eine dauerhafte Sicherung der politischen Existenz Deutschlands niemals gegen die Entente erreicht werden konnten, vielmehr eine Verständigung mit den Alliierten und gerade auch mit Frankreich voraussetzten. Der in Versailles und seit Versailles versäumte wahrhafte Friedensschluss musste nachgeholt werden. Hatte er im Vorjahr noch die Rapallo-Politik begrüsst und unterstützt, so war er durch die französische Ruhraktion zu der Einsicht gekommen, dass Deutschland das Ergebnis des Krieges nicht länger ignorieren dürfe, dass der besonders im deutschen Interesse liegende Friedensschluss nicht ohne eine deutlich bekundete Anerkennung zumindest der neuen Westgrenzen Deutschlands zu haben sei. Und Stresemann besass zugleich die Entschlossenheit und das taktische Geschick, einen an realistischen Einsichten

²⁸ K. Koszyk, Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989.

orientierten Kurs auch durchzusetzen. So begann ein erstaunliches Schauspiel: Ausgerechnet der Führer einer prononciert nationalistischen Rechtspartei, der die emotionsgeladene Sprache des deutschen Nationalismus meisterhaft beherrschte und intern jeden seiner Schritte weiterhin in dieser Sprache erklärte, steuerte Deutschland auf den Kurs einer konsequenten rationalen Verständigungspolitik. Nachdem er im August 1923 Reichskanzler geworden war, hielt Stresemann das noch von seinem Vorgänger gemachte Angebot einer reparationspolitischen Kapitulation aufrecht, und am 26. September brach er ausserdem den passiven Widerstand ab. In den letzten Monaten des Jahres 1923 beseitigte das Kabinett Stresemann ein weiteres Hindernis, das einer brauchbaren Regelung des Reparationsproblems nach wie vor im Wege stand. Mit der Schaffung der Rentenmark und dem Ausgleich des Haushalts wurden die Grundlagen für eine stabile Währung gelegt, und mit dem Ende der Inflation zerriss jener sinnverwirrende Zahlenschleier, den Berlin bislang benutzt hatte, um eine realistische Einschätzung der deutschen Zahlungskraft und damit eine realistische Reparationskalkulation zu verhindern.

Die erfolgreiche Finanzreform schuf ausserdem die Vertrauensbasis für internationale Anleihen zur Stärkung der deutschen Kapitalkraft und die Voraussetzung für die Konstruktion der finanztechnischen Mechanismen, die einen Transfer deutscher Reparationsgelder ohne Gefährdung des Kurswerts der Mark erlaubten. Gewiss hatte die Finanzierung des passiven Widerstands die Mark in so bodenlose Tiefen gestürzt, dass die lange verzögerte Sanierung der Währung schon aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Gründen unumgänglich geworden war. Aber Stresemann betrachtete die Liquidierung der Inflation mit Recht auch als Teil jener kalkulierten aussenpolitischen Kapitulation, die er als deutschen Beitrag zur Überwindung der chaotischen Zustände in Europa und damit zugleich als ersten Schritt Deutschlands zur Rückkehr in die europäische Staatengesellschaft verstand.

Nachdem die Reichsregierung im April 1924 die Vorschläge einer inzwischen unter der Leitung des Amerikaners Charles G. Dawes gebildeten Expertenkommission grundsätzlich angenommen hatte, musste auch Poincaré in den sauren Apfel beißen und eine Regelung der Reparationsfrage akzeptieren, die seinen Versuchen, das Problem für politische Zwecke zu instrumentalisieren, den Boden entzog und ausserdem der französischen Anstrengung ein Ende setzte, Deutschland im Zustand von Versailles zu halten. Der Dawes-Plan legte Deutschland fraglos eine schwere Last auf: Im ersten Zahlungsjahr hatte das Reich eine Milliarde Mark aufzubringen, und in den folgenden drei Jahren sollten die Raten von 1,22 auf 1,75 Milliarden steigen; für das fünfte Jahr war die Zahlung von 2,5 Milliarden in Aussicht genommen, wenn auch schon 1924 feststand, dass nach vier gezahlten Raten neu verhandelt werden müsse. Aber die Belastung war erträglich, zumal die erste Rate zu 80 Prozent mit einer im Ausland aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden konnte und auch in den fol-

genden Jahren genügend ausländisches Kapital – namentlich aus den USA – nach Deutschland floss. Und die politische Entlastung war enorm. So formulierte der Dawes-Plan den Grundsatz, dass die wirtschaftliche und steuerliche Einheit des Reiches wiederherzustellen sei und nicht mehr angetastet werden dürfe, was auf eine Garantie der Reichseinheit hinauslief. Auf der Londoner Konferenz (16.7.-16.8.1924), die den Dawes-Plan endgültig billigte, ist ferner vereinbart worden, dass Sanktionen – erst recht Sanktionen wie die Ruhrbesetzung – lediglich bei schweren deutschen Versäumnissen zulässig seien, und auch dann nur nach einem einstimmigen Beschluss aller Gläubiger Deutschlands.

Mit der Entgiftung des Reparationsproblems schien die politische Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten tatsächlich in erreichbare Nähe zu rücken. Schon auf der Londoner Konferenz hatte im Gegensatz zu früheren deutsch-alliierten Begegnungen eine Atmosphäre der Gleichberechtigung geherrscht, und in den folgenden Monaten trug das britische Bemühen, Deutschland und Frankreich einander anzunähern, erste Früchte. Vom britischen Botschafter in Berlin ermuntert, bot Stresemann – jetzt Aussenminister – im Januar 1925 der Londoner Regierung die freiwillige Anerkennung der deutschen Westgrenze und einen diese Anerkennung dokumentierenden wie garantierenden Sicherheitspakt zwischen den interessierten Mächten an. Als Stresemann am 9. Februar 1925, nach einem Wink des britischen Kabinetts, das gleiche Angebot der französischen Regierung übermittelte, hatte er die Auseinandersetzung um einen deutsch-französischen Friedensschluss offiziell eröffnet²⁹.

Obwohl aber die beiden Länder nach ihrer gemeinsamen Niederlage im Ruhrkonflikt eigentlich keine Alternative mehr hatten, war die Auseinandersetzung nicht leicht. Als die anfänglich geheimgehaltene Offerte Stresemanns bekannt wurde, zeigte sich, dass in Deutschland die Rechte schon eine partielle Anerkennung der Kriegsergebnisse nach wie vor als unerträglich empfand und ohne Rücksicht auf die gegebene Lage Miene machte, die Politik Stresemanns zu torpedieren. In Frankreich wiederum erhielt das geringer gewordene Misstrauen in die Absichten Deutschlands sogar neue Nahrung, als sich die deutsche Regierung beharrlich weigerte, auch die Anerkennung der deutschen Ostgrenze in Betracht zu ziehen, vielmehr erklärte, dass Deutschland am antipolnischen Bündnis mit Moskau festhalten und selbst bei einem Eintritt in den Völkerbund keine Verpflichtung im Hinblick auf Osteuropa übernehmen werde; schliesslich fürchtete man in Frankreich schon seit Kriegsende, dass Deutschland eines Tages über ein «polnisches Sadowa» zu einem «neuen Sedan» strebe. Jedoch gelang es dem taktischen Geschick Stresemanns, die innenpolitischen Gegner seines Kurses auszumanoüvrieren oder zeitweilig zu überzeugen – freilich nur mit dem Argument, dass allein sein Weg die Rückge-

²⁹ J. Jacobson, *Locarno diplomacy. Germany and the West*, Princeton 1972.

winnung der aussenpolitischen Bewegungsfreiheit und baldige revisionspolitische Erfolge im Osten bringen werde. Zögernd und ohne Vertrauen in die deutsche Aufrichtigkeit folgte am Ende Frankreich ebenfalls dem britischen Drängen, da Paris auf solche Weise wenigstens ein festes britisches Engagement für die französische Ostgrenze erhielt und zumindest darauf hoffen durfte, im Zuge einer allgemeinen Entspannung Deutschlands Gewöhnung auch an die territoriale Neuordnung Osteuropas zu erreichen.

So kam es im Oktober 1925 in Locarno zu einer Konferenz, die tatsächlich eine vertragliche Fixierung der Vorschläge Stresemanns brachte: Zwischen Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Belgien und Italien wurde ein Garantiepakt ausgehandelt, mit dem sich Deutschland nun freiwillig zur Anerkennung der in Versailles gezogenen deutsch-französischen bzw. deutsch-belgischen Grenze wie zu der im Versailler Vertrag festgelegten Entmilitarisierung des Rheinlands verpflichtete. Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich sagten sich ferner zu, «in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten». Die Funktion von Garantiemächten übernahmen Grossbritannien und Italien. Deutschland war gleichsam in die europäische Staatengesellschaft zurückgekehrt, und als es zur Besiegelung dieser Rückkehr im September 1926 in den Völkerbund eintrat, durfte es mit einem ständigen Sitz im Völkerbundsrat auch gleich die Wiederaufnahme in den Klub der führenden europäischen Mächte demonstrieren.

Die Konferenz von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sind zunächst in der Tat vielfach als Beginn jener deutschen Gewöhnung an den Status quo verstanden worden, die von den Westmächten erhofft wurde, mithin tatsächlich als Beginn einer Ära der Stabilisierung Europas. Der damalige britische Aussenminister, Sir Austen Chamberlain, bezeichnete Locarno als «Trennungslinie zwischen den Jahren des Krieges und den Jahren des Friedens»³⁰. Dementsprechend sind sofort etliche Projekte zu einer kräftigenden Reform des Völkerbunds und zur Lösung des Abrüstungsproblems ernsthaft in Angriff genommen worden. In Wirklichkeit aber schied Locarno lediglich die noch unmittelbar am letzten Krieg leidende Periode von einer Zeit der oberflächlichen Entspannung, die der Zukunft mehr kriegerische als friedliche Möglichkeiten vererbte.

Dass Frankreich mit Locarno auf die Ausübung seiner temporären hegemonialen Funktion praktisch verzichtete, hätte für sich allein noch nicht viel zu bedeuten brauchen, hätte sogar einen beruhigenden Effekt haben können. Dass aber die Westmächte zugleich Deutschlands Weigerung, die osteuropäischen Grenzen anzuerkennen, stillschweigend hinnahmen, hat von Anfang an jede tiefere Wirkung von Locarno verhindert. Damit war gewissermassen eine «Rangordnung der Grenzen» geschaffen worden, die den «weniger vorneh-

³⁰ Graml, Europa, S. 223.

men» östlichen Grenzen schon jetzt die Dauer absprach. Deutschland hatte eine moralisch-politische Ausgangsbasis für die aktive Revisionspolitik der Zukunft besetzen dürfen, und da nicht allein Grossbritannien, sondern offenbar auch Frankreich diese Basis respektierte, lief nach Locarno ein noch schwaches, doch deutlich spürbares Zittern durch Ost- und Südosteuropa. Namentlich die polnischen Besorgnisse wurden geweckt, und sie nahmen noch zu, als Deutschland am 24. April 1926 mit der Sowjetunion demonstrativ einen Freundschaftsvertrag schloss, der das in Rapallo begründete Verhältnis noch festigte. Ohne dass die Westmächte erkennbar opponierten, hatte Berlin wiederum seine gegen Polen gerichteten revisionspolitischen Ambitionen dokumentieren und auch praktisch fördern können. Kein Wunder, dass in Warschau ängstliche Gemüter und weitblickende Geister bereits die Zeichen einer neuen Teilung Polens an der Wand erscheinen sahen.

Gewiss waren das erst atmosphärische Veränderungen und vage Möglichkeiten. Aber die Entwicklung der Stimmung in Deutschland, wie sie sich an der Presse und an den Reden der Politiker ablesen liess, beseitigte bald jeden Zweifel daran, dass die deutsche Führungsschicht, ohne sich durch den Eintritt in den Völkerbund irgendwie gebunden zu fühlen, entschlossen war, nach der Wiedergewinnung auch der finanzpolitischen und der militärischen Bewegungsfreiheit in der Tat von allen revisionspolitischen Möglichkeiten energisch Gebrauch zu machen. Von der zahlenmässig keineswegs schwachen und einen beträchtlichen Teil der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) einschliessenden äussersten Rechten abgesehen, die Locarno als Landesverrat betrachtete und weithin die Ermordung Stresemanns propagierte, verstanden die klügeren Offiziere der Heeresleitung, die Beamten des Auswärtigen Amtes und die Führer der bürgerlich-nationalen Parteien das Vertragssystem von Locarno einfach als Instrumentarium zu einer revisionspolitisch nutzbaren Machtverschiebung in Europa und als Vorbereitung zur Isolierung Polens. Verständigungspolitische Gesichtspunkte tauchten im internen Schriftverkehr allenfalls in taktischen Zusammenhängen auf. Gerade der Eintritt in den Völkerbund und die künftige Rolle in Genf sind lediglich als machtpolitischer Vorgang und als machtpolitische Aufgabe interpretiert worden. Die Welt stelle die Frage, «ob wir in den letzten ... Jahren etwas hinzugelemt bzw. umgelemt haben», und daher müssen die deutschen Vertreter in Genf die eigentlichen Bestrebungen des Reiches durch Reden verschleiern, denen sie einen «salbungsvollen Ton» zu geben hätten, schrieb im Dezember 1925 der Leiter des Völkerbundsreferats im Auswärtigen Amt³¹. In der Heeresleitung entstanden zu dieser Zeit bereits Denkschriften, die als «nächste Ziele» der deutschen Politik die Beseitigung der entmilitarisierten Zone im Westen, die Liquidierung des sog. «Polnischen Korridors», d.h. die Wiederangliederung

³¹ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B, Bd. I, 1, S. 70.

des 1918/19 an Polen abgetretenen westpreussischen und Posenschen Territoriums, die Rückgewinnung «Polnisch-Oberschlesiens» und den Anschluss Österreichs nannten; sei auf diese Weise die europäische Stellung Deutschlands restauriert und dann nach einer «erneuten Lösung der deutsch-französischen Frage» befestigt, werde das Reich wieder um seine «Weltgeltung» kämpfen müssen, gegen den «amerikanisch-englischen Machtkreis».

So blieb die Sonne von Locarno blass und wärmte niemanden, wie der britische Politiker Winston Churchill, damals gerade Schatzkanzler, klagte und wie die ungarischen Revisionisten oder die italienischen Imperialisten sogleich mit Genugtuung konstatierten³². Die Spaltung Europas in Verteidiger und Feinde des Status quo war kaum schmaler geworden, geschweige denn überwunden. Als Folge mussten auch die von solcher Überwindung abhängigen Aufgaben ungelöst bleiben: die Reform des Völkerbunds und die Abrüstung. Die neben und nach Locarno unternommenen Anstrengungen, aus dem Prinzip der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbunds eine politische Realität zu machen, sind in der Tat sämtlich wieder erlahmt, und die Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung kamen keinen Schritt weiter. Niemand vermag zu sagen, ob eine derartige Abrüstung zustande gekommen wäre, wenn Revisionismus und Imperialismus nicht ihre Schatten auf die politische Landschaft Europas geworfen hätten. Die tatsächliche Entwicklung ist jedoch zweifellos von dieser am Horizont sichtbaren Bedrohung bestimmt worden. In den Ländern, die an der Erhaltung des Status quo interessiert waren, namentlich in Frankreich, erstickte nun die Angst vor den Gefahren der Zukunft alle zuvor immerhin wahrnehmbaren Ansätze zur Abrüstungsbereitschaft, und so zerfaserten die eingeleiteten Gespräche in endlose Debatten über grundsätzliche und technische Schwierigkeiten, die man im Grunde nicht mehr lösen, hinter denen man sich vielmehr verschanzen wollte.

Als Briand, Stesemanns französischer Partner von Locarno, den Vereinigten Staaten im Sommer 1927 einen Vertrag vorschlug, in dem sich Frankreich und die USA zusichern sollten, nie Krieg gegeneinander zu führen, leitete ihn keineswegs ein Optimismus, der seine Rechtfertigung aus den Erfolgen einer Ära internationaler Verständigung geschöpft hätte, sondern die Erkenntnis, dass die Periode der Beruhigung, die mit dem Dawes-Plan, mit Locarno und mit Ansätzen zur Abrüstung verheissungsvoll begonnen hatte, ein blosses Zwischenspiel zu bleiben drohte. Von Zweifeln am Völkerbund tief beunruhigt, wollte Briand mit einem neuen Anlauf die Dinge wieder in Bewegung bringen. Es entsprach der generellen Einsicht in die Notwendigkeit und Richtigkeit solcher Schritte, dass der amerikanische Aussenminister Kellogg im Dezember 1927 antwortete, der Vertrag müsse in ein multilaterales Unternehmen verwandelt werden, und dass am 27. August 1928 die Repräsentanten von fünf-

³² Graml, Europa, S. 228.

zehn Staaten in Paris tatsächlich ihre Unterschrift unter ein Abkommen setzten, das zum Verzicht auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verpflichtete³³; bis 1933 traten dem Briand-Kellogg-Pakt nicht weniger als fünfundsechzig Länder bei. Der ebenso generellen Überzeugung, derartige Verträge seien im Grunde doch kein Schutz vor Konflikten und vor Angriffen, entsprach es freilich auch, dass sich die Signatarstaaten weder auf die Festlegung von friedenssichernden Zwangsmitteln noch auf neue Abrüstungsversprechen eingelassen hatten, der Pakt mithin rein deklaratorischen Charakter besass und so die immer noch bestehende Unfähigkeit, nationale Staatsräson in eine kollektive Friedensordnung einzuschmelzen, eher unterstrich. Um die Heilung der europäischen Spaltung, in der er die entscheidende Ursache der internationalen Unruhe sah, vielleicht doch etwas zu fördern, regte Briand im Herbst 1929 schliesslich an, erste organisatorische Stützen eines europäischen Staatenbundes zu schaffen: eine regelmässig tagende Konferenz, einen permanenten politischen Ausschuss als Exekutivorgan und ein kleines Sekretariat. Die Anregung fand eine höfliche Aufnahme, ohne die Stagnation der internationalen Verhältnisse beenden zu können. Allein Stresemann, dem seit Locarno zwar nicht die Ziele des deutschen Revisionismus, doch sicherlich ein Geist, der ausschliesslich revisionistische Ziele verstand, fremd geworden war, griff Briands Gedanken mit lebhafter Zustimmung auf; allerdings konnte er in dieser Frage nicht für sein Land sprechen. Kurz darauf, am 3. Oktober 1929, starb er nach einem Schlaganfall. Briands Europaplan aber versackte in den Diskussionen der Völkerbundsversammlung vom Herbst 1930 und hinterliess lediglich eine Genfer Studienkommission für europäische Vereinigung.

Verschärfung der internationalen Krisen im Niedergang der Wirtschaft

Erlebnis und Ergebnis des Krieges hatten also die zwischenstaatlichen Spannungen in Europa nicht herabgesetzt, Bereitschaft und Fähigkeit zu internationaler Zusammenarbeit nicht über das Niveau der Zeit bis 1914 gehoben. Ein Abbau der nationalen Egoismen erschien – trotz Völkerbund – bald wieder als Utopie oder bestenfalls als eine vielleicht in ferner Zukunft realisierbare Möglichkeit. Eine wesentliche Ursache dieses Mangels an Fortschritten zu einer dauerhaften Friedenssicherung lag nicht unmittelbar in den internationalen Beziehungen, sondern darin, dass die Wirtschaft des Kontinents und die Gesellschaft vieler europäischer Länder aus den vom Krieg geschaffenen oder ver-

³³ Vgl. P. Krüger, Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik. Die deutsche Aussenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt, in: VfZ 22 (1974), S. 227-257.

schärften Krisen nicht mehr herausfanden, dass deshalb die Handels- und die Aussenpolitik der Staaten ständig unter einem Druck wirtschaftlicher Nöte und innenpolitischer Konflikte standen, der im nationalistischen Sinne radikalisiert wirkte. Wohl hatten nahezu rein aussenpolitisch bedingte Antagonismen, vor allem der Gegensatz zwischen der französischen Sekuritätspolitik und dem zunächst die Revision von Versailles anvisierenden deutschen Imperialismus, in den ersten sechs Jahren nach Kriegsende ihrerseits einen kräftigen Beitrag zur Verhinderung der wirtschaftlichen Erholung geleistet. Doch hatten die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme noch andere und wichtigere Wurzeln.

Schon die Einbusse der vor 1914 so profitablen zentralen Stellung im Weltmarkt konfrontierte die europäische Industrie mit ungewohnten und nicht sofort überwindbaren Hindernissen. Bald wurde auch deutlich, dass eine perfekte Restaurierung jener Stellung überhaupt nicht mehr zu erwarten war und dass selbst der Aufbau einer zwar nicht zentralen, so doch ähnlich stimulierenden Handelsposition auf ernste Widerstände stiess. Die internationale Struktur der Wirtschaft hatte sich in den Kriegsjahren grundlegend gewandelt. Die Produktionskraft Nordamerikas war voll mobilisiert worden, und die amerikanische Wirtschaft stand nun auch finanziell auf eigenen Füßen. In Ostasien hatte in fast vergleichbarer Weise Japan von den europäischen Streitereien profitiert. In Südamerika, in den britischen Dominions und sogar in vielen Kolonien hatten sich während des Krieges, als die europäische Produktionskapazität auf den – vornehmlich militärischen – Eigenbedarf konzentriert werden musste, Industrien entwickelt, die zunächst als Ersatz fungierten und dann als Konkurrenz auftraten. Russland schied als Wirtschaftspartner vorerst nahezu aus. Allenthalben waren Märkte, Anlagen und Anlagemöglichkeiten verloren worden, allenthalben traf sowohl der Export von Waren wie der Export von Kapital, der ja oft auch der eigenen Produktion Impulse gibt, auf inzwischen verschlossene Türen und auf neue – überdies nicht selten billigere – Konkurrenten.

Unter dieser Stagnation, der die europäischen Regierungen und die europäischen Unternehmer lange Zeit mit Ratlosigkeit begegneten, litt naturgemäss auch der innereuropäische Wirtschaftsverkehr, den zudem noch spezifische Beschwerden drückten: So war der wirtschaftliche Grossraum Österreich-Ungarn verschwunden, und die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie trieben ebenso wie die neuen oder jetzt endlich politisch arrondierten Balkanländer eine Zollpolitik, die auf den internationalen Handel bremsend wirkte. Ausserdem gaben sie einen erheblichen Teil ihrer relativ bescheidenen Nationaleinkommen oder von ausländischen Krediten für unverhältnismässig grosse stehende Heere aus, was weder den Budgets noch den Währungen bekam und daher ebenfalls einen produktions- und handelsfeindlichen Effekt hatte. So war der Boom, den die Befriedigung des während des Krieges gestauten Bedarfs in

einigen Staaten angeregt hatte, nur von kurzer Dauer, und in den meisten Ländern Europas herrschte Flaute, Rezession oder Krise.

Auch hatte der Krieg die internationalen Finanzbeziehungen an wichtigen Verbindungsstellen zerrissen und einzelne nationale Währungen schwer erschüttert oder sogar – wie im Falle der besiegten Staaten – ruiniert. Dass diese Schäden nicht rasch geheilt werden konnten, weil jetzt auch noch das Problem der interalliierten Schulden und der alliierten Reparationsforderung an Deutschland auf dem internationalen Finanzsystem lastete und die vom Krieg vererbte Finanzmisere noch verschlimmerte, hätte allein schon dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Europas ein beachtliches Hindernis in den Weg gestellt. Ihre volle Bedeutung erhielten derartige negative Faktoren, die im Grunde sekundärer Natur waren, aber erst durch die Finanzpolitik, mit der die europäischen Kabinette auf sie reagierten. Als sich die USA, die nach der Rückkehr zum politischen Isolationismus ihrer Mitverantwortung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Europa nur noch sehr unvollkommen gerecht werden konnten, entschlossen zeigten, die während des Krieges den europäischen Alliierten, vor allem England, geliehenen Gelder als rein geschäftliche Angelegenheit – nicht etwa als abzuschreibenden Beitrag zur gemeinsamen Kriegsanstrengung – zu behandeln, zog sich das Londoner Kabinett, das die britischen Verpflichtungen im Interesse des wirtschaftlichen und politischen Ansehens Grossbritanniens erfüllen wollte, auf eine deflatorische Politik der Sparsamkeit und des trotz der Zahlungen an Amerika ausgeglichenen Haushalts zurück. Das hielt zwar die Währung stabil, versagte aber dem inneren Markt die so dringend benötigten Impulse. Die deutsche Regierung wiederum suchte sich den alliierten Reparationsansprüchen auch dadurch zu entziehen, dass sie der von der Kriegsfinanzierung eingeleiteten Inflation freien Lauf liess und damit die Kalkulation der deutschen Zahlungsfähigkeit unmöglich machte. Vorübergehend gab das der deutschen Industrie, die in der Inflation praktisch ohne Steuerbelastung und mit nahezu kostenlosen Krediten arbeiten konnte, einen Vorteil im internationalen Wettbewerb und so einen gewissen Auftrieb. Indes ruinierte es bald den eigenen Kapitalmarkt und schwächte mit der Vernichtung von Sparguthaben und vielen sonstigen Geldanlagen auf lange Zeit die innere Kaufkraft. Die anderen europäischen Kriegsteilnehmer, die sich gleichfalls den Forderungen der USA oder Grossbritanniens – das eigene Geld und einen Teil seiner amerikanischen Kredite verliehen hatte – gegenübersehen, antworteten mit einer jeweils mildereren Nachahmung des britischen oder des deutschen Beispiels.

Im Übrigen hat der während des Krieges mächtig angeheizte und in den Nachkriegsjahren nicht mehr abflauende wissenschaftliche und technische Fortschritt ebenfalls zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten beigetragen. Schon die Notwendigkeiten der Kriegsorganisation hatten die europäischen Industrien zur Beschleunigung ohnehin laufender Konzentrations- und Rationali-

sierungsprozesse gezwungen, und die wissenschaftlich-technischen Fortschritte trieben auch nach 1918 zur Fortsetzung jener Prozesse. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität setzte aber Arbeitskräfte frei, die angesichts schrumpfender Märkte in Übersee und in Europa selbst keinen neuen Arbeitsplatz finden konnten und nur die bereits stattlichen Arbeitslosenheere vermehrten. In einer Phase allgemeiner Stagnation wirkten Konzentration und Rationalisierung bei der Reduzierung der Kaufkraft und der inneren Märkte kräftig mit. Immerhin bot das Rationalisierungsinstrumentarium wenigstens zahlreichen einzelnen Industriebetrieben – namentlich den grossen Unternehmen – die Möglichkeit, auch bei sinkenden Umsätzen mit Gewinn zu arbeiten. Die europäische Landwirtschaft hingegen, die nach der Konjunktur des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre ebenfalls unter Absatzproblemen und Preisverfall zu leiden begann, war zu Rationalisierung und Kostensenkung weitgehend unfähig, da sie – ausser in den Inflationsjahren – den generellen Kapitalmangel besonders zu spüren bekam und da die stagnierende Industrie die bei Rationalisierung frei werdenden Arbeitskräfte nicht aufnehmen konnte. Personell überbesetzt und trotz rückläufiger Nachfrage zu teuer produzierend, glitt die Landwirtschaft in eine bald für alle Betriebsgrössen fühlbare Krise.

Angesicht einer so tief eingreifenden Störung, die von einer leichten Erholung zwischen 1924 und 1928 nicht behoben wurde, verschärfen sich aber im ersten Nachkriegsjahrzehnt all jene sozialen und politischen Konflikte, die bereits vor Kriegsausbruch in den europäischen Ländern aufgebrochen waren³⁴. So spitzte sich in der Arbeiterschaft die zu Beginn und während des Krieges von der patriotischen Aufwallung zurückgedrängte Kritik am Kapitalismus und an einem Parlamentarismus, der auf einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ruhte, abermals und jetzt noch schärfer zu. In vielen Ländern erhielten folglich die neben den sozialdemokratischen Parteien existierenden anarchistischen, syndikalistischen und kommunistischen Bewegungen erneut Zulauf und politische Bedeutung. Dazu fungierte die Sowjetunion gewissermassen als ein Kraftwerk, das ständig revolutionäre Energie produzierte, und sowohl die offiziellen Vertreter des Sowjetstaates wie die Agenten der von Moskau dirigierten Kommunistischen Internationale (Komintern) waren eifrig bemüht, die Stimmung der Arbeiter und die Wirkung des russischen Beispiels zur weiteren Ausbreitung der kommunistischen Ideologie und zur organisatorischen Sammlung revolutionär gesinnter Arbeitermassen zu nutzen.

Ebenso gefährlich und in etlichen Ländern weit gefährlicher war die politische Radikalisierung kleinbürgerlicher Schichten. Von der Entwicklung zur wirtschaftlichen Konzentration und zur Massenproduktion in ihrer materiellen Existenz und in ihrer bisherigen Lebensform bedroht, wurden sie noch breiter

³⁴ K.D. Bracher, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt-Berlin-Wien 1979.

und noch intensiver als vielfach schon vor 1914 – damals durch die ersten grossen Wellen der Industrialisierung, Modernisierung und Urbanisierung – von einer tiefen Unzufriedenheit erfasst, die sich als oft leidenschaftlicher Antimodernismus, vermischt mit einer starken Dosis Antikapitalismus, äusserte. Ähnliche Stimmungen regten sich, ob Bauern oder Grossgrundbesitzer, auf dem Lande. Selbst im mittleren Besitz- und im Bildungsbürgertum, denen die wirtschaftlichen Kriegsfolgen ebenfalls schwer zu schaffen machten und die in den Inflationsländern überdies ihre finanziellen Reserven fast vollständig eingebüsst hatten, tauchten Zweifel an der bestehenden Ordnung auf.

Bürgerlicher und agrarischer Unmut vermochte sich allerdings auch bei stärkster Abneigung gegen das Grosskapital nicht zu grundsätzlicher Kritik am herrschenden Eigentumsbegriff und an einer hierarchischen Gesellschaftsstruktur zu verdichten. Die Annahme radikaldemokratischer und sozialistischer Vorstellungen hätte dem überkommenen und von der tatsächlichen materiellen Lage bislang auch gedeckten gesellschaftlichen Bewusstsein nicht entsprochen. Der herausgehobene Platz in der Gesellschaft und die mit ihm gegebene materielle, soziale und politische Distanz zu der jeweils auf tieferer Stufe existierenden Gruppe und zur Arbeiterklasse sollten ja gerade verteidigt oder restauriert werden, und zwar selbstverständlich in erster Linie gegen die von links anrollende Nivellierungswelle. Jedoch wurde das Grosskapital zunehmend als ein zweiter Urheber nivellierender – d.h. im subjektiven Verständnis zerstörerischer – Tendenzen verdächtigt und bekämpft. Und es schien nun innerhalb eines liberaldemokratischen Parlamentarismus vor dieser doppelten Gefährdung keine Zuflucht zu geben, sondern am Ende nur den Untergang. So führte die schon geschehene oder erst befürchtete wirtschaftliche und soziale Deklassierung jetzt auch grössere Teile des Kleinbürgertums und des Mittelstands zu einer aggressiven Ablehnung von Liberalismus und Demokratie, andererseits zur Forderung nach einem ständisch oder korporativ verfassten Staat, der jede Demokratisierungs- und Sozialisierungsbewegung unterdrücken und zugleich das Grosskapital – ohne tiefere Eingriffe in die bestehende Besitz- und Gesellschaftsstruktur – bändigen sollte. Als Vehikel nahm sich der soziale Behauptungswille, der auf politischem Felde notwendigerweise zum Umsturzwillen wurde, den harten und imperialistisch zugeschliffenen Nationalismus, der als einziger unter den zeittypischen Emotionskomplexen so viel Bindekraft versprach, dass in seinem Zeichen der Staat erobert und dann das eigentliche Ziel, jene Unterwerfungs- und Bändigungs Aufgabe, erreicht werden konnte. Da aber der imperialistische Nationalismus – von einzelnen konservativen Politikern abgesehen – nicht bewusst und zynisch gewählt, sondern instinktiv als tauglich ergriffen wurde, besass er – wie vielfach bereits vor dem Kriege – nicht nur seine eigene Ernsthaftigkeit, sondern sogar eine geradezu religiöse Macht über Geist und Herzen der Menschen, eine Macht, die ihm vor, während und nach der Erfüllung irgendwelcher innenpoli-

tischer Zwecke rasch eigenständige Dynamik und selbständige Gesetzmässigkeit verlieh. Konnte er seinen Gesetzen ungebremst folgen, musste dieser Nationalismus letztlich wieder eine mit militärischen Mitteln arbeitende imperialistische Aussenpolitik erzwingen.

Oft verband sich bürgerlicher und agrarischer Rechtsextremismus auch mit Antisemitismus³⁵. Nicht in der Lage, den Prozesscharakter der als bedrohlich empfundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge zu erkennen oder gar deren wahre Ursachen und Entwicklungsgesetze zu durchschauen, neigten die verwirrten Verteidiger einer heilen vorindustriellen Welt dazu, alle unbegriffenen Einbrüche in die gewohnte Ordnung und alle unverstandenen Verfehlungen einer ersehnten Ordnung als das Werk sichtbarer Feinde identifizierbar und bekämpfbar zu machen. Da unter den Sozialistenführern und unter den Grosskapitalisten – unter sämtlichen Personengruppen, die für moderne Erscheinungen und für Modernisierungsprozesse standen – zahlreiche Juden waren, kamen so aus dem bürgerlichen und agrarischen Antisozialismus, Antikapitalismus und Antimodernismus besonders kräftige Anstösse für die Umformung des tradierten religiösen Antijudaismus in eine säkularisierte Form, in einen modern-naturwissenschaftlich definierten rassistischen Antisemitismus. Bereits vor 1914, ja schon in den letzten Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende überaus lebendig, breitete sich dieser Antisemitismus während der Erschütterung durch den Krieg und in den Krisen der Nachkriegszeit mit der Rapidität eines Steppenbrands aus. Namentlich der ohnehin schwächer ausgeprägte und vom bürgerlich-agrarischen Gesellschaftsbild naturgemäss behinderte Antikapitalismus geriet nun häufig in ein antisemitisches Fahrwasser; nicht selten trat er nur noch als Judenfeindschaft auf. Selbst die groteske Behauptung, Sozialisten und Grosskapitalisten gehorchten in Wahrheit einer gemeinsamen jüdischen Zentrale und die bürgerliche Welt sei gleichsam einem vom «Weltjudentum» raffiniert geplanten Zangenangriff ausgesetzt, ist jetzt weithin geglaubt worden: Wall Street, die Londoner «City» und in Moskau die Bolschewiki mit ihrer Komintern galten nicht nur als gleich gefährlich, sondern als gleichgeschaltete Werkzeuge der jüdischen Weltverschwörung.

Der verselbständigte Nationalismus erwies sich aber als eine mindestens ebenso wichtige Wurzel des Antisemitismus. Weil die von Existenzangst ergriffenen klein- und mittelbürgerlichen Schichten keine unverfälschte politische Emanzipation mehr wollten und keine in der Spannung zwischen Pluralismus und Integration lebende demokratische Gesellschaft, sondern einen konfliktfreien und statischen Zustand, der in einem biologischen Sinne als die natürliche und gesunde Ordnung bezeichnet wurde, war auch ihr Nationalismus losgelöst von dem sowohl zum Emanzipations- wie zum Integrations-

³⁵ Vgl. H. Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.

instrument tauglichen Nationalismus der Französischen Revolution. Als Ursprung und Garant der gesunden Ordnung konnte ihr Nationalismus vielmehr allein in biologischen Kategorien gedacht, definiert und erläutert werden, wurde er ausschliesslich als das von einem gesunden Instinkt diktierte und von den ewig gültigen Erkenntnissen der Naturwissenschaft geforderte Bekenntnis zu dem vorgegebenen biologischen Organismus «Nation» verstanden. Nach der vergrößernden Aneignung darwinistischer Denkmuster erschien dem – allmählich zu einem national fließend begrenzten Rassismus wachsenden – Nationalismus die Geschichte als ein ununterbrochener Wachstums- und Verfallsprozess solcher biologischen Organismen, die ausserdem miteinander in einem gnadenlosen Daseinskampf stünden. Wer aber die biologisch aufgefasste Nation in diesem Sinne zur obersten Lebens- und Geschichtsmacht erklärte, suchte sich – neben den natürlichen Feinden in der Nachbarschaft, den anderen Nationen – eine als fremdrassig zu isolierende Minderheit, die er zur sichtbaren Erscheinungsform eines bösen Gegenprinzips stempeln konnte, die er dann als Bazillus – im Wortsinne – sah, als Keim aller inneren Krankheiten, zugleich als lenkende Kraft hinter allen äusseren Gefährdungen des Organismus. Wieder lag der religiöse Antijudaismus zur verwandelnden Aufnahme bequem zur Hand, zumal ganze Scharen von Wissenschaftlern und Publizisten, von Graf Arthur de Gobineau und Edouard Drumont über Heinrich v. Treitschke und Eugen Dühring bis zu Houston Stewart Chamberlain, für eine derartige Adaption schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Jahrhundertwende das ideologisch-theoretische Rüstzeug geliefert hatten.

Die traditionellen Führungsschichten in den europäischen Ländern haben Entstehung und Ausbreitung des bürgerlich-agrarischen Rechtsradikalismus – nach der ersten erfolgreichen Spielart, der italienischen, bald Faschismus genannt – sowohl mit Misstrauen und Sorge wie mit Hoffnung beobachtet. Einerseits war unschwer zu erkennen, dass jene rechtsextremen Umstürzler, die den Grossbesitz als Feind ansahen, die nach einem straff disziplinierten autoritären oder totalitären Staat verlangten und die in ihrem Nationalismus Reste des bürgerlichen Willens zur politischen Emanzipation transportierten, nivellierende Tendenzen mit grosser Dynamik besaßen, die ihrer Natur nach nur antikonservativ sein konnten und oft sogar bewusst zum Angriff auf die älteren Eliten ansetzten; speziell den christlichen Kirchen musste die biologische Vergötzung der Nation als Abfall in antichristliche Irrlehren und damit als Gefahr erscheinen. Wo freilich konservative Gruppen zur Behauptung oder Restaurierung ihrer Alleinherrschaft entschlossen waren und deshalb sowohl nach der Revision des bis 1919/20 allenthalben in Europa durchgesetzten liberaldemokratischen Parlamentarismus wie vor allem nach der Niederwerfung jeder sozialistischen Bewegung – ob anarchistisch, kommunistisch oder sozialdemokratisch – trachteten, da entdeckten sie auch eine politische Verwendbarkeit

des rechtsextremistischen Antisozialismus und der rechtsextremistischen Demokratiefeindschaft, zumal dann, wenn der Entschlossenheit zu reaktionärer Politik die Kraft zur Verwirklichung fehlte. In solcher Lage wirkte es als Verlockung zum Bündnis, wenn gesehen werden konnte, dass die rechtsradikalen Organisationen zur antisozialistischen und antidemokratischen Änderung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit allein ebenfalls zu schwach waren, dass sie mithin der – doch wohl abhängig machenden – finanziellen und politischen Unterstützung bedurften. Schliesslich stellte sich auch heraus, dass die rechtsradikalen Bewegungen angesichts ihrer sozialen Basis und ihrer ideologischen Schwerpunkte zwar niemals zum Verzicht auf den Kampf gegen die Linke und gegen die Demokratie, jedoch durchaus zur zeitweiligen Zurückstellung ihrer antikonservativen Tendenzen fähig waren, dass ihnen folglich als politische Möglichkeit nur die Anlehnung an konservative Gruppen blieb.

Viele Führer faschistischer und verwandter rechtsradikaler Bewegungen haben diese Situation durchaus verstanden und diese Anlehnung tatsächlich gesucht. Daher ist das politische Verhalten konservativer Aristokraten, Industrieller, Bankiers, Generäle oder Bürokraten häufig mehr von der – allerdings nie von Argwohn freien – Hoffnung auf die politische Nützlichkeit des Rechtsextremismus bestimmt worden, und zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus, zwischen konservativen Führungseliten und den revolutionär auftretenden rechtsextremen Massenorganisationen kamen in der Tat Bündnisse zustande, denen der gemeinsame Nationalismus und Imperialismus als Katalysator und Bindemittel diente, die indes im Grunde den «Ideen von 1789» und dem im Zeichen solcher Ideen agierenden inneren Feind galten. Auch den Kirchen erschien der Kampf gegen Rationalismus, Liberalismus, Demokratie und Sozialismus meist als dringlicher denn die Bekämpfung des biologistischen Nationalismus. Dass der Klerus deshalb gegenüber den rechtsradikalen Bewegungen – wenn auch nicht gegenüber rechtsextremistischen Theoremen – fast stets eine zumindest partiell wohlwollende Neutralität übte und sich gelegentlich sogar zu offenem Zusammenwirken bereit fand, hat vielen kirchlich gebundenen Bürgern und Bauern den Weg in rechtsradikale Organisationen geöffnet und mancher kirchlich beeinflussten politischen Gruppierung den Weg in ein Bündnis mit einer rechtsradikalen Organisation erleichtert.

Erst die Allianzen zwischen konservativen Kräften und den rechtsrevolutionären Bewegungen haben aber bewirkt, dass die liberale Demokratie in Europa, unmittelbar nach ihrem triumphalen Sieg von 1918/20, in eine schleichende oder galoppierende Krise geriet. Dabei kam diesen Allianzen zugute, dass die stagnierende Wirtschaft einen Teil der nach 1918 aufgelösten Millionenarmeen nicht absorbieren konnte, dass vielen Soldaten die Rückkehr in eine friedliche und zivile Existenz auch psychologisch schwerfiel oder unmöglich war. Hier fanden die Rechtsradikalen und ihre konservativen Bundesgenossen ein volles Reservoir, aus dem sich starke Heerhaufen zum militanten Austrag

des grossen Gesellschaftskonflikts und für eine militant nationalistische und imperialistische Aussenpolitik rekrutieren liessen.

Die Krisensituation und der aus ihr stammende Rechtsextremismus waren gesamteuropäische Phänomene. Doch haben sich beide in den europäischen Ländern höchst unterschiedlich entfaltet, so unterschiedlich, dass es eigentlich keinen rechten Sinn hat, für die Produkte der Krise, die diversen rechtsextremen Bewegungen, einen Sammelbegriff wie «Faschismus» zu verwenden. Schon ein heftigerer Ausbruch der Krise und ein dementsprechend kräftiges Wachstum rechtsradikaler Organisationen waren keineswegs selbstverständlich. Dass dabei eine Grenze zwischen den Siegern und Besiegten des Weltkriegs zu verzeichnen sei, wie oft behauptet wird, dass also Niederlage und aussenpolitische Bedrängnis zum Aufstieg und zum Triumph rechtsrevolutionärer Bewegungen entscheidend beigetragen hätten, wogegen die Teilhabe am militärischen Sieg Abwehrkräfte mobilisiert habe, ist freilich nicht richtig. Solchen aussenpolitischen Dingen kam nur eine nebensächliche Bedeutung zu. Im Gegenteil lässt sich feststellen, dass schon stärkerer Zulauf zu einer rechtsextremen Bewegung und erst recht das für deren Erfolg unabdingbare Bündnis mit konservativen Gruppen nicht ohne eine ausreichende aussenpolitische Manövrierfreiheit des jeweiligen Landes möglich waren. Wenn rechtsradikale Ziele und Parolen auf grosse Massen attraktiv wirken sollten, musste der imperialistische Nationalismus plausibel und musste die Verheissung aussenpolitischer Erfolge glaubhaft sein, wenn bedächtiger und die aussenpolitische Lage ihres Landes weniger sanguinisch beurteilende Konservative zu einer Allianz mit einer rechtsradikalen Organisation bereit sein sollten, mussten sie die Gewissheit aussenpolitischer Gefährlosigkeit ihres Handelns haben – schliesslich war der nationalistische Imperialismus, den die Rechtsradikalen ungescheut offen predigten, eine ernste Gefahr für jeden Nachbarstaat – und dann ebenfalls Chancen für eine aggressive Aussenpolitik sehen können. Dies wird vom Geschick der beiden stärksten und für Europa verhängnisvollsten rechtsextremen Bewegungen eindrucksvoll illustriert.

Der italienische Faschismus vermochte unter der Führung des ehemaligen Sozialisten Benito Mussolini schon früh das Bündnis mit konservativen Gruppen zu schliessen und bereits im Oktober 1922 den Staat zu erobern, wobei die nationalistische Erregung in Italien ständig stieg und Konservative wie Faschisten das Wort vom «verstümmelten Frieden», den man den Westmächten verdanke, sowohl als Einigungsmittel wie als wirkungsvollen Werbeslogan benutzten. Dabei gehörte doch Italien zu den Siegern des Krieges mit beträchtlichen – zum Teil problematischen und schwer verdaulichen – territorialen Gewinnen. Auch erfreute sich Italien, das zu den europäischen Grossmächten rechnete, gerade in jenen Jahren totaler aussenpolitischer Sicherheit. Dieser faschistische Chauvinismus hatte also offensichtlich nicht das mindeste mit der realen aussenpolitischen Situation des Landes zu tun. Eben weil er aus ganz

anderen Quellen gespeist wurde, durfte er auch mit völlig unsinnigen aussenpolitischen Parolen erfolgreich arbeiten.

In Deutschland hingegen hat der Frieden von Versailles die Entwicklung des Rechtsextremismus nicht gefördert, sondern ernstlich behindert. Die deutschen Rechtsradikalen begannen mit zielstrebigem politischer Aktivität zur gleichen Zeit wie die italienischen Faschisten. Zwischen 1919 und 1924 herrschte in Deutschland kein Mangel an aktiven und potentiellen Rechtsradikalen, auch gab es genügend bündniswillige Konservative, und die Linke war relativ nicht starker als in Italien. Trotzdem sind in jenen Jahren die beiden deutschen Versuche, den Staat zu erobern, kläglich gescheitert, nämlich im März 1920 der von Wolfgang Kapp inszenierte Putsch der Brigade Ehrhardt und im November 1923 der Münchner Putsch Adolf Hitlers. Erstens fehlte den Freikorps von der Art der Brigade Ehrhardt und damals auch noch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Hitlers die Massenbasis, und zweitens konnten die rechtsradikalen Führer noch kein funktionierendes Bündnis mit handlungsfähigen konservativen Gruppen erreichen. Die hohe Wahrscheinlichkeit einer Intervention der Garantemächte des Versailler Friedens bremste den Massenzulauf und hielt vor allem Konservative von einer offenkundig noch abenteuerlichen Politik ab. Es ist bezeichnend, dass in konservativen Zirkeln über eine parlamentsfeindliche Verfassungsänderung erstmals ernsthaft – wenn auch noch etwas vage – diskutiert wurde, als Stresemanns Locarno-Politik die Fesseln von Versailles zu lockern und dem Reich wieder eine gewisse aussenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen begann. Kaum war dann 1930 die letzte besetzte Zone Deutschlands geräumt, da konnte Hitler den im Vergleich zu 1923 weder stärker noch schwächer gewordenen Nationalismus bei den Septemberwahlen jenes Jahres zum ersten Mal voll ausnutzen und seiner NSDAP – natürlich auch auf Grund der jäh verschärften Wirtschaftskrise – eine breite Gefolgschaft gewinnen; gleichzeitig eröffnete das Präsidialkabinett Brüning die erste Phase der Liquidierung des liberaldemokratischen Parlamentarismus. Als dieser Liquidierungsprozess mit dem jetzt tatsächlich geschlossenen Bündnis zwischen konservativen Kräften und NSDAP um die Jahreswende 1932/33 in sein entscheidendes Stadium trat, als am 30. Januar 1933 die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die nationalsozialistische Bewegung an die Macht brachte, war das Reparationsproblem bereits erledigt und die militärische Gleichberechtigung Deutschlands von den europäischen Mächten grundsätzlich anerkannt. Von den territorialen Bestimmungen abgesehen, war Versailles tot.

Die grosse Krise der liberalen Demokratie ist von sozialen Gegensätzen und inneren Spannungen verursacht worden, und die Konflikte, die aus den Spannungen entstanden, drehten sich im Kern stets um verfassungs- und gesellschaftspolitische Streitpunkte. Die Ausbrüche der Krise, die Formen ihres Ver-

laufs und ihre Resultate sind daher in erster Linie – auch wenn der Sieg einer rechtsradikalen Partei ein Resultat von grösster aussenpolitischen Bedeutung war – vom jeweiligen Stand der verfassungs- und gesellschaftspolitischen Entwicklung abhängig gewesen. Wo das Bürgertum seine politische Gleichberechtigung längst durchgesetzt, im Bunde mit Arbeiterorganisationen die politische Gleichberechtigung auch der Arbeiterschaft – statt sie zu fürchten – eingeleitet und mit dieser Allianz vor dem Kriege, während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege wesentliche verfassungs-, gesellschafts- und sozialpolitische Fortschritte erkämpft hatte, wo sich die traditionellen Eliten mit der Schmälerung ihrer Macht abfinden konnten, wo nun also die politische Verantwortung breit gestreut und das Parlament für die Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten ein erreichbarer Zugang zur Regierungsverantwortung war, da sind die sozialen Konflikte weit weniger schroff aufgebrochen und die Radikalisierungstendenzen in allen Schichten der Bevölkerung in viel schwächerer Form aufgetreten; auch rechtsradikale Strömungen im Bürgertum blieben Randerscheinungen.

So behielt in Grossbritannien und in den skandinavischen Staaten die politische Organisation der Gesellschaft ihre bis Kriegsende erreichte Stabilität. In den übrigen westeuropäischen Ländern, wo jene Allianz weniger fest und weniger erfolgreich gewesen war, kriselte es schon stärker, doch erwies sich auch hier der gesellschaftspolitische Fortschritt als so gross, dass ernsthafte Erschütterungen ausblieben und die entstandenen faschistischen Bewegungen nie in die Nähe der politischen Macht zu gelangen vermochten. Die industrielle und kommerzielle Krise hat West- und Nordeuropa, gerade auch Grossbritannien, ebenfalls hart getroffen. Aber die an liberale Traditionen gebundene und nun weitgehend demokratisierte Gesellschaft reagierte auf diese Nöte zunächst nur mit Resignation, dann allmählich mit einer sozusagen tropfenweisen Sammlung neuen Reformeifers und mit Entwürfen neuer Reformpläne, die der weiteren Arbeit am Wohlfahrtsstaat galten. Da also der Demokratisierungsprozess selbst jetzt nicht aus seiner normalen Bahn gedrängt wurde und sich in den west- und nordeuropäischen Nationen selbst jetzt keine nennenswerten Gruppen in den imperialistischen Nationalismus flüchteten, der dem Rechtsextremismus anhaftete, nahm auch die aussenpolitische Aggressivität der Staaten West- und Nordeuropas nicht zu; vielmehr sank sie praktisch auf Null, zumal sich angesichts der inneren Situation die Erfahrung des Krieges, d.h. ein allgemeiner Abscheu vor dem Krieg, voll auswirken konnte.

Der offene Ausbruch der inneren Konflikte und als Konsequenz fast stets der Zusammenbruch des liberaldemokratischen Systems sind Phänome Mittel-, Süd- und Osteuropas gewesen. Hier gab es, etwas vereinfacht, drei Gesellschaftstypen, die in der krisenhaften wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung den inneren Machtkampf in ganzer Schärfe erlebten und am Ende totalitäre Rechtsdiktaturen hervorbrachten oder zu autoritären Herrschaftsformen ältere

ren Stils zurückkehrten. Da war z.B. die Gesellschaft Italiens: Überwiegend agrarisch basiert, aber mit starken kommerziellen Zentren und auch schon mit beachtlichen industriellen Einsprengseln versehen. Auf solcher Grundlage hatten bürgerlich-liberale und sozialistische Kräfte bis 1918 zwar erhebliche verfassungs- und sozialpolitische Fortschritte erreicht, doch weder die gesellschaftspolitische Position und den Machtanspruch konservativer Herrschaftsgruppen erschüttert noch den Antisozialismus und die Demokratisierungsscheu einer Mehrheit des – überdies meist an eine ebenfalls demokratiefeindliche katholische Kirche gebundenen – Bürgertums überwunden. Eine Zuspitzung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage, die bei Passivität des rechten Lagers der Linken grössere Möglichkeiten für nun auch gesellschaftspolitische Erfolge zu eröffnen schien, andererseits aber auch als Chance für die Rechte wirkte, mobilisierte daher in konservativen Zirkeln den Willen zu einem umfassenden Gegenangriff, während sich der Antisozialismus und die Demokratiefeindschaft von Teilen des Bürgertums zum gewalttätigen, d.h. innenpolitisch – der Tendenz nach – totalitären und aussenpolitisch imperialistischen Faschismus verdichteten. Die Konservativen fanden sich mit den restaurativen Revolutionären in einem Bündnis, das die schwächeren linksbürgerlichen Kräfte und eine in die diversen Spielarten des Sozialismus gespaltene Arbeiterschaft niederzuwerfen vermochte. So entstand ein System, in dem die alten Gewalten – Kirche, Monarchie, Adel, Offizierkorps – und ein neuer faschistischer Machtapparat unter dem diktatorisch amtierenden Faschistenführer Mussolini in unsicherer Koexistenz lebten. Indes lösten sich hier auch die Faschisten nie völlig von den in Italien seit Jahrhunderten heimischen Traditionen des Humanismus und des Rationalismus: Sie beseitigten daher die geistige Freiheit nicht in gleichem Masse wie die politische Freiheit, ihr nationalistischer Imperialismus war – auch im Bewusstsein der relativ bescheidenen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Landes wie seiner Verwundbarkeit im Kampf gegen stärkere Seemächte – stets ebenso sehr theatralische Geste wie ernsthafter Anspruch, und Lehren wie der rassistische Antisemitismus fanden in Neapel, Rom, Florenz, Mailand oder Venedig überhaupt keinen Nährboden³⁶.

In Deutschland lagen die Dinge anders³⁷. In der verfassungspolitischen Entwicklung weit hinter Italien zurück, hatte das Reich vor 1914 nicht einmal jenes prekäre Gleichgewicht zwischen liberaldemokratischen und sozialistischen, konservativen und potentiell rechtsradikalen Kräften gekannt, das damals die italienische Situation charakterisiert hatte. In Deutschland hatte ein

³⁶ R. Pommerin, Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938-1943, in: VfZ 27 (1979), S. 646-660; E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française – Der italienische Faschismus – Der Nationalsozialismus, München 1963.

³⁷ Vgl. hierzu K.D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964.

krasses Missverhältnis zwischen einer bereits ausserordentlich breiten industriellen Basis und einer Staatsstruktur geherrscht, die noch überwiegend von absolutistisch-bürokratischen und ständestaatlichen Elementen geprägt gewesen war; die Oberschicht, in der ein – etliche oberschlesische Familien ausgenommen – industrie- und handelsfremder Land- und Hochadel politisch dominierte, hatte noch weitgehend in der kriegerischen Wertwelt des Feudalismus gelebt und war zur Machtbehauptung fest entschlossen gewesen; ein quantitativ bedeutendes Bürgertum hatte seit 1848/49 und erst recht seit dem erfolgreichen Regiment Bismarcks mit gebrochenem politischen Rückgrat existiert, eine Demokratisierung als Weg in den Sozialismus gefürchtet und mit Vereinigungen wie dem Alldeutschen Verband oder dem Flottenverein bereits einflussreiche Massenorganisationen zur Stützung rechtsradikaler Innen- und Aussenpolitik hervorgebracht; eine starke Arbeiterschaft war zwar in Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) schon hervorragend organisiert, hatte sich aber seit Aufhebung der Sozialistengesetze Bismarcks – von denen durchaus zählende Effekte ausgegangen waren – und seit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung durch die ständige Bedrohung mit erneuter politischer Unterdrückung wie auch durch eine spürbare Besserung ihrer materiellen Situation auf einen reformerischen Kurs drängen lassen, der auf politischen Quietismus hinausgelaufen war. Bei solchen Voraussetzungen war Deutschland noch während des Krieges in die Militärdiktatur der dritten OHL unter dem Feldmarschall Paul v. Hindenburg und seinem Generalquartiermeister Erich Ludendorff geglitten, die wesentliche Eigenschaften einer rechtsradikalen Diktatur aufwies, eine dementsprechend ausgreifende Aussenpolitik einzuleiten begann und ausserdem die rechtsextremistischen Tendenzen im Bürgertum erheblich stärkte.

Als sich diese Nation in der Niederlage und von den Siegermächten zu einem liberaldemokratischen Parlamentarismus pressen liess, besass die neue Staatsstruktur lediglich in Teilen der Arbeiterschaft und in einer kleinen Minorität des Bürgertums Stützen. Versuche zur Abstreifung des als fremd empfundenen Verfassungsnetzes wären mithin auch ohne zusätzliche Faktoren unternommen worden. Aber durch die Zuspitzung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage, die hier ebenfalls als Gefahr wie als Chance gesehen wurde, erreichte in Deutschland die Gegenbewegung konservativer Gruppen und der rechtsradikalen agrarisch-bürgerlichen Kräfte – den italienischen Faschismus weit übertreffend – eine ungewöhnliche Wucht und ein ungewöhnliches Mass an ideologischer Radikalisierung. Die Wendung gegen den politischen Wertekanon des Westens war bei den deutschen Rechtsrevolutionären, die ihr Sammelbecken seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mehr und mehr in der NSDAP Hitlers fanden, weitaus heftiger als bei den italienischen Faschisten und steigerte sich zur bewussten Lossagung von allen christlichen und humanistischen Traditionen des Abendlands. Sowohl die Tendenz zum innenpoliti-

schen Totalitarismus wie die Entschlossenheit zu einer expansionistischen Aussenpolitik wurden hier, in einer historisch höchst seltenen Logik der Entfaltung, bis zur äussersten Radikalität geführt, wobei der nationalistische Imperialismus von Anfang an, in einer wiederum bewussten Konsequenz, aus einem antimodernistischen und biologistischen Gesellschaftsbild abgeleitet war: die Eroberung, Beherrschung und partielle Germanisierung neuen «Lebensraums» sollte einerseits der biologischen Ausdehnung des Volkskörpers dienen, den Deutschen eine die Weltvorherrschaft garantierende Machtbasis verschaffen und ihnen zugleich eine autarke, von den Fluktuationen des Welt Handels befreite wirtschaftliche Existenz sichern, in gleichem Masse aber der Nation den Aufbau einer Gesellschaft ermöglichen, von der die gleichsam «ewige» Überwindung aller vermeintlichen und tatsächlichen Übel erhofft werden durfte, die Industrialisierung und Urbanisierung mit sich gebracht hatten – eine «Erlösung» von Stadt und Grossindustrie, wie Goebbels 1925 in sein Tagebuch schrieb³⁸. Dass Eroberungskrieg und Gesellschaftsaufbau die Bekämpfung und endlich das Ausscheiden aller fremdrassigen und feindlichen Elemente in Volk und Staat notwendig machten, verstand sich für diese biologistischen Nationalisten von selbst, und so banden die deutschen Rechtsextremisten ihren nationalistischen Imperialismus unauflöslich an einen bössartigen rassistischen Antisemitismus, dem sie mit geradezu religiöser Inbrunst anhängen. Dass freilich Vorbereitung und Führung eines Eroberungskriegs zunächst einmal die energische Fortsetzung von Industrialisierung und Modernisierung erfordern mussten, gehört zu jenen bizarren Widersprüchen, unter denen radikale Ideologien und Ideologen so oft zu leiden haben.

Die Möglichkeit westlicher Intervention hat die nach rechts drängende Grundtendenz der deutschen Nation lange Jahre ernstlich behindert und den Termin des rechtsradikalen Generalangriffs auf den liberaldemokratischen Parlamentarismus und auf die Sozialisten verschoben. Dies staute allerdings die Energien des Rechtsextremismus, den schon die Frustration durch die Niederlage von 1918 gereizt und gesteigert hatte. Als seit 1930 die aussenpolitische Sicherheit Deutschlands zunahm und sich gleichzeitig die wirtschaftliche Situation – in der grossen Krise der Weltwirtschaft – rapide verschlechterte, brach die nationalsozialistische Bewegung mit elementarer Naturgewalt los, und nachdem die NSDAP Anfang 1933 mit Hilfe konservativer Gruppen an die Regierung gekommen war, vermochte sie die Linke mühelos zu überrennen. Auch im nationalsozialistischen Deutschland koexistierten dann unter dem diktatorisch herrschenden Führer der NS-Bewegung die alten Herrschaftsgruppen in Wirtschaft, Armee und Verwaltung – dazu die Kirchen – mit einem neuen NS-Machtapparat in einem unsicheren und beiderseits von feindseligem Misstrauen gekennzeichneten Bündnis. Da aber der deutsche

³⁸ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 1, S. 97.

Rechtsextremismus auf solch breiter Basis stand und so grosse politische Kraft besass, konnte er seine konservativen Partner, die ihm für die Eroberung der Macht und für die erste Phase der Machtbefestigung unentbehrlich waren, im Lauf weniger Jahre erst zurückdrängen und dann völlig entmachten. Die Tendenzen der NSDAP und der Wille ihres Führers Adolf Hitler haben daher die Innen- und namentlich die Aussenpolitik Deutschlands in einem Masse bestimmt, wie es in Italien den Faschisten und Mussolini versagt blieb.

Auch in den südeuropäischen Ländern westlich Italiens, in Osteuropa und auf dem Balkan hat sich der liberaldemokratische Parlamentarismus entweder gar nicht oder – wie schon vor dem Krieg – nur in pervertierter Form halten können. Indes ist in diesen noch weitgehend agrarischen Ländern die gesellschaftliche Basis faschistischer oder verwandter Bewegungen sehr schmal und deren politische Bedeutung entsprechend gering gewesen. Die alten Führungsschichten – Grossgrundbesitzer, bürgerliche Oligarchen, Klerus – waren, meist unter monarchischer Spitze, häufig stark genug, mit den ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln, vor allem mit der Armee, die Ablösung des auch für sie doch zunehmend gefährlichen Parlamentarismus durch ein autoritäres System zu erreichen. Wenn sie doch mit einer kräftigeren faschistischen Bewegung (Spanien: Falange; Rumänien: Eiserne Front) oder mit faschistischen Politikern (Griechenland: General Metaxas) zu rechnen und sich deren Hilfe zu bedienen hatten, waren sie die überlegenen Partner, die ihre Faschisten in dienendem Stande zu halten und nach dem innenpolitischen Sieg in Königsdiktaturen wie in Griechenland oder in quasi-monarchische Militärdiktaturen wie in Spanien und Ungarn zu integrieren wussten.

Ob ein Land zu den Siegern oder den Verlierern des Weltkriegs gehörte, ob es neutral geblieben war, spielte dabei kaum eine Rolle. Im Juni 1923 hob in Bulgarien ein Offiziersputsch die autoritäre Regierung Zankoff in den Sattel. Im September 1923 folgte in Spanien der Militärputsch, der die Diktatur des Generals Primo de Rivera begründete; nach etlichen – auch liberalen – Zwischenspielen setzten sich dann von 1936 bis 1939 in einem furchtbaren Bürgerkrieg und mit der Hilfe der deutschen Nationalsozialisten wie der italienischen Faschisten die alten Gewalten endgültig durch und unterwarfen das Land – samt der faschistischen Falange – der Diktatur des Generals Franco. In der Türkei festigte sich 1923 das diktatorische Regiment Kemal Paschas. In Albanien errichtete Achmed Zogu im Januar 1925 eine Präsidialdiktatur. In Polen brachte im Mai 1926 ein Militärputsch Marschall Pilsudski an die Macht, und zur gleichen Zeit putschte in Portugal General Gomes da Costa, dessen Regime nach seiner Ersetzung durch General Carmona in die Diktatur Salazars überging (Juli 1932). Litauen wurde im Dezember 1926 Diktatur und im Dezember 1932 autoritärer Einparteienstaat. Jugoslawien verwandelte sich im Januar 1929 durch einen Staatsstreich Alexanders in eine Königsdiktatur, w welchem Beispiel Rumänien 1938 folgte, nachdem König Carol schon seit Fe-

bruar 1930 autoritär regiert hatte. In Österreich riss im März 1933 Dollfuß die Macht an sich, und dem Land wurde eine stark klerikal eingefärbte Spielart des Faschismus oktroyiert. Im März bzw. Mai 1934 kamen auch Estland und Lettland an die Reihe, und im August 1936 fielen die liberalen und demokratischen Ansätze in Griechenland dem Staatsstreich des Generals Metaxas zum Opfer. Lediglich in der Tschechoslowakei blieb das liberaldemokratische System stabil: Obwohl das Land mit der Problematik starker ethnischer Minderheiten belastet war, von denen sich die deutsche und die slowakische zunehmend in einem faschistischen Sinne radikalisierten, wurde die nach westeuropäischem Muster liberale und demokratische tschechische Gesellschaft erst dann in andere Bahnen gedrängt, als ihr der nationalsozialistische Imperialismus Deutschlands die staatliche Selbständigkeit nahm.

Fast überall haben die totalitären oder autoritären Rechtsdiktaturen auch positive Effekte gebracht. Durch Förderung der Industrialisierung, durch sozialpolitische Massnahmen und durch den Aufbau neuer Machtapparate, die der alten Sozial- und Machtstruktur notwendigerweise feindlich begegneten und zu überfälligen Abbrucharbeiten bereit und fähig waren, sind vor allem das nationalsozialistische Regime in Deutschland und das faschistische System in Italien ungewollt in die Rolle von Entwicklungsdiktaturen geraten³⁹. Selbst die angestrebte und weitgehend realisierte Militarisierung der Nation hatte positive Seiten, indem sie eine rationalere Organisation und eine höhere Mobilität der Gesellschaft erzwang, die sich günstig bemerkbar machen konnten – freilich erst später, nach dem Sturz der Diktatoren. Auf politischem Felde überwogen aber die restaurativen und bremsenden Elemente, und dass die bürgerlichen Ansprüche auf politische Gleichberechtigung zum imperialistischen Nationalismus verfälscht wurden, steigerte die aussenpolitische Aggressivität der Staaten, in denen die liberale Demokratie zusammenbrach, zu solcher Schärfe, dass sich die aussenpolitischen Spannungen in Europa unmöglich lösen konnten, vielmehr ein zweiter grosser innereuropäischer Krieg immer drohender am Horizont erschien. Gewiss waren die meisten Länder Mittel-, Süd- und Osteuropas für eine abenteuerliche und kriegerische Aussenpolitik zu schwach. Der mobilisierte Nationalismus entlud sich fast überall jahrelang nur in innerstaatlicher Aggressivität, den die politischen Gegner und die ethnischen Minderheiten zu spüren bekamen. Aber zu den Staaten, in denen der nationalistische Imperialismus triumphierte, gehörte mit Italien auch eine europäische Grossmacht, und als mit Deutschland die potentiell stärkste Macht des Kontinenten einen ähnlichen Weg ging, zeichnete sich die Wiederholung von 1914 – bei etwas veränderter Konstellation – bereits ab.

Zu allem Überfluss hat sich dann seit 1929/30 die zuvor immer noch in gewissen Grenzen gebliebene Dauerkrise der europäischen Wirtschaft in ra-

³⁹ Vgl. D. Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968.

sendem Tempo verschärft⁴⁰. Aus der Schrumpfung und aus den Störungen des überseeischen wie des binneneuropäischen Marktes hatte sich eine Überproduktion ergeben, auf die alle europäischen Industrien mit einer erst allmählichen und endlich drastischen Einschränkung der Investitionen reagierten. Die Summierung solcher Reaktionen, so begründet jeder einzelne Entschluss im Rahmen der damaligen wirtschaftlichen Vorstellungen und im Rahmen des damaligen Wirtschaftssystems sein mochte, löste die letzten Bremsen des abwärts rollenden Gefährts: weitere Arbeitslose, weiterer Schwund der industriellen Nachfrage und Produktion, wiederum Arbeitslose und Rückgang der privaten Kaufkraft, abermals Reduzierung der Investitionen...! Die staatlichen und die kommunalen Haushalte sahen sich gezwungen, dem von der Schrumpfung des Sozialprodukts bescherten Steuerausfall Rechnung zu tragen, wenn sie nicht eine als Rückfall in inflationistische Praktiken verdächtige Politik der Kredit- und Geldschöpfung verfolgen wollten. So ging überall auch die staatliche und kommunale Investitionstätigkeit – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – scharf zurück, die Ausgaben für soziale und sonstige Zwecke wurden gekürzt, die Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst gesenkt. Die Regierungen gaben mithin dem abwärts rollenden Gefährts noch einen kräftigen Stoss. In einigen Ländern, z.B. in Schweden, begannen die Kabinette schliesslich die Unsinnigkeit einer staatlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik einzusehen, die der Wirtschaft fortwährend lähmendes Gift injizierte, und nahmen mit Erfolg Ankurbelungsprojekte in Angriff. In den meisten Ländern versagten aber die volkswirtschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine erstaunlich lange Zeit. Da gleichzeitig, im Herbst 1929, die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten zusammenbrach und von einer tiefen Depression gefolgt wurde, verbanden sich die beiden anfänglich voneinander unabhängigen Krisen und entwickelten sich – von der Verschmelzung erneut verschärft – zu einer alle bisherigen Erfahrungen sprengenden Katastrophe der Weltwirtschaft.

In dieser Situation fühlten sich die Regierungen sämtlicher Staaten zu der unvernünftigen – wenn auch verständlichen – und nur auf die eigene Rettung bedachten Rücksichtslosigkeit getrieben, wie sie bei einer von Panik ergriffenen Menschenmenge auftritt. In den Jahren 1927 und 1928 waren durchaus hoffnungsvolle Versuche unternommen worden, den internationalen Handel endlich von den Fesseln zu befreien, die ihn seit dem Kriege behinderten. Allein 1927 hatten unter den Auspizien des Völkerbunds vier grosse Expertentreffen stattgefunden, die sich mit derartigen Fragen beschäftigten. Die erste Weltwirtschaftskonferenz, im Mai 1927 in Genf eröffnet, war zu dem Schluss gekommen, dass die wirtschaftliche Erholung vornehmlich an der von den meisten Staaten noch immer getriebenen Zollpolitik scheiterte, und ein im Ok-

⁴⁰ H. James, *The German Slump*, Oxford 1986; *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, hrsg. v. W. Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967.

tober 1927 einberufener Kongress hatte eine Konvention ausgearbeitet, die einen umfassenden Plan zum Abbau der überall existierenden Beschränkungen von Import und Export anbot; bis Juli 1928 war die Konvention von fast dreissig Staaten unterzeichnet, freilich erst von siebzehn ratifiziert worden. Die grosse Krise hat alle diese Ansätze wieder zerstört. Den Anfang machten die Vereinigten Staaten. Zwischen Frühjahr und Juni 1930 schleuste Präsident Herbert C. Hoover die Hawley-Smoot-Bill durch den Kongress, ein Gesetz, das die ohnehin schon hohen amerikanischen Zölle noch höher schraubte und die europäischen Handelspartner der USA hart traf. Nicht weniger als 1028 amerikanische Wirtschaftler – meist Wirtschaftswissenschaftler – appellierten gemeinsam an den Präsidenten, das Gesetz durch sein Veto zu blockieren, weil es den Trend zu vernünftigen Zöllen beenden, die Partner zu Gegenmassnahmen provozieren und alles in allem die Krise verschlimmern werde. Präsident Hoover setzte sich, unter dem Druck kurzfristiger einheimischer Interessen stehend, über die Proteste hinweg, und die Prophezeiungen der Wirtschaftsexperten erfüllten sich Punkt für Punkt. Das Beispiel, das die Vereinigten Staaten gegeben hatten, liess den Genfer Liberalisierungsprojekten in der Tat keine Chance mehr. Der allgemeinen Flucht in den wirtschaftlichen Isolationismus, die nun einsetzte, fiel die Import-Export-Konvention ebenso zum Opfer wie ein von der britischen Regierung vorgeschlagener Waffenstillstand im Zollkrieg. Im März 1930 endete die Konferenz, die eine auf Grund der britischen Vorschläge entworfene Vereinbarung billigen sollte, mit einem völligen Misserfolg, und die meisten Kabinette zogen jetzt um ihre Länder stattliche Zollmauern oder trafen, wie die deutsche Regierung, andere Massnahmen, die den Import radikal reduzierten. Die simple Wahrheit, dass Handel auf Tausch beruht und daher eine generelle Drosselung der Importe eine generelle Drosselung der Exporte erzwingt, ist während der ausgebrochenen Panik gerade in den Ländern missachtet worden, deren Wirtschaft in gleichem Masse von der Ausfuhr wie vom inneren Markt abhing. Schliesslich schloss sich sogar Grossbritannien, trotz langer freihändlerischer Tradition, der protektionistischen Bewegung an. Die Beschlüsse der Konferenz von Ottawa (Juli/August 1932 schufen ein handelspolitisches Präferenzsystem, das die angelsächsische Staaten-gemeinschaft – im Dezember hatte das Statut von Westminster die Eigenständigkeit der Dominions verankert und den Übergang vom Empire zum nur noch von der Krone zusammengehaltenen Commonwealth besiegelt – in einen geschlossenen Wirtschaftsraum verwandelte, der sich ebenfalls gegen auswärtige Konkurrenz abzusperren suchte.

Der Abfall in ökonomischen Nationalismus, der die Schrumpfung des Welt-handels erheblich beschleunigt und die grosse Krise selbst wesentlich verschärft und verlängert hat, hätte allein schon genügt, auch die politischen Beziehungen zwischen den Staaten zu verschlechtern und die Arbeit des ohnehin gehandikapteten Völkerbunds noch mehr zu erschweren. Wichtiger war aber,

dass Faschisten, Nationalsozialisten und alle verwandten rechtsextremistischen Geister – die ja seit Langem ihren Drang zu aggressiver Aussenpolitik gerne mit den Parolen eines zwischenstaatlichen Klassenkampfes begründeten und sich als «Habenichtse» gerierten, die gegen glückliche Besitzende anzugehen hätten – die grosse Krise als schlagenden Beweis für die Richtigkeit eines auf die Schaffung riesiger und autarker Wirtschaftsräume zielenden Imperialismus empfanden und argumentativ nutzen konnten, dass ausserdem sie selbst und auch simple Revisionisten im allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang eine Chance sahen, die Liquidierung des von der Pariser Friedenskonferenz gezimmerten europäischen Systems ernsthaft in Angriff zu nehmen. Mussolini gab derartigen Neigungen charakteristischen Ausdruck, als er in einer grossen Rede, die er am 25. Oktober 1931 in Neapel hielt, ein umfassendes Programm jener Liquidierung präsentierte, in dem neben der Streichung der Reparationen und sonstiger Kriegsschulden auch die Herstellung der militärischen Gleichheit – also das Gegenteil von Abrüstung – und die Bereinigung territorialer Fragen gefordert wurden⁴¹. Noch konnte Mussolini, der Führer einer Grossmacht zweiten Ranges, lediglich Fanfarenstösse abgeben, die Europa zwar erschreckten, jedoch keine unmittelbare Aktion Italiens ankündigten. Indes begannen zur Zeit der neapolitanischen Rede zwei Voraussetzungen, die der Duce zu seiner Handlungsfähigkeit brauchte, im Wirbel der grossen Krise bereits Wirklichkeit zu werden: der Ausbruch der zweiten und stärkeren europäischen Grossmacht mit imperialistischer Tendenz, des Deutschen Reiches, aus dem Versailler System und ein fast schon totaler ideeller und politischer Bedeutungsverlust des Völkerbunds.

Seit März 1930 amtierte in Deutschland das Kabinett Brüning, und den Zentrumsman Mann Brüning hinderte sein westfälischer Katholizismus nicht daran, ein überzeugter Anhänger des preussisch-deutschen Obrigkeitsstaates, ein kritikloser Bewunderer der preussischen Militärtradition und ein glühender Nationalist zu sein. Auch er gehörte zu jenen Politikern, die in der wirtschaftlichen Katastrophe grosse Chancen für eine verfassungs- und gesellschaftspolitische Restauration und grosse Möglichkeiten für eine revisionistische Aussenpolitik erkannten⁴². Gewiss ist er schon von seinem finanz- und wirtschaftspolitischen Konzept, das auf die Krise mit einer Politik der Deflation und der Restriktion antwortete, auf parlamentsfeindliche Wege geführt worden: Der Haushalt sollte ausgeglichen und die Währung stabil gehalten werden, was bei sinkenden Steuereinnahmen eine laufende Kürzung der staatlichen Ausgaben erforderte; der Import sollte gedrosselt, der Export jedoch durch Verbilligung gefördert werden, was beides, da man den Aussenkurs der Mark nicht antasten wollte, nur zu erreichen war, wenn die Löhne und Gehälter bei steigenden Verbrauchssteuern stagnierten oder sogar gedrückt wurden,

⁴¹ Graml, Europa, S. 240.

⁴² H. Graml, Präsidialsystem und Aussenpolitik, in: VfZ 21 (1973), S. 134-154.

andererseits die Unternehmen von grossen sozialen und steuerlichen Belastungen verschont blieben. Ausserdem verbarg sich hinter der Sparpolitik noch der von schwerindustriellen und grossagrarisches Interessenten durchgesetzte – als erholungsvorbereitend freilich weithin und auch von Brüning selbst für volkswirtschaftlich vernünftig angesehene – Entschluss, die Lasten der Depression nicht den Grossproduzenten, sondern den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen aufzubürden, dazu dem Klein- und Mittelbürgertum mit einem in der Deflation ständig an Wert verlierenden Haus- und Grundbesitz.

Eine solche Politik, die ausschliesslich den Wünschen einer Minderheit gehorchte, konnte keine parlamentarische Mehrheit finden, und Brüning, der ihre Durchführung übernommen hatte, musste sich alsbald auf die verfassungsrechtliche und persönliche Autorität des – 1925 gewählten – stockkonservativen Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg, eben jenes Hindenburg, der im Kriege als Feldmarschall mit Ludendorff Chef der dritten OHL gewesen war, und auf die faktische Macht der Reichswehr – dank dem Versailler Vertrag eine Berufsarmee – stützen. Jedoch hat er diese Politik von Anfang an ganz bewusst auch als taktisches Mittel verstanden, mit dem er die Zurückstufung des Reichstags auf den wilhelminischen Status und am Ende noch die Wiederherstellung der Monarchie zu erzwingen hoffte. Daneben war er entschlossen, die Lage zumindest zur Schaffung entscheidender Voraussetzungen für die Rückgewinnung der aussenpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches auszunützen, d.h. zur Liquidierung der Reparationen und zur Erlangung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands. Da er zur Abschüttelung der Reparationen äusserste finanziell-wirtschaftliche Not als Argument benötigte, da er für sonstige revisionspolitische Schritte und für seine innenpolitischen Vorhaben die Existenz einer starken nationalistischen Bewegung als sehr hilfreich ansah, hat Brüning die Ausbreitung der Krise und den Aufstieg der Nationalsozialisten nicht nur hingenommen, sondern beides gefördert. Im Grunde verstand er seine eigene Amtszeit lediglich als Vorbereitungs- und Übergangsphase. Nach ihm sollte, als Produkt und Erbe seiner Politik, ein mit monarchischer Spitze versehenes Bündnis zwischen Konservativen und Nationalsozialisten Deutschland regieren und das Reich über eine erfolgreiche territoriale Revisionspolitik zur Weltmacht zurückführen. Allerdings hat Brüning, selbst kein Nationalsozialist, sondern konservativer Nationalist, wohl nicht daran gezweifelt, dass die preussisch-deutschen Konservativen stark genug seien, in jenem Bündnis stets die dominierende Rolle zu spielen und Hitler mit seinen Nationalsozialisten auf die Funktion von Lieferanten nationaler Energie zu beschränken.

Die selbstgesetzte Aufgabe als Schrittmacher hat Brüning auf innenpolitischem Felde nur zum Teil lösen können. Wohl ist in seiner Amtszeit, in der er mit dem Notverordnungsartikel 48 der Weimarer Verfassung regierte, der Reichstag in der Tat an den Rand der politischen Entscheidungsebene gedrängt

worden, nicht ohne Schuld der liberalen und sozialdemokratischen Kräfte, die den Verfall der Parlamentsmacht passiv hinnahmen und denen Brüning mit Appellen an ihre nationale Pflicht sogar immer wieder die erklärte Tolerierung seiner Politik abhandeln konnte. Der Restauration der Monarchie kam der Kanzler aber nicht einen Schritt näher. Erfolgreicher operierte er in der Aussenpolitik. Indem er Deutschland bis hart vor den totalen finanziellen und wirtschaftlichen Kollaps steuerte, indem er den pragmatischen Rationalismus – und die Interessen – Grossbritanniens geschickt benützte und indem er schliesslich gemeinsam mit England auch noch die Vereinigten Staaten auf seine Linie zog, gelang ihm eine Isolierung Frankreichs, die am Ende tatsächlich die Erledigung der Reparationsfrage möglich machte. Nachdem Deutschland vom Ende des Krieges bis zum Sommer 1931, als ein vom amerikanischen Präsidenten Hoover verkündetes Moratorium alle mit dem Krieg zusammenhängenden Zahlungen bereits für ein Jahr unterbrach, in bar und in Form von Sachlieferungen rund 23 Milliarden Mark Reparationen (etwa 20 Prozent der alliierten Forderungen) gezahlt hatte, setzte die Konferenz von Lausanne (16. Juni bis 9. Juli 1932) ihr «Finis» unter das Reparationskapitel. Deutschland wurde zwar das Versprechen abgerungen, eine letzte Zahlung von 3 Milliarden Mark zu leisten, doch ist dieses Versprechen, das von keiner Seite ernsthaft gemeint war, nie mehr erfüllt worden: die Reparationsansprüche waren tatsächlich tot. Gleichzeitig ist auch das Problem der amerikanischen Kriegskredite begraben worden, und zwar ganz simpel dadurch, dass die europäischen Schuldner die Zahlungen einstellten; allein Finnland kam seinen amerikanischen Verpflichtungen weiterhin nach. Brüning selbst war kurz vor Beginn der Lausanner Konferenz von Hindenburg abgehalftert worden. Aber der reparationspolitische Erfolg kam durchaus noch auf sein Konto. Sein Nachfolger Franz v. Papen, ein noch weiter rechts stehender Politiker, der ein halbes Jahr später zu einer der Schlüsselfiguren des Bündnisses zwischen Konservativen und Nationalsozialisten werden sollte, das Hitler die Eroberung des Staates ermöglichte, brauchte in Lausanne nur die Früchte der Vorarbeit Brünings einzusammeln⁴³.

In ähnlicher Weise war es Brüning zuzuschreiben, dass Deutschland die zweite einschneidende Fessel seiner politischen Bewegungsfreiheit ebenfalls abstreifen und damit Frankreich den zweiten grossen Gewinn des Krieges aus den Händen winden konnte. Am 11. Dezember 1932 musste die französische Regierung mit ihrer Unterschrift eine Formel akzeptieren, die eine grundsätzliche Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands aussprach und damit der deutschen Wiederaufrüstung ein entscheidendes Hindernis aus dem Weg räumte. Auch dies beruhte auf der diplomatischen Vorbereitung durch Brüning, der Deutschland wiederum die britische und die amerikanische Unterstützung zu sichern gewusst hatte.

⁴³ Graml, Europa, S. 251 ff.

In welchem Sinne konservativ-nationale Gruppen die zurückgewonnene Bewegungsfreiheit zunächst zu nutzen gedachten, hatte Brüning noch selbst deutlich gemacht. Während seiner Amtszeit sind in den Reden rechtsstehender deutscher Politiker – nicht zuletzt in den Reden von Kabinettsmitgliedern – die antipolnischen Töne immer schriller geworden, und in den europäischen Hauptstädten registrierten Politiker, Diplomaten und Soldaten sorgfältig, dass Deutschland zwar seine sozialen Ausgaben laufend kürzte, aber genügend Geld für den Bau von Panzerkreuzern fand, die damals allein dann einen militärischen Sinn hatten, wenn sie in der Ostsee unmittelbar gegen Polen wirken oder durch eine Absperrung der Ostsee französische Hilfe für Polen verhindern sollten. In südöstliche Richtung wies dagegen der im Frühjahr 1931 eingeleitete und bis zum Herbst von Frankreich wieder erstickte Versuch der Regierung Brüning, mit einer österreichisch-deutschen Zollunion den ersten Schritt zum politischen Anschluss Österreichs zu tun⁴⁴.

Die sofortige Wirkung der revisionspolitischen Aktivität Brünings, der erfolgreichen wie der erfolglosen, bestand darin, dass in Frankreich der Gedanke an eine Fortsetzung der von Briand und Stresemann eingeleiteten deutsch-französischen Verständigung aufgegeben wurde. Vielmehr führte die Vergeblichkeit des französischen Widerstands sowohl gegen die Liquidierung der Reparationen wie gegen die allmähliche Wiederherstellung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands zu einem neuen und überaus heftigen Ausbruch des alten Sicherheitsfiebers. Wie man es in Paris sah, schafften sich die Deutschen zunächst in ihrem Budget Platz für Rüstungsausgaben, um dann, nach der internationalen Legalisierung ihrer militärischen Gleichberechtigung, tatsächlich für ein «polnisches Sadowa» aufzurüsten. Die nicht zu übersehende nationalistische Radikalisierung in Deutschland lieferte der französischen Besorgnis von Tag zu Tag mehr Nahrung. Als Stresemanns grosser Partner Briand am 7. März 1932 starb, hatten die deutsch-französischen Beziehungen abermals einen Tiefpunkt erreicht.

Die praktische Konsequenz, die in Frankreich aus der deutschen Entwicklung gezogen wurde, traf aber nicht etwa Deutschland, sondern vor allem den Völkerbund. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da man in Genf wieder Abrüstungspläne ernsthaft verfolgte, kamen die französischen Politiker zu dem Schluss, dass sie sich dieser wichtigen Aufgabe des Völkerbunds jetzt erst recht versagen müssten. Selbst ein grundsätzlicher Anhänger einer allgemeinen Abrüstung wie Edouard Herriot sagte: «Ich habe keine Illusionen. Ich bin überzeugt, dass Deutschland wieder aufrüsten will ... Morgen wird es eine Politik territorialer Forderungen treiben, mit einem gewaltigen Mittel der Einschüchterung: seiner Armee... Die instinktive Reaktion darauf ist die Feststellung, dass wir nicht einen Mann, nicht eine Kanone abschaffen werden.»⁴⁵ So

⁴⁴ Krüger, Aussenpolitik von Weimar, S. 523 ff.

beschloss die Pariser Kammer im Juni 1931 den Bau von Kriegsschiffen, mit denen die deutschen Panzerkreuzer übertroffen werden sollten, und das wiederum liess anfangs aussichtsreiche Verhandlungen scheitern, die zwischen Paris und Rom über eine Begrenzung der Flotten Frankreichs und Italiens angeknüpft worden waren. Ebenfalls im Juni 1931, als Termin und Ort einer vom Völkerbund einberufenen Abrüstungskonferenz bereits feststanden, übermittelte die französische Regierung dem Genfer Sekretariat eine Note, in der sie unmissverständlich erklärte, dass Frankreich nicht abrüsten werde, wenn es keine neuen Sicherheitsgarantien erhalte. Konnte von Frankreich keine Modifizierung dieses Standpunkts erreicht werden, so war, da die Forderung nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien als unrealistisch gelten musste, die Abrüstungskonferenz von Anfang an zum Scheitern verurteilt und damit die deutsche Aufrüstung unvermeidlich. In Paris glaubte sich die Regierung zu ihrer Obstruktionspolitik jedoch umso mehr genötigt, als gerade die Krise um das Projekt der österreichisch-deutschen Zollunion gelehrt hatte, dass sich Frankreich bei der Abwehr territorialer Forderungen Deutschlands nicht auf die europäische Solidarität – und das war schliesslich die entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Abwehr – verlassen konnte. Zwar hatte Frankreich bei seinen Manövern gegen den Unionsplan die Hilfe Grossbritanniens und Italiens gefunden; dass Deutschland die aussenpolitische Isolierung riskierte, wenn sein Revisionismus Grenzen in Frage stellte, war durchaus deutlich geworden. Doch hatten die französischen Politiker sehr wohl bemerkt, dass sich die britische Regierung nur für die bequemere Lösung entschieden hatte, nämlich für die Unterstützung der im Augenblick noch stärkeren Macht, dass aber London die Sache selbst, den Anschluss Österreichs an Deutschland, mit beunruhigender Gelassenheit aufgenommen hatte. Würde England, wenn ein aufgerüstetes Deutschland solche Coups wagte, womöglich die dann bequemere Lösung wählen? Selbst Italien, das – obschon ansonsten revisionistisch – an der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit unmittelbar interessiert war, hatte gezögert und sich der Front gegen die Zollunion erst angeschlossen, nachdem klargeworden war, dass sich Deutschland gegen Frankreich noch nicht durchzusetzen vermochte. Wie würde sich Mussolini verhalten, wenn er mit der Opferung Österreichs die Rückendeckung eines militärisch schlagkräftig gewordenen Deutschland für eigene Abenteuer erkaufen konnte? Und aus Prag wie aus Belgrad waren nicht die Beistandsversprechen von Verbündeten zu hören gewesen, sondern die Hilferufe abhängiger Klienten. Nie zuvor hatte man in Paris, trotz der Deutschland schliesslich doch zugefügten Demütigung, so stark empfunden, wie brüchig im Grunde das System war, mit dem Frankreich seine Sicherheit garantieren wollte. Unter solchen Umständen kam die Abrüstungskonferenz, die am 2. Februar 1932 in Genf eröffnet wurde, in der

⁴⁵ Graml, Europa, S. 263.

Tat keinen Schritt weiter. Bald bot sie das gewohnt deprimierende Schauspiel fruchtloser Debatten über Sicherheitsgarantien und technische Details einzelner Abrüstungspläne. Im Sommer 1932 fühlte sich Deutschland bereits stark und sicher genug, mit dem Boykott der Konferenz zu drohen, sofern nicht die militärische Gleichberechtigung des Reiches endlich anerkannt werde. Ohne Deutschland wäre die Fortsetzung der Konferenz vollends sinnlos geworden, und so rangen jetzt die Vereinigten Staaten und Grossbritannien den Franzosen in langwierigen Verhandlungen die am 11. Dezember geleistete Unterschrift unter jene schon erwähnte Formel ab, die das deutsche Verlangen, wenn auch noch in verklausulierter Form, erfüllte. Die Haltung Frankreichs in der eigentlichen Abrüstungsfrage versteifte sich nun allerdings erst recht. Wenn aber Frankreich seine Waffen behielt, obwohl andererseits Deutschland die militärische Diskriminierung durch den Versailler Vertrag abwarf, war der erste und im Grunde wichtigste Schritt zur deutschen Aufrüstung bereits getan, während gleichzeitig Prestige und politische Bedeutung des Völkerbunds schweren Schaden erlitten. Am 14. Dezember 1932 vertagte sich die bis dahin ergebnislose Abrüstungskonferenz auf den 31. Januar 1933, ohne dass sich für die Wiederaufnahme der Arbeit eine Überwindung der Stagnation abgezeichnet hätte⁴⁶. Inzwischen hatte freilich die Idee der kollektiven Sicherheit, ohne deren Verwirklichung an grössere Fortschritte der Abrüstung gar nicht gedacht werden durfte, ebenfalls einen harten, ja fast schon tödlichen Schlag erhalten. Zwar fiel der Schlag nicht in Europa selbst, doch machte er sich in Europa und für den weitgehend europäisch bestimmten Völkerbund deshalb nicht weniger rasch und nachhaltig bemerkbar; mit und nach der industriellen und kommerziellen war auch die politische Zentralität Europas zu Ende gegangen. Ausgerechnet zu Beginn der Abrüstungskonferenz, am 2. Februar 1932, hatte die Eröffnungssitzung um eine Stunde verschoben werden müssen, weil der Völkerbund noch die letzten Meldungen aus Schanghai erörterte, das die Japaner wenige Tage zuvor unter Einsatz aller modernen Waffen angegriffen hatten. Die Attacke war Teil einer grösseren Operation gegen China, die schon in der Nacht vom 18. zum 19. September 1931 begonnen hatte, als japanische Truppen, die – auf Grund eines Vertrags mit China – zum Schutze der südmandschurischen Eisenbahn in der zu China gehörenden Mandschurei stationiert waren, Mukden, Antung und etliche andere Städte besetzten, nachdem die Bahnlinie von einer Explosion leicht beschädigt worden war, die mit Sicherheit das japanische Militär selbst inszeniert hatte. Im Laufe der folgenden Tage und Wochen okkupierten die japanischen Truppen fast die ganze Mandschurei, von nördlichen Gebieten abgesehen, wo russischer Einfluss dominierte, und rasch wurde klar, dass es ihnen mitnichten um den Schutz der Bahnlinie ging, son-

⁴⁶ S. Nadolny, *Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler*, München 1978; E. Bennett, *German rearmament and the West, 1932-1933*, Princeton 1979.

dem um die Annexion der Mandschurei oder doch um die Eingliederung des Landes in den japanischen Machtbereich⁴⁷. Der japanische Imperialismus hatte die Rücksicht auf den pazifischen und fernöstlichen Status quo, der von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten 1922 erzwungen worden war, als sie auf der Konferenz von Washington eine maritime Abrüstung und Rüstungsbegrenzung der Seemächte durchgesetzt hatten, stets nur höchst widerwillig geübt. Namentlich die radikalste imperialistische Gruppe, das nationalistische Offizierkorps der Armee, das im gesellschaftlichen und politischen Gefüge Japans die Rolle einer faschistisch disponierten Schicht und fast schon einer faschistischen Partei spielte, drängte wie bereits früher darauf, dass Nippon seiner vermeintlichen Bestimmung folgen und alle seine wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Probleme durch den Aufbau eines – zugleich die aussenpolitische Machtlust befriedigenden – grossasiatischen Imperiums lösen müsse. Zum ersten wichtigen Objekt dieses Traums wurde die Mandschurei. Seit das exportabhängige Japan unter der Weltwirtschaftskrise litt, waren die Pressionen der Militärs, die vorsichtigeren Politikern ihres Landes die Richtigkeit einer imperialistischen Politik auch mit einer in der neueren Geschichte beispiellosen Kette von Attentaten beizubringen suchten, naturgemäss noch stärker geworden, und schliesslich hatte eine Bande von Offizieren die Flucht nach vorn gewählt, zumal sie die Beute in Gefahr glaubte: Seit einiger Zeit bemühte sich die chinesische Regierung, ihre zuvor gelockerte Autorität in der Mandschurei zu restaurieren, und sie konnte solche Anstrengungen auf einen allmählich breiter fliessenden Strom von Einwanderern aus dem eigentlichen China stützen. Ob die Regierung in Tokio über den mandschurischen Coup der Armee vorher informiert war, ist unklar. Jedenfalls entschloss sich das Kabinett zu sofortiger Billigung. Anfang 1932 wurden ausserdem die chinesischen Verwaltungsbeamten in der Mandschurei aus ihren Ämtern entfernt und durch Kollaborateure ersetzt, die unter straffer japanischer Kontrolle arbeiteten. Am 18. Februar 1932 trafen sich die neuen Provinzgouverneure in Mukden und erklärten auf japanisches Geheiss die Trennung der Mandschurei von China. Am 1. März präsentierte Tokio der Welt die «souveräne» Republik Mandschukuo und liess die Geburt des Marionettenstaates sogar beim Generalsekretariat des Völkerbunds anzeigen.

Mit seinem Angriff auf China – der übrigens in Japan tatsächlich wie ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm wirkte und dem Land die ärgsten Nöte der internationalen Depression femhielt – hatte die japanische Regierung aber gleich drei freiwillig geschlossene und freiwillig feierlich beschworene Verträge gebrochen: die Satzung des Völkerbunds, den Briand-Kellog-Pakt und das Neunmächteabkommen vom 6. Februar 1922 zur Sicherung des Status

⁴⁷ J. Fox, *Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938*, Oxford 1982; G. Ratenhof, *Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931-1933*, Frankfurt-Bern 1984.

quo im Pazifik und in Femost. Kein Zweifel: die kollektive Sicherheit, wie sie im Völkerbund institutionalisiert worden war, hatte jetzt ihre Feuerprobe zu bestehen. Aber die Genfer Maschinerie kam nur quälend langsam in Gang. Erst sieben Wochen nach Beginn der japanischen Aggression, am 24. Oktober 1931, raffte sich der Völkerbund zu einem Appell an Tokio auf, die japanischen Truppen zurückzuziehen und dann in direkte Verhandlungen mit China einzutreten. Sonst geschah zunächst nichts. Schliesslich wurde am 10. Dezember eine Untersuchungskommission gebildet, die freilich bis zum 3. Februar 1932 wartete, ehe sie, geleitet von Lord Lytton, die Reise in die Mandschurei anträt, und zwar auf der langsamsten Route, die es gab, nämlich über Amerika und Japan. Im April 1932 traf sie ein – aber nicht mehr in der Mandschurei, sondern in der Republik Mandschukuo.

Die schwächliche Reaktion des Völkerbunds hatte ihre Ursache in der Passivität aller Grossmächte. Zwar ist die Handlungsweise Japans von fast sämtlichen Regierungen verurteilt worden, und in fast sämtlichen Ländern forderte die öffentliche Meinung energische Massnahmen gegen Tokio. Aber nirgends waren die Kabinette und die Völker bereit, aus ihrer Entrüstung Konsequenzen zu ziehen, die das Risiko eines ernsthaften Konflikts eingeschlossen hätten. Nicht einmal die Vereinigten Staaten, die in der Mandschurei Interessen hatten, zudem das Prinzip der offenen Tür für ganz China bedroht sahen und zu der Zeit in Henry L. Stimson einen Aussenminister besaßen, der zu den überzeugten Anhängern der kollektiven Sicherheit gehörte, vermochten zu einer harten Politik zu finden oder mitzureissen. Noch wurde die anti-japanische Stimmung durch die unerschütterte Abneigung gegen ferne und nicht als unbedingt notwendig empfundene Engagements paralyisiert, das Verhältnis zum Völkerbund war nach wie vor mit den Parolen des innenpolitischen Streits von 1919/20 belastet, die Beziehungen zu den europäischen Staaten litten unter dem gerade wieder akut gewordenen Schuldenproblem, und den Tatendrang des Aussenministers bremste Herbert Hoover, ein in aussenpolitischen Dingen vorsichtiger und konfliktscheuer Präsident. So konnte Stimson die USA wohl näher an den Völkerbund heranzuführen, als man das kurz zuvor noch für möglich gehalten hätte. Doch musste sich der Minister hüten, einen Kurs zu steuern, der Washington, allein oder zusammen mit Genf, in eine Aktion gegen Tokio gezogen hätte. Aus der engen Begrenzung seiner Handlungsfreiheit entwickelte Stimson jene Doktrin, die seither gerne benutzt wird, wenn einerseits die Ablehnung eines Zustands, andererseits aber der mangelnde Wille oder die mangelnde Fähigkeit zur Änderung umschrieben werden soll: die Doktrin der Nichtanerkennung⁴⁸.

⁴⁸ S.F. Bemis, *A Diplomatic History of the United States*, New Haven 1965; E.E. Monson, *Turmoil and Tradition. A Study of the Life and Times of Henry L. Stimson*, Boston 1960.

Auf diese Plattform begab sich dann auch der Völkerbund. Am 11. März 1932 verabschiedete die Vollversammlung des Bundes eine Resolution, die Stimsons Formel in Formulierungen Stimsons enthielt, und am 24. Februar 1933 nahm die Vollversammlung eine Entschliessung an, die auf dem Bericht der Lytton-Kommission basierte, nämlich auf einer vernichtenden Kritik an der japanischen Politik und auf der Feststellung, dass die Regierung der Republik Mandschukuo ein Werkzeug Tokios und volksfremd sei. Wirtschaftliche oder gar militärische Sanktionen, wie sie die Satzung des Völkerbunds in Anbetracht der Sachlage und angesichts der hochmütigen japanischen Ablehnung aller Vermittlungsversuche vorschrieb, blieben jedoch aus. Japan hatte im Grunde während des ganzen Konflikts lediglich gegen rhetorische Kraftakte zu fechten. Als die japanische Regierung schon die blossе rhetorische Anprangerung ihrer Sünden unerträglich fand und auf die Resolution vom 24. Februar 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund replizierte (27. März 1933), brauchte Tokio selbst bei diesem Schritt keine konkreten Nachteile zu befürchten. Üble Folgen ergaben sich aus der Affäre allein für den Völkerbund. Vom Verlust an Prestige und politischem Gewicht durch die Behandlung des Vorfalls abgesehen, stand nun neben den USA und der Sowjetunion eine dritte Grossmacht ausserhalb des Bunds. Hatte sich die kollektive Sicherheit in einen Schemen verwandelt, der noch oft beschworen wurde, aber kaum noch wahrgenommen werden konnte, so der Völkerbund aus einer institutionalisierten Hoffnung in eine hoffnungslose Institution.

Hitlers Machtübernahme und Deutschlands Wendung gegen den Status quo

Die Ablösung der Nachkriegsordnung durch eine neue internationale Anarchie war also bereits in vollem Gange, als die konservativ-nationalsozialistische Allianz in Deutschland am 30. Januar 1933 Adolf Hitler in den Sattel hob, den Führer der deutschen Nationalsozialisten. Mithin wäre die Zukunft – in Europa selbst wie in Übersee – auch ohne die Berliner Ereignisse spannungsreich und vielleicht gelegentlich kriegerisch geworden. Trotzdem hat Hitlers Machtübernahme eine tiefe Veränderung der Lage bedeutet. Mit ihr wurde ein abermaliger allgemeiner europäischer Krieg, der bislang nur – ähnlich der Situation in der Zeit vor 1914 – eine stets drohende Eventualität gewesen war, unausweichlich. Einerseits stand Hitler unter dem Druck einer Bewegung, die auf Grund ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen und ihres Wesens auf ein totalitäres Herrschaftssystem und auf eine expansionistische Aussenpolitik des zu errichtenden Systems drängte⁴⁹. Winston Churchill hat vor wie nach der natio-

nalsozialistischen Machtergreifung stets die Ansicht verfochten, dass die NS-Bewegung kraft ihrer Natur und kraft der inneren Konstitution ihrer Angehörigen Gewalt anwenden werde, falls sie sich des Deutschen Reiches bemächtigen könne; nach den Eindrücken einer Reise durch Deutschland sprach er am 23. November 1932 im Unterhaus von den jungen Deutschen, die er in den NS-Uniformen durch die Städte des Reiches habe marschieren sehen, «mit dem Licht der Sehnsucht in ihren Augen, für ihr Vaterland zu leiden»⁵⁰. Auf der anderen Seite war Hitler selbst die reinste Personifizierung der nationalsozialistischen «Weltanschauung», der überzeugteste Prophet der von dieser Anschauung diktierten innen- und aussenpolitischen Zielsetzung und auf dem Marsch zu den Zielen der ruheloseste und konsequenteste Antreiber der NS-Bewegung, weder durch Rationalität beeinträchtigt noch von moralischen Skrupeln oder der Scheu vor Risiken behindert. Da er ferner, nachdem er in den zwanziger Jahren mit «Mein Kampf» die Bibel der Nationalsozialisten geschrieben hatte, zum autoritativen Theoretiker des Nationalsozialismus aufstieg, da er sich seiner Bewegung überdies als ihr weitaus wirkungsvollster, ja in bestimmter Hinsicht genialer Massenapostel unentbehrlich machte und da er sich schliesslich in den innerparteilichen Flügelkämpfen als der machthungrigste, rücksichtsloseste und taktisch geschickteste Fechter erwies, erreichte er in der NS-Bewegung, die ja kraft ihrer Existenz- und Entfaltungsgesetze ohnehin nach einem diktatorischen «Führer» verlangte, eine wahrhaft herrscherliche Stellung, die es ihm erlaubte und die ihn dazu zwang, auf dem Weg zu den Endzielen der Bewegung über alle Fragen der Strategie und Taktik souverän und allein zu entscheiden⁵¹. Reichskanzler geworden, gelang es ihm, je mehr er seine deutschnationalen Partner entmachtete, die für seine Bewegung und ihn selbst gültigen Ziele und Gesetze auf die deutsche Nation und das Deutsche Reich zu übertragen, vor allem anderen das Gesetz, das sein Verhältnis zu seiner Bewegung prägte: aus dem Schöpfer und diktatorischen Führer der NSDAP wurde nun der Schöpfer und diktatorische Führer eines totalitären Herrschaftssystems in Deutschland. Grundsätzlich konnte es im Dritten Reich keinen innenpolitischen Akt und keine aussenpolitische Aktion mehr ohne seine Billigung und Zustimmung geben, bedurften – aus welcher Monokratie in einem hochentwickelten und komplizierten Industriestaat mit den vielfältigsten internationalen Kontakten und Interessen notwendigerweise die Polykra-

⁴⁹ H. Graml, Wer bestimmte die Aussenpolitik des Dritten Reiches, in: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hrsg. v. M. Funke/H.-A. Jacobsen/H.-H. Knüller / H.-P. Schwarz, Düsseldorf 1987, S. 223-236.

⁵⁰ Gilbert, Churchill, V, S. 451.

⁵¹ W. Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919-1933, Düsseldorf 1972; A. Tyrell, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der «Kampfzeit» der NSDAP, Düsseldorf 1969; D. Orlow, The history of the Nazi party 1919-1933, Pittsburgh 1969.

tie genannten chaotischen Verhältnisse des nationalsozialistischen Deutschland entstanden – alle wichtigeren innen- und aussenpolitischen Handlungen seiner Entscheidung. Faktisch traf der «Führer und Reichskanzler» aber in der Tat, und zwar wiederum souverän und allein, jede Entscheidung, die für das innere System richtungweisenden Charakter, erst recht jede Entscheidung, die für den aussenpolitischen Kurs bestimmenden Charakter hatte⁵². Die Vorstellungswelt und die Ziele, das Verhalten und die Entschlüsse, ja selbst das Temperament und die Stimmungen dieses einen Mannes waren so plötzlich zu Faktoren geworden, die für die Geschichte Europas und der ganzen Welt ausschlaggebende Bedeutung besaßen.

Als einziger unter allen Akteuren auf der damaligen politischen Bühne Europas war Hitler sowohl überzeugter wie konsequenter Sozialdarwinist⁵³. Sein Wesen und sein Instinkt zwangen ihn zu einer «Weltanschauung», in der Politik schlechthin und namentlich Aussenpolitik als unerbittlicher «Kampf ums Dasein» erschienen, und in diesem Kampf sei, so sagte er, der «Sieg des Stärkeren» ein Naturgesetz, das man nicht anerkennen oder verwerfen könne, gegen das lediglich Gehorsam oder Sünde möglich sei – wer dagegen sündige und schwach werde, gehe eben unter, und das sei gut. Daher begriff er den Krieg keineswegs als eine Erscheinung im Völkerleben, die zwar grundsätzlich zu vermeiden sei, der aber eben gelegentlich nicht ausgewichen werden könne, erst recht nicht im Sinne der Völkerbundsprinzipien als Polizeiaktion gegen Friedensstörer, sondern als eine durchaus normale Form zwischenstaatlicher Beziehungen und als ein durchaus notwendiges Mittel zur inneren Kräftigung wie zur äusseren Machterweiterung einer Nation. Der wahre Staatsmann, so lehrte er, müsse und werde deshalb Kriege immer wieder selbst herbeiführen. Aus seinen Schriften und aus seinen Äusserungen in kleinem Kreise ergibt sich unwiderleglich, dass er mithin allein in den Kategorien einer sichtbar von der Armee getragenen und schliesslich von der Armee durchgesetzten aggressiven Aussenpolitik zu denken vermochte, dass ihm der Frieden ein unbehaglicher Zustand war, den er sobald wie möglich mit Krieg vertauschen wollte. Es ist von ihm kein Wort – Propagandareden ausgenommen – und keine Handlung überliefert, die seinen nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs gefallenem Ausspruch einschränken könnten, der Wille zum Schlagen sei immer in ihm gewesen. Eine begleitende Rolle spielte auch, dass Hitler – wie so viele Nationalsozialisten, Faschisten oder sonstigen Rechts-extremisten – in einem höchst fatalen Sinne von «geschichtlichem Denken» besessen war. Er wollte – wie sie – die Teilhabe und Teilnahme an «historischen» Ereignissen und Missionen, er trachtete selbst mit brennendem

⁵² Graml, Wer bestimmte die Aussenpolitik des Dritten Reiches.

⁵³ Vgl. J.C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt-Berlin-Wien 1973; A. Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannie, Düsseldorf 1977.

Ehrgeiz danach, «in die Geschichte einzugehen», und als «historisch» erschienen ihm allein die grossen kriegerischen Zusammenstösse der Nationen, zur «historischen» Figur wurde man in seinen Augen allein durch den auf Schlachtfeldern erworbenen Ruhm. Seine Verehrung Friedrichs des Grossen galt ja nicht dem alten König, der sein Land mit Pflichtbewusstsein und Fleiss als strenger Hausvater regierte, sondern dem Friedrich von Rossbach, Leuthen und Zomdorf, und wenn er sich Bismarck zum Vorbild nahm, so nicht den deutschen Kanzler, der in den siebziger und achtziger Jahren das dem jungen Deutschen Reich gegebene hegemoniale Potential behutsam im Dienste des europäischen Friedens einsetzte, sondern dem preussischen Machtpolitiker und Eroberer, der mit drei Feldzügen ein Reich geschaffen hatte. Hitler gehört in der Tat zu jenen Gestalten in der Geschichte, die es, unabhängig von Zielen und Programmen, zum Kriege drängt.

Innenpolitik im normalen Sinne des Begriffs, als Konflikt und Ausgleich der Anschauungs- und Interessengegensätze in einem politischen Gemeinwesen, gar als ständiges Bemühen um die Verwirklichung von politischer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, hat für Hitler nicht existiert. In seinen Augen war Innenpolitik nichts anderes als die Mobilisierung der Bevölkerung und die Präparierung des Staates für den Krieg. Hitler hat 1933/34 im Namen einer nationalsozialistischen Revolution die politische Freiheit in Deutschland beseitigt und die «Gleichschaltung» von Gesellschaft und Wirtschaft – d.h. ihre Unterwerfung unter seinen Willen – eingeleitet. Wie immer die unbeabsichtigten oder auch die von einzelnen nationalsozialistischen Funktionären beabsichtigten Resultate dieses Prozesses, der sich bis in den Krieg hineinziehen sollte, auch ausgesehen haben mögen – Hitler selbst ging es nicht um Revolution oder Reform, er fasste die Liquidierung der politischen Freiheit stets nur als Voraussetzung und den Prozess der Gleichschaltung stets nur als Vollzug einer psychologischen, industriellen und militärischen Mobilmachung auf⁵⁴.

Nie liess er sich, anders als etwa Stalin, wissentlich auf Experimente ein, die zwar nach den Vorstellungen seiner Partei «linientreu» sein mochten, aber eine zeitweilige Schwächung der militärischen oder wirtschaftlichen Kraft Deutschlands verursacht hätten. So hat er die alten Eliten in Heer und Verwaltung geschont, die Stellung der Unternehmer im Betrieb noch gestärkt und ihr Gewinnstreben begünstigt, hingegen den revolutionären Geist seiner SA- und Strassenschlachtarmee, der SA, getötet, indem er am 30. Juni 1934 alle unruhigen SA-Führer einfach erschiessen liess. Allerdings scheute er – wie er ebenfalls bereits am 30. Juni 1934 bewies – keineswegs davor zurück, auch gegen die traditionellen deutschen Führungsschichten mit Mordkommandos und

⁵⁴ K.D. Bracher / W. Sauer / G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960; K.D. Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969; M. Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969.

noch bedenkenloser mit rüdester Personalpolitik oder kalkuliert nivellierenden Eingriffen zu operieren, wenn er dort Widerstände gegen seine Absichten spürte. Dass er, um starker als seine Gegner zu sein, bei der Vorbereitung seiner Eroberungszüge die Industrialisierung und damit die Modernisierung Deutschlands wie der deutschen Gesellschaft vorerst energisch, ja rücksichtslos weitertreiben musste, obwohl doch die NS-Bewegung und er selbst Politik zur Verwirklichung eines rückwärts gewandten feudalistisch-agrarischen Gesellschaftsbilds machen wollten, hat ihm – erleichtert durch seine naive Freude an den Produkten moderner Technik wie dem Auto – mit dem Blick auf seine Kriege erst recht kein Kopfzerbrechen bereitet; der Aufbau einer «gesunden» Gesellschaft hatte eben, abgesehen von der jetzt schon einzuleitenden Ausscheidung aller Schädlinge – in erster Linie der Juden – aus dem Volkskörper, verschoben zu werden, bis die Deutschen nach siegreichen Kriegen die Rolle der Herrschicht eines Imperiums übernehmen konnten. Andererseits hat er z.B. wirtschaftspolitische Massnahmen, die, wie sein inflationistisches System der Rüstungsfinanzierung, nach einiger Zeit mit Sicherheit üble Folgen erwarten liessen, unbedenklich getroffen, wenn sie zunächst einmal Energien freisetzen. Da er annahm, seine Kriege relativ bald führen zu dürfen, glaubte er sich berechtigt, Deutschlands Kraft gleichsam mit schädlichen Drogen aufzuputschen. Es kennzeichnet sein Denken, dass sich in seiner Denkschrift zu einem Vierjahrsplan für die deutsche Wirtschaft, die im August 1936 entstand, kaum ein Wort über die normalen Ziele normaler Wirtschaftspolitik findet; vielmehr fasste er seine wirtschaftspolitische Zielsetzung in dem lapidaren Satz zusammen: «Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein; die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.»

Indes band Hitler seinen Drang und seinen Willen zum Krieg – diese allen Spielarten des Rechtsextremismus eigene und im tiefsten Grunde tatsächlich zielunabhängige Kampfmoral, die auch Mussolini in seinen Schriften als die Essenz politischen Handelns beschrieb – an ein klares und von ihm durchaus ernst gemeintes Programm. Verhiess Mussolini dem faschistischen Italien das mediterrane Imperium, so wollte Hitler dem nationalsozialistischen Deutschland ebenfalls ein lohnendes Ziel weisen. In den ersten Jahren seiner politischen Karriere war sein Horizont – wie der eines jeden politisch interessierten Deutschen – noch von Versailles beherrscht, und so hatte in seiner aussenpolitischen Vorstellungswelt anfänglich Frankreich, als wichtigster Feind Deutschlands, die Hauptrolle gespielt. Schon vor dem missglückten Novemberputsch des Jahres 1923 und dann endgültig in der unfreiwilligen Musse, zu der ihn nach dem Putsch die Landsberger Festungshaft verurteilte und die er zur Niederschrift seines programmatischen Buches «Mein Kampf» benützte, setzte er aber den Deutschen und sich selbst eine Aufgabe, die, wie er glaubte, dem grossen und harten, dem kalten und klaren Denken eines wahren Herrenvolkes und eines wahren Staatsmannes allein würdig sei: den Aufstieg

Deutschlands zu einer Weltmacht, die ihre Kraft und ihren Rang mit der Beherrschung zunächst ganz Osteuropas fundieren und legitimieren müsse. Da er die Notwendigkeit imperialer Politik auch mit dem Argument begründete, die deutsche Nation finde wirtschaftliche Sicherheit nur in einem autarken Wirtschaftsraum und wirtschaftliche Autarkie sei eben nur in einem gewaltigen Imperium zu verwirklichen, lässt sich sagen, dass seine Wendung zum Imperialismus eines wirtschaftlichen Motivs nicht entbehrte, und dieses Motiv hat im Wirbelsturm der Weltwirtschaftskrise zweifellos noch an Bedeutung gewonnen. Drei andere Aspekte der Herrschaft über ein Imperium lagen Hitler jedoch stets mehr am Herzen: Erstens schien ihm einzig und allein ein Imperium Möglichkeiten für jene biologische Expansion des deutschen Volkskörpers zu liefern, die er als das alternativlose Heilmittel gegen die stete Schrumpfung der Nation und ihr endliches Absterben ansah; zweitens konnte einzig und allein ein Imperium den Deutschen jene Existenz als «Herrenvolk» erlauben, die sie, wie er meinte, zur Rettung vor unerträglichen sozialen Spannungen und Bürgerkrieg, vor biologischer Entartung und moralischer Versumpfung in einem von Industrien und Riesenstädten überwucherten Deutschland brauchten; drittens verschaffte einzig und allein ein Imperium dem Deutschen Reich jene Erweiterung seines Raums und jenen Zuwachs an Kraft und Macht, die Hitler in der modernen Welt für unverzichtbare Voraussetzungen erfolgreicher Kriegführung gegen andere Gross- und Weltmächte hielt⁵⁵.

Die deutsche Kriegszieldiskussion des Weltkrieges hat ihn dabei ebenso beeinflusst wie dann die Bekanntschaft mit ähnlichen – und auch aus ähnlichem Gesellschaftsbild abgeleiteten – Eroberungsplänen, die vor ihm bereits deutsch-böhmische und deutsch-mährische Nationalsozialisten geschmiedet hatten, so Rudolf Jung in seinem 1919 erstmals erschienenen Buch «Der nationale Sozialismus». Seit 1923 vertrat Hitler jedenfalls beharrlich die Maxime, Deutschland müsse sich «Lebensraum» im Osten erkämpfen, und zwar «auf Kosten Russlands». Mit ihm war also im Januar 1933 ein Vertreter jenes Flügels der deutschen Restaurationsbewegung Reichskanzler geworden, der sich keineswegs mit einer Korrektur der negativen Kriegsergebnisse begnügen, sondern abermals nach den Gewinnen greifen wollte, die sich im Frühjahr 1918 abgezeichnet hatten. Die Heere eines nationalsozialistischen Deutschland sollten die gleichen Wege ziehen, auf denen 1917 und 1918 die Soldaten Ludendorffs nach Osten marschiert und geritten waren: durch die baltischen Länder, durch die Ukraine, bis zum Kaukasus. In diesen Feldzügen suchte Hitler sein Vorbild, und als politischen Anhalts- und Ausgangspunkt nahm er, ganz im Sinne Oswald Spenglers, das Friedensdiktat von Brest – Litowsk. Hitler war,

⁵⁵ E. Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1981; ders., *Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung*, Stuttgart 1986; N. Rich, *Hitlers War Aims. Ideology, the Nazi State and the Course of Expansion*, New York 1973.

in der zeitgemässen Gestalt des rechtsradikalen Massenführers, zu einem guten Teil nichts anderes als ein Epigone der Alldeutschen und Ludendorffs. «Lebensraum im Osten» stellte freilich nur den Kern des Hitlerschen Programms dar. So stand für ihn, obwohl er schon aus bestimmten taktischen Gründen nicht an den baldigen Erwerb überseeischer Kolonien dachte, stets fest, dass Deutschland, nachdem es wieder mächtig geworden war und auf dem europäischen Kontinent ein Imperium begründet hatte, erneut in Afrika und Asien nach Kolonien greifen müsse, und zwar nicht unter Bescheidung auf den ehemaligen Besitz des wilhelminischen Reiches⁵⁶. Auch schaute Hitler in Europa nie ausschliesslich nach Osten. Zunächst einmal machte er sich von den anti-französischen Emotionen, die sich an der Niederlage von 1918 und an der französischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren entzündet hatten, doch nicht völlig frei. Noch am 4. August 1929, auf dem Nürnberger Parteitag, rief Hitler einer Abordnung der pfälzischen SA, die auf Befehl der französischen Besatzungsmacht keine Braunhemden tragen durfte und daher in weissen Hemden auftrat, zu: «Es kommt einmal die Zeit, da ziehen wir den Franzosen die Röcke aus!»⁵⁷ Im Übrigen musste immer die Eventualität im Auge behalten werden, dass die Westmächte der deutschen Ostexpansion in den Weg traten und dann noch vor Beginn der eigentlichen Lebensraum-Politik militärisch auszuschalten waren.

Doch über Emotionen und mögliche situationsbedingte Züge hinaus mischten sich in Hitlers imperiale Pläne die Effekte seines rassistischen und abermals die Konsequenzen eines fatalen «geschichtlichen» Denkens. Der Führer der NSDAP und all die anderen Ideologen der NS-Bewegung hatten ja ihren rabiatischen Nationalismus mit einem Rassismus verbunden, für den die deutsche Nation lediglich den politisch stärksten Teil der höchstrangigen Menschenrasse darstellte, nämlich der «arischen» Rasse, die auch als «germanische» oder «nordische» Rasse definiert wurde; dabei galten ihnen die Deutschen keineswegs als die reinsten Exemplare der germanischen Rasse, vielmehr waren die rassistisch reinsten Germanen, wie es der Begriff «nordisch» bereits ausdrückte, in Nordeuropa zu finden. Wenn Hitler am 9. April 1940, als deutsche Truppen gerade in Dänemark und Norwegen einfielen, erklärte, «die beiden Länder geben wir nie mehr heraus», wenn er einen Tag später triumphierend konstatierte: «Am Ende des 70er Krieges stand das Deutsche, am Ende dieses Krieges wird das Germanische Reich stehen!»⁵⁸ so äusserte er mitnichten neue Ideen, die ihm nur auf Grund der plötzlich entstandenen militärischen Situation eingefallen waren. Den Traum, von der Machtbasis Deutschland aus ein Skandinavien einschliessendes germanisches Imperium zu errichten, hatten Hitler und seine Gefolgsleute immer geträumt, und schon während der dreissiger

⁵⁶ K. Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*, München 1969.

⁵⁷ *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1, S. 405.

⁵⁸ *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 4, S. 105.

Jahre verwandelte sich der Traum zu fester Absicht. Heinrich Himmler, Chef der gesamten deutschen Polizei und als Reichsführer SS Leiter der ideologischen und politischen Kemtruppe des Regimes, kündigte den SS-Gruppenführern am 8. November 1938 in nächtlicher Rede an, dass der «Führer» in absehbarer Zukunft «das grossgermanische Reich» schaffen werde, «das grösste Reich, das von dieser Menschheit errichtet wurde und das die Erde je gesehen hat»⁵⁹.

Hitlers Blick schweifte aber wieder und wieder auch nach Nordwesten, Westen und Süden. Am 3. November 1939, nach dem Feldzug in Polen und vor dem grossen Angriff auf Westeuropa, brütete der «Führer» über Plänen zur Aufteilung Frankreichs und fasste dabei den Entschluss, die Bewohner Südtirols, das er dem Bündnis mit dem faschistischen Italien geopfert hatte, nach Burgund zu verpflanzen⁶⁰. Am 24. Oktober 1939 hatte er vor den Reichs- und Gauleitern eine lange Rede gehalten, in der er die Annexion Hollands, Belgiens und der Schweiz – nach dem Sieg im Westen und nach der Niederwerfung Russlands – als festes Ziel seiner Politik nannte⁶¹. Am 23. November 1939 sagte er zu Walther v. Brauchitsch, dem Oberbefehlshaber des Heeres, dass er nach der Niederlage Frankreichs die Grenze des Deutschen Reiches von 1540 durchsetzen werde⁶². Anfang Februar 1940 schwärmte er vor Goebbels: «Das alte heilige Reich war die grösste staatliche Schöpfung der nachrömischen Zeit. Seinen imperialen Charakter hatte es vom römischen Imperium übernommen, wir werden sie (sic) von ihm übernehmen. Aufgrund unserer Organisation und Auslese muss uns dabei einmal automatisch die Weltherrschaft zufallen.»⁶³ Und bei all solchen Äusserungen handelte es sich wiederum nicht um Eingebungen des Augenblicks, geweckt von dem erreichten und weiter erwarteten Zuwachs an militärischer Kraft und politischer Macht. Längst zuvor hatte Hitler die handliche Formel gefunden, in der sich die Ansprüche auf Holland, Belgien, Luxemburg, grosse Teile Frankreichs, die Schweiz – und übrigens auch nicht geringe italienische Territorien – summieren liessen, die Formel von der «Liquidierung des Westfälischen Friedens». Bereits 1937 ist ihm diese Formel und die darin ausgedrückte Absicht zur Restauration des «Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation» zur fixen Idee geworden, die gleichberechtigt neben der Lebensraum-Utopie steht⁶⁴. In den ersten Monaten des Jahres 1940 hat dann Goebbels bereits die Inszenierung eines grossen Spektakels vorbereitet, auf dem, nach einem siegreichen Westfeldzug, der Westfälische Frie-

⁵⁹ H. Booms, Der Ursprung des 2. Weltkrieges – Revision oder Expansion? in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1965, Heft 6, S. 353.

⁶⁰ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 630.

⁶¹ H. Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, hrsg. v. H. Krausnick u. H.C. Deutsch, Stuttgart 1970, S. 385.

⁶² Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, bearb. v. H.-A. Jacobsen, Stuttgart 1962, S. 132.

⁶³ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4, S. 34.

⁶⁴ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 55, 132.

den öffentlich und zeremoniell «ausradiert» werden sollte. Am 1. März 1940 kam Goebbels zum Lokaltermin nach Münster, wo 1648 der Westfälische Frieden unterzeichnet worden war und wo nun, so Hitler am 2. März vor den Reichs- und Gauleitern, «der neue Frieden diktiert werden wird»⁶⁵.

Indes war nicht nur Hitlers Zielsetzung – er selbst und viele seiner Gefolgsleute rechneten schon in den zwanziger Jahren damit, dass nach der Realisierung ihrer imperialen Träume der Endkampf um die «Weltvorherrschaft» oder die «Weltherrschaft» gegen die USA kommen werde – frei von allen Hemmungen, sondern auch, in Anbetracht eines solch uferlosen Expansionismus notwendigerweise, seine aussenpolitische Methodik. Im Übrigen ist sein biologisiertes und militarisiertes Denken nie vom Lichte europäischer Religiosität oder Philosophie erhellt worden, wenn er es auch liebte, die «Vorsehung» zu beschwören und den Verehrer Nietzsches zu spielen. So waren ihm ethische Prinzipien fremd, und moralische Bindungen kannte er nicht. Schon als Parteiführer hatte er gezeigt, dass sich Vertragstreue mit seinem Charakter und mit seinem darwinistischen Credo nicht vertrug, und nachdem er Reichskanzler geworden war, glaubte er in der Aussenpolitik ebenfalls zur Praktizierung seiner grundsätzlichen und ihm wesensgemässen Infamie berechtigt zu sein; kurz vor dem Angriff auf Frankreich sagte er zu Goebbels: «Wir haben viele Verträge gebrochen; aber mussten wir das nicht, um endlich einmal Ordnung zu schaffen. Dazu gehörte nicht nur Kraft, sondern auch List. Das war immer so.»⁶⁶ Dass nichts jemals seine Überzeugung erschütterte, in den zwischenstaatlichen Beziehungen seien die Verhandlungsmethoden amerikanischer Prohibitionsgangster angebracht und sogar üblich, lag allerdings auch daran, dass ihm die historische Herkunft und die existierende Verfassung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ausserhalb Deutschlands gänzlich unbekannt waren. Seine Kenntnis nichtdeutscher Länder beschränkte sich auf die Kenntnis flandrischer Schützengräben, die er sich als Soldat im Weltkrieg erworben hatte, und die Lücken hat er, obschon er sich im Laufe der Jahre eine Fülle technischen und militärischen Wissens aneignete, nicht durch Reisen oder das Studium informativer Bücher geschlossen, sondern einfach mit den Trugschlüssen besetzt, die sich aus seiner «Weltanschauung» ergaben, und mit einigen der Vorurteile über Frankreich und Grossbritannien, Russland und die Vereinigten Staaten, die im deutschen Bürgertum heimisch geworden waren. Hitlers Machtantritt verwandelte Deutschland also nicht allein in einen Staat, der unerträgliche Expansionsund ebenso unerträgliche wie absurde Herrschaftsansprüche stellte, sondern zugleich in einem Staat, der die Grossmächten oft eigentümliche Rücksichtslosigkeit zur prinzipiellen Brutalität steigerte

⁶⁵ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4, S. 57.

⁶⁶ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4, S. 146.

und diese Brutalität zu allem Überfluss auch noch mit der Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit verband, wie sie unter bestimmten Umständen bei einem schwachen Land verständlich und verzeihlich sind. Wenn aber der stärkste Staat des Kontinents ein derartiges Verhalten an den Tag legte, durfte zum wenigsten die totale Balkanisierung der europäischen Politik erwartet werden. Anfang September 1936 besuchte David Lloyd George, der in der zweiten Hälfte des Weltkriegs britischer Premier gewesen war, Hitler auf dessen «Berghof», und während der alt gewordene walisische Löwe, den der «Führer» mit geradezu devotem Respekt und mit voll entfaltetem österreichischen Charme behandelte, von Hitler positiv beeindruckt war, fand sich Tom Jones, enger Mitarbeiter Lloyd Georges und zeitweilig stellvertretender Sekretär des britischen Kabinetts, «paralysiert vor Entsetzen», als er damals, zur Begleitung des «Eider Statesman» aus London gehörend, in längeren Gesprächen einige Blicke in die «Weltanschauung» des Gastgebers tun konnte⁶⁷.

Der «Führer und Reichskanzler» war mithin – auch unabhängig davon, dass er und die NS-Bewegung kraft ihres blinden und unstillbaren Aggressionsdrangs ohnehin unweigerlich auf ihren Untergang zusteuerten – schon deshalb von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil ihn sein barbarischabstruses Weltbild, sein ununterdrückbarer Hang zu schuftigen Methoden und ein ganz ungewöhnlicher Mangel an Kenntnissen über die Völker und Staaten der Erde zur Leitung der aussenpolitischen Geschäfte eines Landes völlig untauglich machten. Andererseits gaben ihm die Missachtung aller Spielregeln und die Lust zum Krieg Mittel zur Einschüchterung und zur Erpressung in die Hand, die ihm eine temporäre Überlegenheit verschaffen mussten. Sein stärkster Trumpf dabei war nicht etwa eine angeborene oder erworbene und sonstige Schwächen vielleicht für eine Weile ausgleichende Beherrschung der richtigen Taktik wenigstens bei Erpressungsmanövern, sondern das einfache Faktum, dass er, mit diktatorischer Macht ausgerüstet, an der Spitze des stärksten europäischen Staates stand, mit dem, nach der Erholung von der aussenpolitischen Misere eines Jahrzehnts im Zeichen von Versailles, niemand gerne anbinden wollte. Immerhin hat Hitler, der ja siegreiche Kriege zu führen und Deutschland daher keineswegs in einen Konflikt mit einer überlegenen Mächtekombination zu verwickeln gedachte, wie ihn sich die kaiserlichen Politiker 1914 auf den Hals gezogen hatten, auch intensiv darüber nachgesonnen, wie die Risiken seiner Pläne zu verringern seien. Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Politikern und Publizisten, die Weltmachträumen nachhingen, bemühte er sich ernsthaft um realistische taktische Konzepte. Die alldeutschen Forderungen der Vorkriegszeit und erst recht der Kriegsjahre kritisierte er denn auch herb als eine Wucherung der Ziele, die töricht gewesen sei, weil sie, zu viele

⁶⁷ J. Colville, *The Fringes of Power. 10 Downing Street Diaries 1939-1955*, New York-London 1985, S. 70.

anzuvisierende Objekte gleichzeitig nennend, zwangsläufig den Zusammenschluss übermächtiger Koalitionen gegen Deutschland erzwungen habe.

Er predigte hingegen, jedenfalls für die Anfangsphase der neuen imperialen Politik des Reiches, die Konzentration auf die östliche Expansion. Darin sah er auch das richtige taktische Rezept, das die Gefahren einer Eroberungspolitik wenigstens auf ein kalkulierbares Mass reduziere. Wenn Deutschland, so schrieb er, die Herausforderung Grossbritanniens, die sich das Kaiserreich geleistet habe, vermeide, vorerst auf Kolonien und stärkere Seestreitkräfte verzichte, sei es durchaus möglich, von England freie Hand in Osteuropa zu erhalten. Werde aber die britische Tolerierung erreicht, so sei auch die Passivität Frankreichs so gut wie sicher, das ja ohne britischen Beistand militärisch nicht handlungsfähig sei. Nach seiner Überzeugung war ferner die Bundesgenossenschaft des faschistischen Italien zu haben, wenn Berlin die italienischen Ambitionen im Mittelmeer und in Afrika unterstützte und öffentlich die deutschen Ansprüche auf Südtirol begrub. Sein Grundgedanke lief also darauf hinaus, die östlichen Ziele vom übrigen Europa zu isolieren. Sollte es die Isolierung der baltischen und russischen Beute erleichtern und beschleunigen, wenn Deutschland bei manchen ost- und südosteuropäischen Staaten zunächst einmal Frankreich als Schutzmacht, namentlich gegen die UdSSR, ablöste, so war er dazu durchaus bereit. Lebte im Übrigen in einem Manne wie Marschall Pilsudski nicht der Traum von einem grosspolnischen Reich? Konnte daher ein Staat wie Polen nicht zur politischen Abschirmung und militärischen Unterstützung einer russischen Kampagne gewonnen werden? Sollten aber die Westmächte nicht bereit sein, Deutschland freie Hand im Osten zu geben, sollte deshalb die militärische Erledigung Westeuropas noch vor dem Ausgreifen nach Osten notwendig werden, waren die Allianz mit Italien und die Anbindung Polens womöglich noch wichtiger, erstere zur Fesselung britischer und französischer Streitkräfte, letztere zur Sicherung der Rückenfreiheit Deutschlands.

Das von imperialer Baulust bestimmte und an machtpolitischen oder strategischen Gesichtspunkten orientierte Denken Hitlers ist also von den normalen Emotionen des deutschen Nationalismus und des deutschen Revisionismus, die antifranzösisch, antibritisch, mit dem Blick auf Österreich und Südtirol anti-italienisch und mit dem Blick auf Danzig, Pommerellen und Oberschlesien erst recht antipolnisch waren, kaum mehr beeinflusst gewesen. Empörung über eine tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierung deutscher Minderheiten konnte er, wie er mit seiner Haltung in der Südtirolfrage und dann auch mit seiner Polenpolitik bewies, nach den Geboten der Strategie oder auch nur nach den taktischen Erfordernissen des jeweiligen Augenblicks ein- oder ausschalten. In den zwanziger Jahren hatte er mit dieser Kälte gegenüber «nationalen» Positionen in den Reihen der NS-Bewegung noch erhebliche Schwierigkeiten;

immer wieder musste er sich gehörig anstrengen, um in der Wolle gefärbte Nationalisten wie etwa Goebbels zur gleichen Kälte und zur gleichen Überordnung der imperialistischen Baupläne zu erziehen⁶⁸. Ihm selbst war jedenfalls die völkische Ideologie in erster Linie Treibsatz seiner Raumpolitik, und von den Zielen des deutschen Revisionismus machte er sich zunächst nur diejenigen zu eigen, die am Wege nach Osten lagen und ohnehin vor dem Beginn der eigentlichen Raumpolitik erreicht werden mussten: Mit grossdeutschen Parolen, die sich zudem auf das nationale Selbstbestimmungsrecht stützen liessen, konnte die Einbeziehung Österreichs und – über die Sudetendeutschen – der Tschechoslowakei in den deutschen Machtbereich durchgesetzt werden, womit die Ausgangsstellung für den Stoss nach Osten bezogen war, und mit der taktisch richtigen Handhabung der deutschen Ansprüche an Warschau gedachte er Polen ins deutsche Lager zu holen.

Über den Zeitpunkt und die Reihenfolge solcher Eröffnungszüge hat er sich anfänglich allerdings ebensowenig geäussert wie über Termin und Umstände des Griffs nach den baltischen und russischen Territorien. Hitler wusste gut genug, dass ein Politiker zwar Ziele haben, aber zu diesen Zielen nicht nach einem festen Fahrplan gelangen kann, und an den Realitäten sind denn auch schon die von Hitler skizzierten taktischen Konzepte – freilich ohne dass sich dadurch die Grundtendenzen seines Imperialismus verändert hätten – meist zuschanden geworden. Im Übrigen war sich gerade Hitler, der ja ausserpolitische Aktionsfähigkeit mit der Kraft und der Bereitschaft zu militärischen Schlägen identifizierte, sehr wohl bewusst, dass er eben einen militärisch noch schwachen Staat erobert hatte. So stand es für ihn fest, dass es in einer ersten und zeitlich sehr schwer abzuschätzenden Phase seiner Herrschaft allein darauf ankam, die für jede künftige Aktivität essentielle Aufrüstung Deutschlands einzuleiten und sie während jener unvermeidlichen Periode ausserpolitisch abzuschirmen, in der das Reich noch verwundbar war, den Nachbarn jedoch bereits deutlich die künftige Herausforderung und Bedrohung signalisierte. Er hielt diese Aufgabe für überaus schwierig. Gewiss ist er in einem Augenblick an die Macht gekommen, der für ihn ausserordentlich günstig war, und er hat die von seinen Vorgängern erreichte Besserung der Lage Deutschlands – durch die Abschüttelung der Reparationen und die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung des Reiches – ebenso registriert wie die von der grossen Wirtschaftskrise bewirkte Anarchisierung der Staatengesellschaft und den von Japan verursachten Verfall der kollektiven Sicherheit. Gleichwohl fürchtete er Konsequenzen der Nachbarn, falls sie seine Absichten durchschauten. Bei seinem wölfischen Verständnis von Aussenpolitik glaubte er sogar mit einer militärischen Intervention der Westmächte rechnen zu müssen. So sagte er wenige Tage nach der Machtübernahme, jetzt werde sich zeigen, ob Frankreich

⁶⁸ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 1, S. 161,166,172,174.

noch Staatsmänner habe; wenn ja, werde es noch im Anfangsstadium der deutschen Aufrüstung über ihn und Deutschland herfallen⁶⁹.

Daher gab er sich in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 grösste Mühe, in Reden und Interviews als vernünftiger und friedfertiger Politiker zu erscheinen, der gar nicht daran denke, eine «Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker» zu verfolgen⁷⁰. Mit seinem Machtantritt schwor also Deutschland offenbar sogar den territorialen Revisionsansprüchen ab, von imperialistischen Plänen ganz zu schweigen, und auf ein Westeuropa, das aus Ruhebedürfnis glaubensbereit war, machte er mit seinen Versicherungen tiefen Eindruck. Auch präsentierte er das nationalsozialistische Deutschland, das ja gerade die linken politischen Kräfte brutal unterdrückte und ihre Führer in Konzentrationslager sperrte oder zur Emigration zwang, mit Eifer als den Schutzwall Europas gegen Bolschewismus und Sowjetrußland. Den Zweck solcher Tarnung hatte er bereits 1928 mit dem Satz umschrieben, nationalsozialistische Aussenpolitik werde zunächst für Verhältnisse sorgen, «die die Wiedererstehung eines deutschen Heeres ermöglichen. Denn erst dann werden die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes ihre praktische Vertretung finden können.»⁷¹

Freilich vermochte ein Mann wie Hitler nicht gänzlich passiv zu bleiben. Da er ausserdem die «Wiedererstehung eines deutschen Heeres» als ein Vorhaben ansah, das sofort in Angriff zu nehmen sei, Deutschland aber formal noch die Hände durch die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags gebunden waren und es zudem gerade an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilnahm, sah er sich in dieser Frage sogar rasch zur konsequenten und riskanten Fortsetzung der Revisionspolitik seiner Vorgänger genötigt. Allerdings hat ihm Frankreich diese Schritte wesentlich erleichtert, weil die französische Regierung nach wie vor versuchte, sowohl eine deutsche Aufrüstung wie eine französische Abrüstung zu vermeiden, und damit die seit Ende Januar 1933 erneut tagende Abrüstungskonferenz immer tiefer in eine Sackgasse manövrierte. Schon am 14. Oktober 1933 konnte Hitler es sich leisten, Deutschlands endgültigen Rückzug von der Konferenz und gleichzeitig auch noch den Austritt aus dem Völkerbund zu erklären. Mit einem einzigen Schnitt hatte er sich von jenen beiden Fäden befreit, die das nationalsozialistische Deutschland noch mit der Welt der kollektiven Sicherheit verknüpft gehabt hatten, ohne dass man ihm, angesichts der französischen Intransigenz, ernstlich einen Strick daraus hätte drehen können. Zwar ist die deutsche Aktion scharf und hart kritisiert worden. Dass der Völkerbund ein halbes Jahr nach dem Ausscheiden Japans ein weiteres Mitglied verlor, und zwar die Zentralmacht des europäischen Kontinents, liess die Zukunft der Genfer Institution in noch düsterem

⁶⁹ Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933, in: VfZ 2 (1954), S. 435.

⁷⁰ M. Göhring, Alles oder Nichts, Bd. I, S. 185.

⁷¹ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, Stuttgart 1961, S. 112

Lichte erscheinen, und dass sich Deutschland nicht mehr an der Abrüstungskonferenz beteiligte, verwandelte die zunächst noch fortgesetzten Debatten in reine Spiegelfechterei. Ein normaler Vertreter normaler deutscher Interessen hätte sich mit der Vereitelung der französischen Machenschaften und mit einem zweifellos erfolgreichen Kampf um Deutschland genehmere Resultate der Konferenz begnügen können. Hitlers Handlungsweise war im Hinblick auf vorzeigbare deutsche Ziele überflüssig, in Wirklichkeit keineswegs mit der französischen Haltung zu rechtfertigen und von übler Vorbedeutung für den Frieden in Europa. Wenngleich aber Anlass und Reaktion in keinem vernünftigen Verhältnis standen, hatte Frankreich dem «Führer» doch jenes Quentchen Recht zugespielt, das Deutschland vor härteren Reaktionen der europäischen Staaten, namentlich Grossbritanniens, schützte.

Angesichts der Passivität, mit der Europa den deutschen Akt hinnahm, hat Hitler nicht gezögert, gleich einen Schritt weiter zu gehen und nach der Abrüstungskonferenz auch noch dem Abrüstungsgedanken den Todesstoss zu versetzen. Ungeniert machte er sich nun an ein Aufrüstungsprogramm grossen Stils, das die militärischen Paragraphen des Versailler Vertrags endgültig in den Papierkorb fegte. Dem Anfang 1934 veröffentlichten Reichshaushalt konnte jedermann entnehmen, dass die militärischen Ausgaben des Reiches um 90 Prozent steigen und jetzt auch Ausgaben für eine an sich noch immer strikt verbotene Luftrüstung einschliessen sollten. Das hatte sofortige Folgen. Auf der einen Seite setzten zwischen den europäischen Kabinetten ungewöhnlich lebhaft und ungewöhnlich sinnlose Verhandlungen ein, die von der Vorstellung beherrscht waren, dass nach dem Begräbnis der Abrüstungskonferenz – die im Mai 1934 den im Herbst 1933 erhaltenen Wunden tatsächlich erlegen war – wenigstens eine partielle Rüstungsbeschränkung, etwa ein Luftpakt, erreicht werden müsse. Auf der anderen Seite zwang die Entwicklung in Deutschland, das offensichtlich zur Aufstellung und Ausrüstung einer hochmodernen Angriffsarmee überging, auch die übrigen Staaten nach langen Jahren der Stagnation zur Erhöhung ihrer Rüstungsbudgets. Binnen Kurzem war die Idee der Abrüstung in Wahrheit von der Realität eines neuen Wettrüstens verdrängt. Die französische Regierung teilte dem britischen Kabinett bereits am 17. April 1934 mit, dass die angelaufene deutsche Aufrüstung Frankreich zu Gegenmassnahmen nötige, und am 4. März 1935 publizierte die britische Regierung ein Weissbuch, in dem sie ankündigte, dass auch Grossbritannien die Mängel seiner Rüstung beseitigen werde, weil das deutsche Vorgehen andere Alternativen abgeschnitten habe; sie wies ferner ausdrücklich darauf hin, dass «auch der Geist, in dem das deutsche Volk organisiert wird, zu dem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit» beitrage. Duff Cooper, in den dreissiger Jahren erst Kriegs- und dann Marineminister, schrieb einmal in einem Privatbrief an Churchill: «Die Deutschen bereiten den Krieg mit mehr allgemeinem Enthusiasmus vor, als je zuvor eine ganze Nation in eine solche Vorbereitung

gesteckt hat.»⁷² Wohl war Duff Cooper einer optischen Täuschung erlegen, als er in Deutschland einen «allgemeinen Enthusiasmus» für den Krieg zu beobachten glaubte, doch machte die generelle Uniformierung und Militarisierung der deutschen Nation, die im Frühjahr 1933 mit grosser Energie eingeleitet worden war, derartige Urteile unvermeidlich.

Freilich ergab sich bald ein schreiendes Missverhältnis zwischen den westlichen Proklamationen, man müsse, wolle, werde die deutsche Aufrüstung entsprechend beantworten, und den tatsächlich getroffenen Massnahmen. Die westeuropäischen Länder sahen sich durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und finanzpolitische Bedenken wie auch durch stärkste Widerstände einer schon auf den Gedanken an einen erneuten Krieg allergisch reagierenden Bevölkerung zu einem zögernden Beginn und zu einem recht gemächlichen Tempo gezwungen; gelegentlich wurden sie auch durch ein schwerfälliges militärisches Establishment, das überdies aus den Erfahrungen des Weltkriegs oft ganz irriige Schlüsse zog, zur Wahl falscher Wege verführt. Zwischen 1933 und 1938 gab jedenfalls Deutschland mehr Geld für militärische Zwecke aus als Grossbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten zusammen. Das britische Weissbuch aber nahm Hitler zum Anlass, um die bereits im Papierkorb liegenden Fetzen des Versailler Vertrags herauszuholen und gleichsam mit dramatischer Geste auf den Abfallhaufen der Geschichte zu schleudern: Unter Hinweis auf die freche britische Provokation befahl er am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die beschleunigte Aufstellung einer Armee, die binnen Kurzem 36 Divisionen zählen sollte. Und am 2. Mai 1935 teilte er Sir John Simon, dem damaligen britischen Aussenminister, in einem Gespräch triumphierend mit, die deutsche Luftwaffe sei schon jetzt stärker als die britische.

Die deutsche Rüstungs- und Militarisierungspolitik hätte den Argwohn der Nachbarn Deutschlands und aller Verteidiger des Status quo auch dann geweckt, wenn in Berlin noch Konservative oder Deutschnationale regiert hätten. In den europäischen Hauptstädten waren sich jedoch die meisten Politiker durchaus bewusst, dass die nationalsozialistische Bewegung und ihr Führer zusätzliche und besondere Bedrohungen darstellten. Allein schon die Innenpolitik des neuen Regimes erregte ebenso viel Entsetzen und Verachtung wie Furcht. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die antideutsche Stimmung der Kriegsjahre abgeklungen war und den Deutschen ihr Platz unter den kulturell wie politisch tonangebenden Nationen nicht mehr bestritten wurde, warf die Hälfte der deutschen Bevölkerung die politische Freiheit einfach weg, um dann beifällig oder gleichgültig zuzusehen, wie die jetzt herrschende Minderheit auch noch jede Rechtssicherheit zerstörte, einen terroristischen Polizeistaat errichtete, einem als Theorie ebenso lächerlichen wie in der praktischen

⁷² Gilbert, Churchill, V, S. 489.

Anwendung schrecklichen Antisemitismus huldigte und das kulturelle Leben Deutschlands energisch von den Einflüssen der bedeutenderen geistigen wie künstlerischen Strömungen der europäischen Gegenwart zu «säubern» begann. Angesichts der geradezu entgegengesetzten Entwicklung in Nord- und Westeuropa und auch angesichts der deutlich geringeren Radikalität anderer europäischer Diktaturen geriet Deutschland alsbald in moralische, geistige und kulturelle Isolierung. Das nationalsozialistische Deutschland zog sogar – entsprechend der Totalität seiner Abwendung von den europäischen Traditionen – bereits in den dreissiger Jahren eine tiefere Abneigung auf sich und fand weniger Verständnis als das kaiserliche Deutschland selbst während des Krieges. So schrieb Winston Churchill im Sommer und Herbst 1935 einen Aufsatz, der, im Novemberheft des Magazins «Strand» veröffentlicht, die Entfremdung zwischen dem europäischen Westen und dem neuen Deutschland sehr deutlich machte. Darin hiess es:

«Die Juden, die am Ende des Grossen Krieges, durch ihren illoyalen und pazifistischen Einfluss, zum Zusammenbruch Deutschlands beigetragen haben sollen, wurden auch für die Hauptstütze des Kommunismus und für die Urheber defatistischer Lehren in jeder Form gehalten. Daher mussten die Juden Deutschlands, eine Gemeinde, die nach Hunderttausenden zählt, aller Macht beraubt, aus jeder Stellung im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben verjagt, aus den freien Berufen ausgeschlossen, in der Presse stumm gemacht und zu einer verdorbenen und widerwärtigen Rasse erklärt werden. Das 20. Jahrhundert ist mit Verblüffung Zeuge geworden, wie diese grausamen Doktrinen nicht nur verbreitet, sondern von Regierung und Bevölkerung mit brutalem Eifer angewandt wurden. Keine vergangenen Verdienste, kein erwiesener Patriotismus, nicht einmal im Krieg empfangene Wunden, konnten Menschen Immunität geben, deren einziges Verbrechen darin bestand, dass ihre Eltern sie in die Welt gesetzt hatten. Jede Art von Verfolgung, ob schwer oder kleinlich, ob gegen Wissenschaftler, Schriftsteller und Komponisten von Weltruf oder gegen die armseligen kleinen jüdischen Kinder in den staatlichen Schulen, wurde praktiziert, wurde glorifiziert und wird noch immer praktiziert und glorifiziert. Eine ähnliche Ächtung traf Sozialisten und Kommunisten jeder Färbung. Die Gewerkschafter und die liberale Intelligentsia sind gleichermaßen geschlagen. Die leiseste Kritik ist ein Vergehen gegen den Staat. Die Gerichtshöfe haben, wenn sie auch in gewöhnlichen Fällen tätig sein dürfen, bei allen Formen politischer Vergehen sogenannten Volksgerichtshöfen Platz zu machen, die aus eifrigen Nazis zusammengesetzt sind. Neben den Übungsplätzen der neuen Armeen und den grossen Flughäfen verunstalten die Konzentrationslager den deutschen Boden. In diesen werden tausende von Deutschen durch Zwang und Einschüchterung zur Unterwerfung unter die unwiderstehliche Macht des Totalitären Staates gebracht.» Zwar wäre diese Isolierung allein noch kein aussenpolitischer Faktor-gewesen. Dass sich die Deutschen plötz-

lich zu einem Dasein als Sklaven und Barbaren entschlossen oder sich mit einem solchen Dasein immerhin abzufinden schienen, mochte ja noch als innerdeutsche Angelegenheit gelten. Jedoch ist ausserhalb des Reiches nicht unbenutzt geblieben, dass die erschreckenden Vorgänge in Deutschland nicht etwa, wie ähnliche Gewaltsamkeiten während der Französischen oder der Russischen Revolution, mit einer temporären Konzentration auf die Beseitigung unerträglich gewordener innerer Zustände und mit dem wilden Elan beim vermeintlichen Durchbruch zur Verwirklichung einer grossen humanen Utopie erklärt werden konnten. Sie geschahen vielmehr im Zeichen einer «nationalen Erhebung», die sich offensichtlich fürs erste in der mentalen Militarisierung und der organisatorischen Mobilmachung der deutschen Nation erschöpfte. Mithin deutete alles auf eine Entladung nach aussen.

Trotzdem hätte Hitler eine Intervention nicht zu fürchten brauchen. Von der Schwindsucht der internationalen Solidarität und der kollektiven Sicherheit abgesehen, fehlte in Frankreich, der an sich zur alleinigen oder zur Leitung einer kollektiven Intervention prädestinierten Macht, jede Bereitschaft zu interventionistischen Abenteuern. Schon im Frühjahr 1933 hatten die Pariser Politiker auf einen polnischen Vorschlag, der Herrschaft Hitlers durch einen Präventivkrieg den Garaus zu machen, mit kühler Ablehnung reagiert⁷³. Zwar hat damals in Frankreich noch niemand an der eigenen militärischen Überlegenheit und Aktionsfähigkeit gezweifelt. Doch machte sich in Paris die Erinnerung an den Einfall ins Ruhrgebiet bemerkbar. 1923 war keines der französischen Ziele erreicht worden, vielmehr hatte das Vorgehen Frankreichs bis zum ebenso unvermeidlichen wie unrühmlichen Abbruch des Unternehmens den deutschen Nationalismus gekräftigt, ein wirtschaftliches und politisches Chaos in Europa angerichtet und Paris in ernste Zerwürfnisse selbst mit den Verbündeten verwickelt. Welche Wirkung musste erst eine Politik der periodischen Okkupationen haben! Alle französischen Politiker waren mittlerweile zu der Einsicht gekommen, dass die zentrale und stärkste europäische Grossmacht nicht mit den Rezepten Poincarés behandelt werden durfte und dass Europa eine solchermassen ausgeübte Hegemonie Frankreichs auch nicht hinnehmen konnte.

So hat die französische Regierung lediglich bündnispolitische Anstrengungen unternommen, um ein aufgerüstetes und angesichts der nationalsozialistischen Herrschaft doppelt bedrohliches Deutschland mit einer derart starken Koalition zu konfrontieren, dass Hitler am Ende auf den Gebrauch des fertigen Instruments verzichten musste. Seit Ende 1933 und besonders seit Anfang 1934, nachdem am 9. Februar der energische Louis Barthou im Kabinett Doumergue das Aussenministerium übernommen hatte, arbeitete die französi-

⁷³ H. Roos, Die «Präventivkriegspläne» Pilsudskis von 1933, in: VfZ 3 (1955), S. 344-363. Dazu aber M. Wojciechowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971.

sche Diplomatie intensiv daran, zunächst einmal die inzwischen gelockerten Fäden des französischen Allianzsystems wieder fester zu knüpfen. In der Tat ist es Barthou gelungen, Frankreichs Verhältnis zur Kleinen Entente zu beleben und dem im Februar 1934 abgeschlossenen Balkanpakt, dem Griechenland, die Türkei und mit Rumänien und Jugoslawien auch zwei Mitglieder der Kleinen Entente angehörten, eine gewisse politische Bedeutung zu verleihen. Jedoch gab sich Barthou keiner Täuschung hin: Derartige Regionalpakte mochten gut genug sein, den Status quo gegen den regionalen Revisionismus potentieller Bundesgenossen Deutschlands, nämlich Ungarns und Bulgariens, zu sichern; eine Front zur Abschreckung Deutschlands bedurfte der Ergänzung durch stärkere Partner. Daher hat das französische Aussenministerium sowohl unter Barthou wie anfänglich unter seinem Nachfolger Pierre Laval – Barthou fiel am 8. Oktober 1934 in Marseille dem Attentat auf König Alexander von Jugoslawien zum Opfer – zielbewusst die Erneuerung der kompletten Kriegskoalition gegen Deutschland angestrebt, d.h. die Gewinnung Russlands und Italiens. Hitler hat das französische Werben in Moskau und Rom unfreiwillig begünstigt, als er sich, bei aller anfänglichen Vorsicht, noch während der ersten Aufrüstungsphase zu einer antirussischen Politik gezwungen sah und sich ausserdem zur Verstimmung Italiens verleiten liess. Das Ende der langjährigen Freundschaft zwischen Bolschewiki und deutschnationalen Revisionisten hing einmal mit der innenpolitischen Rolle Hitlers zusammen. Er hatte die Macht nicht zuletzt als Retter der deutschen Gesellschaft vor dem Kommunismus beansprucht und erhalten. Namentlich die in der Partei und in der SA dominierende klein- und mittelbürgerliche Anhängerschaft hätte es – und das gilt auch für die Landwirte – nicht verstanden, wenn der «Führer» gleich nach der Machtübernahme und ohne erkennbare Not die ideologische und die in tausend Saal- und Strassenschlachten brutal ausgefochtene politische Feindschaft ignoriert und eine aussenpolitische Verständigung mit der kommunistischen Vormacht gesucht hätte. In dieser Anfangsperiode seiner Herrschaft musste Hitler auf solche Stimmungen noch Rücksicht nehmen. Dazu passte eine Abkühlung der Beziehungen zu dem künftigen Angriffsobjekt auch in seine aussenpolitische Taktik. Je überzeugender er den Part des Antikommunisten und des europäischen Markgrafen gegen die Sowjetunion spielte, umso leichter musste nach seiner Meinung die gewünschte Annäherung an das ebenfalls sowjetfeindliche Grossbritannien fallen. So zeigte er Moskau in aussenpolitischen Fragen eine kühle Schulter, der Handel mit der Sowjetunion ging zurück, und im Laufe des Jahres 1933 schief auch die militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee ein⁷⁴. In Moskau wiederum wa-

⁷⁴ F.A. Krummacker / H. Lange, Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa, München 1970; E.H. Carr, Berlin-Moskau. Deutschland und Russland zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1954.

ren die russlandfeindlichen und antibolschewistischen Schriften und Reden der nationalsozialistischen Führer aufmerksam studiert worden. Offenbar regierten in Berlin jetzt Männer, die nicht mehr, wie die Politiker der Weimarer Republik, auf Polen starrten, sondern ihre Blicke auf sowjetisches Territorium richteten. So glaubte auch Stalin, der rote Diktator im Kreml, freundschaftliche Kooperation mit wachsamer Zurückhaltung vertauschen zu müssen. Hitlers ostentative Feindseligkeit, begleitet von rüdester und giftigster antisowjetischer Propaganda, konnte das Misstrauen Stalins nur verstärken. Nach kurzer Zeit durfte der deutsch-sowjetische Gegensatz als eine feste Grösse der europäischen Politik betrachtet werden.

Gleichzeitig gab Hitler der Versuchung nach, in Österreich aktiv zu werden, wo eine relativ starke NSDAP existierte, die organisatorisch mit der reichsdeutschen Partei verbunden war und Hitler unterstand. Zwar scheint Hitler damals noch nicht an eine staatsrechtliche Vereinigung Österreichs mit Deutschland gedacht zu haben⁷⁵. Aber der Gedanke, die vom deutschen Reichskanzler dirigierte österreichische Oppositionspartei in Wien in den Sattel zu setzen und auf diese Weise Österreich ohne Beseitigung der Grenzen gleichzuschalten, lag doch sehr nahe. Einige Zeit scheinen sowohl Hitler wie die Führer der österreichischen NSDAP den Sturz des Wiener Dollfuss-Regimes für ein fast ebenso unproblematisches Unternehmen gehalten zu haben wie das im Frühjahr 1933 inszenierte Verjagen der Regierungen in den nichtpreussischen Ländern Deutschlands, und Hitler hat anscheinend wirklich geglaubt, mit einer solchen Gleichschaltung internationale Widerstände gegen eine reichsdeutsche Beherrschung Österreichs unterlaufen zu können. An der energischen Abwehr des Wiener Kabinetts, das die NSDAP am 19. Juni 1933 verbot, zersplitterte allerdings der Akt der Machtergreifung in einzelne terroristische Aktionen, und die österreichische NSDAP sah sich nun in ein zähes Ringen verstrickt, das vorerst keine Aussicht auf Erfolg hatte und das überdies den an der österreichischen Unabhängigkeit interessierten Staaten Zeit zum Eingreifen bot. Der Versuch, einen verschleierte Anschluss zu erreichen, rief vor allem Italien auf den Plan. Zwar hatte sich Mussolini schon mehrmals zum Anwalt des deutschen Anspruchs auf militärische Gleichberechtigung gemacht und immer häufiger die politische Zusammenarbeit mit Deutschland gesucht. Anfang Juni 1933 gab er Goebbels, der nach Rom gekommen war, als Richtschnur für die Aussenpolitik des NS-Regimes die Parole: «Nur nie Ruhe!» und er fügte hinzu: «Sagen Sie Hitler, dass er sich auf mich verlassen kann. Ich gehe mit ihm durch dick und dünn.»⁷⁶ Aber noch hatte der «Duce» Momente, in denen ihm der «Führer» als «falscher Nachahmer» und «gefährlicher Träumer» erschien, dem Realismus und Vorsicht fehlten.

⁷⁵ D. Ross, *Hitler und Dollfuss. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934*, Hamburg 1966; J. Gehl, *Austria, Germany and the Anschluss 1931-1938*, London 1963.

⁷⁶ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 426.

Die antisemitisch-rassistischen Marotten Hitlers und der übrigen Nazis, die da die naturgegebene Überlegenheit einer nordischen Rasse behaupteten, empfand der Italiener ohnehin als ebenso beleidigend wie grotesk und gefährlich. Vor allem hatte Mussolini jedoch keine Lust, Hitler mit der Gleichschaltung Österreichs einen billigen Triumph und konkreten Machtgewinn zu erlauben, solange Italien von Deutschland noch keine angemessene Gegenleistung brauchte und das Reich zu einer derartigen Leistung auch noch gar nicht in der Lage war, zumal Österreich – im Hinblick auf die Sicherung der Brennergrenze – anerkanntermassen italienisches Interessengebiet darstellte und folglich ein deutscher Erfolg in Wien mit einer diplomatischen Niederlage Italiens gleichgesetzt werden musste. Im Übrigen wollte Mussolini der deutschen Aggressivität den Weg in den Donaauraum und auf den Balkan wenigstens so lange wie möglich verlegen; der römische Imperialismus reklamierte dort ja für sich selbst Einflusszonen. So hat der Duce Ende Juli 1933 Hitler mit der Intervention Italiens – und der Westmächte – gedroht und danach das enge Einvernehmen zwischen Rom und Wien bei jeder Gelegenheit betont. Am 17. März 1934 unterzeichneten Mussolini, Dollfuss und der Ungarische Ministerpräsident Julius Gömbös die «Römischen Protokolle», in denen sich die drei Staaten zur politischen Konsultation und zur wirtschaftlichen Vorzugsbehandlung verpflichteten. Die politische Bedeutung der «Protokolle» lag aber in erster Linie darin, dass sich Italien mit ihnen öffentlich als Schutzmacht Österreichs engagierte und damit Deutschland vor einer Fortsetzung des österreichischen Abenteuers ausdrücklich warnte⁷⁷.

Am 14. und 15. Juni trafen die beiden Diktatoren in Venedig erstmals persönlich zusammen, aber die Begegnung hat weder Mussolinis Urteil über Hitler noch die italienische Österreichpolitik modifiziert. Hitler musste sich in der österreichischen Frage auf eine gewisse Wartefrist einrichten und von der revolutionären Gleichschaltung auf eine mehr evolutionäre Politik umschalten. Da er jedoch aus innenpolitischen und innerparteilichen Gründen seine Schwäche nicht offen zugeben wollte – gerade entschied sich das Problem mit Ernst Röhms und der SA –, zeigte er seinen österreichischen Gefolgsleuten nun eine vieldeutig-passive Haltung, die nicht recht begriffen und von einigen Heißspornen sogar als Ermunterung zu einem Putschversuch missverstanden wurde. Der Putsch scheiterte kläglich, führte aber am 25. Juli 1934 zur Ermordung von Bundeskanzler Dollfuss. Mussolini rechnete nach den Eindrücken, die er in Venedig gewonnen hatte, nicht mehr mit einer offenen deutschen Einmischung in Österreich, doch benutzte er die Gelegenheit trotzdem zu einer dramatischen Demonstration und beorderte etliche italienische Divisionen an

⁷⁷ E. di Nolfo, *Mussolini e la politica estera italiana 1919-1933*, Padua 1960; J. Petersen, *Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936*, Tübingen 1973.

Italiens Nordgrenze. Die deutsch-italienischen Beziehungen hatten offenbar einen Tiefpunkt erreicht.

Unter diesen Umständen war es unvermeidlich, dass Russland und Italien auf die französischen Avancen einzugehen und sich Frankreichs Versuchen zur «Einkreisung» Deutschlands anzuschliessen schienen. Die Sowjetunion setzte jetzt eine Politik fort, die, von der japanischen Aggression im Fernen Osten angestossen, nach einer Entlastung der sowjetischen Westgrenzen strebte und bereits vor 1933 zur Normalisierung der Beziehungen zu den westlichen Nachbarn, Ende November 1932 auch zu einem Nichtangriffspakt mit Frankreich geführt hatte. Angesichts eines nationalsozialistischen Deutschland konnte die gewünschte Entlastung offenbar nur mehr mit einem verstärkten – diplomatischen – Engagement erreicht werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 schlug der sowjetische Aussenminister Litwinow ein russisch-französisches Bündnis vor, und nachdem Barthou das französische Aussenministerium übernommen hatte, wurden bald Fortschritte erzielt. Die anfänglichen Bemühungen Barthous und Litwinows, eine französisch-sowjetische Allianz mit regionalen Garantiepakten aller osteuropäischen Staaten und aller Mittelmeerländer zu koppeln oder in derartigen Pakten zu verstecken, blieben fruchtlos, und so kehrten beide zum Gedanken der offenen Allianz zurück. Am 18. September 1934 trat die Sowjetunion, um eine Bedingung zu erfüllen, die Frankreich auf Grund seiner sonstigen internationalen Verpflichtungen stellen musste, sogar in den verachteten Völkerbund ein, und der Weg zum formellen Bündnis war frei. Gleichzeitig kam eine französisch-italienische Annäherung zustande. Anfang 1935 fuhr Barthous Nachfolger Laval nach Rom und vereinbarte ein koordiniertes militärisches Vorgehen, falls Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs antasten oder eine Remilitarisierung des Rheinlands wagen sollte. Wenig später schien Frankreichs Einkreisungspolitik auf ihrem Höhepunkt angelangt. Nachdem Hitler im März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündet und die Aufstellung einer starken Armee befohlen hatte, konterten Frankreich, Italien und Grossbritannien mit einer am 14. April 1935 in Stresa formulierten «Entschliessung», in der sie ihre Entschlossenheit bekräftigten, die Unabhängigkeit Österreichs zu schützen und das Rheinland entmilitarisiert zu halten. Am 2. Mai 1935 folgte der Abschluss der französisch-sowjetischen Allianz, die dem Anschein nach Osteuropa mit der «Front von Stresa» verknüpfte, zumal sich am 16. Mai die Unterzeichnung eines sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakts anschloss, der allerdings an den französisch-tschechoslowakischen Bündnisfall gebunden wurde.

So hatte also Hitlers Aussenpolitik, die den Revisionismus seiner Vorgänger mit der Ankündigung eines nationalsozialistischen Expansionismus mischte, das Deutsche Reich anscheinend in eine zumindest höchst unbequeme Isolierung gesteuert. Die tatsächliche Lage war für Berlin indes weniger düster. Schon die diversen Vertragssysteme, die im gemeinsamen Bezugs-

punkt Paris scheinbar ein Zentrum und sogar eine Zentrale erhalten hatten, zeigten Schwächen, die sie selbst für einen defensiven Zweck – und sie waren defensiv gedacht – untauglich machten. Die französisch-sowjetische Allianz etwa war in Wirklichkeit eine leere Geste. Paris und Moskau waren ja nur dann zu politischer und militärischer Zusammenarbeit fähig, wenn Frankreichs ost- und südosteuropäische Bundesgenossen ebenfalls in ein Bündnisverhältnis zur Sowjetunion traten. Von der Tschechoslowakei abgesehen, die Deutschland mehr fürchtete als die Sowjetunion, liessen sich jedoch die französischen Klientelstaaten nicht zu einem solchen Schritt bewegen. Im Gegenteil! Der von Frankreich patronisierte Balkanpakt richtete sich nach den Intentionen seiner Mitglieder nicht zuletzt gegen die UdSSR, und Polen versagte sich jeder Abmachung, die für Warschau die Möglichkeit heraufbeschwor, eine als gefährlich empfundene russische Hilfe annehmen zu müssen. Die als Ergebnis des Krieges eingetretene Veränderung der politischen Geographie Europas erwies sich als unüberwindliches Hindernis einer einfachen Restaurierung der antideutschen Kriegscoalition. Die Arbeit der Pariser Friedenskonferenz und die Bolschewisierung Russlands hatten, wie sich nun herausstellte, die äussere Sicherheit Deutschlands merklich erhöht. Laval nahm denn auch, anders als Barthou, das Bündnis mit Moskau, das er als Geste gegen Hitlers Rüstungspolitik selbst abgeschlossen hatte, nie ernst. In erster Linie benutzte er die Allianz als Instrument seiner Innenpolitik, nämlich zur Zähmung der moskaufreundlichen französischen Linken, während er ihren aussenpolitischen Wert vornehmlich von ihrer Brauchbarkeit als Tauschobjekt erblickte: für Frankreichs Verzicht auf das Bündnis mochte Berlin zu einer Gegenleistung bereit sein. Laval machte kein Hehl daraus, dass er eine direkte Verständigung mit Deutschland anstrebte. Ein solches Ziel nötigte ihn zur Schonung der Gefühle Hitlers, und so hütete er sich geradezu davor, Frankreichs östlichen Bündnissen politische Effektivität zu geben. Statt in Warschau und Bukarest auf eine Annäherung an die Sowjetunion zu dringen, verbot er auch noch den Tschechoslowaken jede militärische Kooperation mit Russland, die in Berlin Missfallen erregt hätte. Während er offiziell an der traditionellen Pariser Bündnispolitik festhielt, schwenkte er unter der Oberfläche auf einen Kurs ein, der, wenn er nicht revidiert wurde, nur mit Frankreichs Rückzug aus Osteuropa enden konnte⁷⁸.

Das französisch-italienische Verhältnis wiederum blieb stets durch die Tatsache belastet, dass Frankreich und Italien als die dominierenden Mächte zweier verfeindeter Staatengruppierungen auftraten. War Mussolinis Intensivierung der italienisch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit einerseits gewiss als diplomatisches Manöver gegen Deutschland gemeint, so richtete sie sich faktisch doch zugleich gegen Jugoslawien und Rumänien, also gegen die

⁷⁸ G. Warner, *Pierre Laval and the eclipse of France*, London 1968; A. Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War 1936-1939*, London 1977.

von Frankreich dirigierte Kleine Entente. Selbst im Hinblick auf Deutschland und Österreich durfte die Interessengemeinschaft zwischen Rom und Paris nicht als sicherer Faktor betrachtet werden. Im Frühjahr 1933 hatte Mussolini einen Viermächtepakt zwischen Grossbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland vorgeschlagen, der Europa dem Diktat dieser vier Grossmächte unterwerfen und zugleich die Tür zu einer grosszügigen Revision des Status quo aufstossen sollte. Zwar hatte die französische Regierung den Pakt durch eine geschickte Anpassung des Vertrags textes an die Satzung des Völkerbunds elegant entwertet, und Mussolini gab sich schliesslich mit dieser französischen Fassung zufrieden, die am 15. Juli 1933 in Rom von den Vertretern der vier Staaten unterschrieben wurde; Hitler nahm den Viererpakt ohnehin lediglich als eine Geste, die, als erster internationaler Vertrag des nationalsozialistischen Deutschland, mithalf, dem NS-Regime in der gefährlichen Anfangsphase «Ruhe und Luft» zu verschaffen⁷⁹. Aber wenn der Viermächtepakt auch keine praktische politische Bedeutung erlangte, so hatte die Episode doch gelehrt, dass Mussolini nach wie vor darauf brannte, im Interesse des faschistischen Imperialismus die Reste der kollektiven Sicherheit zu liquidieren, und dass er nach wie vor auf dem Sprung stand, seinen eigenen Imperialismus mit deutschem Expansionismus zu koordinieren, sofern sich die deutsche Aggressivität Ziele ausserhalb der italienischen Interessenzonen wählte. Bald sollte sich ausserdem herausstellen, dass gerade die demonstrative Protektion Österreichs mitnichten der Erhaltung des Status quo, sondern ganz im Gegenteil der Förderung des faschistischen Imperialismus galt. Vom japanischen Beispiel und vom offenkundigen Verfall der kollektiven Sicherheit ermuntert, begann nämlich Mussolini, wobei er ältere koloniale Ambitionen Italiens aufgriff, afrikanische Eroberungspläne zu schmieden, und er glaubte, durch seine Haltung in der österreichischen Frage könne er Frankreich und Grossbritannien so sehr verpflichten, dass beide Mächte italienischen Aktionen in Afrika, d.h. gegen Äthiopien, nichts in den Weg legen würden. Sollte diese taktische Funktion seiner Österreichpolitik überflüssig werden, entweder durch die Erfüllung seiner Wünsche oder durch unerwartete Opposition der Westmächte, sollte er andererseits für neue Pläne oder gegen die Westmächte den Beistand Deutschlands brauchen, konnte es ihm durchaus einfallen, seinen Kurs radikal zu ändern und Österreich zu opfern.

Im Übrigen schlugen in jenen frühen Stadien der Hitlerschen Aussenpolitik ausgerechnet die bereits aufgedeckten spezifisch nationalsozialistischen Elemente eine erste Bresche in das französische Allianzsystem. Waren die Warschauer Politiker nach der französischen Ablehnung von Pilsudskis Präventivkriegsplänen recht enttäuscht und plötzlich von Zweifeln an der Bündnistreue Frankreichs befallen, so bemerkten sie andererseits bald, dass der nationalso-

⁷⁹ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 430.

zialistische Reichskanzler in Berlin von der Polenfeindschaft weitgehend unabhängig war, wie sie der preussisch bestimmte deutsche Nationalismus pflegte, dass er die preussische Vorliebe für eine – stets antipolnische – Allianz mit Russland nicht teilte, sondern von der Eroberung russischen Territoriums träumte. Sie wussten gut genug, dass die polnische Unabhängigkeit ebenfalls verlorengehen musste, wenn Hitler sich tatsächlich russisches Territorium aneignete. Doch hielten die polnischen Politiker das nationalsozialistische Eroberungsprogramm eben nur für einen Traum, während sie die sofortige diplomatisch-politische Konsequenz des Traums, die Entfremdung zwischen Deutschland und Russland, als eine für Polen sehr nützliche und unmittelbar auswertbare Realität registrierten. So setzte sich in Warschau allmählich die Auffassung durch, dass erstmals seit 1919 eine direkte deutsch-polnische Verständigung möglich sei und gesucht werden müsse⁸⁰. Hitler kam Polen bereitwillig entgegen. Das brachte ihm zwar die verständnislose und herbe Kritik deutschnationaler und preussisch-konservativer Kreise ein, die sich, mit Recht von der Notwendigkeit eines Minimums an Geschäftsmoral in den zwischenstaatlichen Beziehungen überzeugt, die totale Skrupellosigkeit Hitlers im Umgang mit feierlich beschworenen internationalen Vereinbarungen noch nicht vorzustellen vermochten und daher die Annäherung an Polen ganz ernsthaft als Verzicht auf wichtigste Forderungen des deutschen Revisionismus verstanden. Aber Hitler liess sich die Chance nicht entgehen, zur Abschirmung der Aufrüstung Deutschlands als friedfertiger Antirevisionist dazustehen und dabei zugleich die Verbindung zwischen Warschau und Paris anzusägen, vielleicht schon Polens Eingliederung in den deutschen Machtbereich anzubahnen.

Am 26. Januar 1934 wurde in Berlin ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet, der den beiden Staaten die Verpflichtung auferlegte, sich mindestens zehn Jahre lang «in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen» und bei Streitfragen «unter keinen Umständen ... zur Anwendung von Gewalt zu schreiten». Etliche polnische Politiker glaubten tatsächlich, die deutsche Anerkennung des Status quo erhalten und Polens Westgrenze gesichert zu haben, doch blieb bei vielen Misstrauen lebendig, und Pilsudski selbst sprach zweifelnd von «ungesunden Romanzen mit den Deutschen», die wohl doch kein gutes Ende finden könnten⁸¹. In der Tat hatte die polnische Regierung lediglich das polnisch-französische Bündnis halb entwertet und die französisch-sowjetische Allianz, an der sie sich jetzt ebensowenig beteiligen durfte wie an anderen antideutschen Kombinationen, von Anfang an zur Ineffektivität verurteilt. Nebenbei hatten die Warschauer Politiker auch noch das Verhältnis zwischen Paris und Prag beschädigt, da nun fraglich wurde, ob die

⁸⁰ Vgl. Wojciechowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen.

⁸¹ Jozef Beck an Boleslaw Wieniawa-Dlugoszewski, AAN Warschau, 24, R. 306-309.

Tschechoslowakei ein militärisches Vorgehen gegen Deutschland – etwa bei einer Remilitarisierung des Rheinlands oder bei einem Anschluss Österreichs – aktiv unterstützen konnte, wenn sie nicht im Norden durch die Mitwirkung Polens gedeckt war. Kein Wunder, dass Goebbels den polnischen Aussenminister Oberst Jozef Beck als «klugen Kopf» bezeichnete und die deutsch-polnische Verständigung als «einen ruhenden Pol in den fließenden Erscheinungen der Weltpolitik»⁸².

Vor allem aber hätte jede Mächtegruppierung, die dazu bestimmt war, Hitler in Schach zu halten, der führenden Teilnahme Grossbritanniens bedurft, und in London war niemand zu einer solchen Teilnahme bereit. Naturgemäss begegnete Hitler und das nationalsozialistische Deutschland gerade auch in England stärkstem Misstrauen und einer aus Widerwillen und Verachtung gemischten Abneigung. Mit Recht konstatierte Churchill am 23. Juli 1936, dass lediglich etliche Angehörige der «smart society», ein paar reiche Finanziers und sonstige Elemente, die zur Niederhaltung der Arbeiterklasse mit der Idee eines starken Staates liebäugelten, Verständnis für das NS-System aufbrächten, während dieses System einem Labour-Mann als ebenso unerträglich erscheine wie «dem durchschnittlichen britischen Tory»⁸³. Doch entschloss sich die Londoner Regierung schon früh, ihre Deutschlandpolitik nicht auf ihr Misstrauen zu gründen und das oft taktlose und arrogante Gehabe der neuen deutschen Machthaber zu ignorieren. Dem britischen Pragmatismus fiel es schwer, den Reichskanzler Hitler als den Verfasser der in «Mein Kampf» zu Papier gebrachten – und von den britischen Politikern und Diplomaten sehr wohl aufmerksam studierten – ausschweifenden Pläne zu behandeln. Auch scheute man in London die Konsequenz, die sich aufdrängte, wenn man Hitlers Buch als Leitfaden der Aussenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland verstand: den Präventivkrieg. Die öffentliche Meinung, die jede kriegerische Verwicklung noch kategorisch ablehnte, hätte einen Präventivkrieg gar nicht zugelassen; sie widersetzte sich ja sogar jener zusätzlichen Rüstungsanstrengung, wie sie die britische Regierung für notwendig hielt, wenn sich Grossbritannien an einer Koalition beteiligen sollte, die einen Krieg mit Deutschland immerhin in den Bereich des Möglichen rückte. Ferner galten in London noch immer die Grundsätze Lloyd Georges und Sir Austen Chamberlains, nach denen eine britische Verpflichtung zugunsten ost- und südosteuropäischer Grenzen nicht von entsprechenden britischen Interessen gedeckt und daher unerwünscht sei. Solange im Übrigen die deutsche Ostexpansion lediglich eine in ferner Zukunft liegende Eventualität zu sein schien, die ausserdem vermutlich der Verwirklichung nie näherkommen konnte, dünkte es dem einen oder anderen britischen Politiker sogar eine nützliche Sache, wenn sich die in Deutschland offenbar vorhandene Aggressivität nach Osten entlud und wenig-

⁸² Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 490.

⁸³ Gilbert, Churchill, V, S. 768.

stens Westeuropa verschonte. Am 29. Juli 1936 sagte Stanley Baldwin, ein Jahr zuvor Premierminister geworden, zu einer Abordnung konservativer Parlamentarier, die von der Regierung eine stärkere Beachtung der wachsenden deutschen Gefahr forderte, es werde ihm «nicht das Herz brechen», wenn sich Hitler «nach Osten wenden» sollte. Die erhabene Ignoranz, die so manchen britischen Politiker in nichtinsularen und aussenpolitischen Angelegenheiten auszeichnete, liess den Premier sogar hinzufügen, dass doch wohl niemand in der Abordnung meine, Grossbritannien sei zur Unterstützung Frankreichs verpflichtet, sollten die Franzosen im Falle eines deutsch-russischen Kriegs auf der Seite Russlands intervenieren, «dank dieses schrecklichen Pakts, den sie abgeschlossen haben»! «Wenn in Europa schon gekämpft werden muss, dann möchte ich doch gerne, dass das Kämpfen von den Bolschis und Nazis besorgt wird.»⁸⁴

In solcher Lage blieb als einzige Alternative die Fortsetzung der traditionellen Appeasement-Politik. Konkret hiess das jetzt: dass sich London mit der deutschen Aufrüstung abfand, dass sich England von allen französischen Einkreisungsversuchen fernhielt, was mit lauten Bekenntnissen zur kollektiven Sicherheit wie mit den unverbindlichen Unterschriften unter Dreimächte-Deklarationen zur österreichischen Frage kaschiert werden sollte, und dass die britische Regierung jede Gelegenheit zu separaten Abmachungen mit Hitler wahrnahm, zu Abmachungen, die zwar Konzessionen kosten, den deutschen Diktator jedoch binden und domestizieren mochten. So hat das britische Kabinett, während die deutsche Aufrüstung bereits auf vollen Touren lief, mit Berlin hartnäckig über partielle Vereinbarungen, etwa einen Luftpakt, verhandelt und damit der bündnispolitischen Aktivität Frankreichs viel von ihrer Gefährlichkeit für Hitler genommen. Am 18. Juni 1935 kam dann der deutsch-britische Flottenvertrag zustande, der Deutschland eine Hochseeflotte zubilligte, die 35 Prozent der gesamten Commonwealth-Flotte erreichen durfte (bei U-Booten sogar 100 Prozent). Mit diesem Vertrag, der Hitler gar nichts kostete, weil er vorerst an ein grösseres maritimes Rüstungsprogramm weder dachte noch denken konnte, hatte die britische Regierung nicht allein die vertragswidrige bisherige Aufrüstung Deutschlands – einschliesslich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht – nachträglich gesegnet und ihrerseits den Versailler Vertrag gebrochen, sondern überdies die Beteiligung Englands an der kurz zuvor in Stresa formulierten Politik öffentlich desavouiert und der «Front von Stresa» damit die politische Seriosität weitgehend genommen. Hitler aber, dem im Januar 1935 gerade der Versailler Vertrag einen psychologisch wie politisch wertvollen Erfolg beschert hatte, als das Saarland nach der im Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung wieder Reichsgebiet geworden war, Hitler durfte sich sagen, dass das Gespenst der Isolierung endgültig gebannt war, und

⁸⁴ Ebenda, S. 777.

er sagte sich ferner, dass er jene Verständigung mit Grossbritannien, die ihm eines Tages freie Hand im Osten geben würde, nun eingeleitet habe.

Die Formierung der expansionistischen Mächte

Trotzdem herrschte in Berlin noch immer Unsicherheit. Ob sich der Völkerbund nicht doch zu wirksamer Aktivität auffraffe, wenn eine europäische Macht das Gleichgewicht in Eurpa gefährden sollte, ob die Pariser Bündnisse nicht doch funktionierten, wenn einer der Partner Frankreichs tatsächlich in Bedrängnis geraten oder gar die französische Sicherheit unmittelbar bedroht sein sollte, wusste niemand mit Bestimmtheit zu sagen; beide Fälle waren noch nicht getestet worden. Die Erinnerung an die militärische Leistung der Westmächte während des grossen Krieges sass noch fest im Gedächtnis der deutschen Führer, ebenso die harte französische Nachkriegspolitik und die stets gegebene Funktionsfähigkeit der nach wie vor bestehenden britisch-französischen Entente. Dass Grossbritannien und Frankreich grössere Abenteuer des faschistischen Italien bislang unterbunden hatten, mahnte ebenfalls zur Vorsicht. Im Grunde war die konkrete aussenpolitische Lage Deutschlands Mitte 1935 noch immer so beengt, dass ein Durchbruch zu expansionistischer Politik fast unmöglich schien. Zwar wuchs die militärische Stärke Deutschlands von Monat zu Monat, und eine auch an aussenpolitischen Gesichtspunkten orientierte Handelspolitik sorgte dafür, dass der deutsche Einfluss auf dem Balkan ständig zunahm und dort – auch in den Staaten der Kleinen Entente – mit dem französischen Einfluss zu konkurrieren begann, zumal die französischen Versuche, das kommunistische Russland wieder ins europäische Kräftespiel zu ziehen, bei der Kleinen Entente beunruhigend wirkten; in Ansätzen verrieten die autoritären Balkanregime ausserdem das Bedürfnis, sich ideologisch und gesellschaftspolitisch an Deutschland anzulehnen. Aber noch war die Vereinbarung von Locarno in Kraft, die Berlin zur Entmilitarisierung des Rheinlands verpflichtete, und solange Deutschland im Rheinland weder Truppen stationieren noch Befestigungen bauen durfte, konnte Frankreich aggressive Aktionen des Deutschen Reiches sofort mit der Besetzung deutschen Territoriums und mit einem praktisch nicht zu bremsenden Feldzug beantworten. Wie dieser Zustand geändert werden sollte, war nicht recht zu sehen. Solange Italien mit Frankreich in der österreichischen Frage liiert war, musste angenommen werden, dass es auch seine Rolle als Garantmacht von Locarno ernst nahm, und im Mai 1935 hatte sich Hitler selbst, um die internationale Erregung über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu dämpfen, dazu hinreissen lassen, in öffentlicher Rede feierlich die Respektierung von Locarno zu versprechen.

Im Übrigen hatte er Grossbritannien und Polen wohl von einem eindeutig anti-deutschen Kurs weggelockt, aber mitnichten für seine Politik gewonnen. Die britische Regierung gab durch nichts zu erkennen, dass sie bereit sei, im Sinne der Hitlerschen Konzeption als Spiessgesellin deutscher Expansionspläne zu fungieren, und in Warschau waren Andeutungen, dass man gemeinsam gegen die Sowjetunion vorgehen könne, ohne Echo geblieben.

Erst zwei Ereignisse, zu denen es ganz ohne deutsches Zutun kam, brachten dann plötzlich alle dem nationalsozialistischen Deutschland günstigen Tendenzen voll zur Geltung und öffneten Hitler eine Gasse, die ihm doch den Ausbruch aus dem diplomatischen Stellungskrieg, in dem er feststeckte, erlaubte: der Angriff Mussolinis auf Abessinien und der Bürgerkrieg in Spanien.

Als sich im Laufe des Jahres 1935 immer klarer abzeichnete, dass Mussolini, von der Straflosigkeit des japanischen Angriffs auf China ermuntert und auf Grund der Funktion Italiens in der gegen Hitler gerichteten diplomatischen Front von der Passivität der Westmächte überzeugt, tatsächlich mit der Errichtung eines faschistischen Imperiums beginnen werde, und zwar durch die Annexion des afrikanischen Kaiserreichs Abessinien, breitete sich denn auch in Berlin alsbald Erleichterung und frohe Erwartung aus. Hitler rechnete, anders als Mussolini, durchaus mit einer harten Reaktion Frankreichs und namentlich Grossbritanniens, und dass im Konflikt Italiens mit den Westmächten eine grosse Chance für seine Pläne lag, erkannte er sofort. Bereits im August 1935 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: «Nun wird Krieg in Abessinien unvermeidlich sein. Der Führer ist glücklich.»⁸⁵ Denn, so schrieb der Propagandaminister einige Wochen später: «Nur ordentlich streiten. Unterdess streifen wir die Ketten ab.»⁸⁶ In der Tat brachte der Duce, als er nach längerer politischer und militärischer Vorbereitung seine Armeen am 3. Oktober 1935 wirklich in Marsch setzte, die Dinge in Europa wieder in Bewegung, und zwar in eine Bewegung, die im Lauf weniger Monate die Kräfteverhältnisse völlig veränderte.

An sich bot Mussolinis Aktion die grosse Möglichkeit zu einer Renaissance der kollektiven Sicherheit und zu einem friedenssichernden Erfolg der Verteidiger des Status quo. Wenn Frankreich und England – Abessinien war ja Mitglied des Völkerbunds – sich auf die Genfer Prinzipien berufen und mit einer sowohl raschen wie energischen Intervention des Bunds unter ihrer Führung gedroht hätten, wie sie angesichts der zunächst eindeutig anti-italienischen Haltung fast aller europäischen Länder wohl zu erreichen gewesen wäre, dann wäre Mussolini wahrscheinlich rechtzeitig zurückgewichen, und hätte er sich halsstarrig gezeigt, wäre es kein Problem gewesen, ihn mit all den wirtschaftlichen und militärischen Mitteln, die das Genfer Verfahren vorsah, zum Rück-

⁸⁵ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 504.

⁸⁶ Ebenda, S. 510.

zug zu zwingen. Solche Niederlagen des faschistischen Italien hätten ihren Eindruck auf Berlin bestimmt nicht verfehlt. Jedoch stellte sich heraus, dass Mussolinis Spekulation auf die Passivität der Westmächte nicht unbegründet war. Im Hinblick auf Hitler und das nationalsozialistische Deutschland rechnete die französische Regierung ihre Kooperation mit Italien inzwischen in der Tat zu den wichtigsten Elementen der Pariser Aussenpolitik, und so beschloss sie, auch im abessinischen Konflikt alles zu vermeiden, «was die derzeitigen französisch-italienischen Beziehungen belasten oder trüben könnte».⁸⁷ Dass man den europäischen Status quo und damit auch die europäische Stellung Frankreichs endgültig einem freien Spiel der Kräfte auslieferte, wenn man sich auf Grund einer bündnispolitischen Überlegung praktisch zum Komplizen eines europäischen Aggressors machte, blieb in Paris unberücksichtigt, obwohl die Unterstützung Italiens angesichts der seit Langem notorischen Unzuverlässigkeit des Duce nicht das geringste über die künftige Bundesgenossenschaft Roms besagte. Wie so oft seit dem Weltkrieg liess sich Frankreich von der Furcht vor Deutschland zu einer Politik verleiten, die sowohl der moralischen wie der taktischen Qualitäten ermangelte.

Die britische Regierung teilte die französische Auffassung, dass Italien nicht in die Arme Deutschlands getrieben werden dürfe, und liess sich daher weitgehend auf die Pariser Linie ziehen. Andererseits dachten einflussreiche britische Politiker noch immer in den Kategorien der kollektiven Sicherheit, und auch die öffentliche Meinung forderte Massnahmen gegen Mussolini. Daraus resultierte eine überaus seltsame Politik. Einerseits sollte der Duce mit drohenden Gesten von seinem Vorhaben abgebracht oder wenigstens zu einem Kompromiss genötigt werden, der London eine klare Option zwischen Rom und Genf ersparte. Auf der anderen Seite sollte jedoch jede Drohung von Beteuerungen der Freundschaft und von Bekundungen des Verständnisses für den italienischen Standpunkt begleitet werden. Liess sich Mussolini dadurch aber nicht von seinem Ziel abdrängen, sollte die dann unvermeidliche Option für Genf in einer Form geschehen, die zwar der Völkerbundssatzung formal Genüge tat und die britische Öffentlichkeit zufriedenstellte, doch wiederum Mussolini keinen Anlass zu einem Wechsel seiner politischen Freundschaften gab. Schritte, die in die Nähe eines Krieges mit Italien führen mochten, schieden von vornherein aus⁸⁸.

Auf Grund der französisch-britischen Haltung reagierte der Völkerbund auf den italienischen Angriff wohl mit Sanktionen, aber nur mit wirtschaftlichen Sanktionen relativ harmloser Art. Der Überfall auf ein Mitglied des Bundes wurde praktisch widerstandslos hingenommen, und Genf erlitt eine vernichtende Niederlage, die das Ende der politischen Funktion des Völkerbunds be-

⁸⁷ A. Eden, Earl of Avon, Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923-1938, Köln 1964, S. 279.

⁸⁸ M. Funke, Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934/36, Düsseldorf 1970.

deutete. Als die Delegierten der Vollversammlung am 4. Juli 1936 die Einstellung der Sanktionen beschlossen, begruben sie auch den Gedanken der kollektiven Sicherheit: Europa trat unwiderruflich in eine neue Ära des internationalen Faustrechts ein. Einige Wochen vor dem Beginn des Feldzugs in Abessinien hatte Winston Churchill einer Bekannten, von der er auf einer privaten Gesellschaft gefragt worden war, warum ihn die – bereits klar erkennbaren – Pläne Mussolinis so besorgt stimmten, die Bedeutung des Vorgangs in wenigen Sätzen präzise erläutert:

«Wir haben uns bemüht, es den Nationen heutzutage, durch den Völkerbund und das ganze Geflecht des Völkerrechts, unmöglich zu machen, einander Unrecht zuzufügen. Indem er das Kaiserreich Äthiopien niederzuwerfen sucht, unternimmt Mussolini einen überaus gefährlichen und wahnwitzigen Angriff auf das ganze geschaffene Gebilde, und die Folgen eines solchen Angriffs sind noch gar nicht abzuschätzen. Wer vermag zu sagen, was daraus in einem Jahr, in zwei oder drei Jahren werden wird? Mit einem Deutschland, das in halsbrecherischem Tempo rüstet, mit einem England, das in einen pazifistischen Traum verloren ist, mit einem korrupten und im Innern zerrissenen Frankreich, mit einem distanzierenden und indifferenten Amerika – Madame, meine Liebe, zittern Sie da nicht um Ihre Kinder?»⁸⁹

Zu allem Überfluss hatten sich die Westmächte mit der Opferung des Völkerbunds keineswegs die Freundschaft Italiens erkaufte. Angesichts der wirtschaftlichen Schwächen Italiens und angesichts der militärischen Rückschläge, die das italienische Heer in der ersten Phase des Feldzugs hinnehmen musste, hatten schon die harmlosen Sanktionen, die der Völkerbund tatsächlich verhängte, Mussolini in Schwierigkeiten gebracht. Er vergass weder diese Schwierigkeiten noch die moralische Isolierung, in die er sich durch seine räuberische Politik selbst manövriert hatte, für die er aber die Opposition der Westmächte, so schwächlich und unernst sie gewesen war, verantwortlich machte. Als Paris, London und Genf endgültig vor Mussolini kapitulierten, da kapitulierten sie vor einem inzwischen gründlich verärgerten Duce. Ausserdem war Mussolini nun überzeugt davon, dass jeder weitere Zug italienischer Eroberungspolitik auf die Gegnerschaft der Westmächte treffen werde, dass der Westen jedoch keinen stärkeren Widerstandswillen mehr besitze und zur Hinnahme neuer annexionistischer Aktionen gezwungen werden könne, sofern sich Italien mit einem starken Bundesgenossen liiere. Mussolini blickte also nun erst recht nach Deutschland, dem er schon während des abessinischen Abenteuers nähergerückt war.

Bereits im Januar 1936 unternahm er einen Schritt, der die aussenpolitische Konstellation in Europa völlig veränderte. Er liess die deutsche Regierung wissen, dass er seinen seit 1933 vertretenen Standpunkt in der österreichischen Frage revidiert habe: zwar sei er noch an der Erhaltung der formellen Selbstän-

⁸⁹ Gilbert, Churchill, V, S. 666.

digkeit Österreichs interessiert, werde aber nichts dagegen einwenden, wenn Deutschland den Nachbarstaat in einen Satelliten verwandle. Am 11. Juli 1936 konnte Hitler mit der Wiener Regierung in der Tat ein Abkommen schliessen, das die Konsequenz aus Mussolinis Schwenkung zog; Österreich musste sich sowohl zu einer «deutschen» Aussenpolitik wie zur Beteiligung der österreichischen NSDAP an der Regierungsverantwortung verpflichten und war damit schon beinahe gleichgeschaltet. Zuvor hatte Mussolini praktisch bereits als Verbündeter Hitlers gehandelt, indem er dem deutschen Diktator bei der Liquidierung von Locarno und bei der Remilitarisierung des Rheinlands Flankenschutz gab⁹⁰. Hitler hatte sich in den ersten Monaten des abessinischen Konflikts noch vorsichtig zurückgehalten. Die nationalsozialistischen Führer besaßen von den Motiven der französisch-britischen Italienpolitik nur eine verschwommene Vorstellung und glaubten daher zunächst – auch ihrer eigenen Denkungsart entsprechend – an eine von imperialen Interessen diktierte harte Reaktion vor allem Grossbritanniens. So hat sich die Reichsregierung einem gegen Italien verhängten Waffenembargo sogleich angeschlossen und die deutschen Exporte nach Italien anfänglich gar nicht, später nicht wesentlich erhöht. Hitler hat in Genf sogar mitteilen lassen, dass sich Deutschland in diesem Sinne an der Sanktionspolitik des Völkerbunds beteilige. Jedoch begriff Hitler bald, dass Paris und London der italienischen Aktion nicht so energisch entgegentraten, wie er erwartet hatte. Als sich ihm dann auch noch Mussolini in der österreichischen Frage zu nähern begann, witterte er, dass sich im Schatten der abessinischen Krise plötzlich die langersehnte Chance zur Erledigung von Locarno und damit zum Ausbruch aus dem frustrierenden diplomatischen Stellungskrieg bot. So ging er jetzt auf die italienischen Avancen ein, und nach vorheriger Verständigung mit Mussolini erklärte er am 7. März 1936 den Vertrag von Locarno für erledigt und liess rund 30'000 Mann in das bislang entmilitarisierte Rheinland einmarschieren – nicht ohne, aus Furcht vor einem westlichen Gegenschlag, seinen Vertragsbruch mit Versprechungen künftigen Wohlverhaltens und mit dem Hinweis auf die nun durchaus mögliche Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund zu garnieren.

Da er – seiner oft langen strategischen und taktischen Argumentationstraden ungeachtet – mehr instinktiv als kalkuliert handelte und sich von der jeweiligen Situation stets nur ein von seiner «Weltanschauung» und von seinem Charakter bestimmtes Zerrbild zu machen vermochte, hat Hitler den Einmarsch ins Rheinland damals wie später als sein riskantestes aussenpolitisches Unternehmen angesehen. Ein Jahr später erzählte er beim Mittagessen im Kreise seiner Paladine, dass er die Rheinlandbesetzung beinahe noch im letzten

⁹⁰ E.M. Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, in: VfZ 10 (1962), S. 178-205; ders., Hitler und die Sanktionen des Völkerbundes. Mussolini und die Besetzung des Rheinlands, in: VfZ 26 (1978), S. 237-264.

Augenblick rückgängig gemacht hätte, als sich die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens bei ihm anmeldeten; doch seien die Unterredungen mit André Francois-Poncet und Sir Eric Phipps dann ganz harmlos verlaufen⁹¹. In Wirklichkeit waren seine Besorgnisse völlig unbegründet. Die Westmächte hatten durch ihre eigene Italienpolitik in der abessinischen Krise und durch die neue Deutschlandpolitik des Duce sowohl die moralische wie die politische Basis verloren, die sie für ein Vorgehen gegen Deutschland gebraucht hätten. Sie mussten – wobei sich die verantwortlichen Politiker zusätzlich noch auf die in der Tat verbreitete Abneigung der öffentlichen Meinung gegen eine Intervention und erstmals auch auf noch keineswegs gegebene militärische Schwächen beriefen – Hitlers Vertragsbruch tatenlos hinnehmen, zumal die deutsche Sünde moralisch, rechtlich und namentlich in der Sache doch geringer wog als die so leicht bestrafte italienische Sünde; schliesslich waren die deutschen Truppen nicht in ein anderes Land eingefallen, sondern lediglich, in einem immerhin verständlich erscheinenden Akt der Wiederherstellung von Souveränität, in deutsche Städte eingerückt.

Die Folgen der westlichen Passivität waren allerdings gross. Die französische Regierung hatte die Möglichkeit aus der Hand gegeben, bei östlichen Aggressionen Deutschlands rasch und relativ gefahrlos zu intervenieren. Sie hatte damit praktisch auch schon bekundet, dass Frankreich nicht länger, wie seit Kriegsende beansprucht und versprochen, als unerbittlicher Wächter des Status quo auftreten, vielmehr seine Interessen künftig enger definieren und nur noch bei einer unmittelbaren Bedrohung der französischen Sicherheit militärisch in Aktion treten werde. Die letzte Stütze der französischen Führungsposition war zerbrochen. In Warschau, Belgrad, Bukarest und selbst in Prag wurde logischerweise der Schluss gezogen, ein Arrangement mit Deutschland und folglich eine gewisse Anlehnung an Deutschland seien nun unvermeidlich geworden. Vom wachsenden wirtschaftlichen Einfluss unterstützt und angesichts der französischen Schwäche auch als Protektor gegen Sowjetrussland misstrauisch willkommen geheissen, begann Deutschland zumindest auf dem Balkan Frankreich abzulösen. Im Übrigen hatte auch Grossbritannien eine Haltung an den Tag gelegt, die deutlich zu verstehen gab, dass London gegen den Aufstieg Deutschlands zur führenden Macht des Kontinents nichts unternehmen wolle, sofern Berlin die anderen Mächte nicht zur Abwehr einer Eroberungspolitik zwingt, die eben nicht den deutschen Einflussbereich, sondern das deutsche Herrschaftsgebiet erweitern werde.

Hitler hingegen fühlte sich endlich frei. Mit der Liquidierung von Locarno waren die Fesseln des letzten multilateralen internationalen Systems abgestreift, dem Deutschland noch angehört hatte. Nach der Remilitarisierung des Rheinlands konnte in absehbarer Zeit – durch die Stationierung stärkerer Kräf-

⁹¹ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 72.

te und die Anlage moderner Befestigungen – eine militärische Rückendeckung gegen Frankreich geschaffen werden, und da es sich hierbei um eine handgreifliche Veränderung der Machtlage handelte, begriff Hitler auch, dass er der Trennung Osteuropas von den Westmächten in der Tat ein gutes Stück nähergekommen war. Aus der Londoner Passivität wiederum las er heraus, dass Grossbritannien eine deutsche Ostexpansion vermutlich tatsächlich tolerieren werde, wobei ihm erste Zweifel kamen, ob das enge und «ewige Bündnis» mit London, das er bislang als notwendige Voraussetzung angesehen und von dem er noch im Vorjahr gesprochen hatte, wirklich erforderlich sei. Dass England, entgegen seinen Erwartungen, Mussolinis Annexion Abessinien hinnahm, hatte ihm tiefen Eindruck gemacht, und so begann sich in ihm keimhaft die Vorstellung zu formen, dass er freie Hand im Osten auch schon dann bekommen könne, wenn er den Briten mit politischen Pressionen und militärischen Drohungen genügend einheize. «England ist schwach», so hiess es nun in Berlin. «Keine Weltmacht mehr. Schlappe Führung. Man weiss also in Zukunft, was davon zu halten ist.»⁹² Mit Mussolini hingegen hatte er in einer Weise zusammengearbeitet, die er als Vorstufe zu einer festen Allianz verstand. Wenn Hitler vor seinem Coup den Druck auf Berlin und die westliche Interventionsbereitschaft überschätzt hatte, so verfiel er nun in eine noch weniger realistische Überschätzung des eigenen Handlungsspielraums und der westlichen Konzessionsbereitschaft. Da er den Coup sowohl gegen den Rat des Generalstabs wie gegen die Bedenken des Auswärtigen Amts riskiert hatte und sich folglich den Durchbruch des Dritten Reiches zu der nun gegebenen internationalen Stellung aufs eigene Konto schrieb, stieg überdies sein ohnehin abnorm entwickeltes Sendungs- und Selbstbewusstsein. Die Beherrschung der schon bisher sehr ausgeprägten Neigung, Wunschbilder und die eigene Intuition dem Votum der Experten vorzuziehen, wurde ihm vollends unmöglich. Seiner Ansicht nach kam es jetzt nur noch darauf an, militärisch stärker zu werden.

Zunächst blieb ihm das Glück freilich gewogen. Alle Tendenzen, die in der abessinischen Krise und in der Rheinland-Affäre hervorgetreten waren, der Rückzug des Westens in einen ratlosen Quietismus, die Aktivitätssteigerung der beiden expansionistischen Mächte und die Anziehungskraft, die Rom und Berlin aufeinander ausübten, wurden noch verstärkt, als im Juli 1936 ein von General Franco geführter Rechtsputsch gegen die legale Madrider Regierung einen offenen Bürgerkrieg in Spanien auslöste. Frankreich und Grossbritannien konnten nicht intervenieren, da jede klare Parteinahme schwere innere Konflikte zwischen den eigenen linken und rechten Gruppen zur Folge gehabt hätte. Hingegen griffen Mussolini und Hitler sofort mit Material und Truppen zugunsten der Putschisten ein, allerdings ohne dass dabei die politische Verwandtschaft mit Franco und mit der auf Seiten der Generäle kämpfenden spa-

⁹² Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 601.

nischen Faschisten eine grössere Rolle gespielt hätte. Mussolini wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Spanien in eine gewisse Abhängigkeit von Italien zu bringen und dem faschistischen Imperialismus eine bessere strategische Position im westlichen Mittelmeer – durch Franco abgepresste militärische Stützpunkte – zu verschaffen. So rückte auch Tunis in Reichweite, zumal italienische Stützpunkte in Spanien eine generelle Verschlechterung der strategischen Lage Frankreichs zu bedeuten schienen, weil sie die Chance eröffneten, im Kriegsfall Frankreich vom französischen Nordafrika abzuschneiden. An solchen Ambitionen zerbrach aber notwendigerweise auch noch der Rest der italienisch-französischen Freundschaft, die Pariser Politiker wie Laval so mühsam durch den abessinischen Konflikt zu retten gesucht hatten, und die Kampfansage an Frankreich manövrierte Mussolini ausserdem in eine Situation, in der sich das Bündnis mit Berlin aus einer verlockenden und bislang erst zum Flirt gediehenen Möglichkeit in eine bare Notwendigkeit verwandelte, wenn die völlige Isolierung Italiens und ein schmachvoller Abbruch der Intervention verhindert werden sollte.

Eben deshalb war Hitler am italienischen Engagement in Spanien brennend interessiert⁹³. Sein Hauptgrund für eine deutsche Intervention war gewiss die Überzeugung, dass ein Fehlschlag des rechten Aufstands den linken Kräften in ganz Europa – womöglich auch in Deutschland – enormen Auftrieb geben würde. Hitler rechnete sogar damit, dass den im Regierungslager stehenden spanischen Kommunisten bei einer Niederwerfung der Rebellion die Macht zufallen müsse und dass dann die kommunistische Welle sogleich über die Pyrenäen schlagen werde, Frankreich ebenfalls die Bolschewisierung bescheidend; er glaubte tatsächlich, dass es sich bei dem französischen Sozialistenführer Leon Blum, damals in Frankreich Ministerpräsident einer Volksfrontregierung, um einen «bewussten Agenten der Sowjets» handle, um einen «Zionisten und Weltzerstörer»⁹⁴. Nun hatte der «Führer» gegen eine geschehene oder unmittelbar drohende Bolschewisierung Frankreichs grundsätzlich gar nichts einzuwenden; gerade Mitte der dreissiger Jahre erhoffte er sich ja von einer solchen Krise im westlichen Nachbarstaat den grossen Anlass für das umfassende «ordnungstiftende» Eingreifen Deutschlands auf dem europäischen Kontinent. Doch erst in ein paar Jahren. Im Augenblick war das Reich dafür militärisch noch zu schwach, weshalb man, wie er am 2. Dezember 1936 in einer Kabinettsitzung sagte, nur wünschen könne, «dass Krise vertagt wird, bis wir fertig sind». Derzeit komme es in erster Linie auf die Aufrüstung an, bei der Geld keine Rolle spielen dürfe: «Denn in der Krise entscheiden die Waffen,

⁹³ W. Schieder / Ch. Dipper (Hrsg.), *Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik 1936-1939*, München 1976; H.-H. Abendroth, *Die deutsche Intervention im Spanischen Bürgerkrieg*. Ein Diskussionsbeitrag, in: *VfZ* 30 (1982), S. 117-129.

⁹⁴ *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 2, S. 743.

nicht gedeckte oder ungedeckte Wechsel.»⁹⁵ Daneben aber diente die deutsche Unterstützung Francos in Hitlers Augen nicht zuletzt dem Zweck, einen Krieg zu fördern, der ihm Italien in die Arme treiben musste.

Bald durfte er auch den Gewinn seiner Spekulation einstreichen. Am 20. Oktober 1936 kam Graf Ciano, Schwiegersohn Mussolinis und italienischer Aussenminister, nach Berlin, wo er mit Hitler, der jetzt auch die italienische Herrschaft in Abessinien offiziell anerkannte, eine enge politische Zusammenarbeit vereinbarte, die jeweiligen Expansionsräume – Mittelmeer und Osteuropa – absteckte und dem deutschen Diktator versicherte, Italien werde auch bei der Vorbereitung eines Krieges an seiner Seite stehen. Mussolini selbst verkündete am 1. November 1936 die Existenz einer «Achse» Rom-Berlin. Diese neue Partnerschaft ist nicht als Bündnis alten Stils, sondern als Ausdruck ideologisch-politischer Solidarität präsentiert worden. Tatsächlich lief sie auf eine gemeinsame Kriegserklärung an den Status quo hinaus, die das gestiegene Selbstvertrauen von «Duce» und «Führer» deutlich genug dokumentierte. Die Regierungen der Westmächte konnten aber nicht einmal gegen die italienisch-deutsche Intervention in Spanien etwas unternehmen, da auch dies eine Teilnahme im Bürgerkrieg bedeutet und daher in den westlichen Ländern innenpolitische Krisen heraufbeschworen hätte; auch wäre die Gefahr eines grossen europäischen Konflikts grösser geworden. Im Übrigen schlug sich das stalinistische Russland, das gerade in die Ära der jeder rationalen Erklärung spottenden «Säuberungen» eintrat und dem europäischen Bürgertum wie auch einem erheblichen Teil der europäischen Arbeiterschaft mehr denn je als unheimliche Bedrohung erschien, auf die Seite der Madrider Regierung und sicherte damit auch in den westeuropäischen Ländern der italienisch-deutschen Hilfe für Franco eine gewisse und manchmal zum Wohlwollen gesteigerte Toleranz.

Die Wandlung der internationalen Lage ermunterte die nationalsozialistischen Führer Deutschlands alsbald auch zu einer ersten Übung in «Weltpolitik», worunter sie aber, anders als der klassische und ordinäre Imperialismus deutschnationaler Gruppen, zunächst nicht den Versuch verstanden, mit dem Erwerb von Kolonien in Übersee Fuss zu fassen, sondern vorerst nur eine weltweite Bündnispolitik, die Deutschlands Stellung in Europa stärken und den Übergang zur Expansion auf dem europäischen Kontinent erleichtern sollte. So schlossen sie am 25. November 1936 einen Vertrag mit Japan, der in seinem veröffentlichten Teil Tokio und Berlin zur Bekämpfung der Komintern verpflichtete und deshalb Antikominternpakt getauft wurde, der jedoch in einem geheimen Zusatzprotokoll wohlwollende Neutralität vorschrieb, falls einer der Vertragspartner mit Russland Zusammenstossen sollte, und den beiden Mächten freundschaftliche Vereinbarungen mit Moskau praktisch verbot. Das Abkommen war auf deutscher Seite fast ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amtes zustande gekommen und im Wesentlichen – natürlich unter dem wachsamen

⁹⁵ Ebenda.

Auge des «Führers» – das Werk Joachim v. Ribbentrops, der seit 1932, als er sich der NSDAP angeschlossen und sich Hitler durch gesellschaftliche Beziehungen nützlich gemacht hatte, zum Spezialisten für spezifisch nationalsozialistische Aussenpolitik aufgestiegen war; als Leiter der NSDAP-offiziellen «Dienststelle Ribbentrop» hatte er massgeblichen Anteil am deutsch-britischen Flottenabkommen gehabt, und im Sommer 1936 war er zum Botschafter des Reiches in London ernannt worden, ohne jedoch auf die Leitung der «Dienststelle» und auf seine Sonderrolle als «nationalsozialistischer» Aussenpolitiker in der Umgebung des «Führers» zu verzichten⁹⁶. Seine Partner auf japanischer Seite waren Repräsentanten jener quasi-faschistischen Heeresoffiziere, die seit Jahren einen grossostasiatischen – keineswegs auf die Mandchurei beschränkten – Imperialismus Japans forderten. Der Pakt mit der nach «Italien und Deutschland dritten faschistischen Grossmacht der Welt», wie Karl Haushofer im «Völkischen Beobachter» schrieb, hatte denn auch den Sinn, neben den Territorien am Mittelmeer und neben Osteuropa einen weiteren Grossraum, eben Ostasien, für Expansion abzustecken und eine gewisse Koordination der japanischen Aggressivität mit den europäischen Imperialismen zu erreichen. Allerdings sollte es nie zu einer planmässigen Zusammenarbeit kommen. Aber die Proklamierung der deutsch-japanischen Solidarität machte doch auf die interkontinentale Wechselwirkung aufmerksam, die allein schon von der Existenz eines europäischen und eines asiatischen Zentrums expansionistischer Aktivität ausging. Der Pakt wirkte zudem als ausdrückliche Erklärung, dass Deutschland und Japan diese Ergänzungsfunktion, die das gegnerische Lager zur Zersplitterung der Mittel und zu einer unentschlossen – nachgiebigen Politik verleiten musste, künftig bewusst zu benutzen gedachten. Drückte Japan, durch die deutsche Rückendeckung ermutigt, noch stärker als bisher auf die asiatischen Interessen Russlands und Grossbritanniens, so mochte, wie Hitler hoffte, die Sowjetunion in Europa angreifbarer und England den deutschen Wünschen gefügiger werden⁹⁷.

In der politischen Realität erhielt das Abkommen freilich einen ausgesprochen antibritischen Effekt. Die japanischen Imperialisten nahmen die Entlastung, die sie nach der nun anscheinend gegebenen Einschränkung der sowjetischen Handlungsfreiheit zu spüren meinten, zum Anlass, Vorstösse in jene Richtung zu unternehmen, wo ihre eigentlichen Ziele lagen, China und praktisch ganz Südostasien, wo sie aber sogleich auf britische, holländische und amerikanische Interessen trafen, wo erst recht ihre weiteren Ambitionen als unerträgliche Herausforderung des Commonwealth und der USA erschienen.

⁹⁶ W. Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980.

⁹⁷ L. Presseisen, Germany and Japan. A Study in Totalitarian Diplomacy 1933-1941, Den Haag 1958; Th. Sommer, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940, Tübingen 1962.

Nachdem japanische Truppen am 7. Juli 1937 in China selbst eingefallen waren und sich bald in offensichtlich langwierige Kämpfe verstrickt hatten, stand fest, dass Japan einen Expansionskurs gewählt hatte, der geradewegs zum Zusammenstoss mit den grossen Seemächten führen, dem japanisch-sowjetischen Gegensatz hingegen einen wesentlichen Teil seiner Schärfe nehmen musste; seit der Bindung in China war die japanische Armee zu einem grossen Konflikt mit einer anderen bedeutenden Landmacht ohnehin nicht mehr fähig. Dass der Antikominternpakt also in Wirklichkeit die aussenpolitische Gesamtlage der Sowjetunion verbesserte und namentlich den Druck auf Grossbritannien erhöhte, ist aber in Berlin gar nicht ungerne gesehen worden. Hitler war der Meinung, dass man in London überseeischen Interessen grössere Bedeutung beimesse als Vorgängen auf dem europäischen Kontinent, und so hielt er die Aufstachelung Japans für besonders geeignet, England anderweitig zu binden und der britischen Bereitschaft zur Tolerierung der deutschen Expansion nachzuhelfen. Der korrespondierende Bedeutungsverlust des japanisch-sowjetischen Gegensatzes ist ihm offenbar nie bewusst geworden, und dass eine Zusammenarbeit mit Japan neben der Feindschaft Englands die Mobilisierung der USA auch gegen Deutschland als Zukunftsmöglichkeit heraufbeschwor, hat er erst recht nicht erkannt. So ist es von der nationalsozialistischen Führung sogar als Erfolg gewertet worden, dass sich die antibritischen Aspekte der Verbindung mit Japan noch deutlicher abzeichneten, als am 6. November 1937 das «weltpolitische Dreieck» Berlin-Rom-Tokio entstand und mit Italien dem Antikominternpakt ein Staat beitrug, den ausser der ideologischen Differenz keine konkrete politische Streitfrage von der Sowjetunion trennte, den jedoch Mussolinis mediterrane Ehrgeiz auf antifranzösische und antibritische Wege gebracht hatte. «Theoretisch antikommunistisch, doch tatsächlich unmissverständlich antibritisch», charakterisierte Graf Ciano den Sinn des «Dreiecks», und er hat auch festgehalten, dass der Antikominternpakt, wie schon die Achse Berlin-Rom, über engere diplomatische Zwecke hinaus vor allem eine grundsätzliche Kampfansage an den Status quo darstellte. «Die Nationen», so notierte er zum italienischen Beitritt in seinem Tagebuch, «betreten gemeinsam den Pfad, der sie vielleicht zum Kriege führt. Zu einem Kriege, der notwendig ist, um die Kruste zu durchbrechen, die die Energie und die Bestrebungen der jungen Nationen erstickt.»⁹⁸ Am 11. Dezember 1937 verliess auch Italien den Völkerbund.

Mit alledem geriet Hitler rasch in eine Stimmung, die ihn Abkürzungswege zum Krieg suchen liess. Bereits im November 1936 begann er davon zu träumen, dass die Aufrüstung, in die er «märchenhafte Summen» hineinsteckte, schneller die gewünschten Resultate zeitigen und ihn früher zum Handeln in stand setzen werde als noch vor ein oder zwei Jahren erwartet:

⁹⁸ Graf G. Ciano, Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949, S. 39.

«1938 sind wir ganz fertig.»⁹⁹ Im Lauf des Jahres 1937 sprach er immer häufiger davon, dass in absehbarer Zukunft eine grosse Auseinandersetzung – ein «Weltkampf» – kommen werde, die ihm dann die Liquidierung des Westfälischen Friedens erlaube¹⁰⁰. Zugleich beschwor er wieder des Öfteren die deutsche «Raumnot», die es zu beheben gelte, und zwar tat er das auch in aller Öffentlichkeit, so Anfang Oktober 1937 auf dem Bückeburger Bauerntag. «Die Bauern sind begeistert», kommentierte Goebbels¹⁰¹. Im Kreise seiner Vertrauten machte der «Führer» in solchen Zusammenhängen kein Hehl mehr daraus, dass ihn nun die Frage bewege, ob die zur Realisierung seines Programms erforderliche Zwischenphase, in der Deutschlands Grenzen und Deutschlands politischer Einfluss unmittelbar an die baltische und russische Beute heranzuschieben waren, nicht schon demnächst eingeleitet werden dürfe: Die Gegensätze zwischen Italien und den Westmächten, die wachsende Abhängigkeit Italiens von Deutschland, Japans Konflikte mit der Sowjetunion und mit den Seemächten, die Koordinierung der beiden europäischen Imperialismen mit dem ostasiatischen Imperialismus, schliesslich die inneren Krisen, unter denen Verteidiger des Status quo wie Frankreich litten – in einer politischen Landschaft, aus der die kollektive Sicherheit wieder eliminiert war und an deren Rand der Völkerbund nur noch ein Schattendasein fristete, mochten das Faktoren sein, die es Deutschland trotz einer gewiss immer noch mangelhaften Rüstung gestatteten, einige Russland vorgelagerte Staaten bereits jetzt «so oder so fest in unsere Hand» zu nehmen, wie eine interne Interpretation besagte. Konkret bedeutete das: Hitler warf von Monat zu Monat begehrliehlichere Blicke auf die Tschechoslowakei und auf Österreich. «Beide müssen wir haben», hiess es im März 1937¹⁰², und Goebbels notierte damals: «Diese Tschechen haben mit Recht eine Judenjugenangst.»¹⁰³ Wenige Monate später prophezeite Hitler, dass er «in Österreich ... tabula rasa machen» werde, und zwar «mit Gewalt», dass ferner «die Tschechei ... überrannt» werden müsse. Mit höhnischer Befriedigung schrieb Goebbels in sein Tagebuch: «Arme Tschechei. Sie wird in näherer und weiterer Zukunft nichts zu lachen haben.»¹⁰⁴ In einer Besprechung, die am 5. November 1937 in der Reichskanzlei stattfand, hat der «Führer» dann seinen engsten aussenpolitischen und militärischen Gehilfen in aller Deutlichkeit gesagt, dass er als erste Objekte seiner «Raumpolitik» die Tschechoslowakei und Österreich einzuverleiben gedenke – vielleicht bereits 1938¹⁰⁵.

⁹⁹ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 726 f.

¹⁰⁰ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 45, 55.

¹⁰¹ Ebenda, S. 138, 288.

¹⁰² Ebenda, S. 79.

¹⁰³ Ebenda, S. 65, 223, 266.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 307.

¹⁰⁵ B.J. Wendt, *Grossdeutschland. Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1987, S. 11 ff.

Dass Hitler ebenfalls ein Abessinien fordern werde und dass darunter mindestens die bekannten Ansprüche des deutschen Revisionismus zu verstehen seien, ist denn auch überall in Europa erwartet worden. Aber anders als 1914 wäre Europa diesmal tatsächlich bereit gewesen, die Realisierung begrenzter territorialer Wünsche Berlins und eine weitgehende Ausbreitung der wirtschaftlich-politischen Einflüsse Deutschlands auf dem Kontinent zu tolerieren. Entscheidend war dafür die Haltung Grossbritanniens, das selbst angesichts steigender deutscher Forderungen darauf beharrte, eine Verständigung mit Hitler zu suchen. Allerdings besass Grossbritannien, wenn es nicht von der Macht der USA gestützt wurde, in der Tat nicht mehr die Kraft, sowohl Japan wie den aggressiven Staaten Europas entgegenzutreten, und in den USA dominierte noch immer die Abneigung gegen eine Verstrickung in ferne Händel. Kurz vor dem Höhepunkt der abessinischen Krise, am 31. August 1935, nahm der amerikanische Kongress sogar eine Neutralitäts-Akte an, die es dem Präsidenten unmöglich machte, im Kriegsfall einen angegriffenen Staat wirtschaftlich und politisch zu bevorzugen oder den Angreifer zu benachteiligen. Nicht einmal der japanische Vormarsch in China rüttelte die öffentliche Meinung genügend auf. Der amerikanische Isolationismus lieferte mithin England einen gewichtigen Grund, in Europa mit Italien und Deutschland wenigstens einen *modus vivendi* finden zu wollen.

Allerdings hatten die meisten Briten – auch die Politiker der Dominions – die amerikanische Selbstgenügsamkeit als Grund ihrer Neigung zum europäischen Appeasement gar nicht nötig und benutzten sie allenfalls als plausible Rechtfertigung der eigenen Haltung. Nach wie vor weigerte sich die überwältigende Mehrheit der britischen Bevölkerung, einen neuen Krieg ins Auge zu fassen und einer den Krieg immerhin nicht mehr ganz ausschliessenden Politik zu folgen; anders als in Deutschland und Italien, wo beträchtliche Teile der Nationen, national bis nationalistisch empfindend, doch wesentlich kriegsbe-reiter waren als die entsprechenden französischen und britischen Schichten, wo weitere Gruppen sich von der Propaganda der Regime wenigstens betäuben liessen und oppositionelle Reste sich politisch völlig ausgeschaltet sahen, zog in England die Abneigung gegen den Krieg dem aussenpolitischen Spielraum der Regierung in der Tat enge Grenzen. Überdies amtierte seit Mai 1937 ein Premierminister, der geradezu die Personifizierung des britischen Friedenswillens war. Neville Chamberlain, ein Stiefbruder Sir Austen Chamberlains, des Aussenministers der Locarno-Periode, hatte weder für Diktaturen noch für Diktatoren etwas übrig¹⁰⁶. Jedoch betrachtete er die Verhinderung eines abermaligen europäischen Krieges als eine Aufgabe, die allem anderen vorangehen müsse, im wahrsten Sinne des Wortes als eine Mission, und er betrachtete diese Aufgabe ausserdem als eine von Gott ihm persönlich aufgetragene Mission, in

¹⁰⁶ K. Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, London 1946.

deren Dienst er sein ganzes – zuletzt als erfolgreicher Schatzkanzler erworbenes – politisches Prestige ebenso stellte wie seine beträchtliche Energie und einen gegen Zweifel oder kritische Argumente weitgehend immunen Starrsinn. Da er Sendungs- und Selbstbewusstsein mit einem starken Machtwillen verband und genau im Schnittpunkt der Wünsche einer klaren Majorität sowohl der Bevölkerung wie ihrer politischen Repräsentanten stand, gelang es ihm auch, während seiner missionarischen Aktivität die von ihm geführte Konservative Partei einer fast schon autokratischen Herrschaft zu unterwerfen und lange Zeit exakt auf der von ihm verfolgten Linie zu halten. Voraussetzungen des Chamberlainschen Appeasement waren die Überzeugung, dass im Grunde doch auch Hitler und Mussolini rationale Staatsmänner seien, die saturiert werden könnten, und die Entschlossenheit, bei der Saturierung der beiden Diktatoren auch schwerste Opfer zu bringen. Chamberlain liess sich nicht einmal durch die Erkenntnis abschrecken, dass die passive Toleranz der britischen Regierung keinesfalls genügen werde, eine friedliche Erfüllung der deutschen und italienischen Ansprüche zu sichern. Vielmehr war klar, dass Frankreich zur gleichen Toleranz veranlasst werden musste und dass dies wiederum nur möglich war, wenn die diversen französischen Bündnisverpflichtungen nicht in Kraft zu treten brauchten, wenn mithin London und Paris die osteuropäischen Klientelstaaten Frankreichs, an die sich deutsche Forderungen richteten, zur Konzessionsbereitschaft zwangen.

Vier Faktoren erleichterten es Chamberlain, seiner unbezweifelbaren Friedensliebe nachzugeben. Er vermochte – in der Tradition Lloyd Georges und Austen Chamberlains stehend – kein besonderes britisches Interesse an Ost- und Südosteuropa zu erkennen. Ferner hinderte ihn eine tief eingewurzelte Abneigung gegen den Kommunismus wie gegen die Sowjetunion vorerst daran, ein Bündnis mit Moskau zu suchen, das den Ausfall der USA hätte ersetzen können; die Abneigung verführte ihn sogar zu der Erwartung, die Zusammenarbeit mit dem immerhin antikommunistischen Dritten Reich werde dazu beitragen, bolschewistischen Expansionsgelüsten einen Riegel vorzuschieben; als Resultat seiner Politik erhoffte er sich ohnehin ein Kollegium der europäischen Grossmächte England, Italien, Frankreich und Deutschland, das nach dem Zerfall der kollektiven Sicherheit Europa führen, den Frieden garantieren und die Sowjetunion aussperren sollte. Drittens war er – wie ein beträchtlicher Teil der britischen Führungsschicht – von der Sorge beeinflusst, die Anstrengung eines neuen Krieges werde die britische Gesellschaft unweigerlich zu einer sozialistischen Umgestaltung führen. Schliesslich kam ihm, wenn er Mussolini und Hitler als rationale Männer und blosse Revisionspolitiker einschätzte, wenn er dazu noch die Befriedigung der Revisionswünsche als für Grossbritannien unbedenklich ansah, zugute, dass seine Kenntnis der kontinentaleuropäischen Verhältnisse bescheiden war und er sowohl von der Natur wie vor allem auch von den Folgen aussenpolitischen Handelns und

ausenpolitischer Prozesse keine zulängliche Vorstellung besass. Hingegen war Chamberlain frei von der Absicht, Deutschland gegen die Sowjetunion zu lenken oder Hitler wenigstens freie Hand im Osten zu geben. Er wollte dem nationalsozialistischen Deutschland die Revision der einen oder anderen territorialen Bestimmung des Versailler Vertrags zugestehen und verschaffen, nicht etwa eine uferlose Eroberungspolitik erlauben, bei der ja Grossbritannien selbst die Abhängigkeit vom Dritten Reich drohen musste.

Die Konzeption Chamberlains, der natürlich die militärische Schwäche Englands ebenfalls berücksichtigte und gegen seine zunächst wenig zahlreichen Kritiker gerne als Argument benützte, war gewiss von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da Hitlers Kriegslust und Expansionsdrang eben nicht saturiert werden konnten, vielmehr durch jeden Erfolg und auch durch die permanente Aggressivität der NS-Bewegung ständig angeheizt wurden. Mehr noch: die Appeasement-Politik musste Hitler eine Weile lang Gewinne bescherehen, aus denen das Dritte Reich laufend Zunahmen seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kraft zog. Wer also der Meinung war, dass der Waffengang mit dem nationalsozialistischen Deutschland unvermeidlich sei, verfolgte naturgemäss mit wachsendem Horror eine Politik, die den künftigen Feind zunächst immer noch formidabler machte. Auf der anderen Seite ging die Appeasement-Politik von einer überzeugenden moralischen Motivation aus, anfänglich auch von einem immerhin vertretbaren politischen Kalkül. Auch vollbrachte die Chamberlainsche Politik eine wichtige – freilich gänzlich unbeabsichtigte – Leistung: sie entlarvte Hitler. Ohne eine Periode der Konzessionen wäre der Welt für den unausweichlichen Konflikt nie die Gewissheit gegeben worden, dass es Hitler eben nicht um Revision ging, sondern zumindest um die Verwirklichung des in «Mein Kampf» formulierten Programms und offenbar noch darüber hinaus um eine nicht mehr geographisch bestimmbare Machterweiterung. Jahre später, im August 1940, als Grossbritannien dem in Frankreich siegreichen Hitler allein gegenüberstand, hat John Colville, Sekretär erst Chamberlains und dann Churchills, die Bemerkung eines Kollegen festgehalten, erst die Appeasement-Politik und ihr Scheitern hätten das Land gegen Hitler und das nationalsozialistische Deutschland geeint; ohne diese Voraussetzung wäre sicherlich eine starke Antikriegspartei entstanden¹⁰⁷. In solcher Sicht konnte es in Kauf genommen werden, dass Chamberlain dem deutschen Diktator für den Versuch, Europa zu unterwerfen, zu einer günstigeren Ausgangsposition verhalf.

Zunächst fiel Hitler Österreich zu, allerdings auf eine Weise, die kaum Rückschlüsse auf seine wahren Ziele erlaubte und daher die Appeasement-Politik noch nicht ernstlich auf die Probe stellte¹⁰⁸. Das autoritäre Regime Kurt v. Schuschniggs, der dem 1934 ermordeten Dollfuss gefolgt war, hatte, ob-

¹⁰⁷ Colville, *The Fringes of Power*, S. 232.

¹⁰⁸ J. Gehl, *Austria, Germany and the Anschluss*.

schon strukturell zur Teilung der Macht unfähig, nach dem im Juli 1936 mit Hitler geschlossenen Abkommen den österreichischen Nationalsozialisten grösseren Spielraum geben müssen, einer Bewegung also, die ihrer Natur nach ebenfalls die ganze Macht beanspruchte. Die Folge war ein permanenter Konflikt, der lediglich Waffenstillstände zuliess, die von beiden Seiten wenig respektiert wurden, und um die Jahreswende 1937/38 entwickelte sich eine Situation, die der von 1933/34 glich. Hitler stand vor der Wahl, entweder zu intervenieren oder seine Anhänger ein zweites Mal im Stich zu lassen. Angesichts der völlig veränderten Gesamtlage kam für ihn ein neuerlicher Rückzug nicht mehr in Frage. Nach Verlautbarungen britischer Politiker durfte er ausserdem auf die Inaktivität Englands rechnen, und Mussolini hatte, als er im September 1937 Deutschland besuchte, erklärt, dass er nun auch zur Billigung einer deutschen Intervention in Österreich bereit sei. Im Übrigen war Hitler klar geworden, dass ein rascher Erfolg gegen die Tschechoslowakei – gegen das in seinen Augen strategisch wichtigere Ziel – durch die Verfügbarkeit Österreichs wesentlich erleichtert werden musste, weil dies die Umgehung des tschechischen Befestigungsgürtels gestattete, der lediglich die Grenzen nach Deutschland deckte. Trotzdem hat sich Hitler anfänglich noch für ein paar Monate offenbar damit begnügen wollen, der österreichischen NSDAP mit massivem politisch-militärischen Druck – so am 12. Februar 1938 durch die brutale Einschüchterung Schuschniggs, als der österreichische Regierungschef mit dem «Führer» auf dem Obersalzberg zusammentraf – zur Macht zu verhelfen und ihr die Gleichschaltung Österreichs zu ermöglichen. Als Schuschnigg während des erfolgreich eingeleiteten Gleichschaltungsprozesses doch wenigstens insofern Widerstand zu leisten suchte, als er eine Volksabstimmung ansetzte, die durch ein entsprechendes Bekenntnis einer Mehrheit der Österreicher immerhin die formale staatliche Selbständigkeit Österreichs sichern sollte, entschloss sich Hitler aber rasch zur militärischen Besetzung des Landes, die in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 begann und Österreich am 13. März in eine Provinz Deutschlands verwandelte. Von einem beträchtlichen Teil der österreichischen Bevölkerung, der einen lange gehegten Traum der deutschen Nationalbewegung erfüllt sah, jubelnd begrüsst, schafften die einrückenden Truppen freilich auch jenen Organen des NS-Staates freie Bahn, die sogleich, von den österreichischen Nationalsozialisten eifrig unterstützt, ein wahres Schreckensregiment gegen alle politisch Missliebigen, von den Sozialisten bis zu den Katholiken, errichteten und eine beispiellos brutale Judenverfolgung inszenierten; Kurt v. Schuschnigg verschwand ebenfalls in den Haftanstalten des Regimes.

Wenn Hitler über Aussenpolitik sprach, gebrauchte er bezeichnend häufig Wendungen aus dem Jargon des Glücksspiels. Anfang Februar 1934 hatte er in einer Rede vor den Spitzenfunktionären seiner Partei sogar verlangt, dass der ganzen deutschen Nation jene «Spielerleidenschaft» eingepfht werden müsse, die er als notwendige Eigenschaft eines Aussenpolitikers von Geblüt

ansah¹⁰⁹. Auch nach dem österreichischen Erfolg verhielt er sich wie ein Spieler, der den Einsatz und den gesamten Gewinn sogleich auf den nächsten Bacherwurf setzt. Er dachte gar nicht daran, nun erst die österreichische Beute zu verdauen und das zwar nicht überraschte, aber indignierte und vor allem ängstlich gewordene – doch erwartungsgemäss völlig passiv bleibende – Europa wieder etwas zur Ruhe kommen zu lassen. Er wollte keinen Grund dafür erkennen, das zusammen mit Österreich längst ins Visier genommene zweite Opfer, die Tschechoslowakische Republik, noch eine Weile zu verschonen. Allerdings war die Zeit der fast blinden Wagnisse (Rheinlandbesetzung) und der fast zufälligen Triumphe (Österreich) vorbei. Deutschland nahm jetzt eine Stellung ein, die im Grunde bereits stärker war als 1914 die Position des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie zusammen, da die Staaten Ost- und Südosteuropas nicht mehr, wie damals, die Freiheit hatten, durch gelegentliche Anlehnung an Russland eine Schaukelpolitik zwischen der östlichen Grossmacht und Mitteleuropa zu treiben; das bolschewisierte Russland war doch ein viel gefährlicherer Freund als das zaristische. Die ost- und südosteuropäischen Politiker mussten, wie immer sie über Hitler und Deutschland denken mochten, ihren aussenpolitischen Orientierungspunkt in Berlin suchen. Auch Ungarn, wo lange Zeit das Wort Mussolinis grösstes Gewicht gehabt hatte, befand sich jetzt im deutschen Machtbereich und geriet – trotz des aus Stolz wie aus Vorsicht resultierenden Widerstrebens der Budapester Führer – zunehmend unter deutsche Vormundschaft; im Übrigen wussten die ungarischen Politiker sehr genau, dass Hitler nun in einer Lage war, in der er, anders als bisher Mussolini, die Erfüllung der revisionistischen Ansprüche Ungarns tatsächlich verheissen konnte. Im vollen Bewusstsein dieser beinahe schon hegemonialen Stellung war Hitler nicht mehr geneigt, auf eine irgendwann einmal auftauchende günstige Gelegenheit zur Improvisierung seines nächsten Coups zu warten, vielmehr sollte dieser im Rahmen eines genau kalkulierten Zeitplans sorgfältig inszeniert werden¹¹⁰.

Drei «operative» Grundgedanken für das Vorgehen gegen die Tschechoslowakei hatte sich Hitler noch vor der österreichischen Krise einfallen lassen und gleich auch die Verwirklichung in die Wege geleitet. Von Mussolini, der 1935 der Welt einzureden versucht hatte, dass in Abessinien finsterste Barbarei herrsche und Italien einfach gezwungen sei, dem Land die Zivilisation zu bringen, übernahm er die Technik, das Opfer in den Augen Europas zu diskreditieren. Bereits im Herbst 1937 erhielten Presse, Rundfunk und Diplomatie den Auftrag, die europäische Öffentlichkeit – und damit zugleich die Deutschen selbst – davon zu überzeugen, dass Prags bündnispolitische Verbindung mit Paris, mit Moskau und mit der Kleinen Entente eine dreiste, ja unerträgliche Bedrohung des Deutschen Reiches darstelle, dass die CSR angesichts ihrer bunten

¹⁰⁹ Akten des Hauptarchivs der NSDAP, Hoover Instituion, Reel 54, folder 1290.

¹¹⁰ T. Taylor, Munich, S. 377 ff.

Nationalitätenkarte ohnehin eine Fehlleistung der Pariser Friedensmacher gewesen sei und sich auf Grund der – unbestreitbaren – Versäumnisse ihrer Nationalitätenpolitik auch seither nicht die Berechtigung zur staatlichen Existenz erworben habe, dass insbesondere die Lage der deutschen Bürger dieses Landes an Knechtschaft grenze und häufig genug sogar durch brutale Verfolgung charakterisiert werde. Bereits im Oktober 1937 notierte Goebbels befriedigt: «Kampagne gegen Prag geht unentwegt weiter. Nun horchen London und Paris schon auf.»¹¹¹ Ferner glaubte Hitler, die Lokalisierung einer Aktion gegen die CSR nicht allein durch die moralisch-politische Isolierung Prags sichern zu müssen, sondern auch noch durch die Internationalisierung der kommenden Krise, d.h. durch das Anheuern von Komplizen. Noch im November und Dezember 1937 setzten Versuche ein, Polen gegen die CSR zu gewinnen, und im Januar 1938 warb Hitler selbst um Jugoslawien, also um ein Mitglied der «Kleinen Entente»; entsprechende Winke gingen erst recht an Ungarn. Zum Höhepunkt einer Tschechen-Krise schliesslich, der dann den Anlass zur deutschen und internationalen Intervention und Invasion zu liefern hatte, sollte die allmähliche Zuspitzung einer innenpolitischen Krise der Republik führen, und dafür gedachte Hitler die Sudetendeutschen in einer ähnlichen Rolle agieren zu lassen, wie sie in Österreich die dortige NSDAP gespielt hatte. Tatsächlich hatte sich von 1933 bis 1938 die Mehrheit der Sudetendeutschen in einer Partei organisiert, die zwar – bei ihrer Gründung Sudetendeutsche Heimatfront getauft und 1935 in Sudetendeutsche Partei umbenannt – ursprünglich eine am Ziel der Autonomie orientierte nationale Sammlungsbewegung gewesen war, aber im Lauf weniger Jahre so viele faschistische und nationalsozialistische Elemente an sich gezogen und hervorgebracht hatte, dass sie nun durchaus zum Instrument für die Pläne Hitlers taugte; die Gründe lagen – von den Faktoren abgesehen, die in allen Gliedern der deutschen Nation zum Rechtsextremismus geführt hatten – im harten und seit 1918 von Prag oft kleinlich und rücksichtslos ausgefochtenen deutsch-tschechischen Nationalitätenkonflikt, in den Nöten der auf den Sudetengebieten besonders schwer lastenden Wirtschaftskrise, im Beispiel der reichsdeutschen Entwicklung und in zielbewusster reichsdeutscher Einwirkung auf die SdP. Konrad Henlein – an der Spitze der SdP die in der Realität auch mögliche hausbacken-biedere Spielart des faschistischen Massenführers – geriet jedenfalls seit 1935 mehr und mehr in ideologische, politische und finanzielle Abhängigkeit von Berlin, und im Dezember 1937 war die Gleichschaltung der SdP praktisch vollendet.

Kaum von den lärmenden Wiener Anschlussfeiern zurückgekehrt, machte sich dann Hitler – nun auch die Verbesserung der strategischen Lage vor Augen, die ihm die Annexion Österreichs gegenüber der CSR verschafft hatte –

¹¹¹ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 308.

energisch daran, die internationale Spannung um Prag und den innenpolitischen Konflikt in der CSR zu forcieren und die Manipulation beider Krisen so zu kalkulieren, dass ihr Höhepunkt und der Termin des deutschen Angriffs schon für den Frühherbst 1938 vorgesehen werden konnten. Dem diene eine abermalige Intensivierung der antitschechischen Propaganda, dem diene die am 28. März 1938 Henlein erteilte Weisung Hitlers, von der Prager Regierung «immer so viel zu fordern, dass wir nicht zufrieden gestellt werden können»¹¹², dem diene eine zunehmend deutlichere deutsche Sprache in Warschau wie in Budapest und dem diene zumal die jetzt ebenfalls konkretisierte militärische Planung. Seit dem 7. Dezember 1937 im Besitz eines militärpolitisch und operativ offensiven Aufmarschplans für den Krieg gegen die Tschechoslowakei («Fall Grün»), nachdem das Reichskriegsministerium die bislang defensive Weisung an die Wehrmacht auf Grund der Hitlerschen Darlegungen vom 5. November entsprechend bearbeitet hatte, begann sich Hitler im Frühjahr 1938 intensiv mit den militärischen Details zu beschäftigen. Wohl sagte er kurz nach der Erledigung des österreichischen Problems, dass es ihm mit der Lösung der tschechoslowakischen Frage «nicht eilig» sei¹¹³, doch war er ja ein Mann, bei dem «nicht eilig» meist mit «erst in ein paar Monaten» übersetzt werden musste. Am 21. April konferierte er jedenfalls mit General Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) – so hiess das Kriegsministerium, seit Hitler am 4. Februar Minister Werner v. Blomberg verabschiedet und persönlich den Oberbefehl über die Wehrmacht übernommen hatte –, bereits über den Anlass eines Angriffs, wobei er dem Militär auseinandersetzen zu müssen glaubte, dass ein «strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne ... Rechtfertigungsmöglichkeit» nicht angängig sei; ein solches Vorgehen sei «nur zur Beseitigung des letzten Gegners auf dem Festland berechtigt»¹¹⁴. Indes verriet er bei dieser Besprechung, dass er sich auch den Kopf darüber zerbrach, wie operiert werden könne, falls die SdP aus irgendeinem Grunde versagen sollte; als geeigneter Anlass zu «blitzartigem Handeln», so überlegte er, könne ja auch «die Ermordung des deutschen Gesandten» dienen. Am 20. Mai legte das OKW eine neue Weisung für den «Fall Grün» vor, in der Hitlers Intentionen in die wiederum für ihn sehr typische Formel gefasst war, er habe nicht die Absicht, die Tschechoslowakei «schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen», es sei denn, dass sich eine günstige Gelegenheit biete¹¹⁵. Wenige Tage danach befand er denn auch die vom Heer für September angesetzten Übungen «im überraschenden Einnehmen von Befestigungen» als «zu spät», und zugleich befahl er eine Änderung des OKW-Ent-

¹¹² ADAP, D, II, Nr. 167.

¹¹³ Booms, *Der Ursprung des 2. Weltkriegs*, S. 351 f.

¹¹⁴ Ebenda, S. 339.

¹¹⁵ Wendt, *Grossdeutschland*, S. 145.

wurfs, dessen neue Fassung, am 30. Mai präsentiert, mit den Worten begann: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.» «Spätestens ab 1.10.38», so hiess es weiter, müsse der militärische Angriff möglich sein¹¹⁶. Ferner liess er – seit Juni – entlang der deutsch-französischen Grenze in einem höllischen Tempo Befestigungswerke anlegen, die, unter der recht hochtrabenden Bezeichnung «Westwall», Frankreich beeindrucken und von einer militärischen Intervention zugunsten der CSR abschrecken sollten.

Hitlers Plan hat weder eine friedliche Beilegung der inszenierten Krise noch eine Abtretung der sudetendeutschen Gebiete je in Betracht gezogen. Seine Taktik bezweckte die Isolierung der CSR für einen kurzen und lokalisierten Krieg, denn nur ein solcher Krieg erlaubte die sofortige Unterwerfung der ganzen Tschechoslowakei, die er für die Fortsetzung der Ostexpansion brauchte; auch wollte er, wie er zu Konrad Henlein sagte, der «jungen Wehrmacht» Gelegenheit zu einer «Bewährungsprobe» geben¹¹⁷. Indes hielt er die Eroberung der CSR nicht allein aus strategischen, machtpolitischen und auch – angesichts der Rohstoffe des Landes und seiner agrarischen wie industriellen Leistungsfähigkeit – wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar. Nie verlor Hitler den «volkspolitischen» Gesichtspunkt der biologischen Expansion der deutschen Nation aus den Augen, und unter solchem Gesichtspunkt waren Böhmen und Mähren auch als Germanisierungsobjekte wichtig. Kurz vor dem Höhepunkt der Sudetenkrise sagte er intern: «Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen und ähnliches Gelichter nicht hochpäppeln, wir werden sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land.»¹¹⁸

Chamberlain hat dem «Führer» dieses Konzept freilich vorerst verdorben. Im Bunde mit der französischen Regierung, der inzwischen die Appeasement-Politik ebenfalls als der zunächst einzig gangbare Weg erschien und die sich daher trotz der Pariser Allianz mit Prag von Chamberlain gerne auf die britische Linie ziehen liess, setzte der Premier die tschechoslowakische Regierung unter massivsten Druck. Anfang September erzwang er von Prag die Annahme aller halbwegs vertretbaren sudetendeutschen Forderungen, also jener Forderungen, die noch auf eine Autonomie für die Sudetendeutschen und nicht schon auf die Auflösung des Staates hinausliefen. Als Hitler nun seine Ansprüche höher schraubte und die Abtretung der Sudetengebiete verlangte, nahmen London und Paris das tschechoslowakische Kabinett derart in die Zange, dass es schliesslich am 21. September auch in die Abtretung einwilligte. Fast hätte die Appeasement-Politik schon in diesem Stadium die Wirkung gehabt, Hitlers

¹¹⁶ Ebenda, S. 146.

¹¹⁷ Mitteilung F. Bürger (Vertreter Henleins in Berlin) an den Verf., 24.9.1936.

¹¹⁸ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 515.

Kriegs- und Eroberungswillen vor aller Welt zu demaskieren. Über die tschechischen Konzessionen böse enttäuscht, stellte nämlich der «Führer» jetzt, um irgendeinen Kriegsgrund zu behalten, ultimativ Forderungen zum Termin der Besetzung des Abtretungsgebiets und zu den Formen der Annexion, die so unsinnig rigoros waren, dass man an ihrem provokatorischen Zweck nicht mehr zweifeln konnte. Beinahe wäre so in den letzten Septembertagen doch noch ein Krieg ausgebrochen, an dem sich die Westmächte beteiligt hätten; am 26. September machte die britische Flotte mobil. Unter dem Eindruck der plötzlich drohenden westlichen Haltung und unter dem Eindruck einer Erklärung Mussolinis, Italien sei nicht kriegsbereit, wich Hitler noch einmal zurück und fand sich bereit, am 29. September in München ein drittes Mal mit Chamberlain, der bereits am 15. September in Berchtesgaden und am 22. September in Bad Godesberg mit ihm persönlich verhandelt hatte, und mit den Regierungschefs Frankreichs und Italiens zusammenzutreffen. In München aber wanden die westlichen Politiker Hitler auch noch den letzten und mehr als fadenscheinigen Kriegsgrund aus der Hand, indem sie nun selbst die deutschen Terminwünsche nahezu vollständig akzeptierten. Da Chamberlain ausserdem mit seinen drei Deutschlandreisen und mit seinem Verhalten auf der Münchner Konferenz den Friedenswillen der Westmächte bis zur Demütigung deutlich und nicht zuletzt auch für die deutsche Bevölkerung erkennbar gemacht hatte, musste Hitler endgültig nachgeben und sich damit begnügen, dass das noch am 29. September unterzeichnete Münchner Abkommen lediglich die Sudetengebiete einbrachte.

Um Krieg und die totale Eroberung der CSR betrogen, unterschrieb Hitler ausserdem ein weiteres Dokument, das ihm Chamberlain am Ende der Konferenz vorlegte und das britisch-deutsche Konsultationen vorsah, falls künftig wieder Fragen auftauchen sollten, die beide Länder berührten. Chamberlain verliess sich nicht zuletzt auf Hitlers Namenszug unter dieser Konsultationsvereinbarung, als er, nach London zurückgekehrt, am Abend des 30. September sagte: «Ich glaube, das ist der Frieden für unsere Zeit.» Der britische Premier glaubte tatsächlich, Hitler nun abgefangen zu haben, der während der Krise mehrmals in aller Öffentlichkeit die Sudetengebiete als seine «letzte territoriale Forderung in Europa» bezeichnet, eine deutsche Herrschaft über Tschechen indigniert als nationalsozialistischem Empfinden völlig fremd abgelehnt und dann in München die Verpflichtung übernommen hatte, die neuen Grenzen der verstümmelten CSR zusammen mit den drei anderen Mächten von München zu garantieren. Mit der Münchner Konferenz sei mithin, so meinte Chamberlain, endlich jenes Kollegium der vier europäischen Grossmächte – unter Ausschluss der Sowjetunion – begründet, das an die Stelle des zusammengebrochenen Genfer Systems der kollektiven Sicherheit treten müsse.

II.

Herbst 1938 – Herbst 1939: Europas Weg in den Krieg

Hitlers Bruch des Münchner Abkommens

Nichts hätte von den kontinentaleuropäischen Realitäten weiter entfernt sein können als die Erwartung, die Neville Chamberlain mit Erlebnis und Ergebnis der Münchner Konferenz verband. Sein Gegenspieler Adolf Hitler, nach der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete «Führer» nicht mehr des Deutschen, sondern des «Grossdeutschen» Reiches, dachte gar nicht daran, einen Part in einem Quartett europäischer Grossmächte zu übernehmen und Deutschland dadurch abermals in das Geflecht eines multilateralen internationalen Systems einbinden zu lassen, das ständig Abstimmung mit den Partnern erfordert und mithin bestenfalls nur kleine oder halbe Schritte einer in seinem Sinne aktiven Aussenpolitik erlaubt hätte. Die Erfahrung von München war ihm in dieser Hinsicht eine so bittere Lehre, dass er gegen jede multilaterale internationale Konferenz eine unüberwindliche Abneigung fasste, von der Institution häufiger und womöglich mit einer gewissen Regelmässigkeit stattfindender Konferenzen ganz zu schweigen. Aber Hitler reagierte auf München ohnehin ganz anders als der britische Premier, und zwar reagierte der «Führer» auf eine Weise, die nun in der Tat, wie das Beobachter mit den scharfen Augen eines Harold Nicolson jetzt mit Recht befürchteten, einen erneuten grossen europäischen Krieg zur Gewissheit, ja die sogar den baldigen Beginn eines solchen Krieges unausweichlich machte. Neville Chamberlain gehörte einer Familie an, die seit mehr als einem Jahrhundert im Wirtschaftsleben und in der Kommunalpolitik Birminghams eine prominente Rolle spielte, seit Generationen auch im Londoner Unterhaus und in den Regierungen des Landes; Neville war, wie sein Vater Joseph Chamberlain, nicht allein einer der Führer der britischen Konservativen und Minister gewesen, sondern auch, von sieben Jahren als Farmer auf den Bahamas abgesehen, Fabrikant und Bürgermeister von Birmingham. Er lebte in einer Tradition, die, auf dem Boden einer eigentümlich englischen Mischung aus christlicher Religiosität, Geschäftssinn und Engagement für das Gemeinwohl, von Werten geprägt war wie Vernunft und Nüchternheit, wie Redlichkeit und Kompromissbereitschaft, wie Verantwortung

und Fairness; die Phantasmagorien, die den «Führer» im Herbst 1938 bewegten, hätte Chamberlain sicherlich mit fassungs- und ratlosem Entsetzen aufgenommen, wären sie ihm bekannt geworden.

Hitler sah zunächst einmal, dass ihm das Münchner Abkommen ein lediglich «halberledigtes machtpolitisches und strategisches Problem» hinterlassen habe, das er, um dem «geschlossenen Aufmarschraum» gegen die östlichen Eroberungsziele näher zu kommen, bald endgültig bereinigen zu müssen glaubte¹¹⁹. In dieser Hinsicht verstand er München als überaus lästigen Aufenthalt auf der Bahn zu wahrhaft expansionistischer Politik. Da er sich während der Sudetenkrise und in München mehrmals in den taktischen Zwang manövriert hatte, öffentlich allen Ansprüchen auf Herrschaft über fremde Völker ausdrücklich abzuschwören, empfand er das Münchner Abkommen auch, wie Staatssekretär v. Weizsäcker die Stimmung in der Reichskanzlei beschrieb, als zusätzliche Schwierigkeit beim Übergang von der revisionistischen Politik, die noch irgendwie mit dem Nationalstaatsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gerechtfertigt werden konnte, zum schieren und offenen Imperialismus¹²⁰; namentlich der eigenen Nation gegenüber durfte man keinesfalls zum «Gefangen des Volkstumsprinzips» werden¹²¹. Andererseits hatte ihm selbst und dem Deutschen Reich doch auch die halbe Lösung von München einen enormen Gewinn an Prestige und einen beträchtlichen Zuwachs an realer Macht und Kraft eingebracht: Frankreichs mitteleuropäischer Bündnispartner war nicht nur als potentieller Feind ausgeschaltet, sondern hatte praktisch bereits die Fähigkeit zu jeglichem eigenständigen aussenpolitischen Handeln verloren; nach der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete zählte das Reich rund 10 Millionen mehr Einwohner, was eine fühlbare und auch sofort eingeleitete Verstärkung der Armee erlaubte; die agrarische und industrielle Basis der deutschen Produktivkräfte war deutlich breiter geworden. Hitler fand sich so auf einen Punkt gehoben, der ihm einen berausenden Rundblick bot, und zwar wirkten die diversen Eroberungsziele, die er sich gesetzt hatte, jetzt nicht nur noch verlockender als bisher, sondern auch schon zum Greifen nah. Mehr denn je war er entschlossen, zur «Überwindung der Raumnot» über die «ethnographischen Grenzen des Deutschtums» hinauszugehen, und klarer denn je dachte er nun an einen baldigen Beginn der Eroberung. Gewiss gab es, so flüsterten sich nach Hitlers Rede vom 10. November die Auguren der Partei zu, «keine festliegende Speisekarte», deren «erste Gänge Österreich und die Tschechoslowakei waren und auf der nach festliegender Reihenfolge noch andere Gerichte stehen», aber «die räumliche Tendenz als solche» lag erkennbar

¹¹⁹ Booms, *Der Ursprung des 2. Weltkriegs*, S. 340.

¹²⁰ L. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, Frankfurt-Berlin-Wien 1974, S. 150f.

¹²¹ H. Booms, *Der Ursprung des 2. Weltkriegs*, S. 341.

¹²² Ebenda, S. 341,353.

fest¹²². Für Hitler selbst stellte sich in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, ob er bei der Verwirklichung seines imperialistischen Programms die in früheren Jahren für die Stossrichtung ins Auge gefassten Prioritäten und die drei Jahre zuvor noch so erreichbar scheinenden alten Bündniskonzepte beibehalten könne oder ob er nicht vielmehr, nach den Eindrücken von der britischen Grundhaltung in deutschen und europäischen Problemen, wie sie während der Sudetenkrise und auf der Münchner Konferenz zu gewinnen waren, zu einer radikalen Korrektur der – um es militärisch auszudrücken – operativen Planung seiner Eroberungspolitik gezwungen sei. Seine Unterschriften auf dem Münchner Abkommen und auf der deutsch-britischen Konsultationsvereinbarung waren noch nicht recht trocken, da traf der «Führer» denn auch bereits Anstalten, das Abkommen möglichst rasch zu überwinden und dabei aus der in seinem Verständnis eigentlichen Lehre von München möglichst rasch die praktische Nutzenanwendung zu ziehen.

Dass er die halbe Lösung von München ehebaldigst komplettieren werde, hat Hitler schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Unterzeichnung des Abkommens häufig genug und vor den unterschiedlichsten Zuhörern erklärt. Nach einer Unterredung mit Hitler wusste z.B. General v. Reichenau, Oberbefehlshaber der gerade in die CSR einmarschierten 10. Armee, bereits am 3. Oktober, als er in einem Karlsbader Hotel in abendlicher Runde ein Glas Sekt nach dem anderen leerte und hochgestimmt die Spielerqualitäten des «Führers» rühmte, zu berichten, dass dieser «entschlossen sei, in absehbarer Zeit die Lösung der Gesamt-Tschechei herbeizuführen. Es sei nur das erste Stadium jetzt erreicht worden.»¹²³ Als Voraussetzung musste zunächst einmal den Westmächten klargemacht werden, dass die CSR nun in einem Hinterhof des Grossdeutschen Reiches liege und dass von einem westlichen Mitspracherecht in den Angelegenheiten dieses Hinterhofs, an das man in London und Paris offenbar noch immer glaube, natürlich keine Rede mehr sein könne.

Auf Grund der Münchner Vereinbarung war aus Staatssekretär v. Weizsäcker und den Berliner Botschaftern Italiens, Frankreichs und Grossbritanniens ein Internationaler Ausschuss gebildet worden, der, unter Beteiligung Vojtech Mastnys, des Berliner Gesandten der CSR, die neue Grenze zwischen Deutschland und der restlichen Tschechoslowakei festzulegen hatte; ein Unterausschuss, bestehend aus den Berliner Militärattachés der drei Münchner Partner von Deutschland, tschechoslowakischen Offizieren und Vertretern von OKH und OKW, war für den Transfer und die Besetzung der abgetretenen Zonen zuständig. Dass sich einige der deutschen Militärs wie «Sieger nach einer gewonnenen Schlacht» – so das tadelnde Urteil Weizsäckers¹²⁴ – benahmen und dass auch Weizsäcker selbst sowohl Mastny wie vor allem den drei Botschaftern mit Schärfe und oft ultimativer Rücksichtslosigkeit entgegentrat, war kei-

¹²³ Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, S. 133 f.

¹²⁴ E. v. Weizsäcker, Erinnerungen, München-Leipzig-Freiburg 1950, S. 194.

neswegs allein – und bei Weizsäcker überhaupt nicht – als Ausbruch teutonischen Siegestaumels zu verstehen, sondern, auf Weisung Hitlers, als ein Akt der Politik¹²⁵. Den Tschechen wie den Westmächten sollte demonstriert werden, dass in diesem Teil Europas nur noch Deutschland politische Entscheidungen treffe. Tatsächlich ermatteten die drei Botschafter, und die definitive Grenzziehung wurde einem Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschuss überlassen, in dem die deutschen Repräsentanten – offenbar ohne sich dabei an die eigenen Klagelieder über das «Diktat von Versailles» zu erinnern – nahezu ausschliesslich mit Ultimaten arbeiteten. Die Tschechen wagten es bereits nicht mehr, offen an die Westmächte oder Italien zu appellieren; «streng vertraulich» unterrichtete Mastny am 17. November 1938 den britischen Geschäftsträger, Sir George Ogilvie-Forbes, über deutsche Forderungen, die über die Münchener Vereinbarung hinausgingen und eine beträchtliche Anzahl von Tschechen unter deutsche Herrschaft brächten. Am 21. November kam Karl Ritter, früher Botschafter in Rio de Janeiro, jetzt zur besondern Verwendung im Auswärtigen Amt und in Abwesenheit Weizsäckers Vorsitzender des Internationalen Ausschusses, zu Sir George und teilte ihm mit, dass der Ausschuss noch am selben Abend zusammentreten und die «zwischen Tschechen und Deutschen vereinbarte» – d.h. die den Tschechen ultimativ abgepresste – Grenze sanktionieren müsse; er fügte hinzu, dass die Sitzung des Ausschusses «kurz und natürlich reine Formsache» sein werde. Und so geschah es denn auch. Am folgenden Tag charakterisierte selbst Chamberlain das Resultat dieser «direkten deutsch-tschechischen Verständigung» als einen «Kompromiss, bei dem die Tschechen alles konzediert und nichts gewonnen» hätten. «Das Resultat ist beklagenswert», setzte er seinen Kabinettskollegen auseinander, «doch konnten wir in der Sache nicht mehr tun.» Der Schlusssatz zeigt, wie gut die deutsche Rechnung aufgegangen war.

In ähnlichem Stil und mit gleichem Zweck behandelte Hitler auch die Ansprüche Ungarns an die CSR. In München war vereinbart worden, dass die vier Vertragsmächte die Garantie der neuen deutsch-tschechoslowakischen Grenze aussprechen müssten, sobald die Forderungen befriedigt seien, die neben Deutschland auch Polen und Ungarn an die CSR stellten. Polen, das in den Wochen und Tagen vor München sogar zu einer Beteiligung an einem deutschen Feldzug bereit gewesen war, hatte sich schon selbst bedient und mit einem Ultimatum vom 1. Oktober Prag das Teschener Gebiet abgepresst. Ungarn hingegen, bis zum Münchner Abkommen doch zu vorsichtig, um sich offen als Verbündeter Deutschlands gegen die CSR zu deklarieren und dadurch womöglich in einen grossen europäischen Krieg verwickelt zu werden, verlangte die Erfüllung seiner territorialen Ansprüche an die CSR, nämlich die Karpatho-Ukraine und im Grunde auch die Slowakei, erst nach der Münchner Konferenz,

¹²⁵ Taylor, Munich, S. 899 ff.

jetzt aber umso hartnäckiger. Hitler, der die weise ungarische Zurückhaltung zu den Faktoren rechnete, die ihn um seine böhmische Kampagne gebracht hatten, und der folglich bei jeder Erwähnung der Magyaren Gift und Galle spuckte, hätte Budapest am liebsten nicht einen Quadratmeter überlassen. Doch erstens war auch von ihm grundsätzlich anerkannt worden, dass Ungarn Forderungen stellen dürfe, und zweitens liess die Budapester Regierung nicht locker. So nützte Hitler, statt von den Magyaren am Ende wieder die Westmächte ins Spiel ziehen zu lassen, die Gelegenheit, um ganz im Gegenteil abermals die alleinige Zuständigkeit des Grossdeutschen Reiches in dieser Region darzutun. Ohne die Westmächte auch nur zu informieren, zwang Hitler – im Bunde allein mit Italien, das er jetzt schon praktisch zur Preisgabe seiner traditionellen Rolle als Protektor Ungarns und zur Übernahme einer Rolle als Werkzeug der Berliner Politik nötigen konnte – die ungarische Regierung dazu, auf die Karpatho-Ukraine vorerst zu verzichten und sich mit relativ bescheidenen slowakischen Territorien zu begnügen, die ein deutsch-italienischer Schiedsspruch, am 2. November in Wien gefällt, zuteilte. Wiederum war es Hitler gelungen, die Westmächte zu blossen Zuschauern zu machen. Es versteht sich, dass er sich auch nach dem «Wiener Schiedsspruch», obwohl nun die in München postulierte Voraussetzung für die Garantierung der Rumpf-Tschechoslowakei gegeben war, beharrlich weigerte, öffentlich die Unverletzlichkeit des verstümmelten Staates zu erklären, womit er die Vier-Mächte-Garantie ebenfalls blockierte und so auch in dieser Frage die beiden Westmächte – wie Italien – aus den tschechoslowakischen Angelegenheiten aussperrte.

Dass Hitler den Ungarn die Karpatho-Ukraine und den grössten Teil der Slowakei vorenthielt, hatte indes noch andere Gründe. So entschlossen der «Führer» war, die Rumpf-Tschechoslowakei möglichst bald deutscher Herrschaft zu unterwerfen, so sah er auf der anderen Seite doch ein, dass er das Münchner Abkommen wenigstens etliche Monate alt werden lassen musste, ehe er zum entscheidenden Coup gegen Prag ausholte. Konnte aber erst in vier oder sechs Monaten wieder gehandelt werden, dann war es doch wohl, wie er dachte, erneut notwendig, dem Überschreiten der tschechoslowakischen Grenze jenen Schein von Plausibilität zu geben, der geeignet sein mochte, die internationale Kritik zu dämpfen und anderen Mächten die Neigung zum Eingreifen zu nehmen, der es also der Welt erleichtern sollte, sich abermals mit einem deutschen Streich abzufinden: Wie 1938 wurde sowohl eine zur Intervention einladende innere Krise der CSR gebraucht wie eine der richtigen «Internationalisierung» dienende Begleitung der ordnungstiftenden deutschen Aktion durch den einen oder anderen befreundeten Staat. Für diese beiden Zwecke waren die Karpatho-Ukraine und die Slowakei unentbehrlich¹²⁶. Angesichts der veränderten Machtlage konnte den Ungarn die Mitwirkung an der

¹²⁶ G. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II 1937-1939*, Chicago-London 1980, S. 470 ff.

Liquidierung der CSR jetzt sicherlich einfach befohlen werden, doch natürlich nur dann, wenn bei Gehorsam eine genügend fette Beute winkte, und so hatte die Karpatho-Ukraine aufgespart zu werden und bis zum endgültigen Schlag gegen Prag im tschechoslowakischen Staatsverband zu verbleiben, dabei seit dem 17. November mit Autonomie ausgestattet Die Slowakei hingegen – ebenfalls seit dem 17. November autonom, weshalb im deutschen Sprachgebrauch nun statt Tschechoslowakei die Bezeichnung Tschecho-Slowakei benutzt wurde – durfte auch später nicht den Magyaren überlassen werden. Hitler wollte nämlich den slowakischen Nationalismus und die tschechisch-slowakischen Spannungen als Sprengsatz zur Zerstörung der CSR benutzen. Wie Anfang 1938 die österreichische NSDAP und dann Konrad Henleins Sudetendeutsche Partei sollten nun die Führer der slowakischen Autonomiebewegung, die kräftige faschistische Elemente aufwies, dazu gebracht werden, zum gewünschten Zeitpunkt jene innere Krise in dem ins Visier genommenen Staat auszulösen, die zur Begründung der Grenzüberschreitung deutscher – und ungarischer – Truppen für erforderlich gehalten wurde.

So begann schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Münchner Konferenz die Arbeit an der Anknüpfung und Festigung engerer Beziehungen zu etlichen slowakischen Politikern, und bereits am 16. Oktober gipfelte die Arbeit in einer Unterhaltung zwischen einem der seit München amtierenden neuen slowakischen Minister, Dr. Ferdinand Durcansky, und Generalfeldmarschall Hermann Göring, dem nach Hitler zweiten Mann des NS-Regimes und in dieser Funktion wie als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und als Beauftragter für den Vierjahresplan mit weitreichenden – auch aussenpolitischen – Exekutivkompetenzen ausgerüstet. Wie sein Begleiter Sano Mach, Propagandachef der jungen slowakischen Regierung, gehörte Durcansky zum faschistischen rechten Flügel der slowakischen Bewegung, und mit grosser Geste – doch nur für eine kleine Minderheit sprechend – versicherte er Göring, die Slowaken strebten nach der – natürlich vom Deutschen Reich zu schützenden – vollen Selbständigkeit. Göring gab danach die Parole aus: «Bestrebungen der Slowaken auf Selbständigkeit in geeigneter Weise unterstützen.»¹²⁷ Tatsächlich fiel in jenen Tagen ein Schwarm deutscher Emissäre in der Slowakei ein, die nun alle, vom Diplomaten über den Vertreter der NSDAP bis zum Agenten des SD, des Sicherheitsdienstes der SS, eifrig daran wirkten, möglichst viele slowakische Politiker gegen Prag «einzustellen» und für die Politik des Reiches verfügbar zu machen. Gleichzeitig wurde den Magyaren mehrmals bedeutet, dass sie sich die Slowakei aus dem Kopf schlagen sollten, und mehrmals, so vom 18. bis zum 20. November, wurde ihnen auch die beabsichtigte Besetzung der Karpatho-Ukraine als verfrüht strikt untersagt, wobei sich Mussolini von Berlin abermals die wenig ruhmvolle Aufgabe zuteilen liess,

¹²⁷ ADAP, D, 4, Nr. 68.

seinen ungarischen Schützlingen klarzumachen, dass sie den Willen des «Führers» nicht ignorieren dürften¹²⁸.

Angesichts der eindeutigen Absichten Hitlers und angesichts des ebenso eindeutigen Charakters der politischen Akte, die schon unmittelbar nach München die Verwirklichung der Absichten vorbereiteten, wirken selbst jene Überlegungen mittlerer deutscher Funktionäre noch rührend, die der reduzierten Tschechoslowakei zwar die absolute Unterordnung unter die politische Vormundschaft des Deutschen Reiches zumuten, ihr aber immerhin auf Dauer die formale staatliche Selbständigkeit belassen wollten. Am 25. November legte Ministerialdirektor Gaus, Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, den Entwurf eines «Freundschaftsvertrages» zwischen Berlin und Prag vor, in dessen Artikel 1 es sogar hiess: «Das Deutsche Reich übernimmt die Garantie für die Integrität und Unverletzlichkeit des tschechoslowakischen Staatsgebiets und wird, falls diese Integrität und Unverletzlichkeit von dritten Mächten gefährdet werden sollte, der Tschechoslowakischen Republik seinen Beistand gewähren.»¹²⁹ Am 9. Dezember folgte Karl Ritter, im Auswärtigen Amt jetzt kommissarisch für wirtschaftliche Fragen zuständig, mit dem zum Gaus-Papier passenden Entwurf für eine deutsch-tschechoslowakische «Wirtschaftsunion»¹³⁰. Hitler hatte für derlei Versuche, den Schein zu wahren und den Geschlagenen auch tatsächlich Atemraum zu lassen, keinen Sinn. Sein Wesen, sein Verständnis von Politik und seine Zielsetzung machten es ihm unmöglich, sich mit Einfluss, und sei er noch so gross, zu begnügen, er musste nach Herrschaft trachten. Weit davon entfernt, den im Auswärtigen Amt ersonnenen Rezepten für die künftige Behandlung der CSR Beachtung zu schenken, gaben sich der «Führer» und Ribbentrop vielmehr Mühe, noch ein weiteres Element des taktischen Konzepts der Sudetenkrise im Spiel zu halten: die Diskreditierung der CSR, die Stilisierung des in Wahrheit schwachen Opfers zum gefährlichen Feind.

Frantisek Chvalkovsky, zuvor tschechoslowakischer Gesandter in Rom und nach München zum Aussenminister der CSR ernannt, hatte am 6. Oktober, kurz vor seiner Abreise aus der italienischen Hauptstadt, dem dortigen deutschen Botschafter Hans Georg v. Mackensen gesagt, dass er so bald wie möglich von Hitler und Ribbentrop empfangen werden wolle, um sich von ihnen «gleichsam die Richtschnur seines Handelns» zu holen¹³¹, und als er am 14. Oktober tatsächlich mit Hitler sprechen konnte, hat er in der Tat die vollständige Unterwerfung seiner Republik unter die deutsche Führung zugesichert,

¹²⁸ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 477; J. Hoensch, *Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei*, Tübingen 1967.

¹²⁹ H. Bodensieck, *Der Plan eines «Freundschaftsvertrages» zwischen dem Reich und der Tschecho-Slowakei im Jahre 1938*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 10 (1961), S. 464 ff.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ ADAP, D, 4, Nr. 37.

sowohl hinsichtlich der internationalen Orientierung wie hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, und gleich auch noch die Anpassung des politischen Systems und der Innenpolitik angekündigt; er gelobte sogar die Übernahme des reichsdeutschen Antisemitismus¹³². Andere Prager Politiker äusserten in Gesprächen mit Deutschen die gleiche Kollaborationsbereitschaft, und solchen Worten folgten in der CSR durchaus Taten. Es symbolisierte die Entwicklung, dass Dr. Eduard Benes, der Staatspräsident, am 5. Oktober von seinem Amt zurücktrat und von Emil Hacha abgelöst wurde, seit 1925 Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts in Prag. Benes hatte zusammen mit T.G. Masaryk zu den Gründervätern der CSR gehört und von 1918 bis 1935, als er an die Stelle des am 14. Dezember 1935 aus dem Amt des Staatspräsidenten geschiedenen Masaryk trat, ununterbrochen als Aussenminister fungiert. Nachdem Masaryk am 14. September 1937 gestorben war, durfte Benes als die Personifizierung der tschechoslowakischen Staatsidee gelten, und abgesehen davon, dass er zeitlebens für den Völkerbundsgedanken und das Prinzip der kollektiven Sicherheit gestanden hatte, war er auch einer der Architekten der Kleinen Entente gewesen. Dass er das Feld räumen musste, und zwar einem im Grunde gänzlich unpolitischen Verwaltungsrichter, stellte eine Geste des Abschieds von der tschechoslowakischen Selbständigkeit und einen Akt der Unterwerfung dar.

Die Deutschen, von Hitler angefangen, nahmen aber solche Zeichen und die Gehorsamsschwüre der neuen Vertreter Prags keineswegs mit Befriedigung oder gar Wohlwollen auf, schoben vielmehr derlei Bekundungen und Beteuerungen ungeduldig beiseite, um dann mit grosser Eindringlichkeit das Risiko zu beschwören, das die tschechischen Politiker eingingen, wenn sie die Fortdauer oder das Wiederaufleben des «Benes-Geistes» zulieszen. Als Chvalkovsky am 21. Januar 1939 erneut nach Berlin kam, machte ihm Hitler bereits recht ominös klingende Vorwürfe: «Es habe in der Tschechoslowakei bis jetzt noch keine gründliche Säuberung der Vertreter der Benesch-Tendenzen stattgefunden. Diese wirkten weiter und hätten ihre Position eigentlich in der letzten Zeit verstärkt.» Er benutzte Wendungen wie «Vernichtung der Tschechoslowakei» und sagte dann, «wenn die Tschechoslowakei immer noch glaube, einmal ein Instrument gegen Deutschland sein zu können, so sei das katastrophal, und zwar nicht für Deutschland, sondern für die Tschechoslowakei»¹³³. Die behauptete Mühelosigkeit der «Vernichtung der Tschechoslowakei» und die demgemäss behauptete Hilflosigkeit der CSR gegen eine deutsche Aktion stimmten ja wenig zu der ebenfalls stets wiederholten Behauptung, eine ungehorsame und deutschfeindliche Tschechoslowakei sei für das Deutsche Reich eine unerträgliche Gefahr, doch derartige Widersprüche störten Hitler nicht.

¹³² Ebenda, Nr. 61.

¹³³ Ebenda, Nr. 158, 159.

Schon in der Unterredung vom 14. Oktober hatte er Chvalkovsky gedroht, falls die CSR wieder zu einer Bedrohung Deutschlands werden sollte, «mache ich in 24 Stunden – nein in 8 Stunden – Schluss». Dem entsprach exakt seine militärische Planung. Am 21. Oktober befahl er der Wehrmacht, Vorbereitungen zu treffen, um «die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können», und in dieser «Führer-Weisung» war festgelegt, dass der Schlag gegen die «Rest-Tschechei «überfallartig» zu erfolgen und eine «rasche Besetzung» des Landes zu gewährleisten habe¹³⁴. In einem Nachtrag vom 17. Dezember wurde die Verzahnung mit der politischen Taktik noch deutlicher gemacht. Im Auftrag Hitlers untersagte darin der Chef des OKW, General Keitel, jede vorbereitende Mobilmachungsmassnahme, da «nach aussen klar in Erscheinung treten» müsse, «dass es sich nur um eine Befriedungsaktion und nicht um eine kriegsgerische Unternehmung handelt»¹³⁵.

In Hitlers Augen war die «Rest-Tschechei» freilich nur ein Randproblem, das nach einer gewissen Anstandsfrist und bei leidlicher politischer Inszenierung des notwendigen Coups ohne sonderliche Schwierigkeiten erledigt werden konnte. Zu General v. Reichenau hatte er kurz nach München gesagt, er werde auch «an anderen Stellen Weiterarbeiten und aktiv sein», und tatsächlich beschäftigte er sich seit dem bitteren Triumph von München vornehmlich – so wie Staatssekretär v. Weizsäcker dann im Dezember gegenüber Ulrich v. Hassell klagte – mit der Frage, in welche Richtung er den Expansionismus des nationalsozialistischen Deutschland zuerst lenken solle: Nach Osten oder vielleicht doch nach Westen? Mit Recht ging er dabei, ohne an das Problem seiner Autorität einen einzigen Gedanken zu verschwenden, davon aus, dass es allein seine Sache sei, die Antwort auf die gestellte Frage zu finden. Es wäre nun überaus merkwürdig gewesen, hätte er dem Osten, bislang als wichtigeres Angriffsobjekt angesehen, dem auch im zeitlichen Ablauf Priorität zukomme, abrupt den Rücken gekehrt und seinen Blick ganz nach Westen gerichtet. So setzte denn auch im Herbst 1938 eine lebhaftige Tätigkeit deutscher Emissäre in der Karpatho-Ukraine ein, die dort und von dort aus – zur Vorbereitung grösserer Operationen im Osten – den ukrainischen Nationalismus zu stimulieren suchten. In etlichen Gesprächen mit polnischen Diplomaten und dem polnischen Aussenminister Beck machten Ribbentrop und Göring ausserdem klar, dass neben sowjetischen Territorien auch schon die baltischen Länder – weit über das ohnehin bald fällige Memelgebiet hinaus – ins Visier geraten waren¹³⁶.

¹³⁴ Ebenda, Nr. 81; Documents on British Foreign Policy (DBFP), Serie III, Bd. 3, Nr. 251.

¹³⁵ ADAP, D, 4, Nr. 152.

¹³⁶ APA, Poln. Botschaft Berlin, Mappe 18, Lipski-Göring, 10.8.1938, Mappe 19, Lipski-Ribbentrop, 27.9.1938; Josef Lipski, Diplomat in Berlin 1933-1939, New York-London 1968, S. 453 ff.

Dennoch und obwohl Hitler bis tief ins Jahr 1939 hinein offensichtlich zu keiner rechten Klarheit kam, ergab sich doch zumindest eine andere Präferenz. Aus internen Erklärungen des «Führers», so am 23. Mai 1939 vor den Spitzen des OKW wie der drei Wehrmachtteile¹³⁷ und am 22. August 1939 vor einer grösseren Anzahl von Generälen und Admirälen¹³⁸, geht zweifelsfrei hervor, dass er zu der Ansicht gekommen war, den Zug nach Osten noch etwas aufzuschieben und zunächst klare Verhältnisse im Westen schaffen, d.h. das kontinentale Westeuropa deutscher Herrschaft unterwerfen und die politische Mitsprache Grossbritanniens in kontinentaleuropäischen Angelegenheiten mit militärischer Gewalt liquidieren zu müssen. Am 22. August sagte er zum Beispiel, dass er noch im Frühjahr geglaubt habe, sich «erst gegen den Westen wenden» zu sollen, das Reich «zunächst gegen den Westen zu kämpfen» habe. Reichsaussenminister v. Ribbentrop hatte Admiral Wilhelm Canaris, dem Chef der Abwehr, bereits im Dezember 1938 eröffnet, dass der nächste Stoss gegen die Westmächte geführt werde¹³⁹.

Der Grund für eine solche – immerhin doch radikale – Korrektur der operativen Expansionsplanung ist deutlich zu erkennen. Hitler hatte den Glauben daran verloren, den Marsch nach Osten ohne politische und militärische Einmischungsversuche der Westmächte antreten zu können. Vor allem meinte er mit dem Widerstand Grossbritanniens rechnen zu müssen. Noch im Sommer 1935 hatte er auf das «ewige Bündnis» mit England gehofft¹⁴⁰, worunter er freilich immer nur die beiderseitige temporäre Anerkennung einer Grenze zwischen zwei Machtsphären verstand: dem nationalsozialistischen Deutschland war für eine Weile lang erst der Osten und anschliessend der Westen des europäischen Kontinents zuzuschlagen, während Grossbritannien für eine Weile lang noch die Weltmeere behalten sollte, dazu Indien, Kanada, Australien usw., Gibraltar, Malta, Ägypten etc. Im Herbst 1936 beklagte er sich aber bereits bitter über England: «Es will und will nicht. Seine Führung hat keinen Instinkt.»¹⁴¹ Immerhin spekulierte er noch einige Zeit darauf, dass er von London «freie Hand» bekommen werde, wenn er – worauf er ja jahrelang baute – die Ausdehnung deutscher Herrschaft auf dem Kontinent als ordnungstiftende Intervention *gegen offene* Ausbrüche des Bolschewismus, etwa in Frankreich, deklarieren könne. Während der Sudetenkrise gewann er jedoch ein ganz anderes Bild von der britischen Politik. Von Anfang bis Ende hatte er es weit mehr mit den Briten zu tun gehabt als mit den Tschechen, und die Hartnäckigkeit, mit der ihn Chamberlain gezwungen hatte, Europas Wunsch nach Frieden zu respektieren und sich mit einem relativ bescheidenen territorialen Gewinn

¹³⁷ ADAP, D, 6, Nr. 433.

¹³⁸ ADAP, D, 7, Nr. 192,193.

¹³⁹ Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, S. 159.

¹⁴⁰ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 504.

¹⁴¹ Ebenda, S. 724.

zu begnügen, liess für die Zukunft Böses ahnen. Als die Krise ihrem Höhepunkt zuzuging, am 21. August 1938, erklärte Hitler intern – mit all der naiven und deshalb manchmal fast entwaffnenden Verlogenheit und Realitätsverfälschung, die für ihn typisch waren –, wie «gerne er mit England in ein gutes Verhältnis kommen möchte» und dass er «auch alles dafür» tue: «Aber England steht unserem expansiven Drang im Wege.»¹⁴² Zehn Tage später notierte Goebbels, seit Ende der zwanziger Jahre in aussenpolitischen Dingen ein getreues Echo seines «Führers»: «London steht immer dem deutschen Interessenanspruch im Wege. So auch hier und diesmal. Es ist eine Schande, wie die Engländer immer germanische Interessen verraten und sich deutschem Ausdehnungszwang entgegenstellen.»¹⁴³

Gewiss: In den Monaten der Krise und in den persönlichen Begegnungen mit Chamberlain und Daladier steigerte Hitler die Geringschätzung der westlichen Politiker, die er seit der schwächlichen Reaktion der Westmächte auf Mussolinis abessinisches Abenteuer empfunden hatte, zu offener Verachtung. «Chamberlain sei ein alter Mann, den er glatt in die Tasche stecke», höhnte er kurz nach der Münchner Konferenz, und Daladier sei «ein kleiner Bäckermeister»¹⁴⁴; gelegentlich nannte er seine Münchner Partner auch «kleine Würmchen»¹⁴⁵. Auf der anderen Seite setzte sich bei ihm der Eindruck fest, dass, von der Verwirklichung des Gesamtprogramms ganz zu schweigen, auch schon die Expansion nach Osten auf britisch-französische Gegnerschaft treffen werde; dazu schloss er nicht mehr aus, dass Briten und Franzosen ein kriegerisches Engagement des Reiches im Osten zu einem militärischen Überfall nutzen könnten, um das zu mächtig gewordene Deutschland wieder niederzuwerfen und das verhasste NS-Regime zu stürzen. Für beide Fälle hatte der Rücken frei zu sein. Ein erzwungener Abschied von Lieblingsideen verdriesst und verärgert. Hitler war daher im Herbst 1938 «auf die Engländer geladen»¹⁴⁶, und diese Stimmung hat dann wiederum jene «staatsmännischen» Überlegungen plausibler erscheinen lassen und gefestigt, die in seinen Augen dafür sprachen, vor dem Aufbruch nach Osten die Verhältnisse im Westen zu bereinigen; dass dabei gleich auch die im Westen liegenden Ziele zu erreichen waren, die er dem Imperialismus des nationalsozialistischen Deutschland gesteckt hatte, stellte sicherlich einen zusätzlichen Reiz dar.

Im Übrigen hat ihn sein Aussenminister in seinem antiwestlichen und namentlich antibritischen Denken noch zu bestärken gesucht. Joachim v. Ribbentrop war wohl die unseligste Figur, die je irgendwo in das Amt des Aussenministers gelangt ist¹⁴⁷. Durch die Umstände und die Gunst eines mit dikta-

¹⁴² Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 514.

¹⁴³ Ebenda, S. 524.

¹⁴⁴ Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, S. 134.

¹⁴⁵ ADAP, D, 7, Nr. 192, 193.

¹⁴⁶ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 536.

¹⁴⁷ Vgl. dagegen W. Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik.

torischer Gewalt ausgestatteten Parteihäuptlings und Regierungschefs im Deutschen Reich an die Spitze des Auswärtigen Amts gestellt, betrachtete Ribbentrop die internationalen Beziehungen insgesamt und die einzelnen Fragen der Aussenpolitik im Geiste und mit den Kategorien eines nationalistischen Stammtisch-Philisters. Er glich seinem Herrn und Meister auch insofern, als er in der praktischen Aussenpolitik selbst auf das bescheidenste Minimum an Geschäftsmoral verzichten zu können glaubte und zu äusserster Brutalität ebenso bereit war wie zu törichtester Treulosigkeit oder zu stupidesten Täuschungsmanövern, falls er sich davon einen momentanen Nutzen versprach. Doch fehlten ihm Hitlers Verstand, Hitlers taktische Talente und erst recht der Charme, den der «Führer» einschalten konnte, wenn er ihn brauchte. Ohne eine einzige der Eigenschaften, die ein Diplomat haben sollte, auch nur ansatzweise zu besitzen, wurde seine Borniertheit vielmehr noch von einer eisigen und starren Arroganz übertroffen, die ihn sowohl für seine ausländischen Mit- und Gegenspieler wie für seine Gefährten in der Umgebung des «Führers» zu einer Zielscheibe des Spotts und mehr noch zu einer Quelle ununterbrochener Irritationen machte, die ihm meist dauerhafte Feindschaften eintrugen. Mit Hitler gemeinsam waren ihm wiederum brennender Ehrgeiz, unstillbarer Machthunger und der Drang zum Krieg, dazu der glühende Wunsch, gestaltend an «historischen» Ereignissen teilzunehmen und so «in die Geschichte einzugehen»; die Gewissheit, dass sich letzterer Wunsch gerade erfülle, verleitete ihn dann zu allem Überfluss noch zu einem Gefühl der eigenen Bedeutung, das sich unweigerlich in Aufgeblasenheit und Wichtigtuerei äusserte. Als deutscher Botschafter in Grossbritannien war er, durch sein humorloses, tölpelhaftes und taktloses Benehmen, ein gesellschaftlicher und politischer Misserfolg gewesen, wie ihn die englische Hauptstadt seit Langem nicht mehr erlebt hatte, und die Stars der gesellschaftlichen und der politischen Bühne Londons, etwa der gebildete, musische, elegante Anthony Eden, der, dekoriertes Frontoffizier des Weltkriegs und gleichwohl leidenschaftlicher Anhänger des Völkerbunds, von 1935 bis 1938 Aussenminister gewesen war, haben ihre Geringschätzung dieses Repräsentanten des Deutschen Reiches nicht immer zu verbergen vermocht¹⁴⁸; die Aufmerksamkeiten etlicher «Appeaser» glichen das nicht aus.

So brachte Ribbentrop, als ihn der «Führer» am 4. Februar 1938 zum Reichsaussenminister ernannte, aus England keineswegs das von Hitler begehrte deutsch-britische Bündnis mit, sondern tief eingefressene anti-englische Ressentiments und die feste Überzeugung, dass Grossbritannien stets der Feind Deutschlands sei, und zwar der gefährlichste Feind, der sich den deutschen Ambitionen in den Weg stelle¹⁴⁹. Unermüdlich predigte er seither sei-

¹⁴⁸ R. Rh. James, Anthony Eden, London 1986.

¹⁴⁹ W. Michalka, Joachim v. Ribbentrop und die deutsche Englandpolitik 1933-1940, Mannheim 1976.

nem «Führer» schriftlich und mündlich, dass die Versuche, England zu gewinnen, zum Scheitern verurteilt seien, dass sich die Reichspolitik vielmehr darauf konzentrieren müsse, Grossbritannien mit allen erreichbaren Mitteln unter Druck zu setzen, damit es wenigstens – in seinem derzeitigen Zustand militärischer Schwäche – einigen der kleineren Forderungen Deutschlands nachgebe, und dass sich die Führung des Reiches im Übrigen besser auf die Notwendigkeit einstellen sollte, einen so unversöhnlichen Gegner des deutschen Aufstiegs zur Weltmacht eines Tages gewaltsam auszuschalten. Ob er bei dem Hitler des Jahres 1938 mit seinen Diagnosen und Prognosen nur noch offene Türen einrannte oder ob er, über die verstärkende Wirkung, die mit der Lieferung willkommener Bestätigungen verbunden sein kann, doch auch einen gewissen Einfluss ausübte, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls begannen sich die Meinungen Hitlers und Ribbentrops zu decken. Als der «Führer» am 23. Mai 1939 vor seinen engsten militärischen Mitarbeitern sprach, war seine Rede bereits ein einziger Versuch, die Soldaten auf einen Krieg gegen die Westmächte einzustimmen. Er wusste sehr wohl, wie sehr seine Zuhörer einen solchen Krieg fürchteten. Umso eindringlicher suchte er ihnen einzuhämmern, dass Deutschland «um ihn» nicht «herumkommen» könne: «England sieht in unserer Entwicklung die Fundierung einer Hegemonie, die England entkräften würde. England ist daher unser Feind, und die Auseinandersetzung mit England geht auf Leben und Tod.»¹⁵⁰

Die diplomatischen Aktivitäten der deutschen Führung galten denn auch seit München weit mehr der Vorbereitung antiwestlicher Züge als der Inszenierung des zweiten Akts auf der tschechoslowakischen Bühne und der Einleitung noch grösserer östlicher Unternehmungen. Im Zentrum solcher Vorbereitung standen energische und beharrliche Versuche, den Antikominternpakt zu einem deutsch-italienisch-japanischen Militärpakt auszubauen. In den Beziehungen zwischen den beiden europäischen Grossmächten und dem japanischen Kaiserreich hatte der Proklamierung des «weltpolitischen Dreiecks» bislang ja überhaupt keine Substanz gegeben werden können; ihr war weder eine Abstimmung des politischen Handelns gefolgt noch ein bindendes Versprechen gegenseitigen Beistands im Kriegsfall, und wenn auch die gemeinsame Kriegserklärung an den Status quo nicht ohne Einfluss auf die Politik der Westmächte und der Sowjetunion geblieben war, so gab es in Berlin, Rom und Tokio doch etliche Politiker und Soldaten, die im Hinblick auf die jeweils eigenen Interessen ohnehin nicht bei einer blossen Solidaritätsadresse der expansionistischen Staaten stehenbleiben wollten. Auch die «Achse Berlin-Rom» war immer noch wenig ansehnlich, war nur Stückwerk. Vom Zusammenwirken in Spanien abgesehen, hatte sich das mit schmetternder Fanfarenbegleitung verkündete Freundschaftsverhältnis zwischen dem nationalsozial-

¹⁵⁰ ADAP, D, 6, Nr. 433.

stischen Deutschland und dem faschistischen Italien in wechselseitiger Tolerierung aggressiver Aktionen erschöpft, des Kriegs in Abessinien, der Remilitarisierung des Rheinlands, der Annexion Österreichs und des Vorgehens gegen die Tschechoslowakei. Bei italienischen Besuchen in Deutschland – wo sich Mussolini vom 25. bis zum 29. September 1937 umjubeln liess – und bei deutschen Besuchen in Italien – wo sich Hitler vom 3. bis zum 9. Mai 1938 aufhielt – schwelgten beide Seiten stets in flammenden Bekundungen der geistigen und ideologischen Übereinstimmung zwischen den zwei «totalitären» Staaten und in feierlichen Bekundungen der Identität ihrer Interessen. Aber Rhetorik und Gestik konnten den Mangel an politischem Gehalt nicht verbergen, und wiederum formierten sich in Berlin und Rom Gruppen radikaler Imperialisten, die sich ohnehin für eine politisch noch besser nutzbare Ausgestaltung der Achse einsetzten. In Deutschland verlieh indes die Erfahrung der Sudetenkrise derartigen Tendenzen eine solche Wichtigkeit und Dringlichkeit, dass sie in der politischen Prioritätenskala ganz nach oben stiegen. Wenn vermutlich als nächste die Westmächte zu erledigen waren, musste ein handfestes Bündnis mit Italien geschlossen werden, um französische und britische Kräfte an der italienisch-französischen Grenze und im Mittelmeerraum zu fesseln, musste ferner die deutsch-italienische Allianz durch einen Militärpakt mit Japan ergänzt werden, der nicht allein – durch den Druck auf die asiatischen, indischen und pazifischen Glieder und Interessen des Commonwealth – eine zusätzlich schwächende Ablenkung Grossbritanniens bewirken, sondern vor allem die USA an einem militärischen Engagement in Europa hindern sollte.

Bereits im Juni 1938 hatte Ribbentrop die Notwendigkeit einer militärischen Dreierallianz erst General Hiroshi Oshima, dem japanischen Militärattaché in Berlin, der dann im November zum Botschafter ernannt wurde, klarzumachen versucht, danach Bernardo Attolico, dem italienischen Botschafter. Die Divergenzen zwischen den «autoritären Staaten» und den «Demokratien» würden notwendigerweise ständig wachsen, erklärte er Attolico, und deshalb müssten die autoritären Staaten einen festen Block bilden. Um den Italienern die Furcht zu nehmen, bei einer engeren Verbindung mit Deutschland womöglich schon in wenigen Monaten in einen Krieg mit den Westmächten verwickelt zu werden, versicherte Ribbentrop, dass man, wie er auch vom «Führer» wisse, die CSR «schon im Sack» habe und dass Deutschland die Liquidierung der CSR ohnehin «allein auf seine Schultern» nehme und auch bei einem grösseren Konflikt jetzt noch keine militärische Hilfe von Italien erwarte; falls dies der Duce wünsche, werde sich Deutschland verpflichten, bei Abschluss einer Allianz den «Fall CSR» ausdrücklich auszunehmen¹⁵¹. Die Deutschen dachten also bereits an die Zukunft und wären für den Augenblick offenbar

¹⁵¹ Akten des Italienischen Aussenministeriums (ALA), Ap Germania, Bericht Attolico, 23.6.1938.

schon mit der Aufnahme von Bündnisgesprächen zufrieden gewesen, die den Demokratien wenigstens den Eindruck vermittelt hätten, «dass der Block fest ist», wie sich Göring einige Wochen später, am 16. Juli, zu General Alberto Pariani äusserte, Stabschef des italienischen Heeres und Staatssekretär im italienischen Kriegsministerium¹⁵². Göring setzte freilich hinzu, ein deutsch-italienisches Abkommen müsse die gegenseitige Unterstützung auch für den Fall sichern, «dass sich einer der Partner irrt». Da damit nur eine falsche Einschätzung von Kriegsrisiken gemeint sein konnte, klangen Görings Worte in italienischen Ohren natürlich beunruhigend, und es dürften derartige Beunruhigungen gewesen sein, die Mussolini und Graf Ciano wieder abschreckten, nachdem beide die erste Initiative Ribbentrops positiv aufgenommen hatten und Attolico von Ciano ermächtigt worden war, zu einer «ernsthaften Besprechung der Frage Militärallianzen» eine Zusammenkunft der Aussenminister zu verabreden¹⁵³. Die Italiener reagierten ausserdem mit Skepsis auf Ribbentrops prahlerische Behauptung, er stehe «in Japan mit jenen in Verbindung, die zählen», und das Kaiserreich werde einem Militärpakt ebenso beitreten wie dem Antikominternpakt¹⁵⁴; sie schätzten die Widerstände, die es in Japan gegen allzu englandfeindliche Liaisons noch gab, realistischer ein, und wie sie über Ribbentrops japanische Freunde dachten, zeigt die boshafte Bemerkung Attolicos, in Japan habe es nicht gerade positiv gewirkt, dass ein Mann wie Oshima für den Dreierpakt eintrete¹⁵⁵. Jedenfalls kam es bis zum Ende der Sudetenkrise nicht zu einer «ernsthaften Besprechung», obwohl Hitler im Juli auch noch konkrete Vorschläge für den Auszug der Deutschen aus Südtirol ankündigte. Mussolini hat im Gegenteil, obschon er monatelang in Berlin, Paris und London den Eindruck zu erwecken suchte, ein treuer und auch durchaus kriegsbereiter Freund seines Achsenpartners zu sein, am Ende eine Politik gemacht, die wesentlich zum Zustandekommen der Münchener Konferenz beitrug, und er hat dabei mit der Berliner Friedenspartei um Staatssekretär v. Weizsäcker und mit Chamberlain kollaboriert, nicht mit Hitler und Ribbentrop.

Dass das faschistische Italien einem Krieg an der Seite des nationalsozialistischen Deutschland auswich, aller Achsen-Rhetorik und aller imperialistisch-kriegerischen Gestik zum Trotz, ist vom «Führer» und seinem Aussenminister aber nur als ein zusätzlicher Grund empfunden worden, Italien für den künftigen Ernstfall vertraglich fest zu binden, so wunderbarlich es sich, angesichts ihrer eigenen Vorstellung von Vertragstreue, ausnimmt, dass sie offenbar annahmen, einen Mann wie den Duce mit einem Papier an sich fesseln zu können. Noch in München wurde den italienischen Gästen ein Entwurf für einen Dreierpakt ausgehändigt¹⁵⁶, und vier Wochen später, am 27. Oktober, erschien

¹⁵² AIA, Ap Germania, Bericht Pariani, 15. u. 16.7.1938.

¹⁵³ Ebenda, Ciano an Attolico, 27.6.1938.

¹⁵⁴ Ebenda, Attolico an Ciano, 23.6.1938.

¹⁵⁵ Ebenda, Attolico an Ciano, 2.7.1938.

¹⁵⁶ M. Toscano, *The Origins of the Pact of Steel*, Baltimore 1964.

Ribbentrop in Rom, um den Duce und Ciano endlich auf den rechten Weg zum Militärpakt zu bringen. Er trug seinen Gastgeber – als Meinung des «Führers» – vor, dass der Krieg gegen die Westmächte in einigen Jahren kommen werde und dass es für Deutschland, Italien und Japan nun an der Zeit sei, den politischen und militärischen Aufmarsch gegen die bereits bestehende Kombination England-Frankreich umgesäumt einzuleiten. Habe der «Führer» bislang geglaubt, ein Militärpakt werde die Aufrüstung der Westmächte beschleunigen, die Stellung der Achsenfreunde in Paris und London erschüttern und die USA zu einer Allianz mit Grossbritannien veranlassen, so meine er jetzt, dass die Westmächte ohnehin zu grossen Anstrengungen auf dem Felde der Rüstung entschlossen seien, während die Vereinigten Staaten offensichtlich gar nicht daran dächten, sich in einen Konflikt zwischen der «Achse» und den Demokratien einzumischen, «erst recht nicht, wenn Japan beteiligt ist». Seit der Münchner Konferenz und ihren Resultaten seien die Achsenmächte unangreifbar und die Herren der Situation; bei ihnen liege die Initiative, und das müsse rücksichtslos ausgenutzt werden, zumal der Rücken im Osten und Südosten frei sei: die Freundschaftspolitik mit Polen werde fortgesetzt und ausgebaut, Staaten wie Rumänien, Jugoslawien und Ungarn lehnten sich mehr und mehr an die «Achse» an, Russland sei schwach¹⁵⁷. Dass Ribbentrop den politischen Überblick mit militärischem Bramarbasieren vermischte, dass er mit den «98 Divisionen» prahlte, die Deutschland im vergangenen September bei einem allgemeinen Krieg ins Feld geschickt hätte, dass er mit noch grösserem Enthusiasmus von der Verbesserung der militärischen Lage schwärmte, die München bewirkt habe, und dass er daran die triumphierende Feststellung knüpfte: «Jetzt können wir einen grossen Krieg mit den Demokratien ins Auge fassen!» war in einer bestimmten Hinsicht freilich höchst verdächtig. Dies konnte als ein Indiz dafür aufgefasst werden, dass Hitler und Ribbentrop, wenige Wochen zuvor nur mühsam von einem kriegerischen Abenteuer abgehalten, schon wieder unruhig zu werden begannen und den Beginn des militärischen Konflikts mit den Westmächten nicht erst «in einigen Jahren», wie der Reichsaussenminister betont hatte, erwarteten, sondern bereits wesentlich früher herbeizuführen gedachten.

Wie sich bald zeigen sollte, waren die Italiener in der Tat sogleich misstrauisch geworden. Zunächst reagierten Mussolini und Ciano, zum Erstaunen und zur Enttäuschung ihres Gastes, aber ohnehin ausweichend. Zwar schloss sich Mussolini der Meinung Hitlers an, dass Deutschland und Italien «in wenigen Jahren» gegen die Westmächte Krieg führen müssten; das liege, angesichts des «unheilbaren Bruchs zwischen zwei Welten», in der «historischen Dynamik». Aber dann erklärte er, dass es für einen Militärpakt noch zu früh ein. Ein De-

¹⁵⁷ AIA, Ap Germania, Aufzeichnung über Gespräche Ribbentrop-Ciano-Mussolini, 28.10.1938.

fensivbündnis, wie es zwischen Grossbritannien und Frankreich existiere, sei nicht notwendig, da niemand daran denke oder daran denken könne, die «totalitären Staaten» anzugreifen. Bei dem Bündnis, das selbstverständlich in absehbarer Zeit kommen werde, müsse es sich vielmehr um ein Offensivbündnis handeln: «Wir wollen einen Pakt machen, um die Landkarte der Welt zu verändern!» Und abgesehen davon, dass eine derartige Allianz der sorgfältigen Vorbereitung und der genauen Definition und Abstimmung der beiderseitigen Eroberungsziele bedürfe, sei die Zeit noch nicht reif. In Italien sei wohl die Luftwaffe für den Abschluss eines Militärpakts, und auch in der Marine gebe es Zustimmung, doch im Offizierskorps des Heeres, namentlich in den mittleren und höheren Rängen, sei noch breiter Widerstand anzutreffen. Das katholische Bürgertum betrachte das nationalsozialistische Deutschland leider noch mit Kühle, da die Kirchenpolitik des Regimes rundweg abgelehnt werde; bei einer Entspannung zwischen Staat und Kirche könnte das deutsch-italienische Bündnis viel populärer sein. Alles in allem habe das italienische Volk in der Entwicklung seiner politischen Gefühle erst die «Phase der Achse» erreicht und sei noch nicht bei der «Phase Militärallianz» angekommen. Mussolini suchte Ribbentrop mit dem Hinweis auf die Solidarität der Regime in Deutschland und Italien, die sowieso gegenseitige Hilfe verbürge, zu trösten; auch ohne Militärpakt enthalte doch die «Achse» bereits «eine Vorstellung militärischer Solidarität»¹⁵⁸.

Ribbentrop hatte sich mit solchen Phrasen, die man ihm auch noch in einer schriftlichen Note zukommen liess, und mit Mussolinis Versicherung, dass Berlin bis zum unausweichlichen Abschluss einer Militärallianz keine italienischen Techtelmechtel mit den Westmächten zu fürchten brauche, fürs erste zufriedenzugeben. Einige Wochen lang herrschte Stagnation. Indes hatten die Italiener ihre Zurückhaltung nur mit recht oberflächlichen oder sogar bloss vorgeschützten Argumenten begründet. Ihre wahren Motive sahen ganz anders aus. Mussolini war, bei aller Lust an imperialistischer Expansion, ein Mann, der von Ratio und Realismus nie völlig Abschied nahm, und sein Schwiegersohn Graf Galeazzo Ciano besass, obschon der elegante Geniesser auch Politik in einer Art Playboy-Haltung betrieb und von den sozusagen ästhetischen Reizen der imperialistischen Projekte des Faschismus tatsächlich fasziniert war, eine gehörige Portion Vernunft und selbst eine gewisse Portion patriotischen Verantwortungsgefühls. Wenn ihnen nicht gerade imperialistische Phantasien den Verstand verwirrten und wenn ihnen nicht gerade der Rausch faschistischer Rhetorik und Theatralik die Urteilsfähigkeit minderte, wussten beide sehr genau, dass ihr Land aus geographischen und strategischen Gründen zu verwundbar und aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen viel zu schwach war, um gegen die Westmächte Krieg führen zu können. Ei-

¹⁵⁸ Ebenda.

nen Pakt abzuschliessen, der einen solchen Krieg nicht nur zur Eventualität erklärte, sondern zum Vertragsziel erhob, war mithin in den Augen des Duce und seines Aussenministers eine sehr bedenkliche Sache. Die von den Deutschen gewünschte Allianz kam durchaus in Frage, aber nur dann, wenn es gelang, den zum Bündniszweck deklarierten Krieg so weit in die Zukunft zu verlagern, dass man über seinen Ausbruch noch nicht ernsthaft nachzudenken brauchte, wenn also die praktische Bedeutung des Pakts in der Gegenwart auf seine Verwendbarkeit als politisches Druckmittel reduziert werden konnte. War das mit Partnern möglich, wie sie in Berlin sassen? Dass hier reiflich überlegt werden musste, hatte Attolico schon im Juni gemahnt¹⁵⁹.

Näher noch als die künftigen kriegerischen Möglichkeiten lag zudem eine bei Abschluss des Pakts unmittelbar drohende Gefahr. Seit dem Krieg in Abessinien und der ersten Annäherung an Deutschland war die aussenpolitische Handlungsfreiheit Italiens ständig geringer geworden, und die Gesetzmässigkeit, mit der die Verfolgung eigener imperialistischer Ziele und die Anlehnung an ein laufend stärker werdendes Deutschland die internationalen Optionen des Landes verringerten, ist den italienischen Politikern nicht entgangen; mit dem Blick auf die bevorstehende Annexion Österreichs hatte Graf Ciano schon im Februar 1938 an Dino Grandi, den italienischen Botschafter in London, geschrieben, Italien werde, falls die Annexion tatsächlich komme und dann der solchermassen erstarkte deutsche Nachbar auf die italienische Grenze drücke, «keine Alternative mehr bleiben und wir werden unsere Politik endgültig auf eine klare, offene und unwandelbare Feindschaft zu den Westmächten ausrichten»¹⁶⁰. Stand aber jetzt, wenn man die definitive Entscheidung traf und sich durch einen Militärpakt auf Gedeih und Verderb an Deutschland band, nicht zu befürchten, dass ein optionslos gewordenes Italien in eine zumindest äusserst unangenehme Abhängigkeit von dem in jeder Hinsicht überlegenen Deutschen Reich geriet? Ausserdem: Wie gedachten es die Deutschen, die fortwährend beteuerten, dass die Ziele ihres Imperialismus im Osten lägen und den Italienern das Mittelmeer gehöre, eigentlich mit den italienischen Interessenzonen in Südosteuropa und an der Adria zu halten? Wie gedachten sie es zum Beispiel, nachdem sie gerade schon im Begriff waren, die italienische Position in Ungarn zu liquidieren, im italienischen Einflussgebiet Jugoslawien mit Kroatien zu halten? Schliesslich gab es im Oktober 1938 noch ein weniger grundsätzliches Problem, das ebenfalls ein gewisses Verzögern der Paktfrage geraten erscheinen liess. Ostern 1938 hatte Mussolini die Appeasement-Neigung Chamberlains noch einmal ausnutzen und mit den Briten ein Abkommen schliessen können, das gegen den Abbau des militärischen Engagements Italiens in Spanien die britische Anerkennung des Erwerbs Abessinien vorsah. Das Abkommen war im Oktober noch nicht in Kraft gesetzt, doch stand dies

¹⁵⁹ Wie Anm. 151.

¹⁶⁰ AIA, Ap Germania, Ciano an Grandi, 16.2.1938.

kurz bevor – am 16. November war es dann so weit –, und Mussolini lag doch einiges daran, den offiziellen britischen Segen für das bisher wichtigste imperialistische Unternehmen des faschistischen Italien zu erhalten. Nun mochten die Briten zwei Augen zudrücken, wenn Italien die Verpflichtung zum Rückzug aus Spanien nahezu ignorierte. Ein deutsch-italienischer Militärpakt hingegen, der sich eindeutig gegen die Westmächte richtete, konnte nicht einmal von Chamberlain mit Stillschweigen übergangen werden und musste das Ostern-Abkommen ernstlich gefährden.

Indes brauchte die Enttäuschung in Berlin nicht lange zu währen. Da der Neid auf den Münchner Erfolg des nationalsozialistischen Deutschland fortwährend an ihrem faschistischen Selbstgefühl frass, träumten Mussolini und Ciano alsbald von neuen italienischen Beutezügen, und da sie dafür den Militärpakt mit Deutschland nötig zu haben glaubten, leisteten sie sich doch ein weiteres Mal einen ihrer periodischen Verzichte auf Klugheit und Vorsicht und begannen sich einzureden, dass es ihnen sehr wohl gelingen werde, die deutschen Partner zu kontrollieren und einen Militärpakt ausschliesslich als politisches Druckmittel zu handhaben. Die nächsten Ziele des italienischen Imperialismus waren französischer Besitz, und der Duce versprach sich von einer deutsch-italienischen Militärallianz in erster Linie die notwendige Einschüchterung Frankreichs, während die Gefahr, die Deutschland auch für Grossbritannien darstellte, England daran hindern sollte, Frankreich gegen die italienischen Forderungen den Rücken zu stärken; vielleicht, so spekulierte man in Rom, brachte der Pakt die friedenssüchtigen Briten sogar dazu, in Paris als Fürsprecher der römischen Ansprüche aufzutreten. Nachdem ausserdem das italienisch-britische Ostern-Abkommen am 16. November in Kraft gesetzt worden war und nachdem man wenige Tage später in Rom überdies den Eindruck gewonnen hatte, England und Frankreich seien gerade dabei, ihre Entente in eine Militärallianz umzuwandeln, hielten nun wiederum Mussolini und Ciano Eile für geboten. Am 24. November wurde Attolico von Ciano beauftragt, Ribbentrop – falls sich die Gerüchte über die britisch-französischen Gespräche bestätigen sollten – wissen zu lassen, dass die Formulierungen, die Mussolini während des Ribbentropschen Aufenthalts in Rom gebraucht habe, überholt seien und Italien jetzt auf das militärische Bündnisprojekt eingehen wolle¹⁶¹.

Attolico, der am Militärpakt ohnehin noch keine attraktiven Züge fand, konnte keine Bestätigungen der Gerüchte über eine britisch-französische Militärallianz entdecken und führte daher die Instruktion Cianos zunächst nicht aus¹⁶². Da die Gerüchte auch danach blosser Gerüchte blieben, wurde man in Rom wieder etwas ruhiger. Doch gab man das Bündnisprojekt nicht mehr völ-

¹⁶¹ Ebenda, Ciano an Attolico, 24.11.1938.

¹⁶² Ebenda, Attolico an Ciano, 29.11.1938.

lig auf. Dass Ribbentrop, um der deutsch-britischen Konsultationsvereinbarung, die Hitler und Chamberlain noch in München unterzeichnet hatten, eine deutsch-französische Entsprechung zu geben, am 6. Dezember nach Paris kam und dort eine solche Vereinbarung unterschrieb, stimmte die Italiener misstrauisch. Wohl war die Reise des Reichsaussenministers ohne jede politische Bedeutung, und das galt erst recht, wie Weizsäcker wahrheitsgemäss Attolico mitteilte, für die Konsultationsverpflichtung¹⁶³; tatsächlich hat Ribbentrop seine Pariser Gesprächspartner in souveräner Missachtung der eben formulierten gemeinsamen Erklärung belehrt, dass die Reichsregierung in osteuropäischen Fragen Frankreich gerade nicht mehr konsultieren werde, weil Frankreich in Osteuropa nichts mehr zu suchen habe¹⁶⁴. Aber in Rom sah man derartige deutsch-französische Extratouren trotzdem nicht gerne, zumal sich gerade die italienisch-französischen Beziehungen verschlechterten, und der Militärpakt erschien als probates Mittel, die Deutschen auf dem Pfade der Achsen-Tugend zu halten. Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Rom und Paris war in der Tat dramatisch, allerdings durch die Schuld der Italiener, die den Augenblick für opportun hielten, ein antifranzösisches Erpressungsmanöver einzuleiten und Frankreich in aller Öffentlichkeit mit der ganzen Skala der italienischen Ansprüche zu konfrontieren. Am 30. November hielt Graf Ciano eine aussenpolitische Rede im Faschistischen Grossrat, und als er zum Schluss sagte, Italien werde nicht auf die Verfechtung seiner «natürlichen Ansprüche» verzichten, skandierten auf dieses verabredete Signal hin zahlreiche Ratsmitglieder in Anwesenheit des Duce: «Tunis, Korsika, Nizza, Savoyen!»¹⁶⁵ Die französische Reaktion war vernichtend, und Mussolini musste abermals erfahren, dass zur Einschüchterung und zur Erpressung Frankreichs mehr gehörte als ein italienischer Anspruch. Am 23. Dezember unterrichtete er Ciano, dass er sich entschlossen habe, Ribbentrops Vorschläge anzunehmen¹⁶⁶, und am 2. Januar 1939 schrieb der italienische Aussenminister an Ribbentrop, der Duce sei jetzt bereit, der Umwandlung des Antikominternpakts in einen Militärpakt zuzustimmen; als Termin für die Unterzeichnung schlage er Ende Januar vor¹⁶⁷.

Aber mit ihrer antiwestlichen Bündnispolitik hatten die Berliner wenig Glück. Kaum waren die Italiener auf die deutsche Linie eingeschwenkt, da stellte sich nämlich etwas heraus, wofür es in den Monaten zuvor schon zahlreiche Indizien gegeben hatte: Ribbentrop hatte – wohl etwas anders als der in dieser Frage realistischere Hitler – die japanische Bündnisbereitschaft weit überschätzt bzw. in einem entscheidenden Punkt völlig falsch eingeschätzt.

¹⁶³ Ebenda, Attolico an Ciano, 8.11.1938.

¹⁶⁴ ADAP, D, 4, Nr. 369, 370.

¹⁶⁵ F. Siebert, Der deutsch-italienische Stahlpakt, in: VfZ 7 (1959), S. 372-395; M. Toscano, *Le origine diplomatiche del patto d'Acciaio*, Florenz 1956.

¹⁶⁶ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitlers Germany*, S. 509.

¹⁶⁷ Ebenda; ADAP, D, 4, Nr. 421.

Energischer noch als bisher und jetzt unmissverständlich machte die Regierung in Tokio wieder klar, dass Japan allenfalls dann für den Ausbau des Antikominternpakts in eine Militärallianz zu haben sei, wenn sich der neue Pakt nach den internen Bekundungen der Partner und nach dem Vertragstext eindeutig gegen die Sowjetunion richte. Da die japanisch-sowjetische Spannung in der Mandschurei, in der Mongolei und in Nordchina immerhin noch andauerte und gelegentlich auch gefährlich wirkende Formen annahm – ab Mai 1939 sollte es in der Mongolei sogar, ohne dass ein Krieg erklärt worden wäre, zu monatelangen grösseren Kampfhandlungen kommen –, hätte die japanische Regierung nichts dagegen gehabt, Stalin mit einer militärischen Verbindung zwischen Berlin und Tokio zu beeindrucken und von ernsthafteren Operationen im Fernen Osten abzuhalten. Auf der anderen Seite dominierten in Japan, solange es die Konflikte mit der Sowjetunion gab und solange ein beträchtlicher Teil der militärischen Energie des Landes nach China abgesogen wurde, jene Kräfte – Hof, Marine, Teile der Wirtschaft, hohe Bürokratie, liberale Gruppen in den gesellschaftlichen und politischen Eliten –, die sich jeder offenen Herausforderung Grossbritanniens und der USA strikt widersetzten. Ihrer Meinung nach wäre aber ein antibritischer Militärpakt mit Deutschland und Italien eine solche Herausforderung gewesen, und so liess die japanische Regierung keinen Zweifel daran, dass Nippon einer Dreierallianz mit der von Berlin und Rom gewünschten Ausrichtung nicht beitreten werde.

Es ist nun ein schlagender Beweis für die im Augenblick gegebene Westwendung der Hitlerschen Expansions- und Kriegsplanung, dass sich nicht nur die Italiener, sondern auch die Deutschen an einem Vertrag, dessen Spitze auf Moskau zielte, gänzlich desinteressiert zeigten und auf einer eindeutig antiwestlichen Zielsetzung des Militärpakts bestanden.

Da Ribbentrop, bestärkt von General Oshima, die Interessenlage Japans nicht wahrhaben und die Weigerung der japanischen Regierung nicht ernst nehmen wollte, unternahm er eine lange Serie von Versuchen, die Japaner von ihrer, wie er sagte, «lächerlichen» Haltung abzubringen¹⁶⁸. Zeitweise kam es dabei zu einem Belauern der Vorgänge in Tokio, das der Komik nicht entbehrte: Schien die Paktpartei in einer Kabinettsitzung oder in einer Besprechung zwischen Heer und Marine einen Millimeter gewonnen zu haben, brach in Berlin unmässiger Optimismus aus, erfuhr man einen Tag später, dass die Paktgegner ihren Kurs doch behauptet hatten, entweder schon gegen Ende der Kabinettsitzung oder kurz danach etwa durch eine Intervention der anglophilen Hofkreise, herrschten Verärgerung und grimmiger Zorn. Gelegentlich schickte Ribbentrop auch General Oshima nach Tokio, damit er die japanische Regierung endlich zur Vernunft bringe, und stellte dem Botschafter für die Reise sogar ein deutsches Flugzeug zur Verfügung. Süffisant bemerkte einmal der italienische Botschafter Attolico, als er Graf Ciano über eine derartige Mis-

¹⁶⁸ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 4.3.1939.

sion Oshimas berichtete, Ribbentrop sei. «so aufgeregt, dass er am liebsten selber fliegen würde»¹⁶⁹; die Italiener schätzten die Situation in Tokio richtiger ein und wären ohnehin, da sie den Militärpakt ja nur als diplomatischen Knüppel zu verwenden gedachten, schon früh mit einem Zweiervertrag zwischen Berlin und Rom zufrieden gewesen. Indes blieben alle Bemühungen, die japanische Regierung umzustimmen, notwendigerweise vergeblich. Fürs erste bestand die tatsächliche Wirkung der deutsch-japanischen Verhandlungen darin, dass sie Berlin einen doppelten Nachteil bescherten: Sie blockierten den Abschluss eines deutsch-italienischen Militärpakts und sie gaben den britischen Politikern – die Londoner Regierung war über den Gang der Dinge zwischen Berlin und Tokio ganz gut unterrichtet – die Gewissheit, dass von Japan vorerst nichts Ernstes zu befürchten war und Grossbritannien sich auf die in Europa drohenden Gefahren konzentrieren durfte.

Auch ein anderes Manöver im Aufmarsch gegen den Westen kam nicht recht vom Fleck, obgleich Hitler und Ribbentrop eine Weile lang gerade dieses Manöver offensichtlich für ein simples und problemloses Unternehmen hielten. Für den Stoss nach Westen musste, wie Ribbentrop ja bereits bei seinen Oktobergesprächen mit Mussolini und Ciano zu verstehen gegeben hatte, die Ruhe im Rücken garantiert sein, und zwar durch eine Anbindung der ost- und südosteuropäischen Nachbarstaaten an Deutschland und Italien, die der Unterordnung unter zwei Führungsmächte gleichkam. Bei Ungarn machte das auch nicht die geringsten Schwierigkeiten. Nach etlichen deutschen Winken trug Ungarn, das seit München in aussenpolitischen Fragen faktisch zum Befehlsempfänger Berlins geworden war, der veränderten Machtlage auch äusserlich Rechnung, indem es zur Besiegelung der Anerkennung des deutschen Führungsanspruchs am 24. Februar 1939 in den Antikominternpakt ein – und am 11. April aus dem Völkerbund austrat. Wichtiger noch als Ungarn war aber Polen. Am 22. August 1939, als die Dinge schon völlig anders lagen, hat Hitler noch einmal klar ausgesprochen, dass er, um Rückendeckung gegen den Westen zu haben, vom Spätsommer 1938 bis zum Frühjahr 1939 an der Ruhigstellung Polens gearbeitet hatte. Unter anderem sagte er: «Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen.»¹⁷⁰ Doch die polnische Regierung verhielt sich nicht so wie die Budapester Politiker, obschon Ribbentrop in Rom den Fall Polen ebenfalls als praktisch bereits erledigt hingestellt hatte. Allerdings gab es auch einen wesentlichen Unterschied im Verfahren. Während Hitler und Ribbentrop den Ungarn wenigstens keine konkreten Opfer zumuteten, den Kotau vor Deutschland vielmehr mit weiteren territorialen Gewinnen zu belohnen verhiessen, suchten sie die Polen mit einer Kombination aus Lockung und Forderung ins Lager der Achsenmächte zu ziehen.

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ Vgl. Anm. 138.

Noch während der Sudetenkrise, am 10. August 1938, hatte Göring dem polnischen Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, auseinandergesetzt, dass der Prozess der deutsch-polnischen Annäherung nicht bei dem bisher erreichten und durch das Zusammenwirken gegen die CSR weiter zu erreichenden Stand stehenbleiben dürfe. Nach dem tschechischen Problem werde die russische Frage aktuell werden, hatte der Generalfeldmarschall hinzugefügt und für diesen Fall deutlich eine gewinnbringende deutsch-polnische Zusammenarbeit angeboten: an der Ukraine etwa sei das Deutsche Reich nicht selbst interessiert¹⁷¹. Das war nicht Görings erster Versuch, die «grosspolnische» Begehrlichkeit zu wecken, wie sie sich während des polnisch-sowjetischen Krieges von 1919/20 in Marschall Pilsudskis Zug nach Kiew gezeigt hatte. Schon Ende Januar 1935, als er zum ersten Mal nach Polen gekommen war, hatte er bei seinen polnischen Gesprächspartnern sondiert¹⁷², um im Februar 1937 in einer Unterhaltung mit Marschall Edward Rydz-Smigly, dem Generalinspekteur der polnischen Streitkräfte, bereits offener¹⁷³ und bei einem erneuten Polen-Besuch in der zweiten Februarhälfte 1938 ganz offen zu sprechen¹⁷⁴. Solche Offerten hatten auch Substanz. Hitler war durchaus bereit, polnische Bundesgenossenschaft bei der deutschen Ostexpansion territorial zu belohnen, zumal der Bundesgenosse im Laufe des gemeinsamen Unternehmens unweigerlich zu einem abhängigen Satellitenstaat werden musste, über dessen endgültiges Schicksal im deutschen Machtbereich später nach Belieben entschieden werden konnte. Am Vorabend der Münchner Konferenz hatte sich dann Ribbentrop den polnischen Botschafter zu einer nächtlichen Unterredung geholt, und als der Reichsaussenminister seinen Gast bat, über den Beitritt Polens zum Antikominternpakt nachzudenken, verstand Lipski das mit Recht als eine Bestätigung der Göringschen Hinweise vom August¹⁷⁵.

Nach München erfuhr die deutsche Haltung jedoch eine bezeichnende Veränderung. Am 24. Oktober lud Ribbentrop den polnischen Botschafter nach Berchtesgaden ein, und im Laufe einer dreistündigen Unterhaltung schlug er Lipski eine «Generalvereinbarung» der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen vor: Der Freistaat Danzig müsse zum Deutschen Reich zurückkehren und Deutschland eine aus Autobahn und Bahnlinie bestehende exterritoriale Verbindung von Pommern nach Ostpreussen – durch den sog. «Polnischen Korridor» – bekommen; dazu habe Polen dem Antikominternpakt beizutreten. Unter solchen Voraussetzungen sei wiederum das Reich bereit,

¹⁷¹ APA, Botschaft Berlin, Mappe 18, Lipski an Beck, 11.8.1938.

¹⁷² A. Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz – Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 105 ff.

¹⁷³ Weissbuch der Polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939, Basel 1940, Nr. 29.

¹⁷⁴ Lipski, Diplomat in Berlin, S. 345ff. – St. Schimitzek, Drogi ibez droza minioney epoki, Warschau 1976, S. 420.

¹⁷⁵ APA, Botschaft Berlin, Mappe 19, Lipski an Beck, 28.9.1939.

die derzeitige deutsch-polnische Grenze anzuerkennen, Polen eine ebenfalls exterritoriale Verbindung im Danziger Gebiet einzuräumen und den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag von 1934 – der noch mehr als fünf Jahre Laufzeit hatte – «um zehn bis fünfundzwanzig Jahre» zu verlängern¹⁷⁶. Neben den Köder – im Begriff Antikominternpakt steckte noch immer die Verheissung eines gemeinsamen Beutezugs gegen die Sowjetunion – hatte also Ribbentrop nun etliche Forderungen placiert. Abgesehen davon, dass darin auch eine durch den Triumph von München bewirkte Zunahme der nationalsozialistischen Arroganz zum Ausdruck kam, war die Addition indes eine logische Folge der neuen Berliner Prioritätensetzung. Wenn zuerst die Lage im Westen bereinigt und für diesen Fall polnische Passivität gesichert werden sollte, hatte Polen eben ohne und vor einer östlichen Unternehmung diszipliniert zu werden. Als geeignete Mittel erschienen Hitler und Ribbentrop einmal die Durchsetzung einiger Ansprüche des deutschen Revisionismus, die dem Reich überdies eine weitgehende Kontrolle des polnischen Zugangs zur Ostsee und die Festsetzung auf polnischem Territorium bringen würde, vor allem aber der Beitritt Polens zum Antikominternpakt, der – so bedeutungslos die derart bekundete Anerkennung der deutschen Führungsrolle unter Umständen sein mochte – Polen schon jetzt mit der Sowjetunion verfeinden und Warschau ausserdem die letzten Reste französisch-britischer Unterstützungsbereitschaft kosten, dem Land mithin jede aussenpolitische Möglichkeit ausser der Anlehnung an Deutschland nehmen musste. Fraglos rechneten der «Führer» und sein Aussenminister mit der Annahme ihrer Forderungen. Schliesslich war Polen schwächer und durfte sich daher glücklich schätzen, im Moment noch so billig davonzukommen und nach wie vor eine Einladung zur Komplizenschaft gegen Russland in Händen zu halten. Auch glaubten sie sich Mühe gegeben zu haben, dass die Pille, die sie den Polen reichten, nicht zu bitter schmeckte. Ribbentrop hatte die in mancherlei Hinsicht benachteiligte deutsche Minderheit in Polen mit keiner Silbe erwähnt, und neun Tage vor dem Berchtesgadener Gespräch, am 13. Oktober, hatte Hitler eine Weisung an die deutsche Presse gehen lassen, wie bisher kein Wort der Kritik über die – durchaus kritikwürdige – polnische Minderheitenpolitik zu bringen¹⁷⁷.

Lipski, in Breslau geboren, zweisprachig aufgewachsen und aus einer prominenten Familie stammend, die in den geographischen und politischen deutsch-polnischen Kontaktzonen seit Langem eine hervorragende Rolle spielte – sein Vater hatte in der Opposition gegen die ebenfalls ruppige Polenpolitik des wilhelminischen Deutschland seinen Mann gestanden¹⁷⁸ –, Lipski nahm die Eröffnungen Ribbentrops sogleich todernst; er war bestürzt und sah

¹⁷⁶ ADAP, D, 5, S. 87 ff.

¹⁷⁷ Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PAA), Büro Staatssekretär, Polen, I, 34468.

¹⁷⁸ Lipski, Diplomat in Berlin, S. XIII ff.

pessimistisch in die Zukunft. Sicherlich könne man die Deutschen, so sagte er am 29. Oktober zum Grafen Jan Szembek, Staatssekretär im polnischen Ausenministerium, jetzt noch einmal «wegschieben», doch würden sie wiederkommen¹⁷⁹. In Warschau aber reagierten Ausenminister Jozef Beck, sein Kabinettschef Graf Michal Lubienski und Graf Szembek zunächst weder besorgt noch mit leichtherziger oder grimmiger Entschlossenheit, sie reagierten vielmehr mit ungläubigem Erstaunen. Danzig? Hatte der «Führer» nicht am 6. November 1937 – am Tag zuvor war in Berlin eine freundschaftliche deutsch-polnische Grundsatzserklärung zur künftig wohlwollenden Behandlung der deutschen Minderheit in Polen und zum rücksichtsvollen Umgang mit der gleichfalls arg geplagten polnischen Minderheit in Deutschland unterzeichnet worden – Lipski offiziell versichert, dass «er nicht beabsichtige, das Danziger Statut zu ändern»? Hatte der «Führer» nicht am 14. Januar 1938 Ausenminister Beck erneut offiziell versichert, «dass er keine Änderung des Danziger Statuts unterstützen werde»¹⁸⁰? Hatte schliesslich der «Führer» nicht erst am 20. Februar 1938 – seither war noch kein Dreivierteljahr vergangen – in öffentlicher Rede im Reichstag versichert, dass die polnische Respektierung der nationalen Verhältnisse in Danzig und die deutsche Respektierung der polnischen Rechte in Danzig einen «Weg zur Verständigung» geebnet hätten, «die, von Danzig ausgehend, trotz der Anstrengungen einiger Friedensstörer die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland endgültig zu entgiften und in eine aufrichtige und freundschaftliche Zusammenarbeit zu verwandeln vermochte»? Hatte sich nicht Generalfeldmarschall Göring zur gleichen Zeit im gleichen Sinne geäussert¹⁸¹? Gewiss waren ab und zu wilde Reden des Danziger Gauleiters Albert Forster und anderer lokaler NSDAP-Funktionäre zu registrieren gewesen, in denen diese Heisssporne den Anschluss Danzigs an das nationalsozialistische Deutschland nicht nur gefordert, sondern – als unausweichlich und bald bevorstehend – auch prophezeit hatten¹⁸². Derartige Vorfälle hatte man mit den deutschen Freunden in Berlin besprochen, und dabei waren sich beide Seiten stets einig gewesen, dass es sich nur um lokale Entgleisungen handle und auch künftig nur um lokale Entgleisungen handeln werde. Gab es im Übrigen zwischen dem Polen Pilsudskis, national, sozial und vor allem autoritär, und dem nationalsozialistischen Deutschland nicht auch Elemente der ideologischen und politischen Verwandtschaft? Hatte man nicht gerade mit den deutschen Freunden gegen die Prager Bauern- und Kleinbür-

¹⁷⁹ Diariusz i Teki Jana Szembeka (1935-1945), Tom IV 1938/39, hrsg. v. Jozef Zaränsi, London 1972 (Szembek-Tagebuch), S. 334.

¹⁸⁰ PAA, Pol. V 7617/37.

¹⁸¹ Zit. im polnischen Memorandum v. 5.5.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34728 ff.

¹⁸² L. Denne, Das Danzig-Problem in der deutschen Ausenpolitik 1934-1939, Bonn 1959.

gerrepublik so gut zusammengewirkt? War nicht das polnische Ultimatum an die tschechoslowakische Regierung als «Ausdruck grosser Tatkraft und selbständigen Handelns» von Göring wärmstens belobigt worden¹⁸³? Die deutschen Freunde, so redeten sich die Warschauer Politiker zu, konnten unmöglich Miene machen, das gleiche Spiel wie gegen die CSR jetzt gegen Polen zu inszenieren: «Wir sind doch keine Tschechen!»¹⁸⁴

Doch schienen auch handfeste politische Argumente dafür zu sprechen, dass Hitler keine ernstlichen Schwierigkeiten mit Polen wollen konnte. Da Beck und seine Mitarbeiter seit der deutsch-polnischen Annäherung von 1933/34 den Blick für die wahre Natur ihrer Berliner Partner verloren hatten, waren von ihnen die expansionistischen Tendenzen der nationalsozialistischen Führer und der NS-Bewegung – auch in Form der russlandfeindlichen Winke an die eigene Adresse in Warschau – nicht mehr ernst genug genommen worden; im Grunde vermochten sie sich nicht vorzustellen, dass Hitler wirklich auf Krieg aus war und die europäische Normalität völlig zu überrennen gedachte. Selbst München hatte ihnen nicht die Augen geöffnet, obwohl ihnen nicht verborgen geblieben, ja ihnen in Berlin ausdrücklich gesagt worden war, dass Hitlers Pläne eigentlich auf die Eroberung der ganzen Tschechoslowakei zielten. So waren sie nach wie vor überzeugt davon, dass das nationalsozialistische Deutschland kein Interesse daran haben könne, Polen zu schwächen, das schliesslich als Bollwerk Europas und Deutschlands gegen den Bolschewismus und das bolschewistische Russland fungiere; noch am 20. September 1938 hatte Hitler im Gespräch mit Lipski betont, dass er Polen in dieser Hinsicht als «erstrangigen Faktor» schätze¹⁸⁵. Sollte es gar zu einem militärischen Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen kommen, würde Polen natürlich geschlagen werden, und eine dann vermutlich entstehende gemeinsame deutsch-russische Grenze mussten die Deutschen doch, wie manche Warschauer Politiker und Diplomaten in einer groben Verkennung der Hitlerschen Politik annahmen, fürchten. Die Münchner Konferenz hatte um den Preis einer Stärkung Deutschlands, so glaubten Beck und seine Umgebung, die lange währende Aussperrung der Sowjetunion aus Europa gebracht, und obwohl ihnen ein französischer Freund wie Rene Massigli, Leiter der Politischen Abteilung im Pariser Aussenministerium, mehrmals im Lauf des Jahres 1938 vorhergesagt hatte, dass in einem solchen «äusserst gefährlichen» Fall Polen das nächste Opfer nationalsozialistischer Aggression sein werde, hielten polnische Diplomaten die Verdrängung der UdSSR unbeirrt für «einen besonders glücklichen Aspekt» Münchens¹⁸⁶. Sicherlich hatten die Deutschen nicht vor, dies teilweise oder ganz auszulöschen, indem sie Polens Bollwerk-Funktion er-

¹⁸³ APA, Botschaft Berlin, Mappe 19, Lipski an Beck, 1.10.1938.

¹⁸⁴ Szembek-Tagebuch, S. 339, 484, 488.

¹⁸⁵ APA, Botschaft Berlin, Mappe 18, Lipski an Beck, 20.9.1938.

¹⁸⁶ Ebenda, Frankiewski an Beck, 21.9.1938:

schwerten oder gar zerstörten. Dass die Deutschen plötzlich so ominöse Forderungen anmeldeten, schrieben Beck und andere Warschauer Politiker einem temporären Anfall von Übermut zu, der nach dem Erfolg von München verständlich sein mochte und sich bei hinhaltender Behandlung der Ribbentropschen Vorschläge ohne Zweifel bald wieder legen werde. Gewiss habe München, so erklärte Beck am 4. November seinen Kabinettskollegen, die Lage verändert, da nun der Völkerbund definitiv erledigt und das französische System in Osteuropa bis fast zur Bedeutungslosigkeit kompromittiert sei. «Andererseits», so fuhr er beruhigend fort, «hat sich gezeigt, dass die Löwen, wenn man eng mit ihnen zusammenlebt, gar nicht so gefährlich sind.»¹⁸⁷

Als ersten Zug hinhaltender Taktik übermittelte Beck dem Reichsaussenminister eine Antwort, in der er zunächst sagte, dass nach seiner Meinung das deutsch-polnische Verhältnis während der tschechischen Krise seine Bewährungsprobe bestanden habe, und dann daran erinnerte, «dass die geradlinige polnische Politik für Deutschland bei der Gewinnung des Sudetengebietes von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen». Die polnische Regierung «habe während dieser kritischen Tage alle Sirenenklänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen». Anschliessend liess er – die Antwort überbrachte am 19. November Botschafter Lipski – darlegen, dass Polen einer Eingliederung Danzigs in das Reich aus wirtschaftlichen und politischen, vor allem auch innenpolitischen, Gründen nicht zustimmen könne, doch sei es wohl angezeigt, das derzeitige Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag über Danzig zu ersetzen, in dem «man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne mit allen Rechten, die hieraus resultieren, andererseits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaftlichen Rechte gleichfalls sicherstelle, wobei der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten bleibe». Zur Forderung nach einer exterritorialen Verbindung zwischen Pommern und Ostpreussen vermied Beck eine klare Stellungnahme, doch deutete Lipski, «persönlich» sprechend, an, dass man bei diesem Problem über Kompromisse nachdenken könne¹⁸⁸. Die Reaktion Ribbentrops fasste Lipski in einem schwer erklärlichen Missverständnis als deutschen Rückzieher auf, und er gewann überdies den ganz unberechtigten Eindruck, dass der deutsche Vorstoss allein das Werk Ribbentrops gewesen sei, unternommen ohne Wissen Hitlers¹⁸⁹. In solchem Sinne berichtete er Beck, und der polnische Aussenminister durfte sich in seiner Politik erst recht bestätigt fühlen, als ihm der deutsche Botschafter in Warschau, Adolf v. Moltke, am 22. November vertraulich mitteilte, er, Moltke, habe Ribbentrop gleich ge-

¹⁸⁷ Szembek-Tagebuch, S. 339.

¹⁸⁸ ADAP, D, 5, S. 106 ff.

¹⁸⁹ Szembek-Tagebuch, S. 359.

warn, dass die polnische Haltung in der Danziger Frage negativ sein müsse, und er freue sich, jetzt sagen zu können, dass der Reichsaussenminister das nach dem Gespräch mit Lipski gebührend verstanden habe: «Berlin stand zuvor unter dem Eindruck falscher Informationen.»¹⁹⁰

Aber eine gewisse Unruhe brachte Beck doch nicht mehr los. Von Anfang an stand fest, dass die deutschen Forderungen unerfüllbar waren. Beck verfolgte, als getreuer Schüler des von ihm verehrten Marschalls Pilsudski, des «Kommandanten», eine strikte Politik des «Gleichgewichts» zwischen den Grossmächten Deutschland und Russland¹⁹¹. Eine engere Anlehnung an einen der beiden Nachbarn, die überdies mit einer politischen Feindschaftserklärung an den anderen Nachbarn verbunden war, hätte Polen zum Vasallen des stärkeren «Freundes» gemacht und alsbald – zumal bei dem politischen Charakter der Nachbarn – neben der äusseren auch die innere Freiheit gekostet. Beck war nicht bereit, in solche Richtung auch nur einen Schritt zu gehen. Also konnte Polen wohl über eine verkehrstechnisch bessere und auch zollfreie Verbindung zwischen Pommern und Ostpreussen mit sich reden lassen, jedoch nicht über die Exterritorialität der Verbindung, nicht über Danzigs Anschluss an das Deutsche Reich und vor allem nicht über den Beitritt zum Antikominternpakt. Sollten es die Deutschen mit ihren Forderungen doch ernster meinen, mussten mithin zumindest schwierige Zeiten erwartet werden.

Beck, der Anfang November 1937 im Palais Brühl in einer kleinen Rede zur Feier seines ersten Jahrfünfts als Aussenminister bekannt hatte, dass er sich auch in jeder konkreten Situation die Frage stelle: «Was hätte der Kommandant in dieser Lage getan?»¹⁹² begann daher immerhin einige Vorkehrungen zu treffen. So sorgte er dafür, dass die Gespräche zwischen Ribbentrop und Lipski vorerst nur einem ganz kleinen Personenkreis im Aussenministerium bekannt wurden¹⁹³. Damit sollte vor allem verhindert werden, dass eine dann unweigerlich öffentliche Erörterung in Frankreich und namentlich in Grossbritannien, wo das Prestige Polens angesichts der deutsch-polnischen Kollaboration gegen die CSR auf einen Tiefpunkt gesunken war, womöglich Zustimmung für die eine oder andere deutsche Forderung und vielleicht sogar ähnlichen Druck auf Warschau wie zuvor auf Prag provozierte¹⁹⁴. Ferner bemühte sich Beck um eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Gleich nach München hatte er den polnischen Botschafter in Moskau, Waclaw Grzybowski, beauftragt, in diesem Sinne mit Vladimir Potemkin zu sprechen, dem Stellvertreter des sowjetischen Aussenministers Maxim Litwinow¹⁹⁵. War es dabei noch einfach um Normalisierung gegangen, nach-

¹⁹⁰ APA, Botschaft Berlin, Mappe 804, Aufzeichnung Beck-Moltke, 22.11.1938.

¹⁹¹ Wojciechowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen.

¹⁹² Schimitzek, S. 414.

¹⁹³ Ebenda, S. 441, 443.

¹⁹⁴ Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany, S. 500.

¹⁹⁵ H. Batowski, Europa zmierz ku przepasci, Posen 1977, S. 125 ff.

dem Polens Vorgehen gegen die CSR das polnisch-sowjetische Verhältnis ziemlich belastet hatte, so bekamen die polnischen Initiativen nach dem 24. Oktober noch einen zusätzlichen Sinn. Als nach etlichen Unterhaltungen zwischen Grzybowski und Litwinow am 27. November 1938 ein polnisch-sowjetisches Kommuniqué veröffentlicht wurde, in dem beide Seiten, von sonstigen Freundlichkeiten abgesehen, bekräftigten, dass der zwischen ihnen am 25. Juli 1932 abgeschlossene und am 5. Mai 1934 bis zum 31. Dezember 1945 verlängerte Nichtangriffspakt nach wie vor die Grundlage ihrer Beziehungen darstelle, hatte Beck damit Moskau versichert und Berlin signalisiert, dass sich Polen keiner antirussischen Kombination anschliessen werde. Wie Graf Szembek notierte, handelte es sich bei dem Kommuniqué nur um eine Geste¹⁹⁶; mehr wollte und konnte Beck den Sowjets nicht geben, wenn er nicht wiederum den Zorn der Deutschen – der nun gefährlicher war, als er noch ein Jahr zuvor gewesen wäre – auf sich ziehen wollte. Doch mochte die Geste genügend Entlastung im Osten bringen, um die Konzentration auf die im Westen aufgetauchten Probleme zu erlauben.

Vor allem aber verfolgte Beck mit vermehrtem Eifer eine Lieblingsidee, die ihm so ans Herz gewachsen war, dass er die bei ihrer Verwirklichung gegebene praktische Bedeutung masslos überschätzte, zumal in der jetzt entstandenen Situation, in der er etwas im Gesicht gespürt hatte, das vielleicht die erste Bö eines gegen Warschau heranziehenden Wirbelsturms war. Von der Ostsee bis zur Adria sollte, so träumte er seit Langem, durch einen engeren Zusammenschluss Polens, Ungarns und Jugoslawiens – unter Beteiligung Italiens – zwischen den Grossmächten ein «Drittes Europa» entstehen und sich gegen die wirtschaftlich und politisch Stärkeren unabhängiger halten können als jedes einzelne Land allein¹⁹⁷. Von der Rolle als Organisator und Lenker, nach der er dabei trachtete, versprach er sich für Polen eine Konsolidierung des sowieso beanspruchten Grossmachtstatus und in erster Linie mehr Sicherheit. Im Rahmen seiner Konzeption schrieb er der Schaffung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze grosse Bedeutung zu, und daher setzte er sich nach dem Münchner Abkommen sowohl in Budapest wie in Berlin energisch für den Erwerb der Karpatho-Ukraine durch Ungarn ein; zugleich erhoffte er sich davon, dass die notorisch harte Minderheitenpolitik der Magyaren mit der für Polen – wo ja eine stattliche Anzahl Ukrainer lebte – nicht ungefährlichen grossukrainischen Agitation kurzen Prozess machen werde, die in der Karpatho-Ukraine von deutschen Agenten – worüber sich Beck in Berlin denn auch lebhaft beklagte – seit München entfaltet wurde. Noch Ende Februar 1939, als sich Graf Ciano für einige Tage in Polen aufhielt, suchte Beck den Aussenminister des südlichen Achsenpartners für seine Pläne zu erwärmen.

¹⁹⁶ Ebenda.

¹⁹⁷ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 193, 204 f., 323, 405, 499.

Ciano hütete sich freilich, sich auf osteuropäische Manöver einzulassen, die deutsches Stirnrunzeln hervorrufen konnten; «dieser Mensch», spottete Beck wenig später voll Ingrim in einem Brief an einen Freund, «fürchtet sich vor seinem eigenen Schatten, wenn er von Deutschlandpolitik in Osteuropa spricht»¹⁹⁸. Auch sonst zeitigten Becks Anstrengungen kaum Resultate, doch hätte der von ihm erstrebte Verbund relativ schwacher Länder für die erhoffte Funktion als Block ohnehin nie die notwendige Stärke gewonnen.

Die Hilfsmittel, die Polen gegen eine etwaige Bedrohung zu Gebote standen, konnten also, alles in allem, wenig Vertrauen erwecken. Kein Wunder, dass Becks Unruhe nicht verschwand, sondern zunahm. Im Laufe des Dezember 1938 verriet er zwar noch nicht gerade Furcht oder Nervosität, aber doch eine gewisse Beunruhigung. Intern sprach er nun davon, dass die deutsch-polnischen Beziehungen einen «toten Punkt» erreicht hätten, wofür er jedoch noch nicht Hitler verantwortlich machte, sondern den schrecklichen Ribbentrop¹⁹⁹; es war erst zehn Monate her, dass Beck den Wechsel von Baron Neurath zu Ribbentrop begrüsst hatte, weil er annahm, dass die Ablösung eines polenfeindlichen Deutschnationalen durch einen unbefangenen Nationalsozialisten für Polen vorteilhaft sei²⁰⁰, doch waren ihm inzwischen die gefährlichen Eigenschaften und die bedenklichen politischen Tendenzen des neuen Reichsaussenministers von Lipski sehr deutlich geschildert worden. An Ribbentrop war nicht zuletzt zu fürchten, dass er, wie Lipski darlegte, antibritisch empfand und daher in einer grotesken Unterschätzung Grossbritanniens daran arbeitete, Hitler und das Deutsche Reich in einen Krieg mit den Westmächten zu hetzen²⁰¹. Für Polen musste das in jedem Falle bedrohlich sein: Selbst wenn die Deutschen nicht verleitet wurden, vor der Wendung gegen den Westen Polen in einem raschen Feldzug niederzuwerfen, war dann die Unterwerfung des Landes durch Deutschland kaum mehr abzuwenden, da die polnische öffentliche Meinung ein Eingreifen auf der Seite Deutschlands niemals dulden und ein siegreiches Deutschland die Neutralität Polens nicht ungerächt lassen würde²⁰². Das Bedürfnis Becks nach einer Klärung der Lage wurde immer dringlicher, d.h. sein Bedürfnis, mit den massgebenden Leuten in Berlin persönlich zu reden. Am 14. Dezember bat er den deutschen Botschafter zu sich, und nachdem er von «einer gewissen Spannung» im deutsch-polnischen Verhältnis gesprochen hatte, die doch eine «Absurdität» sei, teilte er Moltke mit, dass er Lipski angewiesen habe, ein Gespräch Becks mit Ribbentrop vorzuschlagen²⁰³. Beck hätte die Unterredung gerne nach Warschau gelegt, doch

¹⁹⁸ Vgl. Anm. 81.

¹⁹⁹ Szembek-Tagebuch, S. 376.

²⁰⁰ Schimetzki, S. 419.

²⁰¹ Szembek-Tagebuch, S. 359.

²⁰² Ebenda, S. 367 f.

²⁰³ Moltke an AA, 15.12.1938, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34498 ff.

wurde schliesslich vereinbart, dass er Anfang Januar 1939 mit Hitler und Ribbentrop in Deutschland Zusammentreffen werde.

Von einem Aufenthalt an der Riviera zurückkehrend, machte also Beck am 5. und 6. Januar in Bayern Station, wo er in Berchtesgaden zuerst mit Hitler und dann in München mit Ribbentrop konferierte²⁰⁴. Beide Gespräche verliefen alles andere als beruhigend. Zwar schlugen sowohl der «Führer» wie sein Aussenminister einen durchaus freundschaftlichen Ton an, und beide versicherten ihrem polnischen Gast, dass sie gewillt seien, das bestehende gute Verhältnis zwischen dem Reich und Polen zu konsolidieren und weiter zu verbessern. Auch Beck tat so, als sei in den deutsch-polnischen Beziehungen grundsätzlich alles in bester Ordnung, als gebe es lediglich etliche kleinere Schwierigkeiten, die gewiss leicht ausgeräumt werden könnten. Aber Becks Hoffnung, er werde eine Bestätigung der positiven Eindrücke mit nach Warschau nehmen dürfen, die Lipski am 19. November gehabt hatte, wurde bitter enttäuscht. Wie sich die beiden Deutschen die «Konsolidierung» vorstellten und was sie zu den «kleinen Schwierigkeiten» zu sagen hatten, liess nicht den mindesten Zweifel daran, dass aus dem Katalog, den Ribbentrop am 24. Oktober präsentiert hatte, nicht eine einzige Forderung herausgenommen oder wenigstens abgeschwächt worden war und dass es sich bei dem Katalog selbst keineswegs nur um ein Werk Ribbentrops, sondern sehr wohl um das Werk des «Führers» handelte. Tatsächlich hörte sich der Anspruch auf Danzig noch bestimmter an als zuvor, und auch im Hinblick auf Russland wurden die Deutschen drängender. Ribbentrop kam auf den Beitritt Polens zum Antikominternpakt zurück, und nachdem er für die Zukunft die lockendsten Bilder deutsch-polnischer Partnerschaft gegen die Sowjetunion und speziell in der ukrainischen Frage gemalt hatte, erklärte er, dies setze natürlich «eine immer klarere antirussische Einstellung Polens voraus».

Becks Beunruhigung wandelte sich zu tiefer Besorgnis. Er hatte sich genötigt gefühlt, Hitler und Ribbentrop auseinanderzusetzen, dass Polen der Annexion Danzigs durch das Reich nicht zustimmen könne. Dabei hatte er Hitler klarzumachen versucht, dass er in der Danziger Frage nicht auf jene nationalistischen Oppositionellen Rücksicht nehme, die in Warschauer Kaffeehäusern politisierten; um diese Leute habe er sich noch nie gekümmert und sei trotzdem noch immer im Amt. Vielmehr sei in der Danziger Frage die ganze polnische Gesellschaft äusserst reizbar, und zwar in den tiefsten Schichten ihrer Gefühle²⁰⁵. Als am 18. Februar der ReichsführerSS Heinrich Himmler Warschau besuchte, bekam er von einem der Stellvertreter Becks, Mieroslaw Arcziszewski, Ähnliches zu hören, und als Himmler auf der Eingliederung Danzigs beharrte, sagte Arcziszewski, Polen werde sich mit der «Gleichschaltung» des ja ohnehin nationalsozialistisch regierten Freistaats abfinden, aber nicht

²⁰⁴ ADAP, D, 5, S. 127 ff, 132 ff.; Polnisches Weissbuch, Nr. 48, 49.

²⁰⁵ Szembek-Tagebuch, S. 464.

mit dessen Anschluss²⁰⁶. Zweitens war Beck erst recht gezwungen gewesen, die deutschen Avancen im Hinblick auf Russland deutlich zurückzuweisen. Wohl hatte er auf Ribbentrops Frage, ob man denn in Polen die Aspirationen Pilsudskis auf die Ukraine tatsächlich völlig aufgegeben habe, lachend geantwortet, er sei schliesslich selber mit dem Marschall in Kiew gewesen, und die Aspirationen von damals gebe es zweifellos auch noch heute. Auf der anderen Seite hatte er jedoch den Beitritt zum Antikominternpakt glatt abgelehnt, da ein derartiger politischer Vertrag mit Deutschland jene «friedliche Nachbarschaft mit Russland, die Polen zu seiner Ruhe brauche», unmöglich mache. Angesichts einer so tiefen und bereits unüberbrückbar scheinenden Diskrepanz der Standpunkte war es kein Wunder, dass Beck am Ende der Unterhaltung mit Ribbentrop sagte, wenn er bisher nach Gesprächen mit Deutschen immer optimistisch gewesen sei, so sehe er jetzt zum ersten Mal pessimistisch in die Zukunft – er bitte Ribbentrop, dies auch dem «Führer» mitzuteilen²⁰⁷.

Nach Warschau zurückgekehrt, berichtete Beck am 8. Januar Staatspräsident Ignacy Moscicki, Marschall Smigly-Rydz, Ministerpräsident Skladkowski und dessen Stellvertreter Eugeniusz Kwiatkowski, dass er nun doch «beunruhigende Erscheinungen» konstatieren müsse, «die zum Krieg führen können»²⁰⁸. Und man gab sich in Warschau durchaus Rechenschaft darüber, dass, von Danzig und der Korridorfrage ganz abgesehen, allein schon die Weigerung Polens, an einem deutschen Eroberungszug gegen Russland teilzunehmen, Hitler veranlassen mochte, Polen militärisch anzugreifen. Wie sollten die Deutschen denn, falls sie in der Tat Ziele in der Sowjetunion im Visier hatten, zu diesen Zielen gelangen – so fragten sich z.B. am 3. Januar Lipski und Graf Szembek –, ohne in der einen oder anderen Form Polen zur Verfügung zu haben²⁰⁹? Vereinzelt meldeten sich auch Stimmen, die sagten, dass es wohl nicht möglich sei, bei der Weigerung zu bleiben. Anatol Mühlstein etwa, bis 1936, zuletzt als Botschaftsrat in Paris, Diplomat und in den politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt nicht ohne Einfluss, wenn er auch gerade eben gänzlich erfolglos – und ganz allein – die Tschechenpolitik der polnischen Regierung scharf kritisiert hatte, Mühlstein prophezeite ein grosses deutsches Ausgreifen nach Osten, das die Hemisphäre vom Rhein bis zum Pazifik in eine Katastrophe stürzen und von der Ausrottung der Juden begleitet sein werde, und er meinte, Polen werde gezwungen sein, an der Seite Deutschlands zu gehen²¹⁰. Doch Mühlstein stand, wie einige Monate zuvor im Falle der CSR, allein. In der Besprechung vom 8. Januar waren sich alle Anwesenden nach Becks Bericht einig: Hielten die Deutschen ihren Druck in Fragen aufrecht, die für sie

²⁰⁶ APA, Botschaft Berlin, Mappe 804, Aufzeichnung Graf Potocki, 20.2.1939.

²⁰⁷ Szembek-Tagebuch, S. 467.

²⁰⁸ J. Krasuski, *Miedzy Wojnami*, Warschau 1985, S. 183.

²⁰⁹ Szembek-Tagebuch, S. 458.

²¹⁰ Ebenda, S. 400.

so zweitrangig waren wie Danzig und die Autobahn von Pommern nach Ostpreussen, dann drohte, da waren keine Illusionen erlaubt, ein Konflikt grossen Ausmasses, dann mussten die Forderungen als blosser Vorwand verstanden werden. Jedenfalls kam aber, wie dem auch sein mochte, eine schwankende Haltung Polens nicht in Frage; sie konnte nur auf «eine schiefe Ebene führen» und bei dem Verlust der Unabhängigkeit des Landes enden²¹¹.

Indes fiel Beck rasch wieder auf die Überzeugung zurück, dass Festigkeit ohne irgendeine Änderung der Grundlinie der polnischen Politik aus der Krise herausführen werde, weil Hitler lediglich ein Erpressungsmanöver eingeleitet habe, das er bei härterem Widerstand abbrechen werde²¹². Nach wie vor redeten sowohl er wie andere polnische Politiker und Diplomaten sich ein, dass sie es doch unmöglich mit einem grundlegenden Wandel der deutschen Polenpolitik zu tun haben könnten, zumal sich vom 25. bis zum 27. Januar, als Ribbentrop in Erwiderung der Besuche Becks in Deutschland zu zweitägigen Besprechungen nach Warschau kam, einfach die Gesprächsabläufe vom 5. und 6. Januar wiederholten. Ribbentrop zählte abermals die deutschen Vorschläge auf, dabei sowohl die Forderungen wie die Lockungen nur eine Spur schärfer und drängender formulierend, während Beck erneut die Forderungen ablehnte und die Lockungen – als allzu grosse Gefährdungen Polens – nicht annahm²¹³; zu den Forderungen durfte er unwidersprochen anmerken: «Wir sind doch keine Tschechen!»²¹⁴ Beide Seiten behielten einen freundlichen Ton bei, und am Schluss waren die Gastgeber wohl nicht beruhigter, doch auch nicht sonderlich besorgter gestimmt. Noch ein paar Wochen später, am 17. Februar, konnte Graf Szembek in Rom zu Pater Ledochowski, dem General der Jesuiten, sagen, dass es in den deutsch-polnischen Beziehungen gewiss Probleme gebe, die Schwierigkeiten verursachten, aber diese Schwierigkeiten seien noch keine Beweise für unredliche Absichten der deutschen Regierung; Hitler wolle sicherlich noch immer die deutsch-polnische Entspannung²¹⁵.

Wollten die Polen nicht wahrhaben, dass nach Ansicht Hitlers nun für sie das Stündlein geschlagen hatte, so vermochten andererseits die Deutschen nicht zu begreifen, wieso man in Warschau den deutschen Signalen nicht einfach Folge leistete. Vor dem Gespräch Beck-Ribbentrop in München hatte das Auswärtige Amt für den Reichsaussenminister Unterlagen zusammengestellt, in denen Fürst Bismarck, stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung, Ribbentrop empfahl, «Herrn Beck darauf hinzuweisen, dass die Deutsche Regierung erwarten dürfe, dass die Polnische Regierung der durch die Wiedererstarkung Deutschlands, insbesondere aber durch die Ereignisse des Jahres

²¹¹ Krasuski, S. 183.

²¹² Schimetzki, S. 444.

²¹³ ADAP, D, 5, S. 139f.

²¹⁴ Szembek-Tagebuch, S. 484.

²¹⁵ Ebenda, S. 500.

1938 völlig veränderten europäischen Lage Rechnung trage. Polen werde sich gewiss darüber klar sein, dass Deutschland heute die einzige Macht in Europa sei, an die es sich anlehnen könne... Die deutsche Regierung habe mit Interesse die kürzlichen Bemühungen Polnischer Regierung, das polnisch-russische Verhältnis zu verbessern, verfolgt. Deutscherseits sei gegen eine Normalisierung russisch-polnischer Beziehungen nichts einzuwenden, wobei wir allerdings der Meinung seien, dass die Sowjet-Union zurzeit weder als Freund von besonderem Wert noch als Feind besonders zu fürchten sei. Auch bezüglich des polnisch-französischen Verhältnisses sei sich Polen gewiss darüber klar, dass Frankreichs Freundschaft eine platonische sei, seitdem der westdeutsche Limes stehe und Frankreich die für ihr europäisches Bündnissystem wesentlich wichtigere Tschechoslowakei kurzerhand ihrem Schicksal überlassen habe.»²¹⁶ Wenn schon Beamte des Auswärtigen Amts das deutsch-polnische Verhältnis nur mehr in solch machtpolitischen Kategorien sahen und von der polnischen Regierung mit Selbstverständlichkeit den Wechsel ins deutsche Lager – samt der daraus entstehenden Pflicht zu loyalen Gehorsam – erwarteten, so erst recht und noch größer Hitler und Ribbentrop. Auch Führer der deutschen Minderheit in Polen rechneten, nachdem sie von den bislang gegen die Öffentlichkeit ja streng abgeschirmten deutsch-polnischen Gesprächen vage gehört hatten, bezeichnenderweise sofort damit, dass sich Polen an einer deutschen Russland-Kampagne beteiligen werde. So beeilten sie sich, in Berlin vorsorglich gegen eine Honorierung der polnischen Waffenbrüderschaft mit der Anerkennung der deutsch-polnischen Grenzen zu protestieren, es sei denn, dass zuvor Danzig und der «Korridor» zum Reich geschlagen werden könnten; andernfalls müssten sich die dort lebenden Deutschen zwischen Polonisierung und Auswanderung entscheiden²¹⁷. Ebenso bezeichnend war, dass angesichts der unvermeidlichen Gerüchte über deutsche Forderungen an Polen viele Deutsche im Lande und naturgemäss nicht zuletzt in Danzig bereits den Marschtritt deutscher Regimenter zu ahnen und ein entsprechend herausforderndes Benehmen an den Tag zu legen begannen. Studenten, wie so oft in der Geschichte zu politischer Radikalität nur allzu geneigt, zeichneten sich besonders aus. In Danzig, wo an der Technischen Hochschule seit 1922 ein Beschluss der deutschen Studentenschaft existierte, demzufolge polnische Studenten beleidigt werden durften, ohne Anspruch auf Entschuldigung zu haben²¹⁸, erschienen jetzt z.B. an deutschen Studentenknäulen Tafeln, auf denen so geschmackvolle Inschriften zu lesen waren wie: «Hunden und Polen Zutritt verboten!»²¹⁹

Auch solche deutsche Herausforderungen weckten, wie die auf höherer politischer Ebene, polnische Widerstände, wobei allerdings in diesen Fällen die

²¹⁶ Aufzeichnung Bismarck, 2.1.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34505 f.

²¹⁷ Aufzeichnung Schliep, 30.12.1938, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34517 f.

²¹⁸ PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34547 ff.

²¹⁹ Ebenda.

polnischen Reaktionen, anders als auf dem Feld der Regierungspolitik, den deutschen Provokationen weder an Dummheit noch an Grobheit nachstanden. Die polnische Gesellschaft und zumal die polnische Studentenschaft besaßen, da gab es durchaus Parallelen zu deutschen Zuständen, ihr gerüttelt Mass an Rechtsradikalen. Vornehmlich diese Rechtsradikalen fühlten sich nun zur Beantwortung der deutschen Aktionen berufen, und wieder einmal bestätigte sich ein politisches Naturgesetz, wonach die Interessen eines Landes von niemand so eifrig und kräftig mit Füßen getreten werden wie von nationalistischen Rechtsradikalen, die das Land besonders zu lieben behaupten. In Anbetracht der Umstände war es gewiss unvermeidlich, dass polnische Studenten in Danzig ihr Recht auf Zutritt zu allen Lokalen und zur Hochschule demonstrieren und durchsetzen wollten, woraus sich am 22. und 23. Februar wüste Massenschlägereien zwischen deutschen Studenten und ihren polnischen Kommilitonen entwickelten. Während der Demonstrationen tauchten jedoch auch Redner und Plakate auf, die nicht allein zur Annexion Danzigs aufriefen, sondern gleich auch noch Ostpreussen und in einigen Fällen sogar ganz Ostdeutschland bis zur Elbe für Polen verlangten. Dazu wurden entsprechend wilde Resolutionen verabschiedet²²⁰. Am 24. Februar kam es zu ähnlichen Schauspielen in Posen und Warschau, wobei in Posen Fensterscheiben der deutschen «Evangelischen Vereinsbuchhandlung» und der deutschen «Kosmos» – Buchhandlung zu Bruch gingen, in Warschau auch Fenster der deutschen Botschaft²²¹. Die Demonstranten in der Hauptstadt, ebenfalls jugendliche Rechtsextremisten, brüllten auch Parolen wie «Nieder mit Hitler», «Es lebe das polnische Danzig», «Nieder mit der deutschfreundlichen Politik», «Fort mit den deutschen Hunden», und rund hundert zogen vor das Palais des Marschalls Smigly-Rydz und riefen: «Marschall, führe uns nach Danzig!»²²²

Mit dem offiziellen Polen und mit der Mehrheitsstimmung in der polnischen Bevölkerung hatten derartige Vorfälle indes nicht das geringste zu tun. Auch von der deutschen Propaganda wurden sie erst später verwendet, dann aber, noch aufgebauscht und vor allem als repräsentativ für die ganze polnische Nation ausgegeben, nicht ohne Wirkung. Im Augenblick herrschte jedoch auf beiden Seiten die Überzeugung, dass man sich doch noch verständigen werde. Die polnische Regierung entschuldigte sich beim deutschen Botschafter feierlich und aufrichtig für die Danziger, Posener und Warschauer Zwischenfälle²²³. Aus Deutschland war z.B. eine Frontkämpfer-Delegation nach Polen gekommen, die allenthalben von polnischen Frontkämpfer-Organisationen und den Spitzen der Armee wie der regionalen Verwaltung herzlich aufgenommen wurde. Am Tag der Warschauer Krawalle wechselten die Mitglie-

²²⁰ Ebenda.

²²¹ Ebenda.

²²² Ebenda.

²²³ Moltke an AA, 25.2.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34557, 34559.

der der deutschen Delegation bei einem Frühstück in Krakau kameradschaftliche Trinksprüche mit polnischen Generälen und dem Krakauer Wojewoden Dr. Tyminski; nachdem der Leiter der deutschen Delegation, der Herzog v. Coburg, General der Infanterie und NSKK-Obergruppenführer, am Grab Pilsudskis einen Kranz niedergelegt hatte, wurden die deutschen Gäste mit allen militärischen Ehren verabschiedet²²⁴. Hitler und Ribbentrop nahmen die antideutschen Kundgebungen noch kaum wahr, geschweige denn ernst. Seit Anfang Januar fragten sie sich, wie das polnische Zögern zu erklären und wie es zu beenden sei. Vielleicht war es nützlich, unterhalb der Spitzengespräche Stimmung für die deutsch-polnische Partnerschaft zu machen. So schickte Ribbentrop den Gesandten Gottfried Aschmann, den Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung im Auswärtigen Amt, nach Warschau, der dort mit dem Leiter der Westabteilung im polnischen Aussenministerium, mit dem Starosten von Warschau und mit einem der einflussreichsten polnischen Journalisten sprach, um ihren Appetit auf die Ukraine anzustacheln. Als er am 30. Januar Ribbentrop über das Ergebnis seiner Reise unterrichtete, musste er freilich resignierend schreiben: «Die Idee, die sowjetrussische Ukraine für Polen zu gewinnen, sagte allen Dreien nichts.» Allerdings hatte er noch tiefe Verehrung für Marschall Pilsudski angetroffen, und das brachte ihn auf eine Idee: «Ich habe das Institut Berber gebeten, alle Äusserungen Pilsudskis zur ukrainischen Frage zusammenzustellen. Vielleicht findet man dabei Argumente, mit denen die laue Haltung der Polen mobilisiert werden kann.»²²⁵

Hitlers Denken kreiste in jenen Tagen und Wochen fast ausschliesslich um seine nächsten aussenpolitischen Schritte. Am 3. Februar 1939 notierte Goebbels nach einem Mittagessen beim «Führer»: «Er wälzt wieder neue Pläne.» Und die Pläne veranlassten den Reichspropagandaminister zu dem Kommentar: «Eine napoleonische Natur.»²²⁶ Allerdings konnte sich Hitler, wenn er aus dem Reich der grossen Entwürfe zur Erde zurückkehrte und die politischen Realitäten in Europa ins Auge fasste, nicht verhehlen, dass er im Morast der Verhältnisse stecken zu bleiben drohte, dass er jedenfalls keineswegs so schnell vom Fleck kam, wie er das in den ersten Monaten nach München gehofft hatte. Mit besonderem Missmut blickte er nach England. Noch Anfang Oktober hatten er und Ribbentrop eine Taktik zur Beeinflussung der Meinungsbildung in Grossbritannien ausgeheckt, die für beider Wesensart sehr charakteristisch war. Statt eine Kampagne zum Lobe und zur Stützung Chamberlains zu führen, sollten die deutschen Medien, Presse und Rundfunk, britische Kritiker von München wie Churchill, Eden, Duff Cooper und Archibald Sinclair, den Führer der Liberalen, unter Dauerbeschuss nehmen. Hitler gab selbst das Startsignal, als er am 9. Oktober in Saarbrücken eine Rede hielt, die

²²⁴ DNB, 24.2.1939.

²²⁵ Aufzeichnung Aschmann, 30.1.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34537 f.

²²⁶ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 567.

von Beschimpfungen der britischen Opposition nur so strotzte²²⁷. Den speziellen Sinn dieser «nach genauen Instruktionen des Herrn Reichsministers» eröffneten Kampagne erläuterte Staatssekretär v. Weizsäcker am 17. Oktober, nachdem der deutsche Botschafter in London, Herbert v. Dirksen, lauthals protestiert hatte²²⁸: Ziel sei, «die öffentliche Meinung in England zu spalten, d.h. zu erreichen, dass sich das Lager, das keinesfalls einen Krieg mit Deutschland will, von demjenigen trennt, das von dem Standpunkt ausgehend, England sei in München vor Deutschland zurückgewichen, eine Steigerung und Beschleunigung der Rüstung wünscht, um Deutschland 'das nächste Mal' energisch und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen entgegenzutreten». Weizsäcker fügte vielsagend hinzu: «Die Entwicklung geht hier weiter in einem schnellen Tempo. Einer deutsch-englischen Annäherung wendet sie sich aber z.Zt. nicht zu.»²²⁹ Trotz weiteren Widerspruchs aus der Londoner Botschaft waren Hitler und Ribbentrop bei ihrem Rezept geblieben, und fünf Monate später musste konstatiert werden, dass die Kampagne ihren Zweck völlig verfehlt hatte: sie wirkte in England – weil einfach als antibritisch und als böses Entgelt für das Entgegenkommen von München empfunden – als Zeichen fortdauernder Aggressionslust und stärkte mithin die Position der Angegriffenen, die mit ihrer Einschätzung der deutschen Führer offenbar recht hatten; schon gar nicht war die britische Rüstung, so schwerfällig sie sich auch noch immer entwickelte, von Attacken auf Politiker gebremst worden, die allesamt kein Amt hatten.

War es schon ägerlich genug, dass sich das künftige Opfer weigerte, auf Zuwachs an Stärke zu verzichten oder gar schwächer zu werden, so war noch frustrierender, dass die eigene Rüstungsanstrengung fortwährend auf Schwierigkeiten stiess und hinter den Erwartungen zurückblieb. Allerdings wurden die Erwartungen in schwindelnde Höhen geschraubt. Zwei Wochen nach München, als viele Menschen innerhalb und ausserhalb Deutschlands glaubten, der Friede sei durch die Erfüllung der deutschen Ansprüche für lange Zeit gesichert, eröffnete Göring einer Versammlung von Wirtschaftlern, dass er vom «Führer» den Auftrag erhalten habe, «die Rüstung abnorm zu steigern». An erster Stelle stehe die Luftwaffe, die «schnellstens zu verfünffachen» sei. Doch «auch die Marine müsse schneller rüsten, und das Heer müsse schneller grosse Mengen von Angriffswaffen schaffen, in Sonderheit schwere Artillerie und schwere Tanks». Ferner sei die «fabrikatorische Rüstung» weiterzutreiben, «wobei in Sonderheit Treibstoffe, Gummi, Pulver- und Sprengstoffe in den Vordergrund zu rücken» seien. «Daneben muss gehen der beschleunigte Strassenbau, Kanalausbau und in Sonderheit der Eisenbahnausbau.»²³⁰ Görings

²²⁷ Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1938), S. 1106 ff.

²²⁸ ADAP, D, 4, Nr. 253.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ IMT, Bd. XXVII, S. 160 ff.

Darlegungen, die er dem Sinne nach am 19. November auf einer Sitzung des sog. Reichsverteidigungsrates wiederholte²³¹, liefen darauf hinaus, Gesellschaft und Wirtschaft noch im Frieden auf Kriegsfuss zu bringen, und Göring sagte denn auch, die Schwierigkeiten, die diesem Vorhaben entgegenstünden, seien fast unüberwindlich. Doch werde er, um das Ziel zu erreichen, die Wirtschaft notfalls «mit brutalen Mitteln umdrehen». Sogar mit Sozialisierung drohte er: «Es sei jetzt der Moment da, wo die Privatwirtschaft zeigen könne, ob sie noch eine Daseinsberechtigung hätte. Wenn sie versagt, ginge er rücksichtslos zur Staatswirtschaft über.»

Am 1. November wies Hitler das Oberkommando der Marine an, die Flottenrüstung erheblich zu steigern²³², und bereits am 17. Januar 1939 konnte der «Z-Plan» verabschiedet werden, der eine beträchtliche Vermehrung der deutschen Hochseeflotte vorsah²³³. Schon am 10. Dezember 1938 hatte aber Botschafter v. Dirksen dem britischen Aussenminister Lord Halifax ein Schreiben der Reichsregierung überreicht, in dem mitgeteilt wurde, dass Deutschland seine U-Boot-Waffe von 45 Prozent auf 100 Prozent der U-Boot-Waffe des britischen Commonwealth bringen werde²³⁴. Das deutsch-britische Flottenabkommen beschränkte an sich die deutsche U-Boot-Waffe auf 45 Prozent der britischen, doch erlaubte eine Klausel die jetzt angekündigte Steigerung, falls eine Situation entstand, in der sich die deutsche Regierung zu einem solchen Schritt gezwungen glaubte. In der deutschen Note war denn auch – noch kein Vierteljahr nach München – gesagt, dass es notwendig geworden sei, für den Fall kriegerischer Verwicklungen die deutschen Seeverbindungen besser zu schützen. Abgesehen davon, dass die gegebene Begründung militärisch unsinnig war, weil mit U-Booten nur die britischen Verbindungen gefährdet, doch keine deutschen Verbindungen geschützt werden konnten, brachte die deutsche Mitteilung die britischen Empfänger auch deshalb in Harnisch, weil das deutsche Vorhaben – als handfest antibritisch wirkend – geeignet war, Chamberlains Verständigungspolitik lächerlich zu machen, und weil der Bau von deutschen U-Booten zum Bau britischer Zerstörer nötigte. In deutsch-britischen Marinegesprächen suchte Admiral Cunningham zunächst eine geringere Vermehrung der deutschen U-Boote zu erreichen, und als das an der Berufung der deutschen Offiziere auf einen «Führer-Befehl» scheiterte, bat er – zur Schonung der öffentlichen Meinung in England – darum, bei der öffentlichen Verkündung des doch ohnehin mehrere Jahre beanspruchenden deutschen Plans wenigstens nur die vorgesehenen jährlichen Zuwachsraten – und nicht

²³¹ IMT, Bd. XXXII, S. 41 Iff.

²³² Vgl. Taylor, Munich, S. 940 f.; Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 514.

²³³ Ebenda.

²³⁴ Taylor, Munich, S. 940.

gleich die angestrebten 100 Prozent – zu nennen. Auch das hatte die deutsche Delegation unter Admiral Otto Schniewind abzulehnen²³⁵.

Auf der anderen Seite mussten sich Hitler, Göring und Ribbentrop eingestehen, dass ihr Rüstungsprogramm – mit den Schwerpunkten auf Luftwaffe und Marine eine unmittelbare Konsequenz des Wandels in der aussenpolitischen Prioritätensetzung – zwar auf dem Papier «gigantisch» aussah, doch in der Realität zahlreichen Hindernissen begegnen und sich durch etliche bremsende Engpässe zu quälen haben werde. Rhetorische Peitschenhiebe und Drohungen mit der Sozialisierung, wie sie Göring so liebte, behoben weder den Mangel an Arbeitskräften noch den Mangel an Rohstoffen und Devisen. Hielt sich Hitler ausserdem vor Augen, dass sich die Verhandlungen über einen deutsch-italienisch-japanischen Militärpakt vorerst im Tokioter Gestrüpp verfangen hatten und dass sich Polen in einer Weise zierte, die nicht nur unverständlich, sondern geradezu unschicklich zu nennen war, wenn man bedachte, wer da den Warschauern die Hand zum Bunde bot, dann fand der «Führer» in der Tat genügend Anlass, mit der Entwicklung oder doch mit ihrem Tempo unzufrieden zu sein. Nicht deshalb, weil er den Abschluss der bündnispolitischen Bemühungen und einen Höchststand der Rüstungsanstrengung unbedingt schon im Jahr 1939 zu brauchen geglaubt hätte. Im Februar 1939 war ihm keineswegs klar, dass er noch im Laufe dieses Jahres Krieg führen werde, ob einen grossen oder einen kleinen Krieg. Zu jenem Zeitpunkt sah er dafür weder aussenpolitische noch militärisch-strategische oder gar wirtschaftliche Gründe, die ihm als zwingend erschienen wären. Die antiwestliche Bündnispolitik und notwendigerweise erst recht die antiwestliche Rüstungspolitik mussten ohnehin so kalkuliert werden, dass der Termin zum Losschlagen erst in zwei bis drei Jahren zu erwarten stand; wenn die Deutschen seit November 1938 ihre italienischen Freunde mehrmals davor warnten, durch eine allzu hitzige Verfechtung ihrer antifranzösischen Ziele einen verfrühten Krieg mit den Westmächten vom Zaun zu brechen, so war das noch nicht unaufrichtig²³⁶. Die krisenhaften Erscheinungen, die sich, als Folge der wahrhaft wahnwitzigen Ausweitung und Beschleunigung der Rüstung, in der Wirtschaft des Grossdeutschen Reiches tatsächlich zeigten, wären schon durch eine gewisse Drosselung oder doch durch den Verzicht auf ständige Forcierung der Rüstung zu dämpfen gewesen. Aber Hitler nahm sie ja überhaupt nicht als Störungen des Wirtschaftslebens wahr, sondern als die unvermeidlichen Reibungen der bisherigen wirtschaftlichen Mobilmachung und als die irgendwie auszuschaltenden Hindernisse der noch zu leistenden Rüstung. Jedenfalls entdeckte er hier keine Zwänge für aussenpolitische oder militärische Aktionen, auch nicht für deren zeitliche Festsetzung. Es war ihm durchaus bewusst, dass die Konzen-

²³⁵ Ebenda, S. 941.

²³⁶ AIA, Ap Germania, Pariani an Ciano, 17.4.1939, mit Aufzeichnung Maras für Pariani.

tration der personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen auf den geplanten Krieg, die wohl für eine Weile Vollbeschäftigung garantierte, doch die normalen Handelsbeziehungen des Landes ebenso ruinierte wie die Währung und mit einschneidenden Konsumverzichten verbunden war, Deutschland und der deutschen Bevölkerung nicht auf unbegrenzte Zeit zugemutet werden konnte. Da ihn aber die Belastung des Volkskörpers für eine Frist, nach deren Ablauf er sowieso losschlagen wollte, zumutbar dünkte, hat er jener Einsicht, die er des Öfteren als Argument anführte, um darzutun, dass der grosse Krieg nicht später als 1942/43 begonnen werden dürfe, nicht schon im Jahr 1939 irgendeinen Einfluss auf seine Kalkulationen und Entschlüsse eingeräumt.

Dass seine Ungeduld wuchs, als er in den ersten Monaten des Jahres 1939 über die Grundfragen und die nächsten Züge seiner Expansionspolitik grübelte, lag auch nicht an Pressionen, die aus der NS-Bewegung gekommen wären oder sich aus der Struktur von Bewegung und Herrschaftssystem ergeben hätten; der Triumph von München reichte aus, um hier jahrelang für Zufriedenheit und Ruhe zu sorgen. Erst recht gab es keinen Druck von Interessengruppen, etwa aus Wirtschaftskreisen; Industrielle und Bankiers hatten längst jeden eigenständigen politischen Einfluss verloren, und während sie sich in Anpassung an das Regime und seine Politik übten, hätten sie sich nur allzu gern mit gewinnbringenden Aktivitäten im jetzt erreichten Rahmen begnügt. Hitler war der Souverän und in seinen Entscheidungen frei von situationsbedingten oder systemimmanenten Zwängen. Die Unruhe kam allein aus ihm selbst. Wie 1937 und 1938 begann er aussenpolitische und kriegerische Expansionsmöglichkeiten, die er mit rationalen Gründen in eine noch etwas weiter entfernte Zukunft placiert hatte, näher heranzuziehen und sich wie seiner engsten Umgebung als unter Umständen viel früher – vielleicht schon demnächst – erreichbar hinzustellen. Die Unfähigkeit, über längere Fristen passiv zu bleiben – die Ulrich v. Hassell, damals noch Botschafter in Rom, bereits bei der Remilitarisierung des Rheinlands als einen der mächtigsten Antriebe der praktischen Politik Hitlers diagnostiziert hatte²³⁷, machte sich von Woche zu Woche stärker bemerkbar, und so empfand er mehr und mehr das Bedürfnis, ein Mittel zur Beschleunigung der diversen Manöver zu finden, die zur Vorbereitung der grösseren Unternehmungen eingeleitet worden waren. Bei seiner Sinnesart lag der Gedanke nahe, dass dazu eine weitere Demonstration deutscher Kraft und ein erneuter Machtzuwachs des Reiches am besten taugten, und danach war es nur logisch, sich zunächst einmal zur ohnehin anstehenden definitiven Bewältigung des von München hinterlassenen «halberledigten machtpolitischen Problems» CSR zu entschliessen. Die Ausdehnung offener deutscher Herrschaft auf Böhmen, Mähren und die Slowakei, ein international völlig gefahrloser Akt, wie er meinte, erschien ihm als geeignet,

²³⁷ E.M. Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, in: VfZ 10 (1962), S. 204 f.

Freund und Feind gebührend zu beeindrucken. So konnte es nicht ausbleiben, dass dadurch der Militärpakt-Partei in Tokio der Rücken gestärkt wurde, und noch wichtiger war, jedenfalls im Augenblick, dass es die störrischen Polen zur Räson bringen musste, wenn deutsche Regimenter plötzlich an der bisherigen tschechisch-polnischen Grenze und sogar an der slowakisch-polnischen Grenze aufmarschierten; dies brachte für Polen eine ähnlich einschüchternde Verschlechterung der strategischen Lage wie im Frühjahr 1938 die Annexion Österreichs für die Tschechoslowakei. Als Hitler dann in der ersten Februarhälfte noch bemerkte, dass auch die monatelang gelungene Abschottung der CSR gegen nichtdeutsche Einflüsse ernstlich in Frage gestellt zu werden drohte, weil Grossbritannien, Frankreich und selbst Italien – von der Prager Regierung zu schweigen – die in München vereinbarte Garantierung der Rumpf-Tschechoslowakei anmahnten²³⁸, fiel die Entscheidung. Mitte Februar beschloss Hitler, in etwa vier Wochen der Tschechoslowakei «den Todesstoss» zu versetzen²³⁹.

Am 12. Februar leitete er die Inszenierung der inneren Krise ein, die der deutschen Intervention den Vorwand zu liefern hatte, indem er Professor Vojtěch Tuka, einen der radikalen Slowakenführer, kommen liess und ihm klar machte, dass die Slowaken von Prag nicht bloss Autonomie, sondern die volle Selbständigkeit fordern müssten²⁴⁰. Die seit Herbst 1938 in der Slowakei tätigen Agenten des SD arbeiteten in den folgenden Wochen energisch daran, auch die anderen Pressburger Politiker auf Separationskurs zu drängen. Parallel dazu setzten in den deutschen Medien – fortlaufend massiver werdende – Angriffe auf Prag ein, weil angeblich in der tschechischen Hälfte der Republik ein unerträgliches «Wiederaufleben des Benes-Geistes» zu verzeichnen sei; Emissäre des SD bemühten sich zugleich eifrig – wenn auch erfolglos – darum, in Böhmen und Mähren wenigstens ein paar ausschaltbare deutschfeindliche Kundgebungen zu provozieren. Nach einigen Tagen aufs Höchste alarmiert, schickte Aussenminister Chvalkovsky seinen Kabinettschef, den Gesandten Hubert Masarik, nach Berlin, um dort, vom Verzicht auf die formale staatliche Souveränität abgesehen, die vollständige Unterwerfung unter deutsche Vormundschaft anzubieten; doch drang Masarik nur bis zum Vortragenden Legationsrat Günther Altenburg vor, dem Referenten des Auswärtigen Amts für die «Tschecho-Slowakei», der ihm versprach, den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Staatssekretär «höheren Orts weiterzuleiten»²⁴¹. Daneben begann Berlin Ungarn auf eine baldige Aktion gegen die Karpatho-Ukraine hinzulenken.

In der hegemonialen Position, die er jetzt einnahm, gelang es Hitler tatsächlich, eine halbwegs brauchbare innere Krise der Republik zu provozieren und

²³⁸ ADAP, D, 4, Nr. 164.

²³⁹ L. Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 150.

²⁴⁰ ADAP, D, 4, Nr. 168.

²⁴¹ Ebenda, Nr. 177.

diese Krise bis zu einem gewissen Grade zu internationalisieren. Zwar blieb die Aufstachelung des slowakischen Nationalismus gerade bei den seriöseren und einflussreicheren slowakischen Politikern ohne rechte Wirkung; sie hätten eine weitgehende Autonomie im Rahmen des bestehenden Staates allemal einer von Deutschland kontrollierten Pseudo-Unabhängigkeit vorgezogen. Die Ungarn wiederum hätten sich nur allzu gern auch die Slowakei genommen. Aber Hitler war nun stark genug, widerspenstigen Gehilfen seinen Willen aufzuzwingen. Als selbst ein ernstes Zerwürfnis zwischen Prag und Pressburg, das in der Nacht vom 9. zum 10. März die Regierung der CSR zur Absetzung des slowakischen Kabinetts Tiso veranlasste, keine Lossagung der Slowaken vom tschechoslowakischen Staat brachte, obwohl die Agenten Berlins, die schon am Zerwürfnis gewichtigen Anteil gehabt hatten, grosse Anstrengungen unternahmen, Tiso zur Proklamierung der slowakischen Selbständigkeit und zur Anforderung deutscher Hilfe zu bewegen, da griff Hitler mit harter Hand ein. Am 13. März wurde Josef Tiso nach Berlin zitiert, und Hitler eröffnete ihm, dass er nur die Wahl habe zwischen der sofortigen Verkündung eines unabhängigen slowakischen Staates und der Annexion der Slowakei durch Ungarn²⁴². Tiso fügte sich, und auf Grund seines Berichts proklamierte der slowakische Landtag am 14. März die slowakische Selbständigkeit. Am gleichen Tag marschierten ungarische Truppen in die Karpatho-Ukraine ein, nachdem Hitler am 13. März Ungarn den «Rat» gegeben hatte, «blitzartig» dort einzufallen; der Rat war mit der strikten Weisung verbunden, die Finger von der Slowakei zu lassen²⁴³.

Unter Berufung auf diese Ereignisse und auf einen mit Tiso verabredeten telegrafischen Hilferuf, der in Berlin allerdings erst am 16. März eintraf – die Handhabung derart bestellter Appelle scheint nur selten zu funktionieren –, setzte Hitler am 14. März die ersten deutschen Truppen gegen die «Tschechei» in Bewegung. Der tschechoslowakische Staatspräsident Emil Hacha und der Prager Aussenminister Chvalkovsky, die dem deutschen Gesandten in Prag bereits ihre Bereitschaft mitgeteilt hatten, auch noch der Abtrennung der Slowakei zuzustimmen²⁴⁴, unternahmen jetzt einen letzten verzweifelten Versuch, durch eine Reise nach Berlin und eine Aussprache mit Hitler vielleicht doch noch einen Rest tschechischer Unabhängigkeit zu retten. Indes spielten sie damit Hitler nur die Möglichkeit zu, seinen Gewaltakt völkerrechtlich etwas zu verbrämen. Hacha traf Hitler am 15. März um 1.15 Uhr morgens. Drei Stunden später war der Präsident, der zwischendurch einen Schwächeanfall erlitt, durch brutale Drohungen – z.B. durch Görings Androhung vernichtender Bombenangriffe auf Prag – so eingeschüchtert, dass er ein Schriftstück unterschrieb,

²⁴² Ebenda, Nr. 202.

²⁴³ Vgl. Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*.

²⁴⁴ Graml, *Europa*, S. 382.

in dem es hiess, er lege «das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches»²⁴⁵. Am Vormittag des 15. besetzten deutsche Truppen Prag, und am 16. März wurde die Öffentlichkeit über die Errichtung eines «Protektorats Böhmen und Mähren» unterrichtet. Die Slowakei stellte sich am 23. März unter den Schutz Hitlers, und Deutschland erhielt das Recht, dort Militär zu stationieren. «Göring teilt schon die Slowakei auf», notierte Goebbels leicht übertreibend am 20. März: «Er ist prachtvoll.»²⁴⁶. Hitler selbst war am 15. März um 19 Uhr abends auf dem Prager Hradschin eingetroffen. Der «Führer» hatte – vor aller Welt und ohne der Welt einen plausiblen Grund weisen zu können – das Münchner Abkommen zerrissen und überdies, seine eindeutigsten Versprechen als Lügen entlarvend, mit dem nationalsozialistischen Deutschland den Übergang zum nackten Imperialismus vollzogen.

Europas Abkehr vom Appeasement Deutschlands

Nachdem Hacha in den frühen Morgenstunden des 15. März unterschrieben hatte, war Hitler zu seinen Sekretärinnen gelaufen, um Gratulationsküsse zu verlangen; er gehe als «der grösste Deutsche» in die Geschichte ein, rief er ihnen strahlend zu²⁴⁷. Als die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs gegen die unverfrorene Liquidierung des Münchner Abkommens protestierten, als ebenso empörte wie für die Zukunft besorgte Politiker der Westmächte kritische und mit warnenden Untertönen vermischte Reden hielten, erntete das bei den nationalsozialistischen Herren Deutschlands lediglich Hohn. «Chamberlain hält in Birmingham eine ziemlich madige Rede», schrieb Goebbels am 19. März in sein Tagebuch. «Dieser good old man wird frech, wie eben die Engländer frech sind. Quatscht von Bruch von Versprechungen u.ä. ... Am Nachmittag kommt eine scharfe amtliche Erklärung aus London. Das Münchner Abkommen sei gebrochen. England erkenne die Neuordnung in Böhmen und Mähren nicht an. Aber das ist wohl nur Theaterdonner. Was wollen denn diese Demokraten noch ausser protestieren. Das ist nur hysterisches Geschrei post festum, das uns ganz kalt lässt... Verachtung ist hier am Platze.»²⁴⁸ Einen Tag später notierte er: «Der Führer nimmt die Proteste in Paris und London mit Recht gar nicht ernst.»²⁴⁹

So übermütig war nun die Stimmung in Berlin, dass man der Erledigung des tschechoslowakischen Staates ungeüert sogleich zwei weitere Akte folgen

²⁴⁵ ADAP, D, 4, Nr. 228.

²⁴⁶ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 557.

²⁴⁷ H. G. Rönnefahrt, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Teil I, Wiesbaden 1961, S. 746.

²⁴⁸ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 576.

²⁴⁹ Ebenda, S. 577.

liess, die ebenfalls die Gewichte zugunsten des Deutschen Reiches verschoben und bei den Nachbarn zusätzliche Ängste provozierten. Am 20. März bestellte Ribbentrop den litauischen Aussenminister Juozas Urbys nach Berlin, und in einer amtlichen litauischen Erklärung, die in der Nacht vom 22. zum 23. März veröffentlicht wurde, nachdem der zurückgekehrte Urbys in Kowno Bericht erstattet hatte, hiess es zu diesem Besuch, «dass der Reichsaussenminister im Namen der Reichsregierung der litauischen Regierung den Vorschlag der Rückgabe des Memelgebiets an Deutschland gemacht und dies als für die Befriedung einzig zweckmässige Lösung bezeichnet hat»²⁵⁰. Der Ministerrat diskutierte den deutschen «Vorschlag», gab seine Zustimmung, und noch am 22. März traf eine litauische Delegation in Berlin ein, die um 23 Uhr nachts ein entsprechendes Dokument unterschrieb. Hitler war bereits am Nachmittag des 22. nach Swinemünde gefahren und dort an Bord des Panzerkreuzers «Deutschland» gegangen. Auf der Fahrt nach Memel – begleitet von zwei weiteren Panzerkreuzern, drei Kreuzern, zwei Zerstörerdivisionen und drei Torpedobootsflottilien – bekam er um Mitternacht ein Telegramm Ribbentrops: «Mein Führer! Ich melde die vollzogene Unterzeichnung des Vertrages mit Litauen über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Reich.» Noch an Bord der «Deutschland» erliess Hitler ein Gesetz über die Wiedervereinigung, das verfassungswidrig war, da weder der Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Ribbentrop noch Göring und der Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers, allesamt im Reichsgesetzblatt als Gegenzeichner aufgeführt, ' Hitler begleiteten und folglich auch nicht gegenzeichnen konnten²⁵¹. Unterdessen war am 22. März als erster Reichsdeutscher bezeichnenderweise der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler, gefolgt von Polizei- und SS-Kommandos, nach Memel gekommen. Infanterie- und Panzereinheiten des I. Armeekorps rückten am Morgen des 23. März ins Memelgebiet ein, gleichzeitig landeten Staffeln der Luftwaffe, und am Nachmittag, kurz nach 14 Uhr, rief Hitler den Memelem, die sich auf dem Theaterplatz versammelt hatten, vom Balkon des Stadttheaters aus zu, sie seien in ein «gewaltiges, neues Deutschland» zurückgekehrt, das «bereit und entschlossen ist, sein Schicksal selbst zu meistern und zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt»²⁵². Während aber im nördlichen Europa die deutsche Wehrmacht mit weithin hallendem Gelärme 2'658 Quadratkilometer in Besitz nahm, hatte im südöstlichen Europa am 23. März die Bukarester Regierung einen Wirtschaftsvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, der Rumänien in ökonomische Abhängigkeit vom Reich und damit Deutschland der wirtschaftlich-politischen Vorherrschaft auf dem Balkan einen grossen Schritt näher brachte.

²⁵⁰ Völkischer Beobachter, 23.3.1939.

²⁵¹ M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, II, Würzburg 1963, S. 1109 ff.

²⁵² Ebenda, S. 1112 f.

Zugleich machten sich Hitler und Ribbentrop daran, ungesäumt eine jener politischen Früchte zu pflücken, die nach der Aktion gegen die CSR, wie man sich ja vorher ausgerechnet hatte, leichter zu ernten sein mussten. Sie hielten die Zeit für reif, den Druck auf Polen wieder aufzunehmen, und zwar in stärkerer Dosierung als bisher. Eine Woche nach Hachas fatalem Besuch in Berlin und eine knappe Woche nach Hitlers Reise zum Prager Hradschin liess Ribbentrop am 21. März den polnischen Botschafter kommen²⁵³. Der Reichsausserminister setzte Lipski zunächst die Berliner Propagandaversion von den Gründen der deutschen Operation gegen die CSR vor. Ribbentrop hatte tatsächlich die Stirn, einem ausgezeichnet informierten Diplomaten, der zudem einen noch als befreundet geltenden Staat in Deutschland vertrat, zu sagen, dass «sich in der Rest-Tschecho-Slowakei der Benesch-Geist wieder geregt habe. Alle Warnungen des Führers an Chvalkovsky seien ungehört verhallt.» Mit Empörung konstatierte der Repräsentant einer üblen Diktatur, dass die Prager Regierung «in der letzten Zeit» versucht habe, «diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Tschechoslowakei vorzugehen». Selbst die «Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln», die erneut begonnen habe, fehlte nicht. Anschliessend aber servierte Ribbentrop seinem polnischen Gast Vorwürfe an die Adresse Warschaus, die eine beunruhigende Ähnlichkeit mit der gerade gegebenen Begründung des Handstreichs gegen Prag hatten. So sprach er davon, dass Polen in der «Minoritätenkommission» – einer aus deutschen und polnischen Beamten bestehenden Kommission zur Erörterung der beiderseitigen Minderheitenpolitik, die vom 27. Februar bis zum 3. März ergebnislos in Berlin konferiert hatte – eine «merkwürdige Haltung eingenommen» habe. Er beschwerte sich über die Danziger, Posener und Warschauer Studentenkrawalle, und er beklagte sich über Kritik der polnischen Presse an den Verhältnissen in Deutschland und an deutscher Politik. In Berlin missfiel es naturgemäss, dass im katholischen Polen bestimmte Zeitungen, die von der Regierung nicht kontrolliert wurden, immer wieder die nationalsozialistische Kirchenpolitik und die antichristlichen Elemente der NS-Ideologie angegriffen, die totalitären Züge des NS-Regimes und die brutale Verfolgung der Juden angeprangert, die Behandlung der polnischen Minderheit in Deutschland gezeisselt und eben jetzt die Schaffung eines unter deutschem Schutz stehenden slowakischen Staates als Bedrohung Polens charakterisiert hatten. Doch waren derlei Dinge bislang grosszügig behandelt worden. Dass sie von Ribbentrop nun in ernsthaften politischen Gesprächen auf so hoher Ebene aufgetischt wurden, musste als böses Zeichen erscheinen. Aber es kam noch schlimmer. Der Minister klärte Lipski darüber auf, dass Deutschland 1917/18 an der Entstehung eines polnischen Staates «nicht unbeteiligt» gewesen sei und auch seither als Protektor der staatlichen Existenz Polens fungiert habe. Während er

²⁵³ ADAP, D, 6, Nr. 61.

dann offensichtlich zu implizieren suchte, dass Deutschland seine Beschützerrolle ja auch aufgeben könne, falls sich Polen nicht vernünftig verhalte, erklimmte er einen Höhepunkt konfuser Argumentation: «Auch während der Schleicher-Regierung», so bemerkte Ribbentrop dem deutschen Protokoll der Unterredung zufolge, «habe die Möglichkeit bestanden, dass sich ein marxistisches Deutschland mit der Sowjetunion verbündet hätte. Auch dann würde Polen heute kaum mehr existieren.»

Nach solchen politischen und historischen Tiraden legte der Reichsaussenminister erneut – und wieder mit dem Vorschlag eines gemeinsamen Zuges gegen die Sowjetunion verbunden – die deutschen Forderungen vom Oktober 1938 und vom Januar 1939 auf den Tisch. Mit jener Mischung aus Stumpfheit und Chuzpe, die zu einer der hervorstechendsten Eigenschaften der nationalsozialistischen Führer geworden war, lud Ribbentrop dabei – eine Woche nach der nächtlichen Erpressung Hachas in Berlin – den polnischen Aussenminister Beck zur Erörterung, d.h. zur Annahme, der deutschen Forderungen in die Reichshauptstadt ein. Lipski solle sofort nach Warschau fahren, um Beck die Einladung zu überbringen. Während der Unterredung hatte Ribbentrop einmal gesagt, der «Führer» strebe noch immer einen Ausgleich mit Polen an, «sei aber in zunehmendem Masse ... über die polnische Haltung verwundert». Am Ende des Gesprächs gab er Lipski den Satz mit auf den Weg, bisher sei der «Führer» über «die merkwürdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert; es käme darauf an, dass er nicht den Eindruck erhalte, dass Polen einfach nicht wolle».

In Wahrheit hatten die Schläge zur Zertrümmerung der Tschechoslowakei – dazu die Annexion des Memelgebiets und der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag – auf die europäische Situation ganz anders eingewirkt, als der triumphierende Hitler und seine Umgebung glaubten. Um ein – lediglich lästiges und auch auf mildere Weise zu lösendes – diplomatisches Detailproblem zu eliminieren, nämlich das Verlangen nach Garantierung der im Anschluss an München gezogenen tschechoslowakischen Grenzen, und um die Entschärfung eines – lediglich potentiellen – taktischen Gefahrenmoments seiner operativen Expansionsplanung zu erleichtern, nämlich durch die Beseitigung der Gefahr im Rücken, die ein noch nicht diszipliniertes Polen darstellen mochte, hatte der «Führer» einen Schritt getan, der das politische Klima in Europa radikal und unkorrigierbar zu seinen Ungunsten veränderte. Es kennzeichnet nicht allein die Brutalität und die Amoralität, sondern vor allem auch den Dilettantismus Hitlers und seiner Gefolgschaft, dass sie die Veränderung zunächst überhaupt nicht bemerkten. Tatsächlich war die Fortsetzung der Appeasement-Politik, wie sie Chamberlain bislang praktiziert hatte, unmöglich geworden. Indem er der Tschechoslowakei «den Todesstoss» versetzte, hatte Hitler zugleich die Appeasement-Politik tödlich getroffen: Die Wertlosigkeit seines Wortes und seiner Unterschrift, der expansionistische Charakter der nationalsozialistischen Politik

und die Uferlosigkeit des Berliner Imperialismus waren nun vollständig demaskiert und auch für diejenigen in den Staaten Europas sichtbar geworden, die sich bisher – aus Mangel an Vorstellungskraft, aus Friedensliebe, aus Furchtsamkeit – geweigert hatten, die wahre Natur des NS-Regimes und seines Führers zur Kenntnis zu nehmen und den bei richtiger Diagnose unabweisbaren Gedanken an Krieg zu fassen. Jetzt war es soweit. Ohne jede Spur von Enthusiasmus, doch mit fatalistischer Entschlossenheit begannen sich in den von Deutschland und Italien noch unabhängigen europäischen Regionen Politiker, Militärs und die breiten Massen der Bevölkerung – faschistische und bald auch kommunistische Randgruppen ausgenommen – darauf einzurichten, dass Hitler gestoppt werden musste, unter Umständen mit den Waffen.

Doch stand nach der Prager Erfahrung nicht nur fest, dass es Krieg geben werde, falls deutsche Regimenter erneut die Grenzen eines europäischen Staates überschreiten sollten. Die Appeasement-Politik war auch in dem Sinne tot, dass sich allenthalben die Bereitschaft verflüchtigt hatte, ein weiteres Mal die Kombination von Methoden hinzunehmen, mit der Hitler 1938 so erfolgreich operiert hatte: Larmoyante Klagen über deutsche Leiden – Diskriminierung und Isolierung des gewählten Opfers – Androhung von Waffengewalt – Versprechungen künftigen Wohlverhaltens. Daher hatte sich Hitler durch die Unterwerfung der Tschechoslowakei gerade auch die Bewältigung jener kleinen taktischen Schwierigkeit endgültig unmöglich gemacht, deren leichtere Bewältigung ja zu den Zielen seines Unternehmens gehört hatte. Zwar verfügte er nun in der Tat über die «strategische Zange» gegen Polen, die er mit der Eingliederung der Slowakei in den deutschen Aufmarschraum hatte schmieden wollen²⁵⁴. Doch taugten solche Positionsgewinne nicht länger zu Mitteln politischer Erpressungsmanöver. In Polen sah man nicht mehr die kleinste Möglichkeit, bei deutschem Druck dem Land durch eine Politik der Nachgiebigkeit zu nutzen, wie immer die Konsequenzen von Widerstand ausfallen mochten, und nirgends in Europa gab es noch jemand, der auf den Gedanken kommen konnte, den Polen eine andere Haltung anzuraten. Gerade in Frankreich und Grossbritannien war die Bereitschaft geschwunden, irgendwelche weitere Opfer deutscher Pressionen zum Nachgeben zu bewegen.

In den Westmächten, namentlich in Grossbritannien, wirkten die Ereignisse vom März 1939 allerdings auch deshalb so stark und so nachhaltig, weil die Fundamente der Appeasement-Politik dort schon vor Hitlers Fahrt auf den Hradschin recht mürbe geworden waren. Noch während die meisten Briten, von der Kriegsfurcht befreit, Chamberlain begeistert Beifall zollten, setzte gerade in den Reihen der Londoner Regierungsparteien doch auch Kritik an einer Politik ein, die Grossbritannien zur Mitwirkung am Münchner Abkommen und also zu einer Kapitulation vor Hitler geführt hatte, der man sogar den Charak-

²⁵⁴ H. Booms, *Der Ursprung des Z. Weltkriegs*, S. 347.

ter der Komplizenschaft mit den Nationalsozialisten zuschreiben konnte, und wer die Richtigkeit von Appeasement bereits vor München bezweifelt oder bestritten hatte, verschärfte jetzt noch sein Urteil. Nachdem die Erleichterung über die Vermeidung des Krieges wieder etwas abgeklungen und Nüchternheit eingekehrt war, fand die Fronde gegen Appeasement und München allmählich auch mehr Gehör, zumal sie über formidable Führer und Sprecher verfügte. Duff Cooper, ein geistvoller Redner und glänzender Schriftsteller, der 1932 eine zum Kunstwerk geratene Biographie Talleyrands veröffentlicht hatte, war aus Protest gegen die Kapitulation von München als Marineminister zurückgetreten. Er stand jetzt neben so angesehenen und einflussreichen Mitgliedern des Unterhauses wie Harold Nicolson, wie Anthony Eden – der Anfang 1938 das Foreign Office verlassen hatte, nachdem vom Premier einer der periodischen Versuche zum Appeasement Mussolinis unternommen und ausserdem ein Angebot des amerikanischen Präsidenten Roosevelt zur politischen Unterstützung der europäischen Westmächte ignoriert worden war – und wie Winston Churchill.

Wenn auch zu diesem Zeitpunkt viele Kritiker der Appeasement-Politik noch eher in Anthony Eden, nüchterner und weniger der Kandidatur für das Amt des Regierungschefs verdächtig, ihre Zentralfigur sahen, so war doch Churchill der charakteristischste, der potentiell wichtigste und gewiss der bedeutendste Gegenspieler Chamberlains. Ein Spross des englischen Hochadels – sein Vater, Lord Randolph Churchill, war ein jüngerer Sohn des 7. Herzogs von Marlborough – und der Tochter eines amerikanischen Unternehmers, wie er für das New York des späteren 19. Jahrhunderts typisch war, konnte der 1874 geborene Winston Churchill 1938/39 bereits auf eine lange Karriere als Politiker, Journalist und Historiker zurückblicken, wobei sich seine politische Laufbahn freilich auch durch eine ungewöhnliche Wechselhaftigkeit auszeichnete²⁵⁵. Zwar gab es niemand, der ihm seinen Rang als Parlamentarier bestritten hätte. Ein ehrgeiziger Mann, war Churchill doch stets weit mehr an den jeweils umkämpften politischen oder militärischen Fragen interessiert als an seiner eigenen Person; auch fehlten ihm sowohl Neigung wie Begabung zur Intrige. Mit einem scharfen Verstand und einer zuweilen allzu lebhaften Vorstellungskraft ausgerüstet, verband er die Fähigkeit zu logischem und selbständigem Denken mit Humor und Witz, mit einer brillanten Formulierungskunst und einer legendären Schlagfertigkeit. So war er in Jahrzehnten zu einer der ganz grossen Gestalten der britischen Parlamentsgeschichte geworden.

Der Minister Churchill hatte eine weniger glückhafte Fahrt gehabt. Auf der einen Seite standen grosse Erfolge und Verdienste: So zwischen 1906 und 1914 in den liberalen Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith als einer der wichtigsten Kampfgefährten Lloyd Georges bei bedeutenden innen- und

²⁵⁵ Vgl. R. Rh. James, Churchill: A Study in Failure 1900-1939, London 1970.

sozialpolitischen Reformen; in den letzten Friedensjahren als Marineminister bei der Vorbereitung der britischen Flotte auf den Krieg mit dem wilhelminischen Deutschland; 1917/18 als Rüstungsminister vor allem bei der Einleitung einer Tankproduktion grösseren Stils; in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg als Kriegs-, Luftfahrt- und Kolonialminister bei der Demobilisierung der britischen Armee, bei der Entschärfung der irischen Frage und bei dem vorübergehend durchaus gelungenen Versuch, die Erschliessung Palästinas für jüdische Einwanderung im Rahmen einer gemeinsamen britisch-zionistisch-arabischen Politik zu bewältigen. Auf der Sollseite fanden sich jedoch auch bittere Niederlagen: So 1915/16, als man den Marineminister Churchill für die Erfolglosigkeit des Gallipoli-Unternehmens gegen die mit Deutschland verbündete Türkei verantwortlich machte, obschon die politisch und militärisch sehr wohl richtig angesetzte Operation, die in der Tat zu Churchills Lieblingsprojekten zählte, von den militärischen Befehlshabern an Ort und Stelle verpfuscht worden war; im Grunde war der Marineminister auch weniger einem Fehler zum Opfer gefallen – er ging für einige Zeit als Bataillonskommandeur an die Front in Frankreich – als der Koalitionsbildung zwischen Liberalen und Konservativen, weil ihm letztere damals weder seinen 1905 erfolgten Wechsel von ihnen zu den Liberalen noch seine anschliessende Aktivität als Reformpolitiker verziehen hatten. Ähnlich erging es ihm zwischen 1918 und 1920, als in erster Linie er es war, der die Alliierten dazu bewog, in den russischen Bürgerkrieg militärisch gegen die Bolschewiki einzugreifen, die Interventionspolitik jedoch völlig Schiffbruch erlitt. Derartige Fehlschläge hatten ihm den Ruf eingebracht, als Kabinettsmitglied auch seine gefährlichen Seiten zu haben, vornehmlich die Eigenschaft, sich das Urteilsvermögen gelegentlich durch hitziges Temperament und Wunschdenken trüben zu lassen. Daneben galt er manchen seiner Kollegen als allzu rastlos, allzu umtriebiger und allzu sorglos im Umgang mit Ressortgrenzen. Wenn auch ein gut Teil der Kritik einfach darauf zurückgeführt werden durfte, dass sich die selbstzufriedene Bequemlichkeit, die vielen konservativen und liberalen Politikern eignete, von Churchills Einfallsreichtum, Energie und Tatendrang belästigt fühlte, so steckte in den Vorwürfen schon auch ein wahrer Kern.

In den Jahren vor München hatte er sogar seine Stellung im Unterhaus geschwächt und die Distanz zu einem Sitz im Kabinett erheblich vergrössert; seit 1929, seit dem Wechsel von der konservativen Regierung Baldwin, der er als Schatzkanzler angehört hatte, zur Labour-Regierung MacDonald, war er ja ohne Amt. Das lag einmal daran, dass er, als altmodischer Empire-Anhänger, der sein Berufsleben als Kavallerieoffizier in Indien begonnen hatte, ohne Zögern gegen eine von der Unterhaus-Mehrheit gestützte Reformpolitik auftrat, die Indien auf den Weg zur Unabhängigkeit bringen musste. Und es lag ferner daran, dass er während der innenpolitischen Krise, die 1936 ausbrach, weil der junge König Edward VIII. an der Absicht festhielt, die zweimal geschiedene

Amerikanerin Mrs. Simpson zu heiraten, in einer Weise für den späteren Herzog von Windsor Partei nahm, dass sein Anfall von feudalistischer Lehnstreue – Stoff für einen Cervantes – die unvermeidliche und am 10. Dezember 1936 vollzogene Abdankung des Königs zu verzögern und eine dem ganzen Commonwealth höchst unangenehme Affäre ungebührlich zu verlängern drohte. Indes handelte es sich dabei nur um temporäre Rückschläge, von denen er sich wieder erholte, und bis 1938/39 war er überdies zu einem weithin anerkannten Experten in deutschlandpolitischen und in den mit der deutschen Gefahr zusammenhängenden rüstungspolitischen Fragen geworden. Sein Urteil über München hatte Gewicht, und er nannte die Konferenz von München am 5. Oktober 1938 in einer grossen Unterhausdebatte eine «totale, durch nichts gemilderte Niederlage». Er setzte hinzu: «Das ist nur der Beginn ..., der erste Vorgesmack eines bitteren Tranks, der uns Jahr für Jahr kredenzt werden wird.»²⁵⁶

Ende der zwanziger und Anfang der dreissiger Jahre war Winston Churchill noch ein sozusagen «radikaler» Appeaser gewesen. Damals hatte er mehrmals – so als 1931 das von Reichskanzler Brüning und seinem Aussenminister Curtius zur Vorbereitung des «Anschlusses» lancierte Projekt einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zur Debatte stand – dafür plädiert, die einigermassen vertretbaren deutschen Wünsche zur Revision der Pariser Vororts Verträge jetzt zu erfüllen²⁵⁷. Er hatte sich dabei vornehmlich von drei Überlegungen leiten lassen: Erstens müsse – so der alte Feind des Kommunismus und des kommunistischen Russland – das Deutsche Reich zu einem festen Bollwerk gegen Bolschewismus und Sowjetunion gemacht werden, wofür das Land auch aussenpolitische Erfolge brauche; zweitens wären die Sieger gut beraten, wenn sie die deutschen Ansprüche befriedigten, solange sie noch eindeutig stärker seien als die Geschlagenen des Krieges und folglich den Revisionsprozess noch unter Kontrolle halten könnten; drittens gelte es, der Weimarer Republik den Rücken gegen die Nationalsozialisten zu stärken, die uferlose Pläne hätten und entschlossen seien, Krieg zu führen, und auch für diesen Zweck komme es darauf an, der Republik aussenpolitische Erfolge zu verschaffen²⁵⁸. Sein Urteil über die Nationalsozialisten stand früh fest, und so hat er seine bisherige Auffassung von richtiger britischer – und überhaupt westlicher – Deutschlandpolitik sofort aufgegeben, nachdem Hitler deutscher Reichskanzler geworden war und sein Regime stabilisiert hatte. Von nun an musste, wie Churchill die Dinge sah, alles darauf konzentriert werden, Europa gegen die nationalsozialistische Gefahr zusammenzuschliessen.

Zunächst setzte er dabei seine Hoffnung auf eine Sammlung im Rahmen des Völkerbunds und auf die Aktivierung des Systems der kollektiven Sicherheit.

²⁵⁶ Taylor, Munich, S. 903; Gilbert, Churchill, V, S. 1000.

²⁵⁷ Gilbert, Churchill, V, S. 451 f.

²⁵⁸ Ebenda.

«In der Zahl liegt Sicherheit», schrieb er am 8. März 1935 an seine Frau. «Nur in der Zahl liegt Sicherheit.»²⁵⁹ Jedoch stellte sich bald die Ohnmacht des Bundes heraus, und Churchill wandte sich mit Eifer Projekten einer Allianzpolitik alten Stils zu, die der kollektiven Sicherheit durch die Zusammenarbeit der europäischen Grossmächte mehr Substanz geben sollten. Dabei war er durchaus bereit, alten und ans Herz gewachsenen Feindschaften abzuschwören. «Angesichts der Gefahr aus Deutschland», so konstatierte am 19. April 1936 Sir Maurice Hankey, Sekretär des Committee for Imperial Defence und des Kabinetts, «hat er seinen heftigen antirussischen Komplex früherer Tage begraben und ist nun offenbar ein Busenfreund von Mr. Maisky [dem Londoner Botschafter der Sowjetunion].»²⁶⁰ Aber ein Bündnissystem allein konnte nicht genügen. Die dazu fähigen Grossmächte hatten vielmehr ihre militärische Kraft erheblich zu steigern, um es mit dem Jahr für Jahr militärisch stärker werdenden Deutschland notfalls auch aufnehmen zu können. Nur von Verträgen allein würde sich ein Hitler sicherlich nicht beeindrucken lassen. Geling es aber, eine erfolgreiche Bündnispolitik mit der erforderlichen Rüstungsanstrengung zu verbinden, so musste eine Phalanx von Staaten entstehen, die in der Lage war, das nationalsozialistische Deutschland in Schach zu halten und von kriegerischen Abenteuern abzuschrecken. Ein Krieg gegen Deutschland wurde, sofern dies alles rechtzeitig geschah, überflüssig. Naturgemäss hielt es Churchill für einen Gipfel der Narrheit, den gefährlichen Leuten in Berlin auch noch Machtgewinne zu ermöglichen und sogar förmlich zuzuschancen. Was der Weimarer Republik hätte gegeben werden sollen, hatte Hitler selbstverständlich verweigert zu werden. In einer Unterhaltung mit dem Führer der Sudetendeutschen Partei, die geraume Zeit vor München stattfand, setzte er Konrad Henlein auseinander, dass er nicht grundsätzlich gegen die Erfüllung der sudetendeutschen Forderungen sei, dass man jedoch die Sudetengebiete unter keinen Umständen einem Hitler überlassen dürfe, der solche Erfolge lediglich als Sprungbrett für sehr viel weiter zielende expansionistische Absichten nützen werde. So entwickelte sich Churchill zum beredtesten Anwalt einer zielbewussten britischen Bündnispolitik, zum leidenschaftlichsten Apostel einer energischen britischen Rüstungspolitik und zum überzeugtesten Verfechter einer britischen Aussenpolitik, die sich Ansprüchen des nationalsozialistischen Deutschland in den Weg stellte. Da die Kabinette Baldwin und Chamberlain eine Aussenpolitik verfolgten, die seiner Auffassung genau entgegengesetzt war, und da die beiden Kabinette nach seiner Meinung vor allem auf den Feldern der Bündnis- und der Rüstungspolitik nichts oder doch viel zu wenig taten, wuchs er notwendigerweise auch in die Rolle des schärfsten und des beharrlichsten Kritikers der offiziellen Politik der Londoner Regierung.

²⁵⁹ Ebenda, S. 626.

²⁶⁰ Ebenda, S. 723.

Churchill dachte dabei nicht nur in machtpolitischen Kategorien und keineswegs allein an politische oder wirtschaftliche Interessen Grossbritanniens und des Commonwealth; die Erhaltung des europäischen Kräftegleichgewichts verstand er nicht bloss als eine Notwendigkeit für die äussere Sicherheit Englands. Von 1932 bis 1938 legte er – der sich ohne Amt wieder der Geschichtsschreibung zuwandte – eine mehrbändige Biographie seines grossen Ahnen John Churchill vor, des ersten Herzogs von Marlborough, der viele Jahre lang zusammen mit dem Prinzen Eugen gegen die Hegemonialpolitik des Frankreichs Ludwigs XIV. gekämpft hatte. So hatte sich in sein Bewusstsein eine Vorstellung von der gesamteuropäischen Wächterrolle Grossbritanniens tief eingebrannt, die er einmal in einem Brief an Lord Rothermere mit der Reihung illustrierte: «Elizabeth – Philip II/ William III, Marlborough – Louis XIV/Pitt-Napoleon/We-Wilhelm II!»²⁶¹ In all diesen grossen Konflikten der europäischen Geschichte war aber Grossbritannien, in Winston Churchills Verständnis, nicht einfach – als Haupt einer Staatenkoalition – zu Felde gezogen, um auf dem europäischen Kontinent die Vorherrschaft einer bestimmten Macht zu verhindern, vielmehr war es in jedem Falle vor allem darum gegangen, die hegemonialen Tendenzen einer Macht abzuwehren, die – vom katholischen Spanien der Inquisition über das absolutistische Frankreich bis zum wilhelminischen Deutschland – Europa mit einer freiheitsfeindlichen Ideologie und mit einem freiheitsfeindlichen politischen System bedroht hatte.

Erst recht schrieb er in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland dem Gegensatz zwischen zwei grundverschiedenen Systemen ethischer, geistiger und politischer Werte die entscheidende Bedeutung zu. Einmal hat er gesagt: «Sozialismus ist schlecht, Chauvinismus ist noch schlimmer, und die beiden vereint, in einer Art verderbtem italienischen Faschismus, sind das übelste Credo, das je von Menschen eronnen wurde.»²⁶² Wenn das Deutschland Hitlers den europäischen Kontinent unterwerfen sollte, musste nicht nur die staatliche Selbständigkeit der europäischen Länder ausgelöscht werden, diese barbarische, ja inhumane Diktatur, abstrusen und menschenverachtenden Doktrinen huldigend, musste vielmehr auch «die parlamentarische Demokratie und die liberale Zivilisation» vernichten, wie er am 24. September 1936 in einer Rede ausrief.²⁶³ Churchill empfand das Dritte Reich und seine Politik stets als eine äusserste Gefährdung der politischen Kultur Westeuropas und namentlich Grossbritanniens, deren Wesen er im Übrigen gerade tief in sich einsog. Kaum war die Biographie Marlboroughs abgeschlossen, hatte er nämlich eine wiederum auf mehrere Bände angelegte – dann allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg erscheinende – «Geschichte der englischspre-

²⁶¹ Ebenda, S. 648 f.

²⁶² Colville, *The Fringes of Power*, S. 332.

²⁶³ Gilbert, *Churchill*, V, S. 788.

chenden Völker» in Angriff genommen, und obwohl er darin, wie schon in seinen bisherigen Werken, mit Lust und Sachverstand die Dramatik politischer Konflikte lebendig werden liess oder grandiose literarische Schlachtenbilder malte, geriet ihm die Arbeit doch, ihrer inneren Konzeption nach, zur Erzählung der Herkunft und der Entfaltung einer politischen Kultur, ihrer trotz aller verschlungenen Umwege stetigen Verbesserung und Verfeinerung, zur Erzählung der geschichtlichen Verwirklichung von Freiheit und Humanität. Es gehört zu den bemerkenswertesten Elementen jener Jahre, dass sich als der wichtigste Widersacher Chamberlains und dann für lange Zeit auch Hitlers nicht irgendein ordinärer Politiker herauschälte, lediglich mit den ordinären Eigenschaften eines erfolgreichen Politikers begabt, mit Energie, Zähigkeit, Geschick, sondern ein Mann, der sich im Laufe seiner Karriere zum profunden Kenner und zum liebenden Hüter – fast durfte man sagen: zur Personifizierung – der Tradition britischer Aussenpolitik und der Essenz des politischen Geistes Englands entwickelt hatte.

In der ungewissen Stimmung, die nach München in Grossbritannien herrschte, trug allein schon die Besonderheit seiner politischen Persönlichkeit dazu bei, Churchill besondere Aufmerksamkeit, besonderen Respekt und – bei weiterer Verschärfung der internationalen Krise oder bei Krieg – eine besondere Anwartschaft auf die Führung des Landes zu sichern. Dass seine Warnungen – nachträglich auch jene, mit denen er vor München der Regierung jahrelang so lästig gefallen war – jetzt grosse Beachtung fanden, lag aber nicht zuletzt daran, dass allenthalben, selbst im eigentlichen Regierungslager, zu dem ja der Frondeur Churchill, obwohl er seit 1924 wieder zu den Konservativen gehörte, nicht zu zählen war, ein Stimmungsumschwung einsetzte, der auf eine Annäherung an den Standpunkt Churchills hinauslief. Vielen, die bis zum September 1938 an die Richtigkeit oder an die Unvermeidbarkeit der Chamberlainschen Appeasement-Politik geglaubt hatten, versetzte die Realität von München einen bösen Stoss. Sie empfanden genau das, was Churchill aussprach: Grossbritannien hatte vor einer politischen Erpressung kapituliert und dabei ein Land mit liberaldemokratischer Verfassung im Stich gelassen, es einer üblen Tyrannei zum Frasse vorgeworfen. Und da war die peinigende Frage, ob man sich mit einem politischen Akt, der Bitterkeit und Scham weckte, tatsächlich für längere Zeit Ruhe erkaufte. Den Zwiespalt der Gefühle, den die Anhänger Chamberlains nun erlebten, hat Harold Nicolson in einen treffenden Satz gefasst. «Es ist wirklich schwierig», so schrieb er, «zu sagen: ‚Dies ist die bedeutendste diplomatische Grosstat in der Geschichte; deshalb müssen wir unsere Rüstung verdoppeln, um nie wieder einer solchen Demütigung ausgesetzt zu sein!‘»²⁶⁴ Wer die Niederlage spürte und besorgt in die Zukunft sah, stand jedoch bereits, auch wenn das noch nicht offen zum Ausdruck kam, zwischen Chamberlain und Churchill; er räumte, wenn er etwa die Forderung erhob,

²⁶⁴ Nicolson, *Diaries and Letters*, S. 374.

Grossbritannien müsse mehr rüsten, ein, dass Chamberlains Kritiker die Ziele Hitlers und die Natur des nationalsozialistischen Deutschland womöglich richtiger einschätzten als der Premier.

Sogar Kabinettsmitglieder konnten sich dem Trend zu Churchillschen Auffassungen nicht entziehen, so Handelsminister Oliver Stanley, Erziehungsminister Lord de la Warr und Luftfahrtminister Lord Swinton. Auch Chamberlains Aussenminister gesellte sich zu den Zweiflern. Lord Halifax, ein Aristokrat, der Bildung und Gelehrsamkeit mit der Liebe zur Fuchsjagd verband, hatte vor und nach seiner von 1926 bis 1931 währenden Amtszeit als Vizekönig in Indien mehreren Kabinetten angehört, als Erziehungsminister, Landwirtschaftsminister, Kriegsminister und Lordsiegelbewahrer; nachdem ihn Chamberlain im Februar 1938 an die Spitze des Foreign Office gestellt hatte, wo er Anthony Eden ablöste, war er, was Hitler und Deutschland anlangte, stets dem Urteil des Premiers gefolgt und gleichfalls der Ansicht gewesen, dass der Friede um fast jeden Preis bewahrt werden müsse. Aber das Erlebnis von München und der Art und Weise, in der Hitler in den Wochen vor München agiert hatte, verstörte Lord Halifax, der auch ein tief religiöses Mitglied der Anglikanischen Kirche war, und schreckte ihn auf. Als er den aus München zurückkehrenden Chamberlain am Londoner Flughafen abholte, riet er dem davon überraschten Premier noch während der Autofahrt, sofort eine Koalitionsregierung unter Einschluss der Labour-Partei zu bilden und in ein neues Kabinett auch Eden und Churchill aufzunehmen²⁶⁵. Gewiss sind aus den Zweifeln vorerst kaum Konsequenzen gezogen worden, und auf dem Felde der Rüstungspolitik wurde zunächst lediglich beschlossen, die Luftabwehr Grossbritanniens zu verstärken und zu diesem Zweck auch mehr Jagdflugzeuge zu bauen und mehr Jagdflieger auszubilden. Doch abgesehen davon, dass die rüstungspolitische Entscheidung – wie sich dann 1940/41 herausstellte – richtig und von grösster militärischer Bedeutung war, begann in Grossbritannien – und das gilt in ähnlicher Form auch für Frankreich – sogleich nach München ein politisches Klima zu entstehen, in dem das Land auf weitere Reizungen aus Deutschland überaus empfindlich reagieren musste.

Und eben solche Irritationen wurden von den nationalsozialistischen Herren des Deutschen Reiches prompt geliefert. Schon die von Hitler und Ribbentrop befohlene Rundfunk- und Pressekampagne gegen Duff Cooper, Eden und Churchill wirkte nicht nur als ungehöriger Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Grossbritanniens, etwa in die Freiheit der Regierungsbildung, und damit als ein Indiz für eine gefährliche Steigerung der nationalsozialistischen Arroganz, sondern vor allem als völlig unverständliche Brüskierung eines Staates, der Hitler und Deutschland gerade zu einem gewinnbringenden Triumph verhülfen hatte. Viele britische Beobachter fragten sich, ob diese ansonsten sinnlose Kampagne womöglich den Zweck verfolgte, die deut-

²⁶⁵ Taylor, Munich, S. 926.

sche Bevölkerung, die Chamberlain in München zugejubelt hatte und den Premier noch monatelang mit Beifall bedachte, sobald er in einer Wochenschau auftauchte, auf weitere Akte einer antibritischen Politik und am Ende auf einen Krieg gegen England einzustimmen; schliesslich war der Feldzug vom «Führer» mit seiner Saarbrückener Rede persönlich eröffnet worden und bloss ganz selten von aner kennenden Worten an die Adresse Chamberlains und seines Lagers begleitet. Unvergleichlich stärker wirkte aber im November 1938 die «Reichskristallnacht», der von Hitler gebilligte und von Goebbels inszenierte reichsweite Pogrom gegen die deutschen Juden.

Noch am 31. Oktober hatte Herbert v. Dirksen, der deutsche Botschafter in London, nach Berlin berichtet, Chamberlain werde demnächst neue britisch-deutsche Besprechungen vorschlagen, um, auf der Grundlage von München, die britisch-deutsche Annäherung weiter zu fördern²⁶⁶. Am 17. November schrieb er jedoch, seine Ankündigung treffe «gegenwärtig nicht mehr zu», und als «die beiden wichtigsten Rückwirkungen der antijüdischen Welle in Deutschland» nannte er: «Die Niedergeschlagenheit, die sich gerade der aktiv für eine deutsch-englische Freundschaft eintretenden Elemente des englischen Volkes bemächtigt hat, und die Beeinträchtigung der Stellung Chamberlains.» Die deutschfreundlichen Kreise in England seien «seelisch betroffen» und «in ihrem Glauben an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung irre» geworden; ihre «Tatkraft» sei «gelähmt», ihre «moralische Unterstützung, ihr Antrieb» fehlten nun dem Kabinett²⁶⁷. Für einen ansonsten nicht gerade regimekritischen Diplomaten war das, in einem amtlichen Bericht an das Auswärtige Amt, eine starke Sprache, und Dirksen kannte England inzwischen gut genug, um zu wissen, dass es seit 1933 in Grossbritannien – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine «deutschfreundlichen Kreise» mehr gab, d.h. keine Kreise, die dem nationalsozialistischen Deutschland freundschaftlich gesonnen gewesen wären; wer sich als «deutschfreundlich» gerierte und für die deutsch-englische Verständigung eintrat, tat das, wie Chamberlain selbst ja auch, meist nur, um einem Krieg aus dem Wege zu gehen²⁶⁸. In der ihm eben noch möglichen Form wollte Dirksen Berliner Lesern sagen, dass der jetzt mit der «Kristallnacht» gegebene Hinweis auf eine vielleicht unveränderlich böse Natur des NS-Regimes – der Hinweis auf die von München offenbar unberührt gebliebene Roheit der nationalsozialistischen Führer, auf ihre anscheinend gänzlich ungeschwächte Lust an Gewaltanwendung und auf ihre sichtlich ungebrochene ideologische Verböhrtheit – den Glauben vieler Briten an die Vermeidbarkeit eines Krieges mit Deutschland schwer erschüttert und damit die Grundlage der Politik Chamberlains in Frage gestellt habe.

²⁶⁶ ADAP, D, 4, Nr. 260.

²⁶⁷ Ebenda, Nr. 269.

²⁶⁸ Nicolson, Diaries and Letters, S. 254.

Wie genau Dirksen den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, zeigt etwa die Reaktion des damaligen britischen Marineattachés in Berlin. Ebenfalls Mitte November notierte Kapitän Troubridge, ein biederer und mitnichten philosemitischer Seemann, der aber über eine unbestechliche Beobachtungsgabe verfügte und neben gesundem Menschenverstand zuverlässige ethisch-moralische Wertmassstäbe besass, in seinem Tagebuch, dass der Pogrom eine Wende in den britisch-deutschen Beziehungen bedeute: er selbst habe in seiner Berliner Stellung seit Jahren aufrichtig und eifrig an einem Ausgleich zwischen Grossbritannien und Deutschland gearbeitet, doch sei damit jetzt Schluss; solange diese Bande von Nationalsozialisten in Deutschland am Ruder sei, könne es keine Verständigung geben, werde Europa keinen Frieden haben²⁶⁹. Dirksen hatte gegen Ende seines Berichts vom 17. November noch geschrieben: «Die Gegner Chamberlains sind nicht müssig gewesen, die neue deutschfeindliche Welle zur Kritik und zu erneuten Angriffen auszunutzen, dass ein Zusammengehen mit einem Land, in dem solche Härten möglich sind, aus weltanschaulichen Gründen abgelehnt werden müsse. Die von Frankreich propagierte Ablehnung der deutschen Kolonialforderungen ist von den deutschfeindlichen Kreisen in England bereitwillig aufgegriffen und verstärkt worden.» Der Botschafter war nicht schlecht informiert. Die «Kristallnacht» hatte in der Tat Konsequenzen für die kolonialen Ansprüche des Deutschen Reiches, nur dass diese – über Empörung und Resignation bereits hinausgehenden – ersten praktischen Konsequenzen aus dem Pogrom nicht von Gegnern Chamberlains, sondern von seinem Kabinett gezogen wurden. Unter der Leitung Malcolm MacDonalds, des Kolonialministers, hatte sich eine Studiengruppe tatsächlich seit einiger Zeit mit dem Problem beschäftigt, wie Deutschland in den Besitz kolonialer Territorien gebracht werden könne. Am 14. November erklärte indes MacDonald im Aussenpolitischen Ausschuss des Kabinetts, angesichts der Ereignisse in Deutschland werde die Arbeit an jenem Problem vorerst eingestellt²⁷⁰.

Chamberlain selbst ist von der «Kristallnacht» ebenfalls hart getroffen worden. Am 10. November, noch ehe ihn Nachrichten über den Pogrom – der seine Höhepunkte in der Nacht vom 9. auf den 10. und am 10. hatte – erreichten, schrieb er voller Freude an seine Schwester, William Astor habe aus Berlin den Eindruck mitgebracht, dass Hitler ihn, Neville Chamberlain, möge²⁷¹. In der Sitzung des Aussenpolitischen Ausschusses vom 14. November äusserte er sich jedoch zum ersten Male «sehr besorgt über die ent-' täuschende Entwicklung der Dinge in Deutschland seit der Münchner Regelung». Mehr noch: er akzeptierte die von seinem Aussenminister gezogene Folgerung, dass es zur Zeit keine Fortsetzung der Bemühungen um eine britisch-deutsche Annäherung ge-

²⁶⁹ Aufzeichnung Captain Troubridge, 16.11.1938; ungedruckt, im Besitz des Verf.

²⁷⁰ Taylor, Munich, S. 937 f.

²⁷¹ Ebenda, S. 938.

ben könne, und er stimmte Lord Halifax auch zu, als dieser meinte, nach der «Kristallnacht» sei es wohl angezeigt, das Tempo der britischen Rüstung zu erhöhen und einen weiteren Versuch zur Trennung Mussolinis von Hitler zu unternehmen. Aber der Premierminister war noch nicht hart genug getroffen worden. In Wahrheit dachte er gar nicht daran, das britische Rüstungsprogramm – über die kurz zuvor beschlossene Verstärkung der Luftabwehr hinaus – zu beschleunigen oder auszuweiten. Jedenfalls tat er nichts, und am 22. November, als er in einer Kabinettsitzung berichtete, wie er sich bei dem britisch-französischen Konsultationsgespräch zu verhalten gedenke, das zwei Tage später in Paris stattfinden sollte, teilte er seinen Kollegen mit, er werde es den französischen Freunden so klar wie nur irgend möglich machen, dass sie im Kriegsfall auch künftig – wie schon vor München – lediglich mit einem britischen Expeditionskorps von zwei Divisionen rechnen dürften²⁷². In diesem Sinne sprach er dann auch am 24. mit Daladier, und als ihn ein paar Tage später Kriegsminister Leslie Hore-Belisha aufsuchte, um ihn vielleicht doch zu energischeren Massnahmen gegen den unfertigen Zustand der Armee zu bewegen, tröstete er seinen Besucher mit der Bemerkung, da die britische Armee so klein sei, «lohnt es sich doch nicht, sich darüber Sorgen zu machen, ob sie fertig ist oder nicht»²⁷³.

Aber sogar Chamberlains Vertrauen in den deutschen «Führer» wurde, wengleich es noch existierte, hinfalliger und hinfalliger. Mitte Dezember kehrte Ivone Kirkpatrick, bislang an der Botschaft in Berlin, ins Foreign Office zurück. Der Diplomat, der an etlichen Treffen britischer Politiker mit Hitler – auch an den Begegnungen zwischen Hitler und Chamberlain – teilgenommen hatte und daran die Erinnerung mitbrachte, wie ihm angesichts der gelegentlich durchbrechenden «böartigen Arroganz» des «Führers» einige Male körperlich übel geworden war²⁷⁴, brachte seinen Vorgesetzten auch eine wichtig klingende Information. Ein pensionierter deutscher Beamter, ein guter Bekannter des kürzlich verabschiedeten Generals Beck, habe ihm erzählt, so berichtete Kirkpatrick, dass Hitler, gegen die britische Politik aufgebracht, beschlossen habe, Grossbritannien im März anzugreifen; am Anfang werde ein überraschender Luftangriff auf London stehen²⁷⁵. Chamberlain nahm die Erzählung, in der sich Wahres – die damalige Grundtendenz Hitlerschen Denkens – mit Falschem – Entschluss zum Angriff im März – mischte, bezeichnenderweise zum Anlass, für den nächsten Tag, den 17. Dezember, eine Sondersitzung von Ministern einzuberufen, und während dieser Sitzung hielt es der Premierminister durchaus für möglich, dass die Nationalsozialisten den «Plan gefasst haben, uns einen Schlag zu versetzen, wenn wir Miene machen, gegen Hitlers östliche Am-

²⁷² Ebenda, S. 932.

²⁷³ Ebenda, S. 933.

²⁷⁴ Nicolson, *Diaries and Letters*, S. 414.

²⁷⁵ Taylor, *Munich*, S. 943.

bitionen zu intervenieren»; wahrscheinlicher sei allerdings, dass Hitlers nächster Zug in östliche Richtung gehen werde²⁷⁶. Die Ministerien der Streitkräfte wurden jedenfalls angewiesen, sich auf erhöhte Gefahr im kommenden März einzustellen, und einige Tage später beschloss das Committee of Imperial Defence (CID) eine abermalige Beschleunigung des Luftschutz- und Luftabwehrprogramms. Sonst geschah zwar nichts, aber der Vorfall zeigte einen Chamberlain, bei dem gerade ein Prozess der Ablösung stattfand: Das Hitler-Bild, das er bei seiner Appeasement-Politik stets vor Augen gehabt, das ihn zu seinen Flügen nach Berchtesgaden, Godesberg und München bewogen hatte, begann zu zerfallen; die Ängste und Besorgnisse, die unter der zur Schau getragenen Selbstgewissheit und Kritikunempfindlichkeit offensichtlich am Werke waren, löschten gerade die Züge des Wunschbilds einen nach dem andern aus und zeichneten Linie um Linie das wahre Bild ein.

Umso wichtiger schien dem Premier das von Lord Halifax vorgeschlagene und inzwischen tatsächlich vereinbarte Treffen mit Mussolini zu sein. Während der Aussenminister nur mit gedämpften Erwartungen nach Rom fuhr und sich neben einer gewissen Verbesserung der Beziehungen zum Duce vornehmlich eine stärkere Wirkung des Besuchs auf die öffentliche Meinung in Italien erhoffte, glaubte Chamberlain, wie er am 21. Dezember in einer Kabinettsitzung erklärte, dass man sich – dies sei der definitive Zweck der Reise – «die guten Dienste von Signor Mussolini in Berlin sichern» könne; der Duce müsse dafür gewonnen werden, «Herrn Hitler davon abzuhalten, sich wie ein »tollwütiger Hund" aufzuführen»²⁷⁷. Am 11. Januar 1939 trafen Chamberlain, Lord Halifax und Sir Alexander Cadogan, der beamtete Staatssekretär des Foreign Office, in Rom ein. Mussolini und Ciano feierten die Gäste mit einigem Gepränge, wichen jedoch zunächst einer ernsthaften politischen Unterhaltung aus. Chamberlain reagierte auf die Taktik des Duce mit Hilflosigkeit und handelte sich am folgenden Morgen eine Mahnung des ansonsten gelassenen und überlegten Cadogan ein: «Wir müssen ... Musso auf das Thema Hitler und dessen Intentionen bringen. Wir müssen von hier eine gewisse Zusicherung mitnehmen, dass Musso versuchen wird, Hitler zurückzuhalten, und wiederum hier die Vorstellung zurücklassen, dass es, wenn Hitler nicht zurückgehalten wird, Krach gibt.»²⁷⁸ Chamberlain gelang es indes auch in den folgenden Gesprächen nicht, aus Mussolini mehr herauszuholen als die jede tiefere Erörterung abblockende Behauptung, sein Freund Hitler denke überhaupt nicht an Krieg, und vor der zweiten Aufgabe, die Cadogan genannt hatte, versagte er kläglich. Schon am ersten Abend der Zusammenkunft sagte Mussolini zu seinem Schwiegersohn, dass diese Besucher aus London nicht aus dem gleichen Holz geschnitzt seien

²⁷⁶ Ebenda.

²⁷⁷ Ebenda, S. 950 ff.

²⁷⁸ Ebenda, S. 951.

wie Francis Drake und all die anderen grossartigen Abenteurer, die das Empire geschaffen hätten; man habe es vielmehr mit den müden Abkömmlingen einer langen Reihe reicher Männer zu tun: «Und sie werden das Empire verlieren.»²⁷⁹ Graf Ciano gewann in den Besprechungen den Eindruck, dass die Briten so schreckgebannt auf die deutsche Aufrüstung starteten wie das Kaninchen auf die Schlange und dass sie nicht kämpfen wollten. Wie verächtlich die Italiener den britischen Besuch von Anfang an behandelten, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, dass Mussolini acht Tage vor dem Eintreffen Chamberlains in Rom den Deutschen hatte mitteilen lassen, er sei nun zum Abschluss eines deutsch-italienisch-japanischen Militärpakts bereit und wünsche die Unterzeichnung der Vertragsdokumente noch Ende Januar. Wäre das Vorhaben nicht an der japanischen Zurückhaltung gescheitert, hätte also etwa zwei Wochen nach der Rückkehr Chamberlains aus Rom eine feierliche Zeremonie den Beitritt Italiens zu einer ausdrücklich antiwestlichen Allianz besiegelt und die offenbar düpierten Briten globaler Lächerlichkeit preisgegeben. Chamberlain hatte es in Rom nicht vermocht, die italienische Einschätzung der Londoner Politik zu korrigieren. Im Gegenteil. Wenn Graf Ciano das Ergebnis des britischen Besuchs in die Worte fasste: «Nichts von Bedeutung!»²⁸⁰ so war das infolgedessen nicht ganz richtig. Angesichts der Schwachherzigkeit, die sie bei ihren britischen Gästen diagnostizieren zu dürfen glaubten, waren Mussolini und Ciano mehr denn je zur Umwandlung des Antikomintempakts in ein Militärbündnis und notfalls auch, falls Japan ewig zögern sollte, zu einem bloss zweiseitigen italienisch-deutschen Pakt bereit. Gegenüber dieser britischen Regierung musste sich ein derartiger Vertrag hervorragend zum politischen Druckmittel eignen.

Noch immer zu grandioser Selbsttäuschung fähig, schrieb Chamberlain, aus Rom zurückgekehrt, am 15. Januar an seine Schwester: «Ich habe alles erreicht, was ich zu bekommen erwartete, und mehr als das, und ich bin überzeugt davon, dass die Reise die Friedenschancen merklich verbessert hat.»²⁸¹ Da ihm die römische Bevölkerung, wie einige Monate zuvor die Münchner, zugejubelt hatte, redete er sich ein, die Reise sei ein Erfolg gewesen, und am 18. Januar nahm er es, in einer Kabinettsitzung, auch als Grund für Optimismus, dass Mussolini während der römischen Gespräche stets – statt sich gemäss dem Reisezweck gegen Hitler einspannen zu lassen – «loyal» den «Führer» verteidigt hatte; das spreche doch für den Charakter des Duce²⁸². Aber wie dünnhäutig die britischen Politiker – Chamberlain eingeschlossen – in Wahrheit bereits geworden waren, zeigte sich gerade in den Tagen nach dem Rom-Besuch. Mitte Januar liefen in London etliche Berichte, meist aus irgendwelchen geheim-

²⁷⁹ Zit. nach Taylor, Munich, S. 951.

²⁸⁰ Ebenda, S. 952.

²⁸¹ Ebenda, S. 953.

²⁸² Ebenda, S. 953 f.

dienstlichen Quellen, ein, die abermals, wie im Dezember die Nachricht Kirkpatrick's, besagten, dass Hitlers nächste Aktion ein Angriff im Westen sein werde, und zwar nannten einige Berichte die Niederlande als erstes Opfer. Es war nun sehr bezeichnend, dass diese frei erfundenen Informationen, deren Herkunft sich irgendwo im Dunkel verlor, nicht nur bei rüstungswilligen Militärs, denen sie überaus gelegen kamen, sondern auch in Regierungskreisen anfänglich durchaus Glauben fanden, und die «Holland-Panik», die sofort ausbrach, produzierte in wenigen Tagen und Wochen weit mehr als erregte Diskussionen²⁸³.

Auf militärischem Gebiet traf das britische Kabinett endlich die bislang von Chamberlain und seinen Gefolgsleuten immer wieder verhinderte Entscheidung, das im Kriegsfall auf den Kontinent zu entsendende Expeditionskorps erheblich zu verstärken und wesentlich besser auszurüsten; zwei weitere Massnahmen wurden jetzt immerhin in einer Weise erörtert, die auf baldige Beschlüsse deutete: die Schaffung eines Versorgungsministeriums, das die Rüstungsanstrengungen zentral steuern und intensivieren sollte, und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Auf politischem Gebiet begann die britische Regierung – die auch Präsident Roosevelt unterrichtete – unverzüglich mit Sondierungen in Paris, Brüssel und Den Haag, um gegen die Bedrohung durch Deutschland, das offenbar den Versuch mache, wie man den Belgiern am 16. Februar sagte, «Europa durch Gewalt zu beherrschen», eine gemeinsame Front der anscheinend zuerst gefährdeten Länder aufzubauen. Die Antwort der beiden grundsätzlich neutralen Staaten war naturgemäss enttäuschend: sowohl Holland wie Belgien weigerten sich, schon vor einem deutschen Angriff irgendwelche politischen oder militärischen Abreden mit den westlichen Grossmächten zu treffen und damit ihren neutralen Status zu kompromittieren. Auf der anderen Seite bekräftigten beide Staaten, dass sie entschlossen seien, sich im Falle eines deutschen Angriffs zur Wehr zu setzen, und angesichts dieser Bekräftigung kamen Frankreich und Grossbritannien – die jetzt auch die Kontakte ihrer Generalstäbe enger gestalteten – zu dem Schluss, dass eine gemeinsame Front praktisch bereits dann entstehe, wenn die dafür erforderliche klare Vereinbarung vorläufig nur von den Grossmächten getroffen werde. So verpflichteten sich Grossbritannien und Frankreich, einen deutschen Einfall in Holland und in die Schweiz – letztere Ergänzung wünschten die Franzosen – als Kriegsgrund zu betrachten; für Belgien existierte eine solche Verpflichtung schon seit 1937. Trotz der geographischen Limitierung war damit im Grunde bereits das Prinzip aufgestellt, dass man die nächste deutsche Grenzüberschreitung mit Krieg beantworten werde, sofern das überfallene Land Widerstand leiste. Die «Holland-Panik» hatte mithin eine Verdeutlichung der britisch-französischen Haltung bewirkt, die einer Verhärtung gleichkam, und eine Ent-

²⁸³ Ebenda, S. 944 ff.

geschlossenheit geweckt, die bei erneuter deutscher Aktivität den Abschied von der Appeasement-Politik zur Gewissheit machte.

Mangels Nahrung ebte jedoch die «Holland-Panik» wieder ab, und nach einigen Wochen regte sich allenthalben erneut die Hoffnung, dass die totalitären Staaten vielleicht doch Ruhe halten könnten und ein Krieg gegen sie vielleicht doch zu vermeiden sei. Am 8. März berichtete Lord Halifax in einer Kabinettsitzung, Frank Ashton-Gwatkin, ein Wirtschaftsexperte des Foreign Office, sei gerade aus Berlin zurückgekehrt, wo er mit Göring, Ribbentrop und Wirtschaftsminister Walter Funk gesprochen, «eine sehr freundliche Atmosphäre» vorgefunden und den Eindruck gewonnen habe, «dass keine unmittelbaren Abenteuer grösserer Natur ins Auge gefasst» seien²⁸⁴. Einen Tag später gab Chamberlain der Presse ein überaus optimistisches Interview: das Ende des Bürgerkriegs in Spanien sei in Sicht und das könne zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Italien führen; Oliver Stanley, der Handelsminister, werde am 17. März nach Berlin fahren, um dort aussichtsreiche Wirtschaftsgespräche zu beginnen; mit einer Abrüstungskonferenz sei noch Vorjahresende zu rechnen. Die Zeitungen brachten das Interview am 10. gross heraus. Sir Samuel Hoare, der Innenminister, ein kluger, geschickter und intriganter Politiker, der seit Jahren zu den Säulen der Appeasement-Politik gehörte und erheblichen Anteil an der Fernhaltung Churchills von einem Regierungsamt hatte, malte am Abend des 10. März in öffentlicher Rede ein prächtiges Gemälde von einer Zukunft des Friedens und der Prosperität, die Europa der Zusammenarbeit zwischen den Führern Grossbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens verdanken werde²⁸⁵.

Umso heftiger war der Schock, als Hitler ein paar Tage später die Tschechoslowakei zerstörte, statt zusammen mit den Westmächten und Italien ihre neuen Grenzen zu garantieren, wie es der Vereinbarung von München entsprochen hätte. Alle Erscheinungen der «Holland-Panik» kehrten zwangsläufig wieder, allerdings – ebenso zwangsläufig – in viel grösseren Dimensionen und mit schwererwiegenden Konsequenzen. Von nun an konnte es niemand mehr wagen, öffentlich für die Appeasement-Politik einzutreten. Gerade diejenigen, die das eben noch mit so rosigen Prognosen getan hatten wie Sir Samuel Hoare, sahen sich nicht allein aufs Schlagendste, sondern auch aufs Blamabelste widerlegt. Manche wandelten sich tatsächlich, so Lord Lothian, der einer der eifrigsten und einflussreichsten Anhänger von Appeasement gewesen war, jedoch schon nach der «Kristallnacht» in einem Brief an Kolonialminister Malcolm MacDonald dagegen plädiert hatte, einem Staat mit einer derart brutalen Rassenpolitik Kolonien zu geben²⁸⁶; jetzt forderte er mit Nachdruck eine feste

²⁸⁴ Ebenda, S. 956.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁶ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 522.

Deutschlandpolitik Grossbritanniens²⁸⁷. Andere mochten nach wie vor grösste Opfer für angezeigt oder für vertretbar halten, wenn dadurch einer militärischen Konfrontation mit Deutschland zu entgehen war, doch hatten sie unter der Wucht der Ereignisse und angesichts der allgemeinen Empörung über Hitlers Aktion zu verstummen. In den Monaten seit München immer wieder hart mitgenommen und allmählich mit schwindender Zuversicht kämpfend, hatte die Appeasement-Fraktion gleichwohl bis zuletzt existiert und ihre Standarten hochgehalten; nun war sie mit einem Male, als relevanter Faktor, aus der politischen Landschaft Grossbritanniens verschwunden.

Die Fraktion hätte auch keinen Führer mehr gehabt. Eine der wichtigsten Folgen des Hitlerschen Streichs bestand darin, dass der britische Premierminister diesen Streich mit Recht als eindeutige Widerlegung der zwei tragenden Grundannahmen seiner bisherigen Kontinental- und Deutschlandpolitik ansah. Chamberlain hatte geglaubt, Hitler vertrauen und das nationalsozialistische Deutschland saturieren zu können. Beides war nun als Irrtum erwiesen. Bei den ersten Nachrichten über den deutschen Coup hatte sich Chamberlain zwar noch um Gelassenheit bemüht und alle nur erreichbaren Gründe zusammengesucht, die eine passive Hinnahme des Coups rechtfertigen konnten. Am 15. März gab er im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er sich vornehmlich auf die Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit durch den Pressburger Landtag berief. Wohl sagte er, dass die Aktion Hitlers den «Geist» des Münchner Abkommens verletze, und er wies auch auf den «bedauerlichen Umstand» hin, dass die Deutschen erstmals von der Politik abgewichen seien, «in das Reich nur benachbarte Massen von Menschen deutscher Rasse zu inkorporieren», und jetzt ein Territorium besetzt hielten, «das von Menschen bewohnt wird, mit denen sie rassisch gar nicht verbunden sind». Doch lehnte er es andererseits ab, sich «heute» schon «Anklagen des Vertrauensbruchs, wie sie in aller Munde sind», zu eigen zu machen, und er betonte, dass die britische Regierung bei der Regelung von Streitfragen nach wie vor der Diskussion den Vorzug vor der Gewalt gebe²⁸⁸. Mancher gewann so den Eindruck, aus der Rede des Premiers spreche die Entschlossenheit, weiterhin auf Appeasement-Kurs zu bleiben. Hätte sich dieser Eindruck bestätigt, wäre Chamberlain vermutlich nicht mehr lange Premierminister geblieben; in politischen Kreisen wurde bereits über seine Ablösung durch Lord Halifax gesprochen. Aber der Eindruck, den er mit seinen ersten Reaktionen erweckte, täuschte.

Schon in der Sitzung vom 15. März hatte sich Chamberlain mit dem Kabinett – das allerdings den von Lord Halifax-gemachten Vorschlag ablehnte, Sir Nevile Henderson abuberufen, den britischen Botschafter in Berlin – dazu entschieden, die Reise Oliver Stanleys nach Deutschland «zu verschieben».

²⁸⁷ Ebenda, S. 618.

²⁸⁸ Parliamentary Debates, Fifth Series. House of Commons. Official Report Bd. 345, Sp. 437.

Am 16. März sagte er, als er mit Halifax und R.A. Butler lunchte, Staatssekretär im Foreign Office und bislang ein zuverlässiger Streiter für die Appeasement-Politik: «Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass ich den Naziführern nicht noch einmal vertrauen kann.»²⁸⁹ Drei Tage später schrieb er an seine Schwester: «Sobald ich Zeit fand, darüber nachzudenken, erkannte ich, dass es unmöglich ist, mit Hitler auszukommen, nachdem er alle seine eigenen Versicherungen in den Wind geschlagen hat.»²⁹⁰ Doch räsonierte Chamberlain nicht nur in kleinem Kreise und in einer vertraulichen Korrespondenz. Er begründete seinen Sinneswandel auch öffentlich, was die Abkehr der Nation von Appeasement naturgemäss stabilisieren musste, und im Kabinett machte er aus seiner eigenen Preisgabe der bisherigen Orientierungspunkte britischer Deutschlandpolitik eine offizielle Kurskorrektur der Regierung. Zunächst nutzte er eine Rede, die er am 17. März im heimischen Birmingham über wirtschaftliche Probleme hielt, zu jenen bitteren Worten an die Berliner Adresse, die dort Goebbels so missfielen. Nachdem er die scheinbare Vorsicht seiner zwei Tage zuvor im Unterhaus abgegebenen Erklärung ausdrücklich mit der Zurückhaltung begründet hatte, die der verantwortliche Regierungschef zu üben habe, wenn er nur über unvollständige Informationen verfüge, nachdem er ferner seine Politik bis zum Münchner Abkommen noch einmal dargelegt und verteidigt hatte, fuhr er fort²⁹¹:

«Wie können die Ereignisse dieser Woche in Einklang gebracht werden mit den Zusicherungen, die ich Ihnen zitierte? Zweifellos hatte ich als Mitunterzeichner des Münchner Abkommens ein Recht auf jene Konsultation, die in der Münchner Erklärung vorgesehen war, wenn Herr Hitler es aufzulösen wünschte. Stattdessen hat er sich ein Selbsthilferecht angemasst. Noch ehe der tschechische Präsident empfangen und vor Forderungen gestellt wurde, denen zu widerstehen er nicht die Macht hatte, waren die deutschen Truppen auf dem Marsch und binnen weniger Stunden waren sie in der tschechischen Hauptstadt.

Der gestern in Prag erlassenen Proklamation zufolge sind Böhmen und Mähren dem Deutschen Reich angeschlossen worden. Nicht-deutsche Einwohner, zu denen natürlich die Tschechen gehören, werden dem Deutschen Protektor im Deutschen Protektorat unterstellt Sie haben sich den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Reiches zu unterwerfen. Sie werden Staaten mit Selbstverwaltung genannt, aber das Reich übernimmt ihre Aussenpolitik, ihre Zölle und Akzisen, ihre Bankreserven und die Ausrüstung der entwaffneten tschechischen Armee. Und vielleicht das Unheimlichste: Wir hören wieder vom Auftauchen der Gestapo, der geheimen Staatspoli-

²⁸⁹ Taylor, Munich, S. 958.

²⁹⁰ Ebenda.

²⁹¹ Documents concerning German-Polish Relations and the Outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany on September 3, 1939, London 1939, Nr. 9.

zei, und von der gewohnten Geschichte der Massenverhaftungen prominenter Persönlichkeiten mit den Folgen, die uns allen vertraut sind.

Jeder Mann und jede Frau in unserem Land, die sich an das Schicksal der Juden und der politischen Gefangenen in Österreich erinnern, müssen heute von Kummer und Sorge erfüllt sein. Wer kann hindern, dass sich sein Herz in Sympathie dem stolzen und tapferen Volk zuwendet, das so plötzlich ein Opfer dieser Invasion wurde, dessen Freiheiten beschnitten sind und dessen nationale Unabhängigkeit dahin ist. Was ist aus der Erklärung ‚keine territorialen Ansprüche mehr‘ geworden? Was ist aus der Versicherung ‚wir wollen keine Tschechen im Reich‘ geworden? Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, worüber Herr Hitler in Berchtesgaden mit mir so heftig diskutierte, als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?... die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Missachtung der von der Deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, ... müssen uns allen die Frage nahelegen: ‚Ist dies das Ende eines alten Abenteuers, oder ist es der Anfang eines neuen?‘

‚Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat, oder sollen ihm noch weitere folgen? Ist dies sogar ein Schritt in Richtung auf den Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen?‘»

Nach solch eindrucksvollen und aus Chamberlains Munde fast sensationellen Sätzen kündigte der Premier seinen Zuhörern an, dass die britische Regierung unverzüglich in Besprechungen mit den Commonwealth-Ländern und mit Frankreich eintreten werde, «mit denen wir so eng verbunden sind», und daran knüpfte er den bemerkenswerten Hinweis, «dass auch andere, die wissen, dass wir an dem, was in Südosteuropa vorgeht, nicht desinteressiert sind, unseren Rat und unsere Meinung wohl gerne einholen werden». Offensichtlich gab der britische Regierungschef jedem, der hören wollte, zu verstehen, dass die übrigen Staaten der von Deutschland bedrohten Region künftig mit britischem Schutz rechnen dürften. Am Tag danach bestätigte Chamberlain diesen revolutionären Wandel der britischen Aussenpolitik in einer Kabinettsitzung²⁹²:

«Der Premierminister sagte, wir seien bis vor einer Woche von der Annahme ausgegangen, dass wir mit unserer Politik, die Beziehungen mit den diktatorischen Mächten weiter zu verbessern, fortfahren könnten, und dass diese Mächte zwar Ziele hätten, die Ziele aber begrenzt seien ...

Der Premierminister sagte, er sei nun definitiv zu dem Schluss gekommen, dass Herrn Hitlers Haltung es unmöglich mache, auf der alten Basis mit dem Nazi-Regime zu verhandeln ... Auf keine der Versicherungen, die von den Nazi-Führern gegeben würden, könne man Vertrauen setzen...

²⁹² Zit. nach Taylor, Munich, S. 959.

Der Premierminister sagte, dass er auf der Basis dieses Schlusses, und nach Beratung mit dem Aussenminister und anderen sofort erreichbaren Kollegen, seine Rede in Birmingham gehalten habe...

Der Premierminister sagte, dass er seine Rede in Birmingham als eine Herausforderung an Deutschland in der Frage betrachte, ob Deutschland Europa durch Gewalt beherrschen wolle oder nicht. Daraus folge, dass Deutschland, wenn es einen weiteren Schritt in Richtung Herrschaft über Europa mache, die Herausforderung annehme ... Er stimme daher mit der Auffassung des Aussenministers überein, dass wir, wenn Deutschland auch nach der gegebenen Warnung bei seinem Kurs bleibe, keine andere Wahl hätten, als die Herausforderung aufzunehmen.. ...»

Mit dieser Absage an die Appeasement-Politik, die vom Kabinett «warm gebilligt» wurde, befand sich Chamberlain im Übrigen auch in Übereinstimmung mit der französischen Regierung. In Frankreich vollzog sich der gleiche Wandlungsprozess wie in Grossbritannien. Wenige Monate zuvor war Daladier bei seiner Rückkehr aus München mit frenetischem Jubel empfangen worden. Jetzt begann der Begriff «Appeasement» den Ruch des Unanständigen anzunehmen. Am 15. März kam es zu einer stürmischen Unterredung zwischen dem französischen Botschafter in Berlin und Staatssekretär v. Weizsäcker, in der Robert Coulondre, noch ohne offizielle Richtlinie aus Paris, bezeichnenderweise von sich aus «mit gewisser innerer Erregung», wie Weizsäcker notierte, dardat, «wie sehr er beeindruckt sei durch den Einmarsch unserer Truppen im Widerspruch mit dem Münchener Abkommen, im Gegensatz zu dem Vertrauensverhältnis, was er hier vorzufinden geglaubt, und zu den Zielen, die er sich für seine hiesige Mission gesetzt habe». Seinem eigenen Bericht zufolge fasste Weizsäcker «den Botschafter gleich ziemlich scharf an» und erklärte ihm, «er möge mir doch nicht von dem Münchener Abkommen reden, das angeblich verletzt sei, und möge uns keine Lehren erteilen. München habe zwei Elemente enthalten, nämlich die Bewahrung des Friedens und das französische Desinteressement an den Ostfragen. Frankreich möge doch endlich seinen Blick nach Westen auf sein Imperium lenken und nicht von Dingen reden, wo seine Beteiligung erfahrungsgemäss den Frieden nicht fördere.»²⁹³ Mit einer solchen – Realitätsverleugnung und hochfahrende Arroganz mischenden – Pflichtübung im Geiste Ribbentrops, zu der sich Weizsäcker, im Grunde der gleichen Meinung wie der Franzose, genötigt sah, war aber kein Eindruck mehr, war keine Politik mehr zu machen. Dass sich der Staatssekretär am 17. März eine Viertelstunde lang weigerte, die offizielle Protestnote gegen die «klare Verletzung des Geistes und des Buchstabens der am 29. September 1938 in München unterzeichneten Verträge» in Empfang zu nehmen, als sie Coulondre – wie zuvor schon sein britischer Kollege – überrei-

²⁹³ ADAP, D, 4, Nr. 217.

chen wollte, war ebenfalls nur noch eine Geste politischer Hilflosigkeit²⁹⁴. Völlig unbeeindruckt schrieb Coulondre in seinen Berichten²⁹⁵:

«Im Namen des völkischen Prinzips hatte das Reich im September den Anschluss der dreieinhalb Millionen Volksdeutschen des Sudetenlandes durchgeföhchten. In Missachtung eben dieses Prinzips annektiert es heute acht Millionen Tschechen, die durch die Aufgabe des Sudetenlands wehrlos geworden waren...

Deutschland hat damit wieder einmal seine Missachtung aller schriftlichen Verpflichtungen und seine Vorliebe für die Methode der brutalen Gewalt und der vollendeten Tatsachen deutlich bekundet. Mit einer einzigen Handbewegung hat es die Münchener Vereinbarungen ebenso wie den Wiener Schiedsspruch zerrissen und damit erneut bewiesen, dass seine Politik nur ein leitendes Prinzip kennt: günstige Gelegenheiten ausfindig zu machen und jede erreichbare Beute zu ergreifen. Das ist die Moral von Gangstern und Dschungelbewohnern...

Hitler-Deutschland hat soeben seine Maske abgeworfen. Bisher hatte es sich gegen alle imperialistischen Tendenzen verwahrt. Es hatte behauptet, es verfolge allein das Ziel, alle Deutschstämmigen in Mitteleuropa unter Ausschluss Fremdstämmiger soweit wie möglich in einer einzigen Volksfamilie zu vereinen. Heute wird offenbar, dass der Machthunger des Führers keine Grenzen mehr kennt.

Es ist ebenso deutlich geworden, dass es eine vergebliche Hoffnung ist, dem Führer mit anderen Argumenten erfolgreich zu begegnen, als mit den Mitteln der Gewalt. Das Dritte Reich zeigt für eingegangene Verträge und übernommene Verpflichtungen die gleiche Missachtung wie das Kaiserreich Wilhelms II. Deutschland bleibt das Land der ‚Fetzen Papier‘.

Die nationale Sicherheit wie auch der allgemeine Weltfriede verlangen also vor allem vom französischen Volk einen gewaltigen Aufwand an Disziplin und die Zusammenfassung aller Energien des Landes; dies allein wird es Frankreich gestatten, mit Hilfe seiner Freunde seine Interessen gegenüber einem so furchtbaren Gegner wie dem Deutschland Adolf Hitlers zu behaupten und zu verteidigen, diesem Deutschland, das jetzt auf die Eroberung ganz Europas ausgeht...

Es muss aber auch die Frage gestellt werden, ob es zeitlich noch möglich ist, im Osten eine Schranke aufzurichten, die wenigstens in gewissem Rahmen den deutschen Drang nach dem Osten aufhalten kann, und ob wir nicht die günstige Gelegenheit ausnutzen müssen, die uns gegenwärtig die Erregung und die Besorgnis in den Hauptstädten Mitteleuropas bieten, besonders in Warschau.»

²⁹⁴ ADAP, D, 5, Nr. 20.

²⁹⁵ R. Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936-1939. Erinnerungen des französischen Botschafters, Bonn 1950, S. 376 ff.

Die Empfindungen und Gedanken, die Robert Coulondre in seinen Berichten niederschrieb, entsprachen genau den Empfindungen und Gedanken des französischen Ministerpräsidenten. Edouard Daladier stellte nach dem Prager Handstreich im Ministerrat fest, «es gebe nun nichts mehr, als sich auf den Krieg vorzubereiten»²⁹⁶, und am 29. März erklärte er in einer Rundfunkrede: «Ich habe gesagt, und ich halte dies aufrecht, dass wir keinen Zoll unseres Bodens, nicht ein einziges unserer Rechte aufgeben werden.» Ferner rief er aus: «Frankreich hofft, dass der Friede gerettet werden kann, denn es hasst den Krieg. Aber wenn der Krieg ihm aufgezwungen oder als letzte Alternative vor Untergang und Ehrlosigkeit angetragen würde, wird es sich mit einmütiger Kraftanstrengung zur Verteidigung der Freiheit erheben.»²⁹⁷ Vor dem Exekutivkomitee der Radikalen Partei unterstrich er, dass «wir nein sagen zu dem sogenannten Lebensraum»²⁹⁸, und wenn das auch vor allem auf die italienischen Aspirationen im Mittelmeerraum und in Südosteuropa gemünzt war, so galt es doch zugleich für Deutschland, zumal Italien seine Ansprüche allenfalls mit deutscher Hilfe durchsetzen konnte. Und Daladier wusste sich bei seiner Abkehr von München – wie in London Chamberlain – einig mit einer klaren Mehrheit der von ihm repräsentierten Bevölkerung. Im Ministerrat meinte er sogar, die Nation sei so empört, dass sie jede schwache und zaudernde Regierung wegfegen würde; er könne nicht «in ein Café gehen, ohne die Leute aufstehen und ihm zurufen zu sehen: ‚Machen Sie weiter, man wird Ihnen folgen!‘»²⁹⁹

In solcher Atmosphäre, in der die Furcht vor uferloser deutscher Aggression allgemein geworden war und einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, diese Furcht aber nicht mehr, wie bisher, die Neigung zum Rückzug gebar, sondern die Bereitschaft zum Widerstand, reichten kleine Vorfälle und sogar bloss Gerüchte aus, um grosse Effekte zu provozieren. Am 16. März suchte Virgil Tilea, der rumänische Gesandte in London, Sir Orme Sargent auf, einen engen Mitarbeiter des beamteten Staatssekretärs im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, und teilte mit, seine Regierung habe auf Grund geheimer Berichte und anderer Quellen Anlass zu der Annahme, dass Deutschland schon in den nächsten Monaten Ungarn auf Vasallenstatus reduzieren werde, um dann Rumänien in gleicher Weise wie die Tschechoslowakei zu zerlegen, und das «mit dem Endziel, ein deutsches Protektorat über das ganze Land zu errichten». Obwohl er erklärte, nicht offiziell, sondern lediglich persönlich zu sprechen, stellte er dann die Frage, ob Grossbritannien nicht erwägen könne, Rumänien

²⁹⁶ Jean-Pierre Azéma, Die französische Politik am Vorabend des Krieges, in: Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg, hrsg. v. W. Benz / H. Graml, Stuttgart 1979, S. 284.

²⁹⁷ Ebenda.

²⁹⁸ Ebenda, S. 285.

²⁹⁹ Ebenda.

einen Kredit von 10 Millionen Pfund zum Kauf von Kriegsmaterial zu gewähren. Am nächsten Tag bekam Tilea Gelegenheit zu einer Unterredung mit Lord Halifax und Cadogan, und diesmal ergänzte er seine erste Erzählung durch die Behauptung, bereits jetzt hätten die Deutschen, und zwar ultimativ, das Monopol über die rumänischen Exporte – einschliesslich des rumänischen Erdöls – und etliche interne wirtschaftliche Restriktionen gefordert. Die rumänische Regierung habe das Ultimatum abgelehnt, doch sei es von «äusserster Dringlichkeit», einen «präzisen Hinweis» zu bekommen, welche Haltung Grossbritannien einnehmen werde, falls «Rumänien das Opfer deutscher Aggression» werden sollte³⁰⁰.

Nun fanden in der Tat gerade deutsch-rumänische Wirtschaftsgespräche statt, bei denen die deutsche Delegation, geleitet von Ministerialdirektor Helmut Wohlthat, einem Repräsentanten Görings in dessen Eigenschaft als «Beauftragter für den Vierjahresplan», mit einiger Härte auftrat, und das am 23. März unterzeichnete Abkommen wurde von ungarischen oder polnischen und englischen Diplomaten sogleich als «Handelskapitulation» Rumäniens charakterisiert³⁰¹. Was Ungarn anlangte, so musste das Land ohnehin schon als Vasall des Dritten Reiches gelten. Über die künftigen Absichten der nationalsozialistischen Führer liess sich noch nichts Genaueres ausmachen. Die Ungarn selbst hatten jedenfalls «grosse Angst, dass wir sie schlucken wollen», wie Goebbels, der die ungarischen Magnaten und die Vertreter der magyarischen Gentry vielleicht noch weniger mochte als Hitler, mit Befriedigung konstatierte, als er in den letzten Märztagen am Anfang einer grossen Reise durch Südosteuropa und den Nahen Osten in Budapest Station machte und in zahlreichen Unterredungen Eindrücke sammeln konnte³⁰². Am 30. März notierte er, nach einem Empfang beim Reichsverweser Nikolaus v. Horthy, zum zweiten Male: «Die Ungarn haben alle eine furchtbare Angst, dass wir sie einmal schlucken!» und an diese Eintragung knüpfte er immerhin den bezeichnenden Kommentar: «Wer weiss?»³⁰³

Indes waren die Geschichten Tileas, der offenbar einige Informationen aus Bukarest falsch verstanden und dann im Übereifer gehandelt hatte, von den Realitäten des Frühjahrs 1939 doch um einiges entfernt. In der Gewitterschwüle, die über Europa lastete, genügten sie jedoch, um folgenreiche politische Aktivitäten in Gang zu setzen. Ohne sich durch eine Rückfrage in Bukarest zu vergewissern, jagten Halifax, Cadogan und Sargent, nervös geworden, sofort Telegramme an die britischen Missionen in Paris, Moskau, Warschau, Ankara, Athen und Belgrad, die Tileas Mitteilungen wiederholten und die Mis-

³⁰⁰ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 540 ff.; Taylor, *Munich*, S. 960.

³⁰¹ APA, *Botschaft Berlin*, Mappe 20, Aufzeichnung Pilch, 25.3.1939.

³⁰² *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 3, S. 585.

³⁰³ *Ebenda*.

sionschefs beauftragten, bei ihren Regierungen festzustellen, wie sie auf die von Tilea geschilderte Entwicklung zu reagieren gedachten. Zwar meldete sich der natürlich ebenfalls unterrichtete britische Gesandte in Bukarest, Sir Reginald Hoare, am Morgen des 18. März telefonisch und verlangte die Stornierung der Telegramme an die anderen Missionen; anschliessend berichtete er schriftlich, die «äusserst unwahrscheinliche» Story Tileas sei inzwischen vom rumänischen Aussenminister Grigore Gafencu als völlig substanzlos bezeichnet worden³⁰⁴. Aber das Foreign Office setzte gleichwohl, wenn auch etwas beruhigter, die Arbeit an der Vorbereitung auf den von Tilea an die Wand gemalten Fall fort, zumal der rumänische Gesandte, als man ihn mit dem Bukarester Dementi konfrontierte, an seiner Version festhielt. Chamberlain wurde aus Birmingham zurückgeholt und die Bedrohung Rumäniens noch am 18. März auf einer Sondersitzung des Kabinetts diskutiert. Im Grunde diente die Tilea-Story – ein anderer Zwischenfall hätte früher oder später die gleiche Wirkung gehabt – nur als letzter und willkommenener Anlass, um endlich offiziell die Überzeugung zu formulieren und zur politischen Leitlinie zu erheben, die Lord Halifax in der Kabinettsitzung folgendermassen umrissen hatte: «Das wahre Problem sei Deutschlands Versuch, die Weltherrschaft zu erreichen, was abzuwehren im Interesse aller Länder liege. Er stimme zu, dass wir das einzige Land seien, das eine solche Abwehr organisieren könne. Zweifellos sei es für dieses Land schwierig, wirksame Mittel für einen Angriff auf Deutschland zu finden, ob Deutschland nun Rumänien oder Holland angreife. Die Haltung der deutschen Regierung sei entweder Bluff, in welchem Falle sie durch eine öffentliche Erklärung von unserer Seite gestoppt würde, oder sie sei kein Bluff, in welchem Falle es notwendig sei, dass wir uns alle zusammenschliessen, um ihr entgegenzutreten, und je früher wir uns vereinigten, desto besser sei es. Andernfalls könnten wir zusehen, wie ein Land nach dem anderen von Deutschland absorbiert wird.»³⁰⁵ Chamberlain zog aus der Debatte das Fazit, es komme nun darauf an, die Frage zu klären, «ob wir ausreichende Zusicherungen anderer Länder erhalten können, die uns zu der öffentlichen Ankündigung berechtigen, dass wir uns jedem weiteren Akt der Aggression seitens Deutschlands widersetzen werden»³⁰⁶. Dieser Kabinettsbeschluss hielt die britische Diplomatie weiter in Bewegung, und wenn auch der verlangte Klärungsprozess in den nächsten Tagen zu einem ebenso hektischen wie verworrenen diplomatischen Hin und Her entartete, begleitet von nicht minder konfusem Erörterungen in London selbst und in Paris, ergaben sich aus dem Durcheinander doch erstaunlich rasch einige Klärungen, die von den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs als feste Orientierungspunkte akzeptiert wurden. Es sollte nur we-

³⁰⁴ Taylor, Munich, S. 960.

³⁰⁵ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitlers Germany*, S. 543.

³⁰⁶ Ebenda.

nige Tage dauern, bis wiederum diese Orientierungspunkte die Westmächte veranlassten, die Position, die sie nun gefunden hatten, mit einer dramatischen Geste, die ihrerseits einen bedeutsamen Prozess ansties, auch öffentlich klarzulegen.

Zunächst zerfiel die Vision einer umfassenderen europäischen Defensivalianz zu Staub, wie sie mit den Telegrammen an sieben europäische Hauptstädte impliziert worden war³⁰⁷. Die schwächeren Staaten reagierten ausweichend, und die UdSSR schlug eine internationale Konferenz vor, auf der Grossbritannien, Frankreich, Polen, Rumänien und die Sowjetunion sich über ein gemeinsames Vorgehen verständigen sollten. Die Briten, die keine zeitraubende und womöglich Differenzen produzierende Konferenz wollten, sondern ein Signal, das Berlin schon in den nächsten Tagen gegeben werden konnte, verfielen nun auf die Idee einer Vier-Mächte-Erklärung. Grossbritannien, Frankreich, die UdSSR und Polen sollten gemeinsam öffentlich ankündigen, einander konsultieren zu wollen, falls eine Aktion unternommen werden sollte, die eine «Bedrohung» der «Sicherheit und der politischen Selbständigkeit europäischer Staaten» darstelle. Auch dieser Gedanke – Lord Halifax hielt eine blossе Konsultationsankündigung ohnehin für «keine sehr heroische» Geste – musste wieder aufgegeben werden, weil sich sogleich herausstellte, dass Polen jede Assoziation mit der Sowjetunion – ob bei einer gemeinsamen Erklärung oder in einem Bündnis – verweigerte; die Polen misstrauten den Absichten auch eines befreundeten Russland zutiefst, und sie dachten gar nicht daran, durch eine engere Verbindung mit der UdSSR den Zorn Hitlers auf Warschau herabzuziehen³⁰⁸. Beck, der noch immer hoffte, Polen zwischen Russland und Deutschland unabhängig zu halten, hatte jedoch nichts dagegen, gerade diesem Zweck durch eine Aktivierung westlicher Beziehungen zu dienen bzw. gegen einen jetzt nicht mehr auszuschliessenden deutschen Überfall ernsthafte Vorkehrungen zu treffen, und so wies er Graf Edward Raczyński, den polnischen Botschafter in London, am 23. März an, Lord Halifax eine geheime bilaterale Übereinkunft anzubieten, in der Grossbritannien und Polen einander zusichern würden, im Falle des Falles in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der von London skizzierten Vier-Mächte-Erklärung zu handeln; die Geheimhaltung sei notwendig, so Beck, um Deutschland nicht zu reizen³⁰⁹.

Halifax, der Raczyński am 24. März empfing, fand – im Hinblick auf die doch wohl erforderliche Beteiligung Frankreichs – am bilateralen Charakter einer solchen Übereinkunft ebensowenig Geschmack wie – im Hinblick auf die angestrebte abschreckende Wirkung – an der Geheimhaltung. Doch brachte Becks Angebot Halifax und seine Mitarbeiter im Foreign Office dazu, über ei-

³⁰⁷ Taylor, Munich, S. 960.

³⁰⁸ Ebenda, S. 962.

³⁰⁹ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 547 ff.

ne blosser Geste in Form der Konsultationsdeklaration hinauszudenken und eine ausgewachsene Defensivallianz ins Auge zu fassen, die Hitler bei einem neuen Abenteuer mit einem Zweifrontenkrieg konfrontieren sollte. Angesichts der polnischen – und im Übrigen auch der rumänischen – Ängste war aber klar, dass die Sowjetunion in eine derartige Kombination nicht direkt einbezogen werden durfte. Umso grössere Bedeutung erlangte Polen in den Überlegungen der westlichen Politiker – nicht schon in der Rolle des Opfers. Da Beck die deutsch-polnische Auseinandersetzung auch jetzt noch vor den Westmächten zu verbergen suchte, besaßen die Aussenministerien in London und Paris über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Polen keine präzisen Informationen, und als mutmasslich nächstes Opfer Hitlers galt immer noch Rumänien. Doch musste Polen für die Errichtung einer Abschreckungs-Allianz, die notfalls zur Kriegführung gegen das Deutsche Reich fähig war, als politischer und militärischer Faktor gewonnen werden. Wie Halifax das Ergebnis der Beratungen, die im Foreign Office am 25. und 26. März stattfanden, wiedergab: Da Polen sich nicht mit der Sowjetunion verbinden wolle und da es keine deutsch-russische Grenze gebe, sei «die Beteiligung Polens an jedem Plan, Deutschland im Falle einer Aggression aufzuhalten, unentbehrlich», und Russland könne man «nicht im Vordergrund des Bildes brauchen»³¹⁰. Am Abend des 26. März konnte dem Premierminister bereits ein Vorschlag unterbreitet werden, der auf eine britisch-französische Verpflichtung hinauslief, Rumänien und Polen zu Hilfe zu kommen, falls sie von Deutschland angegriffen und sich dem Angriff widersetzen würden, wobei die britisch-französische Unterstützung Rumäniens an die Mitwirkung Polens gebunden war; Polen sollte ausserdem nahegelegt werden, seinen Kriegseintritt an der Seite der Westmächte zuzusichern, wenn diese einer deutschen Aggression ausgesetzt sein bzw. Jugoslawien oder irgendeinem westeuropäischen Land gegen eine deutsche Aktion beistehen würden. Chamberlain billigte die Planskizze, und am 27. März stimmte auch der Aussenpolitische Ausschuss des Kabinetts zu, Telegramme, in denen dieser Vorschlag zusammengefasst war, zur weiteren Übermittlung an die Missionen in Paris, Warschau und Bukarest zu senden. Für den 3. April war zudem seit einiger Zeit ein Besuch Becks in London vereinbart worden, so dass also zur Festlegung der Funktion Polens eine zusätzliche Gesprächsmöglichkeit mit dem polnischen Aussenminister unmittelbar bevorstand.

Die Debatten und die Konferenzen in Foreign Office und Kabinett resultierten aber nicht nur in der Entschlossenheit zu aktiver Bündnispolitik und in einer ersten Reissbrettskizze der Allianzplanung, sondern auch in der Formulierung eines für die künftige britische und französische Haltung höchst bedeutsamen Prinzips. Hatte die «Holland-Panik» dem Grundsatz zur allgemeinen

³¹⁰ Taylor, Munich, S. 965.

Anerkennung verhülfen, dass es für die Notwendigkeit der Intervention Englands und Frankreichs gleichgültig geworden sei, welcher Staat das nächste Opfer einer deutschen Aggression sein werde, so ging man nun, unter dem Eindruck der Liquidierung des tschechoslowakischen Staates, noch einen Schritt weiter. Bereits am 18. März hatte Chamberlain im Kabinett erklärt, dass die Formierung der europäischen Staaten gegen das Deutsche Reich nicht «der Rettung eines bestimmten Opfers» dienen könne; vielmehr komme es darauf an, «den Störenfried zu Fall zu bringen»³¹¹. Am 21. März konferierte Lord Halifax mit seinem französischen Kollegen Georges Bonnet, der Staatspräsident Albert Lebrun bei einem offiziellen Besuch in London begleitete, und in dieser Unterredung betonte auch der britische Aussenminister, dass die Frage nicht laute, ob die Westmächte Rumänien oder Polen direkt zu Hilfe kommen könnten; die Frage habe zu lauten, ob die Westmächte in der Lage seien, «einen erfolgreichen Krieg gegen Deutschland zu führen»³¹². In der Sudetenkrise hatten die Verfechter der Appeasement-Politik noch häufig und mit grosser Wirkung das Argument benutzt, Grossbritannien und Frankreich seien ja doch nicht fähig, die Niederwerfung und Besetzung der Tschechoslowakei zu verhindern, ihre Intervention werde also zu spät kommen und sollte deshalb besser unterbleiben. Jetzt, im Frühjahr 1939, spielte es keine Rolle mehr, dass schwächere Mitglieder einer Anti-Hitler-Koalition zunächst einmal überrannt werden und als aktive Teilnehmer des Krieges fürs erste ausscheiden mochten; entscheidend war, ob sich die Koalition eine vernünftige Chance ausrechnen durfte, am Ende siegreich zu sein. Auch hierin zeigte sich, wie sehr seither die Furcht vor Deutschland zugenommen hatte und wie rasch andererseits die Bereitschaft stabil geworden war, den unerträglich werdenden Unruheherd bei seinem nächsten Ausbruch auszutreten.

Just in diesem Augenblick meldete sich Jan Colvin, Korrespondent der Londoner «News Chronicle» in Berlin, bei Sir Reginald Leeper, dem Leiter der Presseabteilung im Foreign Office, mit einer alarmierenden Nachricht³¹³. Schon im Januar hatte Colvin von «einem zuverlässigen Gewährsmann» gehört, dass ein Proviantlieferant der deutschen Armee die Anweisung erhalten habe, die gleiche Menge an Rationen wie im September 1938 bereitzustellen, und zwar bis zum 28. März 1939 in einer Ecke Pommerns, «die einen groben Keil bildet, der auf den Eisenbahnknotenpunkt Bromberg im Polnischen Korridor zielt». Damals hatte Colvin mit der Information nichts weiter angefangen oder anfangen können. Nachdem er jedoch am 27. März in der deutschen Presse Berichte über deutschfeindliche Ausschreitungen in Bromberg gelesen hatte, die in seinen Augen eine verdächtige Ähnlichkeit mit den Greuelgeschichten über tschechische Grausamkeiten aufwiesen, wie sie von der deut-

³¹¹ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 543.

³¹² Taylor, *Munich*, S. 963.

³¹³ Ebenda, S. 966 f.

schen Propaganda vor München verbreitet worden waren, stellte er Zusammenhänge her, begann er einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Einmarsch in Polen zu argwöhnen und sprach er über seinen Verdacht mit dem britischen Militärattaché in Berlin, Oberst Frank Mason-Macfarlane. «Mason-Mac», wie er genannt wurde, verfügte zwar nicht über ähnliche Hinweise auf eine deutsche Aktion, hielt aber «einen raschen Stoss zum Abschneiden des Polnischen Korridors» durchaus für möglich und riet Colvin, sofort nach London zu gehen und dort die zuständigen Stellen zu unterrichten. Am 28. März traf Colvin in London ein, und Leeper brachte ihn am folgenden Tag mit Cadoogan und Lord Halifax zusammen, die ihn ernst genug nahmen, um ihn noch am gleichen Tag dem Premierminister berichten zu lassen.

Chamberlain, der mittlerweile seinem deutschen Partner von München jede schurkische Überraschung zutraute und vom Foreign Office sicherlich darauf hingewiesen worden war, dass Colvin sich während der Sudetenkrise als seriöser Reporter gezeigt hatte, war ebenfalls sogleich tief beeindruckt. Nach der Befragung Colvins konferierte er lange mit Halifax. Ohnehin gerade im Begriff, zur Abschreckung Hitlers eine Allianz unter Einschluss Polens zu zimmern, und nun plötzlich besondere Eilbedürftigkeit annehmend, kamen der Premier und sein Aussenminister überein, das rumänische Problem für einen Moment etwas zu vernachlässigen und zur «Abwehr eines schnellen Putsches Hitlers» sofort eine öffentliche Erklärung abzugeben, dass Grossbritannien und Frankreich entschlossen seien, Polen im Falle eines deutschen Angriffs mit den Waffen zu unterstützen³¹⁴. Bis zum Morgen des 30. März arbeiteten Halifax und sein Stab den Text einer solchen Erklärung aus, dazu die Botschaften nach Paris und Warschau, die dort die Zustimmung der französischen und der polnischen Regierung erwirken sollten. Danach wurden die geplante Aktion und die inzwischen vorliegenden Texte eingehend auf einer Sondersitzung des Kabinetts erörtert. Allen Anwesenden war klar, dass sie auf der Basis weniger und unbestätigter – auch vom Geheimdienst nicht bestätigter – Informationen debattierten, dass die vorgesehene Erklärung Hitler vielleicht nicht abhielt, sondern erst recht zur Gewaltanwendung reizte, dass Polen ein Hilfsversprechen bekam, ohne sich schon zu einer entsprechenden Gegenleistung verpflichtet zu haben. Am Ende setzte sich jedoch die Angst durch, von Hitler ein weiteres Mal überrumpelt zu werden. Dem «Führer» musste rechtzeitig deutlich gemacht werden, dass er sich mit einem Einfall in Polen einen Zweifrontenkrieg auf den Hals zog. Geschah das nicht, bestand die Gefahr, dass die deutschen Armeen Polen in kürzester Zeit überrannten, das dann sowohl für die geplante politische Abschreckungsallianz wie bei Versagen der Abschreckung als militärischer Partner in einem gleichzeitig in Ost und West gegen Deutschland zu eröffnenden Krieg ausfiel. Immerhin kam es zu einem Kom-

³¹⁴ Ebenda, S. 967.

promiss. Statt Halifax zu folgen, der die recht präzise und deutliche Erklärung, die im Foreign Office entworfen worden war, abgegeben wissen wollte, doch erst nach Eingang genauerer Nachrichten, beschloss das Kabinett, den Rat Lord Chatfields zu akzeptieren, des Ministers für die Koordination der Verteidigung, und etwas allgemeinere Formulierungen zu wählen, die der Premierminister aber, in Anbetracht der Eilbedürftigkeit, noch am 31. März im Unterhaus verwenden sollte. Nachdem die Zustimmung der französischen und der polnischen Regierung eingetroffen war, wurde denn auch so verfahren. Auf die erbetene Frage des Führers der Labour-Opposition, Clement Attlee, ob der Premierminister «eine Erklärung zur europäischen Lage abgeben könne», antwortete Chamberlain³¹⁵:

«Wie ich diesen Vormittag sagte, hat Seiner Majestät Regierung keine offizielle Bestätigung der Gerüchte über einen geplanten Angriff auf Polen, und sie können daher nicht als wahr akzeptiert werden.

Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, abermals die allgemeine Politik der Regierung Seiner Majestät zu umschreiben. Sie ist stets eingetreten für die Methode der freien Unterhandlung zwischen den betroffenen Parteien zur Bereinigung der Differenzen, die zwischen ihnen entstehen können. Sie hält dies für den natürlichen und bestgeeigneten Weg dort, wo Differenzen bestehen. Nach ihrer Meinung sollte es keine Frage geben, die nicht durch friedliche Mittel gelöst werden könnte, und sie würde keine Rechtfertigung sehen dafür, dass man die Methode der Unterhandlungen durch die Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt ersetzt.

Wie das Haus weiss, sind jetzt bestimmte Konsultationen mit anderen Regierungen im Gang. Um inzwischen, ehe diese Verhandlungen abgeschlossen sind, die Stellung der Regierung Seiner Majestät vollkommen klarzumachen, habe ich jetzt dem Hause mitzuteilen, dass im Falle einer Aktion, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die Polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerlässlich ansehen würde, Seiner Majestät Regierung sich während dieser Zeit verpflichtet fühlen würde, sofort der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben.

Ich darf hinzufügen, dass die französische Regierung mich ermächtigt hat, klarzustellen, dass sie in dieser Angelegenheit denselben Standpunkt einnimmt wie Seiner Majestät Regierung.»

Nun war in der Tat Klarheit geschaffen. Griff Hitler Polen an, bekam er auch Krieg mit den Westmächten. Angesichts der politischen, der geistigen, der kulturellen Gefahr, die das nationalsozialistische Deutschland mittlerweile in den Augen fast ganz Europas darstellte, hatte Grossbritannien die Tradition der Lloyd George und Austen Chamberlain endgültig preisgegeben und zum

³¹⁵ Parliamentary Debates, London 1939, Bd. 345, Sp. 2415.

ersten Mal einen osteuropäischen Staat garantiert. Zwar galt die Garantie nur der Unabhängigkeit und nicht ausdrücklich den Grenzen Polens. Aber diese Formulierung war gewählt worden, um der polnischen Regierung die Freiheit zu Gesprächen mit Berlin zu lassen, nicht etwa um sich an der Garantierung der Grenzen vorbeizumogeln und damit die polnische Regierung zu Gesprächen mit Berlin zu zwingen. Chamberlains Erklärung war so formuliert, dass sie den Polen erlaubte, auch jede gewaltsame Durchsetzung eines territorialen Anspruchs Deutschlands als Gefährdung der polnischen Unabhängigkeit anzusehen und durch bewaffneten Widerstand den Beistand der Westmächte zu bewirken. Für die Garantiemächte war die Möglichkeit, dass ihre Interventionszusage die Verhandlungsbereitschaft Polens minderte, zweitrangig geworden. Dass Chamberlain eine potentiell so folgenreiche Verpflichtung auch im Namen Frankreichs übernehmen durfte, und das noch dazu öffentlich, signalisierte im Übrigen ganz Europa und nicht zuletzt den Berliner Machthabern, welche Festigkeit – dank der Hitlerschen Politik – inzwischen die britischfranzösische Solidarität erlangt hatte.

Und das Gefühl der Eilbedürftigkeit hielt ebenso an wie das Bewusstsein der Solidarität. Einen Prozess der Bündnisbildung vor Augen, den womöglich zahllose Ängstlichkeiten und Bedenklichkeiten – und namentlich das Problem der Position Russlands – ungebührlich in die Länge zogen, setzten die Westmächte vorerst lieber die Politik der Garantie-Erklärungen fort. Nachdem Beck am Ende seiner Besprechungen in London, die vom 4. bis zum 6. April dauerten, die gleiche Garantie, die Polen von der britischen Regierung gegeben worden war, im polnischen Namen für Grossbritannien ausgesprochen hatte – ansonsten begnügten sich die beiden Mächte damit, ihre feste Absicht zum Abschluss eines formellen Beistandspakts zu bekunden –, wurde am 13. April auch die rumänische Frage durch eine britische und französische Garantie der Unabhängigkeit Rumäniens vorläufig gelöst. Dass in die Erklärung für Rumänien gleich auch noch Griechenland einbezogen wurde, sollte als Warnung an die Adresse Italiens dienen, das am 7. April das Königreich Albanien – seit Langem eine Art italienisches Protektorat – mit Truppen besetzt und nach der Verjagung König Zogus annektiert hatte, weil Mussolini und Ciano glaubten, als Faschisten und als die Führer des faschistischen Italien ein Äquivalent zu Hitlers Handstreich gegen die CSR zu brauchen. Dass Angriffe der Achsenmächte auf west- und nordeuropäische Staaten erst recht die Intervention der westlichen Grossmächte auslösen würden, stand ohnehin fest, und so hatten London und Paris mit ihrer Serie von Garantien im Grunde den gesamt-europäischen Status quo, wie er bis zum April 1939 entstanden war, garantiert. Jeder weitere gewaltsame Versuch zur Veränderung, darauf hatten sie sich öffentlich festgelegt, daran öffentlich ihre Grossmachtqualität geknüpft, bedeutete Krieg. Damit war eine der boshaften Ironien geboren, wie sie im Ablauf der Geschichte gar nicht so selten sind. Die Träger und Verfechter der Appea-

sement-Politik hatten ja von 1931 bis zum Herbst 1938 keine Mühe und keine Blamage gescheut, ihre Staaten an den Grundsätzen der kollektiven Sicherheit und den Regeln des Völkerbunds vorbeizulotsen, der Verpflichtung zu automatischem Handeln gegen einen Friedensstörer zu entgehen, wie sie in der Satzung des Bundes verankert war; sie hatten mithin grossen Anteil am Verenden der kollektiven Sicherheit. Im Frühjahr 1939 aber, nach der Zerstörung des Genfer Systems, in erheblich schwächerer Position und gegen einen wesentlich stärker gewordenen Feind, sahen sich nun ausgerechnet die Protagonisten von Appeasement zu dem mühsamen Versuch gezwungen, zu Mechanismen kollektiver Sicherheit zurückzukehren und die eigenen wie die anderen bedrohten Länder auf jene automatisch funktionierende internationale Solidarität einzuschwören, die sie selbst so lange verweigert hatten.

Als Chamberlain am 31. März Polen gegen einen deutschen Angriff die Waffenhilfe der Westmächte versprach, erntete er im Unterhaus Beifall von allen Seiten³¹⁶. Dieser Beifall galt allerdings nicht Polen, sondern allein dem endlich ausgesprochenen Willen, Hitler künftig Widerstand leisten zu wollen. Die Polen waren, obgleich man sie nun plötzlich als die vermutlich nächsten Opfer der «Nazis» anzusehen hatte, noch immer alles andere als populär. John Colville, der erst dem Premierminister Chamberlain und während des Krieges dem Premier Churchill als Sekretär diente, hat sich später daran erinnert, wie er in den Monaten nach München dachte, dass es den Polen, nachdem sie im Gefolge Hitlers den Tschechen so übel mitgespielt hatten, gerade recht geschähe, wenn jetzt sie drankämen³¹⁷. Churchill bedauerte noch im Frühjahr 1939 lebhaft, dass nichts anderes mehr bleibe als die Zusammenarbeit mit den durch böse Taten belasteten Polen, nachdem man die Tschechen, «ein tapferes und demokratisches Volk», im Stich gelassen habe³¹⁸, und Harold Nicolson, sofort davon überzeugt, dass die Garantie eingelöst werden müsse, schrieb mit dem Blick auf die Polen grimmig, dass man bald für eine falsche Sache Krieg führen werde, doch habe man nur die Wahl zwischen einem solchen Krieg und der «Auslieferung ganz Europas an die Nazi-Herrschaft»³¹⁹. Vor eine derartige Alternative gestellt, entschied sich in den Westmächten eine klare Mehrheit, wie immer über das Land gedacht werden mochte, das Hitler sich offenbar als weitere Beute ausgesucht hatte, für eine Politik des Widerstands. Nur noch wenige gingen so weit, über die Garantie so zu urteilen, wie zwei Tories, die sich im Unterhaus unterhielten: «Ich nehme doch an», sagte der eine, «dass wir imstande sind, aus dieser widerwärtigen Garantie-Geschichte wieder herauszukommen?» «Oh, natürlich», antwortete der andere, «wir haben ja Gott sei

³¹⁶ Nicolson, *Diaries and Letters*, S. 393.

³¹⁷ Colville, *The Fringes of Power*, S. 23.

³¹⁸ *Political Diary of Hugh Dalton 1918-1940, 1945-1960*, hrsg. v. Ben Pimlott, London 1986, S. 263 f.

³¹⁹ Nicolson, *Diaries and Letters*, S. 401.

Dank Neville!»³²⁰ Die meisten – und zwar einschliesslich des gewandelten und hier gröblich verkannten Neville Chamberlain – hätten sicherlich Henry Pownall zugestimmt, dem Leiter der Operations- und Nachrichtenabteilung im britischen Generalstab, der seinem Tagebuch anvertraute: «Eine kontinentale Verpflichtung, dass es nur so eine Art hat. Aber ich bin sicher, es ist die richtige Politik.»³²¹

Die meisten glaubten ja auch, dass die Politik der Garantien den Krieg eher verhindern als näherbringen werde, zumal die offene Verkündung des Abwehrwillens in den Augen der Briten und Franzosen keineswegs bedeutete, dass von nun an über deutsche Ansprüche nicht mehr geredet und verhandelt werden dürfe. Selbst Sir Robert Vansittart, Vorgänger Cadogans als beamteter Staatssekretär im Foreign Office, inzwischen von der Appeasement-Gruppe auf den Posten eines Diplomatischen Chefberaters abgeschoben, doch nach wie vor einflussreich und als scharfer Gegner des nationalsozialistischen Deutschland geltend – er sorgte mit Bedacht dafür, dass sich dieser Ruf in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zum Ruf der Deutschfeindlichkeit steigerte –, selbst Vansittart meinte Anfang Mai 1939 in einer Unterhaltung lediglich: «Es ist an der Zeit, den Deutschen zu sagen, dass sie in Zukunft, nachdem sie in Österreich, der Tschechoslowakei etc. 100 Prozent ihrer Forderungen erfüllt bekommen haben, nicht mehr als äusserstenfalls 30 Prozent erwarten dürfen.»³²² Die Proklamierung des Abwehrwillens betraf die bisher von Hitler praktizierten Methoden. Damit musste endgültig Schluss sein. Vansittart hatte hinzugesetzt, dass natürlich auch die «30 Prozent» nur dann zu haben seien, wenn die Deutschen sich auf die «Methode der Verhandlungen beschränken, sich anständig benehmen und dies, statt blosser Versprechungen zu geben, durch Taten beweisen». Ob sich das nationalsozialistische Deutschland in diesem Sinne von den Garantie-Erklärungen der Westmächte beeindruckt liess, war freilich ungewiss, doch schien kein anderer Weg gangbar zu sein. Wie es der skeptische Vansittart ausdrückte: «Vielleicht versteht Hitler, wenn wir unsere Muskeln spielen lassen; sicherlich versteht er nichts anderes.» Etwa um die gleiche Zeit fasste Cadogan die Grundmotive der Garantie-Politik noch einmal in der Sprache des Foreign Office zusammen³²³:

«Das Hauptziel unserer Garantie an Polen besteht darin, Deutschland von weiteren Aggressionsakten abzuschrecken und durch die Erlangung einer umgekehrten Garantie von Polen sicherzustellen, dass Deutschland, falls doch Krieg kommt, an zwei Fronten zu kämpfen hat ... Deutschland ist im Augenblick nicht in der Lage, einen Zweifrontenkrieg zu beginnen. Wenn es jedoch freie Hand hätte, ostwärts zu expandieren und sich die Kontrolle über die Res-

³²⁰ Ehenda.

³²¹ B. Bond (Hrsg.), Chief of Staff. The Diaries of Lieutenant-General Sir Henry Pownall, Bd. 1, 1933-1940, Hamden, Conn., 1973, S. 197.

³²² Diary of Hugh Dalton, S. 263.

³²³ Zit. nach Taylor, Munich, S. 969 f.

sourcen Mittel- und Osteuropas zu verschaffen, dann könnte es kräftig genug sein, um mit überwältigender Stärke über die westlichen Länder herzufallen.»

Indes zeitigten die britisch-französischen Manöver ihre tatsächlichen Effekte in politisch-diplomatischen Zusammenhängen, wo das von niemand erwartet worden war.

Der Entschluss zum Angriff auf Polen

Den geringsten Einfluss übte die Politik der Garantien, die mit Polen begonnen worden war, paradoxerweise auf den Fortgang der deutsch-polnischen Auseinandersetzung aus. In Warschau hatte bereits der Ribbentropsche Auftritt, mit dem Lipski am 21. März konfrontiert worden war, Klarheit geschaffen. Zunächst in dem Sinn, dass Aussenminister Beck, seine Kollegen und seine Mitarbeiter endlich begriffen, wie illusionär ihre frühere Annahme von einer vorübergehenden Laune der Deutschen und wie berechtigt die wachsende Besorgnis der letzten Monate gewesen war. Als Lipski, der sich ungesäumt nach Warschau aufgemacht hatte, am 23. März im polnischen Aussenministerium Bericht erstattete und Beck über die Einladung Ribbentrops informierte, brachte er einen Pessimismus mit, der die trübe Stimmung, die den Botschafter schon im Herbst des vergangenen Jahres, nach dem ersten Vorstoss Ribbentrops, ergriffen hatte, wie schieren Optimismus erscheinen liess: In der Form noch höflich, sei der Reichsaussenminister in der Sache hart gewesen und habe unnachgiebig alle deutschen Forderungen wiederholt; auch hätten die Deutschen die Einkreisung Polens eingeleitet – Slowakei, Memel –, und er, Lipski, schliesse nun sogar ein deutsches Ultimatum nicht mehr aus³²⁴. Im Gegensatz zum Herbst 1938 fand aber Lipski, der überdies Rücktrittsgedanken äusserte, diesmal weitgehend Glauben. Die Anwesenden – Aussenminister Beck, sein Kabinettschef Graf Lubienski, Staatssekretär Graf Szembek, der Personalchef des Ministeriums Dr. Drymmer und der Leiter der Westabteilung Graf Jozef Potocki – suchten den aufgewühlten Lipski zu beruhigen und wieder aufzurichten, gaben jedoch allesamt zu, dass die Lage in der Tat überaus ernst geworden sei. Am folgenden Tag – nach Gesprächen mit dem Staatspräsidenten, mit dem Regierungschef und mit dem Generalinspekteur der Armee – berief Beck eine Konferenz der höheren Beamten des Aussenministeriums ein, in der er ihnen, die bisher gepflegte Geheimniskrämerei preisgebend, eröffnete, dass Deutschland, eines der beiden Elemente, die stets die Lage Polens bestimmten, «die Eigenschaft der Berechenbarkeit verloren» habe und dass man vor dem Ernst der Situation die Augen nicht verschliessen dürfe; in Deutschland schein man

³²⁴ Szembek-Tagebuch, S. 527.

«im Denken wie im Handeln das Mass zu verlieren»³²⁵. Ganz ähnlich konstatierten und beklagten die Militärs, Generalstabschef Waclaw Stachiewicz und Marschall Smigly-Rydz, dass man jetzt die «Unberechenbarkeit» Deutschlands als Faktor ins Kalkül zu ziehen habe; unter dem Einfluss «dynamischer Parteikreise und Ribbentrops», so urteilte Stachiewicz, habe «sich die Politik Hitlers verändert»³²⁶. Einige Wochen später traf Graf Szembek in seinem Tagebuch die resignierte Feststellung, nach dem Abgang Schachts und Neuraths – merkwürdigerweise zählte er auch Göring zu den Abgehalfterten – und dem Machtantritt von Menschen wie Alfred Rosenberg, Goebbels und Ribbentrop habe sich in Deutschland eine grosse und grundsätzliche Veränderung vollzogen, «sodass wir es heute nicht mehr mit dem Dritten, sondern mit dem Vierten Reich zu tun haben»³²⁷.

Doch fiel in Warschau sofort auch die Entscheidung darüber, wie auf den deutschen Druck zu reagieren sei: Nachgiebigkeit kam nicht in Frage. Graf Lubienski, der wie Lipski ein deutsches Ultimatum für möglich hielt, brachte die Ansicht aller zum Ausdruck, als er am 23. März, im Anschluss an den Bericht des Botschafters, sagte, Berlin werde, falls Polen in einem Punkt nachgebe, unweigerlich neue Forderungen präsentieren, und was die von Hitler und Ribbentrop offerierte Grenzgarantie angehe, so wisse man ja mittlerweile, dass «deutsche Grenzgarantien überhaupt nichts wert» seien. Am 24. März stellte Beck die Frage, wo die Linie verlaufe, hinter die Polen nicht zurückweichen dürfe, und er gab sich und seinen Mitarbeitern die Antwort, dass natürlich die territoriale Unversehrtheit des Landes verteidigt werden müsse, dass es aber ebenso unmöglich sei, «in diesem Reizpunkt, der Danzig immer war, einen einseitigen und uns aufgezwungenen Vorschlag anzunehmen». Ganz unabhängig davon, was Danzig als Objekt wert sei – und in seinen Augen sei es sogar viel wert –, gehe es um die symbolische Rolle, die Danzig heute spiele. Wenn sich Polen jener Art westlicher Staaten anschliesse, die sich ihre Rechte diktieren lassen, so wisse man nicht, wo das enden werde. Selbst Graf Szembek, ein nicht sonderlich streitbarer und ausserdem Verhandlungen mit Deutschland grundsätzlich zugeneigter Diplomat, kam zu dem Schluss: «Meiner Meinung nach müssen wir den Deutschen jetzt die Zähne zeigen.»³²⁸

Die möglichen Konsequenzen einer solchen Haltung lagen auf der Hand. Zwar hegte Beck noch immer eine gewisse Hoffnung auf einen politischen Weg aus der Krise. Nachdem er in der Konferenz mit seinen Beamten konstatiert hatte, dass «der Feind» in Berlin das Mass zu verlieren scheine, fuhr er fort: «Er kann das Mass wiedergewinnen, wenn er auf eine feste Haltung stösst, was ihm bisher nicht passiert ist. Die Grossen waren ihm gegenüber demütig, die Schwachen kapitulierten von vornherein, ohne auch nur ihre Ehre zu ret-

³²⁵ Ebenda, S. 528 f.

³²⁶ Ebenda, S. 548 f.

³²⁷ Ebenda, S. 582.

³²⁸ Ebenda, S. 527.

ten.» Gestützt auf ein paar Divisionen, «spazieren die Deutschen heute durch ganz Europa». Mit Polen könnten sie so nicht umspringen, und Hitler und seine Helfer wüssten das doch. Auf der anderen Seite war inzwischen klar, dass sich die Hoffnung auf deutsche Einsicht sehr leicht als trügerisch erweisen konnte, und auch für den äussersten Fall hatte man in Warschau die Entscheidung schon getroffen. Beck fasste – und zwar wiederum in Übereinstimmung mit dem Staatspräsidenten, dem Regierungschef und dem Generalinspekteur der Streitkräfte – diese Entscheidung in die schlichten, doch deutlichen Worte: «Ganz einfach! wir werden kämpfen!»³²⁹

Die Entschlüsse der polnischen Regierung waren gewiss von der Spekulation begleitet, dass Polen im Falle eines deutschen Angriffs die Unterstützung der Westmächte finden werde. Nachdem Hitler gerade das Münchner Abkommen zerrissen und die Fetzen des Vertrags Daladier und Chamberlain mit triumphierendem Hohn vor die Füße geworfen hatte, konnten Grossbritannien und Frankreich eigentlich nicht umhin, so sagte man sich in Warschau, auf den nächsten Gewaltakt des «Führers» auch militärisch zu reagieren. Am 12. April meinte z.B. Wacław Grzybowski, der polnische Botschafter in Moskau, dass England Hitler nicht mehr ungestraft davonkommen lassen, «diesen kleinen Napoleon fertigmachen» werde³³⁰, und eine Woche später stellte er fest, Hitler habe eine für Polen «wahrscheinlich nicht wiederholbare günstige Konstellation» zuwege gebracht³³¹. Zum Zeitpunkt der beiden Äusserungen lagen die britische Garantie und die britisch-polnische Erklärung vom 6. April schon vor, doch waren die Grundelemente der Situation auch vorher zu erkennen und den polnischen Politikern durchaus bewusst gewesen. Seit dem 18. März hielt Beck ausserdem die britische Frage nach dem polnischen Verhalten bei einer deutschen Aktion gegen Rumänien in Händen, seit dem 20. auch Londons Vorschlag einer britisch-französisch-polnisch-sowjetischen Anti-Aggressions-Erklärung. Dies erlaubte ebenfalls die Folgerung, dass die Politik der Westmächte im Begriff war, härter zu werden. Andererseits war am 23. und 24. März noch völlig unklar, wie lange der Prozess der Verhärtung andauern und wie weit er gehen werde. Selbst eine erneute Aufweichung war noch denkbar. Schliesslich hatten die Westmächte auch die Annexion Böhmens und Mährens lediglich mit papierenen Protesten quittiert, und angesichts der bisherigen Politik Chamberlains durfte niemand, solange sich Grossbritannien nicht öffentlich oder vertraglich festgelegt hatte, ausschliessen, dass die britische Regierung bei einem weiteren Hitlerschen Coup in Ost- oder Südosteuropa, statt so zu handeln, wie sie «eigentlich» handeln musste, doch wieder auf das Rezept zurückkam, sich Ruhe auf Kosten anderer zu erkaufen; und Frank-

³²⁹ Ebenda, S. 528.

³³⁰ Ebenda, S. 554.

³³¹ Ebenda, S. 565.

reich hatte dem britischen Kurs zu folgen. Daneben gab es Unsicherheitsfaktoren, die speziell Polen betrafen. In Warschau wusste man gut genug, wie sehr das Ansehen Polens durch die anti-tschechische Komplizenschaft mit dem nationalsozialistischen Deutschland allenthalben gelitten hatte. Bestimmten die Gründe, die jetzt dafür sprachen, gegen Hitler Front zu machen, auch dann die Politik der Westmächte, wenn es um Polen ging? Am 14. September 1938 hatte Graf Raczynski die Frage von Lord Halifax verneint, ob die Westmächte auf polnische Unterstützung rechnen könnten, falls sie wegen der CSR in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden sollten³³². War das zu vergessen? Hierauf konnten noch keine sicheren Antworten gegeben werden. Insofern haben die verantwortlichen Politiker in Warschau ihre Entscheidung, Hitler Widerstand entgegenzusetzen, zwar in der Hoffnung auf britisch-französischen Beistand getroffen, aber letzten Endes doch nicht in Abhängigkeit vom Verhalten der Westmächte.

Ebensowenig Rücksicht nahm die polnische Regierung darauf, dass die totale oder partielle Besetzung ihres Landes zu erwarten stand, falls Hitler seine Armeen gegen Polen in Bewegung setzte. Hatte es Polen, wie das Beck und seine Kollegen riskierten, allein mit Deutschland aufzunehmen, war die Niederlage unabwendbar, die Besetzung gewiss und die politische Zukunft düster; man focht dann in der Tat ausschliesslich darum, die Ehre und die Selbstachtung der Nation zu retten. Traten aber die Westmächte, wie das Beck und seine Kollegen erhofften, auf der Seite Polens in den Krieg ein, so war völlig offen, wie und wann sich die britisch-französische Intervention militärisch zugunsten Polens bemerkbar machen würde. Zwischen dem polnischen Generalstab und den Generalstäben der Westmächte hatten ja bislang nicht einmal flüchtige und oberflächliche Gespräche über eine militärische Zusammenarbeit und die Abstimmung von Operationsplänen stattgefunden. Eines war jedoch klar: Selbst bei einem relativ frühen Beginn französischer Offensiven konnte es nicht ausbleiben, dass Hitler einen beträchtlichen Teil der deutschen Streitkräfte, und zwar vor allem deren modernen Kern, in Polen einfallen liess und dass die polnische Armee von einem solchen Ansturm zumindest weit nach Osten zurückgeworfen werden musste. Kamen die französischen Offensiven erst später, war wiederum zunächst die militärische Katastrophe zu befürchten. Jedermann in Polen, der zählte, wusste das. Die Legende von den siegessicheren und übermütigen polnischen Politikern und Militärs, die vom Marsch nach Berlin geträumt hätten, ist tatsächlich nichts anderes als eine Legende, die ihre Geburt der nationalsozialistischen Propaganda verdankt, ferner einem Teil der polnischen Presse, der Zuversicht zu verbreiten suchte, und einer kleinen Minderheit rechtsextremistischer Schreihälse, die ein weiteres Beispiel dafür lieferten,

³³² Z. Landan / J. Tomaszewski (Hrsg.), Monachium 1938. *Polski dokumenty dyplomatyczne*, Warschau 1985, S. 279.

welchen Schaden nationalistische Eiferer ihrem Land immer wieder zufügen.

Bei allem Selbstgefühl und bei allem Stolz auf die dem polnischen Staat zugeschriebene Grossmachtqualität war Beck ebenso wie den Generälen sehr bewusst, dass die polnische Armee wohl mit einer hervorragenden Kampfmoral, aber nicht mit genügend modernen Flugzeugen, Panzern, Geschützen und Transportmitteln zu prunken vermochte, vor allem nicht im Vergleich zur deutschen Armee. Gewiss hatte die Regierung – angesichts der deutschen und der sowjetischen Rüstung – von 1936 bis 1939 Summen in die Streitkräfte und ihre Modernisierung investiert, die für polnische Verhältnisse gewaltige Dimensionen erreichten; die 4,2 Milliarden Zloty machten in dieser Zeit etwa die Hälfte des polnischen Staatshaushalts aus³³³. Doch abgesehen davon, dass erhebliche Gelder – wie vor 1914 vom deutschen Kaiserreich – für ebenso kostspielige wie militärisch nutzlose Marineprojekte, z.B. für den Bau von U-Booten, verschwendet worden waren, steckte der Modernisierungsprozess noch in der Anfangsphase. Niemand kam auf den verwegenen Gedanken, der polnischen Armee die Kraft zur offensiven Kriegführung gegen Deutschland zuzutrauen und ihr dann eine Offensive auch noch zuzumuten. Als am 19. Mai 1939 General Tadeusz Kasprzycki, der polnische Kriegsminister, und General Maurice Gamelin, der französische Generalstabschef, endlich eine Art Abrede über die Rollenverteilung im Kriegsfall trafen, vereinbarten sie selbstverständlich, dass die polnische Armee in der Defensive bleiben werde, wenn die Masse der deutschen Verbände im Osten angreifen sollte. Selbst für die Alternative – «Wenn umgekehrt das Gros der deutschen Truppen Frankreich angreift ...» – legten sie lediglich fest, dass dann «die polnische Armee sich bemühen wird, die grösstmögliche Zahl der deutschen Truppen zu binden». Im Grunde lief die Verabredung darauf hinaus, dass die Polen versprachen, ihre Haut so teuer wie möglich zu verkaufen, während die Franzosen zusagten, etwa zwei Wochen nach Kriegsbeginn eine grössere Offensive zu eröffnen und damit die Hauptlast der Kriegführung zu übernehmen³³⁴.

In der ganzen Krisenperiode fassten die polnischen Politiker und Soldaten – von kleineren Vorstössen nach Ostpreussen abgesehen – keine ehrgeizigeren militärischen Operationen ins Auge, und das verbot sich erst recht in den für Polens Kurs entscheidenden Märztagen. Die polnischen Führer glaubten ja mit einem in Kürze präsentierten deutschen Ultimatum rechnen zu müssen. Als sie sich entschieden, ein solches Ultimatum abzulehnen und lieber zu kämpfen, riskierten sie also bewusst einen baldigen deutschen Angriff, obwohl ihnen durchaus klar war, dass der polnische Generalstab, bisher auf den Fall eines Krieges mit Russland fixiert, gerade eben erst, am 4. März, angefangen hatte,

³³³ P. Stawewki, *Wojsko Drugiej Rzeczypospolity*, in: *Polska Odrodzona 1918-1939*, red. Jan Tomicki, Warschau 1982, S. 233 f. 238 f.

³³⁴ Text in: J. Beck, *Dernier Rapport. Politique Polonaise 1926-1939*, Paris 1951, S. 345 f.

sich über Gedankenspiele hinaus eingehender mit einem Krieg gegen Deutschland zu beschäftigen³³⁵, und obwohl seit der Monatsmitte die schockartige Erkenntnis auf ihnen lastete, dass die strategische Lage Polens durch die militärische Präsenz Deutschlands in der Slowakei nicht einfach schlechter, sondern praktisch bereits hoffnungslos geworden war. In dieser Situation durfte jemand schon als Optimist gelten, der dachte, mit militärischem Widerstand gegen den bevorstehenden deutschen Überfall sei bis zum Eingreifen der Westmächte vielleicht ein Teil des Landes vor deutscher Okkupation zu retten. Immerhin stand der militärische Widerstand, falls die französisch-britische Intervention kam, wenigstens im Dienste eines politischen Zwecks: Polen mochte von der Wehrmacht des Grossdeutschen Reiches überrannt und besetzt werden, doch erwarb man durch den Kampf, den man der Wehrmacht lieferte, das Recht, bei der Friedenskonferenz am Tisch der Sieger zu sitzen.

Die Warschauer Regierung zögerte auch nicht, in Berlin für Klarheit über die Haltung Polens zu sorgen. Nachdem das polnische Kriegsministerium zwischen dem 23. und dem 25. März einige Regimenter, die im «Korridor» und in der Region um Danzig stationiert waren, durch die demonstrative Einberufung von Reservisten verstärkt hatte³³⁶, kehrte Lipski in die Reichshauptstadt zurück und überreichte dort Ribbentrop am 26. März ein Memorandum, das die Antwort der polnischen Regierung auf die am 21. des Monats erneut und fast schon ultimativ gestellten deutschen Forderungen enthielt. Beck schlug darin, wie bereits im vergangenen November, Verhandlungen sowohl über weitere Erleichterungen des Verkehrs zwischen Pommern und Ostpreussen wie über die Ablösung des Völkerbundstatuts für Danzig durch eine gemeinsame deutsch-polnische Garantie für die Freie Stadt vor: «Diese Garantie würde einerseits die freie Entwicklung des deutschen Volkstums und seines politischen Innenlebens befriedigen, andererseits die polnischen Rechte und Interessen sicherstellen. Die polnischen Interessen stimmen übrigens mit den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Freien Stadt überein, da der Wohlstand derselben seit Jahrhunderten von dem polnischen Überseehandel abhängig ist.» Die deutschen Forderungen wurden hingegen höflich, doch rundweg abgelehnt, und in seiner Erläuterung des Memorandums bemerkte Botschafter Lipski überdies, dass Aussenminister Beck zwar gerne der deutschen Anregung folgen und Berlin einen Besuch abstatten werde, «es schiene ihm aber zweckmässig, dass vorher die Fragen diplomatisch entsprechend vorbereitet worden seien»; in dürren Worten war damit dem Reichsaussenminister mitgeteilt, dass Beck die Einladung nach Deutschland ausschlagen werde, solange die Gefahr bestehe, dort wie Schuschnigg oder Hacha behandelt und mit der

³³⁵ Stawecki, S. 242.

³³⁶ ADAP, D, 6, Nr. 85, 90.

Pistolenmündung an der Schläfe zur Unterzeichnung eines deutschen Diktats genötigt zu werden³³⁷.

Zwei Tage zuvor hatten Beck und Lipski, wahrscheinlich um die Deutschen von einem ultimativen Vorgehen abzuhalten, das Auswärtige Amt bereits auf einem privateren Wege wissen lassen, wie man in Warschau die Situation Polens sah und welche Politik man in dieser Situation für richtig hielt. Am Morgen des 24. März hatte Graf Stanislaw Dembinski, Direktor des Berliner Büros der Polnischen Telegraphenagentur und ein enger Vertrauter Lipskis, von dem er schon des Öfteren mit inoffiziellen diplomatischen Missionen betraut worden war, einen deutschen Freund und ehemaligen Schulkameraden dringlich zum Frühstück eingeladen, Baron von Stengl, bei dem Dembinski sicher sein konnte, dass über ihn jede wichtigere Äusserung politischer Natur den Fürsten Bismarck erreichte, den stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Während des Frühstücks in einem Berliner Hotel sagte Dembinski, die deutschpolnischen Beziehungen seien im Augenblick derart gespannt, dass er im Laufe der nächsten Tage eine deutsche Aktion gegen den «Korridor» und gegen Danzig für möglich halte. Er habe daher seine Frau und seine beiden Kinder nach Polen geschickt, und für den Fall, dass er selbst plötzlich abreisen müsse, bitte er seinen alten Schulkameraden darum, sich, soweit das zulässig sei, um seine Wohnung und seine Möbel zu kümmern. Dann kam die eigentliche Mitteilung: Deutschland scheine in erster Linie die Eingliederung Danzigs in das Reich erzwingen zu wollen. Sollte dabei Gewalt angewendet werden, so bedeute das Krieg, weil Polen ein solches deutsches Vorgehen nicht widerstandslos hinnehmen werde. Doch müsse die polnische Regierung auch ein Ansinnen Deutschlands, über die Eingliederung Danzigs zu verhandeln, in schroffster Weise ablehnen, «da Polen aus den Verhandlungen, die deutscherseits mit Schuschnigg, Hacha und Urbsys geführt worden seien, seine Lehren gezogen habe». Die polnische Regierung würde in ihrer Antwort auch darauf verweisen, dass zwischen Deutschland und Polen ein Vertrag mit zehn Jahren Laufzeit existiere, der keinerlei Verhandlungen über territoriale Fragen vorsehe. Danach machte Dembinski auf die europäische Konstellation aufmerksam. Wenn es denn zu einem deutsch-polnischen Konflikt kommen müsse, so besser jetzt als später. Im Augenblick sei die Einstellung in aller Welt dermassen antideutsch, «dass Polen mit grosser Bestimmtheit bei einem deutschen Angriff auf die Unterstützung der Westmächte rechnen könne». Um dieser Warnung vor einem grossen europäischen Krieg noch mehr Nachdruck zu geben, setzte Dembinski hinzu, die Lage sei für Polen so günstig, dass man in Warschau unter Umständen vielleicht sogar der Versuchung erliegen werde, «durch Provokationen in Danzig den Ausbruch eines Konflikts zu beschleunigen»³³⁸.

³³⁷ Ebenda, Nr. 101.

³³⁸ Aufzeichnung Bismarck, 24.3.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34585 f.

In Berlin blieben derartige Winke nahezu unbeachtet, jedenfalls an der höchsten Stelle, und als Lipski den polnischen Widerstand offiziell aktenkundig machte, reagierten Hitler und Ribbentrop nach wie vor mit Verständnislosigkeit. Daher gaben sie den Versuch, Polen politisch zu disziplinieren, nicht sofort auf, sondern hielten es einfach für notwendig, den Druck auf Warschau zu steigern, und zwar gänzlich unbeeindruckt davon, dass inzwischen detaillierte Informationen über die britische Reaktion auf die Aktion Tileas vorlagen, aus denen die Versteifung der britisch-französischen Haltung deutlich genug hervorging. Noch wurde auf Lockrufe nicht völlig verzichtet. Ribbentrop hatte am 21. März einmal mehr die Möglichkeiten einer aktiven deutsch-polnischen Ostpolitik an die Wand gemalt, dabei auch angedeutet, dass Polen, falls es sich auf die deutschen Forderungen einlasse, selbst in der Warschau offenbar so gefährlich erscheinenden slowakischen Frage auf – allerdings nicht genauer charakterisierte – deutsche Konzessionen rechnen dürfe, und auch in den folgenden Tagen tauchten da und dort noch immer solche Verheissungen auf. So berichtete der polnische Generalkonsul in München, Grabinski, am 27. März über ein Gespräch mit General Ritter v. Epp, in dem der Reichsstatthalter in Bayern zugegeben habe, dass Polen einen Zugang zur Ostsee haben müsse, aber der Meinung gewesen sei, dass dieser Zugang doch nicht unbedingt Danzig zu sein brauche, vielmehr Libau und Riga den Zweck ebenso gut erfüllen könnten; Grabinski vermutete, sicherlich mit Recht, dass Epp zu seinen Anspielungen vom «Führer» oder von dessen engsten aussenpolitischen Gehilfen autorisiert gewesen sei³³⁹. Indes begann der Ton, der gegenüber den Polen angeschlagen wurde, noch schärfer zu werden, und die Drohungen begannen die lockenden Zukunftsbilder zu verdrängen.

Ein interner Vorgang in Berlin war für diesen Prozess bezeichnend. Am Abend des 23. März bat Staatssekretär v. Weizsäcker den deutschen Botschafter in Warschau, Adolf v. Moltke, telefonisch darum, «sich vorsorglich bei Minister Beck anzusagen»; im Laufe des nächsten Tages werde Moltke eine längere Instruktion erhalten, auf deren Basis er dann beim polnischen Aussenminister den Bericht ergänzen solle, den der nach Warschau gereiste Lipski über sein letztes Gespräch mit Ribbentrop geben werde³⁴⁰. Die Instruktion wurde im Auswärtigen Amt auch ausgearbeitet, und wenn sie auch in der Tat, wie Weizsäcker schrieb, Polen vor die Wahl stellte: «Feind oder Freund!» so war in ihr andererseits die Rolle des Freundes recht verführerisch geschildert. Da hiess es, dass Deutschland, falls es zu einer gemeinsamen deutsch-polnischen Ostpolitik komme, bereit sei, «in der künftigen Gestaltung des ganzen ukrainischen Problems Polen das Primat zuzugestehen», und im Hinblick auf die Slowakei liess sich das Reich in dem Papier sogar zu einer Art Entschuldigung herab: Der «Führer» habe sich dem Appell der Slowakei zunächst nicht

³³⁹ APA, Botschaft Berlin, Mappe 805, Aufzeichnung Grabinski, 27.2.1939.

³⁴⁰ ADAP, D, 6, Nr. 73, Anm. 1.

entziehen können, auch wäre es unmöglich gewesen, «das Verhältnis Deutschlands zu diesem Restbestandteil der früheren Tschechoslowakei einfach in der Schwebe zu lassen»; doch schliesse der Vertrag mit der Slowakei «hinsichtlich seiner Effektivität einen ausserordentlich weiten Spielraum in sich», und wenn die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen den Berliner Wünschen entsprechen sollte, «würde sich damit auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Behandlung des slowakischen Problems durch Deutschland, Polen und Ungarn eröffnen»³⁴¹. Vermutlich hätte es das Vertrauen der polnischen Politiker in deutsche Zusagen kaum wiederhergestellt, wäre ihnen in solchem Stile vorgeführt worden, dass Deutschland bereit war, den mit der Slowakei gerade eben abgeschlossenen Schutzvertrag in den Papierkorb zu werfen, nur weil das momentan der Berliner Polenpolitik in den Kram passte. Aber Beck und seine Mitarbeiter konnten den Inhalt der Instruktion überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Noch am 24. März sah sich Weizsäcker gezwungen, Moltke in Warschau anzurufen und ihm die peinliche Aufgabe zuzumuten, den bereits vereinbarten Gesprächstermin beim polnischen Aussenminister abzusagen³⁴². Weizsäcker bestätigte das Telefonat mit einem Brief an Moltke, in dem der Staatssekretär festhielt, dass der Entwurf der Instruktion zurückgezogen werden musste, weil er, von Ribbentrop dem «Führer» vorgelegt, nicht die Billigung Hitlers gefunden hatte³⁴³. Offenbar war in dem Dokument nach Hitlers Meinung zuviel Werbung enthalten.

In seiner folgenden Unterredung mit Lipski, am 26. März, verzichtete dann Ribbentrop auf jede versucherische Note³⁴⁴. Stattdessen erklärte er dem polnischen Botschafter, dass die Vorschläge in Becks Memorandum natürlich «keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen» könnten. Die Einberufung polnischer Reservisten, sowohl vom OKW wie vom Reichsaussenminister selbst als rein defensive Massnahme charakterisiert³⁴⁵, nahm er zum Anlass, «mögliche Konsequenzen» anzudrohen. Er bezeichnete den Vorgang als «eine merkwürdige Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses» und setzte schneidend hinzu: «Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterliefen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, dass z.B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.» Er schloss mit der Warnung, dass Polen die deutschen Forderungen annehmen oder mit bösen Folgen rechnen müsse. Am nächsten Tag bestellte Ribbentrop den Botschafter erneut, diesmal um ihm Berichte über deutschfeindliche Ausschreitungen in Bromberg – Berichte, wie sie

³⁴¹ Ebenda, Nr. 73.

³⁴² Ebenda, Nr. 88.

³⁴³ Ebenda.

³⁴⁴ Ebenda, Nr. 101.

³⁴⁵ Ebenda, Nr. 90, 101 (S. 102).

Jan Colvin alarmiert und zu seiner Reise nach London veranlasst hatten – unter die Nase zu halten und in harschen Worten die polnische Regierung «für derartige Vorkommnisse voll verantwortlich» zu machen. Der Botschafter hatte von den Bromberger Vorfällen noch keine Kenntnis, wies aber auf die derzeit in Polen herrschende Nervosität hin und stellte dann die Frage, «ob man nicht ein paar ‚Worte der Beruhigung für die beiden Völker* finden könne». Ribbentrop verneinte schroff, wiederholte, dass die am Vortag überbrachten Vorschläge Becks keine Grundlage für eine Regelung der deutsch-polnischen Streitpunkte darstellten, und konstatierte drohend: «Die Beziehungen beider Länder entwickelten sich daher stark abschüssig.»³⁴⁶

Zu diesem Zeitpunkt glaubte Hitler noch immer, Polen mit derartigem Drohgerede mübe machen zu können. Jedenfalls sagte er am 25. März mittags, dass sich Polen noch nicht entschieden habe: «Aber unser Druck wird verstärkt. Wir hoffen zum Ziele zu kommen.»³⁴⁷ Indes war der Erfolg Berliner Pressionen, angesichts des seltsamen polnischen Sträubens, doch zweifelhaft geworden, und so hatte sich der «Führer» gleichzeitig veranlasst gesehen, auch darüber zu deliberieren, was zu geschehen hatte, falls das Unbegreifliche eintreten und die Warschauer Regierung die deutschen Forderungen tatsächlich definitiv ablehnen sollte. Seine Überlegungen führten ebenso rasch wie die Konferenzen in Warschau zu einem eindeutigen Ergebnis, und das Ergebnis kam ebenfalls – nicht anders als der polnische Entschluss, notfalls zu kämpfen – unabhängig von den seit einigen Tagen verfolgten und in Berlin bekannt gewordenen britisch-französischen Bündnisprojekten zustande, selbst unabhängig von der Frage, ob deutscher Druck, polnische Angst und britisch-französischer Widerstandswille schon jetzt die Mitwirkung Polens bei den anti-deutschen diplomatischen Manövern der Westmächte zuwege brachten. Am 25. März hielt Generaloberst Walter v. Brauchitsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, noch fest, dass der «Führer» das Problem Danzig nicht gewaltsam lösen wolle, «weil er Polen nicht den Briten in die Arme treiben möchte»³⁴⁸. Jedoch war Hitler zu einer solchermassen noch halbwegs taktisch-rationalen Betrachtung und Behandlung des von ihm provozierten deutsch-polnischen Konflikts nur fähig, wenn und solange er seine Gedankenspiele von der Annahme bestimmen liess, dass Polen am Ende doch nachgab. Spätestens am Tag vor der Unterredung Hitler-Brauchitsch stand bereits fest, was geschehen werde, falls Polen der Option für Deutschland weiterhin auswich. Als Staatssekretär v. Weizsäcker am 24. März dem Botschafter in Warschau mitteilte, dass der Gesprächstermin bei Aussenminister Beck peinlicherweise abgesagt werden müsse, machte er seinem Freund Moltke zugleich klar, dass er sich

³⁴⁶ Ebenda, Nr. 108.

³⁴⁷ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 583.

³⁴⁸ ADAP, D, 6, Nr. 99.

über die Folgen einer Fortsetzung des polnischen Widerstands weder telefonisch – die beiden hatten eben miteinander telefoniert – noch schriftlich äußern könne; darüber werde Legationsrat Rudolf v. Scheliha – ein vertrauenswürdiger, weil regimefeindlicher Angehöriger der Botschaft in Warschau, der sich gerade in Berlin aufhielt – mündlich berichten³⁴⁹. Für einen erfahrenen Diplomaten wie Moltke, der ausserdem seine nationalsozialistischen Herren in Berlin ähnlich kritisch einschätzte wie Weizsäcker – gelegentlich sogar in Unterredungen mit Beck und Szembek eine erstaunlich offene Kritik am NS-Regime übte³⁵⁰ –, war das deutlich genug. Am 25. März gab denn auch Hitler dem Oberbefehlshaber des Heeres die Weisung, nun mit der Vorbereitung einer militärischen Lösung der «polnischen Frage» – was etwas anderes war als die «Danziger Frage» – zu beginnen³⁵¹.

Nur wenige Tage später fiel die endgültige Entscheidung. Was aus Warschau zu hören war, gab Hitler jetzt die Gewissheit, dass er nicht länger mit der polnischen Kapitulation rechnen durfte. In einem Bericht, den er offenbar schrieb, um Ribbentrop klarzumachen, welches Risiko der «Führer» – der dann den Bericht ebenfalls las – laufe, wenn er mit Polen so umspringen wolle wie mit der CSR, schilderte Moltke lebhaft die zuversichtlich kriegerische Stimmung, die sich der Polen bemächtigt habe, seit sie glaubten, dass nun, nach der Besetzung Prags und dem Einmarsch ins Memelgebiet, ein deutscher Handstreich gegen Danzig unmittelbar bevorstehe. Am Ende des Berichts gab Moltke eine symptomatische Szene im polnischen Senat wieder: «Die erste Lesung des polnisch-litauischen Handelsvertrags, der der litauische Gesandte Szaulys in der Diplomatenloge beiwohnte, gab dem Senator Katelbach Veranlassung, Litauen im Namen des Senats zu versichern, dass Polen die schweren Erlebnisse, die Litauen soeben habe durchmachen müssen, aufs Stärkste mitempfunden habe. An dem ‚langdauernden stürmischen‘ Beifall, den diese Erklärung hervorrief, beteiligten sich auch die beiden zu der Sitzung erschienenen Minister und Vizeausenminister Graf Szembek.»³⁵² Kein Wunder, dass Goebbels an diesem Tag, nach einem Telefonat mit Hitler, in seinem Tagebuch notierte, die «Polacken», wie er die Polen nun bezeichnenderweise nannte, «sind und bleiben natürlich unsere Feinde»³⁵³. Schon am Tag danach konnten Hitler und seine Gefolgsleute einem weiteren Bericht Moltkes entnehmen, dass die Stimmung des Widerstands in Polen in der Tat mit der Politik der polnischen Regierung identisch war. Am Abend des 28. März hatte Ausenminister Beck den deutschen Botschafter zu sich gebeten und Moltke – in einer Szene, die sicherlich zur Unterstreichung der polnischen Gleichberechtigung ebenso gedacht war wie zur Darlegung des polnischen Standpunkts

³⁴⁹ Ebenda, Nr. 88.

³⁵⁰ Szembek-Tagebuch, S. 474.

³⁵¹ ADAP, D. 6, Nr. 99.

³⁵² Moltke an AA, 28.3.1939, ebenda, Nr. 115.

³⁵³ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 584.

– mitgeteilt, da Reichsaussenminister v. Ribbentrop Botschafter Lipski erklärt habe, dass ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den *casus belli* bedeuten würde, sehe er, Beck, sich gezwungen, «seinerseits die Erklärung abzugeben, dass, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern, Polen hierin den *casus belli* sehen würde. Das Gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde». Nach der betonten Versicherung, Polen sei auch weiterhin zu Verhandlungen über eine vernünftige Lösung des Danziger Problems bereit, hatte Beck ferner gesagt, er wolle nicht verhehlen, «dass er immer mehr den Eindruck gewinne, als ständen wir am Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen». Noch könne alles in Ordnung gebracht werden. Aber: «Die Entscheidung liege jetzt bei Berlin.»³⁵⁴ Und Berlin entschied sich sofort. Bevor er am 1. April in einer Rede zum Stapellauf des Schlachtschiffs «Tirpitz» – in erster Reaktion auf Chamberlains Polen-Garantie – donnerte, dass das Deutsche Reich, weil es nicht bereit sei, «eine Einschüchterung oder auch nur Einkreisungspolitik auf die Dauer hinzunehmen», auch ohne den deutsch-britischen Flottenvertrag auskommen könne³⁵⁵, und bevor er anschliessend an der viertägigen Jungfernfahrt des KdF-Schiffs «Robert Ley» teilnahm, gab Hitler General Keitel den Befehl, sofort eine Weisung zur Vorbereitung von «Fall Weiss», wie der Angriff auf Polen im internen Berliner Sprachgebrauch hiess, auszuarbeiten. Keitel hielt fest, dass «der Führer zum ‚Fall Weiss‘ noch Folgendes angeordnet» habe: «Die Bearbeitung hat so zu erfolgen, dass die Durchführung ab 1.9.39 jederzeit möglich ist.»³⁵⁶ Bereits am 3. April konnte Keitel die fertige Weisung vorlegen, und am 11. April hat sie der am Abend des 4. von seinem Nordsee-Urlaub nach Berlin zurückgekehrte Hitler unterzeichnet³⁵⁷.

Der Entschluss, in einigen Monaten Polen anzugreifen, resultierte mithin allein aus der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen. Chamberlains Garantie vom 31. März mag als Peitschenhieb gewirkt haben, doch traf dann die britische Peitsche ein Pferd, das sich ohnehin bereits in vollem Galopp befand. Ebenso deutlich ist, dass Hitler und die NS-Führung im Frühjahr 1939 keineswegs plötzlich jene politischen und vor allem wirtschaftlichen Faktoren entdeckt hatten, von denen sie nach Ansicht späterer Historiker mit einer «gewissen immanenten zwingenden Logik im Sommer 1939 zum ‚blitzartigen‘ Losschlagen und zum kurzen, schnellen Raubzug als Ausweg aus dem Versorgungsdilemma» gezwungen worden seien³⁵⁸. Hätte sich Polen den Wünschen des «Führers» gebeugt, wäre es ja 1939 überhaupt nicht zu einem Krieg gekommen, und Hitler hätte vermutlich im September tatsächlich den

³⁵⁴ ADAP, D, 6, Nr. 118.

³⁵⁵ Völkischer Beobachter, 3.4.1939.

³⁵⁶ Ebenda, Nr. 149.

³⁵⁷ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, Stuttgart 1979, S. 79.

³⁵⁸ Wendt, Grossdeutschland, S. 169.

«Parteitag des Friedens» inszeniert, den er am 1. April in seiner Wilhelmshavener Rede ankündigte; zuvor wäre Aussenminister Beck in Berlin erschienen, um in feierlicher Zeremonie Polens Beitritt zum Antikominternpakt zu vollziehen, auf dem Parteitag selbst hätte sich Gauleiter Forster mit seinen Mannen aus dem inzwischen ans Reich angegliederten Danzig besonders feiern lassen, und dem «Führer» wäre es, wie er am 22. August vor den Militärs sagte, möglich gewesen, sich auf die Vorbereitung des dann wahrscheinlich für 1940 aufs Programm gesetzten Angriffskriegs im Westen zu konzentrieren.

Für Hitler lagen die Dinge einfacher. Die Klarheit über das polnische «Nein» weckte in ihm zunächst einmal die Emotion, mit der ein tyrannischer politischer Führer seines Schlages, ein selbstgemachter und im Namen einer Ideologie selbstgerecht handelnder Tyrann, normalerweise auf derartige Frustrationen reagiert: helle Wut und Vernichtungswillen. Die «böse Arroganz», von der Ivone Kirkpatrick gesprochen hatte, war nicht fähig, einen Widerstand zu ertragen, den zu leisten sich ein Schwächerer erfrechte. Dazu gesellte sich sogleich das hochentwickelte und äusserst reizbare Machtbewusstsein, das mittlerweile die ganze nationalsozialistische Elite auszeichnete: War den «Polacken» wirklich nicht klar, mit wem sie es zu tun und dass sie zu parieren hatten? Nun gut! Wenn sie es tatsächlich nicht wahrhaben wollten, musste ihnen eben auf andere Weise beigebracht werden, dass das Deutsche Reich, das nach der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete, nach der Unterjochung Böhmens und Mährens, nach der Eingemeindung der Slowakei und dem Einmarsch ins Memelland gerade im Begriff stand, seinem politischen und wirtschaftlichen Einfluss auch Südosteuropa zu unterwerfen, den Ungehorsam eines Staates wie Polen nicht mehr tolerieren konnte. Wenn die nationalsozialistischen Führer und die NS-Propaganda den Polen in den folgenden Monaten Realitätsverlust, Mutwillen, Übermut, Unverschämtheit bescheinigten, so galt das nicht den Dummheiten nationalistischer polnischer Zeitungen oder den kriegs- und erobungslustigen Parolen rechtsextremistischer polnischer Studenten. Vielmehr war damit schon gemeint, dass es für die Polen nicht länger zulässig sei, sich deutschem Willen zu widersetzen, und dass sie selbstverständlich die schwerste Strafe auf sich zögen, falls sie sich solches doch herausnahmen; bereits Ende März besagte der partei-interne Kommentar, dass «jetzt der Kompass auf Polen zeige» und dass «auch dieser Staat den Todeskeim in sich trage».³⁵⁹

Ähnlich simpel lautete die politisch-militärische Argumentation, mit der Hitler nun die Notwendigkeit eines Krieges gegen Polen begründete. Emotionale Aufwallung und Hybris mit Überlegungen verbindend, die er unter dem Diktat seiner ideologischen Wahngebilde als eiskalte Logik empfand, ergab sich für ihn aus der Weigerung Warschaus, das Zelt Polens im deutschen La-

³⁵⁹ H. Booms, *Der Ursprung des 2. Weltkriegs*, S. 347.

ger aufzuschlagen, eine klare Erkenntnis, die wiederum zu einer nicht weniger klaren Schlussfolgerung zwang. Eines wisse man jetzt, setzte er am 23. Mai den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile und ihren Stabschefs auseinander: «Der Pole ist kein zusätzlicher Feind. Polen wird immer auf der Seite unserer Gegner stehen. Trotz Freundschaftsabkommen hat in Polen immer die Absicht bestanden, jede Gelegenheit gegen uns auszunutzen.» In einem Sieg Deutschlands über den Westen sehe Polen eine Gefahr und werde daher «uns den Sieg zu nehmen versuchen». Daraus folge: «Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen.»³⁶⁰ Hitlers Kalkül lief mithin darauf hinaus, dass die Rückensicherung für das Unternehmen im Westen, da sich Polen einer Disziplinierung durch politische Mittel entzog, eben mit Waffengewalt besorgt werden musste. Im Übrigen verlor Hitler nie den Osten Europas jenseits von Polen aus den Augen. Auch für das Ausgreifen in diese Region – wann immer es kommen sollte – war Polen zum Hindernis geworden; wenn sich die Polen für den Raubzug nicht zur Verfügung stellten, hatte das Land ohnehin durch einen Feldzug verfügbar gemacht zu werden. Wie der Völkerbundskommissar in Danzig, der Schweizer Historiker und Diplomat Carl J. Burckhardt, die Essenz seiner Gespräche mit Hitler – der dem in Berlin wohlgelittenen Schweizer natürlich nichts über seine Westpläne verriet – wiedergab: «Entweder Ost-Politik gemeinsam mit Polen, oder Ostpolitik nach völliger Unterwerfung Polens nach dem Vorbild der Tschechoslowakei und, falls dies nicht zu erreichen, Besetzung und Zerstörung Polens.»³⁶¹

Zugleich aber begann Hitler, als der Entschluss zur militärischen Lösung des polnischen Problems reifte und nachdem der Entschluss dann gefasst war, an einem Krieg, den er ursprünglich überhaupt nicht beabsichtigt hatte, Aspekte zu finden, die es ihm erlaubten, sich selbst und anderen zu suggerieren, dass auch bei einem Feldzug in Polen das Notwendige mit durchaus Erwünschtem und Erfreulichem verbunden werden könne. Stellte es nicht einen Vorteil dar, wenn die junge Wehrmacht, ehe sie gegen die französische Armee anzutreten hatte, im Kampf gegen einen weit unterlegenen Feind eine Generalprobe veranstalten durfte? Schon im Vorjahr hatte ja der «Führer» auf einen solchen Test in einer tschechischen Kampagne gehofft, da nichts etwaige Mängel der Ausrüstung, der Ausbildung und der operativen wie der taktischen Prinzipien so schnell und unbarmherzig aufdeckt wie der sogenannte Ernstfall. Waren ausserdem die auf den polnischen Schlachtfeldern zu erwartenden Siege nicht hervorragend geeignet, Moral und Selbstvertrauen der Truppe zu vervollkommen? Lag es nicht im Interesse des Regimes, mit derartigen Triumphen eine von den Kriegen Preussens und des kaiserlichen Deutschland ab-

³⁶⁰ ADAP, D, 6, Nr. 433.

³⁶¹ C.J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1960, S. 241.

gehobene nationalsozialistische Militärtradition zu begründen, bevor man in den ungewissen und sowohl von der Armee wie von der ganzen Nation Stehvermögen fordernden Orlog im Westen zog? In einem Gespräch mit seinen militärischen Adjutanten brachte Hitler Motive dieser Kategorie auf die Formel, er brauche – wie einst Friedrich der Grosse – einen «Ersten Schlesischen Krieg».³⁶²

Wichtiger war ihm jedoch sicherlich die Überlegung, dass die Ausschaltung Polens, obwohl aus anderen Gründen beschlossen, doch auch schon zu einer höchst willkommenen Vergrößerung der deutschen Machtbasis genutzt, in einen Krieg um «Lebensraum» verwandelt werden konnte. Bereits am 25. März hat Hitler, als er Generaloberst v. Brauchitsch die Bearbeitung der «polnischen Frage» befahl, konstatiert, dass er, falls Polen nun tatsächlich als Machtfaktor beseitigt werden müsse, «an eine vom Ostrand Ostpreussens bis zur Ostspitze Schlesiens vorgeschobene Grenze» denke. Aber der Appetit wurde rasch noch grösser. In der Weisung an die Wehrmacht, die am 3. April vorlag, war zusätzlich von der Eroberung und Eingliederung Litauens und Lettlands die Rede, «bis zu der Grenze des alten Kurland», und am 23. Mai, als er seine Absichten im Hinblick auf Polen mit dem Begriff «Zertrümmerung» umschrieb, teilte Hitler den Militärs klipp und klar mit: «Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraums im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie die Lösung des Baltikum-Problems.» Indes war der «Führer» damals derart auf den kommenden Krieg mit den Westmächten fixiert, dass sich die Westpläne in jeden seiner Gedankengänge eindrängten. Bei der «Auseinandersetzung mit dem Westen», so fügte er dem Lebensraum-Argument sogleich an, sei «es gut, einen grösseren Ostraum zu besitzen».

Kontertanz der Mächte: das Versagen der «Achse» und Hitlers Pakt mit Stalin

Nachdem er die Entscheidung, Polen im Spätsommer zu schlagen und zu erobern, getroffen hatte, ist es Hitler offensichtlich nie mehr in den Sinn gekommen, die Angriffsabsicht wieder aufzugeben und die von deutscher Seite aufgeworfenen deutsch-polnischen Streitfragen doch noch durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Wer Gelegenheit hatte, den «Führer» und seinen Aussenminister genauer zu beobachten oder die Absichten und die Stimmung des «Führers» in den Worten und der Haltung des Aussenministers zu erkennen, war sich nicht im Zweifel, wohin die Reise ging. Staatssekretär v. Weizsäcker suchte Ende März und Anfang April allenthalben offiziell den Eindruck

³⁶² Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Major Engel, hrsg. v. H. v. Kotze, Stuttgart 1974, S. 60 f.

zu nähren, dass es im deutsch-polnischen Verhältnis lediglich kleinere Störungen gebe, die bald verschwinden würden. Zum belgischen Botschafter etwa, der sich sehr besorgt nach dem Stand der Dinge erkundigte, sagte er, dass man in Berlin «die deutsch-polnische Lage nicht tragisch» nehme: «Die Polen würden gewiss noch einsichtiger werden.»³⁶³ Für die Akten speiste er selbst die italienischen Freunde, die von Hitler und Ribbentrop noch kein Sterbenswörtchen über den Entschluss zum Krieg gehört hatten, jedoch etwas misstrauisch geworden waren, mit beruhigendem Gemurmel ab. So hielt er am 30. März in einer Notiz fest, dass er dem Grafen Massimo Magistrati, Botschaftsrat an der italienischen Mission in Berlin und ein guter Freund des Grafen Ciano, erklärt habe, «die Polen seien zur Zeit noch recht schwerhörig, würden aber gewiss lernen, sich gefügiger zu zeigen, insbesondere hinsichtlich der selbstverständlichen Zugehörigkeit Danzigs zu Deutschland. Eine gefährliche Situation zwischen uns beiden vermöge ich nicht zu erkennen.»³⁶⁴ In Wahrheit unterrichtete Weizsäcker den italienischen Botschafter korrekt und genau über die antipolnische Wendung der deutschen Politik, so dass Attolico bereits am 18. April imstande war, einen alarmierenden Bericht nach Rom zu schicken: Er wisse, dass Hitler, getroffen in seiner Selbstliebe und enttäuscht von Polens Ablehnung der deutschen Freundschaft, «gegenüber Polen in jenen sphinxhaften Zustand eingetreten ist, der jedem seiner Überfälle vorangeht». Er wisse, dass die deutschen Forderungen an Polen entweder gar nicht mehr oder nur ultimativ erhoben würden. Die politische Situation in Europa sei schon so klar definiert, Aktionen und Reaktionen seien so deutlich zu erkennen, dass es nicht mehr schwierig sei, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Unter diesen Umständen – vor allem im Hinblick auf die britisch-französische Intervention bei einem deutschen Schlag gegen Polen, die ja auch für Italien Konsequenzen hätte – habe Rom ein Interesse daran und ein Recht darauf, nicht wieder vor ein *Fait accompli* gestellt zu werden. Es müsse rechtzeitig die Möglichkeit geschaffen werden, gemeinsam die Elemente eines Konflikts zu diskutieren, der, einmal ausgebrochen, Italien automatisch hineinziehen würde. Man dürfe sich nicht damit begnügen, «offiziell» nach den deutschen Plänen gegenüber Polen zu fragen, vielmehr sei es notwendig geworden, auf einem erneuten Treffen Ciano-Ribbentrop zu bestehen³⁶⁵.

Aber Hitler legte nicht nur jenes «sphinxhafte» Verhalten an den Tag, das Weizsäcker und Attolico so unheilverkündend fanden. Nach der Entscheidung für den Krieg setzten der «Führer» und Ribbentrop sofort die Verwirklichung einer taktischen Konzeption in Gang, die eine Rückkehr zu Verhandlungen im deutsch-polnischen Konflikt bewusst ausschliessen sollte und in der Tat prak-

³⁶³ Aufzeichnung Weizsäcker, 31.3.1939, PAA, Büro Weizsäcker, Polen 1, 34619.

³⁶⁴ Aufzeichnung Weizsäcker, 30.3.1939, PAA, Büro Weizsäcker, Polen 1, 34613.

³⁶⁵ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 18.4.1939.

tisch fast unmöglich machte. Zunächst einmal schickten sie sich an, dafür zu sorgen, dass – nach dem bewährten Muster des Jahres 1938 – zwischen Polen und Deutschland ein Zustand der Spannung – der ständig steigenden Spannung – eintrat, der die Polen dazu verleitete, sich ganz unabhängig von der Auseinandersetzung um die auf den Tisch gelegten deutschen Forderungen ins Unrecht zu setzen und am Ende Angriffsgründe zu liefern, die in den Augen der deutschen und möglichst auch der europäischen Öffentlichkeit einigermaßen plausibel wirkten. Die Auswahl an geeigneten Methoden war freilich nicht gross. Neben aufreizenden Handlungen im nationalsozialistisch kontrollierten Danzig, die dort den «Topf am Kochen» halten sollten, gab es im Grunde nur, wie im Falle der CSR, die Instrumentalisierung der rund 800'000 Deutschen, die in Polen lebten. Da die Deutschen in Polen nicht geschlossen siedelten und in allen Teilen des Landes lediglich eine Minorität darstellten, fehlte es zwar an einer politischen Organisation, die im Stile der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins hätte agieren können. Aber der damals so wenig erfolgreiche zweite Teil des Rezepts der Sudetenkrise mochte in Polen mit besserem Effekt angewandt werden, d.h. man musste versuchen, die deutsche Minderheit in der Rolle des unter unerträglicher Verfolgung leidenden Opfers polnischen Hasses erscheinen zu lassen, indem man die polnischen Behörden zu sekkierenden Massnahmen und die polnische Bevölkerung zu Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit provozierte. Den Berliner Stellen war durchaus bewusst, dass sowohl die deutsche wie die europäische Öffentlichkeit und erst recht die nichtdeutschen Politiker und Diplomaten eine gewisse Resistenz gegen Berichte über die Leiden der sogenannten Volksdeutschen erworben hatten, seit niemand mehr daran zweifeln konnte, dass die vielstimmigen Klagegesänge über tschechische Greuelthaten, von Rundfunk und Presse im Sommer 1938 und Frühjahr 1939 angestimmt, nichts als Propagandalügen gewesen waren; die skeptischen Reaktionen auf die ersten Meldungen über Zwischenfälle in Polen machten jene Resistenz vollends deutlich. Daher wies das Propagandaministerium die deutschen Medien an, zunächst noch vorsichtig zu verfahren und Nachrichten über Zwischenfälle «ohne sensationelle Aufmachung» zu bringen³⁶⁶. Mangels einer Alternative kam indes ein Verzicht auf die Schilderung polnischer Deutschenverfolgung nicht in Frage, zumal darauf gehofft werden durfte, dass es diesmal gelingen werde, der Propaganda eine gewisse Anzahl realer Vorfälle zu verschaffen.

So sind Polen in Danzig, z.B. polnische Zollbeamte, seit April mit immer neuen Schikanen bedacht worden, und zugleich kam es zu einer ungenierten, auf die Herausforderung der Warschauer Regierung angelegten Militarisierung der Freien Stadt: Teile der Polizei und nationalsozialistischer Organisationen wurden zum Kern militärischer Einheiten gemacht, die von der deut-

³⁶⁶ W. Hagemann, Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948, S. 394.

schen Wehrmacht – aus Ostpreussen – ganz offen personelle Verstärkung und auch schwerere Waffen erhielten³⁶⁷. Dem Amt Ausland/Abwehr im OKW gab man die Erlaubnis, das dichte Netz der Spionagezellen und Sabotagegruppen, mit dem Polen in den Jahren zuvor überzogen worden war, zu erweitern und auf den Tag X einzustellen, obwohl oder gerade weil die polnischen Behörden, denen diese Aktivitäten nicht verborgen bleiben konnten, darauf unter dem Druck des polnischen Militärs mit Verhaftungen reagieren mussten³⁶⁸. Im Sinne der Spannungssteigerung war aber etwas anderes noch viel wirksamer. Bereits in der ersten Aprilhälfte tauchten bei der deutschen Bevölkerung im «Korridor» Scharen von Agenten des SD und der Gestapo auf, die dort nicht nur Vertrauensleute und Mitarbeiter für die Zeit nach der Besetzung anzuwerben begannen, sondern auch allenthalben den Deutschen weismachten, dass – wie ein Mitglied der deutschen Vertretung in Warschau am 15. April an Botschafter v. Moltke schrieb – «der Einmarsch der deutschen Truppen kurz bevorstehe». In dem Brief an Moltke hiess es weiter, dass die Verbreitung solcher Nachrichten, «die offenbar planmässig erfolgt», jede Beruhigung der deutschen Minderheit verhindere; die letzten Verhaftungsfälle im Korridor seien auch hieraus zu erklären, denn vielfach hätten die Leute offen zugegeben, «dass sie alle Vorbereitungen für den Empfang der deutschen Truppen treffen». Dabei gäben sich die «polnischen Behörden zurzeit die grösste Mühe, alle Konflikte zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung zu inhibieren»³⁶⁹. Ähnlich berichtete am 19. April der deutsche Generalkonsul in Thom³⁷⁰. Wie vorherzusehen, nahm in der Tat die Zahl der Fälle zu, in denen sich die wachsende Nervosität der ebenso wütenden wie angstvollbedrückten Polen in Prügeleien und eingeworfenen Fensterscheiben entlud. Konsulate und Botschaft wiesen mit gebührendem Nachdruck darauf hin, dass das Treiben der Emissäre aus dem Reich unweigerlich zu einer Verschlechterung der Lage der deutschen Minderheit führen werde. Eben deshalb blieben jedoch die Beruhigung der deutschen Minderheit und die dadurch bewirkte Aufreizung der polnischen Bevölkerung auch weiterhin wesentliche Elemente der reichsdeutschen Taktik³⁷¹.

Auf der höheren politischen Ebene hingegen haben Hitler und Ribbentrop den Gesprächsfaden zwischen Berlin und Warschau einfach gekappt. Der Schnitt geschah gewiss im Anschluss an Chamberlains Polen-Garantie vom 31. März und parallel zu den Besprechungen, die Aussenminister Beck vom 3. bis zum 6. April in London mit dem britischen Premier und Lord Halifax führte, war aber in Wirklichkeit von der Meinungs- und Entscheidungsbildung in London oder Paris und von der polnisch-britischen Annäherung ebenso un-

³⁶⁷ Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 583 f.

³⁶⁸ Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers*, S. 173.

³⁶⁹ Scheliha an Moltke, 15.4.1939, PAA, Botschaft Warschau, 566082ff.

³⁷⁰ Küchler an A.A. und Botschaft Warschau, PAA, Botschaft Warschau, 566088.

³⁷¹ Vgl. S. 284.

abhängig wie zuvor der Entschluss zum Angriff auf Polen. Tatsächlich kam Becks Reise nach London gar nicht ungelegen, bot sie doch eine willkommene Gelegenheit, die bereits vollzogene Wendung der eigenen Politik als blosser Reaktion auf britisch-polnische Feindschaft zu deklarieren und die deutsche Bevölkerung gegen Polen aufzubringen. Als Chamberlain und Beck am 6. April die wechselseitige britisch-polnische Garantie vereinbarten und die Absicht erklärten, einen Beistandspakt abzuschliessen, schlug die NS-Propaganda sofort volle Töne an, um die britische Politik als «Einkreisung» Deutschlands und Polen als Komplizen bei der Einkreisung zu denunzieren; mit dem Begriff «Einkreisung» hatte ja schon die Propaganda des wilhelminischen Deutschland höchst erfolgreich gearbeitet. «Schärfster britischer Druck und verschlagene Überredungskünste» hätten es zuwege gebracht, schrieb der «Völkische Beobachter» am 7. April, dass die polnische Regierung drauf und dran sei, der englischen Kriegspolitik zu folgen, «einer Kriegspolitik, die in ihrem Wesen nichts anderes ist als eine Wiederholung des schmähhlich gescheiterten Versuchs von Versailles, das deutsche Volk durch eine bunte Kombination von artverschiedenen und von ganz ungleichartigen Interessen bewegten Völkern politisch und wirtschaftlich zu knebeln und seine endlich gewonnene nationale Einheit wieder zu zerstückeln». Komme der britisch-polnische Pakt, werde Polen «Mitschuldiger eines europäischen Brandstiftungsversuchs» und setze sich damit, so hiess es drohend, dem gleichen Schicksal aus, «das andere, von den Rosstäuschern des demokratischen Westens verführte Nationen sich zugezogen haben». Wenn Polen sich «heute plötzlich in die aggressive britische Einkreisungspolitik, deren einzig mögliches Ziel der Krieg gegen Deutschland ist, einreicht, so bricht es endgültig mit dem Kurs von 1934». Intern war man ehrlicher. So strafte eine Aufzeichnung, die am 21. April im Auswärtigen Amt entstand, die Propaganda mit folgenden Sätzen Lügen: «Die polnische Haltung zu den englisch-französischen Einkreisungsdemarchen lässt sich dahin zusammenfassen, dass Polen seine Beteiligung von dem Grad der Entschlossenheit der Westmächte, einer deutschen Aggression entgegenzutreten, abhängig gemacht hat. Solange es sich um Deklarationen kollektiver Art gehandelt hat, hat sich Polen schroff ablehnend verhalten, und erst als England sich bereit erklärte, Polen im Falle eines Angriffs sofortigen Beistand zu leisten, ist Polen auf die englische Anregung eingegangen *und hat in dem Gefühl der immer stärker werdenden Bedrohung die Bedenken gegen eine ostentativ gegen Deutschland gerichtete Aktion zurückgestellt.*»³⁷²

Tatsächlich hatte Staatssekretär v. Weizsäcker die deutsche Botschaft in Warschau bereits am 5. April, also einen Tag bevor die britisch-polnischen Besprechungen in London ihre Ergebnisse zeitigten, darüber informiert, dass Lipski in den nächsten Tagen noch einmal im Auswärtigen Amt empfangen

³⁷² Aufzeichnung Schliep, 21.4.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34674.

und dabei – unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit Ribbentrop vom 27. März – «etwa Folgendes» zu hören bekommen werde: «Unser Polen gemachtes Angebot sei einmalig gewesen. Die Polnische Regierung habe anscheinend die Bedeutung dieses Angebots nicht ganz erfasst. Wir könnten das nicht ändern. Die Zukunft werde ergeben, ob Polen gut beraten war. Der von Lipski vorgebrachte Gegenvorschlag sei bekanntlich von Reichsaussenminister als Basis für Verhandlungen bereits abgelehnt worden.» Im Anschluss an diese Mitteilung bekam die deutsche Botschaft in Warschau einen Maulkorb verpasst: «Bitte sich dort in materielle Gespräche über deutsches Angebot und polnisches Gegenangebot nicht mehr einzulassen.»³⁷³ Botschafter v. Moltke, der alsbald «in Urlaub» nach Deutschland zu gehen hatte, replizierte postwendend – und zwar ausdrücklich für die angekündigte Unterredung zwischen Weizsäcker und Lipski bestimmt – mit einem Bericht über die polnische Zwangslage, wie sie von Becks Kabinettschef, dem Grafen Lubienski, gerade eben dargelegt worden sei. Die Furcht, dass ein deutscher Angriff auf Polen unmittelbar bevorstehe, so habe Lubienski ausgeführt, sei der Grund für die bündnispolitischen Bemühungen der Westmächte gewesen, «durch die Polen vor einem Angriff geschützt werden sollte». Dennoch und «trotz des gleichzeitig erfolgten deutschen Druckes in der Danziger Frage habe Aussenminister Beck diese englischen und französischen Paktvorschläge zurückgewiesen und habe streng an dem bilateralen Prinzip festgehalten. Wenn Herr Beck sich überhaupt auf die englische Garantieerklärung eingelassen habe, so sei das eine unmittelbare Folge des deutschen Versuchs, Polen durch Druck in Angst zu versetzen.» Im Übrigen habe Beck mit seiner intransigenten Haltung in der Danziger Frage «die deutsch-polnischen Beziehungen gerettet». Hätte er den deutschen Wünschen entsprochen, wäre er zur Demission gezwungen worden. «Durch eine derartige Entwicklung wäre zweifellos eine ausgesprochen deutsch-feindliche Politik in Polen eingeleitet worden, die schliesslich sogar zu einem Bündnis mit der Sowjetunion hätte führen können.» Nach wie vor habe die polnische Regierung den ehrlichen Willen zur Verständigung mit Deutschland, «aber ohne Druckanwendung und bei Aufrechterhaltung der beiderseitigen Unabhängigkeit». Und wenn man heute in Berlin von einer gegen Deutschland gerichteten «Einkreisung» spreche, «so möge man doch auch einmal daran denken, in welchem Ausmasse Polen durch Deutschland im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen eingekreist worden sei»³⁷⁴. Mit ähnlichen Argumenten suchte die polnische Diplomatie in jenen Tagen häufig auf den Berliner Entscheidungsprozess einzuwirken, auch auf dem Umweg über ungarische und italienische Gesprächspartner, von denen man wusste, dass über sie polnische Äusserungen nach Berlin gelangten³⁷⁵. Im Mittel-

³⁷³ ADAP, D, 6, Nr. 159.

³⁷⁴ Ebenda, Nr. 167.

³⁷⁵ AIA, Ap Germania, Arone (it. Vertreter in Warschau) an Ciano, 27.5.1939.

punkt stand dabei meist die – nach polnischer Meinung für deutsche Adressaten besonders wichtige – Versicherung, dass sich Polen unter keinen Umständen auf ein Techtelmechtel mit der Sowjetunion einlassen, «dass Polen keinem sowjetrussischen Soldaten der Land- oder Luftmacht jemals den Eintritt in sein Territorium gestatten werde».³⁷⁶

Aber nach dem Willen Hitlers und Ribbentrops hatten im deutsch-polnischen Verhältnis Diplomatie und Politik ausgedient. Schon am 6. April – immer noch vor der Veröffentlichung des Resultats der Londoner Verhandlungen Becks – musste Weizsäcker dem polnischen Botschafter in der Tat mitteilen, dass «das Angebot des Führers an Polen ein einmaliges gewesen» sei. Lipski machte den Versuch, die polnische Haltung mit der «begreiflichen Nervosität» zu rechtfertigen, die in Polen nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei ausgebrochen sei, und er betonte, dass das deutsche Ultimatum an Litauen die polnischen Besorgnisse naturgemäss noch vermehrt habe. Weizsäcker berichtete dazu: «Ich schnitt Lipski sofort das Wort ab, als er von einem ‚Ultimatum‘ an Litauen sprach, machte seine Ausführungen über Truppenbewegungen anderer – die niemals *gegen* Polen gerichtet waren – lächerlich und erklärte ihm, es wäre mir verständlich gewesen, wenn er – Lipski – sich bei uns jetzt dafür bedankt hätte, dass wir dem heissen Wunsch Warschaws nach einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze kein Hindernis bereitet hätten. Kurzum, ich wies Lipskis Redensarten mit den naheliegenden Argumenten, von oben herab und gelassen zurück, worauf wir uns trennten.»³⁷⁷ Als Aussenminister Beck sich unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London um eine Unterredung mit Botschafter v. Moltke bemühte, wurde ihm am 11. April bedeutet, dass dies derzeit nicht möglich sei, weil sich der Botschafter – ausgerechnet in solch spannungsvollen Tagen – auf Urlaub befinde³⁷⁸, und am 22. April schärfte Weizsäcker den Angehörigen der deutschen Botschaft in Warschau erneut ein, «sich bei etwaigen Gesprächen über die allgemeine politische Lage und über das deutsch-polnische Verhältnis bis auf Weiteres völlig rezeptiv zu verhalten. Auch sonst wird die Botschaft vorläufig nach aussen allgemein grösste Zurückhaltung zu bewahren haben.»³⁷⁹ Die gleiche Instruktion – im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen – ging an sämtliche deutsche Auslandsmissionen³⁸⁰, und in dem Telegramm an die deutsche Botschaft in Warschau sagte Weizsäcker auch, dass Moltke noch ein Weilchen in Deutschland bleiben und zu einer für den 28. April angekündigten Reichstagsrede des «Führers» in Berlin sein werde.

Staatssekretär v. Weizsäcker verfolgte bei der Ausführung derartiger Instruktionen nicht ganz die gleichen Zwecke wie Aussenminister v. Ribben-

³⁷⁶ Kordt, London, an AA, 19.4.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34668.

³⁷⁷ ADAP, D, 6, Nr. 169.

³⁷⁸ Aufzeichnung Schliep, 11.4.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 34656.

³⁷⁹ ADAP, D, 6, Nr. 247.

³⁸⁰ Ebenda, Nr. 159.

trop und Hitler³⁸¹. Der Leiter des Auswärtigen Amts stammte aus einer traditionsreichen Familie des deutschen Bildungsbürgertums, die Pfarrer und Theologen, Gelehrte und Wissenschaftler, doch auch Beamte und Politiker hervorgebracht hatte; sein Vater war von 1906 bis 1918 württembergischer Ministerpräsident gewesen. Ursprünglich Marineoffizier, der im Weltkrieg an der Skagerrak-Schlacht teilgenommen und das Ende des Kaiserreichs als Verbindungsmann der Marine in der Obersten Heeresleitung erlebt hatte, stach er bereits als Soldat durch Realismus, Augenmass und Vernunft hervor, dazu durch die Fähigkeit zu selbständigem Urteil und die moralische Courage, am selbständigen Urteil auch gegen die Meinung der überwältigenden Mehrheit seines Milieus festzuhalten; so hat er in einer Marine, in der dies schon fast als Landesverrat betrachtet wurde, aus seiner – berechtigten – Skepsis gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg kein Hehl gemacht. Solche Eigenschaften, zu denen sich ein diskreter, doch überaus wirksamer Charme gesellte, wuchsen auf dem Nährboden eines Wertesystems, das von tradiertem evangelischen Christentum ebenso bestimmt war wie von der Ethik des klassischen deutschen Humanismus, von soldatischer Dienstgesinnung ebenso wie von einem Patriotismus, in dem auch eine Portion jenes Nationalismus steckte, der das deutsche Bürgertum seit Langem ergriffen hatte. Was ihn, der nach Kriegsende in den Auswärtigen Dienst eingetreten war und die Weimarer Republik auf diversen Auslandsposten vertreten hatte, zentrale Funktionen im nationalsozialistischen Regime akzeptieren liess, erst – ab 1936 – die Leitung der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt und dann – ab Anfang 1938 – die Stelle des Staatssekretärs, war aber offenbar nicht jener Nationalismus, weniger auch persönlicher und sozusagen familiärer Ehrgeiz, der den Aufstieg in hohe Ämter gleichsam als Pflicht ansah. Ausschlaggebend scheint vielmehr ironischerweise gerade ein Wesenszug gewesen zu sein, durch den er sich von vielen seiner Standesgenossen vorteilhaft unterschied, nämlich die Bereitschaft zur Offenheit für moderne Strömungen, d.h., ins Politische übersetzt, eine demokratisch-soziale Ader, die ihn dazu brachte, die Vulgarität und Brutalität der Nationalsozialisten eine Zeitlang zu übersehen und die NS-Bewegung als eine im Kern positive nationale und soziale Kraft des Volkes misszuverstehen, der sich die älteren Eliten nicht versagen dürften. Staatssekretär geworden, erkannte er freilich rasch, dass ihn von Figuren wie Hitler und Ribbentrop Welten trennten, und er verschloss sich auch nicht, wie das die Mehrzahl der aus den alten Führungsschichten kommenden Würdenträger tat, der Einsicht, dass die Führer des Dritten Reiches, gelenkt von abstrusen und verbrecherischen Motiven, gefangen in gefährlichster Stupidität und leichtfertigstem Dilettantismus, geradewegs

³⁸¹ Vgl. R. Blasius, Über London den «grossen Krieg» verhindern. Ernst v. Weizsäckers Aktivitäten im Sommer 1939 in: J. Schmädeke u. P. Steinbach, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985, S. 691 ff.

auf den Krieg zusteuerten, auf den Ruin der deutschen Nation und ganz Europas. Wenn er trotzdem in einem Amt blieb, das ihn faktisch tagtäglich zu einer persönlich und politisch höchst problematischen Komplicenschaft mit seinen nationalsozialistischen Chefs zwang, so leitete ihn dabei die Hoffnung, vielleicht doch auf den Gang der Dinge Einfluss nehmen und vielleicht doch die übelste Konsequenz der Hitlerschen und Ribbentropschen Politik verhindern zu können, den Krieg. Er hatte nicht vergessen, dass der ältere Bruder 1914 in Frankreich gefallen war und dass der Vater den Tod dieses Sohnes nie zu vermeiden vermochte; auch hatte sich ihm tief ins Gedächtnis gegraben, wie oft vom Vater gesagt worden war, dass der Weltkrieg hätte vermieden werden können.

Es war nur natürlich, dass ein Mann wie Weizsäcker in Verbindung mit Widerstandskreisen trat, die sich um seinen ehemaligen Kollegen Ulrich v. Hassell, um Carl Goerdeler und um Ludwig Beck, den im Vorjahr verabschiedeten Generalstabschef, gebildet hatten, und dass sich um ihn selbst oppositionelle jüngere Diplomaten zu gruppieren begannen. In erster Linie aber suchte der Staatssekretär mit den Mitteln auf das Geschehen einzuwirken, die ihm sein Amt bot, also durch diplomatisch-politisches Handeln. Wenn er im direkten Umgang mit Polen die Instruktionen Hitlers und Ribbentrops nun getreulich ausführte und den deutsch-polnischen Gesprächskontakt unterbrach, so leiteten ihn vornehmlich drei Beweggründe. Da Weizsäcker klar erkannte, dass Aussenminister Beck vorerst kaum Möglichkeiten hatte, Deutschland Konzessionen zu machen, hielt er es, wie er Attolico anvertraute, für besser, ein weiteres Hin und Her von deutschen Forderungen und polnischen Zurückweisungen zu vermeiden, das die Situation unweigerlich verschärfen musste und angesichts der Natur Hitlers leicht mit einem plötzlichen Angriffsbefehl an die Wehrmacht enden konnte. Eine Atempause war ihm jedoch vor allem deshalb wichtig, weil er Zeit gewinnen wollte, um über Attolico die italienische und über den in seinem Sinn zuverlässigen Botschaftsrat Theo Kordt, der in London als Stellvertreter des Botschafters Herbert v. Dirksen fungierte, die britische Politik zu beeinflussen. Mussolinis Scheu vor einem grossen europäischen Krieg musste abermals, wie im Vorjahr am Ende der Sudetenkrise, ins Spiel gebracht werden, um Hitler zu bremsen und vom Sprung in den Krieg abzuhalten, während die Briten veranlasst werden sollten, zur Abschreckung Hitlers definitive Klarheit über ihre Entschlossenheit zur Intervention zu schaffen. Allerdings erhoffte sich Weizsäcker von London noch etwas mehr. Im Blick auf den Charakter Hitlers und Ribbentrops stand für ihn fest, dass eine Lösung der Krise ohne Krieg nur dann möglich war, wenn Polen etwas später doch einige Konzessionen machte, und daher hatte man den Briten zu verdeutlichen, dass es ihre Aufgabe sei, Warschau von der – trotz Garantie und Paktversprechen gegebenen – Notwendigkeit der Verständigungs – und das hiess am Ende auch einer gewissen Opferbereitschaft zu überzeugen. Letztere konnte im Übrigen auch durch den Abbruch der deutsch-polnischen Gespräche

gefordert werden, wenn ein zeitweiliges dräuendes Schweigen der deutschen Seite die Polen zermürbte; den Begriff «Zermürbungspolitik» hat der Staatssekretär in jenen Tagen mehrmals gebraucht, so am 29. März in einer Unterredung mit dem Danziger Senatspräsidenten Arthur Greiser, zu dem er andererseits sagte, dass er es nicht für angezeigt halte, «Polen von Danzig her irgendwie zu provozieren». Wenn es solchermassen gelang, dem nationalsozialistischen Führungsgespann einen italienischen und einen britischen Zügel anzulegen, wenn es ferner gelang, die Polen vernünftig zu halten, dann, so kalkulierte Weizsäcker, mochte das Äusserste noch einmal vermieden werden. Freilich ist nicht zu verkennen, dass er sich im Rahmen dieser Konzeption – Produkt einer Verzweigung, in der er die Dynamik nationalsozialistischer Aussenpolitik ebenso unterschätzte wie er die britische Neigung zu einer partiellen Fortsetzung der Appeasement-Politik überschätzte – polnische «Vernunft» schon auch deshalb wünschte, weil seinem versaillesgeschädigten Nationalbewusstsein etliche Ansprüche des deutschen Revisionismus an Polen durchaus berechtigt zu sein schienen.

Hitler und Ribbentrop hingegen verstanden die Beendigung der diplomatischen Auseinandersetzung mit Polen als logische, ja als notwendige Konsequenz ihrer Entscheidung für den Krieg. Nachdem sie beschlossen hatten, Polen im Herbst anzugreifen, weil die mittlerweile für erforderlich gehaltene gänzliche Ausschaltung Polens allein durch Krieg erreicht werden konnte, waren Verhandlungen sinnlos geworden; die angemeldeten Forderungen interessierten ohnehin nicht, da man sie nicht um ihrer selbst willen, sondern lediglich zur politischen Disziplinierung Polens gestellt hatte, die nun als unmöglich gelten musste. Verhandlungen bargen jetzt sogar grosse Gefahren. Es war nicht auszuschliessen, dass die Warschauer Regierung bei einer Fortsetzung der Gespräche Vorschläge präsentierte, die in den Augen der deutschen und der europäischen Öffentlichkeit – jedenfalls vor dem Hintergrund des Kriegsrisikos – plausibel und vernünftig aussahen. Was dann? Man konnte sich nicht darauf einlassen, da man sonst vom Krieg weggedrückt wurde, lehnte man jedoch ab, setzte man sich ins Unrecht! In diesem Sinne wurde der Abbruch des Dialogs denn auch der deutschen Botschaft in Warschau erklärt: «Wir müssen verhindern, dass Polen uns den Ball wieder zurückspielt und dann so manövriert, als hätten wir ein polnisches Angebot unbeachtet gelassen.»³⁸² Auf der anderen Seite durfte aber, namentlich im Hinblick auf die Stimmung in Deutschland, unter keinen Umständen der Eindruck von Verhandlungsunwilligkeit erweckt werden. In diesem Dilemma dachte sich Hitler einen Schachzug aus, der zwar ausserhalb des Deutschen Reiches niemand täuschte, seinen innenpolitischen Zweck jedoch in der Tat weitgehend erfüllte.

Wie am 27. erbeten und bewilligt, wurden die deutschen Geschäftsträger in London und Warschau am 28. April, 12 Uhr mittags, im britischen bzw. polnischen Aussenministerium empfangen, wo sie dann jeweils eine Note der

Reichsregierung überreichten³⁸³. Wurde in der Note an Grossbritannien die britische Regierung einer – natürlich gänzlich unbegründeten – Politik der «Einkreisung» Deutschlands bezichtigt und, darauf gestützt, das deutsch-britische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 gekündigt – womit Hitler den Weg zu der inzwischen beschlossenen Expansion der deutschen Kriegsmarine geöffnet zu haben glaubte –, so hiess es in der Note an Polen, dass auf Grund der polnischen Beteiligung an der britischen Einkreisungspolitik, wie sie in der britisch-polnischen Erklärung vom 6. April zum Ausdruck komme, der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag vom 26. Januar 1934 nicht mehr bestehe. Die Vertragskündigung war in dem Dokument, das die polnische Regierung erhielt, mit der ersten offiziellen Nennung der deutschen Forderungen an Polen verbunden, der aber sofort die Feststellung folgte, Warschau habe den in «freundschaftlichem Geiste» und in «freundschaftlichster Form» gemachten deutschen Vorschlag «glatt» abgelehnt; zuvor schon fand sich die Behauptung, die Reichsregierung müsse der Warschauer Politik entnehmen, «dass die polnische Regierung zur Zeit keinen Wert mehr darauf legt, für deutsch-polnische Fragen die Lösung in direkter freundschaftlicher Auseinandersetzung mit der Deutschen Regierung zu suchen». Mit keiner Silbe war in der Note an Polen die deutsche Erklärung vom 6. April zurückgenommen, dass über die deutschen Forderungen nicht mehr verhandelt werden könne, weil das «Angebot» des «Führers» einmalig gewesen sei und Polen nicht rechtzeitig zugegriffen habe. Der Text lief im Gegenteil darauf hinaus, die politische Funkstille zwischen Berlin und Warschau, die an jenem 6. April mit Weizsäckers mündlicher Unterrichtung des polnischen Botschafters eingetreten war, nun auch schriftlich zu konstatieren, von der Drohung ganz zu schweigen, die Berlin mit der Kündigung des Nichtangriffspakts ausgesprochen hatte. Ans Ende beider Noten war von ihren Autoren jedoch die Versicherung placiert worden, dass die Reichsregierung «zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit» sei, falls die – eben mit rüden und einseitigen Vertragsauflösungen bedachten – Regierungen Grossbritanniens und Polens «Wert darauf legten».

Dass die Überreichung der deutschen Noten am 28. April, 12 Uhr mittags, in Szene gesetzt wurde, hatte seinen Grund darin, dass exakt zu dieser Zeit Adolf Hitler zu einer grossen Rede im Reichstag anhub, mit der er den deutsch-polnischen Konflikt und die davon ausgelöste europäische Krise nicht nur offiziell, sondern erstmals auch öffentlich notifizierte³⁸⁴; bislang waren ja Konflikt und Krise sowohl für die deutsche wie für die europäische Öffentlichkeit noch ohne schärfere Konturen geblieben, da sie sich im Wesentlichen – trotz Chamberlains Erklärungen im Unterhaus und trotz der paar Zwischenfälle auf

³⁸² ADAP, D, 6, Nr. 159.

³⁸³ Ebenda, Nr. 273, 274, 276, 277.

³⁸⁴ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 460, S. 23 ff.

Danziger oder polnischem Territorium – in den Amtszimmern von Ministern und Diplomaten abgespielt hatten. Zwar ist die Rede als Antwort des «Führers» auf eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt angekündigt worden. Roosevelt hatte am 14. April einen Appell an Hitler und Mussolini gerichtet, die Welt von der Furcht vor einem neuen grossen Krieg zu befreien, zu einer Politik friedlicher Ziele und friedlicher Methoden zurückzukehren und – konkreter – eine internationale Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. An einer Stelle der Botschaft verlangte Roosevelt von Hitler und Mussolini die Zusicherung, eine Reihe namentlich genannter Staaten nicht anzugreifen zu wollen. Die Staatenliste war etwas bunt ausgefallen; sie enthielt Finnland und Irland ebenso wie Portugal und Bulgarien, die Türkei ebenso wie den Irak und den Iran³⁸⁵. Mit böser Lust nutzte denn auch Hitler eine solche Gelegenheit, um den ganzen Appell des Präsidenten mit größtem Sarkasmus abzufertigen. Dies war vornehmlich für den innerdeutschen Konsum bestimmt, wemgleich es Hitler wohl auch gar nicht klar gewesen sein dürfte, dass er an der politischen Absicht und der politischen Wirkung des Roosevelt-schen Schrittes ohnehin vorbeiredete; der Präsident verstand derartige Aktionen nicht zuletzt als Elemente einer langwierigen Anstrengung, die Amerikaner aus dem nach wie vor herrschenden Isolationismus herauszuführen. Aber von der Beantwortung der Botschaft Washingtons abgesehen, stellte sich der eigentliche Gehalt der Rede als eine grosse Abrechnung des «Führers» mit der britischen Einkreisungspolitik und mit der polnischen Mitwirkung an den Londoner Anschlägen dar, wobei sich Hitler im Grunde darauf beschränkte, die beiden Noten, die gerade in London und Warschau präsentiert worden waren, ausgiebig zu zitieren und wortreich zu paraphrasieren. Was das direkte deutsch-polnische Verhältnis anging, so liefen seine Worte, wie die der Note an Warschau, darauf hinaus, dass allein schon die polnische Dreistigkeit, auf deutsche Forderungen mit Gegenvorschlägen zu reagieren, einer Verweigerung von Verhandlungen gleichkomme, dass also die polnische Ablehnung seines «einmaligen Vorschlags» – bei dessen Annahme «Polen ... überhaupt kein gebender Teil, sondern nur ein nehmender» gewesen wäre – mit dem polnischen Abbruch der konkreten Verhandlungen über das deutsche ‚Angebot« – dessen einzelne Punkte er zum ersten Mal öffentlich nannte – gleichgesetzt werden müsse. Am Ende, nachdem er die jeweilige Philippika mit der Mitteilung gekrönt hatte, dass das deutsch-britische Flottenabkommen bzw. der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von ihm gekündigt worden sei, sprach auch er, wie die Noten, davon, dass Deutschland nach wie vor zu vertraglichen Regelungen bereit sei, falls die Regierungen Grossbritanniens und Polens

³⁸⁵ ADAP, D, 6, Nr. 200. G. Moltmann, Franklin D. Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung, in: Jahrbuch für Amerikastudien 9 (1964), S. 91-109.

«Wert darauf legen»; er hütete sich dabei, auch nur ein Wörtchen über Zweck und Gegenstand, über Form, Zeit und Ort neuer Verhandlungen zu verlieren.

Für die europäischen Nationen lag die politische Bedeutung der Rede Hitlers naturgemäss in der Kündigung der beiden Verträge, die überall als ein herausforderndes Signal nationalsozialistischer Expansionslust und Kriegsbereitschaft gedeutet wurde, fast schon als eine Art vorgezogene Kriegserklärung; ihre Wirkung bestand mithin in einer fühlbaren Steigerung der internationalen Spannung. Da Hitler dabei zu diesem Zeitpunkt lediglich das erwünschte Anwachsen der Kriegsfurcht registrierte und die Anzeichen für zunehmenden Widerstandswillen noch nicht recht wahrnahm, war er mit dem spannungverschärfenden Effekt seiner Rede sehr zufrieden; einer der Zwecke, den er mit ihr verfolgt hatte, war damit erfüllt. Auch das zweite Ziel hielt er für erreicht. Mit der plumpen Verdrehung der Wahrheit, die seine Rede vom ersten bis zum letzten Wort gewesen war, hatte er ja in erster Linie die eigene Nation täuschen wollen, in deren Augen die Briten und die Polen zu den Schuldigen an der Zuspitzung der Situation, am Näherrücken eines Krieges gestempelt werden sollten, und bis zu einem gewissen Grad war ihm tatsächlich Erfolg beschieden. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung akzeptierte, wenn auch mit mehr oder weniger starken Zweifeln, das gefälschte Alibi, weil in ihr seit etlichen Menschenaltern die Fähigkeit zu realistischem und vernunftorientiertem politischen Denken nur noch schwach entwickelt war, weil sie sich eine nationale Egozentrik anezogen hatte, die gegen fremdes Recht und fremde Argumente weitgehend abstumpfte, weil sie vom NS-Regime gegen Zweifel verstärkende Informationen und Meinungen nahezu vollständig abgeschirmt und von den strikt kontrollierten eigenen Medien ausschliesslich mit Nachrichten und Kommentaren gefüttert wurde, die den Machthabern nützlich und zuträglich dünkten. Selbst im liberalen und weltzugewandten Hamburg, so meldete das dortige polnische Generalkonsulat, habe die Gesellschaft das Organ für das Misstrauen und die Angst der Welt vor Deutschland verloren. Man sehe nur noch die eigenen Ansprüche und Ziele, die man im Falle Polens, auch wenn es fast nirgends Hass gegen Polen gebe, für berechtigt ansehe³⁸⁶; in der Armee herrsche sogar, wie etwa der Konsul in Königsberg zutreffend diagnostizierte, eine gewisse Stimmung für einen polnischen Feldzug, ganz anders als im Vorjahr während der Sudetenkrise³⁸⁷. Jedermann in Deutschland habe Angst vor einem allgemeinen Krieg, berichteten die polnischen Beobachter aus Königsberg so gut wie aus Hamburg oder München, doch sei auf der anderen Seite nicht zu verkennen, dass die leichten Erfolge der letzten Jahre den Deutschen die Köpfe verdreht und ihnen Appetit auf weitere Gewinne gemacht hätten.

³⁸⁶ APA, Generalkonsulat Hamburg, 6.7., 3.8., 22.8.1939.

³⁸⁷ Szembek-Tagebuch, S. 476.

Zudem seien die meisten Deutschen, auch wenn sie die Verantwortung für die entstandene Kriegsgefahr nicht mehr der eigenen Regierung, sondern allen möglichen fremden Mächten zuschrieben, paradoxerweise davon überzeugt, dass es dem politischen Genie des «Führers» gelingen werde, auch den deutsch-polnischen Konflikt mit einem friedlich errungenen Erfolg oder doch mit einem lokalisierten deutsch-polnischen Feldzug zu beenden³⁸⁸. Alles zusammen, so konstatierte Prinz Stefan Lubomirski, Botschaftsrat an der polnischen Mission in Berlin, resigniert, garantiere jedenfalls, dass die deutsche Gesellschaft auch im Kriegsfall zunächst loyal zum Regime stehen und allen Befehlen der Regierung gehorchen werde; das gelte selbst für die Generalität, obschon den Militärs klar sei, dass Danzig einen blossen Vorwand darstelle, hinter dem sich ein grosser Eroberungsplan verberge³⁸⁹.

Warschau reagierte indes auf Hitlers Kündigung des Nichtangriffspakts in einer Weise, die Polen viele der im Herbst 1938 verlorenen Sympathien zurückgewann. Zur Unterstreichung der polnischen Gleichberechtigung duplizierte Beck exakt das deutsche Ritual, indem er die polnische Antwort ebenfalls in Form einer Note und einer grossen Rede im Parlament gab, indem er ferner die Überreichung der Note am 5. Mai ebenfalls mit einer seiner seltenen Parlamentsreden zeitlich nahezu zusammenfallen liess³⁹⁰. In der Note wie im Sejm spiesste Beck einige der Hitlerschen Verdrehungen und Verschleierungen auf, vor allem aber legte er ohne Aufgeregtheit dar, dass und warum die deutschen Forderungen polnische Interessen verletzen und die polnische Unabhängigkeit gefährdeten, dass und warum sie also unannehmbar seien; dazu zeigte er – was nicht schwierig war –, dass Hitler unter «Verhandlungen» offensichtlich eine Prozedur verstand, bei der die deutsche Seite ihre Forderungen stellte und die andere Seite sich glücklich schätzte, sofort annehmen und erfüllen zu dürfen. Im Übrigen hob er beziehungsweise die politische Bedeutung der britisch-polnischen Vereinbarung vom 6. April wie die der gleichartigen französisch-polnischen Verbindung hervor, und an die Adresse Moskaus war die Anspielung gerichtet, Deutschland habe Polen erfolglos zu einem gemeinsamen Raubzug gegen die Sowjetunion eingeladen: In den deutsch-polnischen Besprechungen, so sagte er, «wurde auch noch anderes angedeutet, das weit über den Rahmen der zur Behandlung stehenden Fragen hinausging. Ich behalte mir vor, nötigenfalls auf diesen Punkt zurückzukommen.» Am Ende der Note kam – wiederum in genauer Entsprechung zum deutschen Vorgehen – die Bemerkung, dass Polen bei Respektierung seiner Gleichberechtigung selbstverständlich nach wie vor zu einer vertraglichen Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen bereit sei, «falls die Deutsche Regierung Wert darauf

³⁸⁸ APA, Generalkonsulat München, 27.3.1939; Generalkonsulat Hamburg, 6.7.1939.

³⁸⁹ Szembek-Tagebuch, S. 671.

³⁹⁰ Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 77, 78.

legt». Beck schloss mit den Sätzen: «Der Friede ist eine kostbare und erwünschte Sache. Unsere durch den Krieg in Blut getauchte Generation verdient sicherlich eine Periode des Friedens. Doch der Frieden, wie fast alles in dieser Welt, hat einen hohen, aber doch abschätzbaren Preis. Den Begriff des Friedens um jeden Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: die Ehre!»

Der Aussenminister hatte seinen Landsleuten aus dem Herzen gesprochen. Immer wieder war er während seiner Rede vom Beifall der Abgeordneten unterbrochen worden, auf der Rückfahrt vom Sejm zum Ministerium jubelten ihm zahllose Warschauer zu, die der Rundfunkübertragung an den allenthalben aufgestellten öffentlichen Lautsprechern oder am eigenen Gerät zugehört hatten, und im Ministerium überreichte ihm eine Deputation seiner versammelten Mitarbeiter einen Strauss roter Rosen, dazu einen Stapel der aus allen Teilen des Landes bereits eingelaufenen Glückwunschtelegramme. Auch Diplomaten und Politiker anderer Staaten, namentlich der Westmächte, meldeten sich alsbald mit Anerkennung und Zustimmung. Dem Sejm war in der Tat ein grosser Tag beschieden gewesen: Beck hatte gegenüber den deutschen Drohgebärden Festigkeit gezeigt, die Verlässlichkeit Polens als Bundesgenosse der Westmächte erwiesen und mit der an Moskau gerichteten Warnung vor Deutschland dem Anschein nach auch das gerade eröffnete französisch-britische Werben um die Sowjetunion erleichtert. Der Mann, der für die polnische Komplizenschaft bei Hitlers Aktion gegen die Tschechoslowakei verantwortlich zeichnete und von vielen noch nicht als absolut zuverlässiger Partner gegen das nationalsozialistische Deutschland angesehen worden war, hatte sich selbst und sein Land endgültig rehabilitiert und damit die westliche Unterstützungsbereitschaft noch um ein Jota sicherer gemacht.

Beck selbst sah freilich keinen Grund zu Gratulationen. In sein Arbeitszimmer zurückgekehrt, machte er seinem Unmut über den nach seiner Ansicht völlig deplacierten Enthusiasmus seiner Landsleute Luft, indem er die Rosen und die Depeschen, die er bekommen hatte, böse misshandelte³⁹¹. Zu deutlich stand ihm vor Augen, dass Pilsudskis Politik der direkten Verständigung mit Deutschland, als deren Exekutor er sich betrachtet hatte, gescheitert und seine Rede das Eingeständnis des Scheiterns gewesen war. Zu genau wusste er ferner, dass die öffentliche Festlegung Polens auf Widerstand gegen Deutschland, die er nach der Rede Hitlers für so richtig, notwendig und unvermeidlich hielt wie den Widerstand selbst, als das Verbrennen der Schiffe verstanden werden musste und Polen nun endgültig einen überaus riskanten Weg in eine Zukunft

³⁹¹ Schimitzek, S. 450.

voll unbekannter Gefahren betrat. Fünf Tage nach seiner Rede im Sejm schrieb er dem polnischen Botschafter in Rom, seinem alten Freund Boleslaw Wieniawa-Dlugoszewski, einen Privatbrief, in dem er seine in den Grundzügen ja ganz einfache Politik noch klarer und präziser umreissen konnte als in öffentlicher Rede. Schon bei seiner letzten Unterredung mit Hitler, am 6. Januar in Berchtesgaden, habe er, so berichtete er dem Freund in Rom, eine gefährliche Veränderung an «diesem Menschen bemerkt, den ich auf Grund von – überdies konkreten – Beweisen seit 1934 für ein in Deutschland seltenes Beispiel der Vernunft in der Aussenpolitik zu halten Grund hatte». Allzu einfache Erfolge, die der Indolenz und Entscheidungsschwäche seiner grossen und kleinen Gegenspieler zuzuschreiben gewesen seien, hätten «diesen Menschen, mit dem man sich noch vor einem Jahr vernünftig über die europäische Politik unterhielt», in einen Zustand versetzt, «der unsere Interessen bereits direkt bedrohte». Hitler habe «das Mass verloren». Er, Beck, habe daher «nach schwerem innerem Ringen» die Entscheidung getroffen, die polnische «Politik von der Linie einer vernünftigen Verständigung mit diesem Nachbarn auf die Linie der réassurance zu verlagern». Anfänglich sei von ihm die Möglichkeit einer «Rückversicherung» innerhalb der «Achse» erwogen worden, doch habe Graf Ciano, als er sich im Februar in Warschau aufhielt, «nicht gezogen». Also Rückversicherung bei den Westmächten: Während seines Besuchs in England sei ihm aufgefallen, dass sich dort die Einstellung radikal gewandelt habe und nun – so ist der Satz wohl zu ergänzen – nach dem Ende von Appeasement Polens Anlehnung an die Westmächte erlaube. Auch der «Kommandant» habe einst vorhergesehen, dass aus den «ungesunden Romanzen mit den Deutschen» – dies die Worte Pilsudskis – Schwierigkeiten resultieren würden, doch andererseits geglaubt, «dass wir keine vernünftige Beziehung mit den westlichen Staaten erreichen, wenn wir nicht – wenigstens eine Zeitlang – eine eigene deutsch-polnische Politik verfolgen». So sei es ja nun gekommen, implizierte der Schüler des «Kommandanten» und sagte ferner: «Auf den Garantievorschlag antwortete ich mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit, weil ich glaube, dass es für uns trotz unserer Armut und Schwäche keine mittleren Lösungen geben kann. Entweder ziehen wir unseren Staat zur Grossmachtstellung hoch oder wir werden – so oder so, nolens volens – zu irgendeiner Slowakei oder etwas Ähnlichem. Du wirst verstehen, dass ich – gemäss den Regeln der Schule, aus der wir beide stammen – die erste Lösung versucht habe.» Der öffentlichen Meinung in Polen gefalle die Wendung zu einer Politik der Rückversicherung «sogar allzu gut – ich persönlich bin mir des Risikos dieser Entscheidung bewusst». Doch obwohl er das Risiko kenne, habe er sich entschliessen müssen, den Polen geltenden Plänen der deutschen Politik den Weg zu verlegen. Die äussere wie die innere Lage Polens könne sich mithin noch verschärfen. Daher sei es möglich, dass er die Regierung übernehmen werde, aber ebenso möglich sei es, so schloss der ehemalige Oberst im Generalstab,

dass er dann die von ihm geforderte Mobilmachungsstelle übernehme, nämlich den Befehl über eine Kavalleriebrigade³⁹².

Drei Wochen später – und acht Tage nachdem Hitler in der Reichskanzlei seinen Militärs noch einmal die Notwendigkeit eines grossen Eroberungskrieges eingehämmert hatte – kamen sogar Augenblicke des Schwankens. Am 30. Mai besprach Beck die Situation mit dem Grafen Szembek. Im Laufe des Gesprächs sagte der Aussenminister, dass der Botschafter in Berlin, Lipski, mit den Nerven am Ende und amtsmüde sei. Er, Beck, trage sich mit dem Gedanken, Szembek nach Berlin zu schicken. Man müsse nämlich, obgleich es so aussehe, als ob man mit Deutschland nicht Zusammenleben könne, doch noch versuchen, einen vernünftigen Kompromiss zu finden. Es gebe kleine Anzeichen, dass die Deutschen wieder mit Warschau reden wollten. Sicher: «Wenn es sein muss, gehen wir in den Krieg.» Aber müsse es wirklich sein? Die Deutschen seien sich doch bewusst, dass sie, wenn sie ganz Polen besetzten, auf die Sowjets stossen würden und die komplette Rote Armee gegen sich hätten. Schliesslich habe er, Beck, den Einflüsterungen der Nationaldemokraten und Englands und Frankreichs nicht nachgegeben und kein Bündnis mit der Sowjetunion geschlossen. Auf den Einwand Szembeks, dass man ihm doch nachsage, zu deutschfreundlich und zu nachgiebig zu sein, erwiderte Beck, dass es ihm nicht darum gehe, nach Berlin jemand zu schicken, der als besonders kämpferisch gelte. Schliesslich wolle er einen Kompromiss. Ein zweiter Weltkrieg in so kurzer Zeit sei einfach zuviel, und «es muss alles getan werden, dass das nicht geschieht». «Wenn ich Lipski abberufe, werde ich um das Agrément für Sie bitten.»³⁹³

Aber Lipski blieb auf seinem Posten. Becks Unsicherheit war doch nur die Sache von ein oder zwei Tagen. Die entscheidenden Orientierungspunkte seines Kurses hatten sich ohnehin nie geändert, und alsbald kehrte er auch wieder zu der am 5. Mai eingenommenen Haltung zurück, die eine Mitte Mai ergangene Weisung dahin zusammenfasste, dass die Klärung der deutsch-polnischen Probleme nun, nachdem Polen seine Verhandlungsbereitschaft bekundet habe, von der Reichsregierung ausgehen müsse. Statt in Berlin um gut Wetter zu bitten, bemühte sich die polnische Diplomatie vielmehr darum, überall in Europa Sympathien für Polen, Verständnis für die polnische Politik und die Neigung zur Unterstützung Warschaus zu wecken. Noch im Juni übermittelte Becks Stellvertreter Arcziszewski den diplomatischen Vertretungen Polens einen Erlass des Ministeriums, der für diesen Werbefeldzug Argumentationshilfen bot, jedoch zugleich recht treffend die mittlerweile in Warschau herrschend gewordene Auffassung wiedergab. Wie 1913/14 habe man es heute, so wurde in der Instruktion gesagt, mit deutschem Hegemonialstreben zu tun. Der

³⁹² Vgl. Anm. 81.

³⁹³ Szembek-Tagebuch, S. 615,617.

Hitlerismus sei nur eine Spielart der Bedrohung, die das amoralisch gewordene Deutschland seit seiner 1870/71 eingeleiteten Verpreussung für Europa und die Welt darstelle. Die Beraubung der Ostvölker sei Bedingung des deutschen Sieges im Westen und im Süden. Polen habe im Frühjahr sein historisches «Nein» Deutschland entgegengesetzt, ohne sich der Hilfe anderer zu vergewissern. Wer aber jetzt nicht an die Seite Polens trete, der akzeptiere die deutsche Hegemonie. Das Schicksal Polens entscheide auch über das Schicksal der baltischen Staaten, Ungarns usw. Selbst die skandinavische Neutralität werde unhaltbar, wenn man Deutschland nachgebe, und für Frankreich und England entstünden grosse Gefahren. «Im Zuge von Kriegs Vorbereitungen und der Verwirklichung des Parteiprogramms unterscheiden sich die Lebensformen im zeitgenössischen Deutschland immer weniger von denen in der Sowjetunion.» Deutschland stehe daher heute gegen Individualismus, Geist, Freiheit und Christentum. Die Sowjetunion sei schwach, schwächer als 1914 das zaristische Russland; sie werde, weil nur zur Defensive fähig, zunächst passiv bleiben und erst am Vorabend des Friedensschlusses auf dem Plan erscheinen. Die Verteidigungslinien des Westens seien also die Grenzen Polens, Ungarns etc. Allein die Existenz Polens garantiere die Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten: «Fällt Polen, fallen sie auch!»³⁹⁴

Dass Hitler und Ribbentrop das politische Gespräch zwischen Berlin und Warschau unterbrachen, diene jedoch nicht nur dem Zweck, Verhandlungen aus dem Wege zu gehen, die nun als unangenehme Behinderung der eigenen Pläne empfunden wurden, weil sie die Reichsregierung in die Nähe eines in den Augen der internationalen wie der deutschen Öffentlichkeit plausiblen deutsch-polnischen Kompromisses in der Danzig- und der Korridor-Frage zu führen drohten. Wie ihre Rezepte zur Provozierung Unrecht schaffender anti-deutscher Reaktionen der Warschauer Regierung und der polnischen Bevölkerung zeigten, hatten die Häupter der Berliner Kriegspartei den Entschluss, Polen militärisch niederzuwerfen, naturgemäss mit der Überlegung verbunden, dass es im Grunde notwendig und jedenfalls höchst wünschenswert sei, einem Feldzug in Polen Störungen im Westen fernzuhalten, d.h. zumindest für die Dauer der Beseitigung des potentiellen Gefahrenherds im Osten jetzt wiederum irgendwie die politische und militärische Passivität der Westmächte zu sichern. Es lag auf der Hand, dass dafür die Reizung Polens zu übermässig scharfen Antworten auf die deutschen Vorbereitungen nicht genügte. Solche Züge der deutschen Taktik bedurften der Ergänzung durch weitere Elemente, und als eines der zusätzlichen Elemente begriffen Hitler und Ribbentrop die vorübergehende Suspendierung deutsch-polnischer Verhandlungen. Wahrte die deutsche Regierung – bis zu den Tagen kurz vor dem deutschen Angriff – ein ominöses Schweigen, was die eben ausgesprochenen Forderungen an War-

³⁹⁴ APA, Konsulat Königsberg, Arciszewski an poln. Missionen, 28.6.1939.

schau anging, während gleichzeitig durch die Zuspitzung der Lage in Danzig und durch die Häufung von Zwischenfällen in Polen selbst die Spannung zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbarn ständig stieg, dann, so kalkulierten der «Führer» und sein Aussenminister, mussten Kriegsangst und Friedensneigung in Grossbritannien und Frankreich derart zunehmen, dass am Ende Lähmung eintrat. Auch Hitler und Ribbentrop verstanden also das plötzliche Verstummen gegenüber Warschau als Bestandteil einer Politik der «Zermürbung», nur dass sie nicht, wie Staatssekretär v. Weizsäcker, Polen, sondern die Kabinette und die Bevölkerung der Westmächte zermürben wollten. Die Grundgedanken dieser Nervenkriegs-Strategie setzte Ribbentrop, als er am 5. und 6. Mai seinen italienischen Kollegen in Mailand traf, dem Grafen Ciano mit der Miene eines Mannes auseinander, der den Schlüssel zum Sieg – hier zum politischen Sieg – in der Tasche hat. Bereits jetzt, so konstatierte er triumphierend, seien in England und Frankreich «Zeichen von Ermüdung» gegenüber dem polnischen Problem zu beobachten; es stehe fest, dass in einigen Monaten, wenn die Frage reif geworden sei, kein Engländer und kein Franzose für Polen marschieren werde³⁹⁵. Im weiteren Verlauf des Frühjahrs und Sommers 1939 registrierte es daher Ribbentrop auch mit tiefer Genugtuung – und in extremer Verkennung der tatsächlichen Stimmungsentwicklung in Westeuropa –, wenn in Grossbritannien und Frankreich, ausgelöst durch Gerüchte über unmittelbar bevorstehende dramatische Aktionen des Deutschen Reiches, immer wieder Wellen der Aufregung aufschäumten und abebbten³⁹⁶.

Als der Reichsaussenminister in Mailand mit dem Grafen Ciano konferierte, war er allerdings gerade im Begriff, ein weiteres und doch noch zuverlässiger scheinendes Mittel zur Isolierung des Angriffsobjekts zusammenzubrauen. Den britischen Versuchen, gegen die deutsche Kriegs- und Eroberungslust eine diplomatisch-politische Abschreckungsfront aufzubauen, musste mit Stärkerem begegnet werden als mit der Provokation Polens und dem Spiel auf westeuropäischen Nerven. Wie Goebbels am 15. April in sein Tagebuch schrieb: «London arbeitet weiter an der Einkreisung. Man spricht vom bevorstehenden Krieg mit uns. Abenteuer. Wir müssen aber auf der Hut sein. Dieser altersschwachen Demokratie ist doch noch ... Nervenstärke zuzutrauen.»³⁹⁷ Sollte Grossbritannien und Frankreich überzeugend dargetan werden, dass sie besser daran täten, dem Einfall der deutschen Armeen in Polen tatenlos zuzuschauen, schien neben allem anderen schon auch eine reale Veränderung der Machtlage in Europa notwendig, und das in demonstrativster und propagandistisch wirksamster Form. Freilich war das politische Arsenal der Berliner Machthaber im Frühjahr 1939 nahezu leer. Im Grunde hatten sie nur eine Mög-

³⁹⁵ AIA, Ap Germania, Ciano an Mussolini, 7.5.1939.

³⁹⁶ Ebenda, Attolico an Ciano, 7.7.1939.

³⁹⁷ Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, S. 594.

lichkeit, nämlich die seit dem Münchner Abkommen unternommenen Anstrengungen zur Umwandlung des Antikominternpakts in ein Militärbündnis zu intensivieren und endlich erfolgreich abzuschliessen. Da einerseits in Japan nach wie vor – trotz des deutschen Machtgewinns vom März – keine Fortschritte verzeichnet werden konnten, am 4. Mai aus Tokio sogar eine vorläufige Absage in Berlin und Rom einlief³⁹⁸, andererseits aber die gewandelte europäische Situation und die aus dem Entschluss zum Überfall auf Polen resultierende Eilbedürftigkeit dringend nach Aktion verlangten, kamen Hitler und Ribbentrop zu dem Schluss, dass ihnen im Augenblick nichts anderes übrigbleibe, als auf die optimale Allianz, den Dreierpakt, zu verzichten und sich vorerst mit der zweitbesten Lösung zu begnügen, einem deutsch-italienischen Militärbündnis. So kam bereits am 15. April Göring zu einem zweitägigen Besuch nach Rom, um in einigen längeren Unterredungen mit dem Duce zu sondieren, ob dieser noch immer bereit war, sich tatsächlich auf den Ausbau der «Achse» zu einem Militärpakt einzulassen³⁹⁹.

Wohl hatten Mussolini und Ciano in den ersten Monaten des Jahres 1939 mehrmals zu erkennen gegeben, dass sie es angesichts der japanischen Zögerlichkeit für das Beste hielten, zunächst eben nur ein – in Europa ja fast ebenso effektives – Zweierbündnis zwischen Italien und Deutschland abzuschliessen. Doch war selbst Hitler und seinen Gehilfen, die fremde Empfindungen und Empfindlichkeiten bloss noch undeutlich wahrnahmen, nicht verborgen geblieben, dass die endgültige Zerstörung der Tschechoslowakei und die Annexion Böhmens und Mährens durch das Deutsche Reich die italienischen Freunde tief verstimmt hatten. Ohne seinem Achsenpartner vorher auch nur eine Silbe zu sagen – ganz zu schweigen von Konsultation –, hatte Hitler gleich zwei internationale Vereinbarungen gebrochen und in historischen Müll verwandelt, an deren Entstehung Italien massgeblich beteiligt gewesen war und an deren zumindest längerfristiger Existenz italienisches Prestige hing: das Münchner Abkommen vom 29. September und den Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938. Bernardo Attolico, der italienische Botschafter in Berlin, dem die Deutschen keine Chance gegeben hatten, seine Regierung rechtzeitig zu informieren, fühlte sich persönlich hinters Licht geführt und gegenüber seinen römischen Vorgesetzten in eine peinliche Lage gebracht. In bitteren Berichten machte er seinem Zorn über die deutsche Hinterlist Luft, wobei er den Hinweis nicht unterdrückte, dass es in Berlin «nicht einen Diplomaten mehr gibt, der noch Vertrauen in Versicherungen des Führers setzt». Ebenso scharf geisselte er die Demütigung Italiens, die bereits zur definitiven Liquidierung des italienischen Einflusses in Budapest geführt habe, wo das nationalsozialistische Deutschland nun als der alleinige Wohltäter Ungarns

³⁹⁸ AIA, Ap Germania, Auriti (Tokio) an Mussolini, 4.5.1939.

³⁹⁹ ADAP, D, 6, Nr. 205, 211.

gelte. Auch machte Attolico darauf aufmerksam, dass es nach dem Prager Coup höchste Zeit sei, die Deutschen, die ständig von ihrer Bescheidenheit auf Osteuropa redeten, nach ihren wahren Absichten in Südosteuropa zu fragen, wo Italien Interessen zu verteidigen habe: Richtete sich z.B. die deutsche Beherrlichkeit inzwischen nicht doch auch schon auf Kroatien? Sollte am Ende für Italien nur «das Wasser des Mittelmeers» bleiben⁴⁰⁰?

In Rom selbst waren Mussolini und Ciano nicht weniger verärgert und besorgt. Hitler goss noch Öl ins Feuer, indem er es tatsächlich fertigbrachte, den italienischen Freunden die offizielle Begründung für die Erledigung der Tschechoslowakei aufzutischen. Wie bei der Annexion Österreichs schickte Hitler den Prinzen Philipp von Hessen, Schwiegersohn des italienischen Königs, mit der Botschaft zu Mussolini, er, Hitler, sei zum Handeln gezwungen gewesen, weil die Tschechen ihre Armee nicht reduziert, auch noch nach München Kontakte zu Moskau unterhalten und die deutsche Minderheit misshandelt hätten. «Diese Vorwände», so wettete Ciano, «taugen vielleicht für die Propaganda von Goebbels, wenn man aber mit uns spricht, sollte man uns solches Geschwätz ersparen.»⁴⁰¹ Mussolini wünschte der Presse die Mission des Prinzen vorzuenthalten. «Die Italiener würden mich ja auslachen», sagte er, «Jedes Mal, wenn Hitler ein Land besetzt, sendet er mir eine Botschaft»⁴⁰². Graf Ciano liess denn auch Mackensen, den deutschen Botschafter in Rom, in unmissverständlichen und nur eben noch höflichen Worten wissen, dass sich Italien zwar nolens volens an der CSR desinteressiere, jedoch zu einer ähnlichen Tolerierung deutscher Aktivitäten nicht mehr imstande sei, wenn es um Kroatien gehe⁴⁰³, und einige Wochen lang sah es so aus, als wollten die faschistischen Führer den Rat Attolicos beherzigen, der am 18. März eine ausführliche Stellungnahme zu den Prager Ereignissen mit der Mahnung geschlossen hatte, ehe man die Bindungen der «Achse» zu einer deutsch-italienischen Militärallianz fortentwickle, gelte es, die absolute Gleichheit der Rechte und Pflichten der beiden Partner zu sichern; namentlich müsse das elementarste Recht garantiert sein, nämlich das Recht auf Information und Konsultation⁴⁰⁴. Am 31. März hat Attolico, der zuvor in Rom gewesen war und nun im Namen des Duce zu sprechen vermochte, seinen Freund Weizsäcker in aller Form – und sicherlich nicht ohne Befriedigung – über die böse Stimmung in Rom unterrichtet⁴⁰⁵.

Hitler und Ribbentrop beeilten sich, den Italienern das deutsche Desinteresse an Kroatien zu erklären und die generelle italienische Angst vor einem Streben Deutschlands nach dem politischen und wirtschaftlichen Übergewicht

⁴⁰⁰ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 14.3.1939, 18.3.1939.

⁴⁰¹ Graf Ciano, Tagebücher 1939-1943, Bem 1947, S. 52 ff.

⁴⁰² Ebenda.

⁴⁰³ ADAP, D, 6, Nr. 15.

⁴⁰⁴ Vgl. Anm. 400.

⁴⁰⁵ ADAP, D, 6, Nr. 140.

in Südosteuropa als gänzlich unbegründet hinzustellen; der Reichsaussenminister schrieb Ciano noch am 20. März einen beruhigenden Brief⁴⁰⁶, und Mitte April gab sich auch Göring, als er nach Rom kam, grosse Mühe, den Duce im Namen des «Führers» davon zu überzeugen, dass Deutschland «die Südost-räume nicht für sich allein beanspruche»⁴⁰⁷. Indes hatten Mussolini und Ciano, als sie Göring empfingen, ihre Aufregung längst überwunden und sich inzwischen zu der Ansicht bekehrt, dass jene Gründe, die vor Hitlers Prager Coup einen deutsch-italienischen Militärpakt als wünschenswert, ja als unentbehrliches Kernstück der künftigen italienischen Aussenpolitik hatten erscheinen lassen, allesamt noch in Kraft seien und trotz des schlechten Benehmens der deutschen Partner nicht ignoriert werden dürften. Hätte eine alternative Politik nicht den Abschied von einer weiteren Verfolgung des mediterranen Imperialismus bedeutet? Gerade angesichts der Erfolge des nationalsozialistischen Deutschland waren die faschistischen Führer Italiens aber zu einem solchen Abschied weniger denn je bereit. Tatsächlich hatten sie, als sie am 7. und 8. April eine seit Langem gehegte Absicht realisierten und Albanien besetzen liessen, auf die Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» schon in einer Weise reagiert, die den Gegensatz zu den Westmächten, namentlich zu Frankreich, erheblich verschärfte und damit das faschistische Italien noch fester als bisher an Deutschland fesselte. Am 13. April garantierten Grossbritannien und Frankreich die Unabhängigkeit Rumäniens und Griechenlands. Mit Recht verstand man das in Rom als ein Signal, das keineswegs allein für Berlin bestimmt war, sondern nicht zuletzt dem faschistischen Italien bedeuten sollte, dass weitere Anschläge gegen den Status quo im adriatischen, ägäischen und mediterranen Raum auf Widerstand stossen würden; zumindest musste jetzt eine höchst unbequeme Verstärkung der politischen Präsenz der Westmächte in Südosteuropa ins Kalkül gezogen werden. Gegen beides schien nur die Allianz mit Deutschland zu bleiben, zumal die britische Diplomatie auch in Ankara eine lebhaftige Tätigkeit entfaltete, womit das gegen die deutschen und die italienischen Aspirationen gerichtete System auch noch durch den Einbau der Türkei gefestigt zu werden drohte. Mussolini und Ciano war durchaus klar, dass die faktische Abhängigkeit Italiens vom kräftigeren nördlichen Partner noch zunehmen musste, wenn sie solchermassen die Alternativlosigkeit faschistischer Aussenpolitik fatalistisch akzeptierten, doch war es paradoxerweise gerade ihre Entschlossenheit, trotz der faktischen Abhängigkeit die politische Gleichberechtigung Italiens mit Deutschland zurückzugewinnen und zu behaupten, die für sie die Aussicht auf einen deutsch-italienischen Militärpakt endgültig unwiderstehlich machte. Allein im Rahmen einer derart festen und engen Allianz konnte es gelingen, so begannen sie sich einzureden, nein,

⁴⁰⁶ Ebenda, Nr. 55.

⁴⁰⁷ Ebenda, Nr. 205.

im Rahmen einer derart festen und engen Allianz musste es doch gelingen, so gaukelten sie sich alsbald vor, die gleichberechtigte Mitsprache Italiens in der «Achse» und italienischen Einfluss auf die Berliner Politik zu sichern⁴⁰⁸. Und die Schaffung von Handhaben zur Kontrolle der Nationalsozialisten gewann plötzlich Dringlichkeit. In den letzten Märztagen und den beiden ersten Aprilwochen machten zwischen den diplomatischen Missionen und den Staatskanzleien Europas Gerüchte die Runde, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis rapide verschlechtere, und die Italiener waren realistisch genug, um nicht einen Augenblick daran zu zweifeln, dass eine deutsche Aktion gegen Polen – noch dazu so rasch nach dem Prager Streich – die Intervention der Westmächte provozieren und damit jenen allgemeinen europäischen Krieg auslösen würde, den Italien unter allen Umständen vermeiden musste. Am 14. April, einen Tag vor der Ankunft Görings in Rom und vier Tage vor Attolicos erstem – von Weizsäcker inspirierten – Alarmbericht über Hitlers Polenpläne, lud Graf Ciano Reichsaussenminister v. Ribbentrop zu einer «baldigen Aussprache» nach Italien ein⁴⁰⁹.

Aus der «Aussprache» der Minister, die schliesslich am 6. und 7. Mai in Mailand stattfand, entwickelte sich dann ein Lehrstück in totalitärer Aussenpolitik und Diplomatie, d.h. beide Seiten lieferten eindrucksvolle Illustrationen zu jenem politischen Gesetz, das da besagt, dass totalitäre Regime ihrem Wesen nach, weil sie auch auf internationalem Felde totalen Egoismus praktizieren und nach der totalen Macht trachten, allianzfähig sind, ohne dass dies ihren Führern bewusst sein muss. Zwar bereitete der Abschluss eines Militärpakts, da ihn nun sowohl Hitler wie Mussolini wünschten, nicht mehr die geringsten Schwierigkeiten. Bereits am 22. Mai durften Ciano und Ribbentrop den fertigen Vertrag in Berlin unterzeichnen, einen Vertrag überdies, der die zwei Mächte dem Anschein nach auf Gedeih und Verderb aneinanderband und daher die von den Propagandisten der «Achse» erfundene Bezeichnung «Stahl-Pakt» offenbar verdiente. Dem Text zufolge hatte sich jeder Partner in der Tat vorbehaltlos dazu verpflichtet, dem anderen unverzüglich militärisch zu Hilfe zu kommen, falls dieser Krieg führen sollte, gleichgültig ob gegen einen einzigen Feind oder gegen eine feindliche Koalition, ebenso gleichgültig ob es sich dabei um einen Verteidigungs- oder um einen Angriffskrieg handelte⁴¹⁰. In Wahrheit musste jedoch der «Stahl-Pakt», verstand ihn Mussolini im deutschen Sinne und nahm er folglich den Text ernst, für Italien so gefährlich sein, dass ein derartiges Verständnis des Vertrags der italienischen Seite von vornherein schlechthin unmöglich war und mithin niemand in Rom auch nur eine Sekunde lang ernstlich daran denken konnte, die eingegangene Ver-

⁴⁰⁸ Siebert, Der deutsch-italienische Stahlpakt, S. 376 f.

⁴⁰⁹ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 14.4.1939.

⁴¹⁰ RGBI, 1939, II, S. 826ff.

pflichtung im entscheidenden Augenblick tatsächlich zu honorieren. Wenn aber der Vertrag für Italien praktisch unerfüllbar war, hatten auf der anderen Seite Hitler und Ribbentrop unausweichlich den Moment vor sich, in dem sie entdecken mussten, dass ihnen der «Stahl-Pakt» nicht den geringsten Nutzen brachte, dass die Gestalt, die sie der Welt und sich selbst als furchterregenden Krieger präsentiert hatten, nicht einmal zur Vogelscheuche taugte. Es sollte lediglich ein Vierteljahr dauern, bis sich die wahre Natur des «Stahl-Pakts» herausstellte, bis Mussolini und Ciano als Vertragsbrüchige Schufte dastanden und – an ihrem eigenen Wertekanon gemessen – als verächtliche Schwächlinge obendrein, Hitler und Ribbentrop hingegen als mit Fug und Recht betrogene Betrüger. Schon bei der Unterzeichnung des Vertrags hatten indes die Partner die Problematik ihrer Verbindung zumindest geahnt. Eben deshalb glaubte ja jeder, den anderen in den Pakt förmlich locken zu müssen, indem er die Wahrheit über die eigenen Motive und Absichten so dicht einwickelte, dass sie nahezu unkenntlich wurde, und indem er daneben etliche ausgewachsene Lügen servierte. Doch hatten sich Deutsche wie Italiener nur allzu erfolgreich die Vorstellung suggeriert, dass die Fortsetzung der nationalsozialistischen und der faschistischen Expansionspolitik ein nationalsozialistisch-faschistisches Militärbündnis erfordere, und so zogen es Deutsche wie Italiener vor, die wohlverpackten Wahrheiten der anderen Seite zu ignorieren und sich – im Grunde wider besseres Wissen – an die faustdicken Lügen zu halten.

Am 22. Mai, als Ribbentrop und Ciano mit der Unterzeichnung des «Stahl-Pakts» «unzweideutig», wie Ciano dazu erklärte, «die vollkommene politische und militärische Solidarität Deutschlands und Italiens festlegten»⁴¹¹, war den Italienern, obwohl sie von ihren Berliner Freunden noch kein offizielles Wort über die deutschen Polenpläne gehört hatten, einerseits durchaus klar, dass Hitler Polen ins Visier genommen hatte; die Gerüchte, die mittlerweile in Europa über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen kursierten, waren zu dicht und zu handfest geworden, um noch bagatellisiert werden zu können. Attolico hatte im April seinen ersten alarmierenden Bericht aus Berlin geschickt, und ganz abgesehen von der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts, die Hitler am 28. April ausgesprochen hatte, war dem italienischen Aussenminister am 6. Mai, als Ribbentrop in Mailand bemerkt hatte, in einigen Monaten werde kein englischer und kein französischer Soldat für Polen marschieren, das schönste und aussagekräftigste Indiz geliefert worden, das er sich nur wünschen konnte. Auch löste es in Rom Besorgnis aus, dass die Deutschen, nach den leichtfertigen Äusserungen Ribbentrops zu schliessen, im Falle eines Angriffs auf Polen offenbar nicht mit der Intervention der Westmächte rechneten. Eine deutsche Aktion gegen Polen, und zwar noch im Jahr 1939, musste mithin bereits als wahrscheinlich gelten; dass dann

⁴¹¹ Völkischer Beobachter, 22.5.1939.

Italien nicht an der Seite Deutschlands kämpfen werde, weil es nicht in der Lage sei, mit den im Gegensatz zur deutschen Meinung unweigerlich eingreifenden Westmächten anzubinden, stand für die italienische Führung ebenfalls fest.

Andererseits war Mussolini und Ciano nicht weniger klar, dass sie das Bündnis mit Deutschland vermutlich überhaupt nicht bekamen, wenn sie den Deutschen solche Wahrheiten ungeschminkt sagten, die Vorbehalte womöglich in den Vertrag selbst einzubauen suchten und mit beidem einer deutsch-italienischen Allianz jeden Wert für die deutsche Seite nahmen. So wagten sie ihre Unfähigkeit zu einem Krieg gegen Grossbritannien und Frankreich und ihre daraus resultierende strikte Ablehnung eines allgemeinen europäischen Krieges lediglich in die Formel zu kleiden, dass die Achsenmächte einen derartigen Krieg frühestens 1942 inszenieren sollten, weil Italien noch einige Jahre der Vorbereitung brauche. Wohl wiesen sie auf die Notwendigkeit einer Wartefrist mit grossem Nachdruck hin, so nachdrücklich, dass mit Händen zu greifen ist, wieviel Kriegslust und wie wenig Geduld sie ihren deutschen Partnern in Wirklichkeit zutrauten. Mussolini hatte schon in seinen Gesprächen mit Göring, Mitte April, unterstrichen, dass Italien noch nicht kriegsbreit sei⁴¹²; in die Instruktionen, mit denen er Ciano für die Mailänder Unterredungen ausüstete, schrieb er gleichfalls – ausdrücklich zur Lektüre Ribbentrops bestimmt –, dass mindestens noch drei Friedensjahre erforderlich seien⁴¹³, und am 30. Mai, acht Tage nach der Vertragsunterzeichnung, liess er Hitler durch General Graf Ugo Cavallero eine mit der Ciano gegebenen Instruktion weitgehend identische Denkschrift überreichen, mit der er allein den Zweck verfolgte, Hitler ganz klar zu machen, dass Italien derzeit keinen Krieg führen könne⁴¹⁴. Doch war all dies nicht genug, zumal Mussolini und Ciano gleichzeitig stets erklärten, dass selbstverständlich auch sie, wie die deutschen Freunde, den Krieg zwischen den beiden totalitären Staaten und den westlichen Demokratien für unvermeidlich hielten, und sie überdies bei jeder Gelegenheit wahrheitswidrig versicherten, dass der Ernstfall, wann immer und unter welchen Umständen er auch kommen möge, Italien an der Seite Deutschlands sehen werde. Mussolini und Ciano machten sich aber vor, den Deutschen reinen Wein eingeschenkt und damit genug getan zu haben. In diesem Bewusstsein glaubten sie sich dann berechtigt, Ribbentrops willkommene Mitteilung als ausreichend anzusehen, der «Führer» denke über die Notwendigkeit einer mehrjährigen Phase der Vorbereitung auf den grossen Krieg nicht anders als sein Freund Mussolini. Solchermassen beruhigt, gaben sie sich dann der Hoffnung hin, den «Stahl-Pakt» als politisches Druckmittel gegen Frankreich und mit Hilfe der in Artikel I formulierten Konsultationsklausel zugleich als

⁴¹² ADAP, D, 6, Nr. 205, 211.

⁴¹³ M. Toscano, *Le Origine del Patto d'Acciaio*, S. 142 ff.

⁴¹⁴ ADAP, D, 6, Nr. 459.

Instrument kontrollierender Einwirkung auf die Berliner Politik benützen zu können.

Hitler und Ribbentrop wiederum wussten sehr genau, dass die Verhandlungen mit Italien ein jähes Ende finden mussten, wenn sie den italienischen Partnern klipp und klar sagten, dass Deutschland im Spätsommer Polen angreifen werde und mithin ein deutsch-italienischer Militärpakt inzwischen in deutschen Augen die Aufgabe bekommen hatte, die Westmächte von der Einmischung in den deutsch-polnischen Konflikt abzuschrecken oder aber, falls wider Erwarten die Abschreckung versagen sollte, intervenierende Westmächte mit einem zusätzlichen Feind zu konfrontieren. So spielte Ribbentrop schon die Möglichkeit einer militärischen Lösung der «polnischen Frage» – so zuversichtlich er den Italienern darlegte, die deutsche Wehrmacht werde im Falle eines Krieges längstens zwei Wochen zur Erledigung Polens brauchen – herab, rückte sie jedenfalls, wenn er nicht gerade unbedacht redete, in unbestimmte Fernen, und leugnete erst recht, dass die deutsch-polnische Kontroverse die Gefahr eines Krieges mit den Westmächten heraufbeschwöre; von der oft und stereotyp wiederholten Behauptung abgesehen, dass Grossbritannien und Frankreich nicht daran dächten, Polen zu Hilfe zu kommen, versicherte er mit grossem Ernst, der «Führer», der auch für Deutschland noch eine Periode intensivster Rüstung haben wolle, sei keineswegs gewillt, bereits jetzt einen Krieg gegen die Westmächte zu provozieren oder auch nur zu riskieren. Dass die Kriegspartei in Berlin, an ihrer Spitze Ribbentrop selbst und natürlich vor allem Hitler, mittlerweile in Wirklichkeit zu höchster Risikobereitschaft gelangt war, hat der Reichsaussenminister lediglich in den Satz gefasst, das nationalsozialistische Deutschland sei selbstverständlich auch während der kommenden Vorbereitungsjahre jederzeit zu einem Krieg fähig, den der «Führer» dann «in einem raschen Waffengang» oder, falls das nicht möglich sei, eben in einem mehrjährigen Konflikt zugunsten des Reiches entscheiden werde. Derartige Bemerkungen kamen so beiläufig, waren so vage und zum Teil auch so widersprüchlich formuliert, dass sie auf die Italiener zunächst als typisch Ribbentropsches Bramarbasieren oder doch als blosser Rhetorik wirkten, zumal angesichts der klaren sonstigen Zusicherungen Hitlers, die Ribbentrop übermittelte. So lockte der «Führer» seinen Achsenpartner mit Bedacht und List in einen Vertrag, den die Italiener bei klarer deutscher Sprache und bei Klarheit über die ja bereits feststehenden deutschen Absichten wohl kaum unterschrieben hätten. Am 23. Mai, einen Tag nach der Unterzeichnung des «Stahl-Pakts», hat Hitler vor den Spitzen der Wehrmacht noch einmal betont, dass die italienischen Freunde über den Entschluss zum Angriff auf Polen nicht unterrichtet werden dürften⁴¹⁵. Gleichwohl meinte er Italien nun als Verbündeten in der Tasche und Mussolini eine Rolle wie 1938 in München unmöglich gemacht zu haben.

⁴¹⁵ Ebenda, Nr. 433.

Allerdings konnten Italiener wie Deutsche nicht umhin, die wechselseitige Täuschung relativ rasch aufzugeben und damit die Problematik des «Stahl-Pakts» – seine Gefährlichkeit für das faschistische Italien und seine Wertlosigkeit für das nationalsozialistische Deutschland – relativ rasch aufzudecken. Als erste wurden die Italiener alarmiert, weil sich die Hinweise auf einen baldigen deutschen Einfall in Polen oder zumindest einen ja nicht weniger friedensbedrohenden deutschen Handstreich in Danzig bereits im Juni zu häufen begannen. Naturgemäß blieben die militärischen Vorbereitungen der Wehrmacht nicht unbemerkt. Die italienischen Konsulate in Deutschland lieferten darüber detaillierte Berichte⁴¹⁶, ebenso der eigene Geheimdienst und die Nachrichtendienste befreundeter Länder wie Ungarn⁴¹⁷. Dazu kamen die vertraulichen Andeutungen, die Attolico von Weizsäcker erhielt, z.B. auch über die laufende Militarisierung Danzigs⁴¹⁸. Am 26. Juni schrieb Attolico an Ciano, Graf Johannes Welczek, der deutsche Botschafter in Paris, der sich gerade in Berlin aufhalte, habe ihm erzählt, er sei von Ribbentrop persönlich unterrichtet worden, dass Deutschland das Problem Danzig etwa Mitte August gewaltsam lösen werde, und der italienische Missionschef knüpfte daran die Bemerkung, das Diplomatische Korps in Berlin befinde sich nicht mehr nur in Alarmstimmung, sondern schon in Verzweiflung; die Situation enthalte trotz aller Versicherungen Hitlers offensichtlich in der Tat Elemente der Gefahr und müsse, wie die persönliche Politik Ribbentrops, aufmerksam beobachtet werden⁴¹⁹. Pietro Arone, der italienische Vertreter in Warschau, meldete, seine polnischen Gesprächspartner, etwa Graf Szembek, seien tief besorgt über die Lage in Danzig; der Staatssekretär habe keinen Zweifel daran gelassen, dass die polnische Regierung in einer Frage, die für das Deutsche Reich lediglich eine Sache des Prestiges, für Polen aber vital sei, keine einseitige Lösung durch Deutschland akzeptieren könne, obwohl sie sich bewusst sei, welch schweren Blutopfern das Land entgehe⁴²⁰.

Was Mussolini und Ciano bei alledem besonders in Unruhe versetzte, war ihre Beobachtung, dass die deutschen Partner einem Unternehmen *gegen* Polen offenbar leichten Sinnes entgegenstrebten, weil sie tatsächlich der Illusion anhängen, eine Intervention der Westmächte brauche nicht in Betracht gezogen zu werden. Zu den entsprechenden Äusserungen, mit denen Ribbentrop bereits Anfang Mai den Grafen Ciano in Mailand irritiert hatte, gesellten sich nun – parallel zu den Meldungen über den deutschen Aufmarsch gegen Polen – weitere Indizien. Am 28. Juni berichtete z.B. Attolico aus Berlin, der dortige argentinische Botschafter habe ihm eine Unterredung mit Hitler geschildert, in der dieser gegen Polen gewütet und angekündigt habe, dass er demnächst in

⁴¹⁶ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 13.7.1939.

⁴¹⁷ Ebenda, Vinci (Budapest) an Ciano, 27.5.1939.

⁴¹⁸ Ebenda, Attolico an Ciano, 1.7.1939.

⁴¹⁹ Ebenda, Attolico an Ciano, 26.6.1939.

⁴²⁰ Ebenda, Arone (Warschau) an Ciano, 30.6.1939.

der polnischen Frage binnen weniger Stunden «Gerechtigkeit schaffen» werde: «In der Sicherheit, dass weder England noch Frankreich sich bewegen werden.»⁴²¹ Einige Tage später hatte Raffaello Guariglia, der italienische Botschafter in Paris, eine vertrauliche Unterhaltung mit dem in die französische Hauptstadt zurückgekehrten Grafen Welczek, in der sich der deutsche Diplomat bei seinem italienischen Kollegen darüber ausweinte, dass Ribbentrop nicht von der Meinung abzubringen sei, England und Frankreich würden es nicht wagen, gegen die deutsche Macht auch nur einen Finger zu rühren: Ribbentrop, so sagte Welczek, erinnere ihn an die Politik des kaiserlichen Deutschland, das 1914 nicht an die britische und 1917 nicht an die amerikanische Intervention glauben wollte. In Berlin sei er vom Reichsaussenminister als Diplomat alten Stils abgetan worden, der die Dinge durch eine französische Brille sehe. Ribbentrop habe sich tatsächlich eingeredet, dass die Nerven der Engländer und Franzosen dem geschaffenen Spannungs- und Mobilisierungszustand am Ende nicht gewachsen seien. Als er, Welczek, dem Minister entgegengehalten habe, dieser Spannungs- und Mobilisierungszustand wirke in Grossbritannien und Frankreich eher einigend als schwächend, sei er von Ribbentrop mit Spott abgefertigt worden.⁴²² Mussolini und Ciano blieb gar nichts anderes übrig, als sich mit wachsender Ängstlichkeit zu fragen, ob sich der Bündnispartner womöglich schon in wenigen Wochen in ein polnisches Abenteuer stürzen und damit, weil ein solches Abenteuer unmöglich als lokalisierter Feldzug ablaufen konnte, schon in nächster Zukunft eine Situation schaffen werde, in der Italien nur die Wahl zwischen der Verstrickung in einen aussichtslosen Krieg gegen die Westmächte oder dem peinlichen und auch politisch schädlichen Bruch der Allianz bleiben konnte. Am 2. Juli schrieb Graf Ciano an Attolico, dass die Lage genaueste Informationen über die deutschen Absichten in der Danzig-Frage erfordere; es sei notwendig, dass der Botschafter mit Ribbentrop selbst spreche, weil man endlich – und ein vernichtenderes Urteil über die bisherige Bewährung der Konsultationsklausel des «Stahlpakts» ist kaum vorstellbar – Kenntnis von den wirklichen Berliner Plänen haben müsse.⁴²³

Tatsächlich kam es am 6. Juli abends zu einem längeren Gespräch zwischen Attolico und Ribbentrop, das die italienischen Besorgnisse vollauf bestätigte, ja Mussolini und Ciano zeigen musste, dass die Dinge in Berlin noch schlimmer standen, als man in Rom befürchtet hatte. Zunächst erging sich der Reichsaussenminister in martialischem Gerede, wie leicht es doch sei, Polen in 48 Stunden «zu zerquetschen» und die Danziger Frage in Warschau zu lösen. Das polnische Problem sei für Deutschland, militärisch gesehen, geringfügiger als 1938 das tschechoslowakische Problem.

⁴²¹ Ebenda, Attolico an Ciano, 28.6.1939.

⁴²² Ebenda, Guariglia (Paris) an Ciano, 4.7.1939.

⁴²³ Ebenda, Ciano an Attolico, 2.7.1939.

Auf Grund der besseren Qualität seiner Streitkräfte und des höheren Stands seiner Rüstung hätte Prag länger Widerstand leisten können als jetzt Warschau, das überdies nicht auf englischen und französischen Beistand zählen dürfe. Solche Tiraden, verbunden mit dem gewohnten Trugbild von der Schwäche Grossbritanniens und Frankreichs, waren beunruhigend genug, da aus ihnen, obschon Ribbentrop eine direkte Frage Attolicos mit einem glatten und wahrheitswidrigen «Nein» beantwortete, nur allzu deutlich die deutsche Entschlossenheit zu einem baldigen Schlag gegen Polen sprach. Danach aber folgte die noch bestürzendere Eröffnung Ribbentrops, dass die NS-Führung mittlerweile selbst einem Eingreifen der Westmächte mit gelassener und sogar freudiger Zuversicht entgegensehe. Wenn sich Frankreich doch verpflichtet fühlen sollte, Polen militärisch zu unterstützen, so solle es das, rief der Minister, ruhig tun: «Deutschland wünscht sich nichts Besseres.» Gegen den Westwall sei die Maginot-Linie ein «Kinderspiel»; mehr als zwanzig bis dreissig Maginot-Linien seien die heutigen deutschen Befestigungen im Westen wert. Wenn Daladier wirklich so dumm sei, gegen das Reich vorzugehen, werde Deutschland Frankreich vernichten. «Fragen Sie Göring! Er wird Ihnen sagen, dass 5'000 – ich sage 5'000 – Flugzeuge bereitstehen, um Paris täglich zu bombardieren.» Man werde die französische Hauptstadt «pulverisieren». Auch England werde, wenn es nicht stillhalte, eben «der Zerstörung seines eigenen Imperiums entgegenschreiten». Russland? «Was kann Russland tun? Nichts!» Selbst wenn Moskau ein Abkommen mit den Westmächten schliesse, werde es nicht marschieren, «Im übrigen», so murmelte mir Ribbentrop diskret zu, «habe ich heute neue Instruktionen an Schulenburg [den deutschen Botschafter in Moskau] geschickt, die ausreichen werden, Stalin einen Floh ins Ohr zu setzen!» Und Amerika? «Eine einzige Rede des Führers, in hunderttausenden von Exemplaren über den amerikanischen Kontinent verbreitet, hat genügt, Roosevelt eine schwere Niederlage zu bereiten.» Doch würden sich die USA ohnehin nicht bewegen, und zwar aus Angst vor Japan, das auch ohne Militärpakt immer auf der Seite Deutschlands und Italiens stehen werde⁴²⁴.

Auf derart kriminellen Dilettantismus konnte man, wie das Attolico in seinem Bericht nach Rom denn auch tat, nur mit kaustischen Kommentaren reagieren. Andererseits hatte hier, das war nicht zu leugnen, der Aussenminister des Deutschen Reiches gesprochen, mit dem von Italien einige Wochen zuvor ein Militärbündnis geschlossen worden war, und so verursachten Ribbentrops Stammtisch-Prahlereien neben hohnvollem Sarkasmus berechtigterweise vornehmlich Furcht. Es konnte diese Furcht auch nicht mehr recht dämpfen, dass Ribbentrop, nun wieder zu Hitlers Taktik der möglichst langen Täuschung Roms zurückkehrend, dem italienischen Botschafter anschliessend treuherzig versicherte, der «Führer», mit dem er erst gestern lange gerade über dieses Pro-

⁴²⁴ Ebenda, Attolico an Ciano, 7.7.1939.

blem konferiert habe, trage sich, «während er alle Register für die Schlussabrechnung vorbereitet, nicht mit der Absicht, einen Konflikt zu provozieren, der in einen allgemeinen Konflikt ausarten könnte. Da könnt Ihr ganz sicher sein». Und es konnte die Furcht der Italiener erst recht nicht mehr dämpfen, dass der Reichsaussenminister – ganz abgesehen von seiner ominösen Bemerkung über die «Register für die Schlussabrechnung» – weitere bohrende Fragen Attolicos nach den wirklichen deutschen Plänen mit der sibyllinischen Auskunft abspießte: «Ich kann Euch in klarer Weise versichern, dass Pläne absolut nicht existieren. Der Führer folgt den Ereignissen mit einer absoluten Ruhe. Er lässt sich nicht leicht zu unüberlegten Gesten hinreißen ... Er weiss den Moment abzuwarten. Wir haben stärkere Nerven als unsere Gegner.» Nachdem Attolico in den folgenden Tagen weitere beunruhigende Informationen über den Kriegswillen der deutschen Führung erhalten hatte, und zwar von General Luigi Marras, dem italienischen Militärattaché in Berlin, der gute Beziehungen zu Admiral Canaris, dem Chef der deutschen Abwehr, unterhielt⁴²⁵, und wiederum von seinem Verbündeten Weizsäcker⁴²⁶, schickte er am 11. Juli, offensichtlich von Weizsäcker dazu ermuntert, einen Appell an Filippo Anfuso, den Kabinettschef des gerade aus Rom abwesenden Ciano: Der «Führer» werde sich Mitte August für Krieg oder Frieden entscheiden, und man müsse annehmen, dass er sich, auch wenn er einen allgemeinen Krieg im Augenblick eigentlich nicht wünsche, in Unterschätzung der Westmächte für einen Kurs entscheide, der zu einem allgemeinen Krieg führen werde. Da diesmal die Chancen für eine Aktion in letzter Minute, für ein neues «München», wesentlich geringer seien als im Vorjahr, sei es dringend geboten, dass Italien jetzt sofort oder doch möglichst bald, solange eben vielleicht noch Aussichten bestünden, den Versuch unternehme, bremsend auf die Deutschen einzuwirken. Er halte es daher für richtig und notwendig, den seit einiger Zeit mehrmals wiederholten deutschen Wunsch nach einem erneuten Treffen Hitler-Mussolini umgehend aufzugreifen und zu akzeptieren⁴²⁷. Tatsächlich ist die Begegnung Führer-Duce Mitte des Monats definitiv vereinbart und auf den 4. August festgelegt worden; als Ort der Zusammenkunft wurde der Brenner gewählt.

Nun kam für die deutsche Seite der Moment, in dem sich die Lage und der Kurs des Achsenpartners deutlich abzeichnete, in dem also Klarheit über den wahren politischen Wert des «Stahl-Pakts» zu gewinnen war. In den Tagen nach der Verabredung des Treffens am Brenner zerbrach man sich in Rom die Köpfe über die Frage, mit welchem Mittel denn wohl die Politik der Deutschen beeinflusst und der drohende Eintritt des Bündnisfalls vermieden werden könne. Mussolini und Ciano produzierten eine Idee. Am 22. Juli schrieb Ciano

⁴²⁵ Ebenda. Attolico an Ciano, 11.7.1939.

⁴²⁶ Ebenda.

⁴²⁷ Ebenda.

an Attolico, Mussolini habe im Sinn, der Begegnung mit dem «Führer» einen «echten Gehalt von grösserer internationaler Reichweite» zu geben, selbstverständlich «bei gleichzeitiger Bekräftigung der Unauflöslichkeit der deutsch-italienischen Freundschaft»⁴²⁸. Was verbarg sich hinter solch nebulöser Formulierung? Am 24. Juli konnte Attolico in einem offiziellen Gespräch mit Weizsäcker schon etwas mehr sagen: Der Duce glaube nicht an die Möglichkeit eines lokalisierten Krieges Deutschland-Polen, «sondern erwartet dann einen allgemeinen europäischen Brand». Wenn aber geschlagen werden müsse, «so sollten wir den richtigen Moment wählen und nicht die Anderen». Würde nun die Besprechung am Brenner «eine bis auf Weiteres friedliche Politik einleiten», müsse «ein anderes bedeutsames Ergebnis herauskommen. Die dürftige Feststellung politischer Übereinstimmung genüge nicht.» Wäre mit einer mehrjährigen Friedensperiode zu rechnen, sei die Lücke irgendwie konstruktiv zu füllen, «vielleicht indem man mit den anderen Mächten: Deutschland mit Polen, Italien mit Frankreich, oder auch zwischen den grösseren Mächten überhaupt ins Gespräch komme, wobei wir das Verdienst der Initiative für uns sichern müssten». Sowohl die Annahme wie die Ablehnung einer solchen Initiative würde zu Deutschlands und Italiens Gunsten ausschlagen⁴²⁹. Einen Tag später wurde Attolico von Ribbentrop empfangen, und als der Botschafter eine nach Mussolinis Diktat gefertigte Aufzeichnung seines Stellvertreters, des mit Ciano verschwägerten und befreundeten Grafen Massimo Magistrati, überreichte und erläuterte, konnte der Reichsaussenminister feststellen, dass der Duce und Ciano tatsächlich, was nach den Eröffnungen Attolicos vom Vortag schon befürchtet werden musste, die Idee einer grossen internationalen Konferenz zur Erörterung der entstandenen Streitfragen geboren hatten und diese Idee am 4. August in aller Form Hitler zu unterbreiten gedachten. Der Charakter einer solchen Konferenz, so liess Mussolini wissen, «müsste absolut *europäisch* sein, um, wie schon gesagt, einzig über die streng europäischen Probleme, d.h. diejenigen, welche die Beziehungen zwischen den grossen *europäischen* Mächten interessieren, entscheiden zu können. Es würden so Russland, da es eine Macht interkontinentalen Charakters ist, Amerika und Japan ausgeschlossen werden. Es würden sich deshalb um den Tisch nur Deutschland, Italien, Frankreich, Grossbritannien, Polen (in Anbetracht seines direkten Interesses an diesen Problemen) und, um klar Polen selbst aufzuwiegen, Spanien, welches so ohne Weiteres als westeuropäische Grossmacht hingestellt würde. Falls man – eventuell – bei der Konferenz einen neutralen europäischen Beobachter zu haben wünscht, welcher in gewisser Weise die kleinen Länder darstellt, könnte man zum Beispiel an die Schweiz oder an Holland oder an Schweden denken.» Ein entsprechendes Kommuniqué für die

⁴²⁸ Ebenda, Ciano an Attolico, 22.7.1939.

⁴²⁹ ADAP, D, 6, Nr. 711.

Zusammenkunft am 4. August hatte Magistrati auch gleich mitgebracht: «Der Führer und der Duce», so lautete der in Rom formulierte Entwurf, «welche sich am Brennero getroffen haben, haben nach langer Prüfung der Lage gegen die Politik der Einkreisung der Achse, die von den grossen Demokratien geführt wird, ihren Friedenswillen bekräftigt und haben in der Annahme übereingestimmt, dass eine Konferenz zwischen den interessierten Mächten, falls sie auf normalem diplomatischem Wege in geeigneter Weise vorbereitet wird, zu einer Lösung der hauptsächlichsten Probleme, welche Europa erregen, führen und den Völkern eine Zeit des Friedens und Wohlbefindens eröffnen könnte.»⁴³⁰

Mit Magistrats Aufzeichnung hielt Ribbentrop nun ein Schriftstück in Händen, das eine klare Ankündigung des italienischen Achsenpartners darstellte, aus dem «Stahl-Pakt» desertieren zu müssen, falls Deutschland in nächster Zeit einen europäischen Krieg provozieren sollte. Zwar hiess es in der Aufzeichnung – und Attolico wiederholte das in seiner mündlichen Erläuterung –, dass Mussolini, wenn der «Führer» jetzt Krieg führen wolle, selbstverständlich ebenfalls «zu jeder Stunde hierzu bereit sei». Doch stand dazu der gesamte Inhalt dieser Mitteilung des Duce in einem so schroffen Gegensatz, dass der bloss rhetorische Charakter derartiger Einleitungssätze nur umso krasser hervortrat. Zunächst sagte Mussolini ohne Umschweife, dass er die deutsche Ansicht, eine Aktion gegen Polen sei zu lokalisieren, für grundfalsch halte: «Paris würde in den Krieg gehen und London könnte nichts anderes tun, als ihm zu folgen.» Attolico ergänzte das mit der Bemerkung – in der ein geradezu vernichtendes Urteil über die Berliner Politik steckte –, dass für die Polen «der baldige Krieg die letzte und beste Karte wäre». Danach erinnerte Mussolini an seine wiederholten Erklärungen, dass Italien aber für einen allgemeinen europäischen Krieg noch nicht bereit sei, und er legte ferner aufs Beredteste einige andere Gründe dar, die für eine Verschiebung des grossen Krieges sprächen; die deutschen Adressaten konnten eigentlich sofort erkennen, dass hier nicht ein Zögerer und Zauderer argumentierte, den es nur zu überzeugen und mitzureissen galt, sondern ein – jedenfalls im Moment – entschlossener Apostel des europäischen Friedens. Bei seiner Aufzählung erlaubte sich der Duce im Übrigen auch deutliche Kritik an der deutschen Taktik: der geführte Nervenkrieg, so konstatierte er, habe «die demokratischen öffentlichen Meinungen» geeint und ausserdem den autoritären Staaten das Moment der Überraschung gekostet, womit sie sich einer ihrer grössten Stärken begeben hätten, nämlich der Fähigkeit, «sich sofort, im unerwarteten Augenblick, bewegen zu können». Die Krönung des italienischen Memorandums war jedoch der Gedanke, Hitler und Mussolini sollten als Ergebnis ihres Treffens die Welt mit dem Vorschlag einer grossen europäischen Konferenz überraschen.

⁴³⁰ Ebenda, Nr. 718.

Mussolini, Ciano und ihren diplomatischen Gehilfen stand selbstverständlich deutlich vor Augen, dass die Idee einer internationalen Konferenz der derzeitigen Zielsetzung und taktischen Planung Berlins, wie man sie inzwischen umrisshaft zu sehen vermochte, diametral entgegengesetzt sein musste. Anders als 1938 vor München, wussten sie auch, dass Hitler die Auffassung vertrat, Konferenz-Diplomatie sei sowohl mit den Grundprinzipien nationalsozialistischer Aussenpolitik wie mit einer erfolgreichen Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches schlechthin unvereinbar; zuletzt hatte das Ribbentrop am 5. Mai Ciano auseinandergesetzt, als von den beiden Aussenministern ein am Vortag gemachtes Angebot des Papstes erörtert worden war, öffentlich zu einer internationalen Konferenz zum Abbau der Spannung in Europa aufzurufen⁴³¹. Eine Formel, die den tiefen Unterschied zwischen der italienischen und der deutschen Politik noch schärfer zum Ausdruck gebracht hätte, war schwerlich zu finden. Mussolini hat denn auch sicherlich nicht damit gerechnet, dass Hitler den Konferenz-Gedanken zähneknirschend oder gar freudig akzeptieren werde. Die Signalisierung der italienischen Haltung verfolgte vielmehr offensichtlich den Zweck, die Berliner Kriegspartei noch so rechtzeitig wieder zur Vernunft zu bringen, dass Italien der Eintritt des Bündnisfalls und die dann mit der italienischen Desertion verbundene schwere Beschädigung oder womöglich sogar Zerstörung der «Achse» erspart blieb.

Ribbentrop begrüßte es, dass die Haltung des Duce klar sei, «falls der Führer den Krieg jetzt für opportun» halte, und zum «Nervenkrieg» bemerkte er, dass dieser «nur zu Gunsten der Achse ausfallen könne, deren Völker und Führung zweifellos bessere Nerven als die Gegenseite habe». Dann aber wies er, «ohne dem Führer vorgreifen zu wollen», den Konferenz-Gedanken zurück, wobei er am italienischen Vorschlag noch eine spezielle Bosheit entdeckte. Er halte es «nicht für möglich», so sagte er, «sich mit der polnischen Regierung heute an einen Tisch zu setzen, nachdem diese uns seinerzeit erklärt hat, dass eine Weiterverfolgung des Angebots des Führers einen Kriegsgrund darstelle». Im Übrigen sei er der Meinung, «dass jede Friedensinitiative der Achse als ein Schwächezeichen von den feindlichen Mächten ausgelegt werde». Bezeichnenderweise fügte er die treffende Beobachtung hinzu, es sei ausgeschlossen, «dass die Westmächte heute von sich aus einen Krieg» suchten, und ebenso bezeichnenderweise folgerte er daraus, «dass die Danziger Frage bei weiterem sturen Verhalten wie bisher in unserem Sinne gelöst» werden dürfe. So erklärte denn der Reichsaussenminister das Kommuniqué, das Mussolini diktiert und Magistrati mitgebracht hatte, «für undenkbar», und angesichts solch tiefgehender Divergenzen, die zudem auf den ersten Blick als unversöhnlich erschienen, verlor er jeden Enthusiasmus für die Begegnung zwischen «Führer» und Duce. Am Schluss ihrer Unterredung diskutierten Ribbentrop und Attolico bereits

⁴³¹ AIA, Ap Germania, Ciano an Mussolini, 7.5.1939.

nur noch die Frage, wie und wo die Zusammenkunft so zu organisieren sei, dass man «den sensationellen Charakter eines Treffens an der Grenze» vermeide. Schliesslich sprach sich Ribbentrop lebhaft dafür aus, den Treffpunkt nach Florenz zu verlegen oder nach Oberitalien, wo in den ersten Augustwochen Manöver der italienischen Streitkräfte stattfinden sollten, «da man im Falle Florenz den privaten Charakter der Reise des Führers hervorheben könne und andererseits das Manöver einen normalen Vorwand für das Treffen des Obersten deutschen Befehlshabers und des italienischen Befehlshabers liefere».

Wie nicht anders zu erwarten, stellte sich Hitler auf den gleichen Standpunkt wie sein Aussenminister. Auf der anderen Seite nahmen auch die Italiener kein Wort zurück. Am 29. Juli erschien vielmehr Attolico bei Weizsäcker und teilte ihm mit, aus etlichen Telefongesprächen mit dem Grafen Ciano gehe hervor, «dass er bzw. der Duce doch an dem Konferenzgedanken hänge». Nach wie vor gebe der – von Ribbentrop als «undenkbar» bezeichnete – Entwurf des Kommuniqués für die Zusammenkunft am 4. August – «von Mussolini eigenhändig niedergeschrieben», wie Attolico anmerkte – die Absichten des Duce am besten wieder. Ciano seinerseits habe ihn, Attolico, wissen lassen, «die Konferenzidee sei deswegen naheliegend, weil sie in einem Monat sich ganz von selbst aufdrängen werde»⁴³². Mit dem letzten Satz sagten die Italiener ihren deutschen Verbündeten: In einem Monat werdet Ihr sehen, dass die Westmächte doch Ernst machen, und statt dann – vielleicht vergeblich – nach einem neuen «München» suchen zu müssen, ist es doch klüger, eine München-Lösung der Polenkrise jetzt selbst vorzuschlagen. Unter den gegebenen Umständen kamen nun beide Seiten zu dem Schluss, dass es nicht genüge, Hitlers Reise nach Italien das Etikett «privat» aufzukleben; es blieb nichts anderes übrig, als die Begegnung der beiden Diktatoren, die plötzlich zu einer für Berlin, doch auch für Rom höchst unangenehmen Demonstration von Zwietracht zwischen den Achsenpartnern zu werden drohte, ganz abzublasen. Da man sich aber nicht damit begnügen konnte, den jäh sichtbar gewordenen Riss in der «Achse» bloss zu konstatieren, verständigte man sich darauf, dass die beiden Aussenminister schnellstens versuchen sollten, die Beziehungen zwischen Rom und Berlin wieder zu ordnen. Für den 11. August wurde ein Treffen Ribbentrop-Ciano in Salzburg vereinbart.

Als der italienische Aussenminister am 11. in Fuschl mit Ribbentrop und dann zweimal auch, am 12. und 13. August, auf dem Obersalzberg mit Hitler konferierte, kamen die Deutschen endlich, zwei Wochen vor dem Angriffsbefehl an die gegen Polen aufmarschierenden deutschen Armeen, mit der vollen Wahrheit heraus⁴³³. Ribbentrop teilte Ciano in dürren Worten mit, der «Füh-

⁴³² ADAP, D, 6, Nr. 737.

⁴³³ Document! diplomatic! Italian! (DDI), Serie 8, Bd. XIII, Nr. 1; ADAP, D, 7, Nr. 43, 47.

rer» habe sich entschieden, Polen militärisch niederzuwerfen, und diese Entscheidung sei unwiderruflich. Selbst in seinem offiziellen Bericht an Mussolini konstatierte der italienische Aussenminister «den irrationalen Willen zum Konflikt», den sein deutscher Gesprächspartner an den Tag lege, und in seinem Tagebuch notierte er: «Der Wille zum Krieg ist unerschütterlich. Er [Ribbentrop] weist jede Lösung zurück, die Deutschland Genugtuung geben und den Krieg vermeiden würde. Ich bin überzeugt, dass die Deutschen auch dann, wenn sie mehr bekämen, als sie verlangen, angreifen würden, weil sie vom Dämon der Zerstörung besessen sind.» Verständnislos registrierte Ciano für den Duce, dass Ribbentrop in seiner Darstellung der Genesis des deutsch-polnischen Konflikts keine neuen Elemente geboten habe, sondern lediglich – wie im März nach der Besetzung Prags mit der Behauptung tschechischer Greuelthaten – mit «dem bereits bekannten rabenschwarzen Bild von der Verfolgung der Deutschen in Polen und von der Kastration germanischer Männer durch polnische Soldateska» operiere. «An neuen Fakten nichts!» Im Übrigen gehe der Reichsaussenminister von zwei Axiomen aus, über die man mit ihm nicht mehr diskutieren könne:

- 1.) Der Konflikt wird nicht allgemein werden; Europa wird bei der Zerquetschung Polens durch Deutschland untätig zuschauen.
- 2.) Wenn aber England und Frankreich doch intervenieren, ist es für sie unmöglich, Deutschland anzugreifen; am Ende ist der Sieg der totalitären Mächte sicher. «Ich wiederhole», schrieb Ciano, «Diskussion darüber mit ihm unmöglich.» Er, Ciano, habe klipp und klar bewiesen, dass nach allen Bedingungen der europäischen Politik eine Intervention der Westmächte unausweichlich sei. «Nichts zu machen! Ribbentrop verschliesst sich in einfacher und klarer Negation: ‚Meine Informationen und meine psychologische Kenntnis von England machen mich sicher, dass jede bewaffnete Intervention Englands auszuschliessen ist‘.»

Ribbentrops Hinweis auf seine «psychologische Kenntnis von England» versah Graf Ciano mit einem spöttischen «sic!», indes konnte der italienische Aussenminister im weiteren Verlauf der Unterredung noch präziser als bisher feststellen, dass die deutsche Seite im Grunde sehr wohl mit dem Eingreifen Grossbritanniens und Frankreichs rechnete, aber einer solchen Entwicklung eben mit Ruhe und Siegesgewissheit entgegensah. Als er z.B. daran erinnerte, dass man bisher doch immer einig gewesen sei, den grossen Krieg erst in zwei oder drei Jahren zu führen, gab Ribbentrop das sofort zu, erwiderte jedoch, «dass eine neue Situation eingetreten sei, in der sich die Ereignisse überstürzen könnten», in welchem Falle «Deutschland mit grösster Entschiedenheit marschieren» werde. Graf Ciano widersprach Ribbentrops Ansicht, der Zeitpunkt sei sehr günstig, energisch und nannte etliche Gründe dafür, dass es im Interesse der Achse liege, einen Konflikt jetzt noch zu vermeiden, aber der Reichsaussenminister verweigerte praktisch jede Erörterung auch dieses Punktes, und als Ciano den – von Mussolini gebilligten – Entwurf eines Kommuniqués für

das Treffen der beiden Aussenminister präsentierte, der zwar etwas vager formuliert war als jenes Kommuniqué, das die Italiener im Juli für die Begegnung Hitler-Mussolini vorgelegt hatten, doch ebenfalls deutlich Friedenswillen zum Ausdruck brachte, lehnte Ribbentrop rundweg ab. «Ich habe ihm», so sagte Ciano, «lange und geduldig 1'000 Gründe aufgezählt, die uns ein derartiges Vorgehen [d.h. ein derartiges Kommuniqué] als das opportuniste und nützlichste annehmen liessen.» Ohne Erfolg! «Verbohrt in seinen irrationalen Willen zum Krieg», habe Ribbentrop die italienische Initiative abzuwehren versucht, indem er sich nun wieder darauf zurückzog, «wie eine Maschine und ohne plausible Begründung die beiden Sätze» zu wiederholen, «dass der Konflikt lokalisiert bleiben werde und dass auch bei einem allgemeinen Konflikt der deutsche Sieg sicher sei». Am Ende seines Berichts für den Duce schrieb Ciano: «Nach zehn Stunden Gesprächs mit Ribbentrop habe ich ihn mit der festen Überzeugung verlassen, dass er die Absicht hat, einen Konflikt zu provozieren, und dass er alle Initiativen zu einer friedlichen Lösung der Krise behindern wird.»

Als er am 12. und 13. August mit Hitler selbst sprach, begegnete aber Graf Ciano einem noch stärkeren Kriegswillen als bei Ribbentrop. Der «Führer» nannte zudem, nachdem er sich zunächst ebenfalls über polnische Greuel und über das von ihnen provozierte Verlangen der deutschen Öffentlichkeit nach einem Krieg gegen Polen verbreitet hatte, den wahren Grund für seinen Entschluss zum Angriff: Polen stelle eine Bedrohung im Rücken Deutschlands und damit der Achse dar; selbst bei einer Politik der Zusammenarbeit und des Friedens mit Polen könne sich die Situation nicht grundlegend ändern, denn wenn eines Tages, wie das ganz unvermeidlich sei, Deutschland und Italien sich im Kampf gegen die Westmächte befänden, werde Polen dann eine Gelegenheit finden, Deutschland einen Stoss in die Flanke zu versetzen. In diesem Zusammenhang unterstrich Hitler – wie am Vortag Ribbentrop –, dass Italien doch vor dem gleichen Problem stehe, und zwar im Hinblick auf Jugoslawien. Daher müsse Italien, so sagte Hitler, die nächste Chance – also den deutschen Überfall auf Polen, hatte Ribbentrop erklärt – nutzen, um Jugoslawien «zu zersstückeln, indem es Kroatien und Dalmatien besetzt». Auf die Frage nach dem Zeitpunkt der deutschen Invasion in Polen antwortete Hitler ohne Umschweife, dass er spätestens Ende August losschlagen werde. Bei der Begründung des Termins genierte sich Hitler nicht, seinem italienischen Gast weismachen zu wollen, er habe genaue Informationen darüber, dass die Polen beabsichtigten, nach dem 15. Oktober Danzig zu besetzen und vielleicht sogar zu zerstören; ansonsten argumentierte er jedoch militärisch und wies darauf hin, dass angesichts der polnischen Strassenverhältnisse das nach dem 15. Oktober zu erwartende schlechte Herbstwetter grössere Operationen von Panzern und motorisierter Infanterie unmöglich mache. Im Übrigen sprach Ciano mit einem Manne, dem der Anlass zum rechtzeitigen Überschreiten der polnischen Grenze offensichtlich nicht die geringsten Sorgen bereitete. Der Moment des

Angriffs, so teilte Hitler dem italienischen Aussenminister mit, werde nach einem «schwerwiegenden Zwischenfall» kommen oder nach einer erfolglosen deutschen Aufforderung an Polen, «seine politische Situation zu klären» – welche vage Formulierung Ciano etwas ratlos liess –, und wenn aus irgendwelchen Gründen weder das eine noch das andere eintrete, werde er, Hitler, eben «einen der vielen kleinen Zwischenfälle, die sich täglich in Danzig und im Korridor ereignen, als schwerwiegend ansehen».

Als Ciano auf die Möglichkeit britisch-französischer Hilfe für Polen hinwies, wischte Hitler den Einwand beiseite und bekräftigte die Versicherung Ribbentrops, dass der Konflikt lokalisiert bleiben werde: England und Frankreich würden gewiss sehr theatralische antideutsche Gesten machen, seien jedoch nicht fähig, Krieg zu führen, weil sie nicht genügend gerüstet hätten, ob es sich um die Waffen oder um den Geist handle. Als Ciano, der während beider Unterredungen Hitler wacker widerstand, daraufhin sagte, wie sehr ihn die ernststen Mitteilungen des «Führers» und Ribbentrops überrascht hätten und dass zwischen Rom und Berlin doch eine mehrjährige Friedensperiode fest vereinbart worden sei, reagierte Hitler mit der Bemerkung, er stimme mit dem Duce nach wie vor darin überein, dass zwei oder drei – nicht mehr – weitere Vorbereitungsjahre nützlich gewesen wären, und er hätte diese Frist ja auch abgewartet, wenn die polnischen Provokationen und die Verschlechterung der Lage deutsches Handeln nicht dringlich machen würden. Um die Wirkung solch verräterischer Sätze abzuschwächen, setzte er eilends hinzu, dass das deutsche Vorgehen gegen Polen aber ohnehin keinen allgemeinen Krieg auslösen werde. Er sei daher sicher, keine italienische Hilfe verlangen zu müssen. Ciano nahm das zur Kenntnis und schrieb in sein Tagebuch: «Er hat beschlossen, zuzuschlagen, und er wird zuschlagen. Unsere Einwände vermögen ihn nicht im Geringsten davon abzuhalten. Er wiederholt immer wieder, dass er den Krieg mit Polen lokalisieren wird; aber seine Behauptung, der grosse Krieg müsse geführt werden, so lange er und der Duce noch jung seien, bestärkt mich neuerdings in meiner Vermutung, dass er unaufrichtig ist.»⁴³⁴ In der Unterredung selbst beantwortete Ciano Hitlers Versicherung, indem er – von der Bekundung seiner Überzeugung abgesehen, dass der «Führer» diesmal nicht recht behalten werde – detailliert darlegte, warum es Italien vorziehen müsse, dass der allgemeine Konflikt «um den vereinbarten Zeitraum aufgeschoben» werde. Anschliessend überreichte er nun auch Hitler ein Exemplar jenes Kommuniqués, das er am 11. bereits Ribbentrop gegeben hatte, und zwar mit dem Kommentar, der Duce müsse darauf bestehen, dass die Achsenmächte noch einmal öffentlich ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung der Spannungen bekräftigten.

⁴³⁴ Graf Ciano, Tagebücher 1939-1943, S. 122 f.

Es war alles vergebens. Hitlers Kriegswille zeigte sich in der Tat, wie Ciano konstatierte, keinem Argument mehr zugänglich, und da auf der anderen Seite auch der italienische Aussenminister – obschon er nie eine Kündigung oder einen Bruch des «Stahl-Pakts» ankündigte und am Rande einmal einräumte, der «Führer», der schon so oft recht behalten habe, schätze möglicherweise auch jetzt die Haltung der Westmächte richtig ein – seinen Standpunkt nicht verliess, endete Cianos Besuch in Deutschland mit der beiderseitigen Erkenntnis, dass zwischen den Achsenpartnern eine im Augenblick nicht zu heilende Divergenz aufgebrochen sei. Hitler, Ribbentrop und Ciano sahen sich sogar, so peinlich das war, nicht imstande, irgendein gemeinsames Abschlusskommuniqué zu formulieren; angesichts ihrer totalen Uneinigkeit blieb ihnen nichts anderes übrig, als den Verzicht auf ein solches Kommuniqué zu vereinbaren und damit den deutsch-italienischen Zwist für alle Welt offenkundig zu machen.

Für Hitler und Ribbentrop stellte das negative Ergebnis der Gespräche in Fuschl und auf dem Obersalzberg sicherlich eine herbe Enttäuschung dar. Die ursprünglich vorgesehene Begegnung Führer-Duce hätte in deutschen Augen ja nicht zuletzt die Aufgabe erfüllen sollen, mit einer machtvollen Demonstration der Kriegsbereitschaft beider Partner des «Stahl-Pakts» die Westmächte gebührend zu beeindrucken, und obwohl die Umstände, die zur Ersetzung jener Begegnung durch ein Treffen der Aussenminister geführt hatten, nichts Gutes verhies, war in Berlin doch noch mit einem propagandistisch wenigstens einigermaßen verwertbaren Resultat auch des Ciano-Besuchs gerechnet worden. Stattdessen ein derart blamabler Fehlschlag, der in Paris und London, nachdem man ihn dort mit schadenfroher Aufmerksamkeit registriert hatte, sicherlich stimmungsbessernd wirken musste! Und wenn man sich in Deutschland nach Cianos Abreise der Hoffnung hingab, zumindest den eigentlichen politischen Zweck der Unterredungen mit dem italienischen Aussenminister erreicht, nämlich der Konsultationsklausel des «Stahl-Pakts» genügt und damit die Italiener – wie immer sie über einen allgemeinen Krieg denken mochten – für den Ernstfall zur Bündnistreue verpflichtet zu haben, so entpuppte sich auch diese Hoffnung rasch als Illusion.

Hitler und Ribbentrop gaben den Italienern, die ihre nach den Ciano-Gesprächen aufs Höchste gesteigerte Nervosität freilich ohnehin zu intensivem Nachdenken über ihren künftigen Kurs zwang, selbst noch einen triftigen Grund, über Italiens Verhalten im Kriegsfall möglichst schnell Klarheit zu gewinnen und Klarheit zu vermitteln. Mit einer frechen Falschheit, wie sie unter Freunden und Verbündeten wahrlich selten ist, ignorierten sie die gemeinsame Vereinbarung über den Verzicht auf ein Kommuniqué und liessen am 13. August vom Deutschen Nachrichtenbüro eine «Amtliche Verlautbarung» veröffentlichen, in der Graf Cianos Besuch in Deutschland in der Tat als Erfüllung «gegenseitiger Beratungspflicht und gegenseitigen Beratungsrechts auf Grund der bestehenden Freundschaft sowie auf Grund der formellen Abmachungen,

die zwischen den beiden Ländern bestehen», charakterisiert und in der überdies «die vollkommene Einmütigkeit Deutschlands und Italiens in der Aussenpolitik» – ausdrücklich auch auf Danzig und Polen bezogen – behauptet wurde⁴³⁵. Vermutlich glaubten Hitler und Ribbentrop, mit dieser Festlegung vor der internationalen Öffentlichkeit Italien das Ausscheren aus dem «Stahl-Pakt» tatsächlich unmöglich gemacht zu haben, zumal angesichts der persönlichen Eitelkeit und der sozusagen faschistischen Ehrsucht Mussolinis, die den Duce vor der Rolle des Schwächlings und des Verräters zurückscheuen lassen mussten; auch hofften sie wohl darauf, vor den Westmächten den Anschein deutsch-italienischer Einigkeit leidlich aufrechterhalten und damit den ursprünglichen propagandistischen Zweck der Zusammenkunft wenigstens partiell gerettet zu haben. In Wahrheit konnte das Manöver keine seiner taktischen Aufgaben erfüllen, musste vielmehr – wie viele der Einfälle nationalsozialistischer Taktik, die ja überwiegend von totaler Rücksichtslosigkeit lebte – sofort auf die Erfinder zurückschlagen.

Selbstverständlich liessen sich die Politiker und Diplomaten Europas von der Verlautbarung nicht täuschen; sie waren für ihre Einschätzung der italienischen Politik nicht auf das D.N.B. angewiesen. Und die Italiener, überflüssigerweise verärgert, gereizt und vor allem zu postwendender Reaktion genötigt, beeilten sich jetzt erst recht, den «machiavellistischen» Trick der Deutschen, wie Attolico schrieb, zu konterkarieren und genau das zu tun, «was Deutschland nicht will, nämlich jede nachträgliche Gutheissung verneinen: die Diskussion wieder aufnehmen». Der Duce müsse dem Führer in einem Brief den «präzisen und kategorischen Willen Italiens» entgegensetzen, d.h. im Augenblick erneut den Konferenz-Gedanken. Der Führer habe die Konferenz praktisch abgelehnt, aber nicht formell und nicht kategorisch. «Es ist notwendig, dass er es kategorisch und formell schriftlich tut. Er will die Konferenz nicht? Man denke an etwas anderes. Eine europäische diplomatische Aktion kann Warschau sehr wohl überzeugen, dass es in Verhandlungen mit Berlin eintreten muss. Eine solche Aktion festzulegen, ist alles andere als unmöglich, und man kann nicht – nur, weil man es sich in den Kopf gesetzt hat, was wirklich grosser Männer und Länder unwürdig ist – einen europäischen Krieg entfesseln, der das Ende der Zivilisation bedeuten würde. Soll er den Mut haben, der Führer, schriftlich einen solchen Vorschlag abzulehnen.» Italien müsse den Deutschen ferner abermals und schriftlich sagen, dass «Frankreich und England nicht umhin können, zu intervenieren». Deutschland soll dann «das Gegenteil kategorisch und schriftlich versichern und die Verantwortung für seine Behauptung auf sich nehmen». Danach seien für Italien zwei Wege offen. Wenn es keinen Krieg wolle, so habe «es das heilige Recht dazu, weil es mündlich und schriftlich bereits wiederholt erklärt hat, dass es erst in drei oder vier

⁴³⁵ DNB, 13.8.1939.

Jahren fertig sein kann. Deutschland hat diese Gründe akzeptiert: also haben wir das Recht, wenn es jetzt den Krieg um jeden Preis will, es diesen allein führen zu lassen». Wenn aber Italien dennoch bereit sei, Deutschland mit den Waffen zu unterstützen, so habe Berlin die Verpflichtung anzuerkennen, «jene Mängel in unserer Bewaffnung zu beheben, die wir schon nachdrücklich aufgezeigt haben, und diese Vervollständigung muss vor unserem Kriegseintritt erfolgen». Am Ende konstatierte Attolico: «Die diplomatische Schlacht um die Gleichwertigkeit der Rechte Italiens gegenüber Deutschland im Rahmen des Vertrages vom 22. Mai und in seinen Auswirkungen hat jetzt gerade begonnen. Es ist eine heilige Schlacht, und Italien wird siegen und damit den Frieden und die Zivilisation retten.»⁴³⁶

Attolico stellte solche Überlegungen am Abend des 13. August an, als ihm die D.N.B.-Verlautbarung vor Augen kam, und am 14. übermittelte er sie – nicht telegraphisch, sondern, weil er deutsches Mitlesen befürchtete, auf einem Sonderweg über das italienische Generalkonsulat in München – nach Rom, wo er selbst, zur persönlichen Berichterstattung bei Mussolini, am 16. eintraf. Noch am 15. kam Graf Magistrati, Attolicos Stellvertreter, der auf Grund seiner Verwandtschaft und Freundschaft mit Ciano weit über seine dienstliche Stellung als Botschaftsrat hinaus Einfluss ausübte, in einer Aufzeichnung zu ganz ähnlichen Schlüssen wie der Botschafter⁴³⁷. Graf Ciano hatte aus Salzburg ohnehin einen festen Entschluss mitgebracht. In seinem Tagebuch schrieb er: «Ich kehre nach Rom zurück, angeekelt von Deutschland, von seinen Führern, von seiner Handlungsweise. Sie haben uns betrogen und belogen. Und heute sind sie im Begriff, uns in ein Abenteuer hineinzureissen, das wir nicht gewollt haben und das das Regime und das Land gefährdet. Das italienische Volk wird schaudern vor Schrecken, wenn es von dem Angriff auf Polen erfährt, und unter Umständen wird es sogar die Waffen gegen die Deutschen ergreifen wollen. Ich weiss nicht, ob ich Italien einen Sieg oder eine Niederlage Deutschlands wünschen soll, in Anbetracht des deutschen Verhaltens bin ich der Ansicht, dass wir die Hände frei haben, und ich schlage vor, entsprechend zu handeln und zu erklären, dass wir nicht die Absicht haben, uns an einem Krieg zu beteiligen, den wir weder gewollt noch heraufbeschworen haben.»⁴³⁸

Mussolini schwankte zunächst. Er sprach, nachdem ihn Ciano über den Kriegswillen Hitlers und Ribbentrops unterrichtet hatte, davon, dass es die «Ehre» von ihm erfordere, «an der Seite Deutschlands zu marschieren»; dazu lockte ihn die kroatische und dalmatinische Beute, wie sie ihm von den deutschen Versuchern vor Augen gehalten worden war, schon sehr. Am Ende erwies sich aber die deutsche Spekulation auf die persönliche und die politische Eitelkeit Mussolinis ebenso als wirkungslos wie die Reizung seiner imperiali-

⁴³⁶ DDI, 8, XIII, S. 26 ff.

⁴³⁷ AIA, Magistrati an Ciano, 15.8.1939.

⁴³⁸ Graf Ciano, Tagebücher 1939-1943, S. 123.

stischen Raublust. Mit den Berichten seiner Berliner Diplomaten bewaffnet, brachte Ciano den Duce in längeren Gesprächen dazu, wieder Vernunft walten zu lassen und der italienischen Aussenpolitik einen Hauch von Seriosität zurückzugeben. So legte Mussolini am Tag nach Cianos Rückkehr aus Salzburg fest, dass Italiens «Trennung von Deutschland», auch wenn dabei behutsam vorgegangen und ein schroffer Abbruch der Beziehungen vermieden werden müsse, nun vorzubereiten sei. Zwar verlor er Jugoslawien nicht völlig aus dem Blick. Noch sei es nicht gänzlich unmöglich, «dass die Demokratien einlenken», sagte er. «In solchem Fall wäre es für uns nicht vorteilhaft, uns mit Deutschland zu Überwerfen, da auch wir unseren Teil an der Beute bekommen müssen. Wir müssen also eine Lösung finden, die erlaubt: a) wenn die Demokratien angreifen, uns ‚ehrevoll‘ von den Deutschen zu lösen, b) wenn die Demokratien einlenken, die Gelegenheit zu benutzen, um ein für allemal die Rechnung mit Belgrad zu begleichen.»⁴³⁹ Indes hoben derartige faschistisch-imperialistische Vorbehalte den grundlegenden Entschluss nicht auf, bei einer Intervention der Westmächte im unmittelbar bevorstehenden deutsch-polnischen Konflikt neutral zu bleiben, selbst wenn dies eine schwere Beschädigung der «Achse» oder sogar ihr Ende zur Folge haben sollte, und da in Rom niemand ernstlich am Eingreifen Grossbritanniens und Frankreichs zweifelte, spielten die jugoslawischen Aspirationen des Duce in der italienischen Politik praktisch nicht die geringste Rolle. Viel stärker fiel die alsbald auftauchende Befürchtung ins Gewicht, dass – angesichts der Entwicklung zwischen 1935 und 1939 – die internationale Position Italiens unter einem offenen Bruch mit Deutschland doch erheblich leiden würde. Mussolini, Ciano und ihre aussenpolitischen Gehilfen gelangten daher zu der Auffassung, man dürfe sich nicht mit dem Versuch begnügen, Italien «ehrevoll» von Deutschland zu lösen, vielmehr stehe die italienische Diplomatie jetzt vor der noch schwierigeren Aufgabe, Berlin so zu behandeln, dass trotz der – unumgänglichen – Neutralität Italiens ein Zerschneiden der «Achse», – wenn irgend möglich – vermieden werde.

Zunächst musste aber der Anschein deutsch-italienischer Übereinstimmung, wie ihn die D.N.B.-Verlautbarung zu erwecken suchte, zerstört und den deutschen Partnern der vielleicht tatsächlich entstandene Eindruck, sich die italienische Bundesgenossenschaft gesichert zu haben, genommen werden. Ein weiterer Grund für einen solchen Schritt lag darin, dass neben Staatssekretär v. Weizsäcker auch Abwehrchef Canaris die italienischen Freunde in Berlin mehrmals beschwor, Mussolini müsse ein deutliches «Nein» zu den Plänen der Berliner Kriegspartei sagen; ein klares Wort aus Rom, dass Italien bei einem Krieg Deutschlands gegen die Westmächte neutral bleiben werde, sei möglicherweise das letzte Mittel, Hitler und Ribbentrop aus ihrer Verblendung zu reissen und innehalten zu lassen⁴⁴⁰. Wieder in Deutschland, überreichte Attolico

⁴³⁹ Ebenda.

⁴⁴⁰ AIA, Ap Germania, Magistrati an Ciano, 16.8.1939.

dem Reichsausserminister am 18. August in Fuschl eine Note, die Mussolini bereits am 14. entworfen hatte. In der Note, die natürlich zur Weiterleitung an Hitler bestimmt war, hiess es nun in der Tat klipp und klar, dass Italien –aus dem Reich wohlbekannten Gründen – sich im Augenblick nicht in derartigen günstigen Umständen befindet, um vor dem Zeitpunkt, der in gemeinsamer Vereinbarung ins Auge gefasst wurde, einen europäischen Krieg führen zu können». Anschliessend konstatierte der Duce zum soundsovielten Male, ein deutschpolnischer Konflikt könne nicht lokalisiert werden, und am Ende bekräftigte er erneut die Richtigkeit des Konferenz-Gedankens⁴⁴¹.

Die Unterhaltung zwischen Attolico und Ribbentrop, die sich bei der Überreichung der Note entspann, glich in vieler Hinsicht der fruchtlosen Konfrontation von Standpunkten, die auch die Salzburger Gespräche Cianos charakterisiert hatte. Allerdings bemühte sich Attolico, jene zweite Möglichkeit der italienischen Diplomatie vorzubereiten, die er in seiner Aufzeichnung vom 14. August skizziert hatte und die tatsächlich die Bemäntelung der faktischen Neutralität Italiens erlauben mochte: Der Botschafter beschwor in lebhaften Worten die wirtschaftlichen Probleme Italiens, dessen hoher Bedarf an Rohstoffen bekanntlich über die im Kriegsfall so gefährdeten Schifffahrtswege gedeckt werden müsse; namentlich sei die Versorgung des Landes mit Kohle und Öl sicherzustellen. Ebenso eindringlich sprach er von den Schwächen der italienischen Luftabwehr und davon, wie schwierig es doch in der Praxis sei, von Deutschland Flak-Batterien zu bekommen. Es passte zu Ribbentrop, dass er darauf mit einem Preislied auf die italienische Flotte antwortete, wogegen die englischen und französischen Schiffe doch «im Grunde uralte» seien, und dass er ausserdem auf die bald mögliche Ausbeutung polnischer Kohlereviere verwies; doch ging es selbst für seine Verhältnisse etwas weit, dass er mit grosser Geste erklärte, er garantiere persönlich die Belieferung Italiens mit Öl, und dass er nicht minder grosszügig versprach, sich selbstverständlich sofort um das Flak-Problem zu kümmern. Auf Attolico machte er mit solchem Bombast freilich keinen Eindruck, und als der italienische Diplomat erwiderte, dass seine Bedenken mitnichten entkräftet seien, zog sich der Reichsausserminister auf die entwaffnende Formel zurück, dass es in dem bevorstehenden Krieg weniger aufs Material ankomme als auf Führung: Es sei «undenkbar, dass Länder einen Krieg verlieren, die von Führer und Duce geführt werden». Im Übrigen musste Attolico feststellen, dass sich Ribbentrop schliesslich einfach weigerte, Sinn und Zweck der Botschaft Mussolinis zur Kenntnis zu nehmen. Nachdem der Botschafter am Ende der Unterredung gesagt hatte, er müsse darauf bestehen, dass der Duce mit der deutschen Beurteilung der Situation nicht einverstanden sei, gab sich Ribbentrop erstaunt: Er sehe nicht recht, worin das Fehlen der Übereinstimmung eigentlich bestehe. Man sei sich in

⁴⁴¹ DDI, u, XIII, S. 22 f.

Berchtesgaden und Salzburg doch einig gewesen, behauptete er mit eiserner Stirn, und habe dort vereinbart, dass Rom der Beginn des Konflikts rechtzeitig mitgeteilt werde, damit Italien sich ebenfalls bereit machen könne⁴⁴².

Am folgenden Tag hielten die Italiener den definitiven Beweis dafür in Händen, dass die Deutschen wirklich entschlossen waren, sich über jeden italienischen Einspruch hinwegzusetzen, ja dass die Führer des Reiches damit im Grunde bereits im Begriff standen, die Haltung und das Verhalten Italiens einfach zu ignorieren. Am 19. August wurde Attolico zu Ribbentrop bestellt, um die Antwort Hitlers auf Mussolinis Botschaft in Empfang zu nehmen, und diese Antwort des «Führers» servierte dem Duce in brüsker Form eine Feststellung und drei Behauptungen, die weitere Gespräche praktisch ausschlossen. Erstens liess Hitler wissen, dass die Entscheidung zum Angriff auf Polen getroffen sei und nicht mehr widerrufen werde. Zweitens informierte er Mussolini, dass der Feldzug in Polen lokalisiert bleiben werde, weil «England und Frankreich nicht wagen werden, die Achse anzugreifen». Drittens belehrte er seinen römischen Freund, dass es, falls die Westmächte doch so verwegene sein sollten, Polen militärisch zu unterstützen, «für die Achse schwer sein würde, jemals bessere Bedingungen für die Auseinandersetzung zu finden». Viertens prophezeite er, dass der Krieg, selbst wenn er «verallgemeinert» werde, «angesichts der Übermacht der Achse nur von kurzer Dauer sein» werde⁴⁴³. Nun wussten die Italiener, dass ihnen tatsächlich nichts anderes mehr zu tun blieb, als auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und den Deutschen die italienische Neutralität so gut wie möglich zu verkaufen. Es galt, die Argumentation mit den wirtschaftlichen und militärischen Versorgungsnoten Italiens auszubauen, und Graf Magistrati hatte ausserdem den gleichen brillanten Einfall wie sein Schwager in Rom: Selbstverständlich werde Italien den Verpflichtungen aus dem «Stahl-Pakt» nicht ausweichen, so sagten beide. Den Deutschen müsse eben klargemacht werden, dass gerade die wahre Bündnistreue den Verzicht Italiens auf jegliche militärische Aktivität erfordere, weil mit dieser militärischen Abstinenz eindeutig der grösstmögliche Nutzen für die «Achse» zu erzielen sei. Im Übrigen seien die Deutschen davon zu überzeugen, dass die italienische Enthaltung nur vorläufig und dass für eine zweite Kriegsphase natürlich die militärische Intervention geplant sei⁴⁴⁴. Danach wurde der Begriff «Neutralität» von den Italienern in Acht und Bann getan. Dass Italien bei einem Eingreifen der Westmächte passiv bleiben werde, erfuhren die Deutschen aber sofort. Einen Tag, nachdem Attolico die Antwort Hitlers auf Mussolinis Botschaft bekommen hatte, erschien Magistrati bei Weizsäcker, um ihm, wenn auch etwas verklausuliert, zu sagen, dass Italien, falls die West-

⁴⁴² AIA, Ap Germania, Magistrati an Ciano, 19.8.1939.

⁴⁴³ DDI, 8, XIII, S. 73.

⁴⁴⁴ AIA, Ap Germania, Magistrati an Ciano, 23.8.1939.

mächte entgegen den deutschen Behauptungen und entsprechend den italienischen Warnungen zugunsten Polens eingreifen sollten, militärisch nichts unternehmen werde. Weizsäcker verstand seinen Besucher sehr gut und leitete seine Notiz über das Gespräch mit dem Kommentar an Ribbentrop weiter, dass Magistrats Mitteilung «meiner Ansicht nach entschieden beachtet werden muss»⁴⁴⁵.

Dass die NS-Führung die Haltung der Westmächte mittlerweile in der Tat mit jener arroganten Gleichgültigkeit betrachtete, mit der sie die italienischen Freunde erst entsetzte, dann erboste und schliesslich zur Konzipierung einer Neutralitätspolitik nötigte, hatte mehrere Gründe. Anfänglich waren Hitler und Ribbentrop wohl tatsächlich überzeugt davon, dass Frankreich und Grossbritannien weder willens noch – aus Mangel an mentaler und militärischer Vorbereitung – fähig seien, Polen zu Hilfe zu kommen, jedenfalls dann nicht, wenn der Abstand zwischen dem deutschen und dem westeuropäischen Rüstungsstand gross genug blieb, wenn ferner die deutsche Bündnispolitik – mit Italien und Japan oder mit Italien allein – genügend Abschreckung bewirkte. So hatte sich Staatssekretär v. Weizsäcker am 15. April veranlasst gesehen, in einen handschriftlichen Brief an den deutschen Botschafter in Rom, Hans-Georg v. Mackensen, einen Satz einzubauen, der nicht nur von Ironie triefte, sondern vor allem Mackensen vor Augen führen sollte, wie notwendig es sei, italienischen Widerspruch zu besorgen: «Es wird Sie interessieren», schrieb Weizsäcker, «dass nach Ansicht von Herrn von Ribbentrop im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts kein englischer Soldat mobilisiert werden würde.»⁴⁴⁶ Einige Monate später zeigte Weizsäcker aber in einem anderen Brief, dass zwar noch immer die gleiche Annahme ironisiert werden konnte, diese Annahme selbst jedoch zur rituellen Formel erstarrt war, hinter der keine wirkliche Überzeugung mehr stand. Als der deutsche Gesandte in Reval, Hans Frohwein, am 20. August berichtete, er habe in einem Gespräch mit dem stellvertretenden estnischen Aussenminister der Hoffnung Ausdruck gegeben, «dass England und Frankreich in endlicher Einsicht der Konsequenzen dem wildgewordenen Polen unter Umständen doch Unterstützung versagen ... könnten»⁴⁴⁷, ermahnte der Staatssekretär den – in seiner tiefen Sorge zu wenig linientreu formulierenden – Gesandten, sich «in Frage eines etwaigen Eingreifens Englands und Frankreichs» einer «strengeren Sprache» zu befleissigen: «Wir ... sagen vielmehr, dass wir ein Eingreifen der beiden Mächte nicht in Betracht zögen, weil diese dadurch ihren eigenen Bestand aufs Spiel setzen.»⁴⁴⁸

Zuviel war inzwischen geschehen, als dass man in Berlin an den Illusionen des Frühjahrs allzu lange hätte festhalten und auch noch im Sommer ernstlich

⁴⁴⁵ ADAP, D. 7, Nr. 146.

⁴⁴⁶ ADAP, D. 6, Nr. 209.

⁴⁴⁷ ADAP, D. 7, Nr. 134.

⁴⁴⁸ Ebenda, Nr. 163.

an die Passivität der Westmächte hätte glauben können. Selbst Ribbentrop hat allmählich zur Einsicht kommen müssen, obwohl er sich der Wahrheit zweifellos länger verschloss als Hitler, der ja nicht mit der gleichen Borniertheit geschlagen war wie sein Aussenminister und die Zeichen der Zeit früher erkannte. Da gab es nicht nur den einen festen und sicheren Orientierungspunkt, den die Westmächte in die politische Landschaft Europas setzten, indem sie die Unabhängigkeit potentieller Opfer des Dritten Reiches garantierten und sich damit unwiderruflich zum Schutz des europäischen Status quo verpflichteten. Zwei Tage vor der Garantie an Polen, am 29. März, hatte Premierminister Chamberlain bekanntgegeben, dass die britische «Territorial-Feldarmee» von 13 auf 26 Divisionen verstärkt und dass ausserdem die Ausrüstung dieser milizartigen Verbände dem Stand der Regulären Armee angeglichen werde⁴⁴⁹. Am 20. April, sieben Tage nach der Garantie an Rumänien und Griechenland, erfüllte der Premier eine Forderung, die von den Kritikern der Appeasement-Politik mit wachsender Ungeduld verfochten worden war, indem er endlich die Bildung eines sämtliche Rüstungsanstrengungen koordinierenden und intensivierenden «Ministeriums für Kriegslieferungen» anordnete⁴⁵⁰. Sechs Tage später folgte die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht⁴⁵¹; das britische Kabinett tat damit nicht nur einen dramatischen Schritt, sondern traf eine Massnahme, die für britische Verhältnisse, so lange sich das Land nicht im Krieg befand, geradezu revolutionären Charakter hatte und selbst im Ersten Weltkrieg erst 1916 getroffen worden war. Zusammen mit energischen Versuchen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung von Regulärer Armee, Luftwaffe und Marine, zusammen auch mit ständig steigenden Ausgaben für militärische Zwecke der unterschiedlichsten Art, sprachen solche Signale deutlich genug für die Ernsthaftigkeit der britischen Verteidigungsbereitschaft, zumal sich auf Grund der bislang geschehenen und der offensichtlich noch drohenden deutschen Gewaltakte auch in der britischen Bevölkerung eine Entschlossenheit zur Abwehr auszubreiten begann, die im Vorjahr gänzlich gefehlt hatte. Ähnlich entwickelten sich die Dinge in Frankreich.

Im Übrigen haben Briten und Franzosen, sowohl öffentlich wie in den Kanzleien der Diplomaten, von April bis August auch oft genug gesagt, und zwar ohne die geringste Schwankung in der Stimme und ohne die leiseste Abschwächung der Botschaft, dass man auf eine erneute deutsche Grenzüberschreitung mit Krieg reagieren werde, gleichgültig wer das nächste Opfer sei und ob den Opfern sofort geholfen werden könne. Die deutsche Diplomatie, die damals in den wichtigeren europäischen Hauptstädten über erstrangige Missionschefs verfügte, verfolgte aufmerksam die praktische Präparation Westeuropas auf

⁴⁴⁹ Archiv der Gegenwart 1939, Sp. 4003.

⁴⁵⁰ A.J. P. Taylor, *English History 1914-1945*, Oxford 1965, S. 445 f., 456.

⁴⁵¹ Ebenda, S. 444.

den drohenden Krieg, registrierte exakt den Stimmungsumschwung in den Westmächten und meldete beides ungeschminkt nach Berlin. So berichtete etwa der deutsche Botschafter in London, Herbert v. Dirksen, am 10. Juli, dass die Mehrheit der englischen Bevölkerung eine männliche Haltung einnehme und denke: «Wenn nun einmal der Krieg unvermeidlich ist, wollen wir ihn mit Entschlossenheit führen; je eher, desto besser, damit wir die Sache hinter uns haben und ruhigere Verhältnisse eintreten.» Es lasse sich feststellen, «dass die Gegnerschaft gegen Deutschland im Zunehmen begriffen ist; dass die Kampfbereitschaft sich gehärtet hat; dass das Gefühl zugenommen hat, wir dürfen uns nichts mehr gefallen lassen, unsere Ehre ist im Spiel; wir müssen kämpfen; die Regierung darf nicht nachgeben». Zu dieser Haltung, so kommentierte der Botschafter ohne Scheu vor dem Grimme Ribbentrops und Goebbels, «haben die gemeldeten deutschen Pressestimmen über das dekadente England, über seine fehlende Bereitschaft, zu kämpfen, wesentlich beigetragen». Dirksen schloss: «Der massgebende Unterschied zwischen der englischen Stimmung im Herbst 1938 und jetzt ist der folgende: damals wollte die grosse Masse nicht kämpfen und war passiv; jetzt hat sie der Regierung gegenüber die Initiative übernommen und treibt das Kabinett vorwärts.»⁴⁵²

Die Führung des Dritten Reiches empfing die Botschaft aber auch direkt von den Regierungen der Westmächte. Am 13. April hatte z.B. der französische Ministerpräsident Daladier in einer Pressekonferenz mit grossem Ernst die französische Zustimmung zu der britisch-polnischen Vereinbarung vom 6. April bekräftigt und mit Nachdruck auf das französisch-polnische Bündnis hingewiesen: «Frankreich und Polen garantieren sich unmittelbar und direkt gegen jede mittelbare oder unmittelbare Bedrohung ihrer lebenswichtigen Interessen.»⁴⁵³ Georges Bonnet, Aussenminister Frankreichs und lange Zeit einer der namhaftesten und aktivsten französischen Appeaser, bat am 1. Juli den deutschen Botschafter in Paris zu sich, um ihm eine Note an die deutsche Regierung zu überreichen, in der es unzweideutig hiess: «Im vergangenen Dezember habe ich Herrn von Ribbentrop klar zum Ausdruck gebracht, dass die französisch-deutsche Erklärung – übrigens im Einklang mit der Bestimmung des Artikels 3 – nicht als eine Beeinträchtigung der besonderen Beziehungen Frankreichs zu den osteuropäischen Ländern angesehen werden könne. Was insbesondere Polen anbetrifft, so haben die seit damals vorgekommenen Ereignisse das französische Bündnis verstärkt. In seiner Erklärung vom 13. April hat Herr Daladier eindeutig die Tragweite der Bindungen zwischen den beiden Ländern aufgezeigt. Ich lege Gewicht darauf, heute diese Bindungen der besonderen Aufmerksamkeit Herrn von Ribbentrops zu empfehlen und den un-

⁴⁵² ADAP, D, 6, Nr. 645.

⁴⁵³ Ebenda, Nr. 188.

erschütterlichen Willen Frankreichs, seine Verpflichtungen zu erfüllen und alle seine Kräfte in den Dienst des gegebenen Wortes zu stellen, scharf zu unterstreichen.» Deutsche Unternehmungen, so endete Bonnet, die den bewaffneten Widerstand Polens auslösten, würden «das Französisch-Polnische Abkommen in Kraft setzen und Frankreich zwingen, Polen sofort Beistand zu leisten»⁴⁵⁴. Die gleiche Wahrheit hörten Hitler und Ribbentrop aus jeder ausländischen Hauptstadt, ob in Europa oder in Übersee, und in Berlin von jedem ausländischen Missionschef, mit dem sie sprachen, ob es sich um den argentinischen Botschafter handelte oder um den päpstlichen Nuntius. Die Italiener belegten ihre Überzeugung von der Londoner und Pariser Interventionsbereitschaft sogar mit Instruktionen des Foreign Office an den britischen Botschafter in Rom, die sie gestohlen hatten⁴⁵⁵.

Wenn sich die nationalsozialistischen Führer von alledem wenig beeindruckt liessen, so alsbald keineswegs mehr deshalb, weil sie den Warnungen nicht geglaubt hätten. Dazu waren die Informationen denn doch zu zahlreich, zu dicht, zu gleichförmig, zu eindeutig und zu plausibel; am Ende wären Hitler und Ribbentrop buchstäblich die einzigen mit Politik befassten Europäer gewesen, die am Eingreifen Grossbritanniens und Frankreichs noch gezweifelt hätten. Ihrer Haltung lag vielmehr in der Tat, wie sie den italienischen Partnern im Juli und August versicherten, die schiere Siegesgewissheit zugrunde. Prahlte Ribbentrop vor Attolico und Ciano von der Unangreifbarkeit der Achsenmächte und von der Zerstörung etwa doch intervenierender Westmächte, so gab er damit in der ihm eigenen Art tatsächlich einer Meinung Ausdruck, die ihn völlig beherrschte, zumal er sie von seinem «Führer» übernommen hatte, der diese Meinung lediglich nüchterner und in Gestalt eiskalten Kalküls präsentierte – auch in den diversen Ansprachen, die er von Mai bis August 1939 hielt, etwa vor den Spitzen des Militärs, wo er zur Beruhigung seiner Zuhörer zwar stets die Notwendigkeit der Isolierung Polens betonte, jedoch anschließend sogleich erläuterte, was bei einem Scheitern der Isolierungsversuche zu geschehen habe. Und im Ansatzpunkt entsprach ja auch Hitlers Kalkül, sofern man die Analyse auf die im Moment gegebene Situation beschränkte, durchaus der Wirklichkeit. Die Beobachtung der britischen und französischen Vorbereitungen, ob wirtschaftlicher oder militärischer Art, hatte ihn zu dem richtigen Schluss geführt, dass die Westmächte im Augenblick und noch für eine ganze Weile nur zu defensiver Kriegführung und zu ergänzenden Formen der wirtschaftlichen Kriegführung – etwa der Blockade Deutschlands und Italiens – imstande seien. Mit Fug und Recht folgerte er daraus, dass sie sein polnisches Unternehmen überhaupt nicht ernstlich zu stören vermöchten und er es sich ohne Weiteres leisten könne, die deutsche Westgrenze – zumal dann, wenn es gelang, die Italiener bei der Stange zu halten und mit ihnen einen Teil der bri-

⁴⁵⁴ Ebenda, Nr. 602, 603.

⁴⁵⁵ Mackensen an AA, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1.

tisch-französischen Streitkräfte anderweitig zu beschäftigen – relativ schwach zu besetzen und die Masse des aktiven Feldheeres wie der Luftwaffe gegen Polen zu werfen. Nach Abschluss des Feldzugs in Polen konnte dann die Stossarmee nach Westen verlegt werden, um so bald wie möglich Westeuropa anzufallen und zu erobern. Im Grunde, so erkannte der «Führer» im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1939 immer klarer, brachte die Erledigung des polnischen Problems nicht einmal eine nennenswerte oder gar beunruhigende Verschiebung der Termine seiner mittelfristigen Expansionsplanung mit sich, allenfalls eine *gewisse* – und Hitler bald offensichtlich nicht mehr unwillkommene – Beschleunigung des Ablaufs. Solche Überlegungen kamen der Berliner Kriegspartei naturgemäss umso realistischer vor, je deutlicher sich im gleichen Zeitraum abzeichnete, dass es gelingen werde, jene Waffe der Westmächte und namentlich Grossbritanniens stumpf zu machen, die zunächst noch am ehesten gefährdet werden musste, nämlich die Blockade.

Am 12. August hatte sich Hitler während seines Gesprächs mit dem Grafen Ciano ein Telegramm bringen lassen, das nach seiner Behauptung aus der sowjetischen Hauptstadt stammte und die Mitteilung enthielt, «die Russen seien mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhändlers nach Moskau einverstanden». Die deutsch-sowjetische Verständigung, mit Wissen und aktiver Unterstützung der Italiener seit Monaten gesucht, war mithin, so gab Hitler zu verstehen, in erreichbare Nähe gerückt, ja praktisch bereits gesichert⁴⁵⁶. Mit der kleinen Szene wollte der «Führer» natürlich die so nervös gewordenen Römer beruhigen und ihnen mit einem Blick auf den Trumpf, den er gerade aus dem Ärmel ziehe und auf den Spieltisch der europäischen Politik knallen werde, Mut für den kommenden Konflikt machen. In der Sache hatte Hitler in diesem Falle jedoch nur wenig übertrieben. Zwar handelte es sich nicht um ein Telegramm, das aus Moskau gekommen wäre, sondern um eine blossе Nachricht aus dem Berliner Auswärtigen Amt, doch besagte die Nachricht in der Tat, dass der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, Georgi Astachow, im Auftrag Wjatscheslaw Molotows, des Regierungschefs und Aussenministers der Sowjetunion, an jenem 12. August im A.A. erschienen sei, um dort seinem mehrmaligen Gesprächspartner Julius Schnurre, dem Leiter des Referats Ost-Europa in der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Amtes, zu eröffnen, dass man in Moskau an einer umfassenden Erörterung der zwischen Deutschland und der UdSSR schwebenden Fragen, ob wirtschaftlicher oder politischer Natur, interessiert sei, als Ort der Besprechungen Moskau vorschlage und es dabei der deutschen Seite anheimstelle, die Verhandlungen durch den deutschen Botschafter in Moskau «oder eine andere zu entsendende Persönlichkeit» führen zu lassen⁴⁵⁷. Nach allem, was deutsche und sowjetische Unterhändler in den

⁴⁵⁶ ADAP, D, 7, Nr. 43.

⁴⁵⁷ Ebenda, Nr. 50.

vorhergegangenen Monaten und Wochen miteinander diskutiert hatten, dabei von misstrauischer Unverbindlichkeit rasch zu unmissverständlicher Andeutung und alsbald zu unverhüllter Offenheit gelangend, machte Molotows Einladung nun klar, dass der sowjetische Diktator Josef Stalin das Ende der blossen Fühlungnahmen für gekommen hielt, eine letzte Runde offizieller Verhandlungen wünschte und zum Abschluss deutsch-sowjetischer Verträge bereit war. Da andererseits Hitler mittlerweile ein wohl noch stärkeres Interesse an einer temporären Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR hatte, stand also tatsächlich eine wahrhaft sensationelle Wendung im deutsch-sowjetischen Verhältnis bevor, eine Wendung überdies, die dem Anschein nach eine einschneidende und für Deutschland günstige Veränderung der europäischen Mächtekonstellation bewirken musste.

Bis zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 hatte man in den Hauptstädten Europas den ideologisch-politischen Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem kommunistischen Russland als eine der festesten Grössen europäischer Politik behandeln können. Zwar haben viele politische Beobachter durchaus erkannt, dass die nationalsozialistischen Führer des Deutschen Reiches die gegen Bolschewismus, Komintern und Sowjetunion gerichteten Tendenzen und Kampfparolen sehr wohl auch zu instrumentalisieren wussten, nämlich teils als Kitt, teils als Tarnung eines Allianzsystems, das weniger zur Abwehr der sowjetisch unterstützten Ausbreitung des Bolschewismus und des bolschewistischen Russland bestimmt war, sondern mehr zur Förderung des nationalsozialistischen und des faschistischen Imperialismus. In einem Gespräch mit dem Grafen Ciano, am 24. Oktober 1936, hat Hitler selbst den Antibolschewismus als «das taktische Terrain» bezeichnet, auf dem sich neben der antisowjetischen zugleich eine aggressiv antiwestliche Bündnispolitik verfolgen lasse; zunächst komme es darauf an, vielen Ländern, welche zum Anschluss an Rom und Berlin geeignet seien, aber den deutschen und den italienischen Expansionismus fürchteten, die Angst vor einer Verbindung Deutschlands mit Italien zu nehmen, und das werde am besten dadurch erreicht, so meinte er, dass man ihnen «die italienisch-deutsche Union als Barriere gegen die innere und äussere bolschewistische Bedrohung» darstelle⁴⁵⁸. Der Antikominternpakt ist denn auch in diesem Sinne als ein Instrument der Sammlung und, wie Ciano ja in seinem Tagebuch anmerkte, als ein Vehikel antiwestlicher Politik benützt worden. Auf der anderen Seite war indes deutlich zu sehen, dass die ideologische Frontstellung gegen Kommunismus und Bolschewismus doch stets als ein wesentlicher Aspekt nationalsozialistischer Aussenpolitik erhalten blieb, und nichts wies darauf hin, dass der ganz Europa wohlbekannte Appetit des Dritten Reiches auf osteuropäisches und nicht zuletzt russisches Territo-

⁴⁵⁸ AIA, Ap Germania, Aufzeichnung Ciano, 24.10.1936.

rium im Schwinden begriffen sei. So glaubte niemand damit rechnen zu müssen, dass die offensichtlich naturgegebene Feindschaft zwischen Berlin und Moskau auch einmal von einem freundlicheren Verhältnis abgelöst werden könnte. Sogar der deutsch-sowjetische Handel war 1938 zu einem Rinnsal von jährlichen deutschen Exporten im Wert von 32 Millionen Reichsmark und von jährlichen deutschen Importen im Werte von 50 Millionen Reichsmark ausgetrocknet⁴⁵⁹.

Fast ganz Europa fand die deutsch-sowjetische Spannung recht nützlich. Die osteuropäischen Staaten, namentlich Polen, verzeichneten einen Gewinn an Sicherheit, weil sie die Sorge verloren, dass sich die beiden gefährlichen Grossmächte auf ihre Kosten einigten, und in den westeuropäischen Staaten gelangten viele Politiker und Diplomaten, vor allem solche konservativer Couleur, entweder zu der Auffassung, dass man sich um dieses unheimliche kommunistische Russland, weil es durch die deutsche Bedrohung neutralisiert sei, Gott sei dank überhaupt nicht mehr zu kümmern brauche, oder doch zu dem nicht minder angenehmen Schluss, dass man der mit Deutschland ohnehin tödlich verfeindeten UdSSR jedenfalls nicht den geringsten Preis für die Einreihung in diplomatisch-politische Fronten zum Containment des Dritten Reiches zahlen müsse. Letzere Ansicht zeichnete in Frankreich für die spielerisch-unernste Behandlung französisch-sowjetischer Bündnisprojekte und für den mangelnden Willen zur militärischen Konkretisierung der Projekte lange Zeit ebenso verantwortlich wie innenpolitische Rücksichtnahmen oder die Furcht davor, Hitler zu reizen, und in Grossbritannien sahen die von antikommunistischen Konservativen geführten Kabinette Baldwin und Chamberlain, so wie die Dinge zwischen Berlin und Moskau standen, überhaupt keinen Grund mehr für eine Annäherung an die verhasste und gefürchtete Sowjetunion und erhielten der europäischen Politik mit dem britisch-sowjetischen Gegensatz vorerst eine zweite feste Grösse. Die Sowjetunion selbst befand sich dabei in einer etwas eigenartigen Position. In Moskau trauerte man der politisch, wirtschaftlich und militärisch so wertvollen Zusammenarbeit mit den konservativ-nationalen Kräften der Weimarer Republik nach. Der permanente Bürgerkrieg von oben, zu dem sich das bolschewistische System unter Stalin entwickelt hatte, machte ausserdem die UdSSR zu einem politisch wie militärisch höchst verwundbaren Gebilde, und zwar schon ehe Stalin der Roten Armee jede Offensivkraft nahm, indem er 1937 und 1938 ihr Offizierkorps schlimmer dezimierte, als es ein blutiger Krieg vermocht hätte, und indem er namentlich die höheren und mittleren Ränge nahezu komplett liquidieren liess. Aus beiden Gründen hätten Stalin und seine aussenpolitischen Berater den deutsch-sowjetischen Gegensatz nur zu gerne wieder begraben⁴⁶⁰. Da aber gelegentliche Führer im nationalsozialistischen Berlin nicht das leiseste Echo weckten, blieb der

⁴⁵⁹ Aufzeichnung Wiehl, 6.2.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Akten Russland, 111284.

⁴⁶⁰ G. Weinberg, *Germany and the Soviet Union*, Leiden 1972.

Sowjetunion, die ihre Westgrenze ja auch im Hinblick auf die in Fernost entstandene japanische Bedrohung entlasten musste, einige Jahre lang nichts anderes übrig, als Geschmack an den Prinzipien der kollektiven Sicherheit zu finden, in den zuvor wütend bekämpften Völkerbund einzutreten und in solchem Rahmen mit mässigem Erfolg Versuche zum Paktieren mit den kapitalistischen Westmächten zu unternehmen, die Stalin mindestens ebenso als Feinde des kommunistischen Russland betrachtete wie das nationalsozialistische Deutschland.

Das Münchner Abkommen und dann mehr noch die endgültige Liquidierung der Tschechoslowakei änderten jedoch die Dinge: erst für Hitler, anschliessend für die Westmächte, schliesslich auch und vor allem für die Sowjetunion. Als Hitler und Ribbentrop in den Monaten nach München einen Krieg gegen die Westmächte ins Auge zu fassen begannen, ergab sich daraus sofort und notwendigerweise die Wünschbarkeit wenigstens einer gewissen Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Es kam dem «Führer» dabei weniger darauf an, für die Dauer der Kämpfe im Westen die Rote Armee ruhig zu halten; in aller Welt – vermutlich auch in Russland selbst – stimmten sämtliche militärischen Fachleute und sämtliche Politiker überein, dass Stalins «Säuberung» die sowjetischen Streitkräfte tatsächlich der Fähigkeit zu offensiver Kriegführung beraubt hatte. Die Berliner Führungsgruppe dachte daher nicht sogleich an eine – innenpolitisch ja geradezu bedenkliche – Normalisierung des politischen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Wohl aber liess die im Herbst 1938 mit Blick auf den Westkrieg beschlossene Forcierung der Rüstung die diversen Rohstoffe, die Russland zu bieten hatte, in verlockendstem Lichte erscheinen. Zumindest für eine Weile musste die russische Wirtschaftskraft der militärischen Stärkung des Dritten Reiches dienstbar gemacht werden, und zunächst war es für die NS-Führung im Grunde eine sekundäre Frage, ob sich das solchermassen gekräftigte Deutschland erst, wie nun vorgesehen, gegen den Westen oder doch schon gleich gegen den zeitweilig nützlichen östlichen Lieferanten wandte. So spielte Ribbentrop, der selbst die Konsequenzen der von ihm ebenfalls gewollten Entschlüsse Hitlers stets nur undeutlich erkannte, um die Jahreswende 1938/39 noch mit dem Gedanken, die Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen, weil er das offenbar für einen Köder hielt, mit dem Japan in den Militärpakt mit Deutschland und Italien zu locken sei, während Göring als oberster Wirtschafts- und Rüstungsboss bereits seit geraumer Zeit nachdrücklich eine Intensivierung des deutsch-sowjetischen Handels forderte⁴⁶¹. Tatsächlich konnte zwischen Berlin und Moskau vereinbart werden, dass Julius Schnurre im Januar 1939 zu Wirtschaftsgesprächen nach Moskau kommen werde. Ein Querschuss Ribbentrops verhinderte jedoch die Reise Schnurres, und auch im Februar, als Graf Friedrich Werner von der Schulenburg, der deutsche Botschaf-

⁴⁶¹ Vgl. Anm. 459.

ter in Moskau, die Verhandlungen wieder aufnahm, und zwar direkt mit dem «Volkskommissar» – d.h. Minister – für Aussenhandel, Anastas Mikojan, blieben Resultate aus, weil sich auf deutscher Seite vorerst die Ansicht durchsetzte, dass man sich die russischen Rohstoffe – angesichts der Kreditwünsche Moskaus und angesichts des sowjetischen Verlangens nach ganz spezifischen Produkten der deutschen Industrie – eigentlich nicht leisten könne⁴⁶². Es zeigte sich klar, dass ohne starke politische Motive nicht einmal der Handelsverkehr zwischen den beiden verfeindeten Mächten zu normalisieren war.

Mit der Besetzung Böhmens und Mährens und mit der bald danach getroffenen Entscheidung zum Angriff auf Polen stellten sich indes solche politischen Motive in Berlin ein. Zwar scheint Hitler, als er den Entschluss fasste, Polen militärisch auszuschalten und dabei auch gleich nach den baltischen Ländern zu greifen, im Moment bezeichnenderweise überhaupt keinen tieferen Gedanken an die möglichen Reaktionen der UdSSR verschwendet zu haben, aber die lebhaft diplomatische Aktivität, mit der die Westmächte jetzt auf die Bedrohung durch Deutschland antworteten, auch in Moskau, und die Überlegung, dass ein störungsfreier Ablauf der Kampagne in Polen immerhin angestrebt werden müsse, lenkten den Blick doch rasch auf die Sowjetunion. So hat Göring, der nun naturgemäss auch eine Chance witterte, der Beschaffung russischer Rohstoffe endlich näher zu kommen, am 16. April in Rom zu Mussolini gesagt, er «wolle den Führer fragen, ob man nicht durch gewisse Mittelsmänner vorsichtig bei Russland mit dem Ziel einer Annäherung vorfühlen könne, um Polen dann auch mit Russland zu beruhigen»⁴⁶³. Das eigentliche politische Ziel bestand jedoch zunächst ganz simpel darin, den Anschluss der Sowjetunion an die unter britischer Führung offensichtlich entstehende Gruppierung feindlicher Mächte zu verhindern. Einige Wochen nach Görings Besuch in Rom herrschte innerhalb der NS-Führung bereits Einigkeit darüber, dass ein energischer Versuch gemacht werden müsse, die UdSSR und die Westmächte zu trennen; auch Ribbentrop war, wie er Anfang Mai während der Mailänder Konferenz zur Vorbereitung des «Stahl-Pakts» dem Grafen Ciano auseinandersetzte⁴⁶⁴, für einen derartigen Versuch gewonnen, obschon er dem Effekt, den eine eventuelle deutsch-sowjetische Annäherung im strikt antisowjetischen Tokio haben musste mit einigem Bangen entgegensah. Die Italiener nahmen die deutschen Überlegungen sehr freundlich auf. Mussolini, der sich später sogar für den Erfinder der Verständigung zwischen Berlin und Moskau hielt, riet zwar zu behutsamem Vorgehen und zur Einhaltung bestimmter Grenzen, einmal im Hinblick auf die Wirkung in Japan, zum anderen und vor allem im Hinblick auf den Schock, den sonst die von Nationalsozialismus und Fa-

⁴⁶² S. Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941*, Bonn 1964.

⁴⁶³ ADAP, D, 6, Nr. 211.

⁴⁶⁴ AIA, Ap Germania, Ciano an Mussolini, 7.5.1939.

schismus auf Antibolschewismus eingeübten eigenen Völker erleiden müssten. Aber als «petit jeu», wie Mussolini zu Göring sagte, oder wenn «mit Discretion und Sinn für Mass» verfolgt, wie Graf Ciano in Mailand zu Ribbentrop meinte, schien den Römern eine deutsche Politik, die einen Keil zwischen Westmächte und Sowjetunion trieb, durchaus richtig zu sein. Allerdings blieb in Berlin geraume Zeit unklar, wie man die Konkretisierung des guten Einfalls anzupacken habe, und so kam es auch zu keiner deutschen Initiative.

In London und Paris wiederum brach sich in der zweiten Aprilhälfte und im Laufe des Mai die Auffassung Bahn, dass die Haltung der Sowjetunion in einem Konflikt zwischen dem Dritten Reich und den Westmächten, der von einem deutschen Angriff auf Polen provoziert werde, sicher gemacht werden müsse. Es konnte nicht – wie bei Einleitung der Politik der Garantien angenommen – genügen, auf die naturgegebene Feindschaft zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem bolschewistischen Russland zu bauen und, davon ausgehend, bei deutschem Ausgreifen nach Ost- und Südosteuropa zumindest die wohlwollende Neutralität der Sowjetunion – verbunden mit materieller Unterstützung der Opfer deutscher Aggression – einfach zu unterstellen. Eine diplomatisch-politische Front zum Containment des deutschen Expansionismus musste in Berlin doch sehr viel abschreckender wirken, wenn sich die Sowjetunion, statt im Hintergrund zu bleiben, offen in sie einreichte, und versagte die Abschreckung, mussten die militärischen Chancen einer Anti-Hitler-Koalition – mochte die Rote Armee noch so geschwächt sein – immerhin besser sein, wenn ihr die Sowjetunion als aktiver Partner angehörte. Gewiss gab es da das Problem der polnischen oder rumänischen Furcht vor sowjetischer Bundesgenossenschaft, und es war nicht recht zu sehen, wie man diese Schwierigkeit ausräumen sollte. Ebenso hemmend wirkte die eigene Abneigung gegen den Bolschewismus und das eigene Misstrauen gegen ein von Bolschewiki geführtes Russland. Nicht allein Premierminister Chamberlain, sondern ein Grossteil der konservativen und bürgerlichen Politiker und Diplomaten in Grossbritannien wie auch in Frankreich blickten einem eventuellen Bündnis zwischen ihren Ländern und der Sowjetunion mit einem Widerwillen entgegen, der Verhandlungen mit Moskau nicht förderlich sein konnte. Bald kamen noch andere Hindernisse in Sicht. Gleichwohl gehorchten die Regierungen in London und Paris der Notwendigkeit. Am 8. Mai schlug das britische Kabinett der sowjetischen Regierung vor, sich der Politik der Garantien, mit der sich die Westmächte zur Abwehr weiterer Verletzungen des europäischen Status quo verpflichtet hatten, durch eine öffentliche Erklärung anzuschliessen⁴⁶⁵, und am 25. Mai gingen Grossbritannien und Frankreich noch einen grossen Schritt weiter, indem sie Stalin einen förmlichen Beistandspakt zwischen den Westmächten und der UdSSR offerierten⁴⁶⁶. Über den westli-

⁴⁶⁵ Documents on British Foreign Policy (DBFP), Third Series, Bd. V, S. 487.

chen Entwurf für einen solchen Pakt, über einen sowjetischen Gegenentwurf und über einen neuen britisch-französischen Entwurf setzten dann auch Verhandlungen ein, für die Chamberlain am 8. Juni – charakteristisch für den Mangel an Enthusiasmus, mit dem er und andere das Allianzprojekt behandelten – einen zwar sehr fähigen, doch nicht gerade besonders hochrangigen Unterhändler nach Moskau schickte, nämlich den Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im Foreign Office, Sir William Strang.

Zu diesem Zeitpunkt orientierte man sich im Kreml aber ohnehin bereits an ganz anderen Visionen. Die im Münchner Abkommen gipfelnde Appeasement-Politik der Westmächte hatte die sowjetischen Führer zweifellos schockiert und verstört. München bedeutete den Ausschluss der Sowjetunion von der Regelung kontinentaleuropäischer Fragen, und nach dem Willen der im Münchner «Führerbau» konferierenden Politiker war der Ausschluss offenbar als Dauerzustand gemeint. Indem das Abkommen immerhin eine gewisse deutsche Expansion in östliche Richtung erlaubte und zugleich den Weg zur wirtschaftlichen wie politischen Dominanz Deutschlands in Mittel- und Südosteuropa öffnete, verringerte es ausserdem die Sicherheit der Sowjetunion; jedenfalls war der nach eigenem Anspruch tödlichste Feind der UdSSR erheblich gekräftigt worden. Jene Aussenpolitik, die das Heil der Sowjetunion im System der kollektiven Sicherheit und in der Verbindung mit den Westmächten gesucht hatte, musste zumindest als böse diskreditiert gelten, zumal nun der Verdacht an Plausibilität gewann, Grossbritannien und Frankreich seien darauf aus, den deutschen Expansionismus auch künftig nach Osten und nicht zuletzt gegen das verhasste bolschewistische Russland abzulenken. Unter den gegebenen Umständen lag es für Stalin und seine Berater sogar nahe, Überlegungen anzustellen, ob nicht doch die Möglichkeit einer direkten Verständigung mit dem plötzlich so stark und gefährlich gewordenen Deutschland bestand.

Wenn sie den miserablen Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und dessen Ursachen bedachten, nämlich die antibolschewistische ideologische Grundorientierung und die bekanntermassen vornehmlich auf Osteuropa zielende expansionistische Grundtendenz des nationalsozialistischen Deutschland, konnte es ihnen freilich nur als nahezu hoffnungslos erscheinen, die deutsche Gefahr ausgerechnet durch Annäherung an Deutschland entschärfen zu wollen. Daher verbot es sich, aus München sofort allzu sichtbare Konsequenzen zu ziehen. Zunächst hatte sich die Sowjetunion wie zuvor als eine Macht zu gerieren, die gleich den westlichen Demokratien auf Abwehr der faschistischen Aggressoren» eingeschworen und immer noch für eine energische Politik des Widerstands zu haben sei. So blieb die Sprache der Sowjetunion, ob in der Diplomatie oder in Presse und Rundfunk, fast unverändert demokratienfreundlich und achsenfeindlich, auch fehlte es nicht an Gesten, die bekunden

⁴⁶⁶ Ebenda, S. 679 f.

sollten, dass in Moskau nach wie vor die Neigung zur Gemeinsamkeit mit den Westmächten dominiere. Am 9. Februar 1939 empfing Iwan Maiski, der sowjetische Botschafter in London, einige prominente britische Politiker zum Lunch. Als einer der Gäste, Harold Nicolson, auf die Frage Maiskis – es war bereits etlicher Wodka geflossen –, wie es denn nun in Europa weitergehe, scherzhaft antwortete, die Sowjetunion werde sich wohl demnächst gezwungen sehen, dem Antikominternpakt beizutreten, sagte der Botschafter, dass Russland durch München gewiss tief verletzt worden sei und dass man im Westen nicht mehr mit sowjetischen Avancen rechnen dürfe: «Wenn aber (und hier wurde er ernst)», notierte Nicolson, «wir Annäherungsversuche machen sollten, würden wir Russland nicht so distanziert oder gekränkt finden, wie wir vielleicht angenommen hätten.»⁴⁶⁷ Auf der anderen Seite hielt man es im Kreml offenbar für angezeigt – und jedenfalls für unschädlich –, Berlin doch einmal ein Signal zu geben, dass die Sowjetunion nicht mit unzerreißbaren Banden an die Westmächte gefesselt sei.

Auf der ersten Sitzung des 18. Parteikongresses der KPdSU machte Stalin am 10. März in seinem Rechenschaftsbericht Ausführungen zur sowjetischen Aussenpolitik, die politische Beobachter in aller Welt und in der Tat nicht zuletzt die deutschen Diplomaten aufhorchen liessen. Nachdem er konstatiert hatte, dass die kapitalistischen Staaten einen Ausweg aus ihren Krisen in einem «zweiten imperialistischen Krieg» suchten, in einem Krieg, der durch die «Angreiferstaaten» bereits von China bis Spanien entfesselt sei, fuhr Stalin fort, der Kampf der Angreiferstaaten richte sich gegen die Interessen Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, die ihrerseits den Angreifern Konzession um Konzession schenkten. Die Schwäche der demokratischen Mächte erkläre sich, abgesehen von ihrer Furcht vor revolutionären Entwicklungen im Falle eines neuen Krieges, in erster Linie daraus, dass sie das Prinzip der kollektiven Sicherheit aufgegeben hätten und zu einer Politik der Nichteinmischung und der Neutralität übergegangen seien. Dieser Politik liege der Wunsch zugrunde, die Angreiferstaaten auf andere Opfer abzulenken. Solche Versuche müssten aber nicht unbedingt gelingen, implizierte der sowjetische Diktator und attackierte dann jene britischen, französischen und amerikanischen Zeitungen, die da lautstark behauptet hätten, die Deutschen würden, nachdem nun die Karpatho-Ukraine in ihrem Machtbereich liege, bis zum Frühjahr 1939 auch noch die Sowjet-Ukraine in Besitz nehmen: «Es sieht so aus, dass dieser verdächtige Lärm den Zweck verfolgt hat, Wut der Sowjetunion gegen Deutschland zu erzeugen, die Atmosphäre zu vergiften und ohne sichtbare Gründe einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren.» Natürlich erklärte Stalin, dass man in der Sowjetunion die Drohungen der Angreifer nicht fürchte und bereit sei, jeden Schlag der Kriegstreiber, die sich gegen die

⁴⁶⁷ Nicolson, Diaries and Letters, S. 391.

Unantastbarkeit der Sowjetgrenzen zu wenden suchten, mit einem Doppelschlag zu beantworten, doch formulierte er anschliessend zwei Grundsätze sowjetischer Aussenpolitik, die in westlichen Ohren noch feindseliger und in deutschen Ohren noch einladender klingen mussten als die bisherigen Passagen seiner Rede: Erstens werde die KPdSU «auch weiterhin eine Politik des Friedens und der Festigung der geschäftlichen Verbindungen mit *allen Ländern*» verfolgen, zweitens werde die KPdSU Vorsicht walten «und unser Land nicht in Konflikte durch Kriegstreiber hineinziehen lassen, die gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen»⁴⁶⁸.

Der Kreml gab noch weitere Zeichen. Am 18. März reagierte auch die Sowjetunion mit einer formellen Note auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Annexion Böhmens und Mährens. Aber anders als die am gleichen Tag in Berlin überreichten Noten der Westmächte enthielt das sowjetische Schriftstück, das auch bezeichnenderweise nur der deutschen Botschaft in Moskau zugestellt wurde, keinen Protest gegen das deutsche Vorgehen, sondern brachte lediglich zum Ausdruck, dass die sowjetische Regierung die Einverleibung des geschaffenen Protektorats und praktisch auch der Slowakei in das Deutsche Reich nicht anerkennen könne⁴⁶⁹. In einer Unterhaltung mit Graf Schulenburg begründete Aussenkommissar Litwinow den sowjetischen Schritt ausdrücklich damit, dass die Sowjetunion angesichts der britisch-französischen Aktivität nicht habe passiv bleiben können, und er hob ausserdem den Unterschied zwischen Protest und blosser Nichtanerkennung hervor. Auf Schulenburgs Frage nach der praktischen Bedeutung der sowjetischen Note antwortete Litwinow mit der gleichen betonten Gleichgültigkeit, «die Sowjetregierung habe eben ihren Standpunkt klarstellen wollen»⁴⁷⁰. Etwa zur gleichen Zeit sagte Litwinow zur Frau des japanischen Botschafters in Moskau, Togo, er wisse genau, dass die Verhandlungen zwischen Japan und den Achsenmächten über ein deutsch-italienisch-japanisches Militärbündnis in erster Linie an der gegenwärtig vornehmlich antiwestlichen Haltung Deutschlands und Italiens gescheitert seien, und an diese an sich schon bemerkenswerte Äusserung knüpfte Litwinow die noch bemerkenswertere Prophezeiung, Deutschland und Italien ständen im Begriff, «ihr Verhältnis zur Sowjetunion zu arrangieren». Da der sowjetische Aussenkommissar selbstverständlich genau wusste, dass seine Sätze den Weg zur deutschen Moskauer Botschaft finden würden, kam seine Prophezeiung einem Wink an die deutsche Adresse gleich, ein solches Arrangement zwischen UdSSR und Achsenmächten sei, was die sowjetische Seite betreffe, durchaus möglich. Tatsächlich hat Frau Togo ihr Gespräch mit Litwinow «unter dem Siegel tiefster Verschwiegen-

⁴⁶⁸ ADAP. D. 6. Nr. 1.

⁴⁶⁹ Ebenda, Nr. 43.

⁴⁷⁰ Ebenda.

heit» sogleich Botschaftsrat Werner v. Toppelskirch erzählt, der mit Recht kommentierte, man könne «an derartigen Beobachtungen nicht vorübergehen»⁴⁷¹. Einige Wochen später, am 4. April, nahm die sowjetische Nachrichtenagentur TASS zu Meldungen in der französischen Presse, die Sowjetunion habe sich verpflichtet oder werde sich verpflichten, «im Kriegsfall Polen mit Kriegsmaterial zu versorgen und ihren Rohstoffmarkt für Deutschland zu sperren», folgendermassen Stellung: «Die TASS ist ermächtigt zu erklären, dass diese Meldung nicht den Tatsachen entspricht, da die Sowjetunion niemandem solche Versprechungen gegeben und keine solchen Verpflichtungen übernommen hat.»

Indes blieben die sowjetischen Signale in den Märzwochen notwendigerweise noch vage. Die Situation und ihre Entwicklung waren undurchschaubar, und es galt, sich alle Optionen offenzuhalten. So durfte es Stalin nicht riskieren, durch eine verfrühte – sichtbare – Hinwendung zu Deutschland die dann womöglich resignierenden Westmächte zu einer Fortsetzung ihrer Appeasement-Politik zu veranlassen; damit hätte er selbst dazu beigetragen, Hitler tatsächlich freie Hand im Osten zu verschaffen. Von den letzten Tagen des März bis Mitte April muss es jedoch im Kreml zu einem Klärungsprozess gekommen sein, der zu einer eindeutigen sowjetischen Präferenz führte. In diesen fünfzehn Tagen bekam Stalin nämlich für seine künftige Aussenpolitik zwei feste Orientierungspunkte geliefert. Erstens: Nachdem er – nicht zuletzt durch den in Tokio postierten sowjetischen Spitzenagenten Dr. Richard Sorge – schon vom Stand der deutsch-japanischen Verhandlungen und von der daran ablesbaren temporären Westschwenkung des nationalsozialistischen Expansionismus Kenntnis erhalten hatte, freilich ohne dabei in die Berliner Entscheidungsprozesse genauer eingeweiht zu sein und Sicherheit über die deutschen Pläne zu haben, erhielt er jetzt – und zwar vor allem durch einen der unmittelbar Beteiligten, den in Warschau stationierten und mit Botschafter v. Moltke befreundeten Legationsrat Rudolf v. Scheliha – zuverlässige, exakte und detaillierte Informationen über die Wende im deutsch-polnischen Verhältnis und über die deutsche Absicht, Polen demnächst militärisch auszuschalten⁴⁷². Zweitens: Mit den Polen, Rumänien und Griechenland gegebenen Garantien machten gleichzeitig die Westmächte klar, dass sie, weit davon entfernt, die Appeasement-Politik fortsetzen zu wollen, entschlossen seien, die nächste deutsche Grenzüberschreitung mit ihrer militärischen Intervention zu beantworten.

Diese beiden neuen Fixpunkte der europäischen Lage eröffneten aber der sowjetischen Politik, so wie Stalin die Dinge offenbar sah, die erfreulichsten Aussichten. Die britisch-französische Politik der Garantien – und hierin lag ih-

⁴⁷¹ Ebenda. Nr. 51.

⁴⁷² F.W. Deakin / G. R. Stony, *The Case of Richard Sorge*, London 1966; Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler, s Germany*, S. 533.

re eigentliche und wichtigste Wirkung – befreite die sowjetische Führung von der bislang stets lebendigen Furcht, das kapitalistische Westeuropa könne, um sich selbst Ruhe zu erkaufen und dabei gleich noch den Bolschewismus auszutilgen, der Aggressivität des nationalsozialistischen Deutschland wirklich die Bahn nach Osten freigeben oder die Aggressivität gar auf die Sowjetunion hetzen. Nun stand definitiv fest, dass Hitler die von ihm gewünschte «freie Hand im Osten» eben nicht bekommen werde. Stattdessen bot sich ganz im Gegenteil plötzlich Moskau die – vielleicht einmalige – Chance, den deutschen Expansionismus nach Westen zu lenken und in einem sicherlich langwierigen Konflikt mit den Westmächten zu erschöpfen. Es war lediglich nötig, dass Hitlers Entschluss zum Überfall auf Polen, der nun den Krieg Deutschlands mit Grossbritannien und Frankreich automatisch auslöste, stabil blieb, und dazu konnte die sowjetische Politik einen gewichtigen Beitrag leisten. So durfte sich die Sowjetunion der von London angestrebten diplomatisch-politischen Anti-Hitler-Koalition, die den «Führer», wenn sie komplettiert wurde, wirklich abschrecken mochte, naturgemäss nicht anschliessen. Vielmehr kam es darauf an, den «Führer» noch zu ermuntern, am besten durch eine sowjetischdeutsche Verständigung, die Deutschland für den Kriegsfall die wohlwollende Neutralität der Sowjetunion verhiess. Dass angesichts der deutschen Absicht zum Angriff auf Polen und angesichts des damit einzugehenden Risikos eines Krieges gegen die Westmächte zum ersten Mal seit 1933 ein starkes deutsches Interesse an einer zumindest temporären deutsch-sowjetischen Entspannung bestand, hat Stalin jetzt ohne Weiteres unterstellen können.

Tatsächlich musste Hitlers Interesse an Rückenfreiheit so gross sein, dass zusätzlich zur Fesselung Deutschlands im Westen sogar die Möglichkeit auftauchte, für die wohlwollende Neutralität – und die mit ihr verbundene grosszügige Wirtschaftshilfe – einen vom Dritten Reich unmittelbar und sofort zu zahlenden Preis einzustreichen. Mit anderen Worten: In Stalin setzte sich die Vorstellung fest, dass ihm die von Hitler geschaffene Situation eine grandiose Chance bescherte, der Verwirklichung eigener – an zaristischen Vorbildern orientierter – imperialer Träume näherzukommen; zunächst sollte es wenigstens gelingen, in Kooperation mit dem Dritten Reich jene Territorien zurückzuholen, die dem durch Krieg, Revolution und Bürgerkrieg geschwächten Russland zwischen 1917 und Ende 1920 abgenommen worden waren, von Finnland über die baltischen Staaten und das östliche Polen bis zum rumänischen Bessarabien. Gelang es, die Hand aufs Baltikum zu legen und mit Deutschland Polen zu teilen, entstand zwar – und das war ein an sich durchaus beunruhigender Gedanke – eine gemeinsame deutsch-russische Grenze. Aber im Hinblick auf die zugleich bewirkte Verstrickung des gefährlichen westlichen Nachbarn in einen Krieg mit den Westmächten schien man sich die ansonsten bedenkliche Nähe leisten zu dürfen. Bedachte man die Erschöpfung,

die ein langer und blutiger Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten beiden Seiten bringen würde, wirkte es ja nicht einmal mehr unrealistisch, wenn man darauf spekulierte, diese Erschöpfung für weitere imperialistische Vorstösse auszunutzen.

Dass im Übrigen die Westmächte nicht bereit waren, den sowjetischen Eintritt in die Anti-Hitler-Koalition mit der Zustimmung zu der plötzlich realisierbar erscheinenden Befriedigung des russischen Revisionismus zu honorieren, war ebenfalls bereits zwischen Mitte März und Mitte April klar genug geworden, als Frankreich und namentlich Grossbritannien – trotz ihrer nach Hitlers Prager Coup akuten Ängste vor neuen deutschen Streichen – eine irritierende und aus Moskauer Sicht politisch gänzlich unbrauchbare Neigung an den Tag gelegt hatten, auf die baltische, polnische und rumänische Furcht vor der sowjetischen Bundesgenossenschaft Rücksicht zu nehmen. Für derlei Geschäfte brauchte Stalin offenkundig Partner mit der gleichen Skrupellosigkeit und der gleichen Menschenverachtung, über die er selbst gebot, eben Partner wie die nationalsozialistischen Herren Deutschlands. Zwar konnte er die Verhandlungen mit den Westmächten nicht einfach abrechnen oder einschlafen lassen; sie mussten vielmehr – bis der deutsche Fisch an der Angel hing – mit jenem Mass an Eifer fortgesetzt werden, das einen Abschluss als jederzeit möglich aussehen liess; ansonsten wäre ja Hitler der Notwendigkeit enthoben gewesen, auf sowjetische Avancen einzugehen. Aber von dieser taktischen Funktion abgesehen, besaßen die Gespräche mit den Westmächten für Stalin seit Mitte April keine ernsthafte Bedeutung mehr. Initiativen, Mühen und den beharrlichen Willen zum Erfolg investierte die sowjetische Führung vielmehr in die Realisierung der deutschen Option.

Am 17. April suchte der sowjetische Botschafter in Berlin, Alexei Merekalow, Staatssekretär v. Weizsäcker auf, und zwar zum ersten Mal seit er am 13. Juli 1938 Hitler sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte. Als offiziellen Grund für seinen Besuch nannte er, wenig überzeugend, eine handelspolitische Nichtigkeit. Bald lenkte er das Gespräch auf Politik und erkundigte sich nach dem deutsch-polnischen Verhältnis, speziell nach angeblichen militärischen Zusammenstössen an der deutsch-polnischen Grenze. «Nachdem ich letztere dementiert und über die deutsch-polnischen Beziehungen einige ziemlich gelassene Bemerkungen gemacht hatte», so berichtete Weizsäcker, «fragte der Russe mich unverblümt, was ich von dem deutsch-russischen Verhältnis hielte». Der Staatssekretär antwortete zurückhaltend mit dem Hinweis auf den deutschen Wunsch nach einem befriedigenden Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten. «Der Botschafter erklärte hierauf etwa Folgendes: Die russische Politik sei immer geradlinig gewesen. Ideologische Meinungsverschiedenheiten hätten das russisch-italienische Verhältnis kaum beeinträchtigt und brauchten es auch Deutschland gegenüber nicht zu stören. Sowjetrussland habe die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und den westlichen De-

mokratien nicht gegen uns ausgenützt und wünsche das auch nicht zu tun. Es bestehe für Russland kein Grund, warum es nicht mit uns auf einem normalen Fusse leben sollte. Aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden.» Weizsäcker schloss seine Aufzeichnung: «Mit dieser Bemerkung, auf welche der Russe die Unterhaltung hingeführt hatte, beendete Herr Merekalow das Gespräch. Er hat die Absicht, in den nächsten Tagen zu einem Besuch nach Moskau zu reisen.»⁴⁷³

In Anbetracht der zwischen den beiden Ideologien und Regimen bestehenden Todfeindschaft, in Anbetracht auch der nach wie vor laut bekundeten sowjetischen Zustimmung zu dem achsenfeindlichen Vorzeichen, unter dem die gleichzeitig und sichtbar geführten Bündnisgespräche zwischen Moskau und den Westmächten standen, war Merekalows Sprache ein geradezu schrilles Signal. Doch machte der Kreml seine neue Präferenz alsbald noch sehr viel deutlicher. Am 3. Mai verlor Litwinow sein Amt als Aussenkommissar und wurde von Regierungschef Molotow abgelöst. Der jüdische und – ob zu Recht oder zu Unrecht – als überzeugter Verfechter einer westlich orientierten Politik der kollektiven Sicherheit geltende Funktionär hatte also einem Manne weichen müssen, der nicht nur als besonderer Vertrauter Stalins, sondern vor allem als gleichsam «russischer» erschien; das Revirement könnte mithin als Teil einer gewissen Entideologisierung der sowjetischen Politik und ihrer Rückkehr zur simplen Vertretung begrenzter russischer Interessen ausgegeben und verstanden werden, in solchem Rahmen dann als erster Schritt der Abkehr von der Kooperation mit Westmächten und Völkerbund. Der Wechsel ist denn auch allenthalben in diesem Sinne gedeutet worden, und politische Beobachter in Paris, London und nicht zuletzt Warschau zogen auch schon den Schluss, dass die Entwicklung nun auf eine deutsch-sowjetische Zusammenarbeit zulaufe: «I fear this terribly», notierte Harold Nicolson am 4. Mai⁴⁷⁴. In Berlin wiederum kam es am 5. Mai zu einer Unterredung zwischen Legationsrat Schnurre und dem sowjetischen Geschäftsträger Georgi Astachow, in der Astachow sich grösste Mühe gab, Schnurre beizubringen, dass der Ersetzung Litwinows durch Molotow in der Tat genau die Bedeutung zukomme, die man in Grossbritannien und Frankreich befürchtete. Der sowjetische Diplomat knüpfte daran sogar die Frage, wie Schnurre berichtete, «ob uns dies Ereignis zu einer veränderten Einstellung der Sowjet-Union gegenüber bringen würde». Es fehlte nur noch, dass er dem Beamten eines Regimes, das den Antisemitismus zur Staatsreligion erhoben hatte, sagte, jetzt, da wir euch diesen Juden als Verhandlungspartner erspart haben, könnt ihr doch ungescheut etwas freundlicher werden. Im Übrigen benützte Astachow, als er die von Moskau gewünschte Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen umschreiben wollte, den Begriff «Rapallo», d.h. er beschwor jenes deutsch-sowjetische Abkommen, mit

⁴⁷³ ADAP, D, 6, Nr. 215.

⁴⁷⁴ Nicolson, Diaries and Letters, S. 401.

dem die antiwestliche und antipolnische Verbindung zwischen den konservativ-nationalen Kräften in Deutschland und den Bolschewiki im Kreml am 16. April 1922 erstmals auf eine vertragliche und dann bis 1933 haltbare Basis gestellt worden war⁴⁷⁵. Knapp zwei Wochen später, am 17. Mai, erschien Astachow erneut bei Schnurre, um – nach der Behandlung diverser wirtschaftlicher Fragen – abermals mit Nachdruck darzutun, dass zwischen Deutschland und der Sowjetunion doch gar keine realen aussenpolitischen Gegensätze bestünden und folglich kein Grund für eine Gegnerschaft der beiden Staaten vorliege; dass eine positive Veränderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen möglich sei, bewiese ja auch, so sagte er wie am 17. April Merekalow, das sowjetisch-italienische Verhältnis, das der Duce selbst nach Schaffung der «Achse» ganz normal gehalten habe. Astachow sprach davon, dass man sich in der Sowjetunion durch Deutschland bedroht fühle, setzte jedoch hinzu: «Es sei gewiss möglich, dieses Gefühl der Bedrohung und das Misstrauen in Moskau zu zerstreuen.» Auch in dieser zweiten Unterredung erwähnte Astachow beziehungsweise den Vertrag von Rapallo, und auf eine Zwischenfrage zum Fortgang der britisch-sowjetischen Verhandlungen äusserte er, wie Schnurre aufmerksam registrierte, «dass nach dem jetzigen Stande wohl kaum das von England gewünschte Ergebnis eintreten würde»⁴⁷⁶.

In Berlin reagierte man auf die sowjetischen Sirenengesänge, so lieblich sie klangen, auch noch zwischen Mitte April und Ende Mai mit Misstrauen und grösster Zurückhaltung. Zu stark war anfänglich der Argwohn, die Sowjets könnten, wenn man sich auf Verhandlungen mit ihnen einliess, dies nur benutzen, um bei ihren Gesprächen mit den Westmächten für ihre Bundesgenossenschaft einen höheren Preis herauszuschlagen; schlossen dann die Sowjets mit London und Paris ab, drohte der deutschen Seite neben der politischen Niederlage eine Blamage, die, weil vom ideologischen Todfeind zugefügt, doppelt peinlich gewesen wäre. Auf der anderen Seite brauchten die nicht weniger misstrauischen Sowjets eine deutsche Erklärung, die ihnen die Gewissheit gab, dass Deutschland tatsächlich zu einer Annäherung an die Sowjetunion bereit war. Zu nahe lag in Moskau der Verdacht, den Deutschen werde es lediglich darum gehen, durch endloses Verhandeln – und ohne sich selbst binden zu wollen – den Anschluss der Sowjetunion an Frankreich und Grossbritannien zu verhindern; fiel man darauf herein, konnte man am Ende in eine nicht nur unangenehme, sondern auch – angesichts der Konfrontation mit einem mittlerweile in Polen siegreichen Deutschland – ausgesprochen gefährliche Isolierung geraten. So trat trotz des deutschen Interesses an einer Verständigung mit dem Kreml und trotz der deutlich bekundeten sowjetischen Neigung, lieber mit Deutschland als mit den Westmächten zu kooperieren, eine Art Stagnation

⁴⁷⁵ ADAP, D, 6, Nr. 332.

⁴⁷⁶ Ebenda, Nr. 406.

ein, wie sie charakteristischen Ausdruck in der ersten Unterredung fand, die Graf Schulenburg am 20. Mai mit dem neuen sowjetischen Aussenkommissar Molotow hatte.

Zwar verlief das Gespräch, wie Schulenburg nach Berlin berichtete, «in freundschaftlicher Form», in einer Form, die eine Zeitlang für deutsch-sowjetische Unterhaltungen zur Regel werden sollte. Da dem Botschafter aber äusserste Vorsicht anbefohlen war, sprach er lediglich über das deutsche Interesse an der Ausweitung des Handels zwischen Deutschland und der Sowjetunion, wobei er auf das Projekt vom Januar zurückkam und die Entsendung Schnurres nach Moskau anbot; über Politik verlor er kein Wort. Auf der anderen Seite erklärte Molotow, dass die Sowjetunion nicht gewillt sei, sich auf die spielerische und unernste Art einzulassen, mit der das Deutsche Reich – wie das Ausbleiben Schnurres im Januar und das Einschlafen der anschliessenden Moskauer Verhandlungen im Februar bewiesen – deutsch-sowjetische Kontakte behandle; ehe die Sowjetregierung der Wiederaufnahme von Besprechungen über wirtschaftliche Fragen zustimmen könne, müsse hierfür die «politische Basis» geschaffen werden. Damit hatte der sowjetische Aussenminister dem deutschen Botschafter wohl deutlich zu verstehen gegeben, dass die UdSSR an politischen Gesprächen mit dem Dritten Reich – wie ja schon mehrmals signalisiert – in der Tat interessiert und dass sie, nach einer Geste, mit der Berlin seriöse Absichten bekunde, sofort zur Aufnahme solcher Gespräche bereit sei, doch weigerte er sich beharrlich, auch nur einen Zentimeter weiter zu gehen; als Schulenburg ihn und danach den stellvertretenden Aussenminister Potemkin eindringlich befragte, wie sich denn die Sowjetregierung die «politische Basis» vorstelle, blieben die beiden sowjetischen Funktionäre die Antwort schuldig, und Molotow verstand sich lediglich zu der Bemerkung, dass die Regierungen der zwei Staaten eben darüber «nachzudenken» hätten, wie für die Erholung des Warenverkehrs eine «bessere politische Grundlage» zu zimmern sei⁴⁷⁷.

Einen Augenblick lang schien die von Misstrauen und Vorsicht bewirkte Stagnation dem ersten Versuch der Verständigung zwischen Drittem Reich und Sowjetunion sogar ein frühzeitiges Ende zu bescheren. Obschon Ribbentrop die Meinung durchaus teilte, dass die Sowjetunion vom Anschluss an die Westmächte abgehalten werden müsse, machte ihm doch, wenn er an die Wirkung auf Japan und an die mögliche Gefährdung seines «weltpolitischen Dreiecks» Berlin-Rom-Tokio dachte, jeder konkrete Schritt zur Annäherung an Moskau vorerst noch grösstes Unbehagen, und so entschloss sich der Reichsaussenminister, aus Schulenburgs Bericht über die Unterredung mit Molotow sowjetische Ablehnung der Fortsetzung selbst von Wirtschaftsgesprächen herauszulesen, solche Ablehnung als Beweis für die Unvermeidbarkeit des sowjetischen Anschlusses an die Westmächte zu deuten und aus dieser Unvermeid-

⁴⁷⁷ Ebenda, Nr. 414, 424.

barkeit dann die Zwecklosigkeit weiteren deutschen Werbens um Moskau zu folgern⁴⁷⁸. Er sah sich in einem derartigen Verständnis der Lage noch bestärkt, als der japanische Botschafter in Berlin, Oshima, bereits die ersten Andeutungen Ribbentrops über deutsch-sowjetische Kontakte tatsächlich mit der Vorhersage quittierte, dass jede Verständigung Deutschlands mit der Sowjetunion in Japan verheerend wirken werde, ja dass danach an eine Allianz Japans mit den Achsenmächten nicht mehr zu denken sei; gerade die einem Bündnis mit dem Dritten Reich zuneigende Militärpartei in Tokio werde gänzlich negativ reagieren⁴⁷⁹. So hat Ribbentrop ein im Auswärtigen Amt formuliertes Instruktionstelegramm an Schulenburg, das den Botschafter ermächtigt hätte, «in der Fortführung der Unterhaltung mit den Russen stärker aus der Reserve herauszutreten», eine «Beruhigung und Normalisierung» der politischen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau anzubieten und auch schon für den Fall eines deutsch-polnischen Konflikts mit der Berücksichtigung «russischer Interessen» zu winken, am Ende doch zurückgehalten⁴⁸⁰. Stattdessen wurde Schulenburg am 26. Mai angewiesen, «völlige Zurückhaltung» zu wahren; ferner teilte ihm das Auswärtige Amt mit, dass auch sonst niemand von der Botschaft Kontakt suchen dürfe und dass nicht einmal beabsichtigt sei, Schnurre demnächst nach Moskau zu entsenden⁴⁸¹.

Jedoch bestand diese Gefährdung der Fühlungen nur wenige Tage. Für die rasche Änderung der deutschen Haltung zeichneten aber nicht neue sowjetische Avancen verantwortlich. Zwar sandte Moskau sehr wohl weitere Signale seiner Annäherungsbereitschaft aus. So gab sich in Berlin Georgi Astachow grosse Mühe, für seine eigenen Anstrengungen im Auswärtigen Amt diplomatische Hilfstruppen anzuwerben, etwa den estnischen Gesandten, der am 2. Juni bei Staatssekretär v. Weizsäcker erschien, um darzutun, dass – wie er als Kenner Russlands wisse – das sowjetische Misstrauen «gegenüber den demokratischen Staaten zweifellos grösser sei als gegenüber den totalitären» und dass man im Kreml – wie er aus etlichen Gesprächen mit Geschäftsträger Astachow wisse – «eigentlich nur auf eine öffentliche Geste des Entgegenkommens gegenüber Moskau warte, um der erwähnten Stimmung Ausdruck zu geben»⁴⁸². Molotow selbst hielt am 31. Mai vor dem Obersten Sowjet ein aussenpolitisches Grundsatzreferat, dessen hervorstechendstes Charakteristikum ein derart feindseliges Misstrauen gegen die «demokratischen Staaten» war, dass die in der Rede ebenfalls zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, mit den Westmächten eine «Friedensfront» zu bilden, nicht recht überzeugend wirkte, zumal er an Stalins Wort erinnerte, die Sowjetunion werde nicht für andere die Kastanien aus dem Feuer holen; dazu betonte Molotow, dass die

⁴⁷⁸ ADAP, D, 6, Nr. 442, 446.

⁴⁷⁹ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 27.5.1939.

⁴⁸⁰ ADAP, D, 6, Nr. 441.

⁴⁸¹ Ebenda, Nr. 442.

⁴⁸² Ebenda, Nr. 469.

Verhandlungen mit Grossbritannien und Frankreich die Sowjetunion keineswegs dazu nötigten, auf wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland und Italien zu verzichten, und danach überraschte er die Welt mit der Ankündigung, dass die Wiederaufnahme der im Winter unterbrochenen deutsch-sowjetischen Handelsbesprechungen nicht ausgeschlossen sei⁴⁸³. Aber solche Äusserungen hatten auf die Meinungsbildung in Berlin keinen bestimmenden Einfluss mehr. Auch eine Intervention Schulenburgs kam dafür zu spät. Am 27. Mai hatte Weizsäcker einen Brief an den Botschafter geschrieben, in dem er die von Ribbentrop veranlasste und am Vortag abgegangene Instruktion etwas ausführlicher begründete; in dem Brief sagte Weizsäcker unter anderem, dass nach Berliner Meinung – die der Staatssekretär freilich, wie er am 25. Mai schriftlich zum Ausdruck gebracht hatte, keineswegs teilte⁴⁸⁴ – deutsche Offenheit in Moskau «statt zu nützen vielleicht eher schaden und sogar vielleicht ein Tartarengelächter hervorrufen könnte»⁴⁸⁵. Schulenburg, von der Berliner Exegese seiner Mitteilungen über das Gespräch mit Molotow höchlichst befremdet, antwortete am 5. Juni: «Es scheint mir, dass man in Berlin den Eindruck gewonnen hat, als ob Herr Molotow bei der Unterhaltung mit mir einen deutsch-sowjetischen Ausgleich abgelehnt hätte. Ich habe mein Telegramm noch einmal durchgelesen und mit meinem Brief an Sie und mit meiner Aufzeichnung verglichen. Ich kann nicht entdecken [Ribbentrop setzte neben diesen Satz zwei riesige Fragezeichen], was diese Auffassung in Berlin hervorgerufen hat.» In Wirklichkeit habe doch Molotow, so setzte der Botschafter mit Recht hinzu, «geradezu zu politischen Gesprächen aufgefordert», und mit Recht implizierte er, dass Molotows Ablehnung von Wirtschaftsverhandlungen vor der Schaffung einer «politischen Basis» auf den Versuch hinauslaufe, das erkennbar starke deutsche Interesse an russischen Rohstoffen als Hebel zu benutzen und mit ihm Deutschland auf die Strasse zur politischen Annäherung zu schieben⁴⁸⁶.

Zuvor schon, zwischen dem 26. und dem 29. Mai, hatte Hitler die Entscheidung getroffen, «dass nun doch», wie Weizsäcker am 30. in einer Nachschrift zu seinem am 27. formulierten Brief an Schulenburg festhielt, «eine Fühlungnahme mit den Russen stattfinden soll und zwar durch ein Gespräch, was mir für heute mit dem Russischen Geschäftsträger aufgetragen worden ist». Offensichtlich fand der «Führer» die wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Vorteile, die ihm eine temporäre Verständigung mit Moskau für den bevorstehenden Polenkrieg und für die dann ebenfalls drohende Auseinandersetzung mit den Westmächten bringen konnte, inzwischen so verlockend, dass ihn der negative Effekt in Tokio nicht mehr sonderlich interessierte; gelang es,

⁴⁸³ Schulenburg an AA, PAA, Büro Staatssekretär, Akten Russland, 111389 ff.

⁴⁸⁴ ADAP, D, 6, Nr. 437.

⁴⁸⁵ Ebenda, Nr. 446.

⁴⁸⁶ Ebenda, Nr. 478.

den Westmächten die Sowjetunion als Bundesgenossen wegzuschnappen, mochte die Wirkung in London und Paris, wie er nun zu spekulieren begann, sogar derart kräftig ausfallen, dass Briten und Franzosen ganz davon abgeschreckt wurden, Polen militärisch zu Hilfe zu kommen. Aber wenn das nicht erreicht werden sollte, war jedenfalls – da die polnische Kampagne selbst ja als völlig unproblematisches Unternehmen erschien – der Rücken frei und durch die Verfügung über die unerschöpflichen Rohstoffe Russlands die britische Blockade unwirksam gemacht. Dass er bei einer Annäherung an Russland die eigenen Ambitionen im Baltikum zurückzustellen und darüber hinaus eine gewisse Westbewegung der Sowjetunion in Kauf zu nehmen hatte, dürfte ihm sofort bewusst geworden sein. Doch da er auch diesmal, wie bei allen seinen bisherigen Aktionen, völlig von den Aspekten und den tatsächlichen oder vermeintlichen Erfordernissen der momentanen taktischen Situation absorbiert wurde, wuchs in ihm die Bereitschaft, die zu erwartende sowjetische Preisforderung zu akzeptieren, zumal er natürlich nie aus den Augen verlor, dass er sich jede Zahlung ehebaldest mit Zins und Zinseszins zurückholen werde.

So brachten es die Verfechter einer deutsch-sowjetischen Verständigung jetzt in kürzester Zeit fertig, Ribbentrop bei Hitler den Rang abzulaufen. Da waren einmal jene Vertreter des Auswärtigen Amtes, die aus traditioneller borusischer Neigung zu prorussischer Politik wie auch zur Einschüchterung Polens – und zur vielleicht noch möglichen Vermeidung eines Krieges gegen die Westmächte – dafür eintraten, die plötzlich aufgetauchte Chance sogleich am Schopf zu packen und zu den guten deutsch-sowjetischen Beziehungen zurückzukehren, wie sie unter der Signatur «Rapallo» in den Jahren von 1921 bis 1933 bestanden hatten. Und da war vor allem Göring, der sich nicht noch einmal eine Gelegenheit zum Ausbau des deutsch-sowjetischen Handels stehlen lassen wollte. Ein Abkommen mit Russland eröffne der deutschen Wirtschaft «enorme Möglichkeiten», so schwärmte er Mitte Juni Giuseppe Renzetti vor, einem Vertrauensmann Mussolinis, wogegen die Verbindung mit Japan, wie er sagte, «bislang keinen sichtbaren Vorteil gebracht» habe; die Japaner forderten immer nur und gäben nichts, sie zahlten nicht einmal für deutsche Lieferungen, obwohl Deutschland ihretwegen den chinesischen Markt eingebüsst habe. Vor einigen Wochen habe der japanische Botschafter Ribbentrop erklärt, dass Japan ein deutsch-sowjetisches Abkommen nicht tolerieren könne, und Ribbentrop sei davon doch tatsächlich beeindruckt worden. Sicher befinde sich der Reichsaussenminister als Repräsentant der Antikomintempolpolitik in den russischen Fragen in einer «delikateten Lage», gab Göring zu, doch sei ebenso wahr, dass man in gewissen Situationen auf Nationen, die sich so benähmen wie die Japaner, keine Rücksicht nehmen dürfe. «Mir ist es wurstegal, was der japanische Botschafter sagt und macht, ich werde auf meiner Strasse weitergehen, um den für Deutschland lebenswichtigen russischen Markt zu erschliessen.»⁴⁸⁷

Bis zum 29. Mai hatte sich dann auch Ribbentrop der herrschenden Stimmung angepasst. In einer Unterhaltung mit dem italienischen Botschafter Attolico, an der Weizsäcker und Friedrich Gaus, der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, teilnahmen, sprach er sich nun überzeugt für die Intensivierung der deutsch-sowjetischen Kontakte aus. Er griff sogar einen Vorschlag auf, den Weizsäcker am 25. Mai gemacht hatte, und bat in aller Form um italienische Vermittlung: Augusto Rosso, der italienische Missionschef in Moskau, müsse die Sowjets beschwören, nicht mit den Westmächten abzuschliessen, wo sich doch gerade in Berlin eine pro-sowjetische Wendung abzeichne⁴⁸⁸.

In seiner Unterredung mit Astachow durfte Weizsäcker zwar keineswegs so weit gehen, wie es das von Ribbentrop verworfene Instruktionstelegramm Botschafter Schulenburg aufgetragen hätte, doch war ihm immerhin erlaubt worden, dem sowjetischen Diplomaten zuzugeben, dass die Moskauer These, in den deutsch-sowjetischen Beziehungen könnten Wirtschaft und Politik nicht völlig getrennt werden, richtig sei, und er war ferner zu der Versicherung ermächtigt, dass Deutschland, falls man das in Moskau wünsche, durchaus bereit sei, das deutsch-sowjetische Verhältnis in jenem Sinne zu normalisieren und weiter zu verbessern, wie am 17. April von Botschafter Merekalow und seither auch mehrmals von Astachow selbst angedeutet. In Berlin fragte man sich freilich, ob eine solche Normalisierung inzwischen nicht unmöglich geworden sei, «nachdem Moskau den Londoner Lockungen vielleicht schon Gehör geschenkt habe». Da aber «der Geschäftsträger und sein Botschafter im Auswärtigen Amt eine offene Sprache gesprochen» hätten, wolle man sich «den Vorwurf ersparen, als hätten wir unsererseits hinter dem Berg gehalten». Der Staatssekretär schloss: «Wir verlangten nichts von Moskau, wünschten nichts von Moskau, wir wollten uns aber auch von Moskau nicht später sagen lassen, wir hätten zwischen uns eine undurchdringliche Schweigemauer aufgerichtet.» Astachow wiederum war in der Lage, «ohne Weiteres» zu erklären, dass Molotow am 20. Mai in seinem Gespräch mit Schulenburg mitnichten «in der Absicht gesprochen hat, vor weitere deutsch-russische Erörterungen einen Riegel vorzuschieben», dass die sowjetische Regierung vielmehr ernstlich an einem politischen Dialog zwischen Deutschland und Russland interessiert sei. Weizsäcker kommentierte, Astachow habe ihn überzeugt. Für die Augen Ribbentrops und Hitlers bestimmt, schrieb er: «Die Episode Molotow-Schulenburg scheint mir demnach mehr das Produkt von Empfindlichkeit und Misstrauen gewesen zu sein als eine planmässige Abweisung.»⁴⁸⁹

Dass sich die beiden prospektiven Partner solchermaßen freundlich anlehnten, genügte denn auch, um zunächst einmal wenigstens die Wiederauf-

⁴⁸⁷ AIA, Ap Germania, Attolico an Ciano, 15.6.1939.

⁴⁸⁸ Ebenda. Attolico an Ciano, 29.5.1939.

⁴⁸⁹ ADAP, D, 6, Nr. 451.

nahme der Wirtschaftsgespräche zu bewirken. Mikojan empfing einige Male den für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigen Legationsrat an der deutschen Botschaft in Moskau, Gustav Hilger⁴⁹⁰, und es war bis Mitte Juni von deutscher Seite auch wieder davon die Rede, Schnurre in Moskau verhandeln zu lassen. Aber in den Unterredungen mit Hilger zeigte sich Mikojan – aus berechtigtem Misstrauen, wie er sagte – sehr spröde, und die sowjetische Zustimmung zur Reise Schnurres nach Moskau knüpfte er an noch unerfüllte Bedingungen. Die sowjetische Reserve war gewiss auch eine Folge von Meinungsverschiedenheiten in den wirtschaftlichen Fragen. Mikojan liess keinen Zweifel daran, dass die Reichsregierung vor dem Beginn der eigentlichen Besprechungen zusagen müsse, die von der Sowjetregierung im Februar präsentierten Kredit- und Lieferwünsche als Verhandlungsbasis anzuerkennen, und nach wie vor zögerten die Berliner Experten, diese Forderung zu akzeptieren; auch hat Hilger, der aus Berlin nur ungenügende und zeitweilig sogar widersprüchliche Instruktionen erhielt, notwendigerweise zu steif und zu negativ verhandelt. Der wichtigere Grund für die sowjetische Zurückhaltung ist jedoch darin zu sehen, dass Stalin und Molotow offensichtlich zu der Ansicht gelangten, die deutsche Festlegung auf eine sowjetfreundliche Politik sei noch nicht klar und noch nicht sicher genug. Sie warteten auf ein deutliches Zeichen aus Berlin, und ein solches Zeichen wollte wochenlang nicht kommen.

Auf der anderen Seite nahm gerade im Juni das sowjetische Interesse an einer Verständigung mit Deutschland womöglich noch zu. Im Laufe des Monats konnte nämlich Stalin definitiv feststellen, dass seine Annahme richtig gewesen und ein Abschluss mit den Westmächten, der seinen seit München geweckten Appetit befriedigt hätte, in der Tat unerreichbar war. Dass die Bündnisgespräche, die mit Sir William Strangs Ankunft in Moskau begannen, praktisch sofort an einem toten Punkt ankamen, lag ja nicht in erster Linie an der Person des Unterhändlers und an einer eventuellen – in Wirklichkeit jedoch nirgends erkennbaren – sowjetischen Verärgerung über einen hier vielleicht zum Ausdruck kommenden britischen Widerwillen gegen eine Allianz mit Moskau, auch nicht daran, dass Polen und Rumänien nach wie vor, ohne damit stärkeren britisch-französischen Druck zu provozieren, das Eingeständnis verweigerten, im Kriegsfall müsse die Rote Armee, wenn sich die UdSSR der Koalition gegen das Dritte Reich anschliessen solle, ein Durchmarschrecht erhalten. Die eigentliche Ursache war vielmehr, dass die sowjetischen Vertreter sofort und nahezu unverhüllt den Anspruch der Sowjetunion auf die baltischen Staaten anmeldeten und dass die Vertreter der Westmächte ebenso rasch die Unfähigkeit ihrer Staaten zur Anerkennung derartiger Ansprüche zu verstehen geben mussten; Konzessionen einer bestimmten Qualität können die Regierungen liberaldemokratischer Staaten nur machen, wenn ihnen das Wasser bis

⁴⁹⁰ Ebenda, Nr. 465, 543, 568.

zum Halse steht oder wenn sie zur Intervention gegen das kriminelle Betragen zweifelhafter Bundesgenossen sichtbar zu schwach und daher zu dessen Tolerierung verdammt sind. Stalin schob noch die Forderung nach, Grossbritannien und Frankreich müssten der sowjetischen Regierung das Recht zubilligen, jedem der gegen deutsche Aggression zu garantierenden Nachbarn Russlands bereits dann militärisch zu Hilfe zu eilen, wenn zwar kein deutscher Einfall gegeben sei, wohl aber eine, wie die Sowjets das nannten, «indirekte Aggression», z.B. ein mit den sowjetischen Interessen nicht verträglicher innenpolitischer Machtwechsel. Stalin sah natürlich klar, dass die Westmächte nicht bereit sein konnten, diese Forderung – die praktisch eine erste Skizze der Brezhnev-Doktrin darstellte – anzunehmen; sie hätten damit den schon zum geringen Griff bereiten Händen des sowjetischen Diktators nicht allein beträchtliche osteuropäische Territorien, sondern zugleich die Auslösung des Bündnisfalls überantwortet, was groteske Situationen am Horizont erscheinen liess: Marschierte z.B. die Rote Armee in ein von Deutschland gar nicht angegriffenes baltisches Land ein, weil Stalin einen dort ablaufenden inneren Vorgang zur «indirekten Aggression» erklärte, und griff nun das Deutsche Reich – unter dem Vorwand, dem besetzten Land beistehen zu wollen – die Sowjetunion an, so wären die Westmächte unter Umständen verpflichtet gewesen, eine Sowjetunion zu unterstützen, die vor aller Welt als Aggressor dastand, und diesen Aggressor überdies gegen ein Deutsches Reich zu unterstützen, das dem Anschein nach einen gerechtfertigten Verteidigungskrieg führte. Indes hat Stalin die Forderung sicherlich nicht ernst gemeint. Sie diente ihm lediglich als taktisches Mittel, die Verhandlungen mit den Westmächten, die er bis zu einem Abschluss mit Deutschland brauchte, in die Länge zu ziehen. Die Verständigung mit Berlin hingegen dünkte Stalin wünschenswerter denn je⁴⁹¹. Der lettische Gesandte sagte es in jenen Tagen Molotow ins Gesicht, dass sich die Sowjetunion für eine imperialistische Politik entschieden habe, die den ehemals zaristischen Gebieten gelte⁴⁹².

Angesichts der Zurückhaltung, die von den Deutschen auf politischem Felde gewahrt wurde, blieb der sowjetischen Führung – neben der kühlen Behandlung des deutschen Rohstoffbedarfs – zunächst jedoch nur die Fortsetzung der Versuche, die Deutschen durch inoffizielle und indirekte Bekundungen der sowjetischen Verständigungsbereitschaft aus ihrer Reserve herauszulocken. So erschien Georgi Astachow am 14. Juni «ohne sichtlichen Anlass» beim Gesandten Bulgariens in Berlin, Parvan Draganoff, und erläuterte diesem zwei Stunden lang, dass die Sowjetunion derzeit zwischen drei Möglichkeiten schwanke, nämlich dem Abschluss eines Paktes mit Grossbritannien und Frankreich, einer weiteren Verschleppung der Verhandlungen mit den Westmächten und einer Annäherung an Deutschland.

⁴⁹¹ A.B. Ulam, *Stalin. The Man and his Era*, New York 1974, S. 504 ff.

⁴⁹² AIA, *Ap Germania, Rosso* (Moskau) an Ciano, 19.6.1939.

«Gefühlsmässig», so gab Draganoff in einer Unterhaltung mit Ernst Woermann, dem Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, die Äusserungen Astachows wieder, «läge der Sowjetunion diese letzte Möglichkeit am nächsten, wobei weltanschauliche Fragen nicht mitzuspielen brauchten.» Auch territoriale Ansprüche Moskaus deutete der sowjetische Geschäftsträger an, indem er erwähnte, «dass die Sowjetunion den rumänischen Besitz Bessarabiens nicht anerkenne». Dann sprach er von der sowjetischen Furcht vor einem deutschen Angriff und sagte: «Wenn Deutschland die Erklärung abgeben würde, dass es die Sowjetunion nicht angreifen wolle, oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschliessen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluss mit England absehen. Die Sowjetunion wisse jedoch nicht, was Deutschland eigentlich wolle, wenn man von gewissen, aber nur sehr unklaren Anspielungen absehe.»⁴⁹³ Zwei Tage später, am 16. Juni, veröffentlichte die «Iswestija» eine offizielle Stellungnahme zu einer Unterredung, die am Vortage zwischen Strang und den Botschaftern der Westmächte einerseits und Molotow und Potemkin andererseits stattgefunden hatte, und am Ende des Komminiques hiess es, gross aufgemacht: Das Ergebnis der Unterredung und der Überprüfung englisch-französischer Formulierungen für einen etwaigen Vertrag werde in Kreisen des Aussenkommissariats «als nicht ganz günstig eingeschätzt». Andreij Shdanow, Mitglied des Politbüros, liess dem am 29. Juni einen grossen Artikel in der «Prawda» folgen, in dem er konstatierte, die sowjetischen Gespräche mit den Westmächten seien in eine Sackgasse geraten, weil England und Frankreich die Sowjetunion nur als Werkzeug benutzen wollten, um sich – welche Wendung ja auch schon Stalin und Molotow gebraucht hatten – die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, aber nicht mit dem ernstesten Willen zum Abschluss eines Vertrags auf der Basis der Gleichberechtigung verhandelten. Am gleichen Tag, an dem der Aufsatz Shdanows veröffentlicht wurde, sagte der sowjetische Luftattaché in London zum Gehilfen des dortigen deutschen Luftattachés, der Sowjetregierung sei am Zustandekommen eines Pakts mit England und Frankreich «nichts gelegen»⁴⁹⁴. Ein paar Tage später, am 4. Juli, unternahm dann der italienische Botschafter in Moskau, inzwischen auf deutschen Wunsch von Graf Ciano entsprechend instruiert⁴⁹⁵, einen Versuch, zwischen Deutschen und Sowjets zu vermitteln, indem er Potemkin beizubringen suchte, in Rom wisse man genau, welchen grossen Wert die Reichsregierung auf eine Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen lege. Molotows Stellvertreter erklärte daraufhin, «dass eine Einigung der Sowjetunion mit Deutschland die wirksamste Garantie des Friedens sein würde»⁴⁹⁶,

⁴⁹³ ADAP, D, 6, Nr. 529.

⁴⁹⁴ Ebenda, Nr. 582; Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. III, Oxford 1953, S. 352 ff.; Dirksen an AA, 29.6.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Akten Russland, 111462.

⁴⁹⁵ AIA, Ap Germania, Ciano an Rosso, 23.6.1923.

⁴⁹⁶ Ebenda, Rosso an Ciano, 4.7.1939.

und Schulenburg versicherte Augusto Rosso, dass der italienische «Flankenschutz» gewiss sehr nützlich sei⁴⁹⁷. Tatsächlich war aber zu diesem Zeitpunkt der Durchbruch im Prozess der deutsch-sowjetischen Annäherung bereits erzielt. Wie Schulenburg, der Moskau am 10. Juni verliess und sich vom 12. bis zum 24. Juni in Berlin aufhielt, dort feststellen konnte, lag das Schweigen, das die deutsche Seite nach dem Gespräch Weizsäcker-Astachow wieder wochenlang wahrte, vornehmlich an Ribbentrop, der auf den Standpunkt zurückgefallen war, dass der Anschluss Russlands an die Westmächte doch nicht zu verhindern sei und dass der Draht nach Tokio unversehrt gehalten werden müsse. Er brachte es sogar fertig, bis zum 29. Juni eine Weisung Hitlers zu erwirken, den Russen sei mitzuteilen, dass Deutschland angesichts der unerfüllbaren sowjetischen Forderungen «an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen mit Russland z. Zt. nicht interessiert» sei⁴⁹⁸, und am 30. informierte Weizsäcker in Ribbentrops Auftrag Schulenburg, «dass auf politischem Gebiet nunmehr bis auf weitere Weisung genügend gesagt sei und dass im Augenblick das Gespräch von uns aus nicht wieder aufzunehmen wäre»⁴⁹⁹. Indes wurde die erste Instruktion nicht durchgeführt, und die zweite kam zu spät, da die Ribbentropsche Abneigung gegen die deutsch-sowjetische Annäherung, die sich da anbahnte, schon zuvor ausmanövriert worden war. Abermals setzte sich bei Hitler die Allianz zwischen borussischem Traditionalismus und Görings Rohstoffinteresse durch. In die gleiche Richtung weisend, wie die Überlegungen, die der «Führer» selbst anstellte, weil er von den taktischen Aspekten der aussenpolitischen und militärischen Situation des Reiches besessen war, hatten die Argumente jener Allianz grössere Kraft als die Argumente, die der Verfechter einer genuin nationalsozialistischen «Weltpolitik» vorzubringen vermochte.

Als aktivster Protagonist der traditionellen preussischen Russlandpolitik wirkte diesmal Graf Schulenburg. Nach Gesprächen mit Ribbentrop und der übrigen deutschen politischen Prominenz, in denen er seit dem 12. Juni die Stimmung und die Lage in Berlin rekognostizierte, besuchte Graf Schulenburg am 17. Juni Astachow, und in der Unterredung, die er bei dieser von der diplomatischen Etikette besorgten Gelegenheit mit dem sowjetischen Geschäftsträger führte, beschränkte sich der Botschafter nicht auf Höflichkeitsfloskeln. Offenbar war er durch seine Unterhaltung mit Ribbentrop zu der Ansicht gelangt, dass etwas zu geschehen hatte, wenn der noch so dünne Faden zwischen Berlin und Moskau nicht wieder reissen sollte. Seine Instruktionen weit überschreitend, ja im Grunde völlig ignorierend, bekannte er sich daher vor Astachow ganz offen und anscheinend auch mit ungescheuter Begründung zu einem starken deutschen Interesse an einer politischen Verständigung mit der Sowjet-

⁴⁹⁷ Ebenda, Rosso an Ciano, 5.7.1939.

⁴⁹⁸ ADAP, D, 6, Nr. 583.

⁴⁹⁹ Ebenda, Nr. 588.

union; Moskau dürfe und müsse daher endlich sein Misstrauen aufgeben. Danach erörterten die beiden Diplomaten bereits nicht minder offen die Interessen, die es zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion abzustecken galt, ebenso die politische Form, die der Neuregelung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses gegeben werden konnte; erstmals ist dabei der Begriff «Nichtangriffspakt» im direkten deutsch-sowjetischen Austausch gefallen⁵⁰⁰. Graf Schulenburg verschaffte sich aber ausserdem bei seinen deutschen Berliner Gesprächspartnern die Ermächtigung, einen Einfall zu verwirklichen, den er noch vor seiner Abreise aus Moskau gehabt hatte⁵⁰¹. Wie wäre es denn, so hatte er überlegt, wenn Berlin den Sowjets eine öffentliche deutsch-sowjetische Verlautbarung vorschläge, dass die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR nach wie vor vom freundschaftlichen Geiste des «Berliner Vertrags» bestimmt seien, oder wenn auf irgendeine andere Weise der «Berliner Vertrag» ins Spiel gebracht würde. Das mochte im Kreml als die gewünschte Klärung der deutschen Russlandpolitik akzeptiert werden und damit einen positiven Fortgang der deutsch-sowjetischen Besprechungen ermöglichen; schliesslich hatten sich das Reich und die Sowjetunion in dem am 24. April 1926 geschlossenen Vertrag, der «Rapallo» gewissermassen durch Stresemanns Politik der Verständigung mit den Westmächten rettete, gegenseitige Neutralität zugesichert, falls einer der beiden Staaten in einen Verteidigungskrieg geraten oder dem wirtschaftlichen Boykott dritter Mächte ausgesetzt sein sollte. Tatsächlich durfte Schulenburg, nach Moskau zurückgekehrt, am 28. Juni Molotow nicht nur beteuern, dass Deutschland eine Normalisierung der Beziehungen zu Sowjetrussland begrüssen würde und «keine bösen Absichten gegen die Sowjetunion hege», sondern auch erklären, dass nach deutscher Auffassung «der Berliner Vertrag noch in Kraft sei»⁵⁰².

Molotow nahm Schulenburgs Darstellung «mit Genugtuung zur Kenntnis» und begriff auch sofort, dass der Botschafter mit der Erwähnung des Berliner Vertrags die deutsche Bereitschaft andeuten wollte, eine deutsch-sowjetische Verständigung in vertragliche Form zu kleiden. In der Tat scheint Stalin das Gespräch Schulenburg-Astachow und die Unterredung Schulenburg-Molotow als das politische Signal gewertet zu haben, das er seit Wochen erwartete, und als der deutsche Botschafter am 10. Juli – von Weizsäcker dazu am 7. ermächtigt⁵⁰³ – auch noch Mikojan mitteilen konnte⁵⁰⁴, dass die Reichsregierung, sofern die UdSSR besser auf den deutschen Rohstoffbedarf eingehe, gewillt sei, bei der Ausweitung des deutsch-sowjetischen Handels nun doch praktisch die sowjetischen Kredit- und Lieferwünsche vom Februar zu erfüllen, kamen

⁵⁰⁰ Ebenda, Nr. 540; AIA, Ap Germania, Rosso an Ciano, 28.6.1939.

⁵⁰¹ ADAP, D, 6, Nr. 490.

⁵⁰² Ebenda, Nr. 579.

⁵⁰³ Ebenda, Nr. 628.

⁵⁰⁴ Ebenda, Nr. 642.

die Dinge in eine Bewegung, die von Manövern wie Ribbentrops Maulkorb-Instruktion nicht mehr zu bremsen war. Bereits am 15. Juli wurde Legationsrat Hilger von Mikojan unterrichtet, dass der stellvertretende Leiter der sowjetischen Handelsmission in Berlin, Babarin, inzwischen in Moskau gewesen und nun, mit entsprechenden Weisungen versehen, nach Berlin zurückgekehrt sei, um dort zusammen mit Schnurre die Besprechung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsfragen im Ernst aufzunehmen⁵⁰⁵. Das geschah denn auch, und da schon die ersten Kontakte günstige Ergebnisse zeitigten, hielt die sowjetische Regierung den Zeitpunkt für gekommen, beide Seiten öffentlich festzulegen. Während Molotow und Potemkin auf der einen Seite immer noch mit Strang über den Anschluss der Sowjetunion an eine europäische Anti-Hitler-Koalition diskutierten, brachte am 22. Juli jede Zeitung in der UdSSR eine Meldung über die Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen. Zugleich bewiesen kleine freundschaftliche Gesten, wie rasch sich jetzt das Klima zwischen Berlin und Moskau besserte. So wurde Georgi Astachow nach München eingeladen, wo Hitler am 14. Juli den «Tag der deutschen Kunst 1939» und am 16. Juli eine grosse Ausstellung im «Haus der deutschen Kunst» mit einer Rede über seine und des Nationalsozialismus kulturelle Verdienste eröffnete. Astachow sah sich dermassen ausgezeichnet, dass es Potemkin für angebracht hielt, sich bei Schulenburg dafür zu bedanken⁵⁰⁶. Umgekehrt lud die sowjetische Regierung am 24. Juli einen deutschen Wissenschaftler und einen Beamten des Berliner Landwirtschaftsministeriums zur Eröffnung der ersten grossen landwirtschaftlichen Ausstellung Russlands nach Moskau ein. Tatsächlich kamen – zwar nicht mehr rechtzeitig zur Eröffnung, aber am 14. August nur wenig später und übrigens kurz nach dem Eintreffen einer britisch-französischen Militärmission – nicht zwei, sondern drei Deutsche in die sowjetische Hauptstadt: Professor Conrad Meyer, Obmann des landwirtschaftlichen Forschungsdienstes, Ministerialdirektor Moritz vom Reichsernährungsministerium und als Vertreter des Reichsnährstands Graf Grote, der Landesbauernführer von Mecklenburg⁵⁰⁷.

Dazu beschränkten sich die Wirtschaftsexperten Schnurre und Babarin alsbald nicht mehr auf die Ausarbeitung eines deutsch-sowjetischen Kredit- und Handelsvertrags. Am 26. Juli lud Schnurre, und zwar im Auftrag des mittlerweile von Hitler wieder disziplinierten und nun definitiv auf deutsch-sowjetische Verständigung eingeschworenen Ribbentrop, Babarin und Astachow zum Abendessen in ein Berliner Restaurant ein. Das Gespräch, das sich bei dieser Gelegenheit entwickelte, berührte wirtschaftliche Fragen nur am Rande, machte vielmehr, von beiden Seiten zielbewusst dahin geführt, endgültig den Weg zu einem politischen Abkommen frei und erbrachte sogar schon eine erste Skizze der deutsch-sowjetischen Interessenabgrenzung, wie sie dann später

⁵⁰⁵ Ebenda, Nr. 677.

⁵⁰⁶ Ebenda, Nr. 727.

⁵⁰⁷ ADAP, D, 7, Nr. 20.

tatsächlich fixiert werden sollte. Nach Bemerkungen Astachows über die früher so enge Zusammenarbeit und aussenpolitische Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Russland setzte Schnurre seinen Gästen auseinander, dass eine derartige Zusammenarbeit auch jetzt wieder erreichbar sei, «entweder in Anlehnung an das, was früher gewesen wäre (Berliner Vertrag) oder eine Neuordnung unter Berücksichtigung der beiderseitigen lebenswichtigen Interessen». Im Grunde sei das gar nicht so schwierig, «denn aussenpolitische Gegensätzlichkeiten, die eine solche Ordnung zwischen den beiden Ländern ausschließen, bestünden meiner Meinung nach auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen Osten nicht». Ausserdem gebe es, bei aller Verschiedenheit der Weltanschauung, selbst in der Ideologie Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion «ein Gemeinsames»: «Gegnerstellung gegen die kapitalistischen Demokratien. Wir hätten ebensowenig wie Italien etwas gemeinsam mit dem kapitalistischen Westen.» Daher sei es geradezu paradox, wenn «die Sowjet-Union als sozialistischer Staat sich jetzt ausgerechnet an die Seite der westlichen Demokratien stellen wolle». Was könne England denn Russland bieten? «Bestenfalls die Beteiligung an einem europäischen Krieg und die Feindschaft Deutschlands, doch wohl kaum ein erstrebenswertes Ziel für Russland. Was könnten wir dagegen bieten? Neutralität und Herausbleiben aus einem etwaigen europäischen Konflikt und, wenn Moskau wolle, eine deutsch-russische Verständigung über die beiderseitigen Interessen, die sich ebenso wie in früheren Zeiten zum Nutzen für beide Länder auswirken würde.» Astachow antwortete, «unter lebhafter Zustimmung von Babarin», der Weg der Annäherung an Deutschland sei derjenige, der den Lebensinteressen der beiden Länder am besten entspreche. Anschliessend erkundigten sich die sowjetischen Diplomaten mehrmals beziehungsweise, ob denn wohl Deutschland die baltischen Staaten, Finnland und Rumänien als seine Interessengebiete ansehe oder dort neben wirtschaftlichen doch auch politische Interessen habe. Schnurre versicherte ihnen, «dass sich aus all diesen Fragen jedenfalls kein deutschrussischer Interessengegensatz ergebe». Selbst die Teilung Polens wurde bereits in Umrissen besprochen. Danach fragte Astachow, «ob dann, wenn eine hochgestellte sowjetische Persönlichkeit sich mit einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit» über die erörterten Probleme unterhalten könnte, «ähnliche Ansichten von uns vertreten würden». Schnurre hat das bejaht. «Astachow betonte zum Schluss, wie wertvoll ihm diese Unterhaltung gewesen wäre. Er werde sie nach Moskau berichten und hoffe, dass sie dort sichtbare Spuren in der weiteren Entwicklung hinterlassen werde.»⁵⁰⁸

Während der Unterredung hatte Astachow einmal gesagt, dass der Prozess der deutsch-sowjetischen Verständigung sicherlich längere Fristen beanspruchen werde, wogegen Schnurre erklärt hatte, dass jetzt der richtige Zeitpunkt

⁵⁰⁸ ADAP, D, 6, Nr. 729.

sei. In der Tat ergab sich nun, da die sowjetischen Initiativen in Berlin aufgenommen worden waren und dort endlich die deutliche Bekundung der Bereitschaft zu politischen Gesprächen hervorgerufen hatten, geradezu eine Umkehrung des Verhaltens der beiden angehenden Kompagnons: Die bislang so zögerlichen Deutschen begannen zu drängen, die bisher lockenden Sowjets gaben sich plötzlich zurückhaltend. Auf der deutschen Seite spielte gewiss auch die bekannte Ungeduld Ribbentrops eine Rolle, der, einmal auf deutsch-sowjetische Verständigung festgelegt, möglichst schnell ein dramatisches Spektakel haben wollte, das der historischen Bedeutung des Vorgangs und der historischen Grösse der beteiligten Akteure angemessen war. Stärker wirkte jedoch die Furcht, Stalin könne sich im letzten Moment doch noch zum Abschluss mit Grossbritannien und Frankreich entschliessen. Diese Furcht, immer wieder durch ungerechtfertigt optimistische Gerüchte über den Stand der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen belebt, erhielt gerade in den letzten Julitagen kräftig Nahrung, als bekannt wurde, dass England und Frankreich zur Erörterung der militärischen Kooperation demnächst sogar schon eine Militärmission nach Moskau entsenden würden. Da solchen Militärgesprächen normalerweise die politische Einigung vorausgeht, machten die Meldungen über ihren bevorstehenden Beginn doch einigen Eindruck in Berlin. Erst nachdem die britisch-französische Militärmission am 11. August in Moskau eingetroffen war – ein paar Tage zuvor hatte Sir William Strang die sowjetische Hauptstadt verlassen –, stellte sich der wahre Sachverhalt zweifelsfrei heraus: Die Mission war nicht nur, wie man zuvor schon in ganz Europa kopfschüttelnd registriert hatte, von durchaus zweitrangigen Offizieren geführt, sie besass überdies weder klare Instruktionen noch gar Vollmachten für ernsthafte Verhandlungen. Weit davon entfernt, der militärischen Ausgestaltung einer politischen Verständigung zu dienen, sollte die Mission im Gegensatz zum Normalfall gerade das Scheitern der politischen Gespräche, wie es in der Rückberufung Strangs zum Ausdruck kam, verschleiern; in der Hoffnung, dass Hitler Polen nicht anfallen werde, solange die Westmächte zumindest dem Anschein nach mit der Sowjetunion noch über eine gemeinsame Politik berieten, trachteten die Briten, denen die Idee mit der Militärmission gekommen war, einfach danach, die Moskauer Verhandlungen möglichst bis in den Herbst hinein zu verlängern. Der Hauptgrund für das Wachsen des deutschen Eifers ergab sich aber aus Hitlers Terminplan. Wie der «Führer» die Dinge sah, musste eine Vereinbarung mit der Sowjetunion, wenn sie die vielleicht doch noch nicht definitiv zur Intervention entschlossenen Westmächte, mehr noch die ständig nervöser werdenden Italiener und nicht zuletzt die einen Zweifrontenkrieg scheuenden eigenen Militärs gebührend beeindrucken sollte, ja vor dem Befehl, der die deutschen Armeen gegen Polen in Bewegung setzte, getroffen und als letzter politischer Trumpf ausgespielt werden. Da der Angriffsbefehl spätestens zur Monatswende August/September zu geben war,

besser noch etliche Tage früher, wurde in den Gesprächen mit Moskau die Zeit allmählich recht knapp. Stalin wiederum, über die deutschen Pläne wohlunterrichtet, fand es offensichtlich gute Taktik, das Gefühl der Eilbedürftigkeit in Berlin noch zu steigern; je eiliger es die Deutschen hatten, desto mehr war mit ihrer Bereitschaft zu rechnen, die expansionistischen Wünsche Moskaus ohne Feilschen und zur Gänze zu akzeptieren.

Zwei Tage nach der Unterhaltung Schnurres mit Astachow und Babarin erhielt Schulenburg von Weizsäcker die Weisung, nun auch in Moskau klar zu sagen, dass Deutschland gewillt sei, sich mit der Sowjetunion über das Baltikum und Polen zu verständigen⁵⁰⁹. Schnurre schickte dieser Instruktion am 2. August einen Brief hinterdrein, in dem er eindrucksvoll schilderte, mit welcher «ausserordentlicher Dringlichkeit» das «Problem Russland» mittlerweile in Berlin behandelt werde: «Ich habe in den letzten zehn Tagen täglich mindestens eine mündliche oder telefonische Besprechung mit dem Herrn R.A.M. gehabt und weiss, dass er auch mit dem Führer in einem ständigen Meinungsaustausch hierüber steht. Es kommt dem Herrn R.A.M. darauf an, die Frage Russland nicht nur nach der negativen Seite hin (Störung der englischen Verhandlungen), sondern auch nach der positiven Seite hin (Verständigung mit uns) möglichst rasch zu irgendeinem Ergebnis zu bringen.»⁵¹⁰ Tatsächlich vermochte Ribbentrop nicht abzuwarten, bis Graf Schulenburg mit Molotow sprechen konnte, vielmehr bestellte er noch am 2. August Astachow zu sich, um dem Geschäftsträger «im Ton der Gelassenheit» und «ohne irgendwelche Eile zu zeigen», wie er selbst glaubte, mitzuteilen, «es gebe kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei»; vor allem bot der Reichsaussenminister – in «leichter Andeutung», wie er meinte – praktisch die Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion an⁵¹¹.

Gleichwohl fand Graf Schulenburg, als er am 3. August von Molotow empfangen wurde, einen Gesprächspartner vor, der sich zwar in der Unterhaltung «ungewöhnlich aufgeschlossen» gab, der aber kein Entgegenkommen in der Sache zeigte; obschon der Botschafter die deutsche Bereitschaft betonte, lebenswichtige Interessen Moskaus an der Ostsee zu sichern und bei einem deutsch-polnischen Konflikt alle sowjetischen Interessen in Polen zu wahren, verhartete der Aussenkommissar, wenn er auch Schulenburgs Mitteilungen freundlich aufnahm, auf dem Standpunkt, dass für eine veränderte Einstellung Deutschlands zu Russland «vorläufig noch die Beweise fehlten»⁵¹². Doch hüteten sich die Sowjets davor, den Dialog – über eine gewisse Verlangsamung hinaus – ernstlich zu stören oder gar zu unterbrechen. Am 10. August – an welchem Tag die britisch-französische Militärmission in Leningrad russischen Boden betrat – durfte Astachow in einer Unterredung mit Schnurre sagen,

⁵⁰⁹ Ebenda, Nr. 736.

⁵¹⁰ Ebenda, Nr. 757.

⁵¹¹ Ebenda, Nr. 758, 760.

⁵¹² Ebenda, Nr. 766.

«dass er *nochmals* aus Moskau eine ausdrückliche Weisung bekommen habe zu betonen, dass die Sowjetregierung die Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland wünsche». Der Geschäftsträger wiederum hörte sich wohlwollend Schnurres Beteuerung an, dass im Falle eines deutsch-polnischen Krieges «die deutschen Interessen in Polen durchaus begrenzt seien. Sie brauchten in keiner Weise mit irgendwelchen sowjetischen Interessen zu kollidieren, wir müssten diese Interessen nur kennen.»⁵¹³ Und als Folge der beiden Unterredungen überbrachte Astachow am 12. August – die britischen und französischen Offiziere präparierten sich gerade für ihre erste Sitzung mit der von Marschall Woroschilow geleiteten sowjetischen Militärmission – immerhin jene Einladung zu einer umfassenden Erörterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in Moskau, mit der Hitler am gleichen Tag in seiner Besprechung mit dem Grafen Ciano Eindruck zu machen suchte.

Derart ermuntert, beauftragte Ribbentrop noch am 14. August den Grafen Schulenburg, Molotow aufzusuchen und ihm mitzuteilen, dass der Reichsaussenminister persönlich nach Moskau kommen wolle, um dem Aussenkommissar und Stalin die Auffassung des «Führers» zu «Fragen wie: Ostsee, Baltikum, Polen, Südost-Fragen usw.» auseinanderzusetzen. Die Reise dürfe ausserdem nicht verzögert werden: «Die durch die englische Politik hervorgehobene Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die englische Kriegstreiberei und die damit verbundenen Bündnisbestrebungen machen eine baldige Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses erforderlich. Die Dinge könnten sonst ohne deutsches Zutun einen Verlauf nehmen, der beiden Regierungen die Möglichkeit abschneidet, die deutsch-russische Freundschaft wieder herzustellen und gegebenenfalls auch territoriale Fragen Osteuropas zu klären.»⁵¹⁴ Als Schulenburg die Weisung Ribbentrops am 15. August ausführte, nahm Molotow «Inhalt mir aufgetragener Mitteilung mit grösstem Interesse entgegen, bezeichnete sie als ausserordentlich wichtig und erklärte, dass er seiner Regierung hierüber gleich berichten und mir in Kürze Antwort geben werde. Schon jetzt könne er erklären, dass Sowjetregierung deutsche Absichten nach Verbesserung Beziehungen zu Sowjetunion lebhaft begrüsse und angesichts meiner heutigen Mitteilung nunmehr an Aufrichtigkeit dieser Absichten glaube.» Was Ribbentrops Moskau-Besuch betraf, legte Molotow jedoch einen auffallenden Mangel an Enthusiasmus an den Tag. Eine solche Reise, so behauptete er, bedürfe gründlicher Vorbereitung; schliesslich müsse man in Moskau erst die Antwort auf drei Fragen kennen: Sei Deutschland wirklich bereit, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abzuschliessen? Sei Deutschland willens, in Tokio auf eine Besserung der sowjetisch-japani-

⁵¹³ ADAP, D, 7, Nr. 18.

⁵¹⁴ Ebenda, Nr. 51, 56.

schen Beziehungen hinzuwirken? Und wie stehe es mit einer gemeinsamen Politik gegenüber den baltischen Staaten?⁵¹⁵

In Berlin brannte jetzt die Zeit auf den Nägeln. Ribbentrop jagte Schulenburg umgehend wieder zu Molotow: Selbstverständlich laute die deutsche Antwort auf alle drei Fragen „Ja“! Dies müsse der Botschafter, so hiess es in der Instruktion des Reichsaussenministers vom 16. August, «sofort» Molotow versichern und dabei erneut betonen, dass er, Ribbentrop, bereit sei, «von Freitag, den 18.8., jederzeit im Flugzeug nach Moskau zu kommen mit der Vollmacht des Führers, über den Gesamtkomplex der deutsch-russischen Fragen zu verhandeln und gegebenenfalls entsprechende Verträge zu unterzeichnen».⁵¹⁶ Molotow blieb aber, als er am 17. August abermals mit Schulenburg sprach, unerschütterlich dabei, dass der Besuch des Reichsaussenministers gut vorbereitet werden müsse, und mit bärenhafter Ironie setzte er hinzu, die Sowjetregierung scheue das Aufsehen, das eine derartige Reise hervorrufen würde; sie ziehe es vor, ohne viel Aufhebens praktische Arbeit zu leisten. In Wahrheit präsentierte er für den Empfang Ribbentrops in Moskau eine neue Bedingung: Nach Meinung der Sowjetregierung sei, wenn der Nichtangriffspakt abgeschlossen werde, zusätzlich ein «spezielles Protokoll» zu vereinbaren, «das die Interessen der vertragschliessenden Teile an diesen oder jenen Fragen der auswärtigen Politik regelt und das einen integrierenden Bestandteil des Paktes bildet»⁵¹⁷.

Schulenburgs Bericht in Händen, liess Ribbentrop noch am 18. August nach Moskau kabeln, der Botschafter habe sich für den 19., und zwar unbedingt schon für den Vormittag, einen weiteren Termin bei Molotow zu sichern. Er müsse dem Aussenkommissar erklären, dass natürlich auch die Reichsregierung unter normalen Umständen eine bedächtigere Prozedur vorziehe: «Die ungewöhnliche gegenwärtige Lage mache aber nach Auffassung des Führers notwendig, eine andere Methode anzuwenden, die schnell zum Ziele führe. Die deutsch-polnischen Beziehungen verschärften sich von Tag zu Tag. Wir müssten damit rechnen, dass jeden Tag Zwischenfälle eintreten könnten, die den Ausbruch eines offenen Konfliktes unvermeidlich machten. Nach der ganzen Haltung der Polnischen Regierung hätten wir die Entwicklung der Dinge in dieser Beziehung keineswegs in unserer Hand. Der Führer hält es für notwendig, sich bei Bemühungen um Klärung deutsch-russischen Verhältnisses nicht vom Ausbruch eines deutsch-polnischen Konflikts überraschen zu lassen. Er hält vorherige Klärung schon deshalb für notwendig, um bei diesem Konflikt russischen Interessen Rechnung tragen zu können, was ohne solche Klärung natürlich schwer sei.» Mithin sei eine sofortige Moskaureise des Reichsaussenministers dringend geboten, der mit einer Generalvollmacht des «Führers» kommen werde, den Gesamtfragenkomplex erschöpfend und abschliessend zu

⁵¹⁵ Ebenda, Nr. 70.

⁵¹⁶ Ebenda, Nr. 73, 75.

⁵¹⁷ Ebenda, Nr. 105.

regeln. Selbstverständlich sei der Reichsaussenminister auch in der Lage, «ein spezielles Protokoll zu unterzeichnen, das Interessen beider Teile in diesen oder jenen Fragen der auswärtigen Politik regelt, z.B. Regelung Interessensphäre im Ostsee-Gebiet, Frage Baltenstaaten usw.»⁵¹⁸.

Der Botschaft Ribbentrops, die Schulenburg tatsächlich noch am 19. an den Mann brachte, konnten Stalin und Molotow, die ja sehr gut wussten, dass über den Zeitpunkt des Beginns deutsch-polnischer Feindseligkeiten allein in Berlin entschieden wurde, entnehmen, dass Hitler den Befehl zum Angriff auf Polen bereits in wenigen Tagen geben wollte und daher jetzt bereit war, zur vorherigen Sicherung eines dramatischen deutsch-sowjetischen Vertragsabschlusses in der Tat jede sowjetische Forderung zu erfüllen. Die Dinge hatten sich also ganz nach den Moskauer Wünschen entwickelt. Wohl um hinsichtlich des Angriffsdatums definitiv Klarheit zu gewinnen, spielten die nun so stürmisch umworbenen Sowjets aber noch einmal die Spröden. So hielt Molotow auch am 19. August – die Unterredung fand nicht, wie Ribbentrop angeordnet hatte, am Vormittag, sondern zwischen 14 und 15 Uhr nachmittags statt – zunächst hartnäckig daran fest, dass zwar die Reisepläne des Reichsaussenministers an sich positiv eingeschätzt werden müssten, es jedoch «vorläufig nicht möglich sei, auch nur annähernd den Zeitpunkt der Reise zu bestimmen». Alle Gegenargumente des deutschen Botschafters prallten am sowjetischen Aussenkommissar ab wie an einer Wand. Erst in einer zweiten Unterredung, zu der Schulenburg um 16.30 Uhr erneut in den Kreml gebeten wurde, verstand sich Molotow zu einer Konzession. Seit Ende Juli war zwischen den Wirtschaftsexperten der deutsch-sowjetische Handels- und Kreditvertrag ausgearbeitet und unterschriftsreif gemacht worden; er sollte an eben diesem 19. August in Berlin unterzeichnet werden. Finde die Unterzeichnung tatsächlich statt – was dann auch der Fall war –, so könne Ribbentrop, wie Molotow nun zugab, ja etwa eine Woche später, also am 26. oder 27. August, nach Moskau kommen. Zugleich erhielt Graf Schulenburg den sowjetischen Entwurf für einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR⁵¹⁹.

Wirklich stellte sich sogleich heraus, dass Hitler nicht einmal mehr sechs oder sieben Tage zu warten vermochte. In seinem Zeitplan gefangen und daher von steigender Nervosität befallen, unternahm er jetzt einen höchst ungewöhnlichen Schritt. Am Nachmittag des 20. August ging der Text eines Telegramms nach Moskau ab, das Hitler direkt an Stalin richtete. Der «Führer» des Dritten Reiches flehte darin den sowjetischen Diktator förmlich an, den Reichsaussenminister doch schon am 22. August, «spätestens aber am Mittwoch, den 23. August zu empfangen». Ribbentrop habe «umfassendste Generalvollmacht zur Abfassung und Unterzeichnung des Nichtangriffspakts, sowie des Protokolls», versicherte Hitler, nachdem er zuvor schon klargemacht hatte, dass es beim

⁵¹⁸ Ebenda, Nr. 113.

⁵¹⁹ Ebenda, Nr. 125,132.

Nichtangriffspakt eigentlich nicht mehr um «Abfassung» gehe, sondern nur noch um «Unterzeichnung»: «Ich akzeptiere», so liess der «Führer» vorsorglich und werbend wissen, «den von Ihrem Aussenminister Herrn Molotow übergebenen Entwurf des Nichtangriffspakts.»⁵²⁰ Natürlich sollte Graf Schulenburg das Telegramm Hitlers, das am 21. August um 0.45 Uhr in Moskau eintraf, «umgehend» Molotow aushändigen, und ein nachgesandtes Telegramm Ribbentrops an Schulenburg befahl dem Botschafter, «alle Energie» walten zu lassen⁵²¹. Doch verstrich, während Hitler und Ribbentrop auf Kohlen sasssen, der ganze Vormittag, und erst um 15.00 Uhr nachmittags konnte Schulenburg das Telegramm des «Führers» Molotow übergeben. Damit hatte die Spannung allerdings ein Ende. Der deutschen Absichten nun völlig sicher, und zwar sowohl im Hinblick auf Polen wie im Hinblick auf die Bereitschaft zum Vertragsabschluss mit der Sowjetunion, brauchte sich Stalin nicht länger zu zieren. Dass die deutsche Bereitschaft nicht mit einem aufrichtigen Willen zu einer längerfristigen Verständigung identisch, sondern ausschliesslich zur Bewältigung momentaner Schwierigkeiten in der strategischen und taktischen Situation des Dritten Reiches gedacht war, ist den Sowjets auch jetzt nicht einen Augenblick lang unklar gewesen; in einer der Unterredungen mit Schulenburg hatte Molotow spöttisch bemerkt, das Beispiel Polen beweise, dass man die «Dauerhaftigkeit» von Nichtangriffspakten mit Deutschland bezweifeln müsse⁵²². In der Gewissheit aber, dass der Angriff auf Polen, den man Hitler mit der sowjetischen Neutralität fraglos erheblich erleichterte, Deutschland in einen langwierigen Krieg mit den Westmächten verstricken werde, der das Reich von der UdSSR ablenken und überdies Moskau zunächst einmal störungsfreie eigene Raubzüge in Ost- und Südosteuropa ermöglichen musste, in dieser Gewissheit durfte die reine Funktionalität der mithin lediglich temporär gemeinten neuen Russlandpolitik Deutschlands, so glaubte Stalin, getrost ignoriert werden. Bereits um 17.00 Uhr wurde Graf Schulenburg wieder zu Molotow bestellt, der eine freundlich gehaltene Antwort Stalins auf das Telegramm Hitlers überreichte, an deren Ende der Satz stand: «Die Sowjetregierung hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass sie einverstanden ist mit dem Eintreffen des Herrn von Ribbentrop in Moskau am 23. August, gez. Stalin»⁵²³.

Der angeblich jedes Aufsehen scheuende Molotow schlug nun sogar vor, den Abschluss eines deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und die Moskareise Ribbentrops bereits am 22. August mit einem Kommuniqué der Weltöffentlichkeit anzukündigen, was in Berlin mit Vergnügen akzeptiert wurde⁵²⁴. Einen Tag später war es dann tatsächlich so weit. Ribbentrop und Molotow

⁵²⁰ Ebenda, Nr. 142.

⁵²¹ Ebenda, Nr. 149.

⁵²² ADAP, D, 6, Nr. 579.

⁵²³ ADAP, D, 7, Nr. 158, 159.

⁵²⁴ Ebenda, Nr. 160, 170.

unterzeichneten, praktisch ohne weitere Verhandlungen, einen Nichtangriffs- und Neutralitätspakt, dazu ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem Deutschland der Sowjetunion freie Hand gegenüber Finnland, Estland, Lettland und dem rumänischen Bessarabien zugestand; für den Fall «einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete» wurden «die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt»⁵²⁵. Beide Partner waren – und in der Nacht vom 23. auf den 24. August fand das seinen Ausdruck in zahlreichen Trinksprüchen – zufrieden: Das Dritte Reich hatte für den bevorstehenden Krieg den Rücken im Osten freigemacht und sich den Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen Russlands gesichert, für die Sowjetunion war eine kräftige Westbewegung vorgezeichnet. Bei der Berliner Kriegspartei herrschte besondere Freude. Mochten die Bündnisgespräche mit dem Antikomintern-Partner Japan gescheitert sein, mochte der «Stahlpakt»-Partner Italien beunruhigende Zeichen seiner Neigung zur Desertion aus der Allianz geben, so war es nun auf der anderen Seite gelungen, ausgerechnet die bolschewistische Sowjetunion als Bundesgenossin zu gewinnen und damit dem Anschein nach all die anderen Fehlschläge mehr als wettzumachen.

Die letzten Augusttage: Hitler zwingt Europa in den Krieg

Noch am 24. August wieder nach Berlin zurückgekehrt, erstattete der erfolgstrunkene Ribbentrop seinem «Führer» im Beisein Görings und Weizsäcker einen enthusiastischen Bericht über seine Moskauer Erfahrung, wobei er, der in den Augen der aus den frühen Stadien der NSDAP stammenden NS-Elite keineswegs als «alter Parteigenosse» galt und in den Reihen der «Alten Kämpfer» nicht einen Freund besass, die hübsche Bemerkung machte, er habe sich in der sowjetischen Hauptstadt «gewissermassen wie zwischen alten Parteigenossen gefühlt»⁵²⁶. Ansonsten aber konnte der Reichsaussenminister alsbald jene Entdeckung machen, die der «Führer» bereits am Vortag zu ahnen begonnen hatte: Der deutsch-sowjetische Pakt, zuletzt so hektisch angestrebt und mit so beträchtlichen Konzessionen an die neuen Partner erkaufte, brachte dem Dritten Reich zwar fraglos eine gewisse und im Hinblick auf die zu erwartende britische Blockade auch nicht unwichtige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, daneben jedoch lediglich eine leichte und angesichts des ohnehin sicheren Erfolgs gänzlich überflüssige militärische Entlastung für den Feldzug in Polen. Letzteres durfte schon Ende August genutzt werden, als die sowjeti-

⁵²⁵ Ebenda, Nr. 228, 229.

⁵²⁶ Weizsäcker, Erinnerungen, S. 254.

sche Regierung auf deutschen Wunsch Meldungen in der westeuropäischen Presse dementierte, die Sowjetunion reduziere die Truppen an ihrer Westgrenze, und das Dementi aus freien Stücken noch mit dem Zusatz versah, die Sowjetunion habe ihre Streitkräfte an der sowjetisch-polnischen Grenze natürlich nicht verringert, sondern verstärkt⁵²⁷.

Nicht dass der Pakt ohne politische Wirkungen geblieben wäre, doch handelte es sich durchweg um negative Effekte. So zeigte sich, dass Mussolini mit seiner Vorhersage recht behielt, eine zu weitgehende Annäherung an die UdSSR werde zu Unruhe in den auf Antibolschewismus gedrillten eigenen Reihen führen. Tatsächlich provozierte der Pakt in der völlig verstörten NS-Bewegung eine seit Langem nicht mehr aufgetretene Neigung zu Kritik. Reichsleiter Alfred Rosenberg, der ideologische Papst der NSDAP, kommentierte am 22. August in seinem Tagebuch: «Unsere Presse lässt nach Anweisungen vom AA schon alle Würde vermissen... Als ob unser Kampf gegen Moskau – ein Missverständnis gewesen sei und die Bolschewiken die wahrhaften Russen seien mit alten Sowjetjuden an der Spitze! Die Umärmelung ist mehr als peinlich.» Und drei Tage später notierte Rosenberg, der die üble Versündigung an der antibolschewistischen Mission Deutschlands freilich nicht Hitler, sondern dem verhassten Ribbentrop anlastete: «Ich habe das Gefühl, als ob sich dieser Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird.»⁵²⁸ Gewiss wäre die interne Kritik noch viel kräftiger und breiter ausgefallen, hätte sich nicht die Mehrzahl der NS-Funktionäre – wie die Mehrheit der Bevölkerung – für eine Woche in der beruhigenden Illusion gewiegt, mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag sei es dem «Führer» immerhin gelungen, einen grossen europäischen Krieg in letzter Minute zu verhindern. Als taktischer Genieblitz, der die Westmächte vom Kriegseintritt abhielt und damit, von Polen abgesehen, den Frieden sicherte, wurde der ideologisch-politische «Verrat» verziehen oder doch milder beurteilt. Allerdings versetzte der Pakt auf der anderen Seite – was der NS-Führung vorerst verborgen blieb – etliche der bereits entstandenen konservativ-nationalen Widerstandsgruppen in Aufregung und frischen Umsturzeifer, weil sie von der Verbindung zwischen Nationalsozialisten und Bolschewiken eine Kräftigung des linken Flügels der NS-Bewegung und jener traditionsfeindlichen Tendenzen der NS-Politik befürchteten, die sie gelegentlich mit der Bezeichnung «brauner Bolschewismus» charakterisierten⁵²⁹. Auf aussenpolitischem Felde sahen die Dinge nicht besser aus. Am 25. August hielt Ribbentrop einen Einspruch der japanischen Regierung gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag in Händen, der, so verstand man

⁵²⁷ ADAP, D, 7, Nr. 360, 387, 388, 424, 446.

⁵²⁸ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, hrsg. v. H.-G. Seraphim, Göttingen 1956, S. 73, 75.

⁵²⁹ H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes – H. Graml, Die aussenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: H. Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich, Frankfurt 1986.

es in Tokio, mit dem Geiste des Antikominternpakts unvereinbar sei, und am 28. August stürzte die japanische Regierung. Ministerpräsident Hiranuma begründete die Demission des Kabinetts vornehmlich damit, dass die sonderbare Lage, welche durch den deutsch-russischen Pakt entstanden sei, eine völlige Neuorientierung der japanischen Aussenpolitik notwendig mache⁵³⁰.

In Europa wurde indes nicht einer der politischen Zwecke erreicht, die man in Berlin mit Ribbentrops Moskareise zu erreichen gehofft hatte. Sicherlich hatte die Sowjetunion nun definitiv und vor aller Welt darauf verzichtet, sich mit den Westmächten gegen Deutschland zu verbinden; am 25. August reiste die britisch-französische Militärmission aus Moskau ab. Aber abgesehen davon, dass gleichzeitig Deutschland seine bisher beanspruchte Wächterrolle gegen das bolschewistische Russland aufgab und damit die letzten europäischen Sympathien für das Dritte Reich dahinschwanden, war dieser Verzicht Moskaus schon mit der zunächst einmal zugestandenen Stärkung des potentiellen Hauptopfers der NS-Politik unverantwortlich hoch bezahlt worden. Und daneben trat nicht die geringste Veränderung in der europäischen Konstellation ein. Bereits am 23. August zeigte sich, dass die Bundesgenossenschaft Italiens nicht um ein Jota sicherer gemacht worden war. Um 10 Uhr vormittags wurde Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk, der sich gerade in Rom aufhielt, von Graf Ciano empfangen, und anschliessend berichtete Graf Schwerin ungesäumt nach Berlin, dass der italienische Aussenminister wohl die Bedeutung der Reise Ribbentrops nach Russland gewürdigt, jedoch hinzugefügt habe, dass der Moskauer Paktabschluss leider, wie ihm das die Botschafter Grossbritanniens und Frankreichs «soeben ausdrücklich und sehr ernst bestätigt» hätten, ohne Einfluss auf die Polen – und Deutschlandpolitik der Westmächte bleiben werde; mithin ändere sich auch nichts an der Lage Italiens, für das der bei einem deutschen Angriff nach wie vor unvermeidliche Krieg gegen Briten und Franzosen um mindestens drei Jahre zu früh komme⁵³¹. Was den Kurs Englands betraf, so beeilte sich Premierminister Chamberlain, noch am 22. August, kaum dass Ribbentrops Moskareise bekannt geworden war, Hitler in einem Brief – der dem «Führer» am nächsten Tag ausgehändigt wurde – klipp und klar zu sagen, dass er nicht glauben dürfe, mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag Englands Bündnistreue gegenüber Polen erschüttert zu haben. «Kein grösserer Fehler», so schrieb Neville Chamberlain, «könnte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Grossbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern.» Der Premier, der auf die – oberflächlich gesehen – blamable diplomatische Niederlage der Westmächte durchaus angemessen, ja eindrucksvoll reagierte, näm-

⁵³⁰ Archiv der Gegenwart 1939, Sp. 4191.

⁵³¹ ADAP, D, 7, Nr. 227.

lich mit fester Entschlossenheit, tiefem Ernst und souveräner Würde, setzte hinzu: «Es ist behauptet worden, dass, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene grosse Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, dass im vorliegenden Falle kein solch tragisches Missverständnis entsteht.»⁵³² Die Kernpunkte dieses Schreibens wurden am Abend des 22. August in Form einer offiziellen Regierungserklärung auch veröffentlicht. Danach lag der Kurs Frankreichs ebenfalls fest, wo aber ein grosser Kriegsrat der führenden Politiker und Militärs am 23. August auch noch ausdrücklich feststellte, wie vor dem deutsch-sowjetischen Vertrag habe Frankreich auch jetzt keine andere Wahl, als Polen gegen einen deutschen Angriff beizustehen⁵³³. Mit anderen Worten: die deutsch-sowjetische Vereinbarung war sicherlich – trotz der seit Langem kursierenden Gerüchte und der seit Langem gehegten Befürchtungen – eine saftige politische Sensation, doch im Grunde kein rechter politischer Erfolg Berlins.

Nicht einmal in dem Staat, der während der kommenden Wochen und Monate mit Sicherheit am meisten Leid zu erwarten hatte, in Polen, übte der Pakt, den Ribbentrop in Moskau abgeschlossen hatte, irgendeinen praktischen Einfluss aus, obwohl nun feststand, dass das Schicksal des Landes – zumindest kurzfristig – die vierte Teilung sein werde. Naturgemäss hatte man in Warschau die deutsch-sowjetischen Kontakte genau beobachtet und die Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Bolschewiken durchaus kommen sehen. Zwar nicht der polnische Botschafter in Moskau. Grzybowski hatte die Stadien der deutsch-sowjetischen Annäherung mit bagatellisierenden Kommentaren begleitet und eine Verständigung zwischen Berlin und Moskau stets als unmöglich hingestellt⁵³⁴. In seinem wohl letzten Bericht aus Moskau setzte dann der Botschafter am 29. August Aussenminister Beck auseinander, dass der entgegen seinen Prognosen nun doch zustande gekommene deutsch-sowjetische Vertrag politisch im Grunde bedeutungslos sei: «Sie werden sehen, dass der Pakt bis Sonntag vorbei ist!»⁵³⁵ In Warschau selbst war man jedoch realistischer gewesen, und auch das Resultat der deutsch-sowjetischen Verhandlungen wurde jetzt ernster beurteilt als von Grzybowski. Aber an den politischen und militärischen Entschlüssen änderte sich nichts, der Wille zum Widerstand erfuhr nicht die geringste Schwächung. Noch vor der Vertragsunterzeichnung in Moskau, am 17. August, hatte der im polnischen Innenministerium für Minderheitenfragen zuständige Ministerialdirektor Zyboriski einen der Führer der deutschen Minderheit, Senator Hasbach, empfangen, der «beabsichtigte, die Beschwerden der deutschen Volksgruppe über die gegenwärtig-

⁵³² Ebenda, Nr. 200.

⁵³³ G. Bonnet, *La Defense de la Paix*, Bd. II, Genf 1953, S. 305 ff.

⁵³⁴ Szembek-Tagebuch, S. 378 ff., 641, 740.

⁵³⁵ Ebenda, S. 711.

ge Unterdrückung und Verfolgung an der Hand einer überreichten Denkschrift zur Sprache zu bringen». Zyborski fand es «erstaunlich, dass die deutsche Volksgruppe glaube, in diesem Augenblick mit irgendwelchen Einzelbeschwerden kommen zu können», wo doch die Absichten Berlins auf eine restlose Aufteilung Polens hinausliefen. «An der Hand einer vorliegenden Karte Polens, in der die Siedlungslage der Nationalitäten eingetragen war, führte Zyborski aus, wie nach den Informationen Warschaus die Teilungsabsichten Berlins seien. Er legte dar, dass man in Berlin eine neue Grenzziehung beabsichtige mit einem Bogen, der von Ostpreussen dicht an den Toren Warschaus vorbei bis Oberschlesien geht; dann sei Galizien als altes österreichisches Kronland und selbstverständlich das Herzogtum Teschen das Ziel der deutschen Wünsche. Die übrig bleibenden Gebiete sei man bereit, Russland zu übergeben.» Auch sprach Zyborski davon, dass am Ende die «Aussiedlung» aller Polen nach Sibirien kommen werde. Jedoch werde sich das polnische Volk, so schloss der Ministerialdirektor, «gegenüber der vom Reich eingeleiteten 4. Teilung Polens mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen»⁵³⁶. Graf Lubienski, Becks Kabinettschef, konstatierte – gewiss beeindruckt, doch ohnehin fatalistisch gestimmt – lediglich, der deutsch-sowjetische Pakt bedeute eigentlich keine Veränderung der Situation, da «Rapallo» im Grunde immer in Kraft gewesen sei⁵³⁷.

Nicht anders reagierte die polnische Bevölkerung. Ihre Stimmung war naturgemäss schon vor dem Moskauer Paktabschluss düster gewesen: im Hinblick auf den als unausweichlich erwarteten Krieg mitsamt der Niederlage und der Besetzung des Landes, dazu unter dem Eindruck einer allmählich bis zum Stillstand fortschreitenden Lähmung von Handel und Wandel, die, verursacht von der nun bereits seit Monaten andauernden Spannung und Kriegsfurcht, mittlerweile fast jedermann traf. Am 18. Juli schickte der deutsche Generalkonsul in Posen einen Bericht an das Auswärtige Amt, in dem bei der Schilderung der polnischen Stimmung nur Wörter wie «niedergeschlagen», «gedrückt», «Beklemmung» und «Unsicherheit» gebraucht wurden⁵³⁸. Eine solche Charakterisierung stand freilich in krassem Gegensatz zur offiziellen Lesart vom Übermut der Polen, und daher wies der Geschäftsträger in Warschau, Johannes v. Wühlisch, der inzwischen Gefangener der eigenen Propaganda geworden war, am 25. Juli sämtliche deutschen Konsulate in Polen an, sofort Berichte über die Stimmung im Lande vorzulegen. Mit der geballten Wucht der gesammelten Eindrücke hoffte er, den Generalkonsul in Posen – der ja nur, wie er dem eigentlichen Empfänger des Posenschen Memorandums, dem Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Schliep, versicherte, seinen «engeren Amtsbezirk» übersehe – schlagend zu widerlegen⁵³⁹. Nachdem einige Tage

⁵³⁶ Vermerk, 18.8.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 1, 35015 f.

⁵³⁷ Szembek-Tagebuch, S. 689.

⁵³⁸ Generalkonsulat Posen an AA, 18.7.1939, PAA, Botschaft Warschau.

⁵³⁹ Wühlisch an Schliep, 25.7.1939, PAA, Botschaft Warschau.

später die Stellungnahmen aus Krakau, Lemberg, Kattowitz, Thorn, Lodz und Teschen eingelaufen waren, ergab sich jedoch, und zwar trotz des erkennbaren Bemühens der Autoren, den offenkundigen Wünschen des Auftraggebers entgegenzukommen, dass der Posener Generalkonsul, der in seinem zweiten Bericht mannhaft seine am 18. Juli niedergelegte Auffassung wiederholte, praktisch bestätigt wurde. Allerdings stellte sich ebenfalls heraus, dass sich die allgemeine Niedergeschlagenheit offensichtlich sehr wohl mit der – oft von der Hoffnung auf die Hilfe der Westmächte gestützten – Entschlossenheit zum Widerstand gegen den in Kürze losbrechenden deutschen Angriff vertrug und dass die lange Dauer der Krise dieser Entschlossenheit kaum etwas anzuhaben vermochte⁵⁴⁰. Nach der Meldung von der deutsch-sowjetischen Verständigung, deren Bedeutung für das polnische Schicksal in Polen niemand erklärt zu werden brauchte, lastete die düstere Stimmung gewiss noch schwerer auf dem Land, doch blieb der Wille, sich zu wehren, ungebrochen.

Hitler freilich könnte in der Aussicht auf die unmittelbar bevorstehende Vertragsunterzeichnung für einige Augenblicke tatsächlich noch einmal in die Illusion zurückgefallen sein, ein deutsch-sowjetischer Pakt werde die Westmächte davon abhalten, an der Seite Polens in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Als er am 22. August die Spitzen der drei Wehrmachtteile ein letztes Mal auf dem Obersalzberg versammelte, um sie mit einer grossen Ansprache psychisch für den Kriegsbeginn zu wappnen, hat er jedenfalls Ribbentrops Moskaureise zur Beruhigung der Militärs benutzt und dabei gesagt: «Damit habe ich den Herrschaften [in England und Frankreich] ihre Waffen aus der Hand geschlagen. Polen ist in die Lage hineinmanövriert worden, die wir zum militärischen Erfolg brauchen.» Einige der naiveren Generäle und Admiräle dürften solche Sätze denn auch in der Tat als krönende Argumente für die von Hitler mit grosser Verve verfochtene Behauptung verstanden haben, Grossbritannien und Frankreich seien weder willens noch fähig, Polen militärisch beizustehen. Jedoch ist es in Wahrheit ungläubhaft, dass sich der «Führer» selber in derartigen Illusionen gewiegt hat. Ein allzu beträchtlicher Teil seiner Ansprache war bereits dem Zweck gewidmet, seine Zuhörer mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass es wohl auch gegen die Westmächte gehen werde, und dafür hatte er die simple und im Moment ja auch militärisch durchaus anwendbare Formel parat: «Wir werden den Westen halten, bis wir Polen erobert haben.» Im Grunde lief seine Rede auf den – gelungenen – Versuch hinaus, die im Hinblick auf einen Westkrieg tief besorgten Offiziere bei der Gewohnheit schlichter Befehlsausführung zu halten und ihr Vertrauen zur politischen Leitung möglichst ungeschmälert zu bewahren, indem er einerseits das ange-

⁵⁴⁰ Konsulat Teschen, 27.7., Konsulat Krakau, 27.7., Konsulat Lemberg, 27.7., Generalkonsulat Kattowitz, 27.7., Generalkonsulat Thom, 29.7.1939, Botschaft Warschau (zusammenfassender Bericht), o.D. (Anfang August 1939), PAA, Botschaft Warschau.

nehme Unwahrscheinliche als das Wahrscheinliche vorgaukelte, aber andererseits das tatsächlich und gefürchtete Wahrscheinliche als das zwar Unwahrscheinliche, doch selbstverständlich Einkalkulierte immerhin erwähnte. Ähnliche Zwecke verfolgte Hitler, wenn er in jenen Tagen mit anderen deutschen Funktionären sprach, etwa mit seinen Diplomaten, wie am 23. und 24. August mit Staatssekretär v. Weizsäcker, der in diesen Gesprächen glatt bestritt, dass der deutsch-sowjetische Vertrag die Deutschland- und Polenpolitik der Westmächte beeinflussen werde⁵⁴¹. Für seine eigene Rechnung wird es Hitler genügt haben, dass er mit dem Moskauer Pakt der kommenden britischen Blockade ihre Gefährlichkeit weitgehend genommen hatte. Wie wenig der «Führer» jetzt noch auf die Meinung und mithin auch auf die Politik Westeuropas gab, verriet er am 22. August nicht zuletzt dadurch, dass er den versammelten Militärs sowohl für die Kriegführung gegen Polen wie für die deutsche Politik im besetzten Polen eine Brutalität ankündigte, mit der sich Deutschland für eine Weile aus dem Kreis der zivilisierten Staaten ausschliessen musste. Immer wieder gebrauchte er Wendungen wie «brutales Vorgehen», «hart und rücksichtslos», «gegen alle Erwägungen des Mitleids hart machen», und in diesem Sinne sagte er, wie Generalstabschef Franz Halder notierte: «Ziel: Vernichtung Polens = Beseitigung seiner lebendigen Kraft. Es handelt sich nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes, die auf immer neuen Wegen angestrebt werden muss.» Jede «sich neu bildende lebendige polnische Kraft» sei «sofort wieder zu vernichten»⁵⁴².

Im sicheren Gefühl, die besseren Karten in der Hand zu haben und den Krieg getrost riskieren zu können, beantwortete daher Hitler den Brief, in dem Chamberlain am 22. August dargetan hatte, dass die deutsch-sowjetische Verständigung nichts an den polnischen Verpflichtungen Grossbritanniens ändere, am folgenden Tag mit einem ebenso verlogenen wie vor allem nassforschenden Schreiben⁵⁴³. So sprach der «Führer» von der «Welle furchtbaren Terrors», die über die Deutschen in Polen hereingebrochen sei, von den «entsetzlichen Greueln», die an ihnen verübt würden. Aber abgesehen davon, dass das Los der Deutschen in Polen die nationalsozialistischen Herren Deutschlands bis zum Frühjahr 1939 ohnehin keinen Deut gekümmert hatte, schäumte die «Welle furchtbaren Terrors» auch jetzt allein im Reich der Propaganda, in dem allerdings die zuständigen Abteilungen der «Volksdeutschen Mittelstelle» und des Reichspropagandaministeriums nicht weniger erfindungsreich und produktiv waren als im Vorjahr während der Sudetenkrise. Tatsächlich gehört es

⁵⁴¹ Weizsäcker, Erinnerungen, S. 252 ff.

⁵⁴² Halder, Kriegstagebuch, S. 25; vgl. IMT, XXVI, S. 338 ff.; W. Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung, in: VfZ 16 (1968), S. 120-149; ders., Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, in VfZ 19 (1971), S. 301-304.

⁵⁴³ ADAP, D, 7, Nr. 200, 201.

zu den auffallendsten Erscheinungen jener Monate, dass es zwar seit dem Frühjahr 1939 immer wieder zu kleineren Zusammenstössen zwischen angstvoll-gereizten Polen und Deutschen kam, ob letztere nun im Hinblick auf den bevorstehenden Einmarsch der deutschen Armee freudige Erwartung an den Tag legten oder nicht, dass aber die Zahl schwerer Zwischenfälle erstaunlich gering blieb; bei ernsteren Anschlägen oder Auseinandersetzungen handelte es sich im Übrigen fast stets um das Werk der Agenten reichsdeutscher Einrichtungen, namentlich des SD und der Gestapo, gegen deren Treiben die deutschen Konsulate im Juli und August ebenso fruchtlos protestierten wie im April und Mai⁵⁴⁴. Ferner behauptete Hitler, dass Polen versuche, «durch wirtschaftliche Massnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heisst, durch eine Art von Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten», und diese Behauptung war womöglich noch weiter von der Wahrheit entfernt als sein Märchen von den «entsetzlichen Greueln». Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Zollprobleme Danzigs kamen – wenn man von der allgemeinen wirtschaftlichen Misere im polnischen Hinterland absieht – allein auf das Konto der Provokationen und Schikanen, die sich die nationalsozialistischen Satrapen in Danzig ausdachten, mittlerweile unterstützt von einem der auf die Produktion von Krisen spezialisierten Handlanger Hitlers, von Edmund Veesenmayer, der sich bereits im Sommer 1938 und dann Mitte März 1939 in der Slowakei schmutzigen Lorbeer verdient hatte.

Vor Brauchitsch und Halder hatte Hitler den wahren Gehalt der antipolnischen Anklagen am 14. August selber demaskiert, als er die relative Passivität der Polen ausdrücklich als Argument dafür ins Treffen führte, dass man sich in Warschau der britischen und französischen Hilfe keineswegs sicher sei: «Wenn Zusagen Englands gegeben würden, wäre Polen viel frecher.»⁵⁴⁵ Auch gab er bei solchen Gelegenheiten ohne Weiteres zu, dass er über die sehr erfolgreichen britisch-französischen Einwirkungen auf Warschau, doch um Gottes willen Zurückhaltung zu üben und den Deutschen keine Vorwände zu liefern, wohl unterrichtet war. Ebenso wusste er, dass seine Erfindungen und Aufbauschungen ausserhalb Deutschlands von jedermann durchschaut wurden, erst recht von seinen politischen und diplomatischen Mit- und Gegenspielern. Aber derartige Kleinigkeiten konnten den Mann, der im Begriff stand, grosse Geschichte zu machen, nicht mehr kümmern. Wie sagte er am 22. August: «Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.» Er hatte denn auch bereits Unternehmen in Auftrag gegeben, mit denen er, vornehmlich zur propagandistischen Beein-

⁵⁴⁴ Bericht Konsulat Lemberg, 10.6.1939; Generalkonsult Thom, 19.8.1939, PAA., Botschaft Warschau; dazu Wühlisch an AA, 18.8.1939, ADAP, D, 7, Nr. 106.

⁵⁴⁵ Halder, Kriegstagebuch, S. 11.

flussung der eigenen Nation, im passenden Augenblick sogar – über polnischen «Terror» in Polen hinaus – polnische militärische Aktionen auf reichsdeutschem Boden vorzuspiegeln gedachte. Sein Scherge Heydrich bereitete z.B. einen Überfall auf den Sender Gleiwitz vor, den Spezialisten des SD in polnischen Uniformen durchzuführen und bei dem auch – um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen – am Ort der Handlung Tote in polnischen Uniformen zurückzubleiben hatten, nämlich zu diesem Zweck ermordete – im internen Sprachgebrauch «Konserven» genannte – Konzentrationslagerhäftlinge⁵⁴⁶.

So nahm der «Führer» in seinem Antwortschreiben keinen Anstand, dem britischen Premier mitzuteilen, dass er «die Frage Danzig und die des Korridor» – wobei er bei letzterer das «Wie» offen liess – lösen werde, ob das den Briten passe oder nicht. Chamberlains Warnung, Hitler dürfe nicht glauben, der deutsch-sowjetische Pakt werde ihm ein strafloses Vorgehen gegen Polen erlauben, quittierte er mit dem Satz: «Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, dass Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklärung zur Kenntnis und versichere Ihnen, dass sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann.» Dass Chamberlain in seinem Brief darauf hingewiesen hatte, sein Kabinett werde am 24. August vom Unterhaus ein Ermächtigungsgesetz bekommen, bewog den Oberbefehlshaber einer Armee, die ihren Aufmarsch an den deutschen Grenzen schon fast vollendet hatte und kurz vor dem Einfall in Polen stand, zu der ungewöhnlich heuchlerischen, vor allem aber spannungsverschärfenden Erwiderung, die Reichsregierung habe Kenntnis davon erhalten, dass die britische Regierung Mobilmachungsmassnahmen beabsichtige, die gegen Deutschland gerichtet seien: «Ich teile daher Eurer Exzellenz mit, dass ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.» Die Unterredung, während der Hitler ein derartiges Schreiben dem britischen Botschafter zur Lektüre und zur Weiterleitung nach London übergab, verlief entsprechend stürmisch; der Augenzeuge Weizsäcker charakterisierte Hitlers Gehabe als «hysterisch»⁵⁴⁷.

Nachdem Sir Nevile Henderson das Zimmer in Hitlers «Berghof», wo die Unterhaltung über die Bühne gegangen war, verlassen hatte, schlug sich der «Führer» freilich auf die Schenkel und sagte lachend: «Dieses Gespräch überlebt Chamberlain nicht, sein Kabinett wird heute Abend stürzen.»⁵⁴⁸ Hitler wusste natürlich sehr gut, dass nichts weniger wahrscheinlich war als der Sturz eines britischen Kabinetts, das gerade besondere Vollmachten bekam, und selbst er wusste gut genug, dass der Nachfolger Chamberlains, wenn denn die

⁵⁴⁶ J. Runzheimer, Die Grenzzwischenfälle am Abend vor dem deutschen Angriff auf Polen, in: W. Benz/H. Graml, Sommer 1939, S. 107-147.

⁵⁴⁷ Weizsäcker, Erinnerungen, S. 252.

⁵⁴⁸ Ebenda.

grosse Symbolfigur der Appeasement-Politik fallen sollte, ein anderer sein würde als ein weiterer Appeaser. Die Bemerkung ist nur zu erklären, wenn man sie ganz simpel als Ausdruck dafür nimmt, dass Hitler die Haltung Grossbritanniens gleichgültig geworden war. Vermutlich wollte er lediglich sagen: »Jetzt hab ich's aber diesen hochnäsigen Briten noch einmal tüchtig gegeben, bevor's losgeht.«

Es hat denn auch weder das Denken noch das Handeln Hitlers in irgendeiner Weise beeinflusst – noch überhaupt einen Berliner Kommentar hervorgerufen –, dass das Kabinett Chamberlain, statt am Abend des 23. zu stürzen, am 24. August das gewünschte Ermächtigungsgesetz tatsächlich bekam und der Premier in einer grossen – wenngleich gewohnt trockenen – Rede vor dem Unterhaus erneut kategorisch versicherte, dass Grossbritannien und Frankreich trotz des nunmehr unterzeichneten deutsch-sowjetischen Pakts ihre Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen selbstverständlich erfüllen würden. Dies hinderte Hitler nicht daran, am Nachmittag des gleichen 24. einen Plan zur Besorgung eines weiteren propagandistisch verwertbaren Zwischenfalls zu genehmigen, nämlich einen Plan zur Zuspitzung der Krise in und um Danzig, den Edmund Veesenmayer inzwischen ausgeheckt hatte. Am 21. August hatte Veesenmayer dem Auswärtigen Amt – lediglich zur Information – mitgeteilt, sein Plan sehe folgendermassen aus: «1. Nach längeren Verhandlungen in der Zollbeamtenfrage deren endgültiges Scheitern. Schuld auf Seite der Polen. 2. Dann erfolgt völlige Beseitigung aller polnischen Zollbeamten und Aufhebung der Zollgrenze nach Ostpreussen. 3. Es erfolgen Reaktionen der Polen so oder so. 4. Daraufhin Festnahmen zahlreicher Polen im Danziger Gebiet und Aushebung zahlreicher polnischer Waffenlager. Die Auffindung dieser Waffenlager ist gesichert. 5. Erfolgt darauf keine ausreichende Aktion der Polen als Antwort, dann soll zuletzt die Westerplatte [eine zu Polen gehörende Landzunge im Danziger Hafengebiet] angegangen werden.» Am 24. Abends erhielt nun Weizsäcker von Veesenmayer die Nachricht, dass der Plan bis auf Punkt 4 vom «Führer» gebilligt worden sei⁵⁴⁹. Einen Tag zuvor hatte übrigens der Danziger Senat – in klarem Widerspruch zur Rechtslage – den Gauleiter der Danziger NSDAP, Albert Forster, zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt erklärt, vermutlich um ihm so etwas wie eine völkerrechtliche Plattform zur Proklamierung der Vereinigung Danzigs mit dem Reich zu schaffen. Polen protestierte, konnte aber nichts unternehmen, da es sonst seinerseits – und gegen den Willen der Westmächte – zur Verschärfung der Situation beigetragen hätte.

Danach hielt der «Führer» noch drei weitere vorbereitende Schritte für erforderlich. Im Laufe des 25. August, in der ersten Tageshälfte, entstand ein Brief an Mussolini, in dem Hitler seinem Freund zunächst die Eile in der letz-

⁵⁴⁹ Veesenmayer an Weizsäcker, 21.8.1939, PAA, Büro Staatssekretär, Polen 2, 35059; ADAP, D, 7, Nr. 244.

ten Phase der deutsch-sowjetischen Verhandlungen und etwas entschuldigend die bereits erreichte Enge der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erklären suchte; der Duce hatte ja davor gewarnt, bei der Annäherung an Moskau zu weit zu gehen. Anschliessend erläuterte Hitler jedoch, dass der Angriff auf Polen nun nur noch eine Frage von Tagen sei, und er gab dem «Stahlpakt»-Partner zu verstehen, dass er auf Italiens Bündnistreue zähle. Am Nachmittag, 15.20 Uhr, hat Botschafter v. Mackensen dieses Schreiben Mussolini überreicht⁵⁵⁰. Kurz nach Mittag traf Hitler ferner, inzwischen vom Obersalzberg nach Berlin zurückgekehrt, mit dem in die Reichskanzlei bestellten Sir Neville Henderson zusammen. Im Ton konzilianter als am 23. August, setzte er dem britischen Botschafter auseinander, er habe sich – angeregt durch Hendersons Äusserung vom 23., er hoffe noch immer auf eine deutsch-britische Verständigung – «die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Russland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe». Natürlich müsse ihm zugebilligt werden, so fügte er eilends hinzu, zuerst einmal die Probleme «Danzig und Korridor» zu lösen, wobei er wiederum offenliess, was er im Falle des Korridors unter Lösung verstand; Deutschland könne die «mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze» nicht länger hinnehmen. Danach aber werde er, dazu sei er bereit und entschlossen, «an England mit einem grossen und umfassenden Angebot herantreten». Er bejahe das Britische Imperium und sei willens, «sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen», sofern die begrenzten kolonialen Forderungen Deutschlands erfüllt und die Verpflichtungen des Reiches respektiert würden, die sich aus dessen freundschaftlichem Verhältnis mit Italien und neuerdings auch mit Russland ergäben⁵⁵¹. Henderson übernahm es, dieses «grosse Angebot» am nächsten Morgen persönlich nach London zu bringen und dem Premierminister vorzulegen. Schliesslich empfing Hitler um 17.30 Uhr noch Robert Coulondre, den französischen Botschafter, um ihm eine ähnliche Botschaft an Ministerpräsident Daladier aufzutragen. Im Falle Frankreichs begnügte er sich allerdings damit, die Ankündigung des Angriffs auf Polen mit der Erklärung zu verbinden, dass er keinen Krieg mit dem westlichen Nachbarn wünsche und Elsass-Lothringen doch schon als französischen Besitz anerkannt habe. Mit derartigen Stückchen aus dem Arsenal seiner Diplomatie glaubte der «Führer» sein Szenario komplettiert zu haben, und zwischen den Gesprächen mit den Vertretern der Westmächte, um 15.02 Uhr, erteilte er der Wehrmacht den Angriffsbefehl:

⁵⁵⁰ ADAP, D, 7, Nr. 266.

⁵⁵¹ Ebenda, Nr. 265.

⁵⁵² Gelbbuch der Französischen Regierung. Diplomatische Urkunden 1938 bis 1939, Basel 1940, S. 327 ff.; Coulondre, Von Moskau nach Berlin, S. 421 ff.

Am Morgen des 26. August, 4.30 Uhr, hatten sich danach die deutschen Streitkräfte gegen Polen in Bewegung zu setzen⁵⁵³.

Von den drei diplomatischen Schritten des 25. August hat Hitler allerdings, das ist ohne Weiteres zu sehen, lediglich den ersten so gemeint, wie er selbst sie nach aussen darbot. Den Kriegseintritt Italiens an der Seite Deutschlands wünschte er in der Tat, wie sich wenig später noch ganz klar zeigen sollte, und das ist allein schon ein schlagender Beweis dafür, dass er, wie das ja auch seiner immer deutlicher zu Tage getretenen eigenen Einschätzung der britisch-französischen Politik entsprach, nicht mehr damit rechnete, das Eingreifen der Westmächte durch diplomatische Aktivitäten noch verhindern zu können; bei einem lokalisierten Feldzug gegen Polen wären die Italiener nicht gebraucht worden und hätten auch gar keinen Feind gehabt, wie er zum Kriegführen doch wohl nötig ist. Kalkulierte er aber die Intervention Grossbritanniens und Frankreichs ein, dann konnten die Gesten, die er gegenüber London und Paris machte, unmöglich – über eine durch Verwirrung vielleicht zu erreichende Verzögerung des Kriegseintritts hinaus – zur Beeinflussung der Politik Englands und Frankreichs gedacht sein. Dass die Parallelen zur diplomatischen Musik, mit der er Aktionen wie die Remilitarisierung des Rheinlands und die Isolierung der Tschechoslowakei begleitet hatte, tatsächlich nur scheinbar waren, liess sich jedoch auch an anderen Indizien ablesen.

Sowohl Henderson wie Coulondre haben dem «Führer» mit allem Nachdruck, dessen sie fähig waren, zum soundsovielten Male versichert, dass eine Überschreitung der polnischen Grenze durch deutsche Truppen für ihre Länder den Bündnisfall bedeuten werde; Hitler hat das achselzuckend zur Kenntnis genommen und sich davon nicht abhalten lassen, den Angriffsbefehl zu geben. Auch setzte er die deutschen Armeen in Bewegung, ohne die – falls ernst gemeint, doch zumindest fragliche – Wirkung seiner Manöver abzuwarten. Was das «grosse Angebot» an London betraf, so stand sogar fest, dass sich die britische Regierung damit frühestens am Vormittag des 26. August eingehender zu beschäftigen vermochte, also erst nach dem Beginn der deutschen Offensive, und die Vorstellung, das britische Kabinett könne für die Rückkehr auf Appeasementkurs gewonnen werden, während und womöglich weil bereits deutsche Panzer über polnische Strassen rasselten und zahllose polnische Ortschaften in Flammen standen, ist so abenteuerlich, dass sie nicht einmal einem Dilettantismus mit Brutalität verbindenden Politiker wie Hitler unterstellt werden kann. Dies alles gilt erst recht, wenn man die Natur seiner Offerter ins Auge fasst. Mit Frankreich machte er sich überhaupt keine Mühe: dass er Daladier mitteilen liess, die Franzosen dürften Elsass-Lothringen behalten, wenn sie seine Kreise in Polen nicht störten, war gewiss eine Dreistigkeit, vornehmlich aber eine leere Geste, die Paris nicht den kleinsten Anreiz zum Ver-

⁵⁵³ N. v. Vormann, *Der Feldzug 1939 in Polen*, Weissenburg 1958, S. 43.

zicht auf die pro-polnische Intervention offerierte. Bei Grossbritannien arbeitete Hitler mit einem grösseren rhetorischen Aufwand, doch in der Sache präsentierte er London – mit der in Aussicht gestellten Respektierung von Empire und Commonwealth – die gleiche Verbindung von plumper Unverschämtheit und politischer Inhaltslosigkeit wie Paris. Göring, der in London – die Zukunft war schliesslich ungewiss – sicherlich seinen Ruf als halbwegs vernünftiger und friedensfreundlicher Mann wahren wollte, liess über den schwedischen Industriellen Birger Dahlerus, und zwar mit Wissen Hitlers, der sich davon offenbar eine Steigerung der Konfusion in britischen Regierungskreisen versprach, das gleiche «Angebot» an Lord Halifax und Chamberlain gelangen; dass er dabei im Übereifer gleich auch noch erklärte, das Deutsche Reich sei bereit, das britische Empire im Mittelmeer gegen den «Stahlpakt»-Partner Italien und im Pazifik gegen den Antikominternpakt-Partner Japan zu unterstützen, gegebenenfalls auch militärisch, krönte die ganze Aktion mit einem weiteren eindrucksvollen Beweis für die absolute Treulosigkeit und folglich totale Geschäftsunfähigkeit der nationalsozialistischen Führer Deutschlands⁵⁵⁴.

Wenn aber Hitlers Botschaften an Daladier und gerade auch an Chamberlain nicht zur Annahme bestimmt waren, nicht dazu, im letzten Augenblick einen Keil zwischen Polen und Westmächte zu treiben, bleibt als Erklärung lediglich ein innenpolitischer Zweck. Offensichtlich handelte es sich bei der diplomatischen Aktion um nichts anderes als um einen Teil der «Einkreisungs»-Propaganda: Die Westmächte, so suchte Hitler der eigenen Nation zu suggerieren, wollten Deutschlands berechtigtes Vorgehen gegen Polen nur zum Anlass nehmen, das wieder zu stark gewordene Reich zu vernichten, und nicht einmal die grossherzigsten Angebote des friedfertigen «Führers» seien imstande, sie von ihrem Vernichtungswillen abzubringen; den ja überwiegend politisch urteilslosen Deutschen sollte so das Gefühl vermittelt werden, wenigstens gegen England und Frankreich einen Verteidigungskrieg zu führen.

Noch am 25. August lieferte Hitler einen weiteren Beweis dafür, dass seine Handlungsweise in der Tat in diesem Sinne zu interpretieren war. Kaum hatte ihn Coulonde verlassen, erreichte ihn die Nachricht, dass Grossbritannien und Polen den am 6. April bereits angekündigten Beistandspakt jetzt tatsächlich – als demonstrative Antwort auf den deutsch-sowjetischen Vertrag – abgeschlossen hatten. Dass die Nachricht ihn selbst tiefer berührte, ist in den Gerüchteküchen von Reichskanzlei, Auswärtigem Amt, OKH und OKW zwar begreiflicherweise angenommen worden, jedoch sonst nicht zu sehen und auch angesichts seiner Erwartungen höchst unwahrscheinlich; sie hat denn auch nicht die geringste Aktivität ausgelöst. Wohl aber ist erkennbar, dass ihn die zweite Nachricht, die fast gleichzeitig mit der ersten in der Reichskanzlei eintraf, so-

⁵⁵⁴ B. Dahlerus, *Der letzte Versuch*. London-Berlin. Sommer 1939, München 1948, S. 51 ff.; DBFP, 3, VII, No 285.

wohl überraschte wie etwas aus der Fassung brachte. Als Antwort auf sein Schreiben an den Duce, das Mackensen um 15.20 Uhr überreicht hatte, kam kurz nach 18.00 Uhr ein Brief aus Rom, in dem Mussolini einerseits herzliches Einverständnis mit Hitlers Russlandpolitik und auch mit seiner Polenpolitik bekundete, andererseits indes klipp und klar wissen liess, dass Italien das Reich militärisch nicht unterstützen werde, wenn die Westmächte einem von Deutschland angegriffenen Polen zu Hilfe kommen sollten⁵⁵⁵. An sich hätte ihn auch diese Mitteilung nicht mehr überraschen dürfen, und in den Vortagen hatte er ja selber gewisse Zweifel an der italienischen Haltung geäussert. Doch als er nun im entscheidenden Augenblick die volle und nicht mehr zu verdrängende Wahrheit lesen musste, als er ferner die noch spezifischere Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen hatte, dass sein Moskauer Coup nicht einmal die italienische Politik in seinem Sinne zu beeinflussen vermochte, schockierte ihn das doch. Dass es ihn derart treffen konnte, zeigt deutlich genug, wie fest er im Grunde mit dem Krieg gegen die Westmächte rechnete; andernfalls hätte ihn der Brief Mussolinis ziemlich gleichgültig lassen können. So aber machte er sofort einen Versuch, den Duce vielleicht doch noch umzustimmen. In Mussolinis Schreiben hatte es – in Fortentwicklung der von Attolico erfundenen Taktik – gleisnerisch geheissen: «Unsere Intervention kann indessen unverzüglich stattfinden, wenn Deutschland uns sofort das Kriegsmaterial und die Rohstoffe liefert, um den Ansturm auszuhalten, den die Franzosen und Engländer vorwiegend gegen uns richten werden.» Postwendend schickte Hitler einen Brief nach Rom, in dem er den Duce bat, den italienischen Bedarf zu präzisieren⁵⁵⁶.

Nachdem Mackensen dieses Schreiben noch am 25. August – 21.30 Uhr – Mussolini ausgehändigt hatte, sprach der Duce sofort von Flak für die Industrie Oberitaliens, von Flak für das Heer, von Rohstoffen wie Kupfer, Zinn, Blei, Nickel, Eisen, Kohle und Benzin; für den folgenden Tag kündigte er eine komplette Liste der italienischen Forderungen an⁵⁵⁷. Als dann diese Liste, von Mussolinis Mitarbeitern zusammengestellt, um die Mittagszeit des 26. bei Ribbentrop und Hitler einging, fand der «Führer» seinen Schock vom Vortag bestätigt, und jetzt konnte auch sein Aussenminister – der die Liste bis zum Mittag des 26. mehrmals aufgeregt in Rom angemahnt hatte – wirklich nicht mehr umhin, die italienische Entschlossenheit zur Neutralität endlich zu begreifen und in Rechnung zu stellen. So furchteinflössend war die Liste⁵⁵⁸, die von 150 Flakbatterien über 7 Millionen Tonnen Mineralöl bis zu 600 Tonnen Wolfram und 600 Tonnen Molybdän alles aufführte, was die momentane Lieferkraft Deutschlands mit Sicherheit überstieg, dass jeder Zweifel behoben war: Indem sie den Kriegseintritt Italiens an offensichtlich unerfüllbare Bedingungen

⁵⁵⁵ ADAP. D. 7. Nr. 271.

⁵⁵⁶ Ebenda. Nr. 277.

⁵⁵⁷ Ebenda. Nr. 282.

⁵⁵⁸ Ebenda. Nr. 301.

knüpfte, verfolgte die Molybdän-Liste ausschliesslich den Zweck, Italiens Flucht aus dem Bündnisvertrag als unausweichlich aussehen zu lassen und damit einen offenen Bruch mit den Deutschen zu vermeiden; auch sollte der Flucht etwas mehr Würde gegeben werden. Jeweils vier Briefe schrieben «Führer» und Duce vom 25. bis zum 27. August, und am Ende kam heraus, dass Italien seinen «Stahlpakt»-Partner Deutschland im Kriegsfall lediglich mit Arbeitskräften konkret unterstützen würde, wobei Mussolini nicht verfehlte, seinem Schmerz über die von den Umständen erzwungene Bescheidung in bewegenden Worten Ausdruck zu verleihen⁵⁵⁹.

Wenn also den Faschisten die Flucht in Würde nicht so ganz geriet, fühlten sie sich im Übrigen doch von einer schweren Last befreit, nachdem sie ihre längst getroffene grundsätzliche Entscheidung den Berliner Freunden jetzt endlich ohne weitere Verklammerung mitgeteilt hatten. Da sie sich gleichzeitig beeilten, auch in London Klarheit über ihre Haltung zu schaffen, wo die italienische Friedfertigkeit naturgemäss mit Erleichterung registriert und mit Worten der Dankbarkeit quittiert wurde, glaubten sie sich plötzlich tatsächlich in der Rolle neutraler Beobachter, die berechtigt seien, der Entwicklung mit gelassener Aufmerksamkeit zu folgen und dabei scharfen Blickes nach Chancen zum Nutzen Italiens zu spähen. Ein bezeichnendes Beispiel für diese neue Distanziertheit der italienischen Politiker und Diplomaten lieferte Graf Magistrati in einem Brief, den er seinem Schwager Ciano am 28. August schrieb⁵⁶⁰. Alle machten nun Vorhersagen und Bewertungen, so sagte er, und auch er erlaube sich seinen Beitrag. Dann konstatierte er – im Hinblick darauf, dass der bevorstehende Konflikt ‘von den Angreifern nicht zur Wahrung vitaler Interessen eröffnet wurde, sondern allein dem irrationalen Kriegswillen der NS-Führung zu verdanken war –, dass «kein Krieg jemals überflüssiger gewesen ist als dieser», und deshalb – so fuhr er in gleichwohl immer noch krasser Verkenning der Natur und der Antriebe seiner nationalsozialistischen Partner fort – werde die Auseinandersetzung nicht lang sein. Nach ersten harten Schlägen werde die Überzeugung allgemein werden, «dass das Spiel die Kerze nicht wert ist». Auch sei praktisch keiner in der Lage zu siegen. Als einziges Land werde, natürlich, Polen verlieren. Alle anderen müssten sich an einem gewissen Punkt festfahren, und das recht schmerzhaft. Weder könne Deutschland hoffen, England und Frankreich tödlich zu treffen, noch dürften sich England und Frankreich einbilden, Deutschland niederzuwerfen, ein Land mit 85 Millionen und heute freiem Rücken. Er wünsche sich deshalb, dass an einem bestimmten Punkte, in der unvermeidlichen Depression beider Lager, die Initiative für einen Waffenstillstand ergriffen werde, und dies könne dann nur die Prerogative Mussolinis und Italiens sein. Italien sei das einzige Land, das ange-

⁵⁵⁹ Ebenda, Nr. 307,317,350.

⁵⁶⁰ AIA, Ap Germania, Magistrati an Ciano, 28.8.1939.

sichts der Unversehrtheit seiner Kräfte in der Lage bleiben werde, das Steuer zu übernehmen und Europa den Frieden «aufzuerlegen».

Hitler war freilich vom Ausfall Italiens lediglich etwas aus der Fassung gebracht. Zwar hob er den schon erteilten Angriffsbefehl noch am 25. August – zwischen dem ersten und dem zweiten Brief Mussolinis, um 1930 Uhr – wieder auf, und dank einer glänzenden organisatorischen Leistung des Generalstabs gelang es tatsächlich, die bereits in Bewegung gesetzte Militärmaschine zu stoppen. Auch ist unverkennbar, dass der Anhaltebefehl in der Tat von den Nachrichten aus Rom ausgelöst wurde. Aber die militärische Entscheidung bedeutete keineswegs den ersten Schritt zum Verzicht auf die Absicht, Polen anzugreifen. Ebenso wenig ging es dem «Führer» darum, Zeit für diplomatische Manöver zu gewinnen, die Grossbritannien vielleicht doch noch von Polen trennen mochten; war er bisher schon sicher, dass die Westmächte eingreifen mussten, so selbstverständlich erst recht jetzt, nachdem London und Warschau soeben einen demonstrativen Beistandspakt geschlossen hatten. Der Abfall Italiens nötigte ihn vielmehr gerade deshalb zu einem Aufschub der militärischen Operationen, weil er von der britisch-französischen Intervention überzeugt war. Scharfsichtige italienische Beobachter in Berlin wie Graf Magistrati haben denn auch die wahren Beweggründe Hitlers sofort zutreffend diagnostiziert⁵⁶¹. Es war Hitler durchaus bewusst, dass der Angriffsbefehl, den er am 25. gab, eigentlich, als Folge seiner Ungeduld, zu früh kam, dem militärischen Vorbereitungsplan, wie er ihn im Frühjahr selber terminiert hatte, um einige Tage vorauseilte. Am 25./26. August war der Aufmarsch weder im Osten wirklich abgeschlossen noch vor allem im Westen. Im Osten hatte Hitler solche Unfertigkeit in Kauf nehmen zu dürfen geglaubt, weil die deutsche Armee der polnischen in allen Belangen so hoch überlegen war, im Westen hingegen im Vertrauen auf die Fesselung stärkerer britischer und französischer Streitkräfte durch den Bundesgenossen Italien. Am Abend des 25. August, zwischen 19.00 und 1930 Uhr, hat der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, Hitler nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Armee noch etliche Tage brauche, um tatsächlich fertig zu sein⁵⁶², und jetzt verstand sich der «Führer» zu einer derartigen Änderung des Zeitplans, da er einsah, dass das Ausscheiden Italiens zwei militärische Reaktionen einfach erzwang: Angesichts der Entlastung, die Italiens Neutralität den Westmächten bescherte, war es erstens unabweisbar geworden, die ohnehin sehr dünne Besetzung der Westfront sogleich wenigstens bis zur grösstmöglichen Dichte zu verstärken, und schien es zweitens geboten, die Schlagkraft der Ostarmee noch um einiges zu erhöhen, damit die polnische Kampagne so rasch wie nur irgend

⁵⁶¹ Ebenda.

⁵⁶² Vormann, Der Feldzug 1939 in Polen, S. 44.

erreichbar abgeschlossen werden und die Wehrmacht ehebaldigst in voller Stärke im Westen aufmarschieren konnte.

Die Vorgänge der folgenden Tage haben diese Motivation des Anhaltebefehls eindeutig bestätigt. Auf militärischem Felde brachten sie in Deutschland gesteigerte Aktivität, lief die Komplettierung des deutschen Aufmarsches im Osten wie im Westen auf höchsten Touren. Daran änderte sich auch nichts mehr, als Hitler sich und seiner Umgebung nun plötzlich einzureden suchte, dass Italiens Ausscheren im Grunde militärisch bedeutungslos, ja eher günstig sei, weil ein neutrales Italien vermutlich noch mehr britisch-französische Truppen binde als ein kriegführendes Italien; wahrscheinlich brauchte Hitler, der den italienischen «Verrat» ohnehin in erster Linie dem Hof und der Kirche zuschrieb, solche unsinnigen Argumente, um seinem nach wie vor bewundernswürdigen Freund Mussolini die römische Neutralitätspolitik verzeihen zu können. Auf diplomatischem Felde kam es hingegen bezeichnenderweise zu keiner vergleichbaren Anstrengung, und die spärlichen diplomatischen Manöver, die Berlin tatsächlich unternahm, dienten offensichtlich nicht dem Zweck, Chancen zur Isolierung Polens zu schaffen und zu nutzen. Bezeichnenderweise handelte es sich bei jenen Manövern in keinem Falle um Berliner Initiativen, sondern stets nur um Reaktionen auf britisch-französische Schritte, ein Faktum, das allein schon eine zielbewusste deutsche Politik zur Trennung der Westmächte von Polen ausschliesst. Gewiss waren die Reaktionen der Berliner Diplomatie so konstruiert, dass die Absicht erkennbar ist, namentlich in London vielleicht eine gewisse Verwirrung zu stiften; gelang es, die Westmächte einige Tage oder gar eine Woche vom Kriegseintritt abzuhalten, war das naturgemäss ein grosser militärischer Gewinn. Liessen sich die Westmächte womöglich zu noch längeren Verhandlungen verleiten, während die Wehrmacht Polen überrannte, hätte Berlin ein derartiges Geschenk sicherlich dankbar entgegengenommen.

Indes lag die Chance, die Politik der Westmächte in diesem Sinne beeinflussen zu können, in Hitlers Augen bereits so weit ausserhalb der Wahrscheinlichkeit, dass ihm andere Wirkungen seiner taktischen Schachzüge wesentlich wichtiger gewesen sein müssen. So wird es ihm als nützlich erschienen sein, seinen Gehilfen aus den traditionellen Eliten, vornehmlich den Soldaten, das Gefühl zu vermitteln, dass der «Führer» wenigstens alles tue, um den durchaus bejahten Feldzug in Polen zu lokalisieren. Auch bot der Aufschub, zu dem ihn die militärischen Erwägungen nötigten, Gelegenheit, die Masse der Deutschen noch stärker gegen die Westmächte einzunehmen, wenn gezeigt werden konnte, dass die Regierungen in London und Paris die ausgestreckte Friedenshand des «Führers» nicht ergriffen. Beides war alles andere als einfach, da Hitlers Taktik in den Tagen nach dem Anhaltebefehl in allererster Linie einem Ziel galt, das mit den Nebenzwecken im Grunde nicht recht vereinbar war. Es ging dabei um die Abwehr einer Gefährdung seiner Absichten, die sich unmit-

telbar aus dem Aufschub ergab. Bereits am 14. August hatte Hitler zu Brauchitsch und Generalstabschef Halder gesagt, er befürchte, dass ihm England den Angriff auf Polen «im letzten Augenblick durch Angebote erschwert», und auch am 22. August rief er vor den Militärs, die sich auf dem Obersalzberg versammelt hatten: «Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.» Vermutlich hatte diese Angst schon bei seinem verfrühten Angriffsbefehl eine Rolle gespielt, und die notwendig gewordene Verschiebung des Angriffs schuf dem westlichen Vermittlungseifer nun eine gar nicht mehr erwartete Frist zur Störung der Hitlerschen Pläne. Mithin kam es ihm zwar durchaus darauf an, den Anschein der Verständigungsbereitschaft zu erwecken, aber mehr noch darauf, der Verständigung selbst aus dem Wege zu gehen; er war entschlossen, sich nicht auf die Strasse zu einem zweiten München zerren zu lassen.

So ist es schon überaus bemerkenswert, dass Hitler den Tag nach dem Anhaltebefehl, den 26. August, ohne die geringste diplomatische Aktivität verstreichen liess. Hingegen wurde er an diesem Tag mit einer Aktion der französischen Regierung konfrontiert. Um 19.00 Uhr überreichte ihm Coulondre einen Brief des französischen Regierungschefs, in dem Daladier dem «Führer» einerseits noch einmal in unmissverständlichen Worten Frankreichs Bereitschaft zur Erfüllung seiner polnischen Verpflichtungen versicherte, andererseits aber geradezu flehentlich zu einem letzten Versuch aufforderte, den deutsch-polnischen Konflikt friedlich beizulegen. Kein Mensch, der ein Herz habe, würde es verstehen, schrieb Daladier, wenn ein solcher Versuch unterbliebe; die Entscheidung über Krieg und Frieden liege allein in den Händen des «Führers», da es zwischen Polen und Deutschland keine Frage gebe, die nicht auf friedlichem Wege gelöst werden könne: «Ich als Chef der französischen Regierung, der ich eine gute Harmonie zwischen dem französischen und dem deutschen Volk wünsche und der ich andererseits durch Freundschaftsbande und durch das gegebene Wort mit Polen verbunden bin, bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.»⁵⁶³ Hitlers Reaktion war sehr bezeichnend. In seinen Ohren klang Daladiers Botschaft schon so bedrohlich nach Vermittlung und schiedlich-friedlicher Beilegung des deutsch-polnischen Streits, dass er Coulondre, der den Sätzen des Ministerpräsidenten noch seinen eigenen Appell hinzufügte, sofort eine Abfuhr zuteil werden liess, die den Botschafter nötigte, Daladier umgehend mitzuteilen, dass der «Führer» den französischen Vorschlag abgelehnt habe⁵⁶⁴. Mit der schriftlichen Antwort, die er noch ankündigte, liess sich Hitler dann auffallend Zeit. Erst um 16.00 Uhr am 27. August konnte Coulondre Hitlers Schreiben aus den Händen Ribbentrops entgegennehmen, und der Inhalt bestätigte überdies die spontane und mündli-

⁵⁶³ ADAP, D, 7, Nr. 324.

⁵⁶⁴ Gelbbuch der Französischen Regierung, S. 342.

che Reaktion des «Führers». Zwar bekundete Hitler Verständnis für Daladiers Gefühle und Bedenken, aber danach wies er die Pariser Anregung rundweg zurück und praktizierte obendrein die sicherste Methode, die es für die erste Abwehr eines unwillkommenen Vermittlungsversuchs gibt: Er erhöhte seine Forderungen! Zum ersten Mal erklärte Hitler öffentlich und offiziell, dass er nicht nur Danzig verlange, sondern ausserdem auch noch das ganze «Korridor» genannte – und überwiegend polnisch besiedelte – Territorium⁵⁶⁵.

Von dieser Behandlung des französischen Appells abgesehen, die selbst jene Pariser Politiker enttäuschte und verstimmte, die noch immer zu den Anwälten einer Verständigung mit dem Dritten Reich gehörten⁵⁶⁶, ist Hitlers Schreiben an Daladier aber auch deshalb höchst bemerkenswert, weil es sich dabei nicht nur um die erste, sondern zugleich um die einzige sozusagen diplomatische Kommunikation zwischen Berlin und Paris handelte, die es in der Zeitspanne vom Anhaltebefehl bis zum Beginn der Feindseligkeiten überhaupt geben sollte. Gegenüber Frankreich wurde also nun von Hitler auf jegliche Politik verzichtet, und ein solcher Verzicht kann nur als letzter Beweis dafür verstanden werden, dass dem «Führer» die Frage, ob Frankreich an der Seite Polens in den Krieg eintreten werde, gleichgültig geworden war. Im Übrigen – und das ist nicht weniger bemerkenswert – sahen Hitler und sein Aussenminister, die Reaktion auf das Schreiben Daladiers ausgenommen, auch am 27. August keinen Anlass zu irgendwelchen diplomatischen Aktionen oder wenigstens Gesten. Am Abend des 27. kam Attolico zu Weizsäcker und brachte eine Idee Mussolinis mit. Der Duce sei bereit, Deutschland und seinen Widersachern folgenden Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten: Polen und die Westmächte stimmen der sofortigen Rückkehr Danzigs zum Reich zu, Deutschland stimmt dafür einer anschliessend einzuberufenden europäischen Konferenz zur Regelung der übrigen deutsch-polnischen Streitpunkte und zur Diskussion sonstiger internationaler Probleme zu. Jedoch brachte es nicht einmal der – mit einiger Hartnäckigkeit an seinem Konferenzgedanken festhaltende – Duce fertig, dem «Führer» eine politische Regung zu entlocken. Weizsäcker gab Mussolinis Botschaft sogleich an Ribbentrop weiter und erhielt den dürren Bescheid: «Eine Antwort wird dem Botschafter hierauf... zur Zeit nicht gegeben werden.»⁵⁶⁷

In den folgenden drei Tagen lebten die Angehörigen der wichtigeren Berliner Dienststellen und Ministerien, vom Auswärtigen Amt bis zum OKH, wirklich unter dem Eindruck, dass im Zentrum der Entscheidung, bei Hitler, Schwanken herrsche, dass der «Führer» ebenso unsicher wie fieberhaft nach Möglichkeiten taste, den Feldzug in Polen doch noch irgendwie ohne Interven-

⁵⁶⁵ ADAP, D, 7, Nr. 354.

⁵⁶⁶ Ebenda, Nr. 370.

⁵⁶⁷ Ebenda, Nr. 395.

tion der Westmächte führen zu können. Zu diesem Eindruck trugen Gerüchte bei, dass zwischen Göring und der britischen Regierung ein schwedischer Vermittler hin- und herreise, und zwar mit beachtlichem Erfolg; tatsächlich liess sich Birger Dahlerus, der seine aufrichtige Bereitschaft, der Erhaltung des Friedens zu dienen, mit einer grossen Portion politischer Naivität und einem erstaunlichen Mangel an Menschenkenntnis verband, auch jetzt wieder zu politisch und mithin historisch völlig irrelevanten Missionen missbrauchen: von Hitler, um in London nützliche Konfusion zu verbreiten, von Göring zu dem gleichen Zweck und darüber hinaus zur Pflege des britischen Göring-Bilds⁵⁶⁸. In Wahrheit ist aber auch für den 28., 29. und 30. August die nämliche Inaktivität – hinsichtlich eigener Initiativen – im Zentrum der Macht zu konstatieren wie in den Tagen zuvor, und die am 26. und 27. praktizierte Taktik fand ihre konsequente Fortsetzung.

Bis zum Abend des 28. August geschah ohnehin gar nichts. Hitler, angeblich auf hektischer Suche nach Wegen zur politischen Ausnutzung des durch den Anhaltebefehl geschenkten Aufschubs, liess nach dem 26. und dem 27. einen weiteren vollen Tag vorbeigehen, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Das einzige Lebenszeichen aus der Reichskanzlei, dem zu entnehmen war, dass dort überhaupt Überlegungen angestellt und Entscheidungen reif wurden, betraf nicht die Diplomatie, sondern das Militär. Generaloberst v. Brauchitsch, der das sogleich an seinen Stabschef weitergab, erhielt die Mitteilung, dass nun als neuer Angriffstermin der 1. September vorgesehen sei⁵⁶⁹. Am späteren Abend des 28. August kehrte jedoch Sir Nevile Henderson aus London zurück, und zwar mit der Antwort der britischen Regierung auf Hitlers Äusserungen vom 25. in der Tasche. Gegen 22.30 Uhr konnte er die britische Note und ihre deutsche Übersetzung in der Reichskanzlei übergeben, und als Hitler bei der ersten Lektüre feststellen musste, dass aus dem Dokument – wie Ribbentrop am nächsten Tag in einer Unterhaltung mit Attolico ungescheut einräumte⁵⁷⁰ – tatsächlich der ernste und aufrichtige Wille zur Vermittlung zwischen Deutschland und Polen sprach, reagierte er bezeichnenderweise nicht anders als auf den Brief Daladiers: Er erhöhte seine Forderungen! Erstmals verlangte er jetzt auch gegenüber England neben Danzig den «ganzen Korridor» und überdies zum allerersten Mal nicht genauer umrissene Grenzkorrekturen in Oberschlesien; zur speziellen Entmutigung der Briten fügte er – was in der deutschen Aufzeichnung dieses Gesprächs Hitler-Henderson ebenso fehlt wie die Punkte Korridor und Oberschlesien – noch hinzu, dass die britische Regierung zum Beweis ihres guten Willens sofort einen Teil der kolonialen Ansprüche des Deutschen Reiches erfüllen müsse⁵⁷¹.

⁵⁶⁸ Dahlerus, *Der letzte Versuch*, S. 61 ff., 75 ff., 100 ff.

⁵⁶⁹ Halder, *Kriegstagebuch*, S. 40.

⁵⁷⁰ ADAP, D, 7, Nr. 411.

⁵⁷¹ DBFP, 3, VII, Nr. 450, 455.

Allerdings stellte die Note den «Führer» doch vor eine höchst unangenehme Schwierigkeit. Das Problem bestand nicht darin, dass die Londoner Regierung erneut in einer jeden Zweifel ausschliessenden Form ihren Willen kundmachte, auf einen deutschen Versuch zur gewaltsamen Lösung der polnischen Fragen mit dem Kriegseintritt Grossbritanniens zu reagieren, oder dass sie – ohne Hitlers Angebot einer Garantierung des Empire mit einer Silbe zu erwähnen – die ausdrücklich formulierte Bereitschaft zu einer umfassenden deutsch-britischen Verständigung an die Bedingung einer vorherigen friedlichen Beilegung der deutsch-polnischen Krise knüpfte. Das Problem entstand vielmehr dadurch, dass Chamberlain und Halifax vorschlugen, die Streitpunkte zwischen Polen und Deutschland in direkten deutsch-polnischen Gesprächen – wie es sie ja seit dem 6. April auf Grund der deutschen Verweigerung nicht mehr gab – zu erörtern und zu regeln, und dass sie, dies vor allem, dezidiert erklärten, bereits die definitive Zustimmung der Warschauer Regierung zum direkten deutsch-polnischen Gespräch besorgt zu haben; tatsächlich hatte die polnische Regierung ihre Einwilligung zu einem solchen Verfahren schon zwei Tage zuvor öffentlich – wenn auch in ganz allgemeinen Wendungen – ausgesprochen, und zwar in ihrer Antwort auf einen entsprechenden Appell, den Präsident Roosevelt am 25. August an Deutschland und Polen gerichtet hatte und den Hitler weder einer direkten noch gar einer sachlichen Replik würdigte, obwohl Roosevelt nach Eingang des positiven Telegramms aus Warschau seine Botschaft an die deutsche Adresse wiederholte. Einerseits lag es auf der Hand, dass die britisch-polnische Offerte nicht einfach abgelehnt werden durfte; auch die Abschreckung, wie sie Hitler in der Unterhaltung mit Henderson versucht hatte, konnte natürlich nicht genügen. Beides hätte die deutsche Führung allzu deutlich – und vor allem auch für die eigene Nation erkennbar – ins Unrecht gesetzt. Andererseits war ebenso klar, dass hier die Gefahr drohte, auf eine Bahn gezogen zu werden, die leicht beim erzwungenen Verzicht auf die mit Moskau ja praktisch gerade vereinbarte Teilung Polens und bei einem bloss partiellen Erfolg à la München enden mochte – sowohl als schmähsch als lästiger Aufenthalt.

Aber Hitler fand einen Ausweg aus dem Dilemma, und zum ersten Mal seit April blitzte wieder ein Element jener propagandistisch-taktischen Gerissenheit auf, die er in früheren aussen- oder innenpolitischen Krisen an den Tag gelegt, doch nach Erreichen des eigentlichen Höhepunkts der polnischen Krise offenbar für überflüssig erachtet hatte. Zunächst einmal suchte er abermals Zeit zu gewinnen. Derselbe Mann, der gleich behaupten sollte, bei der friedlichen Beilegung des deutsch-polnischen Streits gehe es angesichts der aufmarschierten Heere und angesichts des geradezu rasenden Wütens polnischer Terroristen buchstäblich um Stunden, liess den ganzen 29. August ins Land gehen, ehe er sich erneut bemerkbar machte. Erst zwischen 19.00 und 20.00 Uhr bekam Sir Nevile Henderson, in die Reichskanzlei bestellt, aus Hitlers Hand die

deutsche Antwort auf die britische Note⁵⁷². In diesem Schriftstück forderte der «Führer» unzweideutig Danzig und den Korridor, dazu in recht unklarer Formulierung eine «Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten». Anschliessend erklärte er sich – obwohl er ohne Vertrauen zu Warschau sei und sich dazu allein um der künftigen deutsch-britischen Freundschaft willen verstehe – bereit, «die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen». Bereits ein solches Verständnis von «direkten deutsch-polnischen Verhandlungen» verwandelte die dem Anschein nach ausgesprochene Annahme des britischen Vermittlungsvorschlags in Wirklichkeit in Ablehnung. Die genannten territorialen Ansprüche waren für Warschau ebenso unannehmbar wie ein Sonderstatus für die in Polen lebenden Deutschen, erst recht aber musste es für die polnische Regierung unannehmbar sein, dass ihr Hitler zumute, unter Verhandlungen die Entsendung eines Bevollmächtigten nach Berlin zu verstehen, der dort nichts anderes zu tun hatte, als mit seiner Unterschrift die Akzeptierung der deutschen Forderungen zu besiegeln.

Nun war freilich nicht auszuschliessen, dass Briten und Franzosen, um ihrer Bündnispflicht doch noch zu entkommen, die Polen am Ende zwingen wollten, sich dem deutschen Diktat zu fügen, und um einer solch unerwünschten Entwicklung vorzubeugen, baute Hitler ein schon technisch unerfüllbares Element in die deutsche Note ein: der polnische Bevollmächtigte, so hiess es da, werde am 30. August, also gleich am nächsten Tag, in Berlin erwartet! Damit hatte Hitler das Kunststück fertiggebracht, die scheinbare Annahme der britischen Vermittlung faktisch in ein sowohl an Grossbritannien wie an Polen gerichtetes Ultimatum umzufunktionieren, und zwar obendrein in ein praktisch unerfüllbares Ultimatum. Wohl bestritten Hitler und Ribbentrop vehement, ein Ultimatum gestellt zu haben, als Henderson auf den ultimativen Charakter der deutschen Note hinwies, doch handelte es sich in Wahrheit um nichts anderes, und im Fortgang der Dinge haben denn auch Hitler und Ribbentrop die Note sehr wohl als Ultimatum behandelt. Allerdings durfte nicht einmal ausgeschlossen werden, dass die britische Regierung doch willens und fähig war, trotz aller technisch-prozeduralen Schwierigkeiten noch am 30. einen polnischen Unterhändler nach Berlin zu schaffen. Für diesen höchst unwillkommenen Fall galt es, Vorschläge zu präparieren, die einerseits propagandistisch verwertbar zu sein, andererseits einen eben noch zeitgerechten Zusammenbruch der sogenannten Verhandlungen zu garantieren hatten; die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts und sonstige Gehilfen des «Führers» waren am 29. und 30. August emsig damit beschäftigt, derartigen Sprengstoff zu produ-

⁵⁷² ADAP, D, 7, Nr. 421.

zieren. Wie man sich in der Reichskanzlei dann die Abfolge des Geschehens vorstellte, spiegelte sich in einer Tagebuchnotiz von Generalstabschef Halder: «30.8. Polen in Berlin. 31.8. Zerplatzen. 1.9. Gewaltanwendung.»⁵⁷³ Im Übrigen wiesen Hitler und Ribbentrop am 29. auch das Vermittlungsangebot, das Mussolini gemacht hatte, definitiv zurück: Ribbentrop eröffnete Attolico kühl, «dass die Dinge für derartige Anregungen schon zu weit vorgeschritten seien»⁵⁷⁴.

Am Vormittag des 30. August rief Henderson bei Weizsäcker an und teilte mit, die britische Regierung sei mit der Prüfung der deutschen Note beschäftigt, müsse aber jetzt schon feststellen, dass die deutsche Antwort auf die britische Anregung «etwas Ultimatives an sich» habe und dass man nicht sicher sei, ob es gelinge, «die Polnische Regierung dazu zu bewegen, dass sie einen Bevollmächtigten noch heute hierher entsende»; Lord Halifax hatte bereits um 2 Uhr morgens Henderson telegraphiert, dass die deutschen Erwartungen in dieser Hinsicht «natürlich unvernünftig» und unerfüllbar seien, und zwei Stunden danach kannte Ribbentrop die Auffassung des britischen Aussenministers⁵⁷⁵. Am späteren Nachmittag traf dann eine Botschaft Chamberlains an Hitler ein, in der versichert wurde, dass die britische Regierung das deutsche Schriftstück mit der gebotenen Dringlichkeit studiere und mit ihrer Stellungnahme noch am 30. zu rechnen sei; Chamberlain fügte hinzu, dass die britische Regierung in Warschau energisch auf die Wichtigkeit der Vermeidung von Grenzzwischenfällen hinweise⁵⁷⁶. Hitler und Ribbentrop reagierten darauf nicht; sie hüllten sich auch am 30. August in Schweigen und gaben weder London noch gar Warschau gegenüber zu erkennen, dass sie – ob geduldig oder ungeduldig – auf einen polnischen Bevollmächtigten warteten, der in der Tat, wie vorherzusehen, nicht erschien.

Als Henderson, im Laufe des Abends mit den erforderlichen Instruktionen versehen, um Mitternacht von Ribbentrop empfangen wurde, stellte sich indes definitiv heraus, dass die Besorgnisse der Berliner Kriegspartei ganz unbegründet gewesen waren⁵⁷⁷. Die britische Regierung nahm die nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre einzig mögliche Haltung ein und liess durch ihren Botschafter bestellen, sie «sei nicht in der Lage, der Polnischen Regierung zu empfehlen», sofort einen bevollmächtigten Vertreter nach Berlin zu entsenden. Auf der Basis ihrer Erklärung vom 28. August, dass Warschaus Einverständnis mit dem direkten deutschpolnischen Gespräch bereits vorliege, schlug sie der Reichsregierung danach vor, «auf normalem diplomatischem Wege, d.h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den Polnischen Botschafter, die Dinge ins

⁵⁷³ Halder, Kriegstagebuch, S. 42.

⁵⁷⁴ ADAP, D, 7, Nr. 411.

⁵⁷⁵ DBFP, 3, VII, Nr. 504,520.

⁵⁷⁶ ADAP, D, 7, Nr. 450.

⁵⁷⁷ Ebenda, Nr. 461; DBFP, 3, VII, Nr. 570, 571, 574.

Rollen zu bringen, um den Polnischen Botschafter in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung die Vorbereitungen für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen». Wenn die Reichsregierung, so hiess es mit einiger Zurückhaltung weiter, ihre Vorschläge «auch der Britischen Regierung zuleiten würde und diese der Ansicht wäre, dass die Vorschläge eine vernünftige Grundlage für eine Regelung der zur Erörterung stehenden Probleme bilden, so würde sie ihren Einfluss im Sinne einer Lösung in Warschau zur Geltung bringen». Damit war Hitler klar gesagt, dass er, sofern es ihm mit der Verständigung und der Rettung des Friedens ernst sei, dies zu beweisen habe, indem er Vernunft, Mässigung und zivilisierte diplomatische Manieren an den Tag lege; ein Traktieren der Polen und mithin praktisch auch der Westmächte, das der Behandlung gleiche, wie sie im Februar und März 1938 Schuschnigg zuteil geworden sei, in München den Tschechen und den Westmächten, im Frühjahr 1939 dann Hacha, Urbsys und den Rumänen, in der polnischen Krise bislang sowohl Warschau wie London und Paris, ein solches Traktieren der Polen werde nicht länger toleriert und müsse zum Krieg führen. Anschliessend fragte Henderson, ob die deutschen Vorschläge, die Hitler am 29. in Aussicht gestellt habe, schon ausgearbeitet seien und er sie gleich in Empfang nehmen könne.

Niemand in London ahnte, dass die ebenso verständliche wie richtige und korrekte britische Haltung Hitlers Taktik weit entgegenkam. Dass der polnische Bevollmächtigte ausgeblieben war und nun auch die Briten die Ansicht vertraten, für den deutsch-polnischen Dialog müsse der normale diplomatische Verbindungsapparat genügen, bot Hitler und Ribbentrop die rasch und freudig ergriffene Chance, den Vorgang als Warschauer Verweigerung direkter deutsch-polnischer Gespräche und als Scheitern der britischen Vermittlung, ja als Londoner Ablehnung der Vermittlerrolle zu behandeln und in solchem Sinne vor allem der deutschen Bevölkerung hinzustellen. Ribbentrop machte, offensichtlich von Hitler vorsorglich entsprechend instruiert, sofort den Anfang, indem er die deutschen Vorschläge, die für das Haldersche «Zerplatzen» in der Tat bereits formuliert, nun aber für diesen Teil des Berliner diplomatischen Spiels überflüssig geworden waren, noch in der Unterredung mit Henderson zu einer Szene benützte, die in der Geschichte der europäischen Diplomatie beispielloos dasteht. Zwar zog er das Papier, auf dem die Vorschläge geschrieben standen, aus der Tasche und las dem britischen Botschafter die insgesamt sechzehn Punkte auch vor, wenngleich etwas schnell für Henderson, der in derart gespannten Augenblicken des Deutschen doch nicht mehr ganz mächtig sein konnte. Anschliessend steckte er jedoch das Papier wieder ein, erklärte die Vorschläge, weil kein polnischer Unterhändler erschienen sei, für überholt und weigerte sich sogar, ein Exemplar des Dokuments dem Botschafter auszuhändigen. Noch schroffer lehnte er Hendersons Bitte ab, dann eben den polnischen Botschafter herbeizurufen und diesen über die sechzehn Punkte ins Bild zu setzen. Gleichwohl bestritt er aufs Heftigste – und ganz unsinniger-

weise – Hendersons zutreffende Bemerkung, Hitlers Note vom 29. August sei also doch ein Ultimatum gewesen.

Damals wie später ist oft die Meinung zu hören gewesen, der Ablauf der Dinge wäre anders geworden, hätte sich Ribbentrop in jener Nacht vom 30. auf den 31. August dazu verstanden, die deutschen Vorschläge dem britischen und dem polnischen Botschafter zu übergeben und damit offiziell ins diplomatische Geschäft einzuführen. Diese Meinung ist indes unhaltbar. Man darf nicht vergessen, dass die sechzehn Punkte lediglich den Anschein der Mässigung erwecken sollten, in Wirklichkeit aber fürs «Zerplatzen» konstruiert waren und ihren Zweck auch durchaus erfüllt hätten⁵⁷⁸. Zwar gingen die jetzt genannten deutschen Forderungen scheinbar hinter die Note vom 29. zurück, da nur die Annexion Danzigs direkt verlangt, für das Territorium des Korridors hingegen eine Volksabstimmung angeboten wurde. Bei genauerem Zusehen ist freilich zu entdecken, dass das deutsche Dokument der polnischen Regierung zumuten wollte, das gesamte Korridorgebiet «in kürzester Frist» – und das hiess mindestens zehn Monate vor der frühestens nach einem Jahr in Aussicht genommenen Abstimmung – von polnischem Militär, polnischer Polizei, ja jedem polnischen Beamten zu räumen. Damit nicht genug, sah Punkt 3 vor, alle nach dem 1. Januar 1918 dorthin zugewanderten und sogar alle nach diesem Datum dort geborenen «Polen, Kaschuben usw.» von der Abstimmung auszuschliessen, dafür jedoch sämtliche bis zum 1. Januar 1918 im Korridor wohnhaften oder geborenen Deutschen für die Abstimmung zurückzuschleusen. Ausserdem sollte die polnische Regierung dazu verpflichtet werden, innenpolitische Akte wie die Bodenreform für betroffene deutsche Grundbesitzer wieder aufzuheben, und zwar unter Zahlung einer Entschädigung; der zusätzlich erhobene Anspruch auf «vollständige Entschädigung» für «sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben» bedrohte Warschau ferner mit einer unübersehbaren Flut gänzlich unkontrollierbarer finanzieller Forderungen des Reiches und einzelner Deutscher. Zur Krönung wurde Polen schliesslich noch angesonnen, den im Lande lebenden Deutschen einen mit diversen Privilegien – z.B. Befreiung von der militärischen Dienstpflicht – verbundenen Sonderstatus einzuräumen. Keine polnische Regierung wäre in der Lage gewesen, einen derartigen Katalog als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren oder gar einfach anzunehmen. Keine britische und keine französische Regierung hätte unter diesen Umständen eine Möglichkeit gesehen, Warschau zu direkten Gesprächen mit Berlin zu raten oder gar zu drängen.

Gleichwohl hat auch das Verhalten der polnischen Regierung das Hitlerische Manöver etwas begünstigt. Gewiss war es nicht nur begreiflich, sondern auch geboten, dass Aussenminister Beck, der einer unter normalen Bedingungen stattfindenden deutsch-polnischen Gesprächsrunde ja bereits zugestimmt hatte, nicht bereit war, selbst nach Berlin zu kommen oder einen Vertreter als

⁵⁷⁸ ADAP, D, 7, Nr. 458.

Bevollmächtigten dorthin zu schicken, nur um dann von Hitler, Ribbentrop und Göring «hachaisiert» zu werden. Hingegen muss es sicherlich als ungeschickt gelten, dass die Warschauer Regierung in ihrer Angst, womöglich doch noch auf die Strasse nach einem neuen München gestossen zu werden, Stunde um Stunde zögerte, ehe sie den britischen Gedanken aufgriff und Botschafter Lipski beauftragte, sich im Auswärtigen Amt zu melden⁵⁷⁹, und dass Lipski, als eine Unterredung mit Ribbentrop am späten Nachmittag des 31. August, um 18.30 Uhr, tatsächlich zustandekam, lediglich mitteilen durfte, seine Regierung erwäge die britischen Anregungen – hinsichtlich der Aufnahme direkter deutsch-polnischer Besprechungen auf dem normalen diplomatischen Wege – «im günstigen Sinne» und werde London in wenigen Stunden formell antworten; die Frage, ob er schon zu Verhandlungen bevollmächtigt sei, musste er verneinen⁵⁸⁰.

Indes boten die britische Haltung und das polnische Verhalten der Hitlerischen Taktik lediglich einige willkommene Handhaben. Fühlbarer Einfluss auf den Gang der Dinge kam ihnen nicht zu, und zwar nicht einmal in dem Sinne, dass es Hitler und Ribbentrop gelungen wäre, den eigenen Kriegswillen hinter den – teils unvermeidlichen, teils vermeidbaren – Schönheitsfehlern der britisch-polnischen Politik zu verstecken. Es gab einfach keine Taktik, mit der ein so konsequenter und brutaler Wille zum Krieg hätte bemäntelt oder völlig getarnt werden können. In diesem letzten Stadium war dem Augenblick nicht auszuweichen, da mit irgendeiner Begründung der deutsch-polnische und der deutsch-britische Gesprächskontakt – einen deutsch-französischen hatte man ja gar nicht erst zugelassen – unterbrochen oder abgeblockt und jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht werden musste. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass der böse Wille deutlich hervortrat. Ob das geschah, indem man am 30. und 31. einen polnischen Bevollmächtigten mit unerfüllbaren Forderungen konfrontierte oder indem man in der Nacht vom 30. zum 31. die deutsche Note als abgelehntes Ultimatum behandelte und eine polnische Verhandlungsverweigerung zu konstruieren suchte, war im Grunde gleichgültig. In jedem Falle handelte es sich um notwendigerweise durchsichtige Manöver, die den Drang zum Krieg und die Abwehr einer friedlichen Beilegung der Krise, statt beides zu kaschieren, nur umso schärfer konturierten. Derartige Gebrechen der deutschen Politik waren dann naturgemäss nicht dadurch zu heilen, dass Hitler und Ribbentrop behaupteten, Polen und die Westmächte hätten, weil sie Deutschland eben vernichten wollten, ein massvolles, ja grossherziges letztes Angebot des «Führers» sabotiert und zurückgewiesen. Vom Mangel an Mass und Grossherzigkeit des Angebots ganz abgesehen, schaffte jene Behauptung ja die Tatsache nicht aus der Welt, dass weder Polen noch die Westmächte eine Offerte zurückzuweisen vermochten, die ihnen doch gar nicht

⁵⁷⁹ Lipski, *Diplomat in Berlin*, S. 572.

⁵⁸⁰ ADAP, D, 7, Nr. 476.

übermittelt worden war. Die polnische Regierung erhielt die sechzehn Punkte nie, die Botschafter der Westmächte erhielten sie erst zu einem politisch nicht mehr relevanten Zeitpunkt, nämlich am späten Abend des 31. August, zwischen 21 und 22 Uhr, als der Angriffsbefehl an die deutsche Wehrmacht längst gegeben war; selbst Attolico bekam sie – wenn auch vom «Führer» persönlich – nur zwei Stunden früher ausgehändigt. An diesem Sachverhalt ändert sich auch dadurch nichts, dass Göring – vermutlich wiederum zu seiner persönlichen Salvierung – Birger Dahlerus benutzte, um die sechzehn Punkte im Laufe des 31. sowohl Henderson wie Lipski inoffiziell zur Kenntnis bringen zu lassen. Eine solche Information war keine diplomatische Demarche, mit der die Botschafter etwas hätten anfangen können⁵⁸¹.

Hitler und Ribbentrop brachten für das diplomatisch-politische Hin und Her des 31. August ohnehin kein Interesse mehr auf; solche Vorgänge spielten sich schon unterhalb der Ebene ab, auf der ihr Geist arbeitete, Schlüsse zog, Entscheidungen traf. Um 5.15 Uhr morgens ging am 31. August Hendersons Bericht über seine mitternächtliche Unterredung mit Ribbentrop und über dessen Weigerung, die sechzehn Punkte aus der Hand zu geben, nach London ab, wo er im Foreign Office um 9.30 Uhr eintraf⁵⁸². Zwischen der Absendung und der Ankunft des Telegramms, um 6.30 Uhr, hatte Hitler aber der deutschen Wehrmacht den Befehl zum Angriff auf Polen bereits erteilt⁵⁸³, und um 16.00 Uhr – zweieinhalb Stunden vor der Frage Ribbentrops an Lipski nach seiner Verhandlungsvollmacht – folgte die Exekutiv-Order des OKW: Am 1. September 1939, 4.45 Uhr, hatten die deutschen Streitkräfte in Polen einzufallen. Und so geschah es denn auch, wobei Hitler, als er am Vormittag des 1. September im Reichstag verkündete, seit 5.45 Uhr – nicht einmal die Uhrzeit stimmte in der mit Lügen und Verdrehungen vollgestopften Rede – werde «jetzt zurückgeschossen», sich nur seltsam beiläufig auf die sechzehn Punkte und auf den tatsächlich exekutierten Überfall auf den Sender Gleiwitz berief; von letzterem machte auch die Propaganda der NS-Medien keinen intensiveren Gebrauch. Gegen die Unerbittlichkeit des Hitlerschen Kriegswillens und *gegen* die Unerbittlichkeit der davon nun gestarteten Militärmaschine waren politische und diplomatische Aktionen völlig bedeutungslos geworden. Der «Führer» selbst sah keinen Anlass zu einem zweiten – und für sein Prestige sowieso zu gefährlichen – Anhaltebefehl: Der Aufmarsch war ja vollendet, die Armee stand wirklich stossbereit. Nachdem Hitler ultimative britischfranzösische Forderungen nach Rücknahme der in Polen eingedrungenen Truppen ebenso unbeachtet gelassen hatte wie einen letzten Vermittlungsversuch Mussolinis, hielt er am 3. September überdies – und wie nicht anders zu erwarten – auch die Kriegser-

⁵⁸¹ DBFP, 3, VII, Nr. 587, 589, 597; Lipski, Diplomat in Berlin, S. 573.

⁵⁸² DBFP, 3, VII, Nr. 574.

⁵⁸³ Vormann, Der Feldzug 1939 in Polen, S. 46; Halder, Kriegstagebuch, S. 47.

klärungen Frankreichs und Grossbritanniens in den Händen⁵⁸⁴. Sehenden Auges hatten die nationalsozialistischen Führer des Deutschen Reiches, weder Polen noch den westeuropäischen Demokratien eine Wahl lassend, tatsächlich den zweiten grossen europäischen Krieg des Jahrhunderts vom Zaune gebrochen.

Zur Rekapitulation: Hitler hat dem Überfall auf Polen das Etikett «Krieg um Lebensraum» erst aufgeklebt, nachdem er den Entschluss zum Angriff aus einem ganz anderen Grunde bereits gefasst hatte. Jedoch ist unverkennbar, dass auch schon der Entschluss selbst gleichsam ein direkter Abkömmling ideologisch begründeter Expansions- und Kriegsplanung gewesen ist. Es ging dem «Führer» ja keineswegs um Ziele, die mit so vertrauten Begriffen der europäischen Machtpolitik wie «Hegemonie» zu fassen wären. Erster und eigentlicher Zweck der Ausschaltung Polens war ja die Beseitigung einer potentiellen Gefahr im Rücken des von Hitler fest beschlossenen Westkriegs, der wiederum Rückenfreiheit für die kriegerische Raumpolitik im Osten schaffen sollte, und so lässt sich sagen, dass der Krieg gegen Polen letztlich ein von der Kernlehre nationalsozialistischer Ideologie verursachter und geforderter Krieg war. Er diente jenem Lebensraum-Imperialismus, der, wie in Erinnerung gerufen sei, mit den sozusagen normalen Imperialismen der neueren und neuesten europäischen Geschichte zwar sicherlich verwandt gewesen ist, jedoch ein Phänomen höchst eigener Prägung darstellte. Nicht nur Kategorien wie «Hegemonie» und «Hegemonialkrieg» werden gegenüber diesem Phänomen unangemessen, es ging auch nicht um den Schutz oder die Erschliessung von Handelswegen und Märkten, ebensowenig darum, durch Erfolge einer imperialen Politik die Herrschaft angefochtener und in ihrer Lebensform bedrohten Oberschichten zu stabilisieren; die Nationalsozialisten betrachteten ja die alten deutschen Eliten in Landwirtschaft und Industrie, in Bürokratie und Armee bestenfalls als nützliche Idioten, häufiger noch als bloss temporär zu benutzende Feinde. Erst recht stand ihr Imperialismus, wie kaum gesagt zu werden braucht, nicht im Dienste der missionarischen Ausbreitung reformerischer oder revolutionärer gesellschafts- und verfassungspolitischer Ideen mit universalem Anspruch, wie zeitweilig der französische, der amerikanische und der russische Imperialismus.

Auf epigonenhafte und dekadente Art süchtig nach historischer Grösse des eigenen politischen Handelns und der eigenen Person, fühlten sich Hitler und die Kerngruppen der NS-Bewegung gewiss als Reichsgründer, doch schwebte ihnen ein Reich vor, das selbst der primitivsten positiven Züge ermangelte. Zwar sollte dieses Reich die Verwirklichung jener Gesellschaftsutopie bringen, die allen Angehörigen der deutschen Nation bzw. den Angehörigen der germanischen oder arischen Rasse die angeblich gesunde Existenz von Krie-

⁵⁸⁴ ADAP, D, 7, Nr. 513, 515, 560, 562, 563, 564; zu Mussolinis Vermittlungsvorschlag ebenda, Nr. 478, 535, 539, 541, 554, 565.

gern und grösseren oder kleineren Grundbesitzern ermöglichte. Aber von der dubiosen Qualität solcher Existenz ganz abgesehen, waren ihre Segnungen per definitionem auf die sogenannten Arier beschränkt. Den anderen brachte das Reich der Nationalsozialisten, wenn es sich nach Westen oder Osten ausdehnte, nichts weiter als deutsche Herrschaft. Selbst das heisst noch zu günstig charakterisieren. Sicherlich waren die Nationalsozialisten bereit, Herrschaft an sich zu reissen und auszuüben, wenn sie das um militärischer, wirtschaftlicher und politischer Interessen willen für notwendig hielten. Doch handelte es sich bei ihnen im Grunde um widerwillige Herren. Mit Begriffen wie «Herrenvolk» oder «Herrenrasse» meldeten sie wohl auch den Anspruch auf Herrschaft über fremde Völker und Rassen an, vor allem aber begründeten sie damit das Recht auf die Eroberung von Raum. Im März 1941 z.B. gab Hitler dem sogenannten Generalgouverneur Hans Frank den Befehl, das in Polen geschaffene Generalgouvernement nicht nur «judenfrei», sondern in einem etwas längeren Prozess auch «polenfrei» zu machen. Stetes Wachstum des Volks- und Rassenkörpers vor Augen, träumten Hitler und seine Gefolgsleute von einem Reich, das etwa im Jahre 2040 rund 250 Millionen Exemplaren der deutschen «Herrenrasse» Platz bieten sollte⁵⁸⁵.

Mit anderen Worten: Im Zuge der Expansion des Deutschen Reiches musste nationalsozialistischer Imperialismus, grundsätzlich gesehen, nicht Herrschaft bringen, sondern Vernichtung, jedenfalls da, wo er nicht auf germanische oder sogenannte artverwandte und mithin als einschmelzungsfähig geltende Völker stiess. In seiner nationalsozialistischen Entartung war also der deutsche Nationalismus, nachdem er die Fähigkeit zum Transport liberalisierender und demokratisierender Tendenzen ohnehin längst verloren hatte, am Ende auf den Hund des schieren Biologismus gekommen, und dieser biologistische Nationalismus gebar einen Imperialismus, der sich selbst nur noch als permanent fressende Wucherung an anderen Völkern und Staaten zu definieren vermochte. Dass die deutschen Armeen, als sie am 1. September 1939 um 4.45 Uhr die polnischen Grenzen überschritten, tatsächlich einer in solchem Sinne zu verstehenden Politik der Vernichtung Bahn brachen, sollte sich nicht erst im weiteren Verlauf des Krieges, sondern schon wenige Wochen nach den ersten Schüssen in der Dämmerung jenes Septembermorgens auf die schrecklichste Weise bewahrheiten.

⁵⁸⁵ L. Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. II, S. 156.

Quellen und Literatur in Auswahl

I. Dokumente

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Baden-Baden 1950 ff., u. Göttingen 1967 ff. – Documents on German Foreign Policy 1919-1939, London 1949ff. – Document! Diplomatici Italiani, Rom 1952 ff. – Documents Diplomatiques Français 1932-1939, Paris 1963 ff. – Documents on British Foreign Policy 1919-1939, London 1947 ff. – Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, Washington 1939 ff. – Unveröffentlichte Akten des deutschen Ausussenministeriums, Politisches Archiv Bonn; des britischen Ausussenministeriums, Public Record Office London; des italienischen Ausussenministeriums, Archiv des Ministeriums Rom; des polnischen Ausussenministeriums, Archiv der Neuen Akten Warschau.

II. Memoiren und Tagebücher

Viscount d'Abernon, Memoiren, 3 Bde., Leipzig o.D. – *F. Anfuso*, Rom-Berlin im diplomatischen Spiel, München 1951 *Beck*, Dernier Rapport. Politique Polonaise, Neuchâtel 1951 – *B. Bond* (Hrsg.), Chief of Staff. The Diaries of Lieutenant-General *Sir Henry Pownall*, B. 1, 1933-1940, Hamden, Conn., 1973 – *G. Bonnet*, *Nor* der Katastrophe, Köln 1951 – *G. J. Burckhardt*, Meine Danziger Mission 1937-1943, Bem 1946 – *J. Colville*, The Fringes of Power. 10 Downing Street Diaries 1939-1955, New York-London 1985 – *R. Coulondre*, Von Moskau nach Berlin 1936-1939, Bonn 1950 – *B. Dahlerus*, Der letzte Versuch. London-Berlin. Sommer 1939, München 1948 – *A. Eden*, *Earl of Avon*, Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923-1938, Köln 1964 – *P.E. Flandin*, Politique Française 1919-1940, Paris 1947 – *A. François-Poncet*, Als Botschafter in Berlin 1931-1938, Mainz 1947 – *G. Gafencu*, The Last Days of Europe, New Haven 1948 – *D. Lloyd George*, The Truth about the Peace Treaties, London 1938 – Die Tagebücher von *Joseph Goebbels*. Sämtliche Fragmente, hrsg. von E. Fröhlich, München 1987 – *H. Groscurth*, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, hrsg. von H. Krausnick und H.C. Deutsch, Stuttgart 1970 – Generaloberst *Halder*, Kriegstagebuch, Bd. I, bearb. von H.-A. Jacobsen, Stuttgart 1962 – *U v. Hassell*, Die Hassell-Tagebücher 1938-1944, hrsg. von F. Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988 –

Sir N. Henderson, Fehlschlag einer Mission. Berlin 1937-1939, Zürich 1944 – *G. Hilger*, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941, Frankfurt 1956 – *Sir S. Hoare*, Neun bewegte Jahre. Englands Weg nach München, Düsseldorf 1955 – *A. Jodl*, Dienstliches Tagebuch v. 4.1.1937 bis 25.8.1939, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXVIII, PS-1780, Nürnberg 1948 – *H. Graf Kessler*, Tagebücher 1918-1937, Frankfurt 1961 – *E. Kordt*, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950 – *J. Lipski*, Diplomat in Berlin 1933-1939, New York-London 1968 – *F. Meinecke*, Ausgewählter Briefwechsel, Darmstadt 1962 – *H. Nicolson*, Diaries and Letters 1930-1939, London 1966 – *J. v. Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Leoni 1954 – H.G. Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch *Alfred Rosenbergs* aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Göttingen 1956 – *St. Schimitzek*, Drogi ibez droza minioney epoki, Warschau 1976 – *P. Schmidt*, Statist auf diplomatischer Bühne, Frankfurt 1964 – *O. Spengler*, Briefe 1913-1936, München 1963 – *Diariusz i Teki Jana Szembeka (1935-1945)*, London 1972 – *E. v. Weizsäcker*, Erinnerungen, München 1950 – L.E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1930-1950*, Frankfurt-Berlin-Wien 1974.

III. Darstellungen

A. Adamthwaite, France and the Coming of the Second World War 1936-1939, London 1977 – *Th. A. Bailey*, A Diplomatic History of the American People, New York 1958 – *M. Beloff* The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941, 2 Bde., London 1949, 1952 – *S.F. Bemis*, A Diplomatic History of the United States, New Haven 1965 – *E. Bennett*, German rearmament and the West 1932-1933, Princeton 1979 – *W. Benz / H. Graml* (Hrsg.), Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg, Stuttgart 1979 – *C. Bergmann*, Der Weg der Reparation, Frankfurt 1926 – *H. Booms*, Der Ursprung des 2. Weltkriegs – Revision oder Expansion? in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1965, Heft 6 – *K.D. Bracher*, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt-Berlin-Wien 1979 – *ders.*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964 – *A. Bullock*, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1971 – *F.L. Carsten*, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1965 – *G. Castellan*, Le réarmement clandestin du Reich 1930-1935, Paris 1954 – *L. Dehio*, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1955 – Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1 u. 2, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, Stuttgart 1979 – *J. Dülffer*, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973 – *U. Eichstädt*, Von Dollfuss zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933-1938, Wiesbaden 1955 – *K. Feiling*, The Life of Neville Chamberlain, London 1946 – *G. Feldman* (Hrsg.), Die deutsche Inflation. Eine

Zwischenbilanz, Berlin-New York 1982 – *ders.* (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933, München 1985 – *J.C. Fest*, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt-Berlin-Wien 1973 – *C. Fink*, The Genoa Conference. European Diplomacy 1921-1922, Chapel Hill 1984 – *F. Forstmaier / H.-E. Volkmann*, Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975 – *J. Fox*, Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938, Oxford 1982 – *E. Fraenkel*, Der Doppelstaat, Frankfurt-Köln 1974 – *ders.*, Idee und Realität des Völkerbunds im deutschen politischen Denken, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1968, Heft 1 – *M. Funke*, Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934/36, Düsseldorf 1970 – *ders.* (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978 – *H. Gatz-ke*, Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954 – *J. Gehl*, Austria, Germany and the Anschluss 1931-1938, London 1963 – *M. Gilbert*, Winston S. Churchill, Bd. 5, 1922-1939: The Prophet of Truth, Boston 1977 – *H. Graml*, Europa zwischen den Kriegen, München⁵ 1982 – *ders.*, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1970, Heft 4 – *ders.* (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt 1984 – *G. Hardach*, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924-1931, Berlin 1976 – *J. Hiden / J. Farquharson* (Hrsg.), Explaining Hitler's Germany. Historians and the Third Reich, London 1983 – *K. Hildebrand*, Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart³ 1976 – *ders.*, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969 – *A. Hillgruber*, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967 – *ders.*, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: *ders.*, Grossmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974 – *G. Hirschfeld / L. Kettenacker* (Hrsg.), Der «Führerstaat». Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981 – *J. Hoensch*, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik, Köln 1965 – *ders.*, Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, Tübingen 1967 – *W. Hofer*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt 1964 – *C.-L. Holtfrerich*, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin-New York 1980 – *H.-A. Jacobsen*, Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938, Frankfurt 1968 – *J. Jacobson*, Locarno diplomacy. Germany and the West, Princeton 1972 – *E. Jäckel*, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart 1981 – *ders.*, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986 – *H. James*, The German Slump, Oxford 1986 – *D. Kaiser*, Economic diplomacy and the origins of the Second World War, Princeton 1980 – *Ch. Kimmich*, Germany and the League of Nations, Chicago-

London 1976 – *E. Kolb*, Die Weimarer Republik, München-Wien 1984 – *K. Koszyk*, Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989 – *P. Krüger*, Die Aussenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985 – *ders.*, Versailles. Deutsche Aussenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986 – *A. Kube*, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986 – *H.G. Linke*, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1972 – *St. Martens*, Hermann Göring. «Erster Paladin des Führers» und «zweiter Mann im Reich», Paderborn 1985 – *H. Meier-Weicker*, Seeckt, Frankfurt 1967 – *G. Meinck*, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937, Mainz 1959 – *W. Micbalka* (Hrsg.), Nationalsozialistische Aussenpolitik, Darmstadt 1978 – *ders.*, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980 – *H. Möller*, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985 – *H. Mommsen*, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Weimarer Republik in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989 – *ders.* / *D. Petzina* / *B. Weisbrod*, Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974 – *W.J. Mommsen* / *L. Kettenacker* (Hrsg.), The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement, London 1983 – *St. Nadolny*, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978 – *H. Nicolson*, Nachkriegsdiplomatie, Berlin 1934 – *E. di Nolfo*, Mussolini e la politica estera italiana 1919-1933, Padua 1960 – *Sir C. Petrie*, Life and Letters of the Rt. Hon. Sir Austen Chamberlain, London 1940 – *R. Poidevin*, Die unruhige Grossmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Freiburg-Würzburg 1985 – *ders.* / *J. Bariéty*, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982 – *E.L. Presseisen*, Germany and Japan. A Study in Totalitarian Diplomacy 1933-1941, den Haag 1958 – *G. Ratenhof*, Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931 bis 1933, Frankfurt-Bern 1984 – *G. Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954 – *H. Roos*, Polen und Europa. Studien zur polnischen Aussenpolitik 1931-1937, Tübingen 1957 – *D. Ross*, Hitler und Dollfuss. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934, Hamburg 1966 – *K.H. Ruffmann*, Sowjetrussland, München 1967 – *M. Salewski*, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland. 1919-1927, München 1966 – *W. Schieder* / *Ch. Dipper* (Hrsg.), Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik 1936-1939, München 1976 – *G. Schubert*, Anfänge nationalsozialistischer Aussenpolitik, Köln 1962 – *H. Schulze*, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982 – *W.E. Scott*, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham 1962 – *Th. Sommer*, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935 bis 1940, Tübingen 1962 – *T. Taylor*, Munich. The Price of Peace, London 1979 – *M. Toscano*, The Origins of the Pact of Steel, Baltimore 1964 – *M. Trachtenberg*, Reparation in world politics. France and European economic

diplomacy 1916-1923, New York 1980 – *H. R. Trevor-Roper*, Hitlers Kriegsziele, in: B. Freudenfeld (Hrsg.), Stationen der deutschen Geschichte 1919-1945, Stuttgart 1962 – *H.A. Turner*, Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963 – *ders.*, Die Grossunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985 – *A.B. Ulam*, Stalin. The Man and his Era, New York-Toronto 1960 – *P. Wandycz*, France and her Eastern Allies, Minneapolis 1962 – *G. Weinberg*, The Foreign Policy of Hitler's Germany, Bd. 1: Diplomatic Revolution in Europe 1933-36, Bd. 2: Starting World War II 1937-1939, Chicago-London 1970, 1980 – *ders.*, Germany and the Soviet Union, Leiden 1972 – *B.-J. Wendt*, Grossdeutschland. Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes, München 1987. – *M. Wojciechowski*, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971.

Personenregister

- Alexander (König von Jugoslawien) 48, 77
Altenburg, Günther 147
Anfuso, Filippo 227
Arcziszewski, Mieroslaw 137,214
Arone, Pietro 224
Aschmann, Gottfried 142
Ashton-Gwatkin, Frank 167
Asquith, Herbert W. 154
Astachow, Georgi 245, 257f, 260, 263, 265 ff., 272 f.
Astor, William 162
Attlee, Clement 9, 180
Attolico, Bernardo 120 f, 124 ff., 199, 206, 217 f, 220f., 224 ff., 236f., 239 f., 244, 263, 290, 295 f., 299, 303
- Baldwin, Stanley 85, 155, 157, 247
Babarin 269 f., 272
Barthou, Louis 76 f., 80 f.
Beck, Ludwig 163, 206
Beck, Jozef 83f., 115, 131 ff., 152, 176f, 181, 184ff., 201 ff., 21 Iff, 280f, 301
Benes, Eduard 114
Bismarck, Otto von 46, 63, 139, 190
Blomberg, Werner von 104
Blum, Leon 93
Bonnet, Georges 178, 243 f.
Brauchitsch, Walther von 67,193, 198, 284, 292, 294, 296
Briand, Aristide 33 f, 55
Brüning, Heinrich 43, 52 ff, 156
Bürger, Friedrich 105
Burckhardt, Carl J. 197
Butler, Richard Austen 169
- Cadogan, Alexander 164, 173 f, 179, 183
Campbell-Bannermann, Henry 154
Canaris, Wilhelm 116, 227, 238
Carmona, Oscar A. 48
Camock, Arthur 7
Carol (König von Rumänien) 48
Cavalero, Ugo 222
Cervantes Saavedra, Miguel de 155
Chamberlain, Austen 31, 84, 98 f, 180
Chamberlain, Houston Stewart 40
Chamberlain, Joseph 107
Chamberlain, Neville 7 f, 98 ff, 105 ff, 110, 116f, 121, 124ff, 142, 144, 149, 152 ff, 157, 159 ff., 173, 175, 177 ff, 186, 195, 201 f, 208, 242, 247, 250 f, 279, 283, 285 f, 289,297, 299
Chatfield, Alfred E. 180
Churchill, John 158
Churchill, Randolph 154
Churchill, Winston 9, 33, 61, 73, 75, 84, 89, 100, 142, 154ff, 167, 182
Chvalkovsky, Frantisek 113 ff, 147 f, 151
Ciano, Galeazzo 94, 96, 121 ff, 128,135, 164f, 181, 199, 213, 216ff, 224f, 227 ff, 237 ff, 244 ff, 249f., 266, 273, 279, 291
Coburg, Karl Eduard (Herzog von C.) 142
Colville, John 100, 182
Colvin, Jan 178 f, 193
Cooper, Duff 9, 73 f, 142, 154, 160
Coulondre, Robert 171 ff, 287 ff, 294
Cunningham, Alan G. 144
Curtius, Julius 156
- Dahlerus, Birger 289, 296, 303
Daladier, Edouard 117, 163, 171,173, 186, 226, 243, 287 ff, 294 ff.
Dawes, Charles G. 29 f.
Dembinski, Stanislaw 190
Dirksen, Herbert von 143 f, 161 f, 206, 243
Dollfuss, Engelbert 49, 78 f, 100
Doumergue, Gaston 76
Draganoff, Parvan 265 f.
Drake, Francis 165
Drumont, Edouard 40
Drymmer 184
Dühring, Eugen 40
Durcansky, Ferdinand 112
- Eden, Anthony 9, 118, 142, 154, 160
Edward VIII. 155
Ehrhardt, Hermann 43
Elizabeth I. 158
Epp, Franz Ritter von 191
Eugen (Prinz) 158

- Forster, Albert 131, 196, 286
 Franco, Francisco 48, 92 ff.
 François-Poncet, André 91
 Frank, Hans 305
 Frick, Wilhelm 150
 Friedrich der Grosse 63, 198
 Frohwein, Hans 241
 Funk, Walter 167
- Gamelin, Maurice 188
 Gaus, Friedrich 113,263
 George, David Lloyd 26 f., 69, 84, 99, 110, 154, 180
 Gobineau, Arthur de 40
 Goebbels, Joseph 13, 47, 67 f., 71, 78, 84, 87, 97, 103, 117, 142, 149, 161, 169, 174, 185, 194,216,218,243
 Gömbös, Julius 79
 Goerdeler, Carl 206
 Göring, Hermann 112, 115, 121, 129, 131 f-, 143 ff., 148 ff., 167, 174, 185,217, 219 f, 222, 226, 248 ff, 262, 267, 277, 289,296, 302 f.
 Gomes da Costa 48
 Grabinski 191
 Grafenau, Grigore 175
 Grandi, Dino 124
 Greiser, Arthur 207
 Grey, Edward 7
 Grote, Franz 269
 Grzybowski, Waclaw 134f, 186, 280
 Guariglia, Raffaello 225
- Hacha, Emil 114, 148 f, 151 f, 189 f., 300
 Halder, Franz 283 f, 294, 299 f.
 Halifax, Edward 144, 160, 163 f, 167 ff, 174 ff, 187, 201,289, 297,299
 Hankey, Maurice 157
 Hasbach, Erwin 280
 Hassell, Ulrich von 10, 115,146, 206
 Haushofer, Karl 95
 Henderson, Nevile 168, 285, 287 f, 296 ff, 303
 Henlein, Konrad 103 ff, 112, 157, 200
 Herriot, Edouard 55
 Heydrich, Reinhard 285
 Hilger, Gustav 264, 269
 Himmler, Heinrich 67, 137, 150
 Hindenburg, Paul von 46, 53 f.
 Hintze, Paul von 22
 Hiranuma, Kiichiro 279
 Hitler, Adolf 8 ff, 22,43,46, 48, 53 f, 60 ff, 76 ff, 90 ff, 126 ff, 136 ff, 156 ff, 172,174, 176 ff, 185 ff, 191 ff., 201, 204ff, 226ff, 244ff, 254ff, 261 ff, 267, 269, 271, 273, 275 ff, 282 ff, 292 ff.
- Hoare, Reginald 175
 Hoare, Samuel 167
 Hoover, Herbert C. 51, 54, 59
 Hore-Beliska, Leslie 163
 Horthy, Nikolaus von 174
- Jones, Tom 69
 Jung, Rudolf 65
- Kapp, Wolfgang 19, 43
 Kasprzycki, Tadeusz 188
 Katelbach 194
 Keitel, Wilhelm 104,115,195
 Kellogg, Frank B. 33 f.
 Kerr, Philip Henry s. Lothian, Philip Henry
 Khun, Bela 11
 Kirkpatrick, Ivone 163,166,196
 Kordt, Theo 206
 Kwiatkowski, Eugeniusz 138
- Lammers, Hans Heinrich 150
 Laval, Pierre 77, 80 f.
 Lebrun, Albert 178
 Ledochowski, Wladimir 139
 Leeper, Reginald 178f.
 Lipski, Jozef 129 ff., 151 f, 184f, 189 ff., 195, 202 ff., 214, 302 f.
 Litwinow, Maxim 80, 134L, 253, 257
 Lothian, Philip Henry 167
 Lubienski, Michael 131, 184 f., 203, 281
 Lubomirski, Stefan 211
 Ludendorff, Erich 46, 53, 65 f.
 Ludwig XIV. 158
 Lytton, Neville 59 f.
- Mach, Sano 112
 MacDonald, Malcolm 155,162,167
 Mackensen, Hans Georg von 113, 218, 241, 287, 290
 Magistrate, Massimo 199, 228 ff., 237, 240 f., 291 f.
 Maisky, Iwan 157,252
 Marlborough (1. Herzog von M.) 158
 Marlborough (7. Herzog von M.) 154
 Marras, Luigi 227
 Masarik, Hubert 147
 Masaryk, Thomas G. 114
 Mason-Macfarlane, Frank 179
 Massigli, Rene 132
 Mastny, Vojtech 109 f.
 Merekalow, Alexei 256 ff., 263

- Metaxas, Joannis 48 f.
Meyer, Conrad 269
Mikojan, Anastas 249, 264, 268 f.
Molotow, Wjatscheslaw 245 f, 257, 259 ff.,
263 ff., 268 f, 272 ff.
Moltke, Adolf von 133, 136, 191 ff., 201, 203
f., 254
Moritz 269
Moscicki, Ignacy 138
Mühlstein, Anatol 138
Müller, Hermann 19
Mussolini, Benito 42, 45, 48, 52, 56, 64, 78 f,
81 f, 87 ff., 92 ff, 96, 99, 101 f, 106, 112,
117, 120ff, 128, 154, 163 ff, 181, 206, 209,
217 ff, 227 ff, 249 f, 262, 278, 286 f, 290
ff, 295, 299, 303
- Napoleon Bonaparte 158
Neurath, Konstantin von 185
Nicolson, Arthur s. Carnock, Arthur
Nicolson, Harold 7f, 107, 154, 159, 182, 252,
257
Nietzsche, Friedrich 68
- Ogilvie-Forbes, George 110
Oshima, Hiroshi 120 f, 127 f, 260
- Papen, Franz von 54
Pariani, Alberto 121
Pascha, Kemal 48
Philip II. (König von Spanien) 158
Philipp (von Hessen) 218
Phipps, Eric 91
Pilsudski, Jozéf 48, 70, 82 f, 129, 131, 134,
138, 142, 212 f.
Pitt, William (der Jüngere) 158
Poincaré, Raymond 27, 29, 76
Potemkin, Vladimir 134, 259, 266, 269
Potocki, Jozef 184
Pownall, Henry 183
Primo de Rivera, Miguel 48
- Raczynski, Edward 176, 187
Rathenau, Walther 22
Reichenau, Walter von 109, 115
Renzetti, Giuseppe 262
Ribbentrop, Joachim von 9f., 95, 113, 115 ff,
125 ff, 133 f, 136ff, 142 f., 145, 150ff, 160,
167, 184 f., 189, 191 ff., 199, 201, 203 ff.,
215 ff, 220ff, 228 ff, 248 ff, 259 ff, 267,
269, 271 ff, 282, 290, 294 ff, 298 ff.
- Ritter, Karl 110, 113
Röhm, Ernst 79
- Roosevelt, Franklin D. 154, 166, 209, 226,
297
Rosenberg, Alfred 185, 278
Rosso, Augusto 263, 267
Rydz-Smigly, Edward s. Smigly-Rydz,
Edward
- Salazar, Antonio O. 48
Sargent, Orme 173 f.
Schacht, Hjalmar 185
Scheliha, Rudolf von 194, 254
Schleicher, Kurt von 152
Schliep, Martin 281
Schniewind, Otto 145
Schnurre, Julius 245, 248, 257 ff, 264, 269 f,
272 f.
Schulenburg, Friedrich Werner von der
226, 249, 253, 259ff, 263, 266 ff, 272 ff.
Schuschnigg, Kurt von 100 f, 189 f, 300
Schwerin von Krosigk, Lutz 279
Seeckt, Hans von 20 f.
Shdanow, Andrey 266
Simon, John 74
Simpson, Wallis W. 156
Sinclair, Archibald 142
Skladkowski, Felizjan 138
Smigly-Rydz, Edward 129, 138, 141, 185
Sorge, Richard 254
Spengler, Oswald 21, 65
Stachiewicz, Waclaw 185
Stalin, Josef 63, 78, 127, 198, 226, 246 ff,
250ff, 260, 264 ff, 268, 271 ff, 275 f.
Stanley, Oliver 8, 160, 167 f.
Stengl (Baron von S.) 190
Stimson, Henry L. 59 f.
Strang, William 251, 264, 266, 269, 271
Stresemann, Gustav 28 ff, 43, 55, 268
Swinton, Philip 8, 160
Szauly 194
Szembek, Jan 131, 135, 138 f, 184 f, 194,
214, 224
- Talleyrand, Charles Maurice 154
Tilea, Virgil 173 ff, 191
Tippelskirch, Werner von 254
Tiso, Josef 148
Togo 253
Treitschke, Heinrich von 40
Troubridge 162
Tuka, Vojtech 147
Tyminski 142
- Urbsys, Juozas 150, 190, 300

- Vansittart, Robert 183
 Veesenmayer, Edmund 284, 286
- Warr, Herbrand E. de la 8, 160
- Weizsäcker, Ernst von 9, 108 ff., 115, 126,
 143, 171, 191 ff., 198 f., 202 ff., 216, 218,
 220, 224, 227 f., 231, 238, 240f., 256f., 260
 f., 263, 267 f., 272, 277, 283, 285 f., 295,
 299
- Welczek, Johannes 224 f.
- Wieniawa-Dlugoszewski, Boleslaw 83, 213
- Wilhelm II. 158, 172
- William III. 158
- Wilson, Woodrow 14, 16, 18
- Wohlthat, Helmuth 174
- Woermann, Ernst 266
- Woroschilow, Kliment J. 273
- Wühlisch, Johannes von 281
- Zankoff, Alexander 48
- Zogu, Achmed (König von Albanien) 48,
 181
- Zyborski 280 f.